

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 115/XLI

**Zur Geschichte
des Vereins für Socialpolitik**

**Studien zur Entwicklung
der ökonomischen Theorie XLI**

Von

**Elisabeth Allgoewer, Volker Caspari, Alexander Ebner,
Tetsushi Harada, Jan-Otmar Hesse, Hauke Janssen,
Bertram Scheffold**

**Herausgegeben von
Peter Spahn**



Duncker & Humblot · Berlin

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 115/XLI

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 115/XLI

Studien zur Entwicklung
der ökonomischen Theorie XLI



Duncker & Humblot · Berlin

Zur Geschichte des Vereins für Socialpolitik

Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XLI

Von

Elisabeth Allgoewer, Volker Caspari, Alexander Ebner,
Tetsushi Harada, Jan-Otmar Hesse, Hauke Janssen,
Bertram Schefold

Herausgegeben von

Peter Spahn



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk wurde auf Basis der Open Access-Lizenz CC BY 4.0 (s. <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0>) veröffentlicht. Die E-Book-Version ist unter <https://doi.org/10.3790/978-3-428-58972-2> abrufbar.

Die freie Verfügbarkeit des E-Books wurde ermöglicht durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft.



© 2023 die Autorinnen und Autoren
Erschienen bei Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Berlin
Druck: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Printed in Germany

ISSN 0505-2777
ISBN 978-3-428-18972-4 (Print)
ISBN 978-3-428-58972-2 (E-Book)
DOI 10.3790/978-3-428-58972-2

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Der Verein für Socialpolitik (VfS) unterscheidet sich in seiner Entstehungsgeschichte von anderen wirtschaftswissenschaftlichen Vereinigungen im Ausland – wie etwa der 1885 gegründeten American Economic Association (AEA) und der 1890 gegründeten British Economic Association (später: Royal Economic Society) – insbesondere dadurch, dass bei der Gründung und in den ersten Dekaden eher wirtschafts- und gesellschaftspolitische Zielsetzungen im Vordergrund standen als die „bloße“ Förderung wissenschaftlicher Belange. Die aus heutiger Sicht etwas antiquiert anmutende Namensgebung¹ des VfS passte unmittelbar zum Vereinsziel. So lautete § 1 der Satzung von 1873: „Der Zweck des Vereins ist die Erörterung sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Probleme in Wort und Schrift.“² Im Kern ging es darum, radikale sozialrevolutionäre Ideen zurückzudrängen, die unteren Klassen zu bilden und mit der bestehenden Ordnung zu versöhnen – die Vereinsgründer wurden deshalb als „Kathedersozialisten“ bezeichnet – sowie schließlich, ausgehend von der Historischen Schule der deutschen Nationalökonomie, eine Gegenposition zu den mehr theoretisch-wissenschaftlich arbeitenden „Ökonomisten“ aufzubauen.³

In wohl auch bewusster Abgrenzung zu einer sich auf Adam Smith berufenden marktorientierten Sozialphilosophie konzipierten die Vereinsgründer eine holistische sozialstaatliche Vision, in der auch ein kollektivistisches Element durchschimmerte. In ihrem Aufruf zur Vereinsgründung 1873 hieß es:

„Wir sind der Ueberzeugung, dass das unbeschränkte Walten theilweis entgegengesetzter und ungleich starker Einzelinteressen das Wohl der Gesammtheit nicht

¹ Im frühen 20. Jahrhundert wurde zumindest das „c“ im Namen durch ein „z“ ersetzt, was aber 1956 wieder rückgängig gemacht wurde. Bei der Vereinsneugründung 1948 wurde auch der moderner erscheinende Namenszusatz „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ verwendet, der aber heute primär nur noch bei den Veröffentlichungen des VfS auftaucht.

² Heute benennt der VfS auf seiner Homepage seine Aufgabe so: „Unsere Organisation hat das Ziel, die Entwicklung und Internationalisierung der Wirtschaftswissenschaften und verwandter Gebiete zu fördern.“

³ Vgl. Boese (1939, S. 1f.), Oschina (2010, S. 17). Auch die AEA wurde von mit der deutschen Historischen Schule vertrauten Ökonomen ins Leben gerufen, war anfangs ebenfalls der Ort von Debatten zur Werturteilsproblematik, hielt sich jedoch dann aus gesellschaftspolitischen Kontroversen eher heraus (vgl. Bernstein 2008).

verbürgt, dass vielmehr die Forderungen des Gemeinsinns und der Humanität auch im wirtschaftlichen Leben ihre Geltung behaupten müssen, und dass das wohlwogene Eingreifen des Staates zum Schutz der berechtigten Interessen aller Betheiligten zeitig wachzurufen ist.

Diese staatliche Fürsorge sehen wir nicht als Nothbehelf oder als unvermeidliches Uebel an, sondern als Erfüllung einer der höchsten Aufgaben unserer Zeit und unserer Nation. In ernster Durchführung dieser Aufgaben wird sich der Egoismus des Einzelnen und das nächste Interesse der Klassen der dauernden Bestimmung des Ganzen unterordnen.“ (zit. n. *Oschina* 2010, S. 16).

Man gewinnt den Eindruck, dass der VfS in seiner bis zum Ersten Weltkrieg reichenden Phase eher eine (wirtschafts-)politische als eine wissenschaftliche Vereinigung darstellte. Nur 22 der 159 Teilnehmer an der die Gründung vorbereitenden Sitzung in Eisenach 1872 waren Universitätsprofessoren; ansonsten traten Geheime Regierungs-, Staats- und Hofräte, Staatsminister, Landräte und Handelskammersekretäre auf. Die aktuelle VfS-Homepage spricht von einer „Versammlung von Persönlichkeiten aus Publizistik, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft“ (vgl. *Plessen* 1975; *Hagemann* 2001).

Die jährlichen Verhandlungen des VfS und seine Gutachten befassten sich mit z. T. sehr speziellen Fragen aus Teilgebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik: Es ging u. a. um Handelsfragen und Zolltarife, bäuerlichen Grundbesitz und ländliches Erbrecht, die Lage der Arbeiter in Ostelbien und in der Seeschifffahrt, um Fabrikgesetze, Gemeindebetriebe, Wucher, Wohnverhältnisse und nicht zuletzt um das Hausierergewerbe. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es grundsätzlicher: Klassenkampf und die Zukunft der Sozialpolitik, Auslandsanleihen und die Krise der Weltwirtschaft, Kredit und Konjunktur sowie die Wandlungen des Kapitalismus standen auf dem Programm. Dieses letztgenannte Thema prägte die Verhandlung 1928 in Zürich, auf der sich der damalige Vorsitzende Heinrich Herkner aufgeschlossen für eine Synthese von Kapitalismus und Sozialismus zeigte, um die produktiven Kräfte der Arbeiterklasse besser nutzen zu können. Werner Sombart klagte, ganz im Stil heutiger Kritik am „Neoliberalismus“: „Das Finanzkapital beherrscht die Welt und lässt unsere Staatsmänner wie Marionetten am Draht tanzen“ (in *Boese* 1929, S. 10 f., 30).

Aber auch die beharrenden Kräfte waren nicht verstummt. Manuel Saitzew, russisch-stämmiger Ordinarius für Nationalökonomie an der Universität Zürich, hatte während seiner Begrüßungsrede noch einmal an die Gründungs'erklärung von 1872 erinnert, in der „der Staat [als] das großartigste sittliche Institut zur Erziehung des Menschengeschlechts“ propagiert worden war, die Gründungsväter wollten „eine starke Staatsgewalt, die über den Interessen steht“. Immerhin konnte er mit Blick auf die Veröffentlichungen des Vereins eine inhaltliche Weiterentwicklung konstatieren: „Neuerdings kommt auch

die ökonomische Theorie zu ihrem Recht aufs Dasein im Rahmen dieser Schriften“ (ebd., S. Vff.). Ein theoretischer Ausschuss des VfS war 1921 gegründet worden.⁴

Mit der Neugründung 1948 knüpfte der VfS durchaus an seiner interdisziplinären Tradition an, verhinderte es aber, sich politisch zu exponieren. Die Liste der Themen für die Jahrestagungen (im Anhang) zeigt die ganze Breite der Volkswirtschaftslehre, zwar mit einem Übergewicht wirtschaftspolitischer Fragen, aber die gegenüber früher stärkere theoretische Fundierung ist unverkennbar (vgl. *Schefold* 2023). Dies wurde auch dadurch forciert, dass man 1991 dazu überging, auf den Jahrestagungen neben dem gewählten Kernthema Referate zu allen Bereichen der Volkswirtschaftslehre einzuhören. Diese Möglichkeit wurde im Laufe der Zeit immer stärker von jungen Ökonomen genutzt, so dass beim äußeren Erscheinungsbild der Tagungen nichts mehr an die Treffen von Altordinarien erinnert.

Das letzte Signal einer wissenschaftlichen Professionalisierung war die Entscheidung, nicht nur die Sitzungen zu den zahlreichen Einzelthemen, sondern auch die dem Generalthema gewidmeten Plenumsveranstaltungen durchgängig in englischer Sprache durchzuführen, ein Zeichen der angestrebten und auch erreichten Internationalisierung der deutschsprachigen Volkswirtschaftslehre (und vielleicht auch hilfreich für anwesende Gastwissenschaftler) – allerdings kann man diese Entscheidung angesichts der traditionellen Rolle des VfS und der früheren Ausstrahlung seiner Jahrestagungen auf Wirtschaft, Politik, Öffentlichkeit und Medien auch für einen Fehler halten. Die jüngsten Kontroversen innerhalb des Vereins um angebliche rassistische Verfehlungen seines prominenten Gründungsvaters Gustav Schmoller und um einen neuen Ethik-Kodex (der das berufliche Verhalten seiner Mitglieder regulieren möchte, nach Meinung von Kritikern aber die Wissenschaftsfreiheit gefährdet) zeigen, dass der VfS auch wieder in aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten angekommen ist. In gewisser Hinsicht schließt sich so der Kreis.

Der vorliegende Band versammelt einige Beiträge, die anlässlich der 42. Jahrestagung des Ausschusses für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaft im Juni 2022 an der Universität Jena⁵ erarbeitet wurden. Der Band stellt keinen Versuch einer umfassenden Würdigung der nun 150-jährigen

⁴ Vgl. dazu und zum Wirken dieses Ausschusses in der Nachkriegszeit *Schefold* (2004).

⁵ Mehrere Anläufe wurden unternommen, um die Tagung durchzuführen, die dann doch immer wieder aus Pandemiegründen abgesagt werden musste. Der Ausschuss dankt Hans-Walter Lorenz als lokalem Veranstalter für seine unermüdlichen Vorbereitungsarbeiten und für die letztlich gelungene Organisation der Tagung.

Geschichte des VfS dar, die Beiträge liefern aber einige wichtige Bausteine für ein solches Gesamtbild.⁶

Alexander Ebner präsentiert eine Würdigung von Gustav Schmoller als Führungsfigur seiner Generation der Deutschen Historischen Schule und maßgeblichen Mitbegründer und später auch Vorsitzenden des VfS. Im Rahmen einer Rekonstruktion der Schmollerschen Perspektive auf soziale Reformen wird gezeigt, dass sich Schmoller wissenschaftlich wie politisch als ausgleichender Vermittler zwischen den von ihm entsprechend stilisierten liberalen und sozialistischen Extremen positionieren wollte. Ziel seiner gesellschaftspolitischen Überlegungen, die seinem Grundverständnis wirtschaftlicher Entwicklung als einem institutionell geformten Prozess balancierten technologischen und sittlich-rechtlichen Fortschritts entsprachen, war die Stabilisierung und Integration bestehender Sozialstrukturen angesichts des Durchbruchs der industriellen Moderne mit ihren weitreichenden strukturellen Verwerfungen im jungen deutschen Nationalstaat. Angesichts des paradigmatischen Glaubens an die zivilisatorische Hebung von materiellem Wohlstand und sozial verpflichteter Sittlichkeit lässt sich Schmollers Werk und Wirken im historischen Kontext des Kaiserreichs und der nachfolgenden katastrophalen politischen Entwicklungen nicht nur als Tragödie der Deutschen Historischen Schule und des VfS lesen, sondern auch als historisches Scheitern des von Schmoller als sittliche Instanz adressierten deutschen Bürgertums. Allerdings kann man den längerfristigen, impliziten Einfluss der Schmollerschen Ideen auf die ursprüngliche Konzeption des für die bundesdeutsche Wirtschaftsordnung konstitutiven Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft auch als angedeuteten Triumph deuten. Die jüngeren, meist positiven Neubewertungen von Schmollers Werk in Ökonomik, Soziologie und Geschichte verweisen jedenfalls auf seine anhaltende Aktualität auch jenseits ideengeschichtlicher Zusammenhänge.

Elisabeth Allgoewer untersucht die Beteiligung von Frauen am Vereinsleben als Mitglieder, als Tagungsteilnehmerinnen und als Verfasserinnen von Beiträgen zu den Schriften des VfS. Erstmals 1895 erscheinen Frauen in den ausgewerteten archivalischen Mitgliederverzeichnissen, also deutlich vor der Liberalisierung des Vereinsrechts, das Frauen bis 1908 die Mitwirkung in politischen Vereinen verboten hatte. 1899 wurden drei Beiträge von Frauen zur Enquête über Hausindustrie und Heimarbeit in den Vereinsschriften veröffentlicht, die sich allesamt mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen beschäftigten. Sie entsprachen damit der damals gängigen Vorstellung, dass über eine geschlechterspezifische Arbeitsteilung Einsichten zu gewinnen seien, die Männern nicht zugänglich seien. Die Beiträge von

⁶ Hinzuweisen ist auch auf ein 2023 erschienenes Sonderheft der „Perspektiven der Wirtschaftspolitik“.

Frauen, die 1908 und 1910 bis 1912 in den Vereinsschriften publiziert wurden, weisen eine solche Ausrichtung nicht auf. Darüber hinaus wird gezeigt, dass sich die Arbeiten, die im Rahmen der „Auslese- und Anpassungsstudie“ verfasst wurden, insbesondere diejenigen von Marie Bernays, am Postulat werturteilsfreier Forschung orientierten. Im Rahmen der Diskussion dieser Untersuchung an der Vereinstagung 1911 kam erstmals, und im betrachteten Zeitraum das einzige Mal, eine Frau zu Wort, nämlich Marie Bernays. Insgesamt zeigen die ausgewerteten Quellen, dass Frauen im Verein für Socialpolitik wenig sichtbar waren. Weshalb dies – trotz des großen Interesses von Frauen an der Nationalökonomie im betrachteten Zeitraum – so war, wird in der abschließenden Diskussion betrachtet.

Hauke Janssen geht von dem bemerkenswerten Faktum aus, dass die Geschichte des VfS in der Zeit des Nationalsozialismus und die seiner Auflösung Ende 1936 bisher nur unvollständig dargestellt worden ist. Die dazu vorliegende Literatur gelangt kaum über den Bericht Boeses aus dem Jahr 1939 hinaus. Dieser Zustand ist um so weniger zu akzeptieren, als der Zugang zu den hier wichtigen Dokumenten nach der Wiedervereinigung stark erleichtert ist. Gegründet auf einer sorgfältigen Archivarbeit nimmt Janssen nun einen neuen Anlauf, das Vereinsgeschehen der Jahre 1933 bis 1936 unter den Vorsitzenden Werner Sombart und Constantin von Dietze anhand der Originalquellen neu zu erzählen. Es ist eine Geschichte zwischen Anpassung und Widerstand und fördert manches ans Licht, was 1939 noch der (Selbst-) Zensurschere Boeses zum Opfer fiel. Die deutschen Ökonomen haben bei Wiederbegründung des Vereins im September 1948 mit der Namenswahl bewusst an die Tradition angeknüpft und eine Kontinuität zum 1936 aufgelösten Verein hergestellt. Sie machten sich diese Entscheidung nicht leicht, glaubten aber, dieses mit dem Hinweis auf die erfolgte Selbstauflösung und einer damit verhinderten Gleichschaltung tun zu können. Hält diese Beurteilung heute, mit Blick auf die Dokumente aus der Nazi-Zeit, immer noch stand? Auf wissenschaftsethische Fragen gibt es naturgemäß keine allgemein gültigen und allgemein befriedigenden Antworten. Der Wissenschaftler kann aber, und darin sieht Janssen seine Aufgabe, das für eine fundierte Antwort notwendige Material sammeln und in pointerter Form vorlegen.

Tetsushi Harada weist in seinem Beitrag zu den damaligen Auseinandersetzungen um Gustav Schmoller zunächst auf die Parallelität zwischen der Selbstauflösung des VfS und der ebenfalls politisch erzwungenen Liquidation der 1925 gegründeten „Friedrich List-Gesellschaft“ hin, die die große List-Ausgabe (1927–35) unter der Leitung Edgar Salins publiziert hatte. Das nationalökonomische Konzept Schmollers zielte darauf, mit der Betonung der kulturellen und „sittlichen“ Elemente des Wirtschaftslebens die „technische“ Einseitigkeit der englisch-klassischen Nationalökonomie zu überwinden. Auch wenn sich die moderne Renaissance einer stärker institutionalisti-

schen Volkswirtschaftslehre durchaus auf Schmoller berufen kann, so sind seine Schwächen im Hinblick auf theoretische Fundierung und die Werturteilsproblematik doch unübersehbar. Sombart, Salin und Spiethoff versuchten, Schmollers Konzept zu verbessern und weiterzuführen. Die NSDAP favorisierte jedoch die Schmoller-Interpretation ihres Anhängers Wiskemann, der zum Vorsitzenden des VfS gemacht werden sollte. Der Verein akzeptierte dies nicht und entschloss sich zur Auflösung. Harada schildert abschließend den Widerhall dieser Vorgänge in Japan.

Bertram Schefold geht von der Beobachtung aus, dass man im Vorstand des VfS bis in die 1960er Jahre bestrebt war, es dem alten Verein, wie er bis zur Selbstauflösung unter dem Nationalsozialismus bestanden hatte, gleichzutun. Der Verein sollte nicht nur eine Berufsvereinigung von Ökonomen sein, sondern durch seine Tagungen und Publikationen auf die Öffentlichkeit im Sinne einer aufklärenden und wachstumsfördernden, an aktuelle Fragestellungen anknüpfenden Wirtschaftspolitik wirken. Tagungen wurden durch Materialsammlungen vorbereitet, Vorträge und Diskussionen publiziert. Der Wandel der Auffassungen lässt sich anhand der Diskussionen in den Tagungsbänden über die Jahre hinweg verfolgen. Dies wird im Beitrag anhand der Auseinandersetzungen über den Neoliberalismus und die Soziale Marktwirtschaft gezeigt. Die liberale Presse pflegte darüber ausführlich und mit engagierter Kritik zu berichten. Mit der Zunahme der Zahl der Universitäten und Hochschullehrer wurde es notwendig, die Tagungen für eine breitere Teilnahme zu öffnen, es wurden neue Ausschüsse gegründet, und die Teilnehmer veröffentlichten ihre Ergebnisse zunehmend selbständig in internationalem Zeitschriften.

Volker Caspari weist darauf hin, dass seit rund zwei Dekaden ein „empirical turn“ in der volkswirtschaftlichen Forschung zu beobachten ist. Ein Wandel, der mit der Gründung der Econometric Society im Jahr 1930 und der Gründung der Cowles-Commission zwei Jahre später begann und sich langsam aber stetig vollzog. Auch für die Wirtschaftspolitik wurde auf der Tagung des VfS im Jahre 2014 eine „Evidenzbasierung“ gefordert. Im Beitrag von Caspari wird dieser Anglizismus dem Begriff der Evidenz in der deutschen phänomenologischen Philosophie gegenübergestellt. Sodann wird der Wandel in der ökonomischen Forschung hin zu Empirie bibliometrisch dokumentiert. Diese Entwicklung wird vor dem Hintergrund extrem geringer Replikationsraten kritisch diskutiert und die Auswirkungen für die curriculare Entwicklung des Fachs und der Lehre werden aufgezeigt.

Jan-Otmar Hesse verfolgt die Entwicklung des Faches Wirtschafts- und Sozialgeschichte innerhalb des VfS. Das Fach ist heute eine Teildisziplin sowohl der Wirtschaftswissenschaft als auch der Geschichtswissenschaft. Speziallehrstühle finden sich in beiden Disziplinen und viele Forscherinnen

und Forscher haben beide Fächer studiert. Betrachtet man die Entwicklung in den letzten 150 Jahren, so zeigt sich, dass die beiden „Mutterdisziplinen“ der Wirtschafts- und Sozialgeschichte jeweils unterschiedlich wichtig für die Entwicklung des Faches waren. Dabei wird zunächst herausgestellt, dass die „Historische Schule der Nationalökonomie“, aus der die Vereinsgründung hervorging, nicht zugleich der Ursprung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte ist, welche bereits am Ende des 19. Jahrhundert ein wichtiges Standbein in den Geschichtswissenschaften hatte. Die dann vor allem im 20. Jahrhunderts stattfindende disziplinäre „Professionalisierung“ verdankte die Wirtschafts- und Sozialgeschichte ganz unterschiedlichen Anregungen aus beiden Mutterdisziplinen.

Literatur

- Bernstein, Michael A. (2008): A Brief History of the American Economic Association, in: *American Journal of Economics and Sociology*, 67 (5), S. 1007–23.
- Boese, Franz (Hrsg.) (1929): *Wandlungen des Kapitalismus – Auslandsanleihen – Kredit und Konjunktur, Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik 1928*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 175, München/Leipzig: Duncker & Humblot.
- Boese, Franz (1939): *Geschichte des Vereins für Sozialpolitik, 1872–1932, Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, Bd. 188, Berlin: Duncker & Humblot.
- Hagemann, Harald (2001): The Verein für Sozialpolitik from its Foundation until World War I, in: Massimo M. Augello/Marco E. L. Guidi (Hrsg.), *The Spread of Political Economy and the Professionalisation of Economists – Economic Societies in Europe, America and Japan in the Nineteenth Century*, London/New York: Routledge, S. 152–75.
- Oschina, Susanne (2010): Die Entwicklung des Vereins für Socialpolitik von seiner Gründung bis 1980, Karl-Franzens-Universität Graz (Homepage des VfS).
- Plessen, Marie-Louise (1975): *Die Wirksamkeit des Vereins für Socialpolitik von 1872–1890. Studien zum Katheder- und Staatssozialismus*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Schefold, Bertram (2004): Wissenschaft als Gegengabe – Neugründung und Aktivitäten des Theoretischen Ausschusses im Verein für Socialpolitik von 1949–1973, in: *Schmollers Jahrbuch*, 124 (4), S. 579–608.
- Schefold, Bertram (2023): Das sich wandelnde Selbstverständnis des Vereins für Socialpolitik im Spiegel seiner Jahrestagungen, 1950–2000, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 24 (i.E.).

**Anhang: Jahrestagungen des VfS
nach dem Zweiten Weltkrieg**

- 1948 Volkswirtschaftliche Probleme des deutschen Außenhandels
- 1950 Die Problematik der Vollbeschäftigung
- 1952 Die Berliner Wirtschaft zwischen Ost und West: Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan
- 1952 Kapitalbildung und Kapitalverwendung
- 1954 Deutschland und die Weltwirtschaft
- 1956 Einkommensbildung und Einkommensverteilung
- 1958 Probleme des räumlichen Gleichgewichts in der Wirtschaftswissenschaft
- 1958 Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums
- 1960 Die Konzentration in der Weltwirtschaft
- 1961 Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliches Methodenproblem
- 1962 Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung
- 1962 Strukturwandelungen einer wachsenden Wirtschaft
- 1963 Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Rechtswissenschaft
- 1964 Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart
- 1966 Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute
- 1967 Grundsatzprobleme wirtschaftspolitischer Beratung
- 1968 Lohnpolitik und Einkommensverteilung
- 1970 Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften
- 1972 Macht und ökonomisches Gesetz
- 1973 Probleme der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung
- 1974 Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft
- 1975 Die Bedeutung gesellschaftlicher Veränderungen für die Willensbildung im Unternehmen
- 1976 Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft
- 1977 Neuere Entwicklungen in den Wirtschaftswissenschaften
- 1978 Staat und Wirtschaft
- 1979 Erschöpfbare Ressourcen
- 1980 Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft
- 1981 Informationen in der Wirtschaft
- 1982 Staatsfinanzierung im Wandel
- 1983 Ansprüche, Eigentums- und Verfügungsrechte
- 1984 Probleme und Perspektiven der weltwirtschaftlichen Entwicklung

- 1985 Ökonomie des Gesundheitswesens
- 1986 Kapitalmarkt und Finanzierung
- 1987 Beschäftigungsprobleme hochentwickelter Volkswirtschaften
- 1988 Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft: Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren
- 1989 Bevölkerung und Wirtschaft
- 1990 Monetäre Konfliktfelder der Weltwirtschaft
- 1991 Die wirtschaftliche Neuordnung Europas: Erfahrungen und Perspektiven
- 1992 Umweltverträgliches Wirtschaften als Problem von Wissenschaft und Politik
- 1993 Industrieökonomik: Unternehmensstrategie und Wettbewerb auf globalen Märkten
- 1994 Die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft: Ausgangslage, Handlungserfordernisse, Perspektiven
- 1995 Zentrum und Peripherie: Zur Entwicklung der Arbeitsteilung in Europa
- 1996 Steuersysteme der Zukunft
- 1997 Finanzmärkte im Spannungsfeld von Globalisierung, Regulierung und Geldpolitik
- 1998 Die Zukunft des Sozialstaats
- 1999 Die Erweiterung der EU
- 2000 Beschäftigung im vereinten Deutschland
- 2001 Wettbewerb der Institutionen
- 2002 Privatisierung, Deregulierung und Marktverfassung
- 2003 Geldpolitik und Währungspolitik unter neuen Rahmenbedingungen
- 2004 Marktwirtschaft und Risiko
- 2005 Perspektiven für das Gesundheitswesen
- 2006 Öffentliche Investitionen und Infrastrukturleistungen bei knappen Staatsfinanzen
- 2007 Bildung und Innovation
- 2008 Experimentelle Ökonomie: Neue Wege, neue Erkenntnisse?
- 2009 Klimaschutz, Stand und Perspektiven
- 2010 Ökonomie der Familie
- 2011 Die Ordnung der Weltwirtschaft: Lektionen aus der Krise
- 2012 Neue Wege und Herausforderungen für den Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts
- 2013 Wettbewerbspolitik und Regulierung in einer globalen Wirtschaftsordnung
- 2014 Evidenzbasierte Wirtschaftspolitik
- 2015 Ökonomische Entwicklung: Theorie und Politik
- 2016 Demographischer Wandel
- 2017 Alternative Geld- und Finanzarchitekturen

- 2018 Digitale Wirtschaft
- 2019 30 Jahre Mauerfall: Demokratie und Marktwirtschaft
- 2020 Gender Economics
- 2021 Climate Economics
- 2022 Big Data
- 2023 Growth and the „Soziale Frage“

Inhaltsverzeichnis

Gustav von Schmoller und der Verein für Socialpolitik: Grundlagen und Wirkungen des historisch-ethischen Diskurses sozialer Reform Von <i>Alexander Ebner</i> , Frankfurt am Main	17
Frauen im Verein für Socialpolitik: Von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg Von <i>Elisabeth Allgoewer</i> , Hamburg	81
Zwischen Gleichschaltung und Widerstand: Die Geschichte des Vereins für Sozialpolitik von 1933 bis zur seiner Auflösung 1936 Von <i>Hauke Janssen</i> , Hamburg	135
Auseinandersetzungen um Gustav Schmoller hinter der Selbstauflösung des Vereins für Socialpolitik Von <i>Tetsushi Harada</i> , Nishinomiya (Japan)	205
Selbstverständnis und wirtschaftspolitische Orientierung des Vereins für Socialpolitik: Die Jahrestagungen 1950–2000 Von <i>Bertram Schebold</i> , Frankfurt am Main	239
Evidenz, „evidence“ und evidenzbasierte Wirtschaftspolitik: der „empirical turn“ in der Volkswirtschaftslehre Von <i>Volker Caspari</i> , Darmstadt/Frankfurt am Main	281
Der Verein für Socialpolitik und die Wirtschaftsgeschichte Von <i>Jan-Otmar Hesse</i> , Bayreuth	295

Gustav von Schmoller und der Verein für Socialpolitik: Grundlagen und Wirkungen des historisch-ethischen Diskurses sozialer Reform

Von *Alexander Ebner*, Frankfurt am Main

I. Einleitung

Gustav Schmoller war Zeitzeuge des Durchbruchs der industriellen Moderne in der Ära vom Aufstieg Preußens als deutscher Hegemonialmacht bis zur finalen Krise der Hohenzollern-Monarchie. Als Führungsfigur seiner Generation der Deutschen Historischen Schule war er maßgeblicher Mitbegründer und später auch Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik. Tatsächlich wird Schmollers Werkbiographie in der Fachliteratur besonders eng mit der Geschichte des Vereins für Socialpolitik in Beziehung gesetzt – einer zunächst als Plattform für wirtschafts- und sozialpolitische Forschungsdebatten angelegten Organisation, die Brückenfunktionen von der ökonomischen Fachwissenschaft über Wirtschaftsvertreter und Publizistik bis hin zu politischen Entscheidungsträgern wahrnehmen sollte.

Angesichts dieses Zusammenhangs von normativer Wissenschaft und politischer Praxis, der sich in den vielschichtigen Kontroversen innerhalb des Vereins für Socialpolitik spiegelte, stellt sich die Frage nach den charakteristischen Elementen von Schmollers Forschungsprogramm und seinen Fachbeiträgen in den Vereinsdebatten, die für die Formierung der zeitgenössischen Diskurse zur sozialen Reform durchaus einflussreich waren – und die auch darüber hinaus relevant bleiben sollten. Die konzeptionelle Ausgestaltung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft lässt sich auf Leitmotive der integrativen Verständigung zurückführen, die bereits in Schmollers Vorstellungen zur politischen Vermittlung marktwirtschaftlich-industrieller Dynamik und sozialer Kohäsion angelegt waren.

Vor diesem Hintergrund geht es im Folgenden um eine Rekonstruktion der Schmollerschen Positionen zur institutionellen Dynamik von industrieller Moderne und sozialer Integration durch staatliche Reformmaßnahmen – ein Zusammenhang, der nicht nur seine fachwissenschaftlichen Arbeiten prägte, sondern auch für sein jahrzehntelanges Mitwirken im Verein für Socialpolitik bestimmend war. Im Rahmen dieser Rekonstruktion wird die These vertre-

ten, dass sich Schmoller wissenschaftlich wie politisch als ausgleichender Vermittler zwischen den von ihm entsprechend stilisierten Extremen positionieren wollte. Dabei ging es aus seiner Sicht zunächst um die Vermittlung zwischen sozialistischen Revolutionsidealen und liberalem Marktradikalismus – unter Anerkennung der legitimen sozialen Forderungen der Arbeiterbewegung. Im Verein selbst positionierte sich Schmoller mit seinen Vorstellungen eines integrativen Sozialkonservatismus zwischen Adolph Wagners statistischem Staatssozialismus und Lujo Brentanos subsidiärem Sozialliberalismus. Ziel der gesellschaftspolitischen Überlegungen Schmollers, die seinem Grundverständnis wirtschaftlicher Entwicklung als einem institutionalen geformten Prozess balancierten technologischen und sittlich-rechtlichen Fortschritts entsprachen, war die Stabilisierung und Integration bestehender Sozialstrukturen angesichts des Durchbruchs der industriellen Moderne mit ihren weitreichenden strukturellen Verwerfungen.

Angesichts des paradigmatischen Glaubens an die zivilisatorische Hebung von materiellem Wohlstand und sozial verpflichteter Sittlichkeit lässt sich Schmollers Werk und Wirken im historischen Kontext des Kaiserreichs und der nachfolgenden katastrophalen politischen Entwicklungen nicht nur als Tragödie der Deutschen Historischen Schule und des Vereins für Socialpolitik lesen, sondern auch als historisches Scheitern des von Schmoller als sittliche Instanz adressierten deutschen Bildungsbürgertums insgesamt. Allerdings kann man den längerfristigen, vornehmlich impliziten Einfluss der Schmollerschen Ideen auf die ursprüngliche Konzeption des für die bundesdeutsche Wirtschaftsordnung konstitutiven Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft auch als angedeuteten Triumph deuten. Die jüngeren, meist positiven Neubewertungen von Schmollers Werk in Ökonomik, Soziologie und Geschichte verweisen jedenfalls auf seine anhaltende Aktualität auch jenseits ideengeschichtlicher Zusammenhänge.

Der folgende Text ist in vier Abschnitte gegliedert. Zunächst wird in Abschnitt II. Schmollers werkbiographisches Forschungsprogramm skizziert, zusammengefasst unter dem Leitmotiv historisch-empirischer Analysen der institutionellen Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung im Übergang zur industriellen Moderne. Schmollers historisch-ethische Perspektive mit ihren normativen Bezügen auf die Rolle staatlicher Vermittlung zwischen gesellschaftlichen Interessengruppen gilt dabei als Ausgangspunkt seines spezifischen Verständnisses von „Socialpolitik“.

In Abschnitt III. wird diese Schmollersche Logik der Sozialpolitik mit seinem Verständnis der sittlichen und rechtlichen Einbettung wirtschaftlichen Handelns in Beziehung gesetzt. Sozialpolitik soll eine rechtlich ausgeformte sittliche Aufwertung benachteiligter Schichten und Klassen erreichen, und zugleich den Egoismus der herrschenden Klassen einhegen. Diese Vermitt-

lung sozialer Konflikte wäre an einem mittelständischen Ideal des Maßhal tens und der graduellen Veränderungen zu orientieren.

Dies führt zu Abschnitt IV., der sich mit Schmollers Beiträgen in den Debatten des Vereins für Socialpolitik befasst. Der paradigmatische Einfluss Schmollers bei der Gründung des Vereins wird hier ebenso thematisiert wie der in Schmollers Beiträgen zu den Vereinstagungen zum Tragen kommende Zusammenhang von evidenzbasierter Sozialreform und wirtschaftspolitischem Pragmatismus, der immer auch dem integrativen Ausgleich sozialer Interessen dienen soll. Insofern ist der Verein nicht nur eine Plattform zur empirisch-politischen Debatte mit der Aussicht auf Wissenstransfers in das politische System, vielmehr ist er selbst institutioneller Ausdruck des sittlich-rechtlichen Fortschritts, den Schmoller vor allem in der preußisch-deutschen Entwicklungsgeschichte zu erkennen glaubt.

In Abschnitt V., dem Ausblick, kommen schließlich die Nachwirkungen des Schmollerschen Werks in den weiterführenden Debatten des Vereins wie auch in den entsprechenden sozialökonomischen Fachdebatten der Zwischenkriegszeit insgesamt zur Sprache. Im historischen Kontext wird deutlich, dass Schmollers wissenschaftliches wie politisches Wirken, gerade auch im Verein für Socialpolitik, angesichts der zeitgenössischen Umbrüche in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ein tragisches Ende nehmen musste. Mit den Debatten um die integrative Logik der bundesdeutschen Sozialen Marktwirtschaft blieb Schmoller jedoch zumindest implizit richtungsweisend. Das in jüngerer Zeit wiedergewonnene sozialwissenschaftliche Interesse an der institutionellen Einbettung des Wirtschaftslebens hat Schmollers Werk zuletzt auch explizit eine erneuerte Geltung verschafft, die angesichts Jahrzehntelanger Geringschätzung durchaus einem späten Triumph gleichkommt.

II. Schmollers Forschungsprogramm: Sittlichkeit, Recht und wirtschaftliche Entwicklung

Gustav Schmoller, 1838 in Heilbronn geboren und 1917 in Bad Harzburg verstorben, gehörte vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zum frühen 20. Jahrhundert zu den führenden Ökonomen des deutschsprachigen Raums, der in Wissenschaft und Politik nicht nur das professionelle ökonomische Feld prägte, sondern auch die Sozialreformen im jungen Deutschen Reich beeinflusste. Schmollers Wirken war immer auch auf die politische Praxis ausgerichtet – über Forschung, Publikationen und Lehre, aber auch über die Besetzung von Professuren in Kooperation mit der preußischen Wissenschaftsbürokratie, und zudem über die mediale Beeinflussung der öffentlichen Meinung und politischer Entscheidungsträger. In diese Einflussnahme

war der Verein für Socialpolitik als akademisch-politische Plattform der Sozialreformer eingebunden (*Backhaus* 1989, S. 13 f.).

Allerdings wäre es eine fragwürdige Verkürzung, wollte man im Verein nur ein medienaffines Instrument evidenzbasierter Sozialpolitik sehen. Für Schmoller – so die These des folgenden Beitrags – war der Verein nicht nur ein effektives Instrument zur Umsetzung normativ gefasster Forschungsergebnisse und Fachdebatten. Der Verein für Socialpolitik – wie auch das komplexe Projekt der Sozialpolitik insgesamt – war immer auch institutio-neller Bestandteil einer sittlichen und rechtlichen „Hebung“ der Gesellschaft, wobei der Verein selbst als sittliche Institution galt, deren wissenschaftsbasierte Ideen in rechtliche Regeln gegossen werden sollten. Grundlegendes Ziele dieser sittlich-rechtlich fundierten Sozialreformen war die integrative Befriedung sozialer Konflikte durch die Dämpfung sozialer Ungleichheit.

Das fortwährende Ausmessen der ethischen Grundlagen des Wirtschaftslebens und seiner politischen Gestaltung ist auch als Ausdruck der zeitgenössisch gängigen Suche nach Selbstvergewisserung im vergleichsweise spät gegründeten deutschen Nationalstaat mit seinen wirtschafts- und sozialstrukturellen Umbrüchen interpretierbar. Dass es Schmoller vornehmlich um die Versöhnung von Gegensätzlichem ging, den Ausgleich von Interessenkonflikten, die Balance von Gegenkräften und die Integration von Fragmenten, lässt sich in hohem Maße auf diesen historischen Kontext zurückführen. Von den Reichseinigungskriegen der 1860er Jahre über die Reichsgründung 1871 und die nachfolgenden sozialen und politischen Konflikte bis hin zum Ersten Weltkrieg und zur finalen Krise der Hohenzollern-Monarchie begleitete Schmollers Werk die maßgeblichen Entwicklungen im Kaiserreich.

Bereits während des Studiums im württembergischen Tübingen fand Schmoller einen spezifischen Zugang zur Verbindung interdisziplinärer, historischer, ethischer und sozialreformerischer Aspekte der Nationalökonomie, der in seiner 1860 publizierten Dissertation zur ökonomischen Theoriegeschichte des Protestantismus zum Ausdruck kam (*Herold* 2019, S. 38–41). Die im Anschluss an empirische Forschungserfahrungen im Statistischen Amt des Königreichs Württemberg gewonnenen Kenntnisse sozialer Ungleichheit und industriellen Strukturwandels führten in Verbindung mit öffentlich gewordenen Sympathien für die preußische Sache – Württemberg war an den Habsburgern orientiert – tatsächlich zum Umzug nach Preußen: 1864 übernahm er eine nationalökonomische Professur in Halle. Die weitere akademische Laufbahn führte ihn ab 1872 nach Straßburg und schließlich von 1882 bis zur Emeritierung im Jahre 1913 an die im Zentrum der politischen Macht gelegene Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin, wo er als Mitglied des Preußischen Herrenhauses sowie des Preußischen Staatsrates seine

akademische Führungsposition in politische Repräsentation umsetzen konnte (*Winkel 1989, S. 100–05*).

Schmollers Hauptwerke erschienen in den 1870er bis 1910er Jahren, teils monographisch, teils als Aufsatzsammlungen: „Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert“, 1870, „Zur Methodologie der Staats- und Sozialwissenschaften“, 1883, „Zur Literaturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften“, 1888, „Zur Social- und Gewerbepolitik der Gegenwart“, 1890, „Über einige Grundfragen der Socialpolitik und der Volkswirtschaftslehre“, 1898, „Umrisse und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte besonders des preußischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert“, 1898, sowie der zweibändige „Grundriss der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“, 1900 und 1904, und zuletzt noch posthum „Die soziale Frage“, 1918. Mit diesem Publikationsprofil bediente Schmoller eine thematische Bandbreite, die von der Unternehmens- und Branchenorganisation über institutionelle Ordnungsformen des Wirtschaftslebens bis hin zur politisch-administrativen Gestaltung wirtschaftlicher Entwicklung und sozialen Wandels reichte, eingerahmt von methodologischen Betrachtungen zum analytischen Status historisch-empirischer Forschungsansätze.

In diesem Zusammenhang wirkte Schmoller ab 1872 als maßgeblicher Organisator der Gründung und des Aufbaus des Vereins für Socialpolitik, dem er ab 1890 auch vorstand. Neben Adolph Wagner, Lujo Brentano und anderen führenden Vertretern seiner Generation der Deutschen Historischen Schule stieg er im Kontext des Vereins zu akademischer Macht und intellektueller Prominenz auf – wobei sein Werk und Wirken neben der durchgängig relevanten Debatte um den Status von historischer Analyse und evidenzbasierter Theoriebildung immer auch Gegenstand politischer Kontroversen war, die ihn je nach Standpunkt teils als sozialschwärmerischen Radikalen, teils als staatsgläubigen Erzkonservativen titulierten. Tatsächlich entwickelte sich der in Heilbronn aufgewachsene Schmoller biographisch betrachtet vom Typus des südwestdeutschen Liberalkonservativen mit Hang zum Preußentum hin zum Bismarckschen Nationalkonservativen mit ausgeprägt sozialreformerischer Agenda (*Herold 2019*).

Zugleich entsprachen die von Schmoller eingesetzten statistischen Verfahren dem methodischen Forschungsstand. Auf ihrer Grundlage entstanden im Rahmen des Vereins umfangreiche empirische Forschungsdokumentationen zu sozial-, gewerbe- und industriepolitischen Fragen der Zeit – mit konkretem Einfluss auf die politischen Apparate. Zudem übernahm Schmoller ab 1877 die Herausgabe der einflussreichen „Jahrbücher für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich“, die als wissenschaftliche Publikationsplattform für solche Studien dienten (*Grimmer-Solem 2003, S. 69–71*). Die dabei paradigmatisch wirkende „soziale Frage“ der reformer-

schen Bewältigung sozialer Zerrüttungen des rapiden industriellen Strukturwandels artikulierte sich in der aufkommenden gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und ihrer politischen Ausläufer in der Sozialdemokratie. Die entsprechenden Sozialismusdebatten, die in einem Kontinuum zwischen Lasalle und Marx bzw. deren Anhängern geführt wurden, blieben im Kaiserreich durchgehend präsent. Die soziale Frage implizierte also immer auch die Frage nach der politischen Gestaltung des herrschenden Wirtschaftssystems (Schmidt 2006).

Für Schmoller selbst waren sozialreformerische Lösungen der sozialen Frage eng mit dem gesellschaftspolitischen Charakter der preußischen Hohenzollern-Monarchie verbunden. Bezüge zur Geschichte der preußischen Sozialpolitik verwiesen auf die Reformen Friedrich Wilhelms I. im frühen 18. Jahrhundert und mündeten in Sympathien mit „Bismarcks Bonapartismus“ in Fragen der Sozialreform nach der Reichsgründung (Plessen 1975, S. 77). Insofern war Schmoller einer jener „Mandarine“ des preußisch-deutschen akademischen Bildungsbürgertums, deren scheinbar unbeirrbares Fortschrittsdenken mit einer Kritik der sozialen Pathologien der industriellen Moderne einherging, allerdings noch ohne jene kulturpessimistische Färbung, die sich in der Nachfolgegeneration um Max Weber und Werner Sombart bemerkbar machen sollte (Ringer 1969, S. 42–44).

Das akademische Feld der Debatten um soziale Reformen war von der Deutschen Historischen Schule geprägt, einem weit verzweigten und inhaltlich diversen Netzwerk, das sich vornehmlich aus Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlern zusammensetzte. Auch wenn es im engeren Sinne keine gemeinsame „Schule“ mit verpflichtenden theoretischen und methodischen Standards gab, stand die Deutsche Historische Schule doch für einen Diskurszusammenhang, der sich seit den 1840er Jahren auf die historisch bedingten – und daher variablen – institutionellen Aspekte wirtschaftlicher Entwicklung konzentrierte (Pearson 1999; Caldwell 2001). Die „Ältere“ Historische Schule um Wilhelm Roscher und Karl Knies verband theoretische Bezüge zur Klassischen Politischen Ökonomie und ihrem Glauben an ökonomische Gesetzmäßigkeiten mit historischen Analysen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ganzer Nationen und Zivilisationen. Die „Jüngere“ Historische Schule um Gustav Schmoller knüpfte an diese Art historischer Studien wirtschaftlicher Entwicklung an, hielt aber eine deutlichere Distanz zur theoretischen Orientierung an der Klassischen Politischen Ökonomie. Schmoller nahm besonders deutlich Abstand zu wert- und preistheoretischen Klassikern wie Smith und Ricardo, während Adolph Wagner und Lujo Brentano, weitere maßgebliche akademische Akteure der „Jüngeren“ Historischen Schule, deutlichere Bezüge zur zeitgenössischen Wirtschaftstheorie aufwiesen.

Diese interne Vielfalt zeigte sich auch anhand widerstreitender methodologischer Positionen. Beispielsweise entsprachen dem Methodenstreit zwischen Schmoller und Menger ähnliche Konfliktlinien zwischen Schmoller und Wagner – dem späteren Werturteilsstreit um die normativen Gehalte ökonomischer Kategorien nicht unähnlich (*Lindenlaub* 1967, S. 96 f.). Dabei waren akademische Sozialreformer wie Schmoller, Wagner und Brentano nach deren eigenen Aussagen zunächst im liberalen „Manchestertum“ verankert gewesen, um sich in den 1860er Jahren auf der Grundlage einer normativen Orientierung an sozialreformerischen Idealen schrittweise gegen den Liberalismus zu wenden. Allerdings blieben bei Schmoller die liberalen Aspekte von individueller Freiheit, Eigenverantwortung, Unternehmertum und Markt-wettbewerb bei aller Ambivalenz immer auch positiv besetzt. Seine Kritik richtete sich vor allem an liberale Vorstellungen vom Eigeninteresse im Wettbewerb als Grundlage gesellschaftlicher Harmonie (*Hentschel* 1975, S. 194 f.). Dieser für die „Jüngere“ Historische Schule charakteristische Zusammenhang aus ökonomischer Analyse und sozialreformerischer Praxis führte 1872 zur Gründung des Vereins für Socialpolitik, der sich als Plattform für evidenzbasierte Sozialreformen sowohl gegen sozialistische als auch gegen liberale Tendenzen wandte (*Plessen* 1975, S. 39 f.; *Grimmer-Solem* 2003, S. 189 f.).

Das von Schmoller vertretene paradigmatische Forschungsprogramm befasste sich mit dem Zusammenhang von individuellem Handeln, sittlicher Einbettung, institutioneller Vermittlung und wirtschaftlicher Entwicklung. Im *Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre*, einem zweibändigen Spätwerk, das seine grundlegenden ökonomischen und soziologischen Ideen zusammenfassen sollte, skizzierte Schmoller den Ausgangspunkt seiner analytischen Ausführungen anhand von drei Postulaten: erstens, das Verständnis wirtschaftlicher Phänomene als Ausdruck fortlaufender Entwicklungsprozesse; zweitens, die Berücksichtigung psychologischer und institutioneller Dimensionen wirtschaftlichen Handelns, welche die wechselseitige Bedingtheit von Wirtschaft, Staat, Religion und Sitte untermauern sollte; drittens, die ethische Gegenposition zu naturrechtlichem Individualismus und klassenkämpferischem Sozialismus, die auf der Idee sozialer Kooperation beruhte (*Schmoller* 1900a, S. 124). Dabei diente das Konzept der „Volkswirtschaft“ als analytische Grundeinheit zur Bezeichnung eines bestimmten Stadiums im wirtschaftlichen und soziokulturellen Entwicklungsprozess, welcher vom Ausgreifen und Verdichten komplexer Interdependenzen gekennzeichnet wäre.

Schmoller verstand wirtschaftliche Phänomene als integrale Bestandteile eines sozialkulturellen Gesamtzusammenhangs, der im Kontext einer sich beständig wandelnden Gesellschaft zu analysieren wäre (*Schmoller* 1893, S. 220 f.). Dementsprechend postulierte Schmoller mit Bezug auf die erst-

mals von Roscher formulierte historische Methode, dass sich die Analyse von Entwicklungsprozessen um vergleichende Studien zur allgemeinen kulturellen Entwicklung von Völkern, Nationen, Zivilisationen und damit letztlich der gesamten Menschheit bemühen sollte (ebd., S. 261). Dementsprechend beharrte er auf der historischen Diversität und Variabilität institutioneller und kultureller Dimensionen wirtschaftlicher Entwicklung – im Gegensatz zu den von ihm so wahrgenommenen Idealisierungen und Abstraktionen des Naturrechts mit seinem ahistorisch-rationalistischen Charakter (Schmoller 1900b, S. 83 f.).

Die in Schumpeters Beitrag zum *Grundriss der Sozialökonomik* formulierte Zusammenfassung des paradigmatischen Ansatzes der Historischen Schule Schmollerscher Prägung betonte rückblickend folgende Elemente: erstens, die historische Relativität theoretischer Erkenntnisse; zweitens, die systemische Einheit und den Gestaltcharakter sozialer Zusammenhänge; drittens, die Vielfalt ökonomischer Motive im Hinblick auf rationale wie nichtrationale Aspekte; viertens, die evolutionäre Entwicklungsperspektive; fünftens, die detaillierten Untersuchung einzelner Forschungsobjekte; sechstens, die antimechanistische, organische Perspektive (Schumpeter 1914, S. 110 f.). In diesem Sinne zielte Schmollers Forschungsprogramm auf eine Integration theoretischer und historischer Perspektiven in einem umfassenden interdisziplinären Ansatz, der Spannungen zwischen sozioökonomischem Wandel und sittlich-rechtlichem Ordnungsrahmen zum Gegenstand sozialpolitischer Gestaltung machen wollte (Shionoya 1997, S. 201 f.; Ebner 2000, S. 359 f.). Vor diesem Hintergrund spielte der Verein für Socialpolitik eine unverzichtbare Rolle in Schmollers Vorstellungen zur ethisch-moralischen Stabilisierung und Vervollkommennung der industriellen Moderne.

Ein Leitmotiv, das Schmollers normative Positionen kennzeichnet, war das Thema der „Mitte“. Es war weit mehr als eine „Vermittlungsrhetorik“ (Herrold 2019, S. 282). Tatsächlich durchzog es Schmollers Arbeiten in allen Bereichen: Vom Plädoyer für die sozial- und wirtschaftsstrukturellen Notwendigkeit der „Mittelklasse“ über die politisch-ideologische Frage der Mittelposition zwischen sozialistischem Proletariat und liberalem Großkapital bis hin zur Forderung nach einer mittleren Geschwindigkeit von Sozialreformen zwischen Disruption und Stagnation. Schmollers frühes Interesse an der sozialen Frage wurde bereits in den frühen 1860er Jahren als Diskussion zur sozialen Balance offensichtlich. Das dabei zum Tragen kommende Motiv der „Mitte“ richtete sich gegen die strukturelle Polarisierung in Arm und Reich – dagegen sollte ein breit gestreuter Mittelstand die entstehende Industriegesellschaft stabilisieren (Balabkins 1988, S. 32). Das Verschwinden des Mittelstand wäre ein grundlegender Beitrag zur Verschärfung der Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Daher sah Schmoller hier eine maßgebliche Reformaufgabe für die „Mittelparteien“ (Schmoller 1879,

S. 677–81). Tatsächlich war das Schicksal des Mittelstands für Schmoller ein zentrales Thema in seinen analytischen und normativen Beiträgen: wirtschaftlich, sozial, aber auch wertebezogen und sozialpolitisch (*Grimmer-Solem* 2003, S. 96–100).

Dabei war auch Schmollers Vorstellung von Reformpolitik auf graduelle, maßvolle Maßnahmen ausgerichtet, die auf die aufgeklärte Zustimmung der Beteiligten zielte, und ein zwangswise Durchsetzen als fortschrittlich erkannter Maßnahmen scheute. Dieses Motiv von Maß und Mitte zeigte sich zudem auch in diversen Politikfeldern, die für Schmoller und den Verein für Socialpolitik jenseits der Sozialreformen bedeutsam waren. So äußerte er sich durchweg positiv zum gemäßigten Charakter des preußischen Merkantilismus als Modell für eine vernünftige, zwischen Freihandel und Dirigismus angesiedelte Außenwirtschaftspolitik (Schmoller 1884). Hinsichtlich der Flottenvorlage von 1900, die den Einstieg in das militärische Wettrüsten mit England markierte, befürwortete Schmoller eine gemäßigte Flottenpolitik mit dem Ziel des militärischen Schutzes der Handelswege – und Deutschland als Mittelmacht zwischen englischem und russischem Imperialismus (Schmoller 1900b, S. 17f.). Schließlich markierte er auch im Methodenstreit für sich eine Mittelposition zwischen individualistischem Liberalismus und kollektivistischem Sozialismus, womit eigentlich der methodologische Konflikt um Induktion versus Deduktion sowie holistische Gesamtschau versus isolierende Abstraktion gemeint war (Schmoller 1897a).

Die Leitmotive der Vermittlung und Versöhnung von Gegensätzen prägten auch die Herleitung von Schmollers historisch-ethischem Ansatz zur Analyse wirtschaftlicher Phänomene. Er konzentrierte sich auf historische Forschungsperspektiven, um auf diese Weise zur theoretisch verwertbaren Erkenntnis institutionell geprägter wirtschaftlicher Entwicklungsmuster zu gelangen – und um damit eine evidenzbasierte, ethisch an der Integration sozialer Klassen und Gruppen orientierte Sozialpolitik zu unterfüttern. Die später auch von unterschiedlichen wirtschaftssoziologischen Klassikern wie Émile Durkheim, Max Weber und Karl Polanyi prominent behandelte Einbettung wirtschaftlichen Handelns in gesellschaftliche Wertvorstellungen und normative Ordnungen von Sitte, Moral und Recht diente als Ausgangspunkt für Schmollers programmatische Überlegungen zu einer ethischen Wirtschaftsforschung. Es ging ihm um die „Ueberzeugung von der nothwendigen Einheit und Verknüpfung des wirthschaftlichen mit dem sittlichen Leben der Völker“ – als Fundament einer „ethischen Begründung der Nationalökonomie“ (Schmoller 1870, S. XIII).

Das naturrechtliche Weltbild des klassischen Liberalismus und der Klassischen Politischen Ökonomie denunzierte er als Ausdruck bürgerlicher Klasseninteressen. Insofern galt die ökonomische Klassik als Legitimationstheorie

ungezügelter bürgerlicher Klassenherrschaft. Gegen diese Legitimationstheorie sollte eine ethisch verpflichtete Nationalökonomie die Kräfte der Mittelklassen und -parteien in ihrem reformerischen Streben nach Bildung und sittlicher Hebung zusammenführen und mobilisieren (ebd., S. 685). Schmollers ethischer Ansatz war also von Anfang an als historisch-empirische Grundierung sozialpolitischer Reformen gedacht. Dabei nahm er an, dass sich die Entwicklung des Fachs im Rahmen der sittlichen Aufklärung aller Gesellschaften auch international an den ethisch-sozialreformerischen Standpunkt anpassen würde. Im *Grundriß* bewertete er etwa Alfred Marshalls *Principles of Economics* als Werk, das sich „durch psychologisch-soziologische Analyse und durch ideale Gesichtspunkte“ dem realistischen Standpunkt annähern würde (Schmoller 1900a, S. 124).

Die disziplinäre Verortung dieser realistischen, auf empirische Beobachtung rekurrierenden Forschungsperspektive ist genuin historisch-sozialwissenschaftlich. So heißt es bereits in Schmollers Dissertationsschrift „Zur Geschichte der national-ökonomischen Ansichten in Deutschland während der Reformationsperiode“ von 1860:

„Stunde der Mensch nur unter dem Gesetze der Naturnotwendigkeit, dann könnten wir mit Recht unsere Wissenschaft als eine mathematische bezeichnen, dann würden wir mit Recht nur nach den Naturgesetzen in derselben fragen, und dann müsste eine absolute Theorie ewig wahr und unumstößlich sich finden lassen; da aber dem nicht so ist, so müssen wir die Nationalökonomie in die Reihe der sozialen Wissenschaften stellen, welche sich von den Bedingungen des Raums, der Zeit und der Nationalität nicht trennen lassen, deren Begründung wir nicht allein, aber vorzugsweise in der Geschichte suchen müssen.“ (Schmoller 1860, S. 462 f.)

Diese Sichtweise auf eine historisch-sozialwissenschaftliche Nationalökonomie beinhaltete zudem die Bezugnahme auf Interdependenzen zwischen gesellschaftlichen Feldern und Teilsystemen, die in einem evolutionären Entwicklungsprozess befangen sind:

„Die Geschichte ist kein Nebeneinander von getrennten Zuständen und Thatsachen, sondern ein organischer Prozess, wo jedes Moment in ewiger Wirkung und Wechselwirkung beiträgt zur Entfaltung alles Künftigen.“ (ebd., S. 715)

Diese Interdependenzen müssten auch bei der Gestaltung sozialer Reformen berücksichtigt werden, um auf diese Weise gesellschaftliche Sonderinteressen auf die Perspektive des Gesamtinteresses auszurichten. So heißt es in den frühen Aufsätzen zur „Arbeiterfrage“:

„Der wahre Fortschritt auch im ökonomischen Leben hängt von seinem Zusammenhang mit den übrigen Lebensgebieten und Zwecken, von der gesamten ethischen Kultur ab, denn kein Zweck und kein Glied kann dauernd gedeihen, wenn der übrige Organismus leidet. Das ist die ethische Grundlage der Nationalökonomie, auf der allein die Arbeiterfrage richtig zu lösen ist.“ (Schmoller 1865, S. 63)

Die anvisierte Lösung der „Arbeiterfrage“ wäre demnach durch eine neue ethische Grundierung der Nationalökonomie zu leisten, die Staat, Wirtschaft und soziale Gemeinschaft nicht als widersprüchliche, sondern als komplementäre Kräfte betrachtet. Im Zentrum dieser frühen Überlegungen Schmollers, in denen die dezidiert liberalen Motive noch deutlich ausgeprägt sind, standen Selbsthilfe und Selbstverantwortung in staatlich gerahmter sittlicher Gemeinschaft (ebd., S. 63).

Im Einklang mit den in der ökonomischen Klassik wie auch in der Historischen Schule gängigen Konzepten spezifischer Stufen und Phasen wirtschaftlicher Entwicklung skizzierte Schmoller ein mehrdimensionales Konzept von Entwicklungsstufen. Zum einen ein eher materialistisch ausgerichtetes Stufenkonzept, das einzelne Stufen in Abhängigkeit von Technik und Verkehrswesen über sozioökonomische Reichweiten und Interdependenzen definierte – in einer Stufenfolge von der lokalen Wirtschaft, über territoriale Regionalwirtschaft und nationale Volkswirtschaft bis hin zur globalisierten Weltwirtschaft.

Zum anderen formulierte Schmoller eine eher institutionelle Konzeption historischer Entwicklungsstufen sozialer Organisationsformen, die auf spezifischen epochalen Mustern sozialen Rechts aufbauten. Der entsprechende Entwicklungsgang dieser Stufen sozialen Rechts nahm den Ausgangspunkt in unmittelbarer Gewalt und Ausbeutung als Herrschaftscharakteristika archaischer Gesellschaften über Zwischenstufen sittlich-rechtlicher Befriedung bis hin zum zeitgenössischen, sittlich aufgeklärten Umgang mit Gleichberechtigung und sozialer Integration (Schmoller 1874, S. 30).

Ein drittes Stufenmodell hatte schließlich die Entwicklung der Wirtschaftsverfassung zum Gegenstand: Von der agrarischen Eigenwirtschaft, über die frühneuzeitliche Stadtwirtschaft mit ihrer spezifischen Expansion von Märkten sowie über die nachfolgende absolutistische Territorialwirtschaft bis hin zum Übergang in die national-merkantilistische Volkswirtschaft, die wiederum in eine Weltwirtschaft mit kolonial-imperialen Wirtschaftsräumen und globalen Verflechtungen einmünden würde (Schmoller 1900a, S. 293 f.; Schmoller 1904, S. 669–75).

Maßgebliche analytische Einheit des Schmollerschen Ansatzes blieb der Typus der Volkswirtschaft als geschichtlich gewachsene sozioökonomische Formation. Sie war als komplexes ganzheitliches Gefüge gedacht, das auf bestimmten „psychologischen“, instinktiven und intellektuellen Motivationsmustern sowie auf einer technisch-materiellen Struktur beruhen würde, die sich aus Institutionen und Organisationen, einschließlich des modernen Staates, bestimmten sozial- und wirtschaftsstrukturellen Zusammenhängen, sowie natürlichen und technologischen Charakteristika zusammensetzt. Ökonomische Phänomene stellten demnach integrale Bestandteile des allgemeinen

sozialen Lebens einer bestimmten Gesellschaft dar und waren als solche zu analysieren. Dabei ging Schmoller von einem Entwicklungsschema zunehmender Komplexität aus, dem auch die Volkswirtschaften ausgesetzt waren (*Schmoller* 1893, S. 220f.). Diese Sichtweise wurde in der folgenden Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung von Volkswirtschaften weiter vertieft. Schmoller fasste den zyklischen Charakter des Entwicklungsprozesses als spezifisches Merkmal zunehmend komplexer und daher potentiell instabiler moderner Gesellschaften, die sowohl internen sozialen Klassenkämpfen als auch externen politischen Konflikten im Bereich des Außenhandels und der internationalen Marktkonkurrenz ausgesetzt wären – wobei interne und externe Pazifizierung in einem Wechselverhältnis stehen würden (*Schmoller* 1904, S. 465 f.). Als häufigstes Muster der wirtschaftlichen Entwicklung kristallisierte sich der zyklische Aufstieg und Niedergang von Nationen und Zivilisationen heraus. Dieser Entwicklungszyklus war im Wesentlichen durch das integrative und stabilisierende Potential der sittlichen Kräfte einer Gesellschaft bedingt (ebd., S. 673 f.).

Die diesen Entwicklungsprozessen zugrunde liegende Dynamik der sittlichen Einbettung psychischer Triebe verwies wiederum auf das Leitmotiv der Vermittlung und Versöhnung in Schmollers Entwicklungstheorie. Psychischer Instinkt und sittliche Vernunft begründeten Schmoller zufolge eine grundlegende Spannung im menschlichen Individualverhalten, die in der Folge über effektive Institutionen und Bildungsprozesse gemeinschaftstauglich kanalisiert werden müsste. Seine Vision des Entwicklungsprozesses der industriellen Moderne verwies entsprechend auf die sich wechselseitig bedingende Dynamik wirtschaftlichen und sozialkulturellen Wandels, der von Erwerbsinstinkten im Marktwettbewerb angetrieben und durch sozialkulturelle Normen reguliert würde. Intellektuelle Erkenntnisse und sittliche Überzeugungen traten sukzessive an die Stelle psychischer Instinkte. Dieser Zusammenhang von Wirtschaftsentwicklung, sozialer Differenzierung und sittlicher Vermittlung ist der analytische Kern von Schmollers Ansatz (*Ebner* 2000, S. 357–59).

Die Grundidee war bereits in den Frühschriften der 1860er Jahre ausformuliert – allerdings noch ohne Bezüge zur Psychologie, sondern vornehmlich im Hinblick auf Instinkte und Interessen als Ausdruck individueller Leidenschaften. Insofern stand Schmoller hier noch dem klassischen liberalen Diskurs recht nahe (*Hirschman* 1977). Bereits in seinem Aufsatz zu Schiller aus ethischer und kulturgeschichtlicher Perspektive kontrastierte Schmoller instinktgetriebene Natur mit regelhafter Vernunft als die grundlegende Auseinandersetzung menschlicher Zivilisation. Der Übergang von der Natur zur Vernunft erschien entsprechend als der „ununterbrochene Inhalt der ganzen Weltgeschichte“ (*Schmoller* 1863, S. 5). Dabei wurden Interessen den „natürlichen Kräften“ zugeschlagen, um sie Geist und Vernunft gegenüberzustellen.

Die explizit sozialreformerische Perspektive wies dann jedoch deutlich über den zeitgenössischen liberalen Diskurs hinaus: „Um aber die Harmonie zwischen beiden zu erzeugen, ist allerdings auch eine stete Besserung aller staatlichen Institutionen nötig und möglich, nicht bloß eine Hebung der individuellen Bildung“ (ebd., S. 6). Ähnlich argumentierte Schmoller in seiner Arbeit zu Fichte:

„Das menschliche Leben beginnt mit instinktiven Kräften und Trieben. Mit dem Selbstbewußtsein erwacht die Reflexion über sie, über die Zukunft, über die Folgen des Handelns; damit entsteht im inneren Leben das Gewissen, im äußeren gewisse Regeln des Handelns, die als Voraussetzung sozialer Existenz eingehalten werden.“ (Schmoller 1864–1865, S. 43)

Zu diesen Handlungsregeln gehörten Sitte und Recht, die in der Lage sind, Triebe mit konkreten Zwecken und sittlichen Gütern in Beziehung zu setzen und produktiv auf gesellschaftliche Felder wie Staat und Wirtschaft zu lenken (ebd.). Das ungebändigt egoistische Erwerbsstreben würde demnach im Laufe des kulturellen Entwicklungsprozesses in eine maßvolle, sozial verantwortliche Wirtschaftstätigkeit transformiert werden:

„Mit dem Steigen der sittlichen Kultur überhaupt fängt man auch im Wirtschaftsleben an einzusehen, daß der maßvolle, sich selbst beschränkende Egoismus als die Quelle aller individuellen Anstrengungen seine volle, auch sittliche Berechtigung hat, daß er aber übertrieben und überspannt zum Untergang und Ruin führt.“ (ebd., S. 76)

In diesem Prozess sittlicher Einbettung wirtschaftlichen Handelns zeigte sich dann für Schmoller die „ethische Seite der sozialen Frage“ (ebd.). Auch hier steht die sittliche Vervollkommenung des einzelnen Menschen im Vordergrund. So postulierte Schmoller zum Wesen des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses:

„daß wir das Wesen desselben besser treffen, wenn wir sagen: er beruhe auf der Entwicklung des Menschen überhaupt und zwar speziell auf der Entwicklung nach der Seite größerer wirtschaftlicher Fähigkeiten und Tugenden und der Herstellung größerer und komplizierterer, immer besser eingerichteter sozialer Wirtschaftsorgane und -gemeinschaften. [...] Insofern ist die] Art, [...] wie in die sozialen und Marktkämpfe immer mehr soziale Ideale, Vorstellungen von Gerechtigkeit und Solidarität eindringen, [...] das eigentlich zu erklärende Ziel.“ (Schmoller 1904, S. 748)

Vor diesem Hintergrund konnte Schmoller geistig-sittliche Normen und Regeln als Träger kollektiven historischen Lernens in einem kulturellen „Erziehungs- und Einübungsprozeß“ auffassen – quasi als institutionelle Verdichtung der Einhegung natürlicher Triebe und Instinkte (Schmoller 1900a, S. 61). Er bezog sich in diesen Ausführungen insbesondere auf Rudolf Ihering und die bis auf Savigny zurückgehende Historische Rechtsschule, die bereits der ersten Generation der Historischen Schule der Nationalökonomie als Inspirationsquelle gedient hatte. Iherings Vorstellungen von der psychologischen

Fundierung des Kampfes um Rechtsnormen und der sittlichen Erziehung der Gesellschaft durch historisch evolvierende nationale Rechtssysteme blieb jedenfalls für Schmoller eine feste Bezuggröße. Die zugehörige Vorstellung kultureller Evolution ging analog zum Schmollerschen Stufenschema von niedrigen Zivilisationsstufen aus, auf denen die Verfügung über Gewaltmittel die Güterverteilung geregelt hatte. Dagegen wären höhere Kulturen durch die Fortentwicklung von Sitte und Recht als Instanzen einer gesamtgesellschaftlich als gerecht empfundenen Verteilung weitgehend befriedet und damit auch ethisch aufgewertet worden (Schmoller 1875, S. 74 f.). Insofern bestand Schmoller darauf, dass evolutionsbiologische Analogien und Metaphern, wie Spencers sozialdarwinistische Konzeption vom „Kampf um das Dasein“ oder Schäffles organistische Vorstellungen vom „Sozialen Körper“, die auf wirtschaftliche Bereiche wie Arbeitsteilung und Marktwettbewerb angewandt wurden, konzeptionell mit der mindestens ebenso einflussreichen, wenn nicht noch wichtigeren sittlichen Sphäre sozialer Lernprozesse verbunden werden müssten (Schmoller 1900a, S. 66).

Diese Sichtweise spiegelte Schmollers Unterscheidung zwischen sogenannten mechanisch-materialistischen und idealistischen Entwicklungsansätzen. Seine Vision des Evolutionsprozesses unterstrich die nicht-mechanistische Position, denn der scheinbar natürliche Prozess der sozio-ökonomischen Evolution würde durch den Einfluss paralleler sittlicher Entwicklungen reguliert, so dass intellektuelle Einsichten an die Stelle von Instinkten treten könnten. Insofern waren sittliche Einflüsse für die kulturelle Bändigung der menschlichen Natur entscheidend – und damit auch für die Formierung einer sittlich stabilisierten wirtschaftlichen Ordnung:

„Die Sitten [...] sind die ewig neue Offenbarung des Geistes im natürlichen Leben. Durch die Sitte baut der Mensch in der Natur eine zweite Welt ‚die Welt der Kultur‘ hinein. Und zu dieser Kultur gehört auch die Volkswirtschaft. [...] Ohne feste Sitten gibt es keinen Markt, keinen Tausch, keinen Geldverkehr, keine Arbeitstheilung, keine Kasten, keine Sklaven, kein Staatswesen.“ (Schmoller 1875, S. 34)

In diesem Sinne war der Erwerbstrieb, der in der ökonomischen Klassik als anthropologische Konstante erschien, immer auch sittlich und rechtlich geformt: „Der Erwerbstrieb ist keine überall gleiche Naturkraft, er ist stets gebunden und gebändigt durch gewisse sittliche Einflüsse, Rechtssatzungen und Institutionen“ (Schmoller 1900a, S. 37). Für die Marktbeziehungen bedeutete das, dass neben der individualpsychischen Interpretation von Marktsignalen auch ihre sittliche Bedeutung zum Tragen kam:

„Die Quantitäten des Angebots auf dem Markte wirken niemals direkt auf die Käufer, sondern nur durch das Medium gewisser psychologischer Prozesse und gewisser Sitten. [...] Die ganze Nachfrage ist nichts anderes als ein Stück konkreter Sittengeschichte einer bestimmten Zeit und eines bestimmten Volkes.“ (Schmoller 1875, S. 36)

Diese „Sittengeschichte“ artikulierte sich Schmoller zufolge in zeit- und ortsspezifischen Institutionen. Solche wirtschaftlichen, politischen, und rechtlichen Institution würden der Einbettung individuellen Handelns dienen; sie formten so die Ordnung des historisch tradierten Gemeinschaftslebens. Institutionen als Summe der Konventionen, Sitten und des Rechts einer Gesellschaft würden sich in der Regel an gemeinsamen Zwecken ausrichten, so dass sie ein institutionelles System bilden könnten (*Schmoller* 1900a, S. 61 f.). Aus der historischen Perspektive heraus folgte für Schmoller die Relativität sittlicher Verhältnisse als etwas Werdendes und sich Entwickelndes, das in seiner Bedeutung vom konkreten historischen Kontext abhängen würde. Im Laufe der geschichtlichen Entwicklung und mit aufgeklärter Kenntnis der damit zusammenhängenden Entwicklungsmuster könnten sich diese Sittlichkeitsvorstellungen allerdings über Völker, Nationen und Zivilisationen hinweg angleichen – im Sinne einer letztendlich universal gefassten, objektiven Form von Sittlichkeit (ebd., S. 43–45).

In diesem Zusammenhang waren Sitte und Recht für Schmoller ein konsstitutiver Bestandteil des Wirtschaftslebens, wie etwa die wiederholten Bezüge auf die sittliche Einbettung des Erwerbsmotivs anzeigen. Insofern waren für ihn auch Marktbeziehungen stets als soziale Strukturen zu verstehen, denn es waren „menschliche Beziehungen und Machtverhältnisse, menschliche Ueberlegungen und Handlungen“, die ihnen überwiegend zugrunde lagen (*Schmoller* 1881, S. 35). Schmoller paraphrasierte Durkheim, den er zuvor selbst maßgeblich beeinflusst hatte, wenn er betonte, dass selbst die primitivsten Formen marktwirtschaftlichen Austauschs auf einem Gefühl der reziproken Verbundenheit, insbesondere auf gegenseitigem Vertrauen beruhen würden (*Schmoller* 1900a, S. 37f.). Die sittliche und rechtliche Einbettung von Marktbeziehungen führte demnach dazu, dass Marktbeziehungen durchaus Formen der Vergemeinschaftung annehmen konnten:

„Der einfache Tauschverkehr ist nicht möglich, ohne daß zwischen den regelmäßig Tauschenden eine gewisse sittliche Gemeinschaft besteht; man muß ausdrücklich oder stillschweigend übereingekommen sein, Frieden zu halten; die Tauschenden müssen gemeinsame Wertvorstellungen haben, ein gemeinsames Recht anerkennen. Jeder Verkäufer bildet mit dem Käufer, der vor ihm steht, für den Moment des Verkaufs eine sittliche Vertrauensgemeinschaft.“ (*Schmoller* 1881, S. 38)

Zwar traten Momente lokaler Vergemeinschaftung mit der industriellen Moderne und ihren Individualisierungsschüben zurück, zugleich führte aber die vertiefte und erweiterte industrielle Arbeitsteilung zu einer faktischen Sozialisierung der Produktion und der Unternehmensorganisation. Aus dieser gesellschaftlichen Interdependenz entstand Schmoller zufolge wiederum eine Vielzahl sittlicher Gemeinschaften. Mit fortschreitender Versittlichung konnten sich diese Gemeinschaftsideale in landesweiten, nationalen Sittlichkeitsvorstellungen bündeln, die dann auch rechtlich wirksam wurden (ebd.,

S. 38 f.). Schmoller betonte demnach, dass das Eigentum als Kernelement der Marktvergesellschaftung ebenfalls nicht ohne sittliche Bindung funktionieren könnte:

„Das Eigentum ist kein absolutes; der Wert des Eigentums ist immer mehr Folge der Gesellschaft als Verdienst des Einzelnen; jeder Einzelne ist der Gesellschaft und dem Staate so tausendfach verpflichtet, daß sein Eigentum nur denkbar ist mit weitgehenden Pflichten und Lasten gegen das Ganze.“ (Schmoller 1870, S. 686)

Diese soziale Rückbindung des Eigentums, und die damit einhergehende ambivalente Bewertung der Marktgesellschaft insgesamt, spiegelte Einflüsse aus älteren romantischen Beiträgen Adam Müllers oder auch aus sozialkonservativen Vorstellungen bei Lorenz von Stein. Sie zeigten sich ebenfalls in Schmollers ambivalenter ethischer Bewertung von Marktwettbewerb und Unternehmertum: Kaufmännische Führungsfähigkeit traf auf profitorientierte Zügellosigkeit – und neben wettbewerbsgetriebene Kosteneffizienz trat egozentrische Marktrivalität (Kreis 1999, S. 140–49). So betonte Schmoller zunächst die Führungsleistungen herausragender Individuen als interne Faktoren wirtschaftlicher Entwicklung, wobei dieser heroische Typus, der in der zeitgenössischen politischen Geschichtsschreibung allgegenwärtig war, für Schmoller auch unternehmerische Wirtschaftsführer umfasste (Schmoller 1900a, S. 413 f.). Die Ambiguität in der Bewertung dieser Unternehmertypen bestand konkret darin, dass sie neben ihren organisatorischen und spekulativen Fähigkeiten auch wirtschaftliche Instabilität sowie die soziokulturelle Zersetzung einer Gesellschaft anstoßen könnten.

Die unternehmerische Stimulierung wirtschaftlicher Verbesserungen wie steigende Produktivitätsniveaus und Lebensstandards könnte dann mit der Ausbreitung materieller Gier einhergehen, die zu sozialer Desintegration führen müsste (ebd., S. 430). Insofern würde der Verlust sittlicher Werte auf Seiten der unternehmerischen Eliten zu einer allgemeinen Zerstörung gesellschaftlicher Wertvorstellungen beitragen (ebd., S. 225). Diese Ambivalenzen waren nicht zuletzt auch dem spekulativen Gründerboom nach der Reichseinigung geschuldet: Schmoller wies darauf hin, dass diejenigen Unternehmer, die professionelle Haltung mit organisatorischer Verantwortung verbinden würden, in gleichem Maße soziale Wohlfahrt schaffen könnten wie „Generäle und Staatssekretäre“. Dieses Lob galt jedoch nicht für jene Neu-Unternehmer, die als „Gründer“ nur auf rasche Gewinne, nicht aber auf nachhaltigen Geschäftsbetrieb aus waren (ebd., S. 35 f.).

Schmollers historisch-ethischer Zugang zur sittlichen Einbettung des Wirtschaftslebens trug dazu bei, dass er dem seinerzeit von Werner Sombart und Max Weber im Kontext der „Jüngsten Historischen Schule“ popularisierten Begriff des Kapitalismus skeptisch gegenüberstand:

„Gewiß spielt das Kapital in der heutigen Volkswirtschaft und in den modernen Unternehmungen eine große Rolle; aber erklären werden wir diese nur psychologisch, aus den Menschen einer bestimmten Zeit, Rasse, Nationengruppe, und ihren Seelenkräften heraus, ferner aus den psychischen Niederschlägen dieser Kräfte, den Ideen und Moralsystemen der Zeit, den Sitten und dem Recht, den Institutionen der Zeit, welche wieder auf die Menschen, ihr Streben, ihren Erwerbstrieb u.s.w. zurückwirken.“ (Schmoller 1903, S. 212)

Schmoller äußerte also vor allem deshalb Vorbehalte gegenüber dem Kapitalismusbegriff, weil er dessen materialistischen Beigeschmack einer sittlichen Aspekte vernachlässigenden Überbewertung des Kapitals als Triebkraft wirtschaftlicher Entwicklung ablehnte. Stattdessen bevorzugte er eine weiter gefasste Charakterisierung des zeitgenössischen Wirtschaftslebens als Ausdruck der „modernen geldwirtschaftlichen, unter dem liberalen System der Gewerbefreiheit, der freien Konkurrenz und des unbeschränkten Erwerbstriebes ausgebildeten Betriebsformen“ (ebd., S. 211). Statt des für seinen Mangel an psychologischer Treffsicherheit inkriminierten Begriffs des Kapitalismus griff Schmoller zudem wiederholt auf den schon bei Goethe für die Frühindustrialisierung prominent verhandelten Begriff des „Maschinenzeitalters“ zurück. Die Nutzung von Maschinen im Produktionsprozess würde zur Ablösung des traditionellen Handwerks und zur Ausbreitung wissenschaftsbasierter Berufe führen (Schmoller 1900a, S. 211). Vor allem würde diese technologische Transformation weitere soziale Differenzierungen stimulieren, die zu neuen Brüchen und Konflikten führen könnten (ebd., S. 218f.). Aus der notwendigen gesellschaftlichen Einhegung dieser industriellen Umbrüche leitete Schmoller den Bedarf nach weitreichenden sozialpolitischen Initiativen ab.

III. Verteilende Gerechtigkeit und die sittliche Logik der Sozialpolitik

Die politische Dimension in Schmollers Werk war konstitutiv für alle Bestandteile seines Wirkens. Dies galt nicht nur für offensichtliche Zusammenhänge wie seine Aktivitäten im Verein für Socialpolitik, mit denen er seine eigene Vorstellung zur sittlichen Einhegung der industriellen Moderne umsetzte. Auch die Methodenkontroverse mit Carl Menger war nur vordergründig an Fragen zum analytischen Status von Theoriebildung gegenüber empirischen Befunden ausgerichtet, die allerdings auch im Kontext von Historischer Schule und Verein teils erbittert diskutiert wurden. Nicht zu übersehen war die zugleich immer auch wirkungsmächtige politische Dimension dieser Debatte: Menger war als Wiener Liberaler ebenso gegen eine sozial- und industriepolitische Gestaltung von Marktprozessen wie der umtriebige deutsche liberale Ökonom John Prince Smith und dessen Umfeld. In dieser

Staatsferne unterschied sich Menger von seiner Nachfolgegeneration um Friedrich Wieser, die dem sozialreformerischen Projekt deutlich mehr Sympathie entgegenbrachte (*Grimmer-Solem* 2003, S. 268–74).

Bei Schmoller selbst wurden diese politischen Aspekte zunächst über Bezüge zu gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen artikuliert: In seinen noch stärker liberal fundierten Frühschriften war die Gegenüberstellung von Privatinteressen und dem sittlichen „Ganzen“ ein zentrales Motiv. So monierte er in seiner Kritik von Naturrechtsphilosophie und klassischer Nationalökonomie deren Ignoranz gegenüber der sittlichen Ordnung der Besitzverhältnisse, insbesondere was den ausschließlichen Bezug auf die römische Tradition des individualistischen Eigentumsbegriffs ohne Verweise auf den „Zusammenhang mit dem Ganzen“ und „Pflichten für das Ganze“ anginge (Schmoller 1864–1865, S. 52). Dabei war für Schmoller offensichtlich, dass sich die Rechtsordnung des zeitgenössischen Wirtschaftslebens vornehmlich an den herrschenden Klasseninteressen orientierte. Zwar führte die Industrialisierung zur Proletarisierung der Arbeiter und damit zur Verschärfung sozialer Ungleichheit, was angesichts der Auflösung traditioneller Sittlichkeit zu sozialen Konflikten führen musste – aber die rechtliche Gestaltung dieser Konfliktlagen verblieb eine Sammlung von Privilegien für die Mächtigen, etwa im Hinblick auf branchenspezifische Schutzzölle und Organisationsbeschränkungen für die Arbeiter. Das sittlich fundierte Recht erschien ihm dabei als Schlüsselvariable zur politischen Gestaltung der Wirtschaft: „Überall zeigt sich wieder, daß der Rechtsboden das ökonomische Leben durchwebt, daß die Verteilung der Güter abhängig ist von gesellschaftlichen Zuständen, die ihre weitere und letzte Ursache im Recht und in dem sittlichen Zustande einer Nation haben“ (ebd., S. 53).

Es folgte, dass die „ethischen Kulturverhältnisse das Wichtigste sind bei der Frage, auf wessen Seite im großen Konkurrenzkampf von Angebot und Nachfrage der Sieg bleibt“ (ebd., S. 54). Dieser Zusammenhang von Sitte, Recht und Politik informierte auch Schmollers Kritik an Fichte, der auf den kollektivistischen Staat fokussiert wäre und daher die „freie Sittlichkeit“ unterschätzte, die sich auf „die heutigen Korrelate des Rechtszwangs, die öffentliche Meinung, die Konkurrenz“ beziehen würde (ebd., S. 77). Schmollers seinerzeit noch liberal angedeutetes Fazit lautete demnach:

„Ideale, sittliche Wirtschaftszustände erreicht man nicht mit Platos oder Fichtes Sozialstaat, sondern dann, wenn Aristoteles' Ausspruch gegen Plato einmal Wirklich geworden sein wird; ‚der Besitz soll geteilt sein, aber die Einheit der Gesinnung soll den Gebrauch gemeinsam machen‘.“ (ebd.)

Auch im Hinblick auf die soziale Frage wurde damit deutlich, dass der „Fortschritt in der menschlichen Freiheit“ als „Verrückung der Grenze zwischen erzwingbarem Recht und freier Sittlichkeit“ erscheinen müsste

(*Schmoller* 1864a, S. 416). Diese „freie Sittlichkeit“, die als Moral verinnerlicht wäre, würde auch Werturteile zu gesellschaftlichen Fragen prägen. Ethisches Empfinden war für Schmoller vor allem ein Ausdruck akkumulierten zivilisatorischen Erfahrungswissens, und damit das „in Sitte, Recht und Moral als Durchschnittsregel gesellschaftlich fixierte Gute“, das als sittlicher Wegweiser wohlfahrtsfördernden Handelns dienen würde (*Schmoller* 1911a, S. 354). Im Prozess kultureller Evolution würden solche sittlich verankerten Werturteile zu einer objektiven Größe – wobei Schmoller deutlich machte, dass er im Christentum eine zentrale Treibkraft dieser sittlichen Konvergenz der Klassen und Parteien, aber auch der Nationen und Zivilisationen sehen würde. Mit fortgeschritten sittlicher Wahrnehmung des gesellschaftlichen Gesamtinteresses würde es zu einer Annäherung und Verbindung der bisherigen Partikularstandpunkte kommen. Insofern waren für ihn – gegen seine Kritiker im Werturteilsstreit gewendet, der sich unter anderem um den Begriff der Produktivität gedreht hatte – die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche bzw. -politischen Fragen der Zeit nicht von ethischen Werturteilen zu trennen, und schon gar nicht auf Aspekte technischer Effizienz zu reduzieren (ebd., S. 354f.).

Der entsprechende sittliche und rechtliche Fortschritt bestünde daher vor allem darin, dass sich im Hinblick auf die Verwirklichung des Gemeinwohls bestimmte gesamtgesellschaftlich orientierte, sittlich fundierte Rechtsprinzipien durchsetzen könnten, welche die vorherrschenden Gruppen- und Klassenegoismen bändigten (*Schmoller* 1904, S. 635). Der geschichtliche Prozess der Differenzierung von wirtschaftlichen und sozialen Strukturen durch Veränderungen der Arbeitsteilung sowie der graduellen Anpassung sittlich-rechtlicher Ordnungsformen in Richtung eines ausgleichenden Gesamtinteresses würde Schmoller zufolge daher auf eine „höhere Form der Vergesellschaftung“ hinwirken (*Schmoller* 1918, S. 78). Diese Fortschrittsidee ist von Wilbrandt als „ethischer Evolutionismus“ bzw. „ethischer Darwinismus“ charakterisiert worden, der die in der Gruppenselektion sozialer Kollektive erfolgreiche evolutionäre Durchsetzung der förderlichsten ethischen Systeme behaupten würde (Wilbrandt 1926, S. 80). Allerdings blieb diese Idee sittlicher Evolution bei Schmoller immer auch mit dem zeitgenössischen konservativen Standpunkt zur sozialen Ungleichheit als Ausdruck natürlicher Anlagen verbunden: die natürliche Gleichheit der Menschen galt Schmoller als das „veraltete Requisitenstück aus der Rumpelkammer der Aufklärung“ (*Schmoller* 1897a, S. 329). Aufgabe der Sozialpolitik war es daher, dieses Problem natürlicher Ungleichheit nicht weiter durch machtbedingte soziale Ungleichheit zu verschärfen, sondern die sozialen Schichten und Klassen auf sittlicher Grundlage politisch-institutionell zusammenzuführen.

Schmollers „Socialpolitik“ sollte grundsätzlich als gesellschaftspolitische Gegenposition zu naturrechtlichem Individualismus und klassenkämpferischem Sozialismus dienen, das heißt, als reformerische Politik des sozialen Ausgleichs durch fiskalische und wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen, aber auch durch die Stärkung „mittelständischer“ Werthaltungen sowie durch die aufklärende Bildung bzw. „sittlichen Hebung“ des jungen Industrieproletariats – wie der ebenso jungen Industriebourgeoisie. Da soziale Differenzierung über neue Ausprägungen der Arbeitsteilung zu klassenkämpferischen Umverteilungsforderungen führen würde, wäre die gesellschaftliche Kohäsion permanent gefährdet. Daraus folgte er, dass eine staatliche Vermittlung der sozialen Konflikte unverzichtbar wäre. Sittliche Integration und materieller Ausgleich bildeten die Logik der Schmollerschen „Socialpolitik“ (*Prisching* 1993, S. 212).

Bereits in seinen frühen Äußerungen zur sozialen Frage konfrontierte Schmoller den mit industriellen Produktivitätssteigerungen verbundenen wirtschaftlichen Fortschrittoptimismus mit dem Problem der Zersetzung sozialer Beziehungen und sittlicher Werte. Auf der gesellschaftlichen „Stufenleiter an Existenzen“ blieb die wegbrechende Mittelschicht unverzichtbar, auch wegen ihrer vermittelnden Werthaltungen (*Schmoller* 1864a, S. 405). Insofern forderte er zunächst eine soziale Reformpolitik, die sich nicht nur um die Verbesserung von Arbeits- und Wohnbedingungen, Bildungsmöglichkeiten sowie um die Einrichtung von Unterstützungskassen und die Legalisierung gewerkschaftlicher Organisationen bemühe sollte. Zusätzliche Maßnahmen zur betrieblichen Gewinnbeteiligung und zur Vermögensbildung sollten mittelstandsorientierte soziale Aufwärtsmobilität fördern (ebd., S. 413). In späteren Ausführungen führte Schmoller diese Argumentationslinie weiter: Die drohende Fragmentierung von Wirtschaft und Gesellschaft wäre über zielgerichtete wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zu verhindern, was Sozialversicherungen, Bildungsmaßnahmen sowie eine breitere Streuung des Eigentums und zudem auch die sittliche Einbettung des Marktwettbewerbs erfordern würde (*Schmoller* 1904, S. 761 f.).

Designierter Träger dieser Politik war der preußische Staat, wobei Schmoller ein sozialreformerisches Staatsverständnis formulierte, das an preußische Traditionen um Hegel, mehr noch um Lorenz von Stein erinnerte. So erschien ihm der Staat als der „oberste Appellhof, an den das sittliche Kulturreben appelliert“ (*Schmoller* 1864b, S. 534), als „Träger der sittlichen Zukunft der ganzen Nation“ (*Schmoller* 1870, S. 683), und als „das Centrum und die Herzkammer aller Institutionen“ (*Schmoller* 1881, S. 52). Entscheidend war die Vorstellung eines relativ autonom handelnden, keinen Partikularinteressen unterworfenen Staatsapparates, der alleine die Kapazität hätte, dem Einfluss gesellschaftlicher Eliten zu widerstehen. Nur ein so gefasster starker Staat könne eine unbeschränkte Klassenherrschaft verhindern, in wel-

cher sich Verwaltung und Recht herrschenden Klasseninteressen zu fügen hätten. Daher müsste die Staatskapazität – mit dem Staat als den Klassen übergeordneter Instanz – immer wieder an die soziale Differenzierung von Klasseninteressen angepasst werden (Schmoller 1904, S. 633–35). Diese relative Autonomie des Staates gegenüber den gesellschaftlichen Klassen und Interessengruppen war auch deshalb unverzichtbar, weil die staatliche Sozialpolitik im Sinne einer aristotelisch inspirierten verteilenden Gerechtigkeit wirken sollte, die den Ausgleich der materiellen Lage aller Bevölkerungsgruppen und damit auch die Hebung sittlicher Standards zum Gegenstand hatte. Im Kern forderte dieser Standard verteilender Gerechtigkeit: „der Leistung, dem Verdienst muss das Einkommen entsprechen“ (Schmoller 1875, S. 62). Dabei ging es nicht nur um die wirtschaftliche Komponente der individuellen Bedürfnisse, sondern auch um die sittliche Komponente der sozialen Gemeinschaftszwecke, die beide gleichermaßen in der leistungs- und verdienstbezogenen Verteilung berücksichtigt werden sollten. Auf diese Weise sollte ein Gleichgewicht von sozialökonomischen Kräfteverhältnissen, hegemonialen Wertvorstellungen und tradiertem Recht als Ausdruck eines gerechten Gemeinwesens gesichert werden.

Schmollers Verständnis verteilender Gerechtigkeit war also an die sittliche Gemeinschaft geknüpft. Insofern war Gerechtigkeit auch keine Frage technischer Effizienz. Vielmehr war sie ein Ausdruck von Emotionen, Werthaltungen, Sitte und Recht mit Bezug auf die gemeinsamen Zwecke sozialer Gemeinschaften. Dabei unterschied Schmoller wirtschaftlichen und sittlichen Wert: Der erste bezog sich auf die Befriedigung individueller Bedürfnisse, der zweite „auf den inneren Zweck des Ganzen“, der entsprechende Gerechtigkeitsideale formen würde (Schmoller 1881, S. 41). Beide Wertsphären, die ökonomische und die sittliche, bekämpften und beeinflussten sich als gesellschaftliche Kräfte – wobei Schmoller hier schon Max Webers spätere Differenzierung von Zweck- und Wertrationalität umriss. Die ökonomische Wertvorstellung zum individuellen Erwerbsinteresse dominierte den Markt, die sittliche hingegen den Bereich der Werturteile und Tugenden. Im Laufe des zivilisatorischen Fortschritts näherten sie sich einander an, auch wenn der „Konflikt zwischen Interessen und sittlichen Ideen“ Schmoller zufolge nie gänzlich aufgehoben, sondern immer nur vermittelnd gemildert werden könnte (ebd., S. 41 f.).

Die Schlüsseldebatte zu den sittlichen und rechtlichen Fundamenten von Sozialreform und Sozialpolitik führte Schmoller mit Heinrich von Treitschke, einem äußerst einflussreichen und öffentlichkeitswirksamen nationalliberalen Historiker und Publizisten des preußischen Hohenzollern-Milieus. Treitschke hatte die Gründung des Vereins für Socialpolitik und nachfolgende sozialreformerische Publikationen zum Anlass genommen, Schmoller und seinem Umfeld vorzuwerfen, sie wären „kathedersozialistische“ Unterstützer der

seinerzeit noch revolutionär anmutenden Sozialdemokratie, und damit „Gönnner des Sozialismus“. Schmoller hatte nach der Gründung des Vereins für Socialpolitik mit seinem Aufsatz „Die sociale Frage und der preußische Staat“ diese Kontroverse eröffnet (Schmoller 1874). In diesem Aufsatz formulierte er ein Programm staatlich getragener Sozialreform, das der reform-orientierte Flügel der Sozialdemokratie durchaus positiv rezipierte, während es von bürgerlich-liberalen Kreisen geradezu skandalisiert wurde, wie Treitschkes polemische Reaktion verdeutlichte (Pankoke 1989, S. 29 f.). Schmoller wies in besagtem Aufsatz darauf hin, dass sich der Glaube an den „Fortschritt der Weltgeschichte“ auf Veränderungen in der volkswirtschaftlichen Organisation beziehen würde, die wiederum Ausdruck sich wandelnder sittlicher Ideale wären, denn „die volkswirtschaftliche Organisation jedes Volkes ist [...] hauptsächlich ein Produkt der jeweiligen sittlichen Anschauungen über das, was im Verhältnis der verschiedenen sozialen Klassen zu einander das Rechte, das Gerechte sei“ (Schmoller 1874, S. 55 f.). Dabei war die Gesetzgebung der Schlüssel zur Änderung sittlicher Vorstellungen, wie auch zur Umsetzung neuer Ideale (ebd., S. 59). Die Staats- und Regierungsform war von zentraler Bedeutung. Gegen die Forderungen nach einer Republik wandte Schmoller ein, dass Republiken zur offenen Klassenherrschaft der Besitzenden neigten. Dagegen stünden das preußische König- und Beamtentum als neutrale Instanzen im Klassenkampf, die zusammen mit Elementen von Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit als Organe sozialer Reform wirkten (ebd., S. 62 f.).

Auf Treitschkes öffentliche Polemik gegen diese Positionen reagierte Schmoller wiederum mit einem „öffentlichen Sendschreiben“, das sein sozialreformerisches Programm zusammenfasste. Gegen Treitschkes überhistorisch-statistisches Verständnis „ewig“ erscheinender Institutionen wandte Schmoller ein, dass deren sittlicher Charakter vom institutionellen Wandel geprägt wäre. Für Schmoller dienten Institutionen als „Gefäß für die Ordnung und Erziehung der Gesellschaft“, was wiederum ihre Anpassungsfähigkeit im Rahmen sittlicher Wertungen voraussetzte (Schmoller 1875, S. 29 f.). Dem Vorwurf Treitschkes, Schmoller und seine Kollegen im Verein für Socialpolitik würden sozialdemokratischen Umsturzideen den Weg bereiten, hielt Schmoller entgegen, dass der volkswirtschaftlich einflussreiche klassische Liberalismus mit seiner naturrechtlichen Begründung des Privateigentums vornehmlich den Interessen der besitzenden Klassen dienen würde (ebd., S. 57). Während die Sozialdemokratie ihrerseits eine rein proletarische revolutionäre Klassenideologie verfolgte, käme es darauf an, durch ausgleichende und vermittelnde Reformen das soziale Gefüge zu befrieden (ebd., S. 91 f.). Die Gründung des neuen deutschen Nationalstaates wäre der passende Hintergrund für einen integrativen Politikansatz, der soziale Reformen im Wohlfahrts- und Bildungswesen umsetze, um die Arbeiterklasse in das institutio-

nelle und sittliche Gerüst der Gesamtgesellschaft einzubinden. Eine entsprechende Sozialpolitik würde die Arbeitsteilung als Mittel zur Produktivitätssteigerung fördern und gleichzeitig die Notwendigkeit einer relativ angleichenden Veränderung der Einkommensverteilung als zentrale Bedingung sozialen Zusammenhalts anerkennen. Insofern galt es, eine erzwungene und gewaltsame Umverteilung zu vermeiden.

So forderte Schmoller eine „literarisch-psychologische Vorbereitung“ der Reform mit Betonung der „sittlichen Hebung“ der notleidenden Schichten und Klassen. Die Belastung der einkommens- und vermögensstarken Schichten durch ein neues, gerechtes Steuersystem sollte mit indirekten Änderungen der Einkommensverteilung durch Bildungsmaßnahmen und Eigentumsförderung einhergehen (ebd., S. 93–97). Das in seinen Entwicklungsvorstellungen prominent diskutierte Wechselverhältnis von instinktgetriebenen Wettbewerbsverhalten und sittlich eingebetteter Kooperation übersetzte Schmoller demnach wirtschaftspolitisch in eine umfassende Förderung des Mittelstandes und sozialpolitisch in eine auf Sittlichkeit und Bildung abstellende Reformperspektive. Den Verein für Socialpolitik positionierte er entsprechend als Forum zur Einflussnahme auf öffentliche Debatten in Presse und Politik – mit klarer Stoßrichtung gegen die Dominanz des Laisser-faire-Liberalismus, dem er auch Treitschke zuordnete (ebd., S. 160).

Innerhalb des Vereins – wie auch innerhalb der akademischen Netzwerke der Historischen Schule – positionierte sich Schmoller auf diese Weise als ausgleichend vermittelnder Zentrist zwischen den beiden anderen führenden Gründungsfiguren des Vereins: Adolph Wagner und Lujo Brentano. Schmollers konservative Vorstellungen sozialer Reformen, welche die sozialkulturelle Fragmentierung der entstehenden Industriegesellschaft durch integrative sozialpolitische Maßnahmen überwinden sollten, zielten letzten Endes darauf ab, die Partikularinteressen von privatem Unternehmertum und organisierter Arbeiterschaft mittels der ausgleichenden Vermittlung der staatlichen Bürokratie wohlfahrtssteigernd auszugleichen.

Dabei unterschied sich sein Ansatz von jenem Adolph Wagners, seines engen Kollegen an der Berliner Universität, einer weiteren Hauptfigur der Historischen Schule, und prominenten Mitbegründers des Vereins für Socialpolitik. Adolph Wagner wirkte als Vertreter eines etatistischen Segments der Historischen Schule, das den Staat als sittlichen Regulator des Wirtschaftslebens auffasste, ausgerichtet an einem preußisch-deutschen Modell des Staatssozialismus. Was die Rolle des Staates anging, wies Wagners etatistische Argumentation tatsächlich weit über Schmollers sozialreformerische Sittlichkeits- und Bildungssideale hinaus. So schlug Wagner ein eigenständiges Konzept des Staatssozialismus als Ausdruck eines systematischen Lehrgebäudes vor. Die politischen Umsetzungsfelder des Wagnerschen Staatssozialismus

umfassten den Aufbau staatlicher Systeme sozialer Sicherung als Ergänzung individueller und genossenschaftlicher Vorsorge, flankiert von der Verstaatlichung von Großbetrieben im Infrastruktur- und Finanzbereich sowie von einer fiskalisch gestützten Umverteilung. Wagner verstand diese staatssozialistischen Forderungen immer auch als Ausdruck empirisch nachweisbarer Fortschrittstendenzen, aus denen er sein „Gesetz von der wachsenden Ausdehnung der öffentlichen und besonders der staatlichen Tätigkeit“ ableitete (*Wagner* 1893, S. 895 f.).

Wagners Perspektive präsentierte sich in Abgrenzung zu Schmollers Position im Methodenstreit als eine stringent theoretische, sozialökonomisch orientierte Variante der historischen Nationalökonomie, die in politischer Hinsicht Verstaatlichung, Marktregulierung und Umverteilung propagierte und gleichzeitig mit Schmollers affirmativer Sicht auf sozialpolitische Werturteile übereinstimmte (*Wagner* 1907, S. 16 f.). Dem posthegelianischen Ideenmilieu entsprechend, das auch Schmollers Glauben an die fortschrittliche historische Mission des preußischen Staates beeinflusste – und das auf der Seite der Arbeiterbewegung von Lassalle vertreten wurde – diente die Hohenzollern-Monarchie als Träger der entsprechenden staatssozialistischen Reformen. So sollte der Staat den sittlichen Wert sozialer Pflichten durchsetzen, um auf diese Weise widerstreitende Interessengruppen und Klasseninteressen zu versöhnen – ein Ansatz, der Wagners Staatssozialismus als dezidiert konservatives politisches Projekt mit deutlich autoritarem Habitus charakterisierte (*Wagner* 1893, S. 859).

Neben Schmoller und Wagner plazierte sich Lujo Brentano als dritter maßgeblicher Vertreter der „Jüngeren“ Historischen Schule, der in seinen Analysen des Gewerkschaftswesens sowohl den wirtschaftlichen als auch den sozialen Nutzen von Arbeitervereinigungen und Kollektivverträgen betonte (*Brentano* 1871; 1872). Dabei verband Brentano seine genuin sozialliberale Auffassung von den Vorzügen des Marktwettbewerbs und des privaten Unternehmertums mit einer in der katholischen Gesellschaftsethik verankerten Sicht auf die Sozialverpflichtung des Eigentums und staatsskeptische Subsidiarität – wobei der katholische Aspekt angesichts der Kulturmärkte der Bismarck-Ära höchst kontrovers aufgenommen wurde. So setzte Brentano im Rahmen seiner Subsidiaritätsvorstellungen weniger auf den Staat als regulierende Schutzzinstanz, wie er bei Schmoller und Wagner akzentuiert wurde, und eher auf die frei ausgehandelten und gestalteten Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern.

Schmollers Vermittlung zwischen Brentanos Beharren auf der herausragenden gewerkschaftlichen Rolle bei der Bändigung des unternehmerisch getriebenen Marktwettbewerbs gegenüber Wagners staatssozialistischer Fokussierung auf die Stärkung des öffentlichen Sektors auch in wirtschaftlichen

Belangen setzte demnach eigene Akzente, die den Ideen beider Kontrahenten einen gewissen Gestaltungsspielraum einräumten. Allerdings war Brentano der einzige Vertreter dieses Triumvirats der Historischen Schule, der auch noch die Zwischenkriegszeit mit ihrer in Deutschland neu formierten sozial-ökonomischen Fachdiskussion zur kapitalistischen Entwicklung, ihrer kulturellen Grundlagen sowie ihrer politischen Gestaltung erlebte (*Brentano* 1923).

Schmollers Mittelposition zwischen Wagner und Brentano kam in der um die Jahrhundertwende engagiert geführten Debatte um die agrarisch-industriellen Entwicklungsperspektiven Deutschlands besonders prägnant zum Ausdruck. Wagner hatte auf die ökonomische, soziale und kulturelle Bedeutung des Agrarsektors verwiesen, und wollte ihn über umfangreiche Stützungsmaßnahmen stabilisieren. Brentano betonte dagegen die Notwendigkeit der entschiedenen Hinwendung zur industriellen Durchdringung der deutschen Volkswirtschaft im Sinne eines auch außenwirtschaftlich auf industriellen Wettbewerb setzenden „Industriestaates“.

Schmoller griff beide Positionen auf, um zwischen ihnen zu vermitteln. Er argumentierte wiederholt für eine Expansion des Industriesektors – diese sollte sich allerdings gemäßigt und schrittweise vollziehen, um tiefergehende strukturelle Umbrüche zu vermeiden. Zugleich wollte Schmoller eine lebensfähige agrarische Basis beibehalten – und diese von gradueller Strukturangepassung betroffene sektorale Mischwirtschaft mit ebenso moderater Kolonial- und Flottenpolitik zur Sicherung von Rohstoffzulieferungen und Absatzwegen verbinden. Im Rückgriff auf sein Konzept sittlicher Einhegung industriellen Wandels betonte Schmoller, dass ein übertriebenes, allzu rasches Transformationstempo für Wirtschaft und Gesellschaft schädlich wäre, da in diesem Fall die institutionelle und sittlich-rechtliche Anpassung an die neuen industriellen Strukturen nur verzögert erfolgen könnte (*Rieter/Zweynert* 2006, S. 237 f.). Letztlich kam Schmoller mit seinen Bezügen auf die korporatistische Trias aus sozialreformerischem Staat, betrieblich angebundener Arbeiterschaft und wohlorganisierten Unternehmen – die auch Kartelle umfassten – wohl dem tatsächlichen Modell der industriellen Entwicklung des Deutschen Reichs am nächsten. Dass Schmoller dabei besonders auf den Mittelstand als Schlüsselkomponente des Wirtschaftens rekurierte, entsprach der realen Wirtschaftsentwicklung des Reichs, die mittelständische Unternehmen mit Proletarisierung wie auch Kartellierung bedrohte (*Gorges* 1980, S. 22–26; *Grimmer-Solem* 2003, S. 96 f.).

Zum Zeitpunkt dieser Debatten, die um die Jahrhundertwende intensiv geführt wurden, war Schmollers historisch-ethischer Ansatz bereits dabei, sukzessive in die Defensive zu geraten. So wie sich Schmoller mit Wagner und Brentano in den 1870er Jahren gegen die ältere Generation der Histori-

schen Schule wie auch gegen die etablierten liberalen Ökonomen durchzusetzen wusste, so sah er sich seit den 1890er Jahren den zumeist noch ehrerbietig verklausulierten Attacken der jüngeren Generation ausgesetzt. Zentrale Protagonisten wie Max Weber und Werner Sombart hatten sich schon vor der Jahrhundertwende gegen die Schmollersche Historische Schule gestellt, indem sie eine wertfreie Verbindung historischer und theoretischer Zugänge zur Analyse des modernen Kapitalismus forderten. Max Weber hatte die Schmollerschen Positionen bereits seit den 1890er Jahren wiederholt kritisiert und zugleich versucht, Fragestellungen und Forschungsansätze Schmollers in eine neue Form historisch orientierter, kulturvergleichender Kapitalismusanalyse zu überführen. Webers akademische Qualifikationsschriften zur Rechtsgeschichte der Handelsgesellschaften und zur römischen Agrargeschichte hatten sich noch eng an einer auch von Schmoller geteilten Perspektive auf historische Forschung als Quelle analytischer Einsichten orientiert – und sich dabei thematisch an zentralen Schmollerschen Fragen zu den rechtlichen Dimensionen der Arbeits- und Unternehmensorganisation ausgerichtet. Der Bruch mit Schmollers historisch-ethischem Ansatz wurde in Webers Freiburger Antrittsvorlesung von 1895 offensichtlich, in welcher er betonte, dass die funktionale Rolle der Sozialpolitik auf die gesellschaftliche Integration der Arbeiterklasse zielen würde, um so die nationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken (*Weber 1895*).

Mit seinem Aufsatz zur „Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“ präsentierte Weber dann sein jenseits des Methodenstreits argumentierendes Programm sinnverstehender Analysen der „allgemeinen Kulturbedeutung der sozialökonomischen Struktur des menschlichen Gemeinschaftslebens und seiner historischen Organisationsformen“ (*Weber 1904a*, S. 40). Den dabei zum Tragen kommenden Aspekt der Rationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft arbeitete Weber in seinem opus magnum zur protestantischen Ethik als Quelle des Geistes kapitalistischer Rationalisierung ideengeschichtlich weiter aus (*Weber 1904b; 1905a*), wobei auffällt, dass er mit dieser Arbeit – und der auf ihr aufbauenden Forschungsprogrammatik zur Wirtschaftsethik der Weltreligionen – implizit auf Schmollers eigene Dissertationsschrift zum protestantischen Wirtschaftsdenken zurückgriff.

Werner Sombart folgte Webers „realistischer“ sozialpolitischer Programmatik, die ebenso von einem eigenständigen Verständnis der soziakulturellen Eigenarten des modernen Kapitalismus gerahmt war (*Ebner 2002*, S. 14f.; 2003). Ähnlich wie Weber bewegte sich Sombart in seiner wirtschaftshistorisch angelegten Qualifikationsschrift zur römischen Campana noch im Schmollerschen Orbit. Der offene Bruch erfolgte bereits ab 1896 mit Sombarts überaus erfolgreicher Monographie *Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert*, in der er versuchte, sozialistische Anliegen sozialrefor-

merisch zu deuten – und sich dabei positiv auf Marx bezog (*Sombart* 1896). Sozialpolitik war demnach als produktivitätsorientierte, modernisierende Strukturpolitik gedacht, die im Interesse von Wohlfahrtssteigerungen und der internationalen Stellung des deutschen Nationalstaates die Dynamik des Kapitalismus anzunehmen hätte (*Sombart* 1897, S. 8 f.).

In seinem 1902 erschienen zweibändigen Werk *Der moderne Kapitalismus* setzte Sombart die Loslösung von der Schmollerschen Perspektive fort, indem er darauf beharrte, dass die industrielle Moderne mit einer besonderen Form kapitalistischen Wirtschaftens einhergehen würde, die für eine erwerbswirtschaftliche Logik schrankenloser Kapitalakkumulation stände (*Sombart* 1902, S. 378 f.). Im Gegensatz zu Webers rationalem Kapitalismus verwies Sombart allerdings auf dessen Doppelcharakter aus rationalen und nicht-rationalen Elementen, womit er sich implizit den ambivalenten Positionen Schmollers anzunähern schien (*Ebner* 2021, S. 26 f.). Insbesondere in der Figur des Unternehmers erkannte Sombart ähnlich wie Schmoller ambivalente Charakteristika, die von kaufmännischer Kalkulation bis zu freibeuterischer Gier reichten (*Sombart* 1913, S. 86–134). In der Folge spezifizierte er die ideellen und institutionellen Zusammenhänge kapitalistischer Entwicklung, um dann in der erweiterten Neuauflage seines opus magnum von 1916 das Konzept des Wirtschaftssystems einzuführen. Neben dem „Geist“, also der handlungsleitenden Motivation, wurden auch die institutionellen Formen der Wirtschaftsordnung sowie die technologische Dynamik des Wirtschaftens als dessen konstitutive Elemente eingeführt – wobei ein zivilisatorischer Sittlichkeitsgedanke, wie er noch bei Schmoller sichtbar war, nun zugunsten eines zeitgeistigen Kulturpessimismus in den Hintergrund trat (*Sombart* 1916).

Insofern brachen Weber und Sombart mit Schmollers Vorstellungen des sittlichen Fortschritts als stabilisierender Anpassung an den technischen Wandel. Statt zivilisatorischer Fortentwicklung durch Sitte und Recht ging es um den geradezu schicksalhaften Geist der Rationalisierung und Bürokratisierung, der sich zwar ökonomisch als Fortschritt, aber sozialkulturell als Desaster entpuppen könnte. Vom philosophischen Zeitgeist her brachten Weber und Sombart einen rationalisierten Nietzsche gegen Schmollers romantisierten Hegel in Stellung.

Im Gegensatz zu Weber und Sombart blieb Schmollers im Glauben auf sittlichem Fortschritt ruhender Entwicklungsoptimismus, der überdies ein unerschütterliches protestantisches Christentum spiegelte, auch im Weltkrieg ungebrochen. Nun galt es für ihn umso mehr, die gesellschaftliche Integration der Sozialdemokratie in den Mittelpunkt seiner sozialreformerischen Bemühungen zu stellen:

„Klassengegensätze und Klassenkämpfe werden nie ganz verschwinden; aber die Kämpfe mehr und mehr zu ethisieren, sie in den richtigen Schranken zu halten, das heißt in den Schranken friedlichen Ringens um die öffentliche Meinung, um Reformen, das muß das Ziel sein.“ (Schmoller 1915, S. 155)

Schmollers entsprechende Versuche, sein auf die Hebung gesellschaftlicher Sittlichkeit abstellendes ethisches Verständnis von Wissenschaft und Politik gegen den „Realismus“ bei Weber und Sombart zu verteidigen, prägten zuletzt auch seine posthum veröffentlichte Monographie zur „sozialen Frage“, einem überarbeiteten Auszug aus dem *Grundriss der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre*, in welchem er die Notwendigkeit der ausgleichenden wirtschaftlichen und politischen Integration der Arbeiterschaft in die deutsche Klassengesellschaft unterstrich. Die angeführten Maßnahmen auf den Gebieten der Fürsorge, der Eigentumsbildung und der sittlichen Erziehung sollten ihre gesellschaftliche Wirkung am nachhaltigsten im Sinne einer sozialkulturellen Aufwertung entfalten – dem Gedanken sittlichen Fortschritts entsprechend. So artikulierte Schmoller wiederholt die Hoffnung auf eine Fortführung der Hohenzollern-Herrschaft im Rahmen einer „sozialen Monarchie“.

Dieses Projekt war ursprünglich mit dem Regierungsantritt des jungen Wilhelm II. artikuliert worden, und wurde von Schmoller bis zu seinem Lebensende 1917 beharrlich unterstützt. Es bezog sich auf die Vorstellung, dass soziale Reformen eine Verbesserung der Lebensbedingungen aller Bevölkerungsschichten in materieller wie sittlicher Hinsicht bewirken könnten – und damit eine „ethische Lösung“ der sozialen Frage befördern würden (Schmoller 1918, S. 333 f.). Dem konservativen Charakter dieser Ideen entsprechend wies Schmoller darauf hin, dass die Sozialreform die Mittel zur sozialen Befriedung, das heißt, zur wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Integration der Arbeiterklasse und der ihr nahestehenden Organisationen in den institutionellen Rahmen des bestehenden Staates bereitstellen würde, und damit die revolutionären Motive der Arbeiterbewegung obsolet machen könnte (ebd., S. 642 f.).

Selbst während der politischen Katastrophen des Ersten Weltkriegs rechnete Schmoller noch fest damit, dass das wilhelminische System als sozial aufgeklärtes Herrschaftssystem durch die politische Unterstützung der Arbeiterklasse gegen die Bestrebungen sowohl des sozialistischen Radikalismus als auch des demokratisch-liberalen Republikanismus, die beide auf die Abschaffung der Hohenzollern-Monarchie abzielten, fortbestehen würde – auch im Sinne des von Wagner wiederholt beschworenen, und von Wilhelm II. zu Beginn und Ende seiner Herrschaft für sich beanspruchten „sozialen Königstums“, das gemeinsam mit dem Aspekt der professionellen Verwaltungsbürokratie als preußisches Ideal schon bei Lorenz von Stein höchst relevant gewesen war (ebd., S. 647). Dabei appellierte Schmoller an „das allgemeine historische Gesetz“, wonach „große entgegengesetzte politische Kräfte inner-

halb desselben Staates doch immer zuletzt den Punkt der Vereinigung und des Zusammenwirkens finden“ würden (ebd., S. 648). Mit dieser Vorstellung knüpfte Schmoller an die Traditionen der sozialpolitischen Versöhnung an, die im 19. Jahrhundert die sozialreformerischen Phasen der Hohenzollern-Monarchie geprägt hatten (*Müssiggang* 1968, S. 66–69; *Lövenich* 1989).

Schmoller starb im Juni 1917, daher erlebte den Zusammenbruch der Hohenzollern-Monarchie in der Novemberrevolution 1918 nicht mehr. Zu diesem Zeitpunkt war der explizite Schmollersche Einfluss im Verein für Socialpolitik, der dessen erste Jahrzehnte geprägt hatte, bereits im Rückgang begriffen. Tatsächlich hatte sich bereits seit der Jahrhundertwende eine dezidiert gegen Schmollers Positionen gerichtete, von der nachrückenden Generation um Max Weber und Werner Sombart getragene Gegenströmung herausgebildet, die sich in den 1920er Jahren weiter ausdifferenzierte. Schmollers Forschungsprogramm war zwar umstritten, es blieb aber ein relevanter Bezugsplatz – auch für die Kritik. Vor allem aber blieben Schmollers vermittelnde Vorstellungen zum Ausgleich von Marktwettbewerb, industriellem Strukturwandel, politischen Konflikthalutungen und sozialer Integration zumindest implizit bedeutsam für die Fachdebatte. In den folgenden Abschnitten werden zunächst Schmollers entsprechende Beiträge im Verein für Socialpolitik diskutiert, um dann im Folgeabschnitt die ideengeschichtlichen Wirkungen dieser Schmollerschen Positionen für die unmittelbar nachfolgenden Diskussionen um die politische Vermittlung von Marktdynamik und sozialem Zusammenhalt zu behandeln, die schließlich im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft artikuliert wurden.

IV. Schmoller im Verein für Socialpolitik: Historisch-ethische Sozialforschung und evidenzbasierte Sozialreform

Für Schmoller wie auch für seine Mitstreiter Wagner, Brentano und andere aus dem sozialreformerischen akademischen und politischen Milieu war der Verein für Socialpolitik als Forum zur fachlichen Debatte und öffentlichen Kommunikation von evidenzbasierten Reformvorschlägen gedacht. Die Gründungsidee des Vereins für Socialpolitik war es, eine Plattform für Debatten zu sozial- und wirtschaftspolitischen Reformproblemen im neu gegründeten deutschen Nationalstaat zu schaffen. Tatsächlich sollten die reformbezogenen Beschlüsse der Vereinstagungen dazu dienen, einen Informations- und Wissenstransfer in Regierung, Parlament und Verwaltung zu organisieren, um auf diese Weise nicht nur politikberatend, sondern auch unmittelbar politikgestaltend zu wirken. In den ersten Jahren verabschiedete die Generalversammlung des Vereins jeweils auf Fachdebatten rekurrierende Resolutionen, die dann als Petitionen an den Reichstag gerichtet wurden – mit Themen wie Sozialversicherung, Besteuerung und Gewerbeförderung

(*Plessen* 1975, S. 43). Jenseits wissenschaftlicher und akademischer Belange unterhielt der Verein also direkte Verbindungen in das politische System. Insofern waren die professoral-akademischen Mitglieder des Vereins zwar tragend bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Vereinsarbeit hinsichtlich Forschung und Tagungen. Organisatorisch blieben sie jedoch zu Schmollers Lebzeiten gegenüber Praktikern aus Politik, öffentlicher Verwaltung, und Unternehmen deutlich in der Minderheit (ebd., S. 49).

Zu dieser komplexen Gemengelage kam noch die Verschränkung von methodologischen und politischen Debatten im Verein, zu der sich auch Generationenkonflikte gesellten. Seitens der Gründungsgeneration um Schmoller ging es um den Konflikt mit der älteren Generation liberaler Ökonomen, die vornehmlich im Volkswirtschaftlichen Kongreß organisiert waren, der seinerseits bereits in den späten 1850er Jahren aus einem Wohltätigkeitskongress hervorgegangen war. Hinzu kam die Auseinandersetzung mit der „Älteren“ Historischen Schule um Roscher, Knies und Hildebrandt, während ab den 1890er Jahren die nachrückende Generation der „Jüngsten“ Historischen Schule um Weber und Sombart neue Konfliktlinien eröffnete, da sie dem Theorie-, Methoden- und Politikverständnis Schmollers nicht mehr folgen mochte. Zudem wirkte der permanente Druck der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, zu welcher der Verein vorsichtige Kontakte aufbaute, die aber dem bürgerlichen „Kathedersozialismus“ mit Misstrauen begegnete (*Lindenlaub* 1967, S. 10–12; *Gorges* 1980, S. 505–31).

Der sozialreformerische Impuls des Vereins setzte ganz im Sinne Schmollers auf ein Verständnis von Reformen als graduellen Lern- und Anpassungsprozessen, die keine politische Konstruktion sozialer Strukturen durchsetzen sollten, sondern vielmehr darauf angelegt waren, soziale Ungleichheit zu mindern und soziale Aufwärtsmobilität zu fördern – unter grundsätzlicher Beibehaltung der etablierten sozialen Hierarchien (*Pankoke* 1989, S. 31 f.). Für Schmoller selbst war der Verein damit ein institutioneller Ausdruck der in seiner Entwicklungstheorie skizzierten sittlichen und rechtlichen Lernprozesse, die auf sozialen Ausgleich hinwirken sollten. Die sittlichen Lernprozesse wären über die pressewirksame Informationspolitik des Vereins sicherzustellen – mit dem für Sozialreformen zu gewinnenden liberalen Bildungsbürgertum als maßgeblichem Adressaten. Die rechtlichen Lernprozesse wären über die evidenzbasierten Politikvorschläge und Eingaben des Vereins zu stimulieren.

Angesichts der tagespolitischen Brisanz sozialpolitischer Themen im Kontext der deutschen Industrialisierung war es bereits seit den 1850er Jahren zu diversen, zumeist fehlgeschlagenen Organisationsversuchen sozialreformerischer Vereine und Parteien gekommen. Der Verein für Socialpolitik suchte

sich in diesem Zusammenhang vor allem gegenüber dem von liberalen Ökonomen dominierten Volkswirtschaftlichen Kongreß zu profilieren – was zunächst die Perspektive der Integration für Sozialreformen offener liberaler Kräfte einbegriff (*Müssiggang* 1968, S. 148 f.). Tatsächlich waren im Vorlauf der Gründung des Vereins hitzige öffentliche Kritiken und Gegenkritiken vorgebracht worden, wobei sich Prince-Smith und Oppenheim seitens der Liberalen sowie Wagner und Brentano seitens der Sozialreformer besonders hervortaten. Dennoch war Schmoller an einer vermittelnden Beziehung zu den Liberalen interessiert. So sollte es in der Folge trotz inhaltlicher Spannungen kooperative Absprachen mit dem Kongreß geben (*Hentschel* 1975, S. 201–08).

Der erste Organisationsimpuls zur Vereinsgründung wurde über Pressekontakte vermittelt, wobei Wagner und Brentano besonders eng in die Diskussion um die Öffentlichkeitsarbeit der Sozialreformer eingebunden waren. Schmoller organisierte zunächst ein privates Informationstreffen im Juli 1872 in Halle, gefolgt vom eigentlichen Treffen zur Vorbereitung der Vereinsgründung am 6. und 7. Oktober 1872 in Eisenach. Einladungen zu diesem Vorbereitungstreffen waren auch an sozialpolitisch interessierte Liberale gegangen, wurden von diesen aber vornehmlich mit Ablehnung quittiert. Um weiterhin Integrationsbereitschaft zu demonstrieren, lehnte Schmoller den Vereinsvorsitz ab. Dieser wurde bei der Vereinsgründung ein Jahr später dem liberalen Rechtswissenschaftler Rudolf von Gneist angetragen, der ihn aber bereits nach einem Jahr an den Schmoller verbundenen Finanz- und Agrarökonomen Erwin Nasse abgab. Erst nach Nasses Tod übernahm Schmoller ab 1890 den Vorsitz. Im Rahmen der ausführlich dokumentierten Gründungskonflikte, an denen sich vornehmlich Wagner und Brentano beteiligten, wirkte er noch stärker im Hintergrund (*Boese* 1939, S. 3–12; *Wittrock* 1939, S. 184; *Müssiggang* 1968, S. 151 f.; *Hentschel* 1975, S. 213–15; *Grimmer-Solem* 2003, S. 171–76; *Herold* 2019, S. 152–62).

Schmollers Eröffnungsrede auf der Eisenacher Versammlung im Oktober 1872, die der Vorbereitung der Vereinsgründung dienen sollte, präsentierte ein umfassendes Programm, das detailliert seine eigenen Positionen spiegelte. Der Verein sollte sich gegen das sozialpolitische Desinteresse des „Manchesterliberalismus“ wie auch gegen die sozialrevolutionäre Überspanntheit der Sozialdemokratie richten. Stattdessen galt es, im Rahmen staatlicher Gestaltungsmöglichkeiten weitreichende Sozialreformen durchzusetzen, wobei die Einflussnahme auf die öffentliche Meinung – insbesondere im Bürgertum – durch parteipolitische Unabhängigkeit, wissenschaftliche Transparenz und anwendungsorientierte Debatten sichergestellt werden sollte (*Gutmann* 1993, S. 107 f.).

Schmoller griff zunächst die Distanz zum liberalen Kongreß auf und positionierte den Verein als professionelle Alternative. Der „tiefe Zwiespalt, der durch unsere gesellschaftlichen Zustände geht, der Kampf, welcher heute Unternehmer und Arbeiter, besitzende und nicht besitzende Klassen trennt, die mögliche Gefahr einer uns zwar bis jetzt nur von ferne aber doch deutlich genug drohenden socialen Revolution“ erschien als Bedrohung, welcher die marktliberalen Lösungsvorschläge des Volkswirtschaftlichen Kongresses nicht gewachsen wären (*Schmoller* 1872a, S. 1). Zugleich betonte er, dass der jüngst begründete deutsche Nationalstaat gänzlich neue Gestaltungsmöglichkeiten für die „Versöhnung von Volk und Regierung, Parlament und Staatsgewalt“ geschaffen hätte (ebd., S. 2). Mit Blick auf sein Leitmotiv der „Mitte“ wies Schmoller darauf hin, dass die Versammelten von ihren Gegnern als „Kathedersozialisten“ diffamiert würden, während sie tatsächlich den „Parteien der politischen Mitte“ zuzurechnen wären, auch wenn sie mit ihren sozialreformerischen Absichten gegenüber den liberalen Ansichten noch in der oppositionellen Minderheit verblieben (ebd., S. 3). Vereint seien die Sozialreformer in der Sicht auf den Staat als „das großartigste sittliche Institut zur Erziehung des Menschengeschlechts“ – daher auch die Forderung, dass eine „starke Staatsgewalt, welche, über den egoistischen Klasseninteressen stehend, die Gesetze gebe, mit gerechter Hand die Verwaltung leite, die Schwachen schütze, die unteren Klassen hebe“ (ebd., S. 4). Der Bezug der Sozialreformer auf Preußen folgte prompt:

„(S)ie stehen in dem 200 jährigen Kampfe, den das preußische Beamtentum und das preußische Königtum für Rechtsgleichheit, für Beseitigung aller Privilegien und Vorrechte der höheren Klassen, für Emanzipation und Hebung der unteren Klassen siegreich gekämpft, das beste Erbteil unseres Staatswesens, dem wir niemals untreu werden dürfen.“ (ebd.)

Schmollers Einschätzung der aufkommenden industriellen Moderne betonte zunächst wirtschaftliche Erfolge in Technik, Produktion, Handel und Verkehr, verwies dann aber zügig auf die soziale Frage in der Form von eklatanter Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie gewerblichem Fehlverhalten von Privatunternehmen. Beide Faktoren würden zu sozialen Verwerfungen führen, die man ungeachtet der positiven Wachstumseffekte industriellen Wandels nicht übersehen dürfte. Es ginge um moralische, sozial-pädagogische und psychologische Folgen der Industrialisierung und um die Frage, ob sittlicher und wirtschaftlicher Fortschritt gleichermaßen gesichert wären (ebd.). Angesichts der sozialen Zerrüttungen sei es unverzichtbar, „die unteren Klassen soweit zu heben, zu bilden, zu versöhnen, daß sie in Harmonie und Frieden sich in den Organismus der Gesellschaft und des Staates einfügen“ (ebd., S. 5). Diese Vorstellung von der Befriedung sozialer Konflikte verband Schmoller mit dem Ideal sozialer Aufwärtsmobilität durch starke Mittelschichten als Gegenmittel zur Polarisierung der Sozialstruktur:

„Wir halten die Gesellschaft für die normalste und gesündeste, die eine Stufenleiter verschiedener Existenzen, aber mit leichtem Übergang von einer Sprosse zur anderen darstellt; unsere heutige Gesellschaft aber droht mehr und mehr einer Leiter zu gleichen, die nach unten und oben rapide wächst, an der aber die mittleren Sprossen mehr und mehr ausbrechen, an der nur noch ganz oben und ganz unten ein Halt ist.“ (ebd.)

Die vorgeschlagenen Reformprojekte sollten in gradueller Weise auf bestehenden institutionellen Regeln und Normen aufbauen: Fabrikgesetzgebung, gewerkschaftliche Mitgestaltung des Arbeitsvertrags, staatliche Kontrollorgane wie Fabrikinspektorate, staatliche Kontrollämter für Banken und Versicherungen, staatliche Enqueten zur sozialen Frage standen dabei im Mittelpunkt. Hinzu kam die staatliche Finanzierung von Bildungsmaßnahmen sowie die Sicherstellung akzeptabler Wohn- und Arbeitsbedingungen (ebd.). Insofern reklamierte Schmoller für die Sozialreformer eine im Kern „demokratische Aufgabe“, nämlich die Sicherung der Teilhabe und Teilnahme an Wohlstand, Bildung und anderen Kulturgütern für alle gesellschaftlichen Schichten und Klassen (ebd., S. 6).

In der Folge war Schmollers wissenschaftliches Wirken nicht nur über seine Beiträge zu den in der Regel jährlichen Tagungen der Generalversammlung des Vereins sichtbar, sondern auch über seine aktive Teilnahme an mehreren Enqueten sowie seine Gutachten zu empirischen Befunden sozial- und wirtschaftspolitischer Problemlagen – mit einer thematischen Bandbreite von Arbeitsbeziehungen und Wohnverhältnissen bis hin zur staatlichen Gewerbeförderung, die der tatsächlichen Reichweite der Vereinsdebatten entsprach. Seine Tagungsbeiträge sind deshalb von besonderem Interesse, weil sie Schmollers parallel publizierte Fachaufsätze und Monographien zum Teil erweiterten und ergänzten. Dass diese Beiträge über die stenographische Wiedergabe von Vorträgen und teils auch polemische Interventionen dokumentiert sind, macht besonders prägnante Zuspitzungen sichtbar, die in gewöhnlicher Textlektüre möglicherweise weniger auffällig gewesen wären. Insofern werden im Folgenden Schmollers maßgebliche Beiträge zu den Generalversammlungen des Vereins rekapituliert. Die chronologische Vorgehensweise soll Kontinuitäten und Variationen nachvollziehen, wobei auffällt, dass in seinen Beiträgen mit all ihren konzeptionellen und normativen Facetten immer wieder das Leitmotiv der Vermittlung und des Ausgleichs dominant aufscheint. Das Bemühen um eine balancierte Position ging aber durchaus auch mit ausfernden Polemiken gegen jene einher, die sich diesen Vermittlungsbemühungen entzogen.

Eine erste Kontroverse um Schmollers Beiträge entflammte bereits auf dem Eisenacher Vorbereitungstreffen 1872, wo Schmoller nicht nur als Eröffnungsredner auftrat, sondern auch ein Referat über „Arbeitseinstellungen und Gewerkvereine“ hielt. Hier zeigte sich der für ihn charakteristische Versuch,

zwischen Wagners Staatssozialismus und Brentanos Gewerkschaftsliberalismus zu vermitteln. Er schlug ein korporatistisches System vor, in welchem sich Gewerkschaften organisieren konnten, ihr Handlungsspielraum aber staatlich reguliert würde: „Einigungsämter“ sollten durch die überparteiliche staatliche Vermittlung in Lohnkämpfen etwaige Streiks und militante Auseinandersetzungen verhindern, und so eine institutionalisierte Pazifizierung des Verhältnisses von Gewerkschaften und Arbeitgebern durchsetzen (*Schmoller* 1872b, S. 92–95).

Dieser Umgang mit der Problematik der Befriedung sozialer Konflikte war auch für Schmollers Debattenbeitrag zum deutsch-österreichischen Handelsvertrag auf der Vereinstagung 1877 bezeichnend: Er wies zunächst darauf hin, dass er weder Freihändler noch Schutzzöllner sei, denn beides wären unwissenschaftliche Extreme. Die wissenschaftlich seriöse Position zu Fragen der Handelspolitik im Kontext außenwirtschaftlicher Konflikte läge in Maß und Verhältnismäßigkeit. National wie international gälte es, ein Umschlagen des Wettbewerbs von förderlichen zu schädlichen Effekten zu unterbinden. Daher plädierte er für regulierende Handelsverträge und mäßigen industriellen Schutz (*Schmoller* 1877a, S. 147).

Einschlägiger war dann sein Hauptreferat zur Reform der Gewerbeordnung. Hierbei ging es um die staatliche Setzung einer sittlich fundierten Rechtsordnung, die Wettbewerb und Gewerbefreiheit etwa über Schiedsgerichte der Verwaltungsbehörden regulieren sollte (*Schmoller* 1877b, S. 182). Aus dem „Geist der Versöhnung und Verschmelzung von Gewerbefreiheit und sozialer Reform“ sollte letztlich eine neue Wirtschaftsverfassung entstehen (ebd., S. 192). Sein entsprechendes Plädoyer für sozial regulierte Gewerbefreiheit fußte auf der Markierung der Potentiale und Grenzen des Markt-wettbewerbs:

„Ich glaube, die freie Concurrenz ist für unsere heutige Cultur ganz unzweifelhaft [...] einer der mächtigsten psychologischen Motoren des Fortschritts; aber sie ist für mich doch nur ein psychologischer Druckapparat neben andern; sie kann einen günstigen Reiz ausüben, aber sie muß es nicht, sie thut es nicht immer; es spielen neben ihr unzählige andere Faktoren. [...] (S)e ist mir eine Einrichtung, die ich nüchtern im praktischen Leben prüfen, je nach Menschen und Verhältnissen, Sitten und Zeiten anwenden oder durch anderes ersetzen will.“ (ebd., S. 184)

Über die Frage der Gewerbeordnung hinausgehend band Schmoller nun auch Elemente des Wagnerschen Staatssozialismus in seine Thesen zum Verhältnis von Markt und Staat in der Sicherstellung von Grundleistungen ein:

„Wo wir also nicht unbedingt der freien Concurrenz trauen, wo sich schwere Mißstände und empfindliche Lücken zeigen, da fordern wir theilweise, daß der Staat oder die Gemeinde selbst als Unternehmer auftreten, und mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse und die harmonische Entwicklung des Ganzen, vor Allem mit Rücksicht auf die schwächeren nothleidenden Gesellschaftsclassen die betreffende Bedürfnißbefriedigung übernehmen.“ (ebd., S. 185)

Im Kontext der Verabschiedung der Sozialistengesetze im Oktober 1878 und dem folgenden Übergang der Reichsregierung zur Schutzzollpolitik im Juli 1879 stand der Verein vor der Aufgabe, sozial- und wirtschaftspolitische Reformaspekte vor dem Hintergrund des in die Defensive geratenen Wirtschaftsliberalismus neu zu überdenken (*Gorges* 1980, S. 137 f.). Schmoller skizzierte seine Ideen zu dieser Fragestellung auf der Vereinstagung 1879 in einem Korreferat zum Schutzzoll, den er – wie schon in der Wortmeldung zu den Handelsverträgen zwei Jahre zuvor angedeutet – als internationales Äquivalent zu den Binnenregulierungen der Sozialpolitik einordnete. Der „Schutz der Schwächeren“ stünde im Vordergrund, wäre aber – Schmoller-typisch – maßvoll umzusetzen:

„Ich glaube [...], daß überall, wo der Druck der Concurrenz über ein gewisses Maß hinausgeht, er mehr Schaden als Segen stiftet, ich glaube, daß der freie, ganz ungehinderte Interessenkampf oftmals nur die Folge hat, den Schwachen auszubeuten und zu vernichten. Und wenn ich zugebe, daß es viele volkswirthschaftliche Schwäche, seien es Individuen, Völker oder Industrien gibt, die besser zu Grunde gehen, als erhalten werden, so stelle ich mich doch nicht immer, nicht gegenüber allen Schwachen auf diesen Standpunkt; ich verlange Schutz des Arbeiters gegenüber dem übermächtigen Capital, aber ich verlange auch Schutz einer an sich lebensfähigen, aber im Moment hart bedrängten nationalen Industrie gegenüber ausländischer Uebermacht.“ (*Schmoller* 1879, S. 19)

Im Übrigen würde das von zyklischen Wirtschaftslagen abhängige Muster internationaler Zollpolitik darauf verweisen, dass aktuell nicht freihändlerische Ideologie, sondern sozialpolitisch informierter Pragmatismus gefragt wäre: Bismarcks Kurs sollte daher mit einer Tagungsresolution nach mäßigen Importzöllen unterstützt werden (ebd., S. 27 f.). Die scharf geführte Debatte zu diesem Thema und die von vielen geteilte Unzufriedenheit mit der verabschiedeten Schutzzollresolution hatte eine Änderung der Vereinsstatuten zur Folge, die darauf hinwirkte, dass künftig keine Tagungsresolutionen mehr verabschiedet werden sollten. Damit gab der Verein schon wenige Jahre nach seiner Gründung ein bedeutendes Instrument der institutionellen politischen Einflussnahme aus der Hand (*Plessen* 1975, S. 41).

Waren die 1880er Jahre neben der Schutzzollpolitik vor allem vom Ausbau des Sozialversicherungswesens und der Abmilderung des Kulturkampfes gegen den kirchlichen und politisch organisierten Katholizismus geprägt, so wandte sich der Verein in seinen Tagungsthemen nun dem sozialreformerischen Problem des industriellen Strukturwandels zu. Angesichts der in weiten Teilen weiterhin agrarisch geprägten Wirtschaftsstruktur standen daher zunächst drängende agrarbezogene Fragestellungen zu Grundeigentum, Erbrecht und Preispolitik im Vordergrund, die von Problemen der Urbanisierung und des Stadt-Land-Gegensatzes begleitet waren (*Gorges* 1980, S. 158–60). Auf der Frankfurter Tagung 1886 betonte Schmoller in einem Debattenbeitrag zur Wohnungsfrage, dass die Einrichtung von Aktiengesellschaften zur

Wohnungsverwaltung im Hausbesitz eine probate Lösung für Wohnungsman- gel und „Mietwucher“ bieten würden. Allerdings schränkte er diese scheinbar liberale Position dahingehend ein, dass er diesen Aktiengesellschaften neben einer professionellen wirtschaftlichen Verwaltung auch noch einen paternalistischen Erziehungsauftrag den Mietern gegenüber zusprechen wollte (*Schmoller* 1886a, S. 20). Ähnliche Synthesen formulierte er in seinem Korreferat zum Tagungsthema der inneren Kolonisation. Mit der üblichen Frontstellung gegen freie Märkte wie auch gegen Verstaatlichungen bei der Neugestaltung des ländlichen Raums sprach er sich für die graduelle Reduzierung des Großgrundbesitzes zugunsten der staatlich geförderten Ansiedlung von Neu-Landwirten aus (*Schmoller* 1886b, S. 100f.). Auch diese Darlegungen hatten heftige Diskussionen zur Folge, die in ihrer Tragweite vorwegnahmen, dass das Thema der inneren Kolonisation bis in die dreißiger Jahre hinein strukturpolitisch höchst relevant bleiben sollte (*Boese* 1939, S. 53f.).

Mit der Thronbesteigung des sozialpolitisch interessierten Kaisers Wilhelm II. im Juni 1888, dem zwei Jahre später der Bruch mit seinem Kanzler Bismarck folgte, wurde die öffentliche Debatte zur sozialen Frage neu austariert – gerade auch im Hinblick auf das Verhältnis des Staates zur Sozialdemokratie. Bismarck hatte die Sozialdemokratie repressiv zerschlagen wollen, während sich der junge Wilhelm II. durchaus im Sinne Schmollers als Vermittler zwischen den Klassen stilisierte. Die Aufhebung der „Sozialisten-gesetze“ und die „Neue Ära“ mit dem sozialkonservativen Kanzler Caprivi sollte in diese Richtung wirken – und bot entsprechendes Diskussionsmaterial für den Verein (*Gorges* 1980, S. 199–204). Parallel zum politischen Kurswechsel waren tiefgreifende Veränderungen der industriellen Organisation im Gange: Ab 1888 wurden mit Staatsbeteiligung erste Kartelle im Kaliszbergbau eingerichtet, denen zügig weitere Branchen folgen sollten. Auch diese Neuformierung der Branchen- und Unternehmensorganisation lieferte dem Verein reichhaltiges Material für Forschung und Debatte (ebd., S. 208 f.).

Schmoller übernahm nach dem Ableben des langjährigen Vorsitzenden Nasse 1890 nun doch noch selbst das Amt des Vereinsvorsitzenden: Bismarcks Ausscheiden im gleichen Jahr begrüßte er trotz seiner Verehrung für den Kanzler der Reichseinigung wegen dessen Repressionsplänen gegen die Sozialdemokratie – auch zu diesem Punkt war er um eine integrative Mittelposition bemüht (*Lindenlaub* 1967, S. 143 f.). In der Themenwahl des Vereins kamen zwar auch industrie- und außenwirtschaftspolitische Fragen zum Tra- gen, aber die Schwerpunktsetzung lag weiterhin im Agrarsektor, etwa zu Fragen der Verfassung ländlicher Gemeinden, der ländlichen Migration und der sozialen Lage der Landarbeiter. In diesem Zusammenhang sollte sich Max Weber als maßgebliche Nachwuchskraft in- und außerhalb des Vereins etablieren: Seine Teilstudie zur Lage der ostelbischen Landarbeiter, die er im Rahmen einer umfangreichen Vereinsuntersuchung zu den Verhältnissen der

Landarbeiter in Deutschland ausgearbeitet hatte, übertraf an Umfang und Tiefe alle übrigen Teilstudien bei weitem (Gorges 1980, S. 240–42).

Schmollers Einführungsrede als neuer Vorsitzender auf der Frankfurter Tagung 1890 umriss zunächst die neue Situation des Vereins. Nach dem Ende der sozialreformerisch erfolgreichen, aber politisch schwierigen Ära Bismarcks stellten sich neue Fragen zum Sinn der Sozialpolitik in der zunehmend industriell durchdrungenen Gesellschaft. Vor dem Hintergrund mächtiger Regulierungsinstanzen in Form der staatlich unterstützten Kartelle, die nach außen von der Schutzzollpolitik flankiert würden, stellte sich die „Frage, ob die ganze Art der freien Konkurrenz und ein gutes Teil individueller Freiheit, wie sie seit 100 Jahren als die sichersten Postulate der Doktrin und des praktischen Lebens aufgestellt, geglaubt, ins Leben eingeführt wurden, nicht mehr oder weniger verschwinden werden“ (Schmoller 1890a, S. 4). Die aktuelle Aufgabe des Vereins für Socialpolitik wäre die normativ gerahmte fachliche Begleitung dieser Prozesse:

„Wir wollen, wie der Chor der antiken Tragödie die leidenschaftlichen Handlungen der Bühne begleitet, ruhig und leidenschaftslos zur Seite stehend, für das Wahre und Gute, für das Billige und das Gerechte eintreten, und versuchen, diesen höchsten Mächten des Menschenlebens ein größeres Gewicht zu verschaffen.“ (ebd.)

Konkret bedeutete das in Schmollers Debattenbeitrag zur Reform der Gemeindeordnung, dass eine Verwaltungsreform auf die Schaffung ländlicher Gemeinden hinwirken sollte, deren kommunale Verwaltung nicht zuletzt der „sittlich-politischen Erziehung“ dienen müsste (Schmoller 1890b, S. 114). Weitreichender war sein Beitrag zur Frage der Ausgestaltung des Arbeitsvertrags. Er plädierte bei schrittweiser Einführung der Koalitionsfreiheit für eine engmaschige staatliche Regulierung branchenbezogener gewerkschaftlicher Organisationen zur Sicherstellung fortgesetzter Kooperationswilligkeit. Schmoller wandte sich damit gegen Brentanos Konzept autonomer Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Perspektivisch wäre auch über die Einsetzung von Arbeiterausschüssen in den Fabriken nachzudenken – eine frühe Form der Mitbestimmung. Gleichzeitig wandte er sich gegen einen abrupten institutionellen Umbau der von ineffizientem Grundbesitz geprägten Verhältnisse in der ostpreußischen Landwirtschaft: Deren patriarchalische Verhältnisse wären historisch gewachsen und sollten aufgrund der sittlichen Unreife der Landarbeiter nicht „voreilig“ gestört werden (Schmoller 1890c, S. 205–07). Auffällig ist, dass er dabei zum sozialpolitischen Bildungs- und Erziehungsauftrag auch eine kaufmännische Komponente zählte: „Nur in dem Maße, als es uns gelingt, die unteren Klassen sittlich, geistig, technisch, kaufmännisch zu erziehen und zu heben, gelingt alle sociale Reform“ (ebd., S. 208).

Auf der Wiener Tagung 1894 trat schließlich das Thema der Kartelle in den Vordergrund. Schmoller betonte in der Debatte die Ambivalenz der Kartelle, die seinem ambivalenten Bild auf das Unternehmertum insgesamt entsprach:

„Wir sehen brutale Persönlichkeiten, die das Monopol mißbrauchen, und wir sehen daneben vornehme, hochstehende Naturen, die sich bewußt sind, an der Spitze solcher Kartelle öffentliche Pflichten zu haben.“ (Schmoller 1894, S. 235)

Die sittliche Wertung der Kartelle war somit zwischen privater Monopolmacht und öffentlicher Wohlfahrtsmehrung angesiedelt; ein Punkt, der wiederum Schmollers Bekenntnis zur Überlegenheit gesamtgesellschaftlicher Zwecke entsprach – gleichermaßen im privaten und im öffentlichen Sektor:

„Nicht Fabrikant und Kapital stehen sich gegenüber, sondern Einzelfabrikant und Kollegium, Einzelinteresse und kollegialische Beratungen, wobei eine Reihe hochstehender Geschäftsleute und ihre Beamten, Direktoren u.s.w. sich verständigen.“ (ebd., S. 236)

Insofern nahm Schmoller an, dass die institutionelle Dynamik industrieller Entwicklung auf eine Mischwirtschaft aus staatlichen und privaten Elementen hinauslaufen würde:

„Ich sehe in dieser ganzen Kartellbewegung nur einen Specialfall der allgemeinen Entwicklung, die ich öfter so bezeichnet habe. Je größer unsere Unternehmungen werden, je mehr Aktiengesellschaften entstehen, je mehr nach allen Seiten ganz große Institute sich herausbilden, im Bankwesen, im Versicherungswesen, im Verkehrswesen, desto mehr erhalten diese Geschäfte, welche Form immer sie haben, selbst wenn sie in der Hand eines Privatmannes sind, wie Krupp, gleichmäßig einen halb öffentlichen Charakter, sie hören auf, reine Privatgeschäfte zu sein. Und ich halte das für kein Unglück, sondern gerade für den größten Fortschritt; ich halte das für die richtige mittlere Linie zwischen socialistischen Experimenten und der bisherigen Organisation der Volkswirtschaft.“ (ebd., S. 237 f.)

Ökonomisch betrachtet wären die Kartelle das Ergebnis technologischer Entwicklungen sowie internationalen Wettbewerbsdrucks. Insofern blieben sie zur Wohlfahrtssicherung unverzichtbar, bedürften aber politischer Kontrolle, um Machtmissbrauch zu verhindern (ebd., S. 235–37). Mit dieser Argumentation deutete Schmoller eine neue thematische Verbindung vom Wohlergehen der Binnenwirtschaft und der Sicherung internationaler Einflussssphären an – was dem politischen Kontext des ab 1895 erfolgenden Übergangs zu kolonialer Expansion in Afrika ebenso entsprach wie der aufkommenden Debatte zum Flottenbau (Grimmer-Solem 2003, S. 240–43).

Im Rahmen der für die zweite Hälfte der 1890er Jahre weiterhin bestimmenden Themen des industriellen Strukturwandels – von Handwerk und Kleingewerbe über den ländlichen Personalkredit bis hin zu den Strukturproblemen des Mittelstandes – verzichtete Schmoller auf eigene Referate oder Korreferate und war auch in den Debatten weniger aktiv als in den Vorjahren.

Sein schrittweiser Rückzug hatte offensichtlich bereits eingesetzt (Gorges 1980, S. 280 f.). Tatsächlich verschaffte sich im Verein eine neue Generation Geltung, die sich von den marxistischen Kapitalismusdebatten im Zuge der Veröffentlichung des 3. Bandes von Marx' *Das Kapital* 1894 inspirieren ließ. Der junge Werner Sombart hatte 1896 sein überaus erfolgreiches programmatisches Werk *Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert* veröffentlicht, in dem er versuchte, Marx für die Sozialreformer zu erschließen. In diesen intellektuellen Kontext passte auch Friedrich Naumann als einflussreicher protestantischer Sozialreformer aus dem Umfeld Max Webers, der mahnte, dass das „Wesen des Kapitalismus“ zur analytischen Richtschnur der Reformvorschläge werden müsse (Lindenlaub 1967, S. 282–85).

Bei der Kölner Tagung 1897 nutzte Schmoller das 25-jährige Jubiläum des Vereins zu einem Rückblick auf Erreichtes und einem Ausblick auf anstehende Herausforderungen. Die Problematik der vermittelnden Verständigung in Klassenkämpfen stand für ihn angesichts von Reichseinigung und beschleunigtem sozialökonomischem Strukturwandel im Mittelpunkt der Gründungsmotive des Vereins. Als zentrales Thema, das auch in Zukunft relevant bleiben würde, markierte er die „gewerblich-soziale Frage“ jenseits polarisierender liberaler und sozialistischer Parteilager (Schmoller 1897b, S. 3–5). Insofern war die Aufgabenstellung klar:

„Reformerische Elemente zu stärken, für sie die geistigen Waffen zu liefern, das scheint mir heute die praktische Aufgabe der Staats- und Socialwissenschaft und unseres Vereins für Socialpolitik. Das Übergewicht der Gesamtinteressen über die egoistischen Klasseninteressen gilt es zu erhalten.“ (ebd., S. 12)

Dem Verein kam daher eine konkrete gesellschaftliche Vermittlungsaufgabe in der Befriedung sozialer Konflikte zu:

„Beide Teile müssen verstehen lernen, daß und warum ihre momentanen Interessen auseinandergehen, daß und warum sie also in den Schranken der Sitte und des Rechts miteinander kämpfen; sie müssen im Kampfe sich wieder erinnern lernen, daß ihre großen und in der Zukunft liegenden Interessen doch auch gemeinsame seien. [...] Unsere Schriften und Verhandlungen müssen dieses Verständnis erzeugen, so daß trotz aller Kämpfe immer wieder die Verständigung möglich wird.“ (ebd., S. 13)

Zwei Jahre später betonte Schmoller in seiner Eröffnung der Tagung 1899 die Frontstellung des Vereins gegen revolutionäre Sozialdemokratie und reaktionäre Unternehmerinteressen – mit sozialreformerischer Vernunft zugunsten übergeordneter gesamtgesellschaftlicher Interessen. Angesichts der innenpolitischen Auseinandersetzungen um die weiter expandierende Sozialdemokratie denunzierte Schmoller die fortgesetzten Angriffe des Kapitals und der Konservativen gegen die Arbeiterbewegung als mögliche Vorboten einer verschärften Repressionspolitik, die letztlich in eine „kapitalistische

Klassenherrschaft“ münden würde (*Schmoller* 1899, S.9). In dieser politischen Atmosphäre entfaltete sich der mit theoretischen und methodischen Fragen verbrämte Generationenkonflikt Schmollers mit den Brüdern Weber, Sombart und anderen Vertretern ihrer „realistischen“ Generation, die Schmollers Ideal des sittlichen Fortschritts nicht mehr teilte, und stattdessen den modernen Kapitalismus mit seiner schicksalhaft erscheinenden Rationalisierungsdynamik als Forschungsgegenstand entdeckte (*Lindenlaub* 1967, S. 84; *Scheffold* 1996). Insofern lässt sich die immense thematische Bandbreite der Vereinstagungen in der ersten Hälfte der 1900er Jahre auch als Zeichen einer gewissen Orientierungslosigkeit deuten: Von eher traditionellen sozialpolitischen Themen wie der Wohnungsfrage über die sehr spezifische Thematik der Lage der Schifffahrtsbranche bis hin zu den neuen wirtschaftstheoretisch und -politisch relevanten Themenfeldern von Krise und Konjunktur – mit denen sich neben Werner Sombart vor allem auch der Schmoller-Schüler Arthur Spiethoff als Pionier der deutschsprachigen Konjunkturforschung profilieren konnte (*Gorges* 1980, S. 340 f.).

Schmollers letzter großer und zugleich tragischer Auftritt als Vorsitzender bei einer Generalversammlung des Vereins folgte auf der Mannheimer Tagung 1905. Schmoller referierte auf Grundlage seiner Erfahrungen in der Kartellenquete des Vereins zu Kartellen als regulierungsbedürftiger Organisationsform. Ausgangspunkt war die These, dass aktuelle Umwälzungen in Technik, Verkehr und Sozialstruktur zu verschärften gesellschaftlichen Konflikten führten, zu deren Lösung die vermittelnde Kraft des Staates unverzichtbar wäre. Für Schmoller war das relative neue Phänomen der Kartelle nur ein weiterer Ausdruck dieser allgemeinen Entwicklungstendenzen. Allerdings unterschieden sich Schmoller zufolge die Kartelle in Deutschland als eher defensive und entwicklungsorientierte Organisationen von der Macht- und Monopolstellung der US-amerikanischen Trusts. An diesem Punkt projizierte Schmoller sein ambivalentes Unternehmerbild auf die US-amerikanischen Trustmanager: „Die an der Spitze stehenden Geschäftsleute sind vielleicht die genialsten, energischsten, klügsten, die je die Welt gesehen; aber es sind wohl auch die getriebensten und rücksichtslosesten“ (*Schmoller* 1905a, S. 238). Wegen ihrer zentralistischen Monopolisierungstendenz würden Trusts von den Sozialisten als unwillentliche Wegbereiter des Sozialismus gepriesen (ebd., S. 239 f.).

Anders dagegen die Situation in Deutschland: Kartelle handelten hier vornehmlich im gesellschaftlichen Gesamtinteresse, indem sie sich als „die fortschrittlichen, kühnen Neuerer“ positionierten, die alleine in der Lage wären, den industriellen Strukturwandel zu bewältigen (ebd., S. 242). Insofern sah Schmoller sie in der besten Tradition mittelständischen Wirtschafts: sie folgten einem „demokratisch-genossenschaftlichen Prinzip“ (ebd., S. 254). Statt liberalem Kartellverbot oder sozialistischer Kartellverstaat-

lichkeit plädierte Schmoller daher für eine Kartellregulierung mit dem Ziel, die möglicherweise drohende Degenerierung der Kartelle zu monopolistischen Trust zu verhindern. Staatliche Mitbestimmung und Gewinnabführung waren Schmollers Mittel der Wahl: In größeren Aktiengesellschaften mit über 75 Millionen Aktien- oder Obligationskapital sollte ein Viertel der Aufsichtsratsstimmen sowie der Direktorenposten als gemeinwohlorientierte Mandate über die Regierung vergeben werden. Zudem war für diese Unternehmen bei 10% überschreitenden Gewinnen eine hälftige Gewinnabführung an den Staat vorgesehen (ebd., S. 265, 269–71).

Es folgte die längste Debatte der Vereinsgeschichte: Sie erstreckte sich über zwei Tage (*Boese* 1939, S. 110–21). Friedrich Naumann kritisierte die Einrichtung staatlicher Repräsentanten in der Kartellführung als ineffizienten Staatseingriff. Max Weber schloss sich an, indem er Schmoller eine naive Haltung hinsichtlich der begrenzten staatlichen Kompetenz vorwarf. Zudem polemisierte Weber gegen Schmollers Thesen von der stabilisierenden sittlichen Wirkung von Kartellen, da diese keineswegs eine kooperative Haltung im Wettbewerb förderten, sondern vielmehr bürokratische Ineffizienz steigern würden (*Weber* 1905b, S. 382 f.). Implizit verwies diese Argumentation auf Webers ein Jahr zuvor erschienene Kritik an der ethisch-normativen Haltung der Historischen Schule, wobei er Schmollers Verbindung von sittlicher Entwicklungskonzeption und ethischer Wertung ebenso zurückgewiesen hatte wie dessen Vorstellung von der nötigen Vermittlung gegensätzlicher Positionen (*Weber* 1904a).

Schmollers Replik verwies eher defensiv auf Praxiserfahrungen. So hätte sich der Staat etwa in der Kommunalverwaltung städtischer Verkehrsbetriebe bewährt. Die Kartellregulierung könnte auf solchen Erfahrungen aufbauen, zumal sich auch in der Verwaltung ein hohes Maß an persönlicher wirtschaftlicher Kompetenz finden ließe (Schmoller 1905b, S. 428 f.). Einschneidend war dann allerdings Schmollers Schlusswort, mit dem er als Vorsitzender die Debatte schloss. Naumann hatte in der Diskussion Schmollers Konzept der staatlichen Aufsicht als „Unsinn“ denunziert. Schmoller nutzte nun sein Schlusswort, um Nauman seinerseits als „Demagogen“ bloßzustellen (ebd., S. 420). Daraufhin folgte noch während der Tagung ein persönlicher Angriff Webers auf Schmollers angeblichen Missbrauch seiner Position als Vorsitzender, begleitet von der Forderung nach offener politischer Debatte.

Ein öffentlicher Austausch über Zeitungsartikel folgte. Schmoller drohte in Briefwechseln mit seinem Rücktritt. Ein offener Brief Schmollers an Max Weber, der auch den Ausschussmitgliedern verfügbar gemacht wurde, versuchte abschließend noch einmal die „Doppelnatur“ des Vereins zu markieren, denn „er ist eine wissenschaftliche Gesellschaft, ein wissenschaftliches

Publikationsorgan, aber er treibt zugleich praktische Sozialpolitik“. Insofern nehme der Verein „Einfluß auf die breiten bürgerlichen Klassen, deren soziale Erziehung unsere Hauptaufgabe ist“ (*Boese* 1939, S. 117–19; *Lindenlaub* 1967, S. 409–16; *Köster* 2011, S. 271–73). Schmoller blieb zwar bis zu seinem Ableben amtierender Vorsitzender des Vereins, war aber nach dem Mannheimer Eklat in seiner Position deutlich geschwächt. Insofern bezeichnete die Mannheimer Tagung den Abschluß seiner prägenden Interventionen in die Vereinsdebatten.

Auf der Wiener Tagung 1909 unternahm Schmoller noch einmal einen programmatischen Versuch, die eigene Generation mit der jüngeren Webers und Sombarts, die nun den Verein weitgehend dominierte, zusammenzuführen. Ein längeres Zitat aus Schmollers Einführungsrede zur Tagung dokumentiert diese Annäherung, die in Ton und Inhalt weitestmöglich auf die kapitalismusanalytischen Kontrahenten einging:

„Das, was die Alten und die Jungen in unserem Verein zusammenhält, ist, wie mir scheint, die folgende Überzeugung: Wir leben in einer Epoche technischer Veränderungen, volkswirtschaftlicher Neubildungen, wie die Welt sie seit Jahrhunderten nicht gekannt. Und diese Veränderungen vollziehen sich mit einer Raschheit, wie sie noch nie dagewesen ist, weil kein älteres Zeitalter diese Verkehrs- und Verständigungsmittel, diese Presse, dieses Schulwesen, diese Öffentlichkeit und öffentliche Meinung hatte. In solcher Zeit entstehen neue Staats- und Rechtsformen, neue gesellschaftliche Klassen, neue Geschäftsformen, neue Gegensätze und Zusammenfassungen aller Art; in solcher Zeit unerhörter Neubildung verblassen alte Ideale und erheben sich neue in chaotischer Gärung ohne Ablklärung und Begrenzung; in solcher Zeit sucht jede Kraft, die individuelle, die der gesellschaftlichen Klasse, die der vergrößerten Unternehmung sich durchzusetzen; unter dem Stichwort des Kampfes ums Dasein, ohne Beschränkung, ohne Rücksicht. Und die stärkste Gefahr ist, daß die an sich berechtigten partikularen Interessen in dem Maße egoistisch werden, daß sie die höheren Gesamtinteressen schädigen, ja diese in ihren notwendig vorherrschenden und versöhnenden Stellung bedrohen. Dadurch ist unsere politische, wirtschaftliche, soziale Zukunft in Frage gestellt.“ (*Schmoller* 1909, S. 2)

Abschließend verwies Schmoller noch einmal teils humoresk, teils beschwörend – tatsächlich aber wohl anachronistisch anmutend – auf das historische Erbe der „Kathedersozialisten“ in der Bismarck-Ära: „Bismarck sagte mir 1875 persönlich, er sei eigentlich auch Kathedersozialist, habe bisher nur noch nicht Zeit dazu gehabt“ (ebd., S. 4). Für die äußerst kontrovers geführte Tagungsdebatte zum Produktivitätsbegriff und zum analytischen Status von Werturteilen lieferte Schmoller dann allerdings keinen pointierten Beitrag mehr. Von Philippovich präsentierte Thesen zu einem ethisch geformten Begriff volkswirtschaftlicher Produktivität, der sich von einem rein technischen Produktivitätsbegriff durch seine gesellschaftlichen Bezüge unterscheiden sollte. Dagegen wurde von Sombart, Weber und anderen Kritik geäußert –

mit kritischen Verweisen auf Schmollers eigene Positionen zum Zusammenhang von Produktivität, Arbeit und ethischer Wertung. Schmoller selbst beteiligte sich allerdings nicht an der Debatte (*Gorges* 1980, S. 436–40). Seine Bedenken gegenüber den Brüdern Weber und Sombart äußerte er stattdessen in privaten Briefwechseln (*Boese* 1939, S. 133–36). Mit der organisatorischen Abschaffung der Tagungsschlussworte des Vorsitzenden sah Schmoller zudem seine letzten Möglichkeiten öffentlicher politischer Wirksamkeit als Vereinsvorsitzender schwinden (*Lindenlaub* 1967, S. 31).

In der Eröffnung der Nürnberger Tagung 1911 hielt Schmoller unverdrossen an seiner positiven Vorstellung von Werturteilen fest: „Wir stehen auf der Brücke, die von der Welt der Wissenschaft in die des praktischen Handelns hinüberführt“ – inklusive politisch wie gesellschaftlich geprägter sittlicher Werturteile (*Schmoller* 1911b, S. 2). Ziel des Vereins bliebe der Wissenstransfer für „eine pädagogische Politik, eine Politik der sozialen Aufklärung, eine erzieherische Politik der handelnden Menschen“ (ebd., S. 4). In der im selben Jahr erschienenen Neufassung seines Aufsatzes „Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre und ihre Methode“ für die dritte Auflage des Handbuchs der Staatswissenschaften führte Schmoller diese Kontroverse gegen Weber und sein Umfeld weiter (*Schmoller* 1911a). Auf der Nürnberger Tagung lieferte er allerdings keine eigenen Beiträge zur Debatte (*Boese* 1939, S. 141).

Stattdessen erging im folgenden Jahr eine Aufforderung an alle Vereinsmitglieder, sich schriftlich zur Werturteilsfrage zu äußern. Daraus entstand eine Broschüre mit kurzen Einzelbeiträgen, die aber nicht in die Schriftenreihe des Vereins aufgenommen wurden. Ein internes Sondertreffen zur Werturteilsfrage wurde noch für Januar 1914 ohne Niederschrift einberufen: Dokumentiert ist ein für Schmoller versöhnlicher Debattenverlauf; allerdings auch hier ohne einen Eigenbeitrag von ihm (*Boese* 1939, S. 145–48; *Gorges* 1980, S. 477f.). Die für September 1914 geplante Generalversammlung konnte dann kriegsbedingt nicht mehr stattfinden, stattdessen befasste sich der Ausschuss noch mit dem von Naumann popularisierten Mitteleuropa-Konzept (*Grimmer-Solem* 2023, S. 7). Schmoller verstarb schließlich im Sommer 1917. Er blieb zeitlebens seinem in der Werturteilsfrage zum Ausdruck kommenden Ideal sittlicher Entwicklung verpflichtet – und damit auch seinem Verständnis der Vereins für Socialpolitik als Einrichtung zur sittlichen Bildung und Erziehung von Öffentlichkeit und Politik. Den Untergang der von ihm verehrten Hohenzollern-Monarchie hat er nicht mehr erlebt.

Dass Schmollers politisch-normative Weltsicht mit der Novemberrevolution 1918 weitgehend obsolet geworden war, zeigte sich bereits anhand der oben erwähnten, posthum publizierten Monographie *Die soziale Frage* (1918). Vor diesem Hintergrund stellt sich zunächst die Frage nach der sozi-

alpolitischen Wirksamkeit des Vereins: Inwiefern konnten Schmollers diesbezügliche Vorstellungen tatsächlich umgesetzt werden? Heinrich Herkner, Schüler Schmollers, der ihm auf Lehrstuhl und Vereinsvorsitz nachfolgte, behauptete in seiner Gedächtnisrede auf Schmoller, dieser hätte mit seiner Eröffnungsrede zur Eisenacher Versammlung 1872 einen ähnlich tiefgreifenden Einfluss auf das sozialpolitische Verständnis des deutschen Bürgertums gehabt, wie Marx und Engels mit ihrem Kommunistischen Manifest auf die Sozialismusvorstellungen der Arbeiterbewegung (*Herkner 1919*).

In der späteren Literatur wird die konkrete Wirkung allerdings kontrovers eingeschätzt. Lindenlaub zufolge ist kein direkter Einfluss des Vereins auf Bismarck nachweisbar: Ab 1877 sei das Verhältnis eher konfrontativ gewesen, wie Schmoller selbst bemerkt hätte (*Lindenlaub 1967*, S. 143). Plessen weist hingegen darauf hin, dass der Verein seine Wirksamkeit eher indirekt durch seinen diskursiven Einfluss auf parlamentarische Debatten und deren öffentliche Rezeption geltend gemacht habe. Themen der Vereinstagungen waren in der Regel auch tagespolitisch aktuelle Themen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dazu kamen die empirischen Forschungsarbeiten des Vereins in Gestalt der regelmäßigen voluminösen Erhebungen, die in der Presseöffentlichkeit wie auch von Regierung und Verwaltung rezipiert wurden (*Plessen 1975*, S. 82–84). Insofern urteilt Plessen: „Bismarcks bahnbrechende Sozialgesetzgebung wäre ohne die Arbeiten des Vereins für Socialpolitik nicht möglich gewesen“ (ebd., S. 127). Auch jüngere Einschätzungen teilen dieses Bild. Mit Ausnahme der Pflegeversicherung seien alle sozialen Institutionen, die das heutige Bild des Sozialstaates ausmachen, im Kontext der öffentlichen Debatten des Vereins für Socialpolitik noch vor der Jahrhundertwende geplant, untersucht und weitgehend umgesetzt worden. Besonders auffällig scheint dies anhand der Modalitäten der Sozialversicherung zu sein, deren Charakter unmittelbar den Empfehlungen Schmollers und des Vereins entsprechen würde – ein Sachverhalt, der nicht zuletzt mit der unmittelbaren Beteiligung leitender Beamter von Bismarcks Regierungsapparat an den Vereinsaktivitäten in Verbindung gebracht wird (*Hansen 1993*, S. 157; *Schmidt 1997*; *Grimmer-Solem 2023*, S. 5).

V. Nach Schmoller: Sozialökonomik und Soziale Marktwirtschaft

Die Bedeutung Schmollers im Verein für Socialpolitik ist unbestritten: Er war maßgeblicher Mitbegründer, vor und hinter den Kulissen wirkender Patriarch, kontroverser Referent und Debattenteilnehmer, Organisator und Herausgeber von Vereinsstudien zu ausgewählten sozialpolitisch relevanten Themen, Verbindungsmann in die Regierungs- und Verwaltungsapparate, und schließlich tragische Figur im Generationenkonflikt mit der „Jüngsten“ Historischen Schule wie auch in seiner politischen Haltung als selbststilisierter

„demokratischer Monarchist“. Dem entspricht die Bedeutung des Vereins für Socialpolitik für Schmollers Wirken: als akademisch-administratives Netzwerk, als wirtschafts- und sozialpolitische Forschungsplattform, als Forum sozialreformerischer Öffentlichkeitsarbeit – wobei in der Frühphase die Tagungsresolutionen des Vereins dem Reichstag als Petitionen zugingen. Dabei gingen die auf den Bismarckschen Reformen gründenden Sozialversicherungssysteme unmittelbar auf Impulse Schmollers und des Vereins zurück.

Die politischen, sozialen und ökonomischen Brüche im Übergang vom Kaiserreich zur Republik prägten allerdings nicht nur die allgemeinen Kontroversen im Verein für Socialpolitik sowie die ökonomischen Fachdebatten insgesamt; auch Schmollers Werk und Wirken wurde einer gründlichen Neubewertung unterzogen. Schmoller diente zwar noch vereinzelt als Bezugspunkt für die Begründung fachlicher Standpunkte – aber vornehmlich nur noch um kritisch wie affirmativ Weiterentwicklungen zu markieren (*Gorges 1986; Hesse 2023*). Diese Tendenz wurde durch die persönlichen Umbrüche innerhalb des Vereins nach 1918 weiter verstärkt: Schmoller und Wagner waren verstorben, nur Brentano blieb als Emeritus präsent, Max Weber fungierte noch kurz vor seinem Tod als stellvertretender Vorsitzender, während Sombart 1931 im Angesicht der untergehenden Weimarer Republik den Vorsitz übernahm (*Boese 1939, S. 162 f.*).

Im Verein wie auch im fachlichen Feld insgesamt überlagerten sich nun diverse theoretische, methodologische und politische Konfliktkonstellationen: Insbesondere die neueren Entwicklungen formal-theoretischer und quantitativ-empirischer Analysen sorgten für Kontroversen. An diesen Debatten beteiligten sich zwei binnendifferenzierte Lager. Zum einen an der Historischen Schule orientierte Kräfte, die weiterhin in der Aufarbeitung konkreter empirischer Problemlagen der industriellen Moderne das zentrale Thema sahen, wobei der Schmollersche Standpunkt einer ethischen Bewertung sittlichen Fortschritts bereits weitgehend vom Realismus der Weberschen und Sombartschen Kapitalismusanalysen verdrängt worden war. Zugleich verstärkte sich in diesem Kreis die Orientierung an einer geisteswissenschaftlichen, sinnverstehenden Form der Nationalökonomie (*Ebner 2014*). Zum anderen das Lager der sich selbst so bezeichnenden „Ricardianer“, die ihre empirischen Bemühungen – in Abgrenzung zu Schmoller und der Historischen Schule – von formaler Theoriebildung begleitet sehen wollten. Dieses Lager war wiederum in sozialistisch und liberal orientierte Theoretiker aufgeteilt, wobei der organisierte Austausch zwischen diesen Fraktionen tatsächlich bis Anfang der dreißiger Jahre anhalten sollte (*Janssen 2000, S. 27–44; Ebner 2022*). Im Verein waren diese „Ricardianer“ in einem neuen Unterausschuss für Theorie organisiert, dem neben Liberalen wie Eucken, Röpke, Rüstow, Mises und Hayek auch Sozialisten wie Löwe und Lederer angehörten (*Boese 1939, S. 205–06; Bruch 1988, S. 221–24*).

Jenseits dieser Konfliktlinien und Binnendifferenzierungen bestand jedoch ein geteiltes Interesse an der gärenden Systemfrage, die sich nicht nur an der Gegenüberstellung von Kapitalismus und Sozialismus als eigenständigen Wirtschaftssystemen, sondern auch an Fragen von industrieller Konzentration, Bürokratisierung, politischer Steuerung und Konjunkturschwankungen festmachen ließ (*Köster* 2011, S. 221 f.). Die auch für den Verein für Socialpolitik relevant gebliebenen Schmollerschen Fragen nach der wechselseitigen Bedingtheit wirtschaftlicher Entwicklung, industriellen Strukturwandels und sozialen Ausgleichs behielten also ihre Aktualität, wurden aber nun weniger im Sinne systemimmanenter Sozialreformen, sondern verstärkt als Komponenten einer Systemtransformation behandelt – wenn auch mit unterschiedlichen normativen Bewertungen (*Ebner* 2022, S. 259 f.). Vor diesem Hintergrund lässt sich ein ideengeschichtliches Wirkungsfeld der Schmollerschen historisch-ethischen Linie der Historischen Schule rekonstruieren, das sich von Max Weber, Werner Sombart und Arthur Spiethoff ausgehend mit den Potentialen einer historischen Theorie des Kapitalismus befasste (*Schumpeter* 1954, S. 815). Schumpeter lässt sich ebenfalls diesen Bemühungen um eine historische Theorie kapitalistischer Entwicklung zurechnen (*Ebner* 2000, S. 360; *Shionoya* 1997).

Jenseits methodologischer Selbstvergewisserung war für diese nach-Schmollersche Generation das auch politisch drängendste Thema die sozialverträgliche Ausgestaltung kapitalistischer Marktwirtschaften angesichts der vielgestaltigen sozialistischen Herausforderungen. Aus diesen Auseinandersetzungen heraus wurde die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft formuliert. Die maßgeblichen Beiträge Alfred Müller-Armacks fußen explizit auf den Debatten der „Jüngsten“ Historischen Schule – und bezogen sich damit zugleich auf Schmollersche Ideen zur politisch-institutionellen Einbettung von Marktsystemen (*Ebner* 2006).

Um Schmollers Wirkung im Diskursfeld der deutschen Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit nachvollziehen zu können, sollte zunächst die komplexe Binnendifferenzierung dieses Felds betont werden. So setzte sich ein Prozess paradigmatischer Umwälzungen fort, der sich bereits in den 1870er Jahren angekündigt hatte. Der entsprechende theoretische Rahmen reichte von Klassischer Politischer Ökonomie, über Marxismus, walrasianische bzw. marshallianische Neoklassik und Österreichische Schule bis hin zu historischen sowie kultursoziologischen Ansätzen. In methodologischer Hinsicht entsprach die Theorievielfalt einer Ausdifferenzierung von formal und quantitativ orientierten Diskussionen über einen historisch sensibilisierten Methodenpluralismus, bis hin zu sinnverstehenden, dezidiert geisteswissenschaftlichen Positionen. Schließlich fassten auch die politisch-normativen Haltungen das gesamte zeitgenössische Spektrum von sozialer Reform und sozialistischer Transformation über liberales Ordnungsdenken und sozial-

konservative Positionen bis hin zu korporatistisch-faschistischen Entwürfen. Das gemeinsame analytische Interesse am ökonomischen und sozialen Strukturwandel des Gegenwartskapitalismus blieb diskursbestimmend (Ebner 2022, S. 259).

Diese Zusammenhänge prägten auch die Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik in der Periode zwischen Schmollers Tod und der Selbstauflösung des Vereins unter Druck des nationalsozialistischen Regimes. Als langjähriger Vorsitzender konnte sich von 1917 bis 1929 der ehemalige Schmoller-Mitarbeiter und Lehrstuhl-Nachfolger Heinrich Herkner etablieren. Zwar wurde Herkner in zeitgenössischen Befunden zur Schmollerschen Tradition der Historischen Schule als deren letzter maßgeblicher Vertreter klassifiziert (Wilbrandt 1926, S. 73). Allerdings war Herkner durchaus um Anschlussfähigkeit an die nach-Schmollerschen Debatten um die Kritik ethischer Werturteile bemüht. In seiner oben erwähnten Gedächtnisrede hatte Herkner es darauf angelegt, Schmoller zu einer epochalen ideengeschichtlichen Figur zu überhöhen (Herkner 1919). Dass er ihn damit zugleich auf ein antiquarisches Podest gestellt hatte, wurde deutlich, als er Schmoller perspektivisch aus der Ökonomik auslagerte und stattdessen – rückblickend durchaus angemessen – der Soziologie zurechnete (Herkner 1922). Auf der 50. Jubiläumskonferenz des Vereins, 1922 in Eisenach, provozierte er dann mit einem überraschend deutlich an der „realistischen“ Sichtweise Webers und Sombarts ausgerichteten, Werturteile zur Verteilungsgerechtigkeit ablehnenden Vortrag zu den Effizienz- und Produktivitätskriterien der Sozialpolitik, was wiederum wütende Reaktionen seitens weiterhin an Schmoller orientierter Tagungsteilnehmer zur Folge hatte (Krohn 1981, S. 49 f.).

Werner Sombart war es anders als Max Weber vergönnt, die Zwischenkriegszeit hindurch wissenschaftlich aktiv zu bleiben – wobei er selbst ab 1931 für wenige Jahre dem Verein für Socialpolitik in seiner schwersten Phase der nationalsozialistischen Machtübernahme vorstand. Sombarts Vortrag auf der Stuttgarter Tagung 1924 diskutierte die „Idee des Klassenkampfs“, basierend auf der Neufassung seiner Monographie zu Sozialismus und sozialer Bewegung von 1896. Mit einer nun deutlicher zutage tretenden ethischen Kritik der marxistischen Klassenkampftheorie ließ er Anklänge an Schmoller erkennen. Rüstow, eigentlich ein versierter „Theoretiker“, lobte in der Debatte die religiöse Komponente in Sombarts Vortrag – womit er die eigene thematische Entwicklung vorwegnahm (Boese 1939, S. 184 f.).

Im dritten Band von *Der moderne Kapitalismus*, den Sombart dann als Synthese von Theorie und Geschichte im Marxschen Sinne vorstellte, befürworten erwerbsorientierter Rationalismus, privatwirtschaftlicher Wettbewerb und wissenschaftsbasierte technische Innovationen eine Selbsttransformation des „Spätkapitalismus“ in Richtung eines kollektivistischen Mischsystems

mit dominanten sozialistischen Komponenten (*Sombart* 1927). Dabei lässt sich konstatieren, dass Sombart die Fragestellungen Schmollers trotz methodologischer Differenzen weiterführte: Sorgen um die Fragmentierung der entstehenden Industriegesellschaft und Fragen nach ausgleichender gesellschaftlicher Integration standen weiterhin im Vordergrund (*Betz* 1993). Zudem betonte Sombart analog zu Max Weber die Notwendigkeit einer sinnverstehenden Wirtschaftsforschung, die sich am Verständnis des kulturell objektivierten Sinns kapitalistischer Entwicklung orientieren sollte: Schmoller wurde in diesem Zusammenhang allerdings in das Lager einer an naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit interessierten Nationalökonomie verbannt (*Sombart* 1930, S. 154). Sombart positionierte sich damit als Vertreter einer ökonomischen Tradition, die sich dezidiert als Teil der Geistes- und Kulturwissenschaften verstehen wollte (*Ebner* 2014).

Anhand von Sombarts politischen Stellungnahmen in den frühen 1930er Jahren zeigt sich der wohl deutlichste Bruch mit der Schmollerschen Perspektive auf sittliche Hebung und soziale Integration. Sombart übersetzte den Schock der Weltwirtschaftskrise in die Forderung nach sozialer Integration durch autoritäre Führung – wobei er jeweils bolschewistische, faschistische, und nationalistische Regimetypen als Antwort auf das Versagen liberaler Systeme anführte (*Sombart* 1932, S. 1; 1934). Insofern ist Sombart zuletzt dem intellektuellen Umfeld der „Konservativen Revolution“ um Carl Schmitt und Oswald Spengler zugerechnet worden (*Sieferle* 1995, S. 74 f.).

Neben Sombart konnte sich Arthur Spiethoff, vormals Schüler und Mitarbeiter Schmollers, nach dessen Ableben als weitere maßgebliche akademische Größe der „Jüngsten“ Historischen Schule etablieren. Mit seinen frühen Beiträgen zur Krisen- und Konjunkturproblematisierung galt er als Pionier der deutschen Konjunkturtheorie, der insbesondere auch Schumpeters Ansatz beeinflusste. Mit Bezug auch auf die institutionenvergleichenden Überlegungen Schmollers sollte sein explizit auf Sombarts Wirtschaftssystemen aufbauendes Konzept des Wirtschaftsstils als Grundgerüst eines nur für bestimmte Epochen – oder: Stile – gültigen Typs anschaulicher ökonomischer Theorie dienen (*Spiethoff* 1932, S. 76 f.). Spiethoff zufolge ging es Schmoller um diese Form historisch verankerter Theorie – auch wenn er diesen Anspruch selbst nicht einlösen konnte (*Spiethoff* 1938, S. 412 f.).

Deutlich ambivalenter gestaltete sich Joseph Schumpeters Verhältnis zu Schmollers wissenschaftlichem und politischem Erbe. Der deutlichste affirmative Bezug auf Schmoller findet sich in seinem programmatischen Aufsatz „Gustav Schmoller und die Probleme von heute“. Dort setzte sich Schumpeter, damals Deutschlands bedeutendster theoretischer Ökonom, überaus positiv mit Schmollers Forschungsprogramm auseinander, indem er die paradigmatischen Qualitäten von dessen Sichtweise institutionellen Wandels als

Beitrag zum Verständnis der komplexen Wirkungsmechanismen wirtschaftlicher Entwicklung herausstellte (*Schumpeter* 1926). Schließlich wurde Schmollers Wirkung auf Schumpeter implizit in einer von dessen letzten programmatischen Stellungnahmen deutlich, in welcher er qualitative Einzelstudien industriellen Wandels als Ausgangspunkt künftiger Entwicklungs- und Konjunkturforschung forderte (*Schumpeter* 1949, S. 314). Vor diesem Hintergrund ist von Yuichi Shionoya ein ideengeschichtlich rekonstruierter „Schmoller-Weber-Schumpeter-Nexus“ ausgemacht worden (*Shionoya* 1997, S. 278; 1991).

Dass der wirkungsmächtige Status Schmollers in den zwanziger und dreißiger Jahren nachhallte, zeigt sich auch anhand der frontalen Kritik, mit denen Ordoliberalen wie Walter Eucken, Hauptfigur der entstehenden Freiburger Schule, versuchten, eine eigenständige paradigmatische Profilierung durchzusetzen. Euckens Konzept überhistorisch angelegter, historisch rekombinierbarer Ordnungsformen war vor allem gegen das Konzept der Wirtschaftsstile gerichtet, während die Wettbewerbsordnung als zentraler Mechanismus sozialer Teilhabe und Integration gewertet wurde – ohne die ausgleichende Umverteilungslogik der Schmollerschen Sozialpolitik (*Eucken* 1938; 1940).

Allerdings gab es im Umfeld der Ordoliberalen auch Stimmen wie die von Alfred Müller-Armack, der sich zunächst auf Schumpeters entwicklungs-theoretische Überlegungen sowie auf die Historische Schule stützte, um mit einer Mischung aus Konjunkturforschung und historisch-sozialkultureller Analyse die „Entwicklungsgesetze des Kapitalismus“ zu ergründen. Das zeitgenössische politisch-ökonomische Geschehen interpretierte Müller-Armack als Ausdruck eines instabilen, bürokratisierten, „gebundenen“ Kapitalismus, der einer staatlich induzierten Erneuerung bedürfe (*Müller-Armack* 1932, S. 216 f.). Ähnlich wie Sombart folgte Müller-Armack dann kurzfristig der Argumentation einer Aufhebung gesellschaftlicher Konfliktlagen im Rahmen eines nationalen Staatssozialismus, der die integrativen Zielsetzungen der Schmollerschen Socialpolitik autoritär-diktatorisch einfasste (*Müller-Armack* 1933, S. 9 f.). Nach der nationalsozialistischen Gleichschaltung wendete sich Müller-Armack einem kulturoziologisch inspirierten Thema zu, nämlich der europäischen Geschichte, der er sich mit Bezug auf Weber und Sombart über das Konzept des Wirtschaftsstils annäherte, um die Bedingungen des soziokulturellen Zusammenhalts von Wirtschaftssystemen aufzuzeigen (*Müller-Armack* 1940, S. 48 f.). Wirtschaftsstile sollten historisch-empirisch die „Einheit des Ausdrucks und der Haltung“ eines bestimmten Volkes oder einer Nation in einer bestimmten historischen Periode spiegeln – als Einheit der Ausdrucksformen des wirtschaftlichen und soziokulturellen Lebens und der zugrundeliegenden Weltanschauungen (ebd., S. 57 f.).

Das in der Nachkriegszeit für eine wirtschaftliche Neuordnung konzipierte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft griff dann implizit Schmollersche Motive der Vermittlung von Marktwettbewerb und sozialem Ausgleich auf, allerdings ohne den bei Schmoller spürbaren etatistischen Beigeschmack. So sollte die Soziale Marktwirtschaft wettbewerbliche Effizienzvorteile und unternehmerische Dynamik eines kapitalistischen Marktsystems mit einer sozialverträglichen Einkommensverteilung und einer angemessenen fiskalischen Staatskapazität verbinden – eingebettet in eine tragfähige kulturelle Lebensordnung (*Müller-Armack* 1946, S. 105 f.). Der marktwirtschaftliche Ordnungskern mit selbstregulierendem Preissystem wäre dann marktkonform und sozialverträglich zu steuern (ebd., S. 109 f.).

Historisch gesehen stellte Müller-Armack die Soziale Marktwirtschaft als eine Rückbesinnung auf die ethischen Motive von Sozialpolitik und Sozialreform des 19. Jahrhunderts dar. Die „Versittlichung des Gesellschaftslebens“ sollte daher im Fokus stehen – ein weiterer deutlicher Hinweis auf die Schmollersche Färbung von Müller-Armacks Argumentation (*Müller-Armack* 1948, S. 176). Diesen integrativen Charakter der Sozialen Marktwirtschaft akzentuierte Müller-Armack mittels eines wertebasierten „sozial-irenischen“ Ansatzes, der religiös-weltanschauliche Konflikte versöhnen sollte. So wäre die katholische Gesellschaftsethik mit ihren Prinzipien von sozialem Ausgleich und Subsidiarität mit dem protestantischen Ethos von Unternehmertum und gemeinschaftlicher Kooperation sowie mit dem sozialistischen Anliegen sozialer Gerechtigkeit durch Umverteilung und den liberalen Prinzipien sozialen Fortschritts in individueller Freiheit zu kombinieren (*Müller-Armack* 1950, S. 564 f.).

Konkret wäre die Wettbewerbsordnung in einen institutionellen Rahmen einzubetten, der integrative und versöhnende Momente der Sozialpolitik mit gemeinsamen Normen und Werthaltungen verbindet (*Müller-Armack* 1952, S. 234 f.). Müller-Armacks „irenische Einheit“ der Sozialen Marktwirtschaft entsprach seiner europäischen „Stileinheit“: So konzipierte er die Soziale Marktwirtschaft als eigenen Wirtschaftsstil – und wandte sie tatsächlich auch auf die Konzeptionalisierung der europäischen Integration an (*Schefold* 1994; *Ebner* 2006). Dass Müller-Armack auch in seinen letzten Arbeiten noch auf Weber und Sombart als ideengeschichtliche Quellen der Sozialen Marktwirtschaft verwies, bestätigt den anhaltenden Einfluss der Historischen Schule und ihrer Ableger (*Müller-Armack* 1973, S. 246 f.).

Implizit wurde Schmollers ideeller Einfluss auch in den kultursoziologisch orientierten Arbeiten von Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow deutlich, die als Ordoliberalen der ersten Stunde ursprünglich zur Gruppe der gegen die Historische Schule antretenden „Theoretiker“ im Verein für Socialpolitik gehörten. Röpke griff die schon bei Schmoller gängigen Themen der Ver-

massung, Technisierung und Zentralisierung auf, um die Zivilisationskrise der Gegenwartsgesellschaften im Zweiten Weltkrieg nachzuzeichnen (*Röpke* 1942, S. 30 f.). Die These, dass Marktsysteme auf soziokulturellen Voraussetzungen ruhen, die in gemeinschaftlichen Moralvorstellungen verwurzelt sind, und die zugleich der politischen Unterstützung bedürfen, sollte in der westdeutschen Nachkriegszeit sein zentrales Thema bleiben – auch damit die Schmollersche Agenda weiterführend (*Röpke* 1958, S. 56 f.).

Ähnliche Positionen vertrat Alexander Rüstow, der in seinem Referat auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik 1932 die neu gefasste liberale Vorstellung vom starken Staat in einer monopolistisch vermachten Marktwirtschaft präsentierte (*Rüstow* 1932). Die spätere Hinwendung zur Kulturgeschichte variierte dieses Thema, indem der Kapitalismus als Entartung der Marktwirtschaft erschien, deren soziale Reintegration neu zu belebende moralische Grundlagen erfordern würde (*Rüstow* 1950). Die entsprechend konzipierte „Vitalpolitik“ bot Anklänge an die Schmollersche „Socialpolitik“, wobei jenseits von Bildung, Einkommensverteilung und Eigentum grundsätzlich die sittlichen Muster von Verantwortung und Teilhabe gestärkt werden sollten (*Rüstow* 1952). Auch an dieser Stelle war der Einfluss Schmollers offensichtlich.

Mit der Neuformierung des Vereins ab 1948 beschleunigten sich die bereits in den 1920er Jahren angedeutete Entwicklungen. Der Verein konzentrierte sich auf seine Rolle als professioneller Fachverband, während die Schmollersche Tradition der sozialpolitischen Reformagenda in den Hintergrund rückte, und schließlich ganz verschwand (*Schefold* 2023). Im Verein für Socialpolitik wurde Schmoller damit zu einer Größe antiquarischer Ideengeschichte, während die Volkswirtschaftslehre jenseits spezieller ideengeschichtlicher Zirkel keine weitere Notiz von ihm nahm. Erst seit den 1980er Jahren lässt sich mit dem Aufkommen institutionalistischer und evolutorischer Debatten in den Grenzbereichen der Ökonomik ein erneutes Interesse an Schmollers Werk und Wirken feststellen, das einen späten Triumph nach Jahrzehntelanger Geringschätzung anzudeuten scheint. Dieser als „Schmollerism“ oder „Schmoller-Renaissance“ bezeichnete Trend hält weiter an (*Schmidt* 2018; *Peukert* 2001). Maßgebliche Diskussionsfelder sind Wirtschaftstheorie (*Hutchison* 1988; *Schefold* 1989), Wirtschaftsgeschichte (*Kaufhold* 1989; *Plumpe* 1999), sozialökonomischer Wandel (*Backhaus* 1993; *Prisching* 1997), Kultur und Institutionen (*Priddat* 1995; *Nau* 2000; *Blümle/Goldschmidt* 2006), evolutorische Ökonomik (*Dopfer* 1988; *Ebner* 2000; *Hodgson* 2001), Wirtschaftssoziologie (*Shionoya* 2006; *Ebner* 2009) und internationale politische Ökonomie (*Rieter/Zweynert* 2006).

Dass mit dieser Wiederentdeckung Schmollers in jüngster Zeit auch neue Kritikpunkte offenbar geworden sind, gehört zum kritischen Umgang mit

dem historischen Material. Konkret geht es um Vorwürfe des Antisemitismus. Richtig ist, dass Schmoller in seinen Arbeiten durchgehend mit Kategorien wie Volk und Rasse arbeitete – insbesondere im Zusammenhang mit zeitgenössisch etablierten völkerpsychologischen Ausführungen. Zum Antisemiten macht ihn das nicht – im Unterschied zu Wagner, der sich etwa im Vorlauf der Vereinsgründung in antisemitischen Beleidigungen des liberalen Kontrahenten Oppenheim erging (*Hentschel* 1975, S. 205 f.). Über die Behandlung der Frankfurter Juden im 15. Jahrhundert wusste Schmoller von „Verachtung“ und „Unsittlichkeit“ zu berichten: Andauernde „Räubereien“ durch die öffentlichen Gewalten dienten ihm als Erklärung für relativ hohe Zinsforderungen bei der Darlehensvergabe (*Schmoller* 1860, S. 556). Schmollers bevölkerungspolitische These – „alle höhere Kultur, der heutige Bestand der höchststehenden Völker beruht auf Rassenmischung“ – war ebenfalls kaum dazu angetan, Antisemitismus zu munitionieren (*Schmoller* 1917, S. 5). Folgerichtig wurde Schmoller von Nationalsozialisten als Vertreter eines „Beamtenliberalismus“ geschmäht, der die erhoffte „volkssozialistische“ Entwicklung verhindert hätte (*Wittrock* 1939, S. 220). Dass sich Schmoller hinsichtlich der institutionellen Integration jüdischer Bevölkerungskreise für ein graduelles Vorgehen aussprach, mag bereits zeitgenössisch problematisch gewesen sein und wurde entsprechend kritisiert (*Grimmer-Solem* 2007, S. 158 f.). Es entsprach auch an diesem Punkt, sicherlich verfehlt, seinen paradigmatischen Vorstellungen eines Mittelwegs von Vermittlung und Anpassung in sozialen Konfliktlagen.

Literatur

- Backhaus, Jürgen G. (1989): Gustav von Schmoller and Social Economics*, in: *International Journal of Social Economics*, 16 (9–11), S. 6–16.
- Backhaus, Jürgen G. (1993): Gustav Schmoller and the Problems of Today*, in: *History of Economic Ideas*, 1, S. 3–25.
- Balabkins, Nicholas W. (1988): Not By Theory Alone... The Economics of Gustav von Schmoller and Its Legacy to America*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Betz, Horst K. (1993): Von Schmoller zu Sombart*, in: Jürgen G. Backhaus (Hrsg.), *Gustav von Schmoller und die Probleme von heute*, Berlin: Duncker & Humblot, S. 221–42.
- Blümle, Gerold/Goldschmidt, Nils (2006): Gustav Schmoller, His Heirs and the Foundation of Today's Social Policy*, in: *Schmollers Jahrbuch*, 126 (2), S. 197–224.
- Boese, Franz (1939): Geschichte des Vereins für Socialpolitik 1872–1932*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Brentano, Lujo (1871): Die Arbeitergilden der Gegenwart*, Bd. 1: Zur Geschichte der englischen Gewerkvereine, Leipzig: Duncker & Humblot.

- Brentano, Lujo* (1872): Die Arbeitergilden der Gegenwart, Bd. 2: Zur Kritik der englischen Gewerkvereine, Leipzig: Duncker & Humblot.
- Brentano, Lujo* (1923): Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte, Leipzig: Meiner.
- Bruch, Rüdiger vom* (1988): Gustav Schmoller. Zwischen Nationalökonomie und Geschichtswissenschaft, in: Notker Hammerstein (Hrsg.), Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900, Wiesbaden/Stuttgart: Franz Steiner, S. 219–38.
- Caldwell, Bruce* (2001): There Really Was a German Historical School of Economics. A Comment on Heath Pearson, in: History of Political Economy, 33 (3), S. 649–54.
- Dopfer, Kurt* (1988): How Historical is Schmoller's Economic Theory? in: Journal of Institutional and Theoretical Economics, 144 (4), S. 552–69.
- Ebner, Alexander* (2000): Schumpeter and the ‚Schmollerprogramm‘. Integrating Theory and History in the Analysis of Economic Development, in: Journal of Evolutionary Economics, 10 (1–2), S. 355–72.
- Ebner, Alexander* (2002): Nationalökonomie als Kapitalismustheorie. Sombarts Theorie kapitalistischer Entwicklung, in: Werner Sombart, Nationalökonomie als Kapitalismustheorie. Ausgewählte Schriften, herausgegeben von Alexander Ebner/ Helge Peukert, Marburg: Metropolis, S. 7–23.
- Ebner, Alexander* (2003): The Institutional Analysis of Entrepreneurship. Historist Aspects of Schumpeter's Development Theory, in: Jürgen G. Backhaus (Hrsg.), Joseph Alois Schumpeter. Entrepreneurship, Style and Vision, Boston: Kluwer, S. 117–39.
- Ebner, Alexander* (2006): The Intellectual Foundations of the Social Market Economy. Theory, Policy, and Implications for European Integration, in: Journal of Economic Studies, 33 (3), S. 206–23.
- Ebner, Alexander* (2009): Wirtschaftskulturforschung. Ein sozialökonomisches Forschungsprogramm, in: Volker Caspary (Hrsg.), Theorie und Geschichte der Wirtschaft. Festschrift für Bertram Schefold, Marburg: Metropolis, S. 121–46.
- Ebner, Alexander* (2014): Ökonomie als Geisteswissenschaft? Grundzüge der Erklären-Verstehen-Kontroverse in den deutschen Wirtschaftswissenschaften, in: Heinz Dieter Kurz (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, Bd. XXVIII, Berlin: Duncker & Humblot, S. 73–106.
- Ebner, Alexander* (2021): Kapitalistisches Unternehmertum im unternehmerischen Kapitalismus. Zur Aktualität von Max Webers Konzeption des Unternehmertums, in: Andrea Maurer (Hrsg.), Mit Leidenschaft und Augenmaß. Zur Aktualität von Max Weber, Frankfurt am Main: Campus, S. 173–227.
- Ebner, Alexander* (2022): Die deutsche Sozialökonomik der Zwischenkriegszeit. Auf dem Weg zu einer historischen Theorie des Kapitalismus? in: Karl Acham/Stephan Moebius (Hrsg.), Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum, Bd. 2, Wiesbaden: Springer VS, S. 255–96.

- Eucken, Walter (1938): Die Überwindung des Historismus, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, 62 (2), S. 191–214.*
- Eucken, Walter (1940): Die Grundlagen der Nationalökonomie, Jena: Gustav Fischer.*
- Gorges, Irmela (1980): Sozialforschung in Deutschland 1872–1914. Gesellschaftliche Einflüsse auf Themen- und Methodenwahl des Vereins für Socialpolitik, Königstein im Taunus: Anton Hain.*
- Gorges, Irmela (1986): Sozialforschung der Weimarer Republik 1918–1933. Gesellschaftliche Einflüsse auf Themen- und Methodenwahl des Vereins für Socialpolitik, der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und des Kölner Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main: Athenäum.*
- Grimmer-Solem, Erik (2003): The Rise of Historical Economics and Social Reform in Germany, 1864–1894, Oxford: Oxford University Press.*
- Grimmer-Solem, Erik (2007): „Every True Friend of the Fatherland“. Gustav Schmoller and the „Jewish Question“ 1916–1917, Leo Baeck Institute Year Book, 52 (1), S. 149–63.*
- Grimmer-Solem, Erik (2023): Der Verein für Socialpolitik von seinen Anfängen bis Ende des Ersten Weltkriegs – ein Überblick, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 24 (1), S. 5–13.*
- Gutmann, Gernot (1993): Gustav Schmoller und der Verein für Socialpolitik, in: Jürgen G. Backhaus (Hrsg.), Gustav Schmoller und die Probleme von heute, Berlin: Duncker & Humblot, S. 105–09.*
- Hansen, Reginald (1993): Gustav Schmoller und die Sozialpolitik von heute, in: Jürgen G. Backhaus (Hrsg.), Gustav Schmoller und die Probleme von heute, Berlin: Duncker & Humblot, S. 111–82.*
- Hentschel, Volker (1975): Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongreß 1858 bis 1885, Stuttgart: Ernst Klett.*
- Herkner, Heinrich (1919): Gedächtnisrede auf Gustav von Schmoller, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Regensburg am 15. und 16. September 1919, auf Grund der stenographischen Niederschrift hrsg. vom Vorstande, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 159, München/Leipzig: Duncker & Humblot 1920, S. 11–24.*
- Herkner, Heinrich (1922): Gustav Schmoller als Soziologe, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 118 (1), S. 1–8.*
- Herold, Jens (2019): Der junge Gustav Schmoller. Sozialwissenschaft und Liberal-konservatismus im 19. Jahrhundert, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.*
- Hesse, Jan-Otmar (2023): Zwischen ‚Urkatastrophe‘ und Neugründung. Der Verein für Socialpolitik 1919–1960, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 24 (1), S. 14–27.*
- Hirschman, Albert O. (1977): The Passions and the Interests. Political Arguments for Capitalism Before its Triumph, Princeton: Princeton University Press.*
- Hodgson, Geoffrey M. (2001): How Economics Forgot History. The Problem of Historical Specificity in Social Science, London: Routledge.*

- Hutchison, Terence W. (1988): Gustav Schmoller and the Problems of Today, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, 144 (3), S. 527–31.
- Janssen, Hauke (2000): Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren, Marburg: Metropolis.
- Kaufhold, Karl Heinrich (1989): Zurück zu Schmoller? Bemerkungen zu den historischen Aspekten der Wirtschaftswissenschaften, in: Michael Bock/Harald Homann/Pierangeli Schiera (Hrsg.), Gustav Schmoller heute. Die Entwicklung der Sozialwissenschaften in Deutschland und Italien, Berlin: Duncker & Humblot, S. 69–116.
- Köster, Roman (2011): Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Kreis, Winfried (1999): Die wirtschaftsethischen Anschauungen in der deutschen Ökonomie des 19. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung des Unternehmerbildes. Eine dogmengeschichtliche Untersuchung am Beispiel von Adam Müller und Gustav Schmoller, Berlin: Duncker & Humblot.
- Krohn, Claus-Dieter (1981): Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918–1933, Frankfurt am Main: Campus.
- Lindenlaub, Dieter (1967): Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich, vornehmlich vom Beginn des „Neuen Kurses“ bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1890–1914), Wiesbaden: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 52–53.
- Lövenich, Friedhelm (1989): „Unter Zurückdrängung der sozialrevolutionären Wühlerie ...“ – Gustav Schmollers Kathedersozialismus, in: Leviathan, 17 (4), S. 527–39.
- Müller-Armack, Alfred (1932): Entwicklungsgesetze des Kapitalismus. Ökonomische, geschichtstheoretische und soziologische Studien zur modernen Wirtschaftsverfassung, Berlin: Junker und Dünnhaupt.
- Müller-Armack, Alfred (1933): Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich, Berlin: Junker und Dünnhaupt.
- Müller-Armack, Alfred (1940): Genealogie der Wirtschaftsstile. Die geistesgeschichtlichen Ursprünge der Staats- und Wirtschaftsformen bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, in: Alfred Müller-Armack, Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform, 3. Aufl. Bern: Haupt 1981, S. 46–244.
- Müller-Armack, Alfred (1946): Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, in: Alfred Müller-Armack (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg i.Br.: Rombach 1966, S. 19–170.
- Müller-Armack, Alfred (1948): Die Wirtschaftsordnungen sozial gesehen, in: Alfred Müller-Armack (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg i.Br.: Rombach 1966, S. 171–99.

- Müller-Armack, Alfred* (1950): Soziale Irenik, in: Alfred Müller-Armack (Hrsg.), Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform, 3. Aufl. Bern: Haupt 1981, S. 559–78.
- Müller-Armack, Alfred* (1952): Stil und Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft, in: Alfred Müller-Armack (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg i. Br.: Rombach 1966, S. 231–42.
- Müller-Armack, Alfred* (1973): Die wissenschaftlichen Ursprünge der Sozialen Marktwirtschaft, in: Alfred Müller-Armack (Hrsg.), Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern: Haupt 1974, S. 244–51.
- Müssiggang, Albert* (1968): Die soziale Frage in der historischen Schule der deutschen Nationalökonomie, Tübingen: Mohr.
- Nau, Heino H.* (2000): Gustav Schmoller's Historic-Ethical Political Economy. Ethics, Politics and Economics in the Younger German Historical School, 1860–1917, in: European Journal of the History of Economic Thought, 7 (4), S. 507–31.
- Pankoke, Eckart* (1989): Historisches Verstehen und gesellschaftliche Verantwortung. Zur historisch-ethischen Schule Gustav Schmollers, in: Pierangelo Schiera/Friedrich Tenbruck (Hrsg.), Gustav Schmoller in seiner Zeit. Die Entstehung der Sozialwissenschaften in Deutschland und Italien, Berlin: Duncker & Humblot, S. 17–53.
- Pearson, Heath* (1999): Was There Really a German Historical School of Economics? in: History of Political Economy, 31 (3), S. 547–62.
- Peukert, Helge* (2001): The Schmoller-Renaissance, in: History of Political Economy, 33 (1), S. 71–116.
- Plessen, Marie-Louise* (1975): Die Wirksamkeit des Vereins für Socialpolitik von 1872–1890. Studien zum Katheder- und Staatssozialismus, Berlin: Duncker & Humblot.
- Plumpe, Werner* (1999): Gustav von Schmoller und der Institutionalismus. Zur Bedeutung der Historischen Schule der Nationalökonomie für die moderne Wirtschaftsgeschichtsschreibung, in: Geschichte und Gesellschaft, 25 (2), S. 252–75.
- Priddat, Birger P.* (1995): Die andere Ökonomie. Eine neue Einschätzung von Gustav Schmollers Versuch einer „ethisch-historischen“ Nationalökonomie im 19. Jahrhundert, Marburg: Metropolis.
- Prisching, Manfred* (1993): Schmollers Gesellschaftstheorie, in: Jürgen G. Backhaus (Hrsg.), Gustav von Schmoller und die Probleme von heute, Berlin: Duncker & Humblot, S. 185–219.
- Prisching, Manfred* (1997): Schmoller's Theory of Social Policy, in: Jürgen G. Backhaus (Hrsg.), Essays on Social Security and Taxation. Gustav von Schmoller and Adolph Wagner Reconsidered, Marburg: Metropolis, S. 203–16.
- Rieter, Heinz/Zweynert, Joachim* (2006): Gustav Schmoller and Globalisation, in: Schmollers Jahrbuch, 126 (2), S. 225–50.

- Ringer, Fritz K.* (1969): The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community, 1890–1933, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Röpke, Wilhelm* (1942): Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach/Zürich: Eugen Rentsch.
- Röpke, Wilhelm* (1958): Jenseits von Angebot und Nachfrage, Erlenbach/Zürich: Eugen Rentsch.
- Rüstow, Alexander* (1932): Freie Wirtschaft – starker Staat. Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus, in: Franz Boese (Hrsg.), Deutschland und die Weltkrise, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 187, München: Duncker & Humblot, S. 62–69.
- Rüstow, Alexander* (1950): Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik, Bd. 1: Ursprung der Herrschaft, Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch.
- Rüstow, Alexander* (1952): Der Mensch in der Wirtschaft. Umrisse einer Vitalpolitik, Frankfurt am Main: August Lutzeyer.
- Schefold, Bertram* (1989): Schmoller als Theoretiker, in: Jürgen G. Backhaus/Yuichi Shionoya/Bertram Schefold (Hrsg.), Gustav Schmollers Lebenswerk. Eine kritische Analyse aus modernder Sicht, Vademedicum zu einem Klassiker des historischen Denkens, Düsseldorf: Wirtschaft und Finanzen, S. 77–103.
- Schefold, Bertram* (1994): Nationalökonomie und Kulturwissenschaften. Das Konzept des Wirtschaftsstils, in: Knut Wolfgang Nörr/Bertram Schefold/Friedrich Tenbruck (Hrsg.), Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik. Zur Entwicklung von Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart: Franz Steiner, S. 215–42.
- Schefold, Bertram* (1996): The German Historical School and the Belief in Ethical Progress, in: F. Neil Brady (Hrsg.), Ethical Universals in International Business, Berlin: Springer, S. 173–96.
- Schefold, Bertram* (2023): Das sich wandelnde Selbstverständnis des Vereins für Socialpolitik im Spiegel seiner Jahrestagungen 1950 bis 2000, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, <https://doi.org/10.1515/pwp-2023-0004>.
- Schmidt, Karl-Heinz* (1997): Gustav Schmoller und die Entwicklung einer sozialpolitischen Schule in Deutschland, in: Erich Streissler (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, Bd. XVI, Berlin: Duncker & Humblot, S. 43–79.
- Schmidt, Karl-Heinz* (2006): Long-Term Views of the „Social Question“ in Germany during the 19th and 20th Century, in: Journal of Economic Studies, 33 (4), S. 269–83.
- Schmidt, Karl-Heinz* (2018): Gustav Schmoller’s Program and Its Valuation Today and Tomorrow, in: Jürgen G. Backhaus/Günther Chaloupek/Hans Frambach (Hrsg.), Gustav von Schmoller and Adolph Wagner. Legacy and Lessons for Civil Society and the State, Cham: Springer, S. 7–20.
- Schmoller, Gustav* (1860): Zur Geschichte der national-ökonomischen Ansichten in Deutschland während der Reformations-Periode, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 16 (3–4), S. 461–716.

- Schmoller, Gustav* (1863): Friedrich von Schillers ethischer und kulturgeschichtlicher Standpunkt, in: Gustav Schmoller, Zur Literaturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften, Leipzig: Duncker & Humblot 1888, S. 1–27.
- Schmoller, Gustav* (1864–1865): Johann Gottlieb Fichte. Eine Studie auf dem Gebiete der Ethik und der Nationalökonomie, in: Gustav Schmoller, Zur Literaturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften, Leipzig: Duncker & Humblot 1888, S. 29–101.
- Schmoller, Gustav* (1864a): Die Arbeiterfrage I, in: Preußische Jahrbücher, 14, S. 339–424.
- Schmoller, Gustav* (1864b): Die Arbeiterfrage II, in: Preußische Jahrbücher, 14, S. 523–47.
- Schmoller, Gustav* (1865): Die Arbeiterfrage III, in: Preußische Jahrbücher, 15, S. 32–63.
- Schmoller, Gustav* (1870): Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert. Statistische und nationalökonomische Untersuchungen, Halle: Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses.
- Schmoller, Gustav* (1872a): Rede zur Eröffnung der Besprechung über die sociale Frage in Eisenach am 6. October 1872, in: Verhandlungen der Eisenacher Versammlung zur Besprechung der socialen Frage am 6. und 7. Oktober 1872, herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, Leipzig: Duncker & Humblot 1873, S. 1–6.
- Schmoller, Gustav* (1872b): Referat über die Arbeitseinstellungen und Gewerkvereine, in: Verhandlungen der Eisenacher Versammlung zur Besprechung der socialen Frage am 6. und 7. Oktober 1872, herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, Leipzig: Duncker & Humblot 1873, S. 78–95.
- Schmoller, Gustav* (1874): Die sociale Frage und der preußische Staat, in: Gustav Schmoller, Zur Social- und Gewerbepolitik der Gegenwart. Reden und Aufsätze, Leipzig: Duncker & Humblot 1890, S. 37–63.
- Schmoller, Gustav* (1875): Ueber einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft. Ein offenes Sendschreiben an Herrn Professor Dr. Heinrich von Treitschke, Jena: Friedrich Mauke.
- Schmoller, Gustav* (1877a): Beitrag zur Debatte um den Deutsch-Österreichischen Handelsvertrag, in: Verhandlungen der fünften Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 8., 9. und 10. October 1877, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. XIV, Leipzig: Duncker & Humblot 1878, S. 146–49.
- Schmoller, Gustav* (1877b): Reform der Gewerbe-Ordnung, in: Verhandlungen der fünften Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 8., 9. und 10. October 1877, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. XIV, Leipzig: Duncker & Humblot 1878, S. 173–202.
- Schmoller, Gustav* (1879): Correferat über die Zolltarifvorlage, in: Verhandlungen der sechsten Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 21. und 22. April

1879 in Frankfurt am Main, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, *Schriften des Vereins für Socialpolitik*, Bd. XVI, Leipzig: Duncker & Humblot, S. 19–29.

Schmoller, Gustav (1881): Die Gerechtigkeit in der Volkswirtschaft, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 5 (1), S. 19–54.

Schmoller, Gustav (1884): Der Merkantilismus in seiner historischen Bedeutung. Städtische, territoriale und staatliche Wirtschaftspolitik, in: Gustav Schmoller, Umrisse und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte besonders des Preußischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert, Leipzig: Duncker & Humblot, S. 1–60.

*Schmoller, Gustav (1886a): Debattenbeitrag über die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Klassen in deutschen Großstädten, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 24. und 25. September 1886 in Frankfurt a. M., auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, *Schriften des Vereins für Socialpolitik*, Bd. XXXIII, Leipzig: Duncker & Humblot 1887, S. 18–21.*

*Schmoller, Gustav (1886b): Korreferat: Ueber innere Kolonisation mit Rücksicht auf die Erhaltung und Vermehrung des mittleren und kleineren ländlichen Grundbesitzes, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 24. und 25. September 1886 in Frankfurt am Main, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, *Schriften des Vereins für Socialpolitik*, Bd. XXXIII, Leipzig: Duncker & Humblot 1887, S. 90–101.*

*Schmoller, Gustav (1890a): Zur Eröffnung, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 26. und 27. September 1890 in Frankfurt am Main, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, *Schriften des Vereins für Socialpolitik*, Bd. XLVII, Leipzig: Duncker & Humblot, S. 1–5.*

*Schmoller, Gustav (1890b): Beitrag zur Debatte um die Reform der Landgemeindeordnung in Preußen, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 26. und 27. September 1890 in Frankfurt am Main, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, *Schriften des Vereins für Socialpolitik*, Bd. XLVII, Leipzig: Duncker & Humblot, S. 113–16.*

*Schmoller, Gustav (1890c): Beitrag zur Debatte um Arbeitseinstellungen und die Fortbildung des Arbeitsvertrags, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 26. und 27. September 1890 in Frankfurt am Main, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, *Schriften des Vereins für Socialpolitik*, Bd. XLVII, Leipzig: Duncker & Humblot, S. 201–08.*

Schmoller, Gustav (1893), Die Volkswirtschaft, die Volkswirtschaftslehre und ihre Methode, in: Gustav Schmoller, Über einige Grundfragen der Socialpolitik und der Volkswirtschaftslehre, Leipzig: Duncker & Humblot 1898, S. 213–14.

Schmoller, Gustav (1894): Beitrag zur Debatte um die wirtschaftlichen Kartelle, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 28. und 29. September 1894 in Wien, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. LXI, Leipzig: Duncker & Humblot 1895, S. 234–38.

Schmoller, Gustav (1897a): Wechselnde Theorien und feststehende Wahrheiten im Gebiete der Staats- und Socialwissenschaften und die heutige deutsche Volkswirtschaftslehre. Rede bei Antritt des Rektorats gehalten in der Aula der Königlichen Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin am 15. Oktober 1897, in: Gustav Schmoller, Über einige Grundfragen der Socialpolitik und der Volkswirtschaftslehre, Leipzig: Duncker & Humblot 1898, S. 317–43.

Schmoller, Gustav (1897b): Zur Eröffnung, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 23., 24. und 25. September 1897 in Köln am Rhein, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. LXXVI, Leipzig: Duncker & Humblot, 1898 S. 1–14.

Schmoller, Gustav (1899): Zur Eröffnung, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 25., 26. und 27. September 1899 in Breslau, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. LXXXVIII, Leipzig: Duncker & Humblot 1900, S. 1–9.

Schmoller, Gustav (1900a): Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Bd. 1, Berlin: Duncker & Humblot 1923.

Schmoller, Gustav (1900b): Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und die Flottenvorlage, Vortrag am 28. Januar 1900 in Straßburg, in: Gustav Schmoller, Zwanzig Jahre Deutscher Politik (1897–1917). Aufsätze und Vorträge, herausgegeben von Lucie Schmoller, München/Leipzig: Duncker & Humblot 1920, S. 1–20.

Schmoller, Gustav (1903): Rezension „Werner Sombart: Der moderne Kapitalismus“, in: Gustav Schmoller, Historisch-ethische Nationalökonomie als Kulturwissenschaft. Ausgewählte methodologische Schriften, herausgegeben von Heino H. Nau, Marburg: Metropolis 1998, S. 209–14.

Schmoller, Gustav (1904): Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Bd. 2, Berlin: Duncker und Humblot 1923.

Schmoller, Gustav (1905a): Das Verhältnis der Kartelle zum Staate, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik in Mannheim am 25., 26. und 27. September 1905, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 116, Leipzig: Duncker & Humblot 1906, S. 237–71.

Schmoller, Gustav (1905b): Schlußwort der Debatte über das Verhältnis der Kartelle zum Staate, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik in Mannheim am 25., 26. und 27. September 1905, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 116, Leipzig: Duncker & Humblot 1906, S. 418–31.

Schmoller, Gustav (1909): Zur Eröffnung, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 27., 28. und 29. September 1909 in Wien, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 132, Leipzig: Duncker & Humblot 1910, S. 1–13.

Schmoller, Gustav (1911a): Die Volkswirtschaft, die Volkswirtschaftslehre und ihre Methode, in: Gustav Schmoller, Historisch-ethische Nationalökonomie als Kulturwissenschaft. Ausgewählte methodologische Schriften, herausgegeben von Heino H. Nau, Marburg: Metropolis 1998, S. 215–368.

Schmoller, Gustav (1911b): Zur Eröffnung, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Nürnberg am 9. und 10. Oktober 1911, auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 138, Leipzig: Duncker & Humblot 1912, S. 1–5.

Schmoller, Gustav (1915): Der Weltkrieg und die deutsche Sozialdemokratie, in: Gustav Schmoller, Zwanzig Jahre Deutscher Politik (1897–1917). Aufsätze und Vorträge, herausgegeben von Lucie Schmoller, München/Leipzig: Duncker & Humblot 1920, S. 145–55.

Schmoller, Gustav (1917): Die heutige deutsche Judenfrage, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 41 (2), S. 563–67.

Schmoller, Gustav (1918): Die soziale Frage. Klassenbildung, Arbeiterschaft, Klassenkampf, Berlin: Duncker & Humblot.

Schumpeter, Joseph A. (1914): Epochen der Methoden- und Dogmengeschichte, in: Grundriß der Sozialökonomik, I. Abteilung: Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft, bearbeitet von Karl Bücher/Joseph A. Schumpeter/Friedrich Wieser, Tübingen: Mohr, S. 19–124.

Schumpeter, Joseph A. (1926): Gustav v. Schmoller und die Probleme von heute, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, 50 (1), S. 1–52.

Schumpeter, Joseph A. (1949): The Historical Approach to the Analysis of Business Cycles, Universities National Bureau Conference on Business Cycle Research, in: Richard V. Clemence (Hrsg.), Essays of J. A. Schumpeter, Cambridge, MA: Addison-Wesley 1951, S. 308–15.

Schumpeter, Joseph A. (1954): History of Economic Analysis, New York: Oxford University Press.

Shionoya, Yuichi (1991): Schumpeter on Schmoller and Weber. A Methodology of Economic Sociology, in: History of Political Economy, 23 (2), S. 193–219.

Shionoya, Yuichi (1997): Schumpeter and the Idea of Social Science. A Metatheoretical Study, Cambridge: Cambridge University Press.

Shionoya, Yuichi (2006): Schmoller and Modern Economic Sociology, in: Schmollers Jahrbuch, 126 (2), S. 177–95.

Sieferle, Rolf-Peter (1995): Die Konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen, Frankfurt am Main: Fischer.

- Sombart, Werner (1896): Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert, Jena: Gustav Fischer.*
- Sombart, Werner (1897): Ideale der Sozialpolitik, in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, 10, S. 1–48.*
- Sombart, Werner (1902): Der moderne Kapitalismus, 2 Bände, Leipzig: Duncker & Humblot.*
- Sombart, Werner (1913): Der Bourgeois. Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen, München/Leipzig: Duncker & Humblot.*
- Sombart, Werner (1916): Der moderne Kapitalismus: Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, 2 Bände, München/Leipzig: Duncker & Humblot.*
- Sombart, Werner (1927): Der moderne Kapitalismus, Bd. 3: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, München/Leipzig: Duncker & Humblot.*
- Sombart, Werner (1930): Die drei Nationalökonomien. Geschichte und System der Lehre von der Wirtschaft, München/Leipzig: Duncker & Humblot.*
- Sombart, Werner (1932): Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin: Buchholz und Weißwange.*
- Sombart, Werner (1934): Deutscher Sozialismus, Berlin: Buchholz und Weißwange.*
- Spiethoff, Arthur (1932): Die Allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie. Die Wirtschaftsstile, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, 56 (2), S. 51–84.*
- Spiethoff, Arthur (1938): Gustav Schmoller und die anschauliche Theorie der Volkswirtschaft, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, 62 (1), S. 16–35.*
- Wagner, Adolph (1893): Grundlegung der politischen Oekonomie, Erster Theil: Grundlagen der Volkswirthschaft, Zweiter Halbband, 3. Aufl., Leipzig: C. F. Wintersche Verlagsbuchhandlung.*
- Wagner, Adolph (1907): Theoretische Sozialökonomik – oder Allgemeine und theoretische Volkswirtschaftslehre. Grundriß tunlichst in prinzipieller Behandlungsweise, Bd. 1, Leipzig: C. F. Wintersche Buchhandlung.*
- Weber, Max (1895): Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, Akademische Antrittsrede, Freiburg im Breisgau/Leipzig: Mohr.*
- Weber, Max (1904a): Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 19 (1), S. 22–87.*
- Weber, Max (1904b): Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus I, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 20, S. 1–54.*
- Weber, Max (1905a): Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus II, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 21, S. 1–110.*
- Weber, Max (1905b): Debattenbeitrag zum Verhältnis der Kartelle zum Staate, in: Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik in Mannheim am 25., 26. und 27. September 1905, auf Grund der stenographischen Nie-*

- derschrift herausgegeben vom Ständigen Ausschuß, *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, Bd. 116, Leipzig: Duncker & Humblot 1906, S. 382–90.
- Wilbrandt*, Robert (1926): Das Ende der historisch-ethischen Schule, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 24 (1), S. 73–108.
- Winkel*, Harald (1989): Gustav Schmoller (1838–1917), in: Joachim Starbatty (Hrsg.), *Klassiker des ökonomischen Denkens*, Zweiter Band: Von Karl Marx bis John Maynard Keynes, München: C. H. Beck, S. 97–118.
- Wittrock*, Gerhard (1939): Die Kathedersozialisten bis zur Eisenacher Versammlung 1872, Berlin: Emil Ebering.

Frauen im Verein für Socialpolitik: Von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg

Von *Elisabeth Allgoewer*, Hamburg

I. Einleitung*

Die Geschichte des Vereins für Socialpolitik (VfS) seit den Gründungsvorbereitungen im Jahre 1872 wurde bereits aus verschiedenen Blickwinkeln und mit unterschiedlichen Zielen dargestellt und analysiert.¹ Vergleichsweise

* Gwendolin Neitzel und Kai Brüggemann danke ich für ihre Unterstützung bei den Recherchen zu dieser Arbeit. Heinz Rieter gilt mein besonderer Dank für viele Anregungen und Hinweise. Dem Herausgeber, Peter Spahn, danke ich für seine Geduld und die Bereitschaft, mir die Abgabe des Beitrags in allerletzter Minute zu ermöglichen. Dass er die Rohfassung meines Textes in mühsamer Arbeit in eine Druckvorlage verwandelte, war eine enorme Unterstützung, für die ich sehr dankbar bin. Die Verantwortung für alle verbliebenen Fehler liegt bei mir.

¹ Die Kontroversen über die Ausrichtung und die Anliegen des Vereins standen dabei häufig im Zentrum. Anlässlich der Jubiläumstagung in Eisenach 1922 erschien im Verhandlungsbund (Verein für Sozialpolitik 1923) „Vier Kapitel über den Verein für Sozialpolitik 1872–1922“. 1939 erschien als 188. Band und vorerst letzte Publikation der *Schriften des Vereins für Sozialpolitik* die von Franz Boese verfasste *Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932*. Das Interesse an einer erneuten Aufarbeitung der Vereinsgeschichte war nach der Neugründung des Vereins als „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ 1948 eher gering. Einige der Gründungsmitglieder kannten den „alten“ Verein noch aus eigener Erfahrung. Allerdings betonte der erste Vorsitzende *Gerhard Albrecht* (1949, S. 118), dass es gerade auch jüngere Ökonomen waren, die das Anliegen verfolgten, mit der Neugründung einer Fachgesellschaft an das Erbe des VfS anzuknüpfen. Aus den Findmitteln des Landesarchivs Nordrhein Westfalen geht hervor, dass in den 1960er Jahren vom Verein eine „Kommission zur Erstellung einer Dokumentation der Geschichte der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ tätig war und Dieter Lindenlaub Vorschläge „zu einer Dokumentation und Darstellung der Geschichte der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften für den Zeitraum 1936–1966/67“ vorlegte, ein Projekt, das anscheinend nicht umgesetzt wurde. Die von Lindenlaub 1965 an der Universität Köln vorgelegte und 1967 erschienene Dissertation *Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik* behandelt die wichtigen Wendepunkte in der Vereinsgeschichte zwischen 1890 und 1914. Beiträge zur Aufarbeitung der Geschichte des Vereins in einem breiteren Kontext stammen von *Rüdiger vom Bruch* (1980; 1985) und *Heino Heinrich Nau* (1996). In englischer Sprache erschienen *Harald Hagemann* (2001) und *Erik Grimmer-Solem* (2003).

wenig ist darin zur Geschichte der mit dem Verein verbundenen Frauen zu finden. Else Kesten-Conrad, die den Eintrag „Verein für Sozialpolitik“ für die dritte Auflage des *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* verfasste, hielt lediglich fest: „1901 nahm in München zum erstenmal auch eine Dame, die Vorsitzende des Münchener Vereins für Fraueninteressen, als Zuhörende an den Verhandlungen teil. 1903 in Hamburg bereits 11.“ (Kesten-Conrad 1911, S. 148). Franz Boese, der von 1911 bis zur Auflösung des Vereins 1936 als Schriftführer und damit als Mitglied des Vorstands gewirkt hatte, verfasste „Im Auftrage des Liquidationsausschusses“ eine *Geschichte des Vereins für Sozialpolitik*. Auf Frauen im Verein geht er nur an sehr wenigen Stellen ein. In einem Nebensatz erwähnt er den Redebeitrag von „Fräulein Dr. Marie Bernays“ zur Debatte über die Studie zu „Auslese und Anpassung der Industriearbeiterschaft“ und bezeichnet sie als „die Hauptmitarbeiterin an den dem Thema gewidmeten Vereinsschriften“ (Boese 1939, S. 143).²

Gemäß *Lindenlaub* (1967, S. 188, Fn. 160) wurde die Frage, ob Frauen angesichts der restriktiven Preußischen Vereinsgesetzgebung am VfS teilnehmen durften, „nie akut“, womit er Recht hat. Die Mitwirkung von Frauen in politischen Vereinen war in vielen Staaten, so auch in Preußen, verboten, bis 1908 eine Vereinheitlichung und Liberalisierung durch das (Reichs-)Vereinsgesetz erfolgte.³ In den bisher gesichteten Archivalien fand sich kein Hinweis auf eine Auseinandersetzung des VfS mit den Preußischen Behörden im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft und den jeweils zuständigen Polizeipräsidien bezüglich der Tagungsteilnahme von Frauen. *Lindenlaub* (1967, S. 360, Fn. 160) fährt an der gleichen Stelle fort: „Dr. Marie Bernays referierte in Nürnberg 1911, als das deutsche Vereinsgesetz (1908) erlassen war.“ Damit legt er nahe, dass vorher eine Mitwirkung von Frauen im VfS nicht möglich gewesen wäre.⁴ Wäre der VfS jedoch in Preußen als politischer Verein eingestuft worden, so wäre auch die Mitgliedschaft von Frauen vor 1908 nicht möglich gewesen. Dass ab dem Vereinsjahr 1895/96 Frauen in den Verein aufgenommen werden konnten, ist ein Hinweis darauf, dass der Verein spätestens zu diesem Zeitpunkt nicht (mehr) als politischer Verein wahrgenommen wurde. Die Entwicklung des Vereins hin zu einer wissenschaftlichen Vereinigung hatte ihren Ausgangspunkt auf der konfliktreichen Tagung zur Handelspolitik im Frühling 1879 in Frankfurt. Danach wurde auf den Generalversammlungen des Vereins nicht mehr über politische Stellung-

² Zudem erwähnt Boese (1939, S. 163) die Kooptation von Frauen in den Hauptausschuss 1919 (siehe unten im Abschnitt „Diskussion“).

³ „Das Reichsgesetz vom 19.4.1908 gewährleistet allen Reichsangehörigen – ohne Unterschied des Geschlechts – das Recht zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und in solchen Vereinen [...] tätig zu werden“ (Loening 1911, S. 165).

⁴ Hagemann (2001, S. 156) nimmt Lindenlaubs Argumentation auf.

nahmen abgestimmt und der Verein verabschiedete keine Thesenpapiere mehr (Hagemann 2001, S. 156–58).⁵

Zwischen der ersten Teilnahme und dem ersten Redebeitrag einer Frau an einer Jahrestagung des Vereins lagen zehn Jahre. 1919 wurden die ersten Frauen in den Hauptausschuss des Vereins kooptiert. Louise Sommer wurde in einen der nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten thematischen Ausschüsse des Vereins aufgenommen, nämlich in den 1921 gegründeten Unterausschuss für Finanzwissenschaft (Hagemann 2002, S. 692). Walpurga Röding war 1971–74 als „Schriftführer“ die erste Frau im Vorstand (seit 1948: Engerer Vorstand. Verein für Socialpolitik 2000, S. 366).⁶ Monika Schnitzer war 2015 bis 2016 die erste Frau, die den Vorsitz inne hatte. Mit Uschi Backes-Gellner (stellvertretende Vorsitzende) und Claudia M. Buch (Schatzmeisterin) waren das Erste Mal drei Frauen im Engeren Vorstand, seither waren es jeweils zwei. In der Amtszeit 2023–24 ist mit Regina Riphahn wieder eine Frau Vorsitzende.

Um einen systematischen Überblick über die Geschichte der dem VfS verbundenen Frauen zu erarbeiten, wurden die im Geheimen Preußischen Staatsarchiv verfügbaren Quellen, insbesondere die Mitgliederlisten, ausgewertet. Darüber hinaus stützt sich dieser Beitrag auf die systematische Durchsicht gedruckter Quellen. Die Inhaltsverzeichnisse der *Schriften des Vereins für Socialpolitik*, in denen die vom Hauptausschuss beschlossenen Vorbereitungsbände zu den Tagungsthemen erschienen, wurden nach Mitarbeiterinnen durchgesehen. Zudem wurden die Publikationen zu den Jahrestagungen zwischen 1901 und 1911 ausgewertet, die Duncker und Humblot unter dem Titel *Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik* publizierte. Während alle Bände Rednerlisten enthalten, sind nur bis einschließlich 1907 die Namen der Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer aufgeführt. In den späteren Bänden finden sich teilweise Mitgliederlisten.⁷

Die folgenden Abschnitte sind den Ergebnissen dieser Auswertung für die Zeit zwischen 1895, als die ersten Frauen Mitglieder wurden, und dem Ersten Weltkrieg gewidmet. Präsentiert werden Übersichten über die weiblichen Mitglieder, die Teilnehmerinnen an den Tagungen und über Frauen, die zu den Vorbereitungsbänden beitrugen, d. h. an den wissenschaftlichen Studien

⁵ Kesten-Conrad (1911, S. 147) bezeichnet diese Entwicklung des VfS als die „zweite Epoche seines Daseins“.

⁶ Dr. Irma Kuhr (1910–?) war vermutlich die erste Frau, die Aufgaben der Geschäftsführung nach 1948 wahrmahm. Mein herzlicher Dank geht an die derzeitige Geschäftsführerin Dr. Karolin von Normann für diesen Hinweis.

⁷ Zudem sind in einigen Bänden die Protokolle der jeweiligen Hauptversammlung abgedruckt, die Aufschluss über die gewählten und kooptierten Mitglieder des Hauptausschusses geben.

im Auftrag des Vereins mitwirkten. Dabei kommen mehrere Frauen zur Sprache, deren Biographien und wissenschaftlichen Werke in anderen Kontexten gründlich aufgearbeitet sind (siehe Literaturhinweise dort). Für andere Frauen, die mit dem VfS verbunden waren, konnten (bisher) zum Teil nicht einmal biographische Eckdaten gefunden werden. Der hier betrachtete Zeitraum, der mit dem Beitritt der ersten Frauen 1895 beginnt und dem Ersten Weltkrieg endet, ist die Phase, in der sich – im Fadenkreuz von Sozialer Reformbewegung und Frauenbewegung – viele Frauen der Nationalökonomie zuwandten und eine Reihe prominenter Professoren des Faches deren Forschungen betreuten und Publikationen in ihren Schriftenreihen ermöglichten. Weshalb dies im VfS so wenig sichtbar wurde, bzw. nur ein so geringes Echo fand, wird in Abschnitt „VI. Diskussion“ beleuchtet und der weitere Forschungsbedarf skizziert.

II. Das Interesse von Frauen an der Nationalökonomie im Umfeld von Sozialreform und Sozialpolitik und den nationalökonomischen (Weiter-)Bildungsangeboten

Im Kontext der sozialpolitischen Aufbruchsstimmung, die sich nach der Aufhebung der Sozialistengesetze verbreitete, wurde im Jahre 1890 der Evangelisch-Soziale Kongress (ESK) gegründet.⁸ Die Initiative zur Gründung der Gesellschaft für Soziale Reform (GfSR) im Jahre 1901 entstand hingegen im Kontext der „sozialpolitischen Reaktion (1894–1899)“ und den mit zunehmender Schärfe in der Öffentlichkeit ausgetragenen Konflikten um die Wünschbarkeit und Ausrichtung der Sozialpolitik. In dieser Phase kamen auch viele der Kathedersozialisten, die im bereits seit 1872/73 bestehenden VfS organisiert waren, unter Druck.⁹ Den drei Vereinen war das Ziel gemeinsam, gesellschaftliche Kräfte zu sammeln, die einen Beitrag zur Lösung der sozialen Fragen leisten wollten. Sowohl an der Gründung des ESK als auch der GfSR wirkten Männer mit, die bereits im VfS aktiv waren, sodass es

⁸ Das Fadenkreuz von Sozialreform, Frauenbewegung und Nationalökonomie/Sozialwissenschaften beschrieb *Schöck-Quinteros* (1996, S. 84). *Ryan* (2006), *Ryan van Zee* (2009) und *Keller* (2018) analysieren es eingehend. Zur Frauenbewegung als Bildungsbewegung siehe *Schaser* (2006) und mit Blick auf die Nationalökonomie ein Überblick bei *Allgoewer/Lampalzer* (2018). Auch die Gründung des Volksvereins für das katholische Deutschland im Jahr 1890, mit dem das Zentrum „sein sozialpolitisches Profil [...] verstärkte“, steht in diesem Kontext (*Baumann* 1992, S. 79).

⁹ Einen Überblick über die Bürgerliche Sozialreformbewegung gibt *Bruch* (1985). Zu den Gründungskontexten und der Geschichte der einzelnen Organisationen siehe *Lindenlaub* (1967) für den VfS, *Baumann* (1992) für den ESK und die Frauengruppe im ESK und *Ratz* (1980) für die GfSR. Die Formulierung „sozialpolitische Reaktion (1894–1899)“ habe ich von *Lindenlaub* (1967, S. 53) übernommen.

zwischen den drei Vereinigungen personelle Überschneidungen gab.¹⁰ Daneben überlappten sich auch die Ausrichtungen der jeweiligen Vereinsarbeit, die die Aufarbeitung der sozialen Frage und deren Lösung umfasste. Verortet man die drei Vereine in einem Spektrum, dann war der VfS ab den 1880er Jahren der am deutlichsten auf die wissenschaftliche Aufarbeitung ausgerichtete Verein, die GfSR die am stärksten auf die politische Durchsetzung praktischer Reformvorschläge ausgerichtete Organisation. Der ESK nahm diesbezüglich eine Zwischenstellung ein.¹¹ Allen drei Organisationen war gemeinsam, dass sie die Schaffung und Verbreitung von Erkenntnissen z. B. durch Vereinspublikationen und die (Weiter-)Bildung entsprechender Akteure als einen wichtigen Beitrag zur Lösung der sozialen Frage ansahen.

Die konfessionellen Vereine der Sozialreform (d. h. Volksverein und EKS) boten in den Jahren 1892 und 1893 erstmals Kurse zur Sozialreform an, die sich u. a. an Geistliche, aber auch an Vertreter der christlichen Gewerkschaften bzw. Gewerkvereine richteten und sie auf die Thematik einschwören sollten.¹² Die vom ESK in Berlin vom 10.–20.10.1893 angebotenen „Evangelisch-sozialen Kurse“ hatten demgegenüber einen „akademischen Charakter“. Sie sollten der „Schulung“ und nicht der „Propaganda“ dienen und „den vollen Umfang der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur Anschauung [...] bringen und darauf hinzuwirken suchen, daß die Probleme überhaupt in ihrer Tragweite richtig erkannt und die praktischen Fragen richtig gestellt werden“. Max Weber, an der Berliner Universität für Handelsrecht und Römisches Recht gerade frisch habilitiert, spielte in der Konzeption der Kurse eine zentrale Rolle und deckte selbst zwei Themengebiete des Programms ab. Außerdem referierten z. B. Ludwig Elster (Professor in Breslau), Adolph Wagner (Professor in Berlin) und Karl Oldenberg (Privatdozent an der Berliner Universität und Mitarbeiter von Schmoller). Bereits an diesen Kursen nahm eine Reihe von Frauen teil.¹³

¹⁰ Die in der Berliner Frauenbewegung aktiven Frauen beobachteten die Gründung des ESK und der GfSR aufmerksam. Ihre Bemühungen um eine aktive Rolle der Frauen bzw. der Organisationen der Frauenbewegung in diesen Vereinen werden im Abschnitt „VI. Diskussion“ aufgegriffen.

¹¹ Die GfSR als deutsche Sektion der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz formierte sich explizit als politischer Verein (*Lindenlaub* 1967, S. 359 f.). Frauen konnten vorerst keine Mitglieder werden, genauso wenig wie die Frauenorganisationen, die sich um eine korporative Mitgliedschaft bemühten.

¹² Siehe dazu und zum Folgenden, inkl. der wörtlichen Zitate: Max Weber-Gesamtausgabe (1993), digital, „Editorischer Bericht“ [229] <https://mwg-digital.badw.de/die-evangelisch-sozialen-kurse/editorischer-bericht/> und „Die Evangelisch-sozialen Kurse in Berlin im Herbst dieses Jahres“ [233][A 766] <https://mwg-digital.badw.de/die-evangelisch-sozialen-kurse/>.

¹³ Fragen rund um die Gründung einer Frauengruppe des ESK wurden am Rande der Kurse besprochen (*Keller* 2018, S. 55).

Vom 30.9.–12.10.1895 führte der VfS in Berlin „nationalökonomische und sozialpolitische Ferienkurse“ durch, an denen 12 namhafte Professoren jeweils einen Tag lang vortrugen und Fragen der Teilnehmenden diskutierten, darunter Lujo Brentano (München), Georg Friedrich Knapp (Straßburg), Karl Bücher (Leipzig) und aus Berlin Gustav Schmoller, Max Sering und Adolph Wagner.¹⁴ Die Veranstalter hatten sich „jüngere Beamte, Geistliche, Lehrer, Ärzte, Journalisten, Techniker, Kaufleute, Landwirte, Gewerbetreibende, sowie diejenigen Arbeiter, die schon etwas mit dem Gegenstande vertraut sind“ als Teilnehmer vorgestellt (*Bücher* 1912, S. 272). Das Teilnehmerverzeichnis war mit 791 Einträgen unerwartet umfangreich, wobei die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu fast zwei Dritteln aus Berlin stammten. *Bücher* (1912, S. 273) kommentiert das so: „In der Tat gehörte es damals zum guten Ton in Berlin, zu den Sozialpolitikern zu gehen. Darum waren nicht weniger als 168 Personen weiblichen Geschlechts, darunter 17 Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen und 4 Schriftstellerinnen.“ Damit waren über 21 Prozent der Teilnehmenden Frauen, was das große Interesse der Frauen an nationalökonomischen und sozialpolitischen Themen dokumentiert.¹⁵ Bücher zitiert aus dem abschließenden Urteil eines Teilnehmers, „der übrigens selbst Professor war“, unter anderem dessen Einschätzung, dass die präsentierte Themenvielfalt die Hörerinnen und Hörer wahrscheinlich überforderte:

„Wohl aber liegt die Gefahr nahe, daß manche Hörer zu einer bedenklichen Selbstüberhebung verleitet werden, trotzdem sie von dem vielen Dargebotenen nur einiges behalten und noch weniger wirklich verstanden haben. Auch über die Zulassung der Frauen läßt sich streiten. Insbesondere würde eine zahlreichere Teilnahme des weiblichen Elementes leicht die Tendenz haben, das geistige Niveau der Vorträge zu drücken.“ (ebd., S. 276)¹⁶

Die wörtlichen Zitate aus Büchers Bericht vermitteln eine herablassende Einstellung den teilnehmenden Frauen gegenüber. Vermutlich spiegeln sie auch die Haltung vieler Professoren und Teilnehmer wider, denen die Frauen

¹⁴ *Karl Bücher* (1912, S. 269–96) berichtet ausführlich über diese Kurse. Die hierzu wiedergegebenen Informationen und wörtlichen Zitate stammen aus seinem Bericht. Siehe auch *Lindenlaub* (1967, S. 30) zum Kontext, in dem diese und vergleichbare Kurse an anderen Standorten stattfanden.

¹⁵ Auch *Boese* (1939, S. 78 f.) erwähnt den „Ferienkurs“. Bezuglich der Teilnehmer hebt er lediglich hervor, dass viele „jüngere Nationalökonomen, die später bekannte akademische Lehrer wurden oder sonst im sozialreformerischen Schrifttum sich einen Namen machten“ unter den Teilnehmern waren. Zudem erwähnt er, dass der Kurs dem Verein „einen erstaunlichen finanziellen Erfolg“ brachte.

¹⁶ *Bücher* (1912, S. 277–96) berichtet darüber hinaus, dass die Berliner Fortbildungskurse zur Gründung von Vereinen und Gesellschaften an verschiedenen Standorten in Deutschland führten, die Fortbildungskurse anboten. Die klarer als „berufliche“ Fortbildung gestalteten Kurse zogen nach den von Bücher präsentierten Zahlen kaum noch Frauen an.

in den Weiterbildungskursen und an der Universität begegneten.¹⁷ Es gab aber auch Professoren und Privatdozenten, die die Anliegen der Frauenbewegung ernst nahmen und als Hochschullehrer Frauen gezielt förderten.¹⁸ Ob sie dies aus innerer Überzeugung (z.B. mit Blick auf intellektuelle Fähigkeiten oder berechtigte Ansprüche) taten oder nur, weil sie die „Zeiterfordernisse“ erkannten, spielt im Kontext unserer Fragestellung keine Rolle.¹⁹

Zum Zeitpunkt der Durchführung der „nationalökonomischen und sozialpolitischen Ferienkurse“ hatten bereits einige der in den verschiedenen Netzwerken der Frauenbewegung aktiven Frauen in Zürich und London Nationalökonomie studiert. Andere hatten eigenständig Studienreisen unternommen und Forschungsprojekte z.B. nach dem Vorbild der Forschungen Beatrice Webbs umgesetzt.²⁰ Die Ergebnisse wurden publiziert, teilweise in den einschlägigen Fachzeitschriften bzw. Schriftenreihen. Darauf nahm *Heinrich Herkner* (1899, S. 3) in seiner Zürcher Antrittsvorlesung Bezug:

¹⁷ Eine Vielzahl zeitgenössischer Argumente für und wider das Frauenstudium findet sich in *Kirchhoff* (1897).

¹⁸ *Keller* (2018, S. 9) nennt Heinrich Herkner, Gustav Schmoller, Lujo Brentano, Max Sering und Robert Wilbrandt „als Förderer des sozialwissenschaftlichen Frauenstudiums“. Einige der Frauen, die bei ihnen studierten und promovierten werden in den folgenden Abschnitten vorgestellt.

¹⁹ Die Formulierung lehnt sich an *Helene Simon* an. Sie porträtierte 1914 „Schmoller als Lehrer“ für die Berliner Wochenschrift *Die Zukunft*. Zwei Absätze widmete sie „seiner Stellung zum Frauenstudium“ (1914, S. 124 f.). Sie beschrieb die Unterstützung, die sie selbst und z.B. Gnauck-Kühne von ihm erhalten hatten und attestierte „einem Mann seiner Generation bewundernswerte Hilfsbereitschaft“. Diese „kam sicher nicht aus einer Vorliebe für das Frauenstudium, sondern war durch ein feines Gehör für Zeiterfordernisse erwirkt.“ Sie geht auch darauf ein, wie er mit dem von den Studenten durch „Gescharre“, „Getrampel“ und „zornige Zurufe“ zum Ausdruck gebrachten Protest gegen die studierenden Frauen umging. „Schmoller übertönt den Lärm. Den überlegen lächelnden Blick in die Menge gehobt, wiederholt der Bändiger die Anredeworte“, nämlich „Meine Damen und Herren“, „bis zum völligen Verstummen des Aufstandes; schleudert sie nochmals in die erzielte lautlose Stille ...“ (*ebd.*).

²⁰ *Beatrice Potter Webb* (1858–1943) war an dem groß angelegten Survey „Life and Labour of the People of London“ von Charles Booth beteiligt und hatte dazu veröffentlicht. Ihre im Original 1891 erschienene Studie *Die britische Genossenschaftsbewegung* wurde 1893 in deutscher Übersetzung publiziert. Lujo Brentano wirkte als Herausgeber und Gustav Schmoller besprach die Arbeit im selben Jahr in einem 20-seitigen Beitrag, der in seinem *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich* erschien. Nicht zuletzt die ausgesprochen positive Rezeption ihrer Arbeiten durch einflussreiche Vertreter der deutschsprachigen Nationalökonomie – auch Herkner (1899) erwähnte Beatrice Potter Webb mehrfach – trug dazu bei, dass viele sozialwissenschaftliche Forschungsarbeiten sich in den Folgejahren an ihrem Vorbild orientierten. Zu Webbs Biographie und ihrem Werk siehe *Henderson* (2000).

„Jedem, der für die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Literatur einiges Interesse empfindet, muss die Thatsache aufgefallen sein, dass neuerdings auch Frauen nationalökonomische Studien [...] betreiben. Man trifft ihre Arbeiten nicht nur in der Tagespresse oder in den Organen der Frauenbewegung an, nein, selbst die Redaktionen der vornehmsten gelehrten Fachzeitschriften in Deutschland, z. B. der Schmoller'schen²¹ und der Conrad'schen Jahrbücher²² sowie des Braun'schen Archivs²³, haben Frauen in den Kreis ihrer Mitarbeiter aufgenommen.“

Herkner nahm in den Folgejahren, auch nach seinem Wechsel nach Berlin, Frauen in seine Seminare auf und betreute ihre Doktorarbeiten.²⁴

Mit den Zitaten von Bücher und Herkner kamen – ohne Anspruch auf Repräsentativität – zwei Mitglieder des VfS zur Sprache, die dem Interesse von Frauen an der Nationalökonomie sehr unterschiedlich begegneten. Um einen Eindruck davon zu gewinnen, wie Frauen selbst den Verein wahrnahmen, wie sie die Stimmung in den Kursen erlebten und welche Schlüsse sie daraus für eine Mitwirkung im Verein zogen, müssten autobiographische Schriften, Briefwechsel etc. analysiert werden, ein Unterfangen, das den Rahmen der aktuellen Arbeit gesprengt hätte.²⁵ In der ausgewerteten Sekundärliteratur finden sich keine Hinweise, wie der VfS als Ganzes, die Atmosphäre im Verein etc. durch die Frauen beurteilt wurden. Anhaltspunkte dazu werden im Folgenden an geeigneten Stellen aufgegriffen.

²¹ *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*.

²² *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*.

²³ *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik*, ab 1904 *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*.

²⁴ Zu Herknerns Promovendinnen gehörte Else Conrad (später Else Kesten-Conrad), die 1906 in Zürich promovierte. Ihre Doktorarbeit *Der Verein für Sozialpolitik und seine Wirksamkeit auf dem Gebiet der gewerblichen Arbeiterfrage* erschien bei Fischer in Jena. Charlotte Leubuscher (1888–1961) war die erste Frau, die 1913 nach Herknerns Wechsel an die Berliner Universität bei ihm promovierte, sie wurde 1922 in den Hauptausschuss des VfS kooptiert. Zu ihrer Biographie siehe Wobbe (1999). Eine weitere, später prominente Promovendin war Antonie (Toni) Stolper (1890–1988), die ab 1921 mit Gustav Stolper, dem Herausgeber des *Deutschen Volkswirt* verheiratet war. Sie wurde 1917 unter ihrem Mädchennamen Tony Kassowitz mit ihrer Arbeit *Die neueren handelspolitischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und den Balkan-Ländern bis zum Ausbruch des Weltkrieges* promoviert, Gutachter waren Herkner und Sering (Rieter 1998, S. 100).

²⁵ Siehe Rieter (2009, S. 117–33) zur Diskussion über den Wert der Einbeziehung von biographischen und autobiographischen Schriften (auch) für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften. Seine Zusammenstellung von Biographien und Memoiren von Ökonominnen und Ökonomen enthält über 850 Einträge.

III. Frauen als Mitglieder des Vereins für Socialpolitik

Im Mitgliederverzeichnis des VfS sind für das Vereinsjahr 1895/96 drei Frauen verzeichnet, nämlich Elisabeth Gnauck-Kühne, Gertrud Dyrhrenfurth und Margarethe Friedenthal.²⁶ Zum Wintersemester 1895 wurden die beiden erstgenannten Frauen als Gasthörerinnen an der Berliner Universität zugelassen und konnten sich – mit Zustimmung der jeweiligen Professoren und Privatdozenten – in Vorlesungen und Seminare einschreiben. „Die ersten weiblichen Mitglieder des Berliner Staatswissenschaftlichen Seminars waren bereits in reiferen Jahren“, als sie das Studium aufnahmen (*Altmann-Gottheiner* 1931, S. 214 f.). Sie waren, als sie sich um die Immatrikulation bemühten, bereits angesehene und öffentlich bekannte Vertreterinnen der Frauenbewegung und in verschiedenen Kontexten der sozialen Reformbewegung aktiv. Das Studium sollte ihrer Weiterbildung dienen. Sie verließen die Universität ohne formalen Abschluss.²⁷

Gnauck-Kühne (1850–1917) hatte 1891 mit der Schrift *Das Universitätsstudium der Frauen. Ein Beitrag zur Frauenfrage* öffentliche Aufmerksamkeit erlangt.²⁸ Sie reagierte mit ihrer 60-seitigen Schrift auf die Entscheidung des Reichstags in seiner Sitzung am 12. März 1891, die „Bittschriften deutscher Frauen [...], welche eine Zulassung zum Universitätsstudium, zur ärztlichen Praxis und zum wissenschaftlichen Lehrberufe fordern“ abzulehnen (*Gnauck-Kühne* 1891, S. 1). Mit dieser Schrift gewann Gnauck-Kühne Schmollers Aufmerksamkeit, wie sie in einer anlässlich ihres 60. Geburtstags verfassten biografischen Notiz festhielt. Nach ihrer eigenen Auskunft setzte sie seither ihre „Studien unter Schmollers Direktive“ fort (*Simon* 1928,

²⁶ Die Mitgliederverzeichnisse wurden beginnend mit dem Vereinsjahr 1890/91 auf Frauennamen durchgesehen.

²⁷ Dies gilt auch für Helene Simon (1862–1947), die nach ihrem Studium an der London School of Economics and Political Science 1895–96 ab 1897 als Gasthörerin an der Berliner Universität eingeschrieben war. Ihre Studienzeit überschnitt sich mit denjenigen von Gnauck-Kühne und Dyrhrenfurth. Die drei „Pionierinnen“ blieben auch darüber hinaus freundschaftlich verbunden. Allen dreien gelang es, auch ohne Promotion, umfangreich wissenschaftlich zu arbeiten und zu publizieren. Sie waren als wissenschaftlich gebildete Expertinnen um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert gefragte Rednerinnen und Autorinnen. In Anerkennung ihrer wissenschaftlichen Leistungen erhielt Dyrhrenfurth 1921 den Ehrendoktortitel der Tübinger Universität (*Eberl/Marcon* 1984, S. 582 f.). Helene Simon wurde 1922 die Ehrendoktorwürde der Universität Heidelberg verliehen (*Friedländer* 1962, S. 39).

²⁸ Zu Gnauck-Kühnes Leben und Werk siehe *Keller* (2018, S. 44–125) und *Allgoewer/Schaser* (2018). Gnauck-Kühne hatte Helene Simon als Biographin eingesetzt. Simon publizierte 1928 und 1929 auch anhand des Nachlasses eine zweiteilige Biographie, in der sich viele wörtliche Zitate aus Briefwechseln etc. finden.

S. 9).²⁹ Am 15. November 1895 erteilte das Universitätskuratorium Gnauck-Kühne – vorbehaltlich der Prüfung aller sonstigen Erfordernisse, insbesondere der „genügenden Vorbildung“ und des „Einverständnisses des betroffenen Lehrers“ – die Zulassung zu Schmollers Vorlesungen über praktische Nationalökonomie (Archiv des Katholischen Deutschen Frauenbunds, Nachlass Gnauck-Kühne, 1–105–2). Gnauck-Kühne schrieb sich im Wintersemester 1895 erstmals ein und besuchte über mehrere Semester Vorlesungen und Seminare. 1896 erschien ihre Studie über „Die Lage der Arbeiterinnen in der Berliner Papierwarenindustrie“ in Schmollers Jahrbuch.

Gertrud Dyhrenfurth (1862–1945) konnte zum Zeitpunkt der Zulassung an der Berliner Universität bereits wissenschaftliche Publikationen vorweisen, nämlich die 1894 im *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik* veröffentlichte Arbeit „Die gewerkschaftliche Bewegung unter den englischen Arbeiterinnen“, 1895 erschien im *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich* „Ein Blick in die gewerkschaftliche Bewegung der englischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Eine Reisestudie“. Beide Arbeiten waren das Ergebnis einer sorgfältig vorbereiteten Studienreise in die Zentren der Textilindustrie, die Dyhrenfurth im Juni und Juli 1894 durchführte. Sie traf dabei unter anderen auch Beatrice und Sidney Webb (Keller 2018, S. 134). In den *Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik* erschienen 1895 und 1896 zwei kürzere Berichte.³⁰

Gnauck-Kühne und Dyhrenfurth kannten sich zum Zeitpunkt der Immatrikulation bereits gut. Sie hatten sich vermutlich in den Kreisen um Schmoller kennengelernt. Beide waren in den Organisationen der Berliner Frauenbewegung aktiv, z. B. als Mitglieder der 1894 gegründeten Frauengruppe des ESK und arbeiteten auch in diesem Kontext in den Folgejahren intensiv zusammen.

²⁹ In anderen Quellen ist davon die Rede, dass Gnauck-Kühne von Schmoller „Privatunterricht“ erhielt bzw. an „Privatseminaren“ in seiner Wohnung teilnahm.

³⁰ Gemäß Keller (2018, S. 137) war Max Sering Dyhrenfurths „wichtigster akademischer Lehrer“. Sering förderte eine Reihe weiterer Frauen, auch gegen Widerstände in der Fakultät. Das gilt z. B. für Alice Salomon, die 1906 vor der Zulassung von Frauen an preußischen Universitäten mit einer Sondergenehmigung und nach einem ersten abgelehnten Antrag mit ihrer Arbeit *Die Ursachen der ungleichen Entlohnung der Männer- und Frauenarbeit* promoviert wurde. Auch die Habilitation von Charlotte Engel-Reimers, die ab 1914 Serings wissenschaftliche Assistentin war, unterstützte er gegen den Widerstand von zwei Fakultätsmitgliedern (zu Engel-Reimers s. u.). Marie Elisabeth Lüders, die 1912 bei ihm promoviert wurde, war bereits als reguläre Studentin immatrikuliert gewesen, sodass bei ihrer Promotion keine formalen Hürden überwunden werden mussten. Auf Lüders wird in Abschnitt „VI. Diskussion“ eingegangen.

Margarethe Friedenthal (1871–1957) stammte aus einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie. Sie arbeitete, wie viele der Frauen ihrer Altersgruppe, bereits in jungen Jahren in den Mädchen- und Frauengruppen von Jeanette Schwerin (1852–99) in Berlin mit und übernahm dort Verantwortung. In den Folgejahren engagierte sie sich in der Frauenrechtsbewegung und setzte sich insbesondere für die Arbeiterinnenorganisation ein. Mit ihrem Vermögen unterstützte sie sowohl praktische Hilfsprojekte als auch Erhebungen zu den Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterinnen. Ein wichtiges Anliegen war ihr die Vermittlung zwischen den verschiedenen Flügeln der Frauenbewegung.³¹

Während Margarethe Friedenthal 1896 wieder aus dem Verein für Socialpolitik austrat (ab 1911/12 war sie erneut Mitglied),³² sind Gnauck-Kühne und Dyhrenfurth in den Folgejahren bis inklusive 1915/16 in den Mitgliederlisten des Vereins zu finden.³³ Soweit aus den ausgewerteten Unterlagen ersichtlich, nahmen sie nicht an den Tagungen des Vereins teil.

Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder des Vereins war der Anteil der Frauen verschwindend gering. In der ersten Hälfte der 1890er Jahre lagen die Mitgliederzahlen (persönliche und korporative Mitgliedschaften zusammengezählt) zwischen 350 und 400 und ab Mitte der 1890er Jahre stets über 450. Im darauffolgenden Jahrzehnt stieg die Mitgliederzahl auf über 650 an, wobei sie unmittelbar vor und zu Beginn des Ersten Weltkrieges etwas zurückging.³⁴

³¹ Vgl. Walther (2022) und die dort genannten Quellen.

³² Im Mitgliederverzeichnis ist Friedenthal 1895 als „M., Frau Commerzienrath“ geführt. Anhand der verzeichneten Wohnadresse ist der Eintrag jedoch eindeutig Margarethe Friedenthal zuzuordnen. In den späteren Mitgliederverzeichnissen wird sie als „Frl.“ geführt.

³³ Bereits 1895/96 ist Gnauck-Kühne, wie in allen folgenden Mitgliederlisten, fälschlicherweise mit einem Doktortitel aufgeführt.

³⁴ Die Mitgliederzahlen wurden aus den in den Mitgliederlisten aufgeführten Vereinseinnahmen aus Mitgliederbeiträgen abgeleitet. Boese (1939, S. 75, 144) nennt für die Zeit bis 1892 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 375, für 1895 die Summe von 489 und für 1911 die Summe von 671 Mitgliedern. Die von uns indirekt ermittelten Mitgliederzahlen sind diesen Angaben vergleichbar.

Tabelle 1
Frauen unter den Mitgliedern des VIS (1895/96 bis 1915/16)³⁵

Vorname und Name	Anrede	Lebensdaten	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15
Elisabeth Gnauck-Kühne	Frau Dr.	1850–1917	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Gertrud Dylhenfurth	Frl.	1862–1946	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Margarethe Friedenthal	Frl.	1871–1957	x																				
Kriegel	Frl.cand phil et cam	?-?		x																x	x	x	x
Charlotte Engel-Reimers		1870–1930									x	x	x	x									
Elisabeth Gotheiner	Dr.	1874–1930				x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Alice Salomon	Frau	1872–1948									x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
M. Siemon	Frau	?-?								x	x	x	x										
Sieyeking	Frau Prof.	1880–1963				x																	
Meiner	Fräulein	?-?					x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Johanna Philippson	Frl. st.cam	?-?						x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Else Cronbach	Fräulein Dr.	1879–1913							x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Johanna Mislapp	Frau	?-?							x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Frieda Cahn	Fräulein	?-?							x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Hertha Siemering	stud.cam/Frl.Dr.	1883–1966								x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Marie Bernays	Frl. Dr.	1883–1939									x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Helene Simon	Frl.	1862–1947										x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
L. Willich	Frl.	?-?										x											
Anzahl Frauen unter den Mitgliedern des VIS			3	2	3	2	2	2	3	4	4	7	6	5	6	5	9	6	6	7	6		

IV. Frauen als Teilnehmerinnen an den Tagungen des Vereins für Socialpolitik 1901 bis 1907

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, wies *Else Kesten-Konrad* (1911, S. 148) darauf hin, dass 1901 erstmals eine Frau an einer Tagung des VfS teilnahm. Leider sind in den Veröffentlichungen zu den Verhandlungen des VfS nur bis 1907 Teilnehmerlisten enthalten, sodass diese Informationen für die beiden weiteren Tagungen (1909 und 1911), die in dem für diesen Beitrag gewählten Zeitraum stattfanden, nicht vorliegen. Im folgenden Überblick über die vier hier relevanten Tagungen werden jeweils die Verhandlungsgegenstände, die Tagungsorte und -daten und in Klammern die ausgezählte Summe der in der „Liste der Teilnehmer“ verzeichneten Personen aufgeführt. Die Namen der Teilnehmerinnen samt den in den Listen enthaltenen Informationen sind aus den entsprechenden Verhandlungsbänden zitiert, auf die in den Fußnoten verwiesen wird. Diese werden ergänzt um Vornamen und Lebensdaten (soweit bekannt):

„Verhandlungen [...] über die Wohnungsfrage und die Handelspolitik“, München, 23., 24. und 25. September 1901 (Total: 206 Teilnehmer:innen)³⁶:

– „Freudenberg, Frl., Vorsitzende d. Vereins f. Fraueninteressen, München“: Ika (Friederike) Freudenberg (1858–1912)³⁷

„Verhandlungen [...] über die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter und über die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.“ in Hamburg, 14., 15. und 16. September 1903 (Total: 186 Teilnehmer:innen)³⁸:

– „Bessmertny, Frau M. Journalistin“: Marie Bessmertny (1860–?)³⁹

³⁵ Die Mitgliedschaft wird in den Mitgliederverzeichnissen jeweils über die Vereinsjahre (z. B. 1895/96) erfasst. In der Bezeichnung der entsprechenden Spalten ist jeweils nur das erste Jahr mit den letzten beiden Ziffern aufgeführt. Ausgewertet wurden die Mitgliederlisten im Bestand des Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (I. HA Rep. 196 Bestand Verein für Sozialpolitik, Nr. 15–18, 25–28). Vorname, Name und Anrede sind dort entnommen. Für Hertha Siemering ist mit Beginn einer neuen Liste im Mitgliederverzeichnis 1914/15 der Doktortitel vermerkt, der ihr 1910 verliehen wurde. Die Lebensdaten sind aus anderen Quellen ergänzt.

³⁶ Verein für Socialpolitik (1902, S. 365–68).

³⁷ Zu ihrer Biographie siehe Bäumer (1939), Schaser (2006, S. 131) und Landesgeschichtliches Informationssystem.

³⁸ Verein für Socialpolitik (1904, 315–18).

³⁹ „Marie Beßmertny, geb. 1860, war verheiratet mit dem Kaufmann W. Wladimir Beßmertny. Sie arbeitete als Journalistin für mehrere Hamburger Tageszeitungen, insbesondere berichtete sie häufiger über die verschiedenen Frauenvereine in der Stadt. Dabei konnte sie auch auf ihre eigenen Vereinserfahrungen als Vorsitzende der Abteilung Frauenbildung der Ortsgruppe des ADF [Allgemeiner Deutscher Frauen-

- „Bülow, Marie v., Hamburg“ (1857–1941)
 - „Elben, Clara, Assistentin bei der Gewerbeinspektion, Hamburg“ (1865–?)⁴⁰
 - „Engel Reimers, Charlotte, Hamburg“ (1870–1930)⁴¹
 - „Fengler Pastor und Frau, St. Margarethen“
 - „Gottheiner, Dr. Elisabeth, Berlin“ (1874–1930)⁴²
 - „Hecht, Frau Geheimrat, Mannheim“⁴³
 - „Hecht, Frau Jac., Mannheim“
 - „Heymann, Lida Gustava, Hamburg“ (1868–1943)⁴⁴
 - „Mandello, Dr. und Frau, Professor der Nat.-Ökonomie, Preßburg (Ungarn)“⁴⁵
 - „Melzenthin, Frl. Elsbeth, Rostock“
- „Verhandlungen [...] über die finanzielle Behandlung der Binnenwasserstraßen, das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben und das Verhältnis der Kartelle zum Staate“ in Mannheim, 25., 26., 27. und 28. September 1905 (Total: 297 Teilnehmer:innen)⁴⁶:
- „Bensheimer, Frau Alice, Mannheim“ (1864–1935)⁴⁷
 - „Rosenstock, Frl. Martha, stud., Berlin“

verein] sowie als Mitglied im ‚Israelitisch-Humanitären Frauenverein‘ und dem ‚Hamburg-Altonaer Verein für Frauenstimmrecht‘ zurückgreifen. Aus ihrer Mitgliedschaft im IHF kann angenommen werden, daß sie Jüdin war. Die beiden erstgenannten Vereine lassen sich dem gemäßigten Vereinsspektrum zuordnen, aber Marie Beßmerthy orientierte sich in der Frage des Frauenstimmrechtes im radikalen Verein [sic]. Sie ist also eine der wenigen bürgerlichen Frauen, die in ihrer Person die beiden Flügel der Frauenbewegung vereinte.“ (*Heinsohn* 1997, S. 399, Anm. 41).

⁴⁰ Clara bzw. Klara Elben war in Petersburg geboren und hatte an der Universität in München Nationalökonomie als Gasthörerin studiert (*Bergmeier* 1997, S. 179). Sie arbeitete seit 1895 journalistisch und publizierte regelmäßig Besprechungen national-ökonomischer Literatur in den Organen der Frauenbewegung, z. B. auch zu Gertrud Dyhrenfurths 1898 veröffentlichter Studie (*Keller* 2018, S. 188).

⁴¹ Zur Biographie s.u.

⁴² Zur Biographie s.u.

⁴³ Ihr Ehemann war vermutlich „Hecht, Dr. Felix, Geheimer Hofrat, Mannheim“, langjähriges Mitglied im VfS und gelegentlicher Redner an den Tagungen des Vereins.

⁴⁴ *Schaser* (2006, S. 133). Zu den von ihr gegründeten „Radikalen Frauenvereinen“ siehe *Heinsohn* (1997, S. 223–32, 416–18).

⁴⁵ Ihr Ehemann war Prof. Dr. Gyula Mandello (1868–1919).

⁴⁶ Verein für Socialpolitik (1906, S. 440–45).

⁴⁷ *Schaser* (2006, S. 128), *Watzinger* (1990).

- „Salomon, Frl. Alice, Berlin“ (1872–1948)⁴⁸
 - „Schmidt, M.Elle, Ex-Directrice de l’Annexe de la Ecole Secondaire de Tunis, Bordeaux“
 - „Sieveking, Frau Professor, Marburg“: Rosa Agnes (Rosi) Sieveking (1880–1963)⁴⁹
 - „Weber, Frau Prof. Dr. Max, Heidelberg“: Marianne Weber (1870–1954)⁵⁰
 - „Weber, Stadtratswitwe, Charlottenburg“: Helene Weber (1844–1919)⁵¹
- „Verhandlungen [...] über die berufsmäßige Vorbildung der volkswirtschaftlichen Beamten und über die Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte“ in Magdeburg, 30. September, 1. und 2. Oktober 1907 (Total: 166 Teilnehmer:innen)⁵²:
- „Phillipson, Johanna, stud. cam., Magdeburg“⁵³

Einige Gemeinsamkeiten sind in diesem Überblick bezüglich der Teilnehmerinnen der vier Tagungen erkennbar. Die meisten wohnten und lebten jeweils am Tagungsort oder in dessen Nähe. Eine Reihe von ihnen waren prominente Frauenrechtlerinnen, dies gilt insbesondere für Ika Freudenberg, Marie Bessmertny, Lida Gustava Heymann und Alice Bensheimer. Einige der Frauen wurden als Begleiterinnen ihrer Ehemänner aufgeführt. Vermutlich standen sie, wie Marianne Weber, ebenfalls der Frauenbewegung bzw. den Sozialreformbewegungen nahe und waren in diesen aktiv. Zudem nahmen einzelne Studentinnen an den Tagungen teil. Nicht alle sind in Bibliothekskatalogen bzw. in *Boedeker* (1937) aufzufinden, möglicherweise haben sie ihr Studium jedoch an einer Universität außerhalb Deutschlands abgeschlossen. Über die Dissertation hinaus durch Forschungs- und Lehrtätigkeit ausgewiesene Nationalökonominnen waren folgende Teilnehmerinnen:

- Charlotte Engel-Reimers (1870–1930), stammte aus Hamburg und war dort in der sozialen Arbeit und der Frauenbewegung aktiv.⁵⁴ 1902 war sie eine Mitgründerin des Deutschen Vereins für Frauenstimmrecht in Hamburg. Sie legte 1901 in Hamburg als Externe das Abitur ab und studierte ab dem Wintersemester 1901 an der Berliner Universität. Sie wurde 1907 mit ihrer Arbeit *Die Berliner Filzschuhmacherei* promoviert. Gustav

⁴⁸ Zur Biographie s.u.

⁴⁹ Ihr Ehemann war Prof. Dr. Heinrich Sieveking (1871–1945).

⁵⁰ Schaser (2006, S. 141).

⁵¹ Helene Weber war die Ehefrau von Maximilian (Max) Weber, dem Vater von Max und Alfred Weber. Ich danke Heinz Rieter für diesen Hinweis.

⁵² Verein für Socialpolitik (1908, S. 348–51).

⁵³ Zu Johanna Phillipson s.u.

⁵⁴ Details dazu bei Heinsohn (1997, S. 409 f.).

Schmoller und Max Sering waren die Gutachter. Ab 1914 und bis zu ihrem Tod war sie wissenschaftliche Assistentin von Max Sering und bis 1918 die einzige Frau in dieser Funktion an der Philosophischen Fakultät.⁵⁵ 1925 beantragte sie die Habilitation. Aufgrund des Widerstands von zwei Fakultätsmitgliedern verzögerte sich das Verfahren. Schließlich wurde sie 1928 zugelassen, ihre Arbeit *Der Idealismus in der Wirtschaftswissenschaft* wurde positiv begutachtet und 1930 als Habilitationsschrift angenommen. Engel-Reimers war seit Mitte der 1920er Jahre immer wieder schwer krank und starb noch bevor sie ihre Antrittsvorlesung gehalten hatte (Altensträßer 2010, S. 247f., Heinsohn 2012).

- Elisabeth Gottheiner, ab 1906 Altmann-Gottheiner (1874–1930), studierte an der London School of Economics and Political Science, in Berlin und Zürich und wurde dort 1903 promoviert. 1906 heiratete sie Salomon Paul Altmann (1878–1933), der ab 1907 an der Handelshochschule Mannheim lehrte, ab 1910 als außerordentlicher und ab 1923 als ordentlicher Professor der Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft. Dort erhielt sie als erste Frau in Deutschland 1908 einen Lehrauftrag. 1925 wurde ihr der Titel einer Professorin verliehen. Sie erhielt diesen Titel ohne Habilitation (Günther 2010, S. 24). Im Mitgliederverzeichnis der Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer ist Altmann-Gottheiner mit der Amtsbezeichnung „Nebenamtl. Professor der Sozialpolitik“ geführt (Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer 1929, 4). Altmann-Gottheiner, die seit ihrer Studienzeit in der Frauenbewegung aktiv war, wurde 1912 die Herausgeberin der Zeitschrift des Bundes deutscher Frauenvereine und publizierte darin regelmäßig.⁵⁶
- Alice Salomon (1872–1948) studierte ab 1902 Volkswirtschaft an der Berliner Universität und wurde dort 1906 mit 34 Jahren und nach der Ablehnung ihres ersten Antrags mit einer Arbeit über die *Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit* bei Max Sering promoviert (Bertram 2008, S. 111, 120). Sie ist die erste in Deutschland promovierte Nationalökonomin. Schon früh engagierte sie sich in der Frauen- und Sozialreformbewegung und übernahm Führungsaufgaben in den jeweiligen Organisationen. Sie strebte eine Professionalisierung der Sozialarbeit an, zunächst durch Jahreskurse und von 1908–25 als Direk-

⁵⁵ Engel-Reimers lehrte ab 1914 regelmäßig, allerdings wurden ihre Lehrveranstaltungen nicht in den gedruckten Vorlesungsverzeichnissen angekündigt und sind dementsprechend auch nicht in der online verfügbaren Veranstaltungsdatenbank der Humboldt-Universität abrufbar (siehe dazu Vogt 2007, S. 95).

⁵⁶ Zu ihrer Biographie und ihrem Engagement als Frauenrechtlerin siehe Günther (2010, insbes. S. 27–32).

torin der von ihr gegründeten Sozialen Frauenschule (heute Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin). 1920 entwarf sie die staatliche Prüfungsordnung für die sozialen Frauenschulen, die die Ausbildung für soziale Arbeit in Deutschland nachhaltig beeinflusste (Schaser 2006, S. 138).

Außer diesen Dreien waren nur zwei weitere Teilnehmerinnen auch in den Mitgliederlisten des Vereins zu finden. Dabei handelt es sich um Johanna Philippson, die 1913 an der Universität Freiburg mit ihrer Arbeit *Über den Ursprung und die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes in Deutschland. Mit besonderer Berücksichtigung der Wahlen zum Frankfurter Parlament im Großherzogtum Baden* zum Dr. jur. promoviert wurde. Sie wurde 1907/08 und 1908/09 als Mitglied geführt. Zudem waren im Vereinsjahr 1905/06 einmalig zwei Mitgliedschaften inkl. Bezahlung der Beiträge für Frau Sieveking und Prof. Dr. Sieveking (Marburg) aufgeführt.

Blättert man in den Protokollen der „Verhandlungen“, so finden sich Redner, die ihre Beiträge mit „geehrte Versammlung“, „meine Damen und Herren“ bzw. „meine Herren und Damen“, „sehr geehrte Anwesende“ einleiteten, sehr häufig sprachen sie jedoch „meine Herren“ an. In die Vorträge eingestreute Anreden – viele Redner machten von diesem rhetorischen Mittel häufig Gebrauch – beschränkten sich stets auf „meine Herren“. Nicht direkt angesprochen wurden die Frauen auch am zweiten Verhandlungstag der Hamburger Tagung 1903, als der Vorsitzende Ministerialdirektor Dr. Thiel verlautbaren ließ:

„Ehe ich dem Herrn Referenten das Wort gebe, erbitte ich für einen kurzen Augenblick Ihr Gehör. Es ist von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden, daß an dem heutigen Festmahl auch Damen teilnehmen möchten. Natürlich wird es uns freuen, Damen an der Tafel zu erblicken. Da aber bei der bekannten Schüchternheit der Damen sie sich nicht wohl fühlen werden, wenn sie zu vereinzelt erscheinen, ist eine zahlreichere Beteiligung sehr erwünscht. Es liegt eine Liste auf, in die ich die Herren sich einzutragen bitte, die ihre Damen mitbringen wollen.“ (Verein für Socialpolitik 1904, S. 119)

Ob die ohne Ehemann an der Tagung teilnehmenden „Damen“ – das waren sieben der elf Teilnehmerinnen – auch zum „Festmahl“ eingeladen waren, muss offenbleiben.

V. Frauen als Autorinnen in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik

*1899: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 84–87:
Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich.
Süddeutschland und Schlesien*

1899 erschienen in der Enquête über „Hausindustrie und Heimarbeit“ vier Beiträge, die von Frauen erstellt wurden. Alle vier beschäftigten sich mit Hausindustrien, die nur von Frauen ausgeübt wurden. Die Vorstellung, dass Frauen zur sozialpolitisch ausgerichteten Forschung einen besonderen Beitrag leisten könnten, war ein wichtiges Argument, Frauen den Zugang zu nationalökonomischen Seminaren zu ermöglichen. Es knüpft an den Argumentationslinien der Frauenbewegung seit Mitte des 19. Jahrhunderts an, mit denen der Zugang zu höherer Bildung und qualifizierten Berufen eingefordert wurde. Im Zentrum stand die Betonung der „Differenz“ zwischen den Geschlechtern. Die besonderen Eigenschaften und Fähigkeiten der Frauen wurden aus einer ihnen gegebenen „Mütterlichkeit“ abgeleitet, wobei Mütterlichkeit allen Frauen unabhängig von tatsächlicher Mutterschaft zugeschrieben wurde. Dass Frauen in den sich rapide verändernden Gesellschaften des 19. Jahrhunderts eine selbständige Erwerbsgrundlage eröffnet werden müsse, leiteten die Vertreterinnen der Frauenbewegung aus dem statistisch festgestellten „Frauenüberschuss“ und dem Wegfall der traditionellen Aufgabenfelder der nicht (oder noch nicht) verheirateten und der verwitweten Frauen ab.⁵⁷ Damit wurde der Zugang der Frauen zu Bildung eingefordert als Voraussetzung für den Zugang zu qualifizierten Berufen. Die anvisierten Bildungs- und Berufsfelder knüpften an das Konzept der Mütterlichkeit an und rückten Tätigkeiten als Lehrerinnen an höheren Mädchenschulen, Ärztinnen, die speziell für Frauen und Kinder zuständig wären, und das breite Feld der (professionellen) sozialen Arbeit in den Vordergrund. Die so tätigen bürgerlichen Frauen würden zugleich einen Beitrag zur Lösung der sozialen Frage bzw. der Frauenfrage der unteren Schichten leisten, da diese Frauen, in der modernen Gesellschaft zur Erwerbsarbeit gezwungen, ihren Familienaufgaben häufig nur unzureichend gerecht werden könnten. Um die Frauen in der sozialen Arbeit sinnvoll anleiten zu können, sollten die wissenschaftlichen Einsichten der Nationalökonomie zur Sozialpolitik genutzt werden. Viele der Frauen, die sich im Jahrzehnt vor der Wende zum zwanzigsten Jahrhundert für ein Studium der Nationalökonomie interessierten, teilten diese Sicht-

⁵⁷ Mit der Ablösung der vorindustriellen Familienwirtschaft in Landwirtschaft, Handwerk aber auch in Bürgertum und Adel durch die gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge der Industrialisierung fielen Betätigungs- und Versorgungsmöglichkeiten für die nicht durch die Ehe abgesicherten Frauen weg, so die Argumentation (z. B. Gnauck-Kühne 1908).

weise. Da die deutschen Universitäten Frauen nicht regulär zum Studium zuließen, wichen Studentinnen an ausländische Universitäten aus, z.B. an die Universität Zürich, an der sich bereits 1866 die erste Frau regulär immatrikulieren konnte oder die London School of Economics and Political Science, die seit ihrer Gründung 1895 Frauen zuließ. Wie die oben vorgestellten Beispiele zeigen, erlangten andere mit der Unterstützung der jeweiligen Professoren über Ausnahmegenehmigungen Zugang zu Vorlesungen und Seminaren.

Die Professoren, die die ersten Frauen im Studium und bei ihrer sozialwissenschaftlichen Forschung unterstützten, folgten dem oben skizzierten Argumentationsmuster der Geschlechterdifferenz. Das gilt auch für *Heinrich Herkner*, dessen Zürcher Antrittsvorlesung „Das Frauenstudium der Nationalökonomie“ von 1899 bereits oben zitiert wurde.⁵⁸ Darin leitete er aus seiner Lektüre der nationalökonomischen Schriften von Frauen Gründe für die Einbeziehung von Frauen in die Forschung ab. Zwei davon können auf die Beiträge der Frauen zur Hausindustrie-Enquête des VfS bezogen werden. Herkner hielt fest, dass „...Frauen die Kenntnis von Thatsachen ermitteln [können], die männlichen Forschern zweifellos verborgen geblieben wären“, z.B. indem sie Untersuchungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen durchführen. Unter Berufung auf Beatrice und Sidney Webb erweiterte er die Überlegung und meinte, dass „...Frauen überhaupt leichter Zutritt und Vertrauen gewinnen [können], wo beides dem Manne als dem möglichen kaufmännischen Konkurrenten und politischen Gegner instinktiv verweigert werden“ (*Herkner* 1899, S. 240). Zudem hob er hervor, dass es bei der Untersuchung der „sozialen Zustände“ nicht nur um die „Beobachtung von Thatsachen sondern auch um deren geistige Verarbeitung, um die Abgabe von Urteilen“ gehe. Deshalb hielt er es für „äusserst wünschenswert, dass auch die weibliche Auffassung, welche in der Regel das individuelle, persönliche Moment sorgfältiger berücksichtigt, entschieden zur Geltung gelangt.“ (ebd., S. 241).

Mit seinem zweiten Argument verwies *Herkner* auf ein wichtiges Kennzeichen der durch Schmoller geprägten historisch-ethischen Nationalökonomie, nämlich das Verständnis, dass die Nationalökonomie „eine grosse moralisch-politische Wissenschaft geworden [sei], welche neben der Production die Vertheilung der Güter, neben den Wertherscheinungen die volkswirthschaftlichen Institutionen untersucht, welche statt der Güter- und Capitalwelt wieder den Menschen in den Mittelpunkt der Wissenschaft stellt“ (*Schmoller* 1998 [1897], S. 202 f.). Er erklärt „Theorien und Standpunkte für höher ...“

⁵⁸ *Herkner* (1924, S. 21) geht in seiner autobiographischen „Selbstdarstellung“ auf seine sozialpolitischen Überzeugungen ein. Er hält dabei fest, dass ihn auch „die aufstrebende Frauenbewegung und der Kampf gegen den Alkoholismus ... stark bewegen.“

stehend“, wenn Wissenschaftler sich „zu den allgemeinen höchsten Interessen“ erheben. „Der Standpunkt der sozialen Reform“ spiegele, so Schmoller, diese allgemeinen höchsten Interessen. Diese Überzeugung hatte Schmoller bereits bei der Gründung des VfS formuliert. In vielen der in den Jahren nach Gründung des Vereins durchgeföhrten Enqueten ist sie deutlich erkennbar. Dies gilt auch für die Enquête zur Hausindustrie, die nun genauer betrachtet wird.

Eines von drei Themen der Breslauer Tagung vom 25. bis 27. September 1899 lautete die „Hausindustrie und ihre gesetzliche Regelung“. Das Thema war auf der Sitzung des Hauptausschusses des VfS im März 1898 diskutiert und der Aufbau der Vorbereitungsbände besprochen worden. Die Veröffentlichung der Bände 84 bis 87 mit insgesamt 2044 Druckseiten erfolgte im Jahre 1899. Die Koordination dieser umfangreichen Arbeiten lag bei Alfred Weber (Boese 1939, S. 86 f.). Band 2 trägt den Untertitel „Die Hausindustrie der Frauen in Berlin“ (Verein für Socialpolitik 1899a). Es war das erste Mal, dass im Titel einer Veröffentlichung des Vereins „Frauen“ genannt wurden bzw. dass ihre Lage als Untersuchungsgegenstand explizit im Zentrum stand.⁵⁹ Es war auch das erste Mal, dass Frauen als Autorinnen an einer Studie mitwirkten bzw. als Autorinnen aufgeführt wurden.⁶⁰ Es waren:

⁵⁹ Bereits 1889 hatte sich der Verein mit der „deutschen Hausindustrie“ beschäftigt und dem Thema die Bände 39 bis 42 und 48 der *Schriften des Vereins für Socialpolitik* gewidmet. Während der erste veröffentlichte Band „Literatur, heutige Zustände und Entstehung der deutschen Hausindustrie“ anhand der gedruckten Literatur präsentiert, wird in den weiteren Bänden die Hausindustrie in verschiedenen Regionen bzw. Städten behandelt. Der diese Studien anleitende Fragebogen wurde im Vorwort zu Band 40 abgedruckt. Die 18. der 26 Fragen lautete: „Wie stellen sich die Arbeitsverhältnisse der Frauen und Kinder? [sic] Welcher Unterschied zeigt sich hier im Vergleich zu den Fabrikarbeitern?“ (Nasse 1889, ix). Bei diesen Studien werden keine Frauen als Mitarbeiterinnen genannt.

⁶⁰ Über Luise von Benda liegen uns bisher keine weiteren biographischen Informationen vor. Marie Amalie Lipszyk wurde in Bochnia bei Krakau geboren. Sie studierte in Berlin und ab 1899 in Zürich. Dort promovierte sie bei Herkner. Ihre Arbeit *Wirtschaftliche Studien über Galizien: unter besonderer Rücksichtnahme auf die gewerbliche Arbeiterfrage* erschien 1901 bei Fischer in Zürich unter dem Namen Marya Amélie Lipszyc. Von 1903–07 war sie mit Hermann Balsiger (1876–1953) verheiratet. Nach der Scheidung kehrte sie mit ihrer Tochter nach Krakau zurück und lebte und arbeitete später in Warschau. Sie engagierte sich in der Frauenrechtsbewegung und war Sozialistin. In Krakau lehrte und forschte sie an der Universität und übersetzte sozialwissenschaftliche Arbeiten ins Polnische. Nach 1918 war sie in Warschau im Staatsdienst und im Verbandswesen im Bereich der Sozialpolitik tätig. 1943 wurde sie von der Gestapo verhaftet und kam 1944 im Konzentrationslager Ravensbrück ums Leben. Ich danke Hannah Spille für die Entdeckung der Biographie von Lipszyk. Stichworte zu Helene Simons Biographie s. o. Fußnote 27.

- *Luise von Benda* (1860–1918): „Die Entwicklung der Berliner Damenmaßschneiderei“ (16 Seiten)
- *Marie Amalie Lipszyc* (1870–1944): „Die Betriebsformen der Berliner Damenmaßschneiderei“ (16 Seiten)
- *Helene Simon* (1862–1947): „Das Stickereigewerbe in Berlin“ (97 Seiten)

Alfred Weber geht in seiner Vorbemerkung auf die Beiträge ein. Die von Helene Simon verfasste Studie kommentiert er folgendermaßen: „Die Arbeit über das Stickereigewerbe [...] soll gleichzeitig eine von der Verfasserin durchaus selbstständig vorgenommene Untersuchung über den Zusammenhang zwischen weiblichem Hausfleiß und Hausindustrie auf einem Hauptgebiete des ersten sein“ (Verein für Socialpolitik 1899a, S. VI). Bezüglich der Arbeiten von Luise von Benda und Marie Amalie von Lipszyc hält er fest: „Die Ausarbeitung der Beiträge Nr. III und IV hat Herr Prof. Sering unter seiner direkten Leitung vornehmen lassen“ (ebd.), und kennzeichnet sie damit im Gegensatz zu Simons Beitrag als unselbstständige Arbeiten. Zudem hält er fest, dass es „Mitarbeiter“ von Schmoller und von Sering waren, die „durch die Güte“ der beiden Professoren zu der Enquête herangezogen wurden. Helene Simon wird hierbei Schmoller zugeordnet, von Benda und Lipszyc werden Sering zugeordnet. Auch den Verfasser der Arbeit „Die Kostüm- und Weißwarenkonfektion in Berlin“, Dr. Georg Neuhaus, ordnet er Sering zu. Dieser verweist bereits in der Einleitung seines Beitrags auf eine Arbeit Gertrud Dyhrenfurths und zitiert sie mehrfach. Ihre 121 Seiten umfassende Studie „Die hausindustriellen Arbeiterinnen der Berliner Blusen-, Unterrock-, Schürzen- und Tricotkonfektion“ erschien 1898 in den von Schmoller herausgegebenen *Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen*.⁶¹ Vermutlich wurde diese Arbeit in der Zeit, in der Dyhrenfurth Gasthörerin an der Berliner Universität war, in Serings Seminar vorgestellt, sodass Neuhaus Dyhrenfurth wohl auch persönlich kannte.

Ein weiterer von einer Frau verfasster Beitrag erschien im dritten Band der Enquête, die den Untertitel „Mittel- und Westdeutschland. Österreich“ trug, nämlich die 11 Seiten umfassende Arbeit von Elisabeth von Richthofen „Die Perlenstickerei im Kreise Saarburg in Lothringen“ (Verein für Socialpolitik

⁶¹ Keller (2018, S. 188) zitiert aus Alfred Webers außerordentlich positiver Rezension der Arbeit von Dyhrenfurth. Ob Dyhrenfurth zur Mitarbeit an der Enquête eingeladen wurde, geht aus Kellers Arbeit nicht hervor. Gemäß Keller begann Dyhrenfurth nach der Veröffentlichung ihrer Studie zur Hausindustrie mit der Arbeit an ihrer agrarsoziologischen Studie, bei der ihr Heimatort und das familieneigene Rittergut Jakobsdorf im Zentrum stand. Diese Studie erschien 1906 (wie die Studie zur Hausindustrie) in den von Schmoller herausgegebenen *Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen* unter dem Titel *Ein schlesisches Dorf und Rittergut. Geschichte und soziale Verfassung*.

1899b, S. 343–53).⁶² Die Arbeit, die im Seminar Schmollers entstand (Keller 2018, S. 179), beschäftigte sich ebenfalls mit einer nur von Frauen ausgeübten Heimarbeit. Mit Blick auf den Umfang und den Inhalt ist sie mit den Arbeiten von Lipszyc und von Benda vergleichbar. Die Arbeiten stellen die jeweiligen Hausindustrien anhand der Auswertung einschlägiger Literatur, z.B. statistischer Quellen, vor. Sie entsprechen damit wohl ungefähr dem, was viele Seminararbeiten bis heute ausmacht.

*1908: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bände 128–130.
Gemeindebetriebe. Neuere Versuche und Erfahrungen über die Ausdehnung
der kommunalen Tätigkeit in Deutschland und im Ausland*

Während die Beiträge der Frauen zur Hausindustrien-Enquete frauenspezifische Themen behandelten, gilt dies nicht für den Beitrag von *Lea Wormser*, der 1908 in der von Carl Johannes Fuchs (1865–1934), Professor in Tübingen, veröffentlichten Enquete zu den Gemeindebetrieben enthalten war und „Die kommunale Schweinemast in Karlsruhe“ behandelte. Der Beitrag umfasst 21 Seiten und entspricht vom Umfang her ungefähr den meisten Beiträgen in der zweiten Hälfte des Bandes, die sich mit einzelnen kommunalen Einrichtungen beschäftigen. Leider ist aus den bisher untersuchten Quellen nicht nachvollziehbar, in welchem Kontext die Arbeit entstand.

Fuchs (1908, S. xi) erläutert in seinem Vorwort: „Von den eingegangenen in diesem Band vereinigten 13 Arbeiten sind die Beiträge über die kommunale Schweinemast und Verwertung der Gasnebenprodukte durch Herrn Dr. v. Zwiedineck in Karlsruhe [...] beschafft worden.“ Otto von Zwiedineck-Südenhorst (1871–1957) war ab 1902 außerordentlicher und ab 1903 ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Ob es sich bei *Lea Wormser* um eine Studentin Zwiedinecks handelte, ist nicht bekannt, wäre aber möglich. 1904 nahm die erste bzw. die erste reguläre Studentin ihr Studium der Pharmazie an der Technischen Hochschule Karlsruhe auf, nachdem Rektor und Senat der Hochschule 1903 einen entsprechenden Ministererlass eingefordert hatten (*Hoepke* 2007, S. 185). Offensichtlich wollte die Hochschule den badischen Universitäten nicht nachstehen, die ab 1900 Frauen regulär zum Studium zulassen konnten.⁶³ Leider konnten bisher keine bio-

⁶² Die Verfasserin heiratete 1902 den Nationalökonom Edgar Jaffé (1866–1921), von dem zwei Beiträge im gleichen Band stammen. Sie ist unter dem Namen Else Jaffé besser bekannt. 1901 wurde sie bei Max Weber in Heidelberg promoviert. Von 1900 bis zu ihrer Heirat 1902 war sie die erste deutsche Fabrikinspektorin in Karlsruhe. Sie hatte zwischen 1898 und 1900 in Berlin studiert (*Bocks* 1987, S. 149 f.).

⁶³ Siehe dazu *Häntzschel/Bußmann* (1997, S. 343, Anhang). Die erste Promotion einer Frau an der Karlsruher Hochschule erfolgte im Fach Chemie (Dr. Ing.).

graphischen Eckdaten zu Lea Wormser gefunden werden.⁶⁴ Im Unterschied zu allen anderen Autoren der Beiträge des Bandes ist für sie nicht einmal ein Ort aufgeführt. An der Enquête arbeiteten zu einem erheblichen Teil Praktiker mit, deren Funktionen und Titel ebenfalls aufgeführt sind. Der andere von Zwiedineck beschaffte Artikel wurde von einem Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes in Karlsruhe erstellt. Für beide Artikel ist, auch aufgrund der von Fuchs gewählten Formulierung, davon auszugehen, dass sie eigenständige Arbeiten der Autorin bzw. des Autors waren.

1910–1912: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bände 133–135.
Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in verschiedenen Zweigen der Großindustrie

Das Thema dieser groß angelegten Untersuchung geht zurück auf eine Anregung Alfred Webers auf der Ausschusssitzung im September 1907 (*Herkner u. a. 1910, S. vii*).⁶⁵ Im daraufhin eingesetzten Unterausschuss, der von Karl Bücher (1847–1930, Professor in Leipzig) geleitet wurde, wirkten Boese (1939, S. 130) zufolge neben Alfred Weber auch „Herkner, Oldenberg, Schumacher, Sering, Sinzheimer, Stein, [...] Max Weber, Wirminghaus“ mit. Die „jüngere“ Generation der nach 1860 geborenen Nationalökonomen stellte damit die Mehrheit der Mitglieder. Der Unterausschuss befasste sich an zwei Sitzungen 1908 mit dem Thema. Da Bücher sich von der Leitung des Unterausschusses zurückzog, wurde die Durchführung der Enquête Herkner, Schmoller und Alfred Weber übertragen (*Herkner u. a. 1910, S. vii*). Mit Schmoller war damit nach dem Ausscheiden Büchers wieder ein Vertreter der „älteren“ Generation mitverantwortlich für die Enquête. Obwohl er nicht formal der Leitung angehörte, spielte Max Weber eine zentrale Rolle bei der Ausformulierung des Konzeptes der Untersuchung. Die von ihm vorgelegte „Denkschrift“ zum Thema der Enquête, wurde zusammen mit dem „Arbeitsplan“ im Oktober 1908 im Hauptausschuss des VfS beschlossen.⁶⁶ Max Weber (1908, S. 1) beschrieb den Zweck der Erhebung folgendermaßen:

„Die gegenwärtige Erhebung versucht festzustellen: einerseits, welche Einwirkung die geschlossene Großindustrie auf persönliche Eigenart, berufliches Schicksal und außerberuflichen ‚Lebensstil‘ ihrer Arbeiterschaft ausübt, welche physischen und

⁶⁴ Ihr Name findet sich nicht bei Boedecker (1937) oder im online verfügbaren Matrikelverzeichnis der Universität Zürich. In den deutschen und schweizerischen Katalogen der Universitätsbibliotheken ist von ihr lediglich der hier erwähnte Beitrag erfasst.

⁶⁵ Boese (1939, S. 129 f.) führt die Anregung weiter zurück auf Lujo Brentano.

⁶⁶ Dieser Arbeitsplan ist im Vorwort der Herausgeber (*Herkner u. a. 1910, S. vii–xiv*) abgedruckt. Die Bezeichnung von Webers Manuskripts als „Denkschrift“ ist bei Herrmann (1912, S. 3) zu finden.

psychischen Qualitäten sie in ihnen entwickelt, und wie sich diese in der gesamten Lebensführung der Arbeiterschaft äußern, – andererseits: wie die Großindustrie ihrerseits in ihrer Entwicklungsfähigkeit und Entwicklungsrichtung an gegebene durch ethnische, soziale, kulturelle Provenienz, Tradition und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft erzeugte Qualitäten derselben gebunden ist.“

Bereits auf der Sitzung des Hauptausschusses im Oktober 1909 berichtete Herkner „daß es trotz großer Schwierigkeiten bei der Gewinnung geeigneter Mitarbeiter gelungen sei, eine Anzahl von Arbeiten zusammenzubringen“ (in Boese 1939, S. 138). Auch im Vorwort zum ersten Band der Enquete gingen die Herausgeber auf dieses Problem ein.

„Von vornherein war angenommen worden, daß bei den ungewöhnlich großen inneren und äußeren Schwierigkeiten der Erhebung jüngere Kräfte, wie sie sich in Seminaren betätigen, nur selten als geeignete Mitarbeiter in Betracht kommen könnten. Es sind deshalb sofort auch mit vielen älteren volkswirtschaftlichen Gelehrten Unterhandlungen angeknüpft worden [...]. Obwohl nicht unbeträchtliche Honorare in Aussicht gestellt wurden, hat sich bis jetzt nur in einzelnen Fällen ein positives Ergebnis erzielen lassen.“ (Herkner u.a. 1910, S. xv)⁶⁷

Ob über die tatsächlich bezahlten Honorare und die Empfänger in den Archiven noch Informationen vorhanden sind, ist noch nicht geklärt.

Die 1910 bis 1912 veröffentlichten Einzelarbeiten der Enquete umfassen sechs Bücher und insgesamt mehr als 1.800 Seiten.⁶⁸ Die nachfolgend genannten Beiträge wurden von Frauen verfasst. Sie sind hier in der Reihenfolge aufgeführt, in der sie in den Bänden erscheinen:

- Marie Bernays (1883–1939): „Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen der ‚Gladbacher Spinnerei und Weberei‘ A.-G. zu München-Gladbach im Rheinland“ (417 Seiten, Band 133, 1910).
- Dora Landé (1862–1923): „Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts“ (196 Seiten in Band 134, 1910).⁶⁹

⁶⁷ Für die Erhebung stand die Summe von 10.000 Mark zur Verfügung (ebd., S. vii).

⁶⁸ Zwei weitere Beiträge zur Enquete erschienen 1915 als Band 153: *Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Schuhindustrie und einem oberschlesischen Walzwerk*. Eine Frau war daran nicht beteiligt. Gorges (1980, S. 457–88) gibt einen Überblick über die gesamte Studie. Siehe auch Keller (2018, S. 229–33) und die dort zitierte Literatur.

⁶⁹ Die übrigen Beiträge in Band 134 (Arbeiterschaft in der Elektroindustrie, Buchdruckerei, Feinmechanik und Maschinenindustrie) wurden von Männern verfasst, genauso wie die Beiträge in Band 135/I (Automobilindustrie und eine Wiener Maschinenfabrik) und 135/III (Lederwaren-, Steinzeug- und Textilindustrie).

- *Rosa Kempf* (1874–1948): „Das Leben der jungen Fabrikmädchen in München. Die soziale und wirtschaftliche Lage ihrer Familie, ihr Berufsleben und ihre persönlichen Verhältnisse. Nach statistischen Erhebungen dargestellt an der Lage von 270 Fabrikarbeiterinnen im Alter von 14 bis 18 Jahren“ (244 Seiten, Band 135/II, 1911).
- *Marie Bernays* (s. o.): „Untersuchungen über die Schwankungen der Arbeitsintensität während der Arbeitswoche und während des Arbeitstages. Ein Beitrag zur Psychophysik der Textilarbeit“ (223 Seiten in Band 135/III, 1912).
- *Elise Herrmann* (1885–19?): „Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen einer Luckenwalder Wollhutfabrik“ (60 Seiten, Band 135/IV, 1912).

Alle an der Studie beteiligten Frauen wurden mit den in diesem Zusammenhang erstellten Arbeiten promoviert. Dora Landé war die älteste der an der Studie beteiligten Frauen. Sie hatte seit 1903 mit einer Ausnahmegenehmigung an der Berliner Universität Nationalökonomie studiert und wurde 1910 im Alter von 48 Jahren mit der in der Enquête enthaltenen Arbeit bei Gustav Schmoller promoviert.⁷⁰ Rosa Kempf wurde 1911 bei Lujo Brentano in München promoviert und war zu diesem Zeitpunkt 37 Jahre alt.⁷¹ Da die Immatrikulation von Frauen in Bayern ab 1903 möglich war, konnte sie ab dem Wintersemester 1905/06 regulär Philologie und Staatswissenschaften studieren. Im Vorwort schreibt *Kempf* (1911, S. ix), dass ihre Arbeit durch die Ankündigung eines nicht realisierten Planes der Gesellschaft für Soziale Reform angeregt wurde, nämlich „die Lage der erwerbstätigen männlichen und weiblichen Jugend“ zu untersuchen. Ihr Vorgehen und die Erfahrungen, die sie bei ihrer Untersuchung machte, hielt sie ebenfalls im Vorwort fest, was den selbständigen Charakter ihrer Forschung unterstreicht. Die Arbeit wurde erst nachträglich in die Reihe der Auslese- und Anpassungsstudien aufgenommen (*Keller* 2018, S. 263).⁷² Elise Herrmann war die jüngste der an der Studie beteiligten Frauen. Sie wurde mit ihrer Arbeit ebenfalls in München promoviert und zwar im Alter von 27 Jahren (*Boedeker* 1937, S. 98). Der Umfang ihrer Studie liegt deutlich unter allen anderen Beiträgen

⁷⁰ Zu Landés Biographie siehe *Keller* (2018, S. 233) und die dort zitierte Literatur. Landé war Sozialdemokratin und wurde im Mai 1919 in die Freiburger Stadtverordnetenversammlung gewählt.

⁷¹ Dem Band ist folgende Widmung vorangestellt: „Diese Arbeit ist im Seminar des Herrn Geheimrat Professor Dr. v. Brentano entstanden, dem ich für Rat und Förderung aufrichtigen Dank schulde“ (*Kempf* 1911, S. viii).

⁷² Die Biographie Kempfs ist bei *Keller* (2018, S. 238–61) ausführlich dargestellt.

zur Enquête. Gemäß *Keller* (2018, S. 232) geht die „Arbeit [...] nicht über eine quantitative Zusammenstellung des Materials hinaus“.⁷³

Der aus Sicht der Zeitgenossen und der später entstandenen Sekundärliteratur wichtigste Beitrag zur Enquête ist die im ersten Band der entsprechenden Veröffentlichung enthaltene Arbeit von Marie Bernays. Der Band wird eröffnet mit dem bereits zitierten achtseitigen Vorwort von *Herkner, Schmolle* und *Alfred Weber* (1910, S. vii-xv), in dem auch der Fragebogen abgedruckt ist. Darin wird die Arbeit von Bernays ausdrücklich gelobt: „Es ist wohl das Verdienst vor allem der Arbeit von Dr. Marie Bernays, sie [die Erhebung] an einem Beispiel ziemlich ganz realisiert und so vielleicht eine Art Typus für weitere Forschung geschaffen zu haben“ (*Herkner* u.a. 1910, S. xv). Marie Bernays hatte sich, nach einer Ausbildung zur Lehrerin und einem als Externe abgelegten Abitur 1906 an der Heidelberger Universität regulär immatrikuliert.⁷⁴ 1910 wurde sie bei Alfred Weber im Alter von 27 Jahren promoviert. Er hatte ihr 1908 vorgeschlagen, ihre Arbeit im Rahmen der vom VfS damals ins Auge gefassten Studie anzufertigen. Die Doktorarbeit mit dem Titel *Die Geschichte einer Baumwollspinnerei, ihr Produktionsprozeß und ihre Arbeiterschaft* umfasste lediglich 46 Seiten und ist damit ein relativ kurzer Auszug aus der 1910 erschienenen Studie. Auf der Titelseite der im Rahmen der Enquête veröffentlichten Arbeit wurde die Autorin bereits als „Dr. phil. Marie Bernays“ aufgeführt. Der erste Teil ihrer Arbeit nimmt die von Alfred Weber in die Studie eingebrachten Erkenntnisinteressen auf. Der zweite, als besonders innovativ geltende Teil ihrer Arbeit mit dem Titel „Zur Psychophysik der Textilarbeit“ war von Max Weber beeinflusst und knüpfte an dessen Vorstudie zur Enquête an (*Keller* 2018, S. 321). Bernays stellte ihrer Publikation folgende Widmung voran: „Marianne Weber zugeeignet“.⁷⁵

⁷³ Hermanns Brüder hatten 1883 in Luckenwalde eine Hutfabrik gegründet. Hermann wollte ursprünglich die Arbeiterschaft dieser Fabrik befragen, was jedoch scheiterte. Sie konnte dann in einer anderen Fabrik die Arbeit durchführen (*Keller* 2018, S. 232). Offensichtlich gehörte diese zur Handelsgesellschaft, in der sich die beiden lokalen Hutfabrikanten zusammengeschlossen hatten. Zur Wollhutproduktion in Luckenwalde und der Geschichte der beteiligten Firmen siehe o.V. Steinberg & Co. Hutfabrik, Luckenwalde. Zu Elise Herrmann liegen keine weiteren biographischen Informationen vor. In den Bibliothekskatalogen konnten keine weiteren Publikationen unter ihrem Namen gefunden werden.

⁷⁴ An den Universitäten Badens konnten sich Frauen ab 1900 immatrikulieren (*Häntzschel/Bußmann* 1997, S. 343, Anhang).

⁷⁵ Ausführlich aufgearbeitet wurde die Biographie von Marie Bernays von *Keller* (2018, S. 285–319). Sie zeigt, dass Bernays bis in das Jahr 1913 hinein dem Kreis um Marianne und Max Weber angehörte. Im November 1913 distanzierte sich Marianne Weber jedoch explizit von Bernays. Keller geht ausführlich darauf ein, dass Bernays den Wunsch hatte, sich zu habilitieren und eine wissenschaftliche Laufbahn einzutreten.

Bevor Bernays' Redebeitrag an der Jahrestagung des VfS 1912 aufgegriffen wird, sind einige Hinweise zum Kontext, in dem die Studie steht, sinnvoll. Die Jahre, die zwischen der Arbeit an der oben vorgestellten Enquête zu den Hausindustrien und der Auslese- und Anpassungsstudie lagen, sind veränderungsreiche Jahre der Vereinsgeschichte. Wie oben erwähnt, hatte Schmoller (1897, S. 202) die „deutsche“ Volkswirtschaftslehre als „eine grosse moralisch-politische Wissenschaft“ charakterisiert, die den „Standpunkt der socialen Reform“ einnehme. Als er seine Rektoratsrede mit dem Titel „Wechselnde Theorien und feststehende Wahrheiten im Gebiete der Staats- und Socialwissenschaften und die heutige deutsche Volkswirtschaftslehre“ an der Berliner Universität hielt, aus der diese Zitate stammen, war der von ihm beschworene Konsens über Methoden und Ausrichtung der Nationalökonomie schon brüchig.

Schmollers Programm, das die Arbeit im Verein für Socialpolitik geprägt hatte, wurde von Werner Sombart, Max Weber und anderen kritisiert. Vor allem diese Vertreter der „jüngeren“ Generation, der nach 1860 geborenen Vereinsmitglieder, lehnten es als unwissenschaftlich ab, das wirtschaftliche Geschehen nur mit Blick auf soziale Reformen zu untersuchen, und stellten damit das von Schmoller vertretene Verständnis der Rolle der Nationalökonomie in Frage. Sie forderten, der Verein solle den bei seiner Gründung formulierten Zweck eines Forums der Sozialreformer hinter sich lassen und die bereits oben angesprochene Entwicklung hin zu einer wissenschaftlichen Vereinigung konsequent weiter vorantreiben. Eine weltanschauliche Positionierung des Vereins wurde damit abgelehnt.⁷⁶

Die Konflikte wurden auf der Mannheimer Vereinstagung im Herbst 1905 sichtbar. Das dritte Tagungsthema, „Das Verhältnis der Kartelle zum Staat“, führte zu kontroversen Diskussionen zwischen den verschiedenen Flügeln im Verein, wie z.B. Boese (1939) und Nau (1996) anhand ihrer Auswertung der protokollierten Diskussion zeigen. Ludwig Pohle (1869–1926), der zu dieser Zeit Professor an der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften in

schlagen. Keller attestiert ihr, dieses Ziel „mit einer enormen Hartnäckigkeit“ in der Zeit zwischen 1910 und 1914 verfolgt zu haben (ebd., S. 292). Bernays hatte auf die Unterstützung von Max Weber für dieses Ansinnen gehofft. Keller (ebd., S. 292–97) wertet die Briefwechsel zwischen Max und Marianne Weber und Max und Alfred Weber in dieser Angelegenheit detailliert aus und zeigt, dass in den Augen der Webers nicht nur die wissenschaftliche Eignung entscheidend war für die Beantwortung der Frage, ob ein Habilitationsgesuch einer Frau zu begrüßen sei, sondern auch das Aussehen der potentiellen Habilitandin (ebd., S. 293).

⁷⁶ Hinz kam, dass sich im Verein auch jene Volkswirte engagierten, die an den um die Jahrhundertwende gegründeten Handelshochschulen (z. B. in Berlin, Frankfurt/Main, Köln, Mannheim) unterrichteten. Ihre häufig liberalen Positionen wurden von den „Sozialpolitikern“ oft als unternehmerfreundlich kritisiert.

Frankfurt am Main und nach dem Ersten Weltkrieg Professor in Leipzig war, trat nach der Tagung aus dem Verein aus. Er begründete dies in einem viel zitierten Brief: „Namentlich aber sind mir Zweifel aufgestiegen an der Richtigkeit der Art und Weise des Betriebs der Nationalökonomie, von dem aus man zur Aufstellung aller möglichen sozialpolitischen Forderungen gelangt“ (zit. n. Boese 1939, S. 125). Nau (1996, S. 46 f.) zeigt, dass die Konflikte der Mannheimer Tagung bereits auf den Werturteilsstreit und die Kontroverse über die Bedeutung rein theoretischer Forschung im VfS hinweisen.

Ein „rein theoretischer Gegenstand“ stand erstmals auf dem Programm der Wiener Vereinstagung 1909, nämlich „Die Produktivität der Volkswirtschaft“ (Boese 1939, S. 133). Eugen von Philippovich (1858–1917), Professor in Wien, gab mit seinem Vortrag „Das Wesen der volkswirtschaftlichen Produktivität“ den Anstoß zu einer kontroversen Diskussion. Werner Sombart und Max Weber kritisierten den damals verwendeten wertenden Produktivitätsbegriff vehement (Rieter 2002, S. 152 f.). Der Werturteilsstreit, der sich 1913 bzw. 1914 verstärkte, begann damit (Boese 1939, S. 145–48). Werner Sombart äußerte erneut grundsätzliche Vorbehalte gegenüber der Wissenschaftlichkeit der im Verein praktizierten Nationalökonomie. Die Presse, die sich den Vereinstagungen damals ausführlich widmete, berichtete von den offensichtlich gewordenen Differenzen im Verein. Dies besorgte vor allem die „ältere“ Generation um Schmoller, die sich um die öffentliche Wirksamkeit der Vereinsarbeit bzw. der im Verein vertretenen Positionen sorgten (ebd., S. 135–37).

Im Kontext dieser aufbrechenden Konflikte über die Ausrichtung der nationalökonomischen Forschung und der Vereinsarbeit entstanden die Arbeiten zu „Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft“ in den Jahren ab 1908. Insbesondere zu Max Webers Vorstellungen von Wissenschaftlichkeit verhalten sich auch die Autorinnen der Auslese- und Anpassungsstudie. Bernays (1910, S. xvii) schreibt in ihrem Vorwort:

„Eines möchte ich noch besonders hervorheben: Entsprechend dem ganzen Charakter dieser Enquête, die ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken zu dienen hat, und sozialpolitisch durchaus neutral bleiben soll, habe ich mich durchweg bemüht, die mir entgegentretenden Menschen und Tatsachen nicht zu beurteilen, sondern zu verstehen und soweit als möglich zu erklären.“

Ähnlich formuliert Elise Herrmann (1912, S. 3):

„Dieser Untersuchung liegt – wie die Veranstalter der Enquête ausdrücklich hervorheben – keine sozialpolitische Absicht zugrunde, sondern es handelt sich darum, gewisse durch wirtschaftliche Tatsachen bedingte Erscheinungen zu erklären und zu verstehen.“

Keinen Niederschlag hingegen finden diese Vorgaben in der bei Schmoller als Dissertation vorgelegten Arbeit von Dora Landé (1910, S. 305):

„Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich daher fast gänzlich auf die Schilderung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft und auf die Erörterung der wichtigsten sich daraus ergebenden sozialpolitischen Probleme. [...] Es sollen diejenigen Maßregeln erörtert werden, die von Seiten der Theoretiker und Praktiker zur Abhilfe vorhandener Schäden vorgeschlagen worden sind.“

Und auf der Folgeseite:

„Wie bei allen derartigen Untersuchungen, die ihr Material aus wirtschaftlich und sozial entgegengesetzten Quellen zu schöpfen haben, liegt die Möglichkeit vor, daß die Behandlung verschiedener allgemeiner Probleme und Mißstände [...] auf die eine oder andere Partei [...] verletzend wirkt.“ (*Landé* 1910, S. 306)⁷⁷

Die Anforderung, dass wissenschaftliche Forschung objektiv vorzugehen hat, unterstreicht sie mit folgenden Formulierungen:

„Auch muß als selbstverständlich angenommen werden, daß eine wissenschaftliche Untersuchung sich nicht auf bestimmte Betrachtungsweise festlegen lassen kann, im Gegenteil die Pflicht hat, nach allen Richtungen hin möglichst scharf zu beobachten und das Gute und das Schlechte zu schildern, wie und wo sie es findet.“ (ebd.)

Anhand der Zitate aus dem Vorwort Landés wird deutlich, dass Schmoller, auch wenn er als Mitverantwortlicher der Enquête die Vorgaben der im Unterausschuss dominierenden jüngeren Nationalökonomen mitgetragen hatte, in seinem Umfeld weiter die bewusst wertende „historisch-ethische“ Ausrichtung der Forschung förderte. Bernays hingegen ist, den Vorstellungen ihrer Mentoren Alfred und Max Weber entsprechend, die Reflexion der Methoden ihrer Forschung und die Frage, inwieweit die erzielten Ergebnisse verallgemeinert werden können, ein zentrales Anliegen.

Gemäß den Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik in Nürnberg 1911 (Verein für Socialpolitik 1912) wurden die bereits vorliegenden Ergebnisse der Studie am zweiten Tag, dem 10. Oktober 1911, zur Diskussion gestellt. Herkner berichtete unter dem Titel „Probleme der Arbeiterpsychologie unter besonderer Rücksichtnahme auf Methode und Ergebnisse der Vereinserhebungen“. Einleitend kennzeichnete er die Arbeiten von Marie Baum, Hans Ehrenberg und Erich Wellmann als „unmittelbare Vorläufer der Vereinserhebungen“ (*Herkner* 1912, S. 117).⁷⁸ Herkner ging u.a. auf die Schwierigkeiten

⁷⁷ Weiter unten hält sie eines ihrer Ergebnisse fest: „Daß [...] in den wenigen auf ihre Arbeitsbedingungen hin näher untersuchten Betrieben teilweise ganz eklatante Belege für die Existenz bestimmter sozialpolitischer Probleme, allgemein bekannter Mißstände gefunden worden sind, muß als ein Beweis ihrer weiteren Verbreitung, als ein Gewinn für den sozialpolitischen Forscher in theoretischer wie praktischer Hinsicht betrachtet werden“ (ebd., S. 306 f.).

⁷⁸ Marie Baum (1874–1964) hatte 1906 „Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe: Bericht erstattet an das Großherzogliche Ministerium des Innern“ vorgelegt. Zu ihrer Biographie siehe Fußnote 94 unten.

der Erhebung ein, insbesondere dort, wo Bearbeiter die Fragebögen direkt an die Arbeiter versandten, waren sehr geringe Rückläufe zu verzeichnen. Bei der eigentlich vorgesehenen Verwendung des Fragebogens, nämlich als Interviewleitfaden in persönlichen Gesprächen, „wurden unvergleichlich günstigere Resultate erzielt“ (ebd., S. 121 f.). Herkner erwähnte namentlich „Fräulein Dr. Marie Bernays“, „Dr. Rosa Kempf“ und vier männliche Bearbeiter, die so vorgegangen waren. Er stellte einige Resultate vor und verwies dabei bereits auf den „sehr bemerkenswerten und durchaus originalen Bestandteil unserer Untersuchungen [...], nämlich den exakten Studien zur *Psychophysik der Arbeit*“ (Hervorhebung im Original). Er fuhr fort: „Ich kann mich hier sehr kurz fassen, da wir sofort den Vorzug haben werden, durch Fräulein Dr. Marie Bernays, die sich um dieses Arbeitsgebiet große Verdienste erworben hat, einige der interessantesten Resultate ihrer neusten noch nicht veröffentlichten Untersuchungen zu erfahren“ (ebd., S. 132). In seinem Vortrag verweist Herkner (ebd., S. 136) an einer weiteren Stelle explizit auf Bernays' Arbeit, die Beiträge der anderen Bearbeiterinnen und Bearbeiter werden bei der Vorstellung der Resultate nicht namentlich erwähnt.

Der offensichtlich abgesprochene und eingeplante Redebeitrag von Marie Bernays wurde nicht als Bericht oder als Korreferat entgegengenommen, sondern als Diskussionsbeitrag aufgerufen: „In der hierauf eröffneten Diskussion erhält zunächst Fräulein Dr. Marie Bernays – Heidelberg das Wort“ (Verein für Socialpolitik 1912, S. 139). Ihr Name erscheint damit nicht im Inhaltverzeichnis, aber immerhin im „Verzeichnis der Redner“ (ebd., S. 204). Wie bereits erwähnt, war Bernays die erste Frau, von der ein Redebeitrag auf einer Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik protokolliert ist.⁷⁹ Ihr Vortrag enthält in der gedruckten Fassung (ebd., S. 139–46) drei Tabellen bzw. Abbildungen, die den Zuhörerinnen und Zuhörern offensichtlich vorlagen, da in mehreren Voten darauf Bezug genommen wurde. Auf Bernays' Ausführungen folgte gemäß Protokoll „Großer Beifall“ (ebd., S. 146).

Die Diskussion wurde mit Beiträgen von Alfred Weber, Adolph von Wenckstern (Professor in Breslau) und Gustav Hartmann (Generalsekretär des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, Vorsitzender des Zentralrats der deutschen Gewerkvereine) fortgesetzt. Danach

Ebenfalls 1906 erschien „Die Eisenhüttentechnik und der deutsche Hüttenarbeiter“ von Hans Ehrenberg (1883–1958), eine Dissertation an der Münchner Universität. 1907 erschien von Erich Wellmann (1880–?) „Abstammung, Beruf und Heeresersatz in ihren gesetzlichen Zusammenhängen. Eine theoretische und praktische Untersuchung“ als Dissertation in Berlin.

⁷⁹ Wie bereits in der Einleitung herausgestellt, erwähnt Boese (1939, S. 143) das ebenfalls explizit und bezeichnet Bernays als „Hauptmitarbeiterin an den dem Thema gewidmeten Vereinsschriften“. Inhaltliche Stichworte hält er allerdings nur zu den Beiträgen anderer Redner fest.

erhielt Ladislaus von Bortkiewicz (1868–1931) das Wort. Er war seit 1901 Professor für Statistik an der Berliner Universität. Sein ausführlicher Redebeitrag (ebd., S. 168–84) setzte sich mit den statistischen Methoden der Enquête auseinander. Dabei ging er dezidiert auf die Arbeit von Marie Bernays ein. Ausgangspunkt seiner Anmerkungen waren die Gefahren „privatstatistischer Arbeiten“, d. h. statistischer Arbeiten, die auf eigenen Datenerhebungen basierten und nicht auf der amtlichen Statistik. Er lobte Bernays ausdrücklich für ihren Umgang mit den von ihm benannten ersten beiden Gefahren, nämlich der Prüfung der Repräsentativität der Ergebnisse und der Diskussion der Frage, inwieweit die untersuchten Fragestellungen mit den Mitteln der Statistik erfasst werden könnten (ebd., S. 170, 173). Im weiteren Verlauf und dem überwiegenden Teil seines Votums kritisierte er das Vorgehen der Enquête anhand der Arbeit von Bernays teilweise scharf (ebd., S. 174–77). Zum Beispiel warf er ihr vor, bei der Berechnung von Anteilen unzutreffende Bezugsgrößen gewählt zu haben. Dennoch betonte er:

„Ich möchte bemerken, daß, wenn ich am Schlusse dieses Teiles meiner Ausführungen mich speziell auf Fräulein Dr. Bernays bezogen und einige ihrer Schlußfolgerungen kritisiert habe, es mir vollständig fern gelegen hat, ihre Arbeit irgendwie herabsetzen zu wollen. [...] Überhaupt ist mir die Kritik in diesem Falle nicht Selbstzweck, sondern wenn ich mich zum Worte gemeldet habe, so ist es nicht zuletzt geschehen, weil ich gehofft habe, einige Anregungen geben zu können, die vielleicht dem weiteren Gange der Erhebungen, die noch lange nicht abgeschlossen sind, förderlich sein könnten.“ (ebd., S. 177f.)

Der Redebeitrag von Bortkiewicz endete mit einem beredten Plädoyer, dass in zukünftigen Untersuchungen „Statistiker vom Fach“ die „Dilettanten der Statistik“ anleiten sollten (ebd., S. 178). Ludwig Sinzheimer (1868–1922, Professor in München), gehörte dem Unterausschuss an, der die Enquête entworfen hatte. Er nahm in seinem Votum einige der Kritikpunkte seiner Vorredner auf und verteidigte das gewählte Vorgehen. Schließlich antwortete Max Weber explizit auf Bortkiewicz und dankte ihm dafür, dass seine Rede „diejenige [war], die am meisten zur Sache war und diejenige, deren Kritik uns sachlich am meisten zu fördern geeignet ist“ (ebd., S. 190). Auch er bezog sich (nur) auf die Arbeit von Marie Bernays und verteidigte sie in mehreren Punkten gegen Bortkiewicz’ Kritik. Bei einem der Kritikpunkte gestand er zu, dass „ein positiver methodischer Fehler vorliegt“ (ebd., S. 196).⁸⁰

Der Name von Marie Bernays fiel, gemäß Protokoll, am zweiten Verhandlungstag in den Ausführungen der Redner siebzehnmal. Nimmt man Bort-

⁸⁰ Keller (2018, S. 338) hebt hervor, dass sich die Kritik von Bortkiewicz „indirekt an Max Weber“ richtete, da Bernays dessen Vorgaben gefolgt sei. Sie hält zusammenfassend fest, dass Bernays’ eigenständiger Beitrag zu der Studie auch deshalb wenig Beachtung fand und dass sie in der Rezeption auf „die Rolle von Webers Lieblings-schülerin reduziert wurde“ (ebd., S. 350).

kiewicz, bei dem die kritischen Anmerkungen überwogen, ab, dass es ihm um konstruktive Kritik ging, so ist festzuhalten: Bernays' Beitrag wurde ernst genommen und von prominenten Vertretern des Faches ausführlich diskutiert. Ob der Ton und die Atmosphäre an der Generalversammlung einer grundsätzlich anerkennenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Bernays' Beitrag entsprachen, ist jedoch kaum zu rekonstruieren. Herknerns Einsicht aus den Erhebungen im Rahmen der von ihm vorgestellten Enquete kann auf diese Frage sinngemäß übertragen werden: „Der unter der Arbeiterschaft herrschende Ton konnte eben, wie Fräulein Dr. Rosa Kempf sehr richtig bemerkt, [...] nur miterlebend empfunden werden“ (Herkner 1912, S. 120).

Fassen wir die Einsichten aus diesem Abschnitt zu den Frauen, die als Autorinnen in den Studien des VfS mitgewirkt haben, zusammen. Die ersten Arbeiten von Frauen 1899 in der Enquete zur Hausindustrie hatten die Erforschung der Arbeits- und Lebensbedingung von Frauen zum Gegenstand. Sie fügten sich damit in das Bild sozialwissenschaftlicher Forschungen von Frauen ein, das Herkner 1899 entworfen hatte. Im Gegensatz dazu steht der 1908 in der Enquete über die Gemeindebetriebe erschienene Aufsatz von Lea Wormser. Dabei spielte keiner der Aspekte, die Herkner herausgearbeitet hatte, eine Rolle. Auch die Arbeiten von Marie Bernays, Dora Landé und Elise Hermann, die im Rahmen der Studie „Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft“ konzipiert worden waren, behandelten keine frauenspezifischen Themen. Wie erwähnt, wurde Rosa Kempfs Untersuchung zu den „Fabrikmädchen in München“ erst nachträglich in die Enquete aufgenommen. Sie hatte das Thema selbst gewählt. Wie oben skizziert, fällt die Auslese- und Anpassungsstudie in eine Zeit, in der die Ausrichtung der historisch-ethischen Nationalökonomie in Frage gestellt und die Methoden der sozialwissenschaftlichen Forschung in Deutschland intensiv diskutiert wurden.

Die historisch-ethische Nationalökonomie, die Herknerns Rede 1899 befürigte, maß den sozialpolitischen Urteilen der Forscherinnen und Forscher große Bedeutung zu. Objektive Forschung hieß in diesem Kontext, den Gegenstand möglichst facettenreich zu erfassen und ihn aus allen Richtungen zu beleuchten, wie auch im oben zitierten Vorwort zu ihrer Arbeit von der Schmoller-Schülerin Dora Landé betont wurde. Mit dem Einbringen des „weiblichen“ Standpunktes und der spezifischen Sichtweise der Frauen würde die derart verstandene Objektivität gesteigert. In den hier vorgestellten, ab 1908 verfassten Arbeiten sollten persönliche Wertungen jedoch keine Rolle mehr spielen. Bernays unterstrich das in ihrem Vorwort, wie oben zitiert. Objektivität sollte gerade dadurch erzielt werden, dass sich die Forscherinnen und Forscher persönlicher Urteile enthielten. Die Argumente für die Notwendigkeit, Frauen in die Forschung einzubeziehen, die aus der Betonung

der Geschlechterdifferenz durch die Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts abgeleitet worden waren, verloren damit ihre Bedeutung. Der Gedanke, den Herkner 1899 ausgeführt hatte, nämlich dass Frauen einen ganz besonderen Forschungsbeitrag leisten könnten, der von Männern nicht erbracht werden könnte, spielte vor diesem Hintergrund keine Rolle mehr.

Dass Frauen nicht mehr auf frauenspezifische Forschung festgelegt werden, nimmt die Entwicklung der kommenden Jahre und Jahrzehnte vorweg. Betrachtet man die Doktorarbeitsthemen von Frauen, die in den Weimarer Jahren promovierten, so spielen jedoch Fragestellungen, die sich mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen beschäftigen, weiterhin eine wichtige Rolle. Auch viele der Frauen, die ihr Volkswirtschaftsstudium nach dem Ersten Weltkrieg aufnahmen, strebten Berufsfelder in der sozialen Arbeit an und behandelten demgemäß sozialpolitische Gegenstände in ihren Dissertationen. Doch für viele der Frauen, gerade auch denjenigen, die in der Weimarer Zeit akademische Berufswege verfolgten, schwindet die Orientierung an frauenspezifischen Themen.⁸¹

VI. Diskussion

Ausgangspunkt dieser Arbeit war, dass in den Veröffentlichungen zur Geschichte des VfS nur wenige Hinweise zur Mitwirkung von Frauen zu finden waren. Die Durchsicht der Mitgliederverzeichnisse ab den 1890er Jahren, die Auswertung der Teilnehmerlisten in den gedruckten Bänden zu den Verhandlungen des Vereins und die Erfassung der Autorinnen in den Schriften des Vereins für Socialpolitik zeigen, dass es eine Reihe von Frauen gab, die teilweise auch über lange Zeit hinweg dem Verein verbunden waren. Wichtige Aufgaben im Verein oder Einfluss auf die Vereinsarbeit hatten sie in den hier betrachteten rund zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg nicht.

Diese Einsicht unterscheidet sich deutlich von den Ergebnissen, die *Demand* u.a. (2011, S. 11) für die USA präsentieren. Bereits bei der Gründung der American Economic Association 1885 waren unter den 185 Gründungsmitgliedern sechs Frauen. In den darauffolgenden Jahren und bis 1918 waren Frauen zwar eine kleine, aber präsente Minderheit in den Aktivitäten des Vereins. Sie präsentierten eigene Forschungsergebnisse und hielten Korrefereate, wirkten als Vorsitzende in Sitzungen, gewannen Preise und übernahmen Ämter in der American Economic Association (*ebd.*, S. 1). Die Ursachen dieser erheblichen Unterschiede zu beleuchten würde dazu beitragen, die Hintergründe der geringen Beteiligung der Nationalökonominnen im VfS besser zu verstehen. Auch die Entwicklungen in anderen europäischen Län-

⁸¹ *Allgoewer* (2022) und die dort zitierte Literatur.

dern sollten in internationale Vergleiche aufgenommen werden, die auf der in den letzten Jahren veröffentlichten, jeweils auf die Entwicklungen in einzelnen Ländern ausgerichteten Forschung aufbauen können.⁸²

Ein möglicher Grund für die geringe Beteiligung der Frauen im VfS könnte darin liegen, dass die Wissenschaftlerinnen sich in anderen Vereinen und Organisationen betätigten. Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS), die 1909 als wissenschaftliche Vereinigung gegründet wurde, war für die sozialwissenschaftlich arbeitenden Frauen möglicherweise eine Alternative zum VfS. *Theresa Wobbe* (1997) machte mit dem Titel ihrer Arbeit auf „Wahlverwandtschaften“, die „die Soziologie und die Frauen auf dem Weg zur Wissenschaft“ verbanden, aufmerksam.⁸³ Deshalb stellt sich die Frage, ob die Nationalökonominnen, die sich häufig (auch) als Soziologinnen verstanden, in der neuen Fachgesellschaft beteiligt wurden bzw. mitwirkten.⁸⁴ Gnauck-Kühne hatte die Gründung der DGS begrüßt und war zunächst unterstützendes Mitglied. Auf der Gründungsversammlung am 19. Oktober 1910 in Frankfurt am Main wurden sie und Helene Simon als ordentliche Mitglieder aufgenommen (*Keller* 2018, S. 83). Auch Dihrenfurth (von 1910 bis 1914) und Bernays (von 1912/13 bis 1922) waren unterstützende Mitglieder.

Eine Durchsicht der Tagungsbände der Gesellschaft, die unter dem Titel *Verhandlungen des Deutschen Soziologentages* erschienen, zeigt, dass sich die Situation dort nicht grundsätzlich von der auf den Tagungen des VfS unterschied. Wie in den Verhandlungsbänden des VfS wurde neben den Referaten mindestens eine Liste der Namen derjenigen abgedruckt, die Redebeiträge leisteten. Die im ersten Verhandlungsband abgedruckte Einladung zur Gründung der DGS war nur von Männern unterzeichnet. An der ersten Tagung 1910 meldete sich Henriette Fürth (1861–1938) aus Frankfurt a. M. in der Diskussion zu Wort (Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1911, S. v, x). Im Verhandlungsband des Zweiten Deutschen Soziologentages (20.–22. Oktober 1912) in Berlin ist keine Mitwirkung von Frauen dokumentiert. Der nächste Soziologentag fand erst 1922 und damit außerhalb des hier betrachteten Zeitraums statt.⁸⁵ Zusammenfassend kann also festgehalten

⁸² Insbesondere *May/Dimand* (2019) zur American Economic Association, *Forget* (2011) zu US-Ökonominnen im 20. Jahrhundert und *Mosca* u. a. (2022) zu den Entwicklungen in einigen europäischen Ländern.

⁸³ Detailliert behandelt Wobbe die Werke und Biographien von Marianne Weber, Edith Stein, Mathilde Vaerting, Frieda Wunderlich und Hanna Meuter.

⁸⁴ Zum Beispiel charakterisierte *Helene Simon* (1928) Gnauck-Kühne in ihrer Biographie als Soziologin. Diese Bezeichnung verwendet sie in der Überschrift des Abschnittes zu Gnauck-Kühnes wissenschaftlichem Werk.

⁸⁵ 1922 fand der dritte Soziologentag statt. Der nächste Redebeitrag einer Frau ist für den Fünften Deutschen Soziologentag (26.–29.9.1926) in Wien verzeichnet.

werden, dass auch die DGS in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg kein Forum für Wissenschaftlerinnen war.

Damit wenden wir uns den Organisationen der Sozialreform zu und der Frage, inwiefern die Frauen dort eine Alternative zur Aktivität im VfS fanden. Wie oben gezeigt wurde, entstand das Interesse an der Nationalökonomie vieler Frauen im Kontext ihres Engagements in der Frauenbewegung bzw. in den sozialreformerischen (Frauen-)Vereinen. Während der Mitgliedschaft von Frauen im VfS offenbar nichts entgegenstand, kämpften die Frauen sowohl im Evangelisch-Sozialen Kongress als auch in der Gesellschaft für Soziale Reform um ihre Einbeziehung und Sichtbarkeit.

Am Beispiel des ESK wird dies hier skizziert.⁸⁶ Dazu wird noch einmal auf die Bedeutung der restriktiven Vereinsgesetzgebung bis zur Vereinheitlichung und Liberalisierung im (Reichs-)Vereinsgesetz von 1908 eingegangen. Bis dahin galten in vielen Bundesstaaten Gesetze, die den Frauen eine Mitgliedschaft in politischen Vereinen verboten. Eindeutig war ihre Anwendung auf politische Parteien, nicht jedoch bezüglich der gemeinnützigen Organisationen, die sich gesellschaftspolitischen Themen widmeten, z.B. der Sozialreform. Als besonders restriktiv gilt das Preußische Vereinsgesetz von 1850, das auf die Vereine der Sozialreformbewegung mit Sitz in Berlin Anwendung fand. Die Entscheidung, ob ein „politischer Verein“ vorlag, wurde in den Polizeipräsidien getroffen, die im Rahmen ihres Ermessensspielraums durchaus unterschiedlich entschieden.⁸⁷ Simon (1928, S. 60 f.) zitiert aus einem Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten von 1894, mit dem offensichtlich eine Anfrage des ESK über die Zulässigkeit der Gründung einer Frauen-

„Stadtbibliothekarin Dr. Hanna Meuter (Köln)“ sprach über „Zolas Rougon-Macquarts literarische Quelle für beziehungswissenschaftliche Analysen“. Die Diskussion eröffnete „Dr. Charlotte Bühler (Wien)“ (Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1927, S. x). Der Verhandlungsband zum Siebten Deutschen Soziologentag (28.9.–1.10.1930) in Berlin enthält im Anhang „Schriftliche Beiträge zum Thema: „Soziologie der Kunst“, darunter ein weiterer Beitrag von „Dr. Hanna Meuter (Köln)“ (Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1931, S. vii). Weitere Einträge enthielten die Tagungsbände nicht. Der nächste Deutsche Soziologentag fand erst 1946 statt.

⁸⁶ Ratz (1980, S. 43 f.) stellt den Kampf der Frauen um volle Mitgliedschaftsrechte in der Gesellschaft für soziale Reform dar und zeigt, dass er nicht erfolgreich war. Bis über die Jahrhundertwende hinaus wurde die Teilnahme von Frauen an den Mitgliederversammlungen häufig eingeschränkt. Die Frauen mussten getrennt von der Versammlung in einem „Segment“ sitzen, und es wurde ihnen verboten, das Wort zu ergreifen. Das betraf zum Beispiel Helene Simon, die 1902 für ein Referat auf der Generalversammlung der GfSR in Köln vorgeschen war. Sie durfte nicht selbst vortragen, sondern lediglich vom „Segment“ aus zuhören, wie ein Mann ihren Text vorlas (Lindenlaub 1967, S. 360, Fn. 160).

⁸⁷ Zum Beispiel wurde die Teilnahme von Frauen an der Vereinstagung des ESK in Kassel von den lokalen Polizeibehörden verboten.

gruppe beantwortet wurde. Demnach sei ausschlaggebend, ob auf den Vereinsversammlungen bzw. den Versammlungen der Frauengruppe „politische Gegenstände“ erörtert würden. Die Entscheidung über die Frage, ob der Verein bzw. die Frauengruppe nach dem Vereinsgesetz als politischer Verein bewertet werde, sei nicht nur von den Statuten, sondern auch vom „Verhalten“ des Vereins abhängig, und eine „gelegentliche Berührung politischer Gegenstände“ mache einen Verein noch nicht zu einem politischen Verein.

Elisabeth Gnauck-Kühne und ihre Mitstreiterinnen hatten im ESK viel Überzeugungsarbeit geleistet, um eine vollwertige Mitgliedschaft durchzusetzen.⁸⁸ Ein wichtiger Schritt war es, das Rederecht der Frauen im Verein zu bekommen, was auf der Frankfurter Tagung im Mai 1894 gelang. Die bisher im Verein allein stimmberechtigten Männer stimmten „mit überwiegender Mehrheit für das Rederecht der Frauen sowie für die Wahl von drei weiblichen Mitgliedern mit vollem Stimmrecht in den Ausschuß“ (*Schneider-Ludorff* 1995, S. 382). An den Tagungen hatten Frauen bis dahin nur als Zuhörerinnen teilgenommen. Das spiegelte zum einen die Sorge um ein Einschreiten der Polizei aufgrund der Vereinsgesetzgebung, aber „zum anderen war in den kirchlichen Kreisen die Gültigkeit des ‚mulier taceat in ecclesiam‘ noch weit verbreitet“ (ebd., S. 382). *Baumann* (1992, S. 80) hebt deshalb auch hervor, dass der ESK mit seinen Entscheidungen von 1894 „eine wahre Pionierleistung“ vollbrachte, da er „das paulinische Verdikt durchbrach, indem er ihnen [den Frauen] das Rederecht auf seinen Versammlungen zubilligte“.

Ein wichtiger Grund dafür, neben dem Erstreiten der vollen Mitgliedsrechte für Frauen eine Frauengruppe des ESK einzurichten, war sicher, dass dies den Frauen „eine gewisse Selbstorganisation“ ermöglichte (ebd.). Eine Frauenorganisation innerhalb des ESK aufzubauen eröffnete auch die Aussicht, in diesen großen Verein hineinzuwirken, was offenbar ein zentrales Anliegen von Gnauck-Kühne war. Sie wollte erreichen, dass sich der ESK der Frauenfrage annahm, und war deshalb zu Zugeständnissen an den konservativen Flügel des Kongresses bereit (*Keller* 2018, S. 55–58). Die Frauengruppe wurde im Herbst 1894 gegründet. Zu ihren Mitgliedern gehörte auch Gnauck-Kühnes Freundin und Mitstreiterin Gertrud Dyhrenfurth, die Keller (ebd., S. 131) als eine der im ESK bis zum Ersten Weltkrieg aktivsten Frauen identifiziert.⁸⁹ Mitglieder der Frauengruppe waren auch die Frauen vieler der

⁸⁸ *Baumann* (1992, S. 82) erwähnt: „Schmoller dürfte ihr [Gnauck-Kühne] [...] die Verbindung zum Evangelisch-Sozialen Kongress vermittelt haben.“ Schmoller gehörte zur Gründungsgeneration des ESK und war ein einflussreiches Mitglied, sodass seine Empfehlung Gnauck-Kühne sicherlich Türen öffnete und Sympathien für ihre Anliegen gewann.

⁸⁹ Gnauck-Kühne trat 1898 vom Vorsitz der Frauengruppe zurück und schied mit ihrer Konversion im Jahre 1900 aus. Sie setzte sich daraufhin für die Gründung des Katholischen Frauenbundes ein, die 1903 erfolgte (*Allgoewer/Schaser* 2018, S. 57f.).

Professoren, die sowohl im VfS als auch im ESK aktiv waren, z. B. die Ehefrauen von Gustav Schmoller, Max Sering und Max Weber (ebd., S. 58).

Aufmerksamkeit erlangte Elisabeth Gnauck-Kühne 1895 innerhalb des ESK und weit darüber hinaus mit ihrer Rede „Die Soziale Lage der Frau“ auf der Erfurter Tagung des ESK. Das Korreferat hielt Adolf Stoecker (1835–1909), einer der Gründer des ESK.⁹⁰ Neun Jahre später, nämlich 1904, war wieder eine Frau Rednerin an der Tagung des ESK. Gertrud Dyhrenfurth referierte über „Die weibliche Heimarbeit“, ein Thema, zu dem sie selbst geforscht und publiziert hatte.⁹¹ Robert Wilbrandt (1875–1954) hielt das Korreferat. Er war zu dieser Zeit Privatdozent an der Berliner Universität und lehrte ab 1905 in Tübingen, ab 1908 als Professor.⁹² Zum Thema der ESK-Tagung 1906 „Die sozialen Forderungen der Frauenbewegung im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage der Frau“ hielt Gertrud Bäumer (1873–1954) das Hauptreferat und Friedrich Naumann (1860–1919) das Korreferat.⁹³ Als Marie Baum (1874–1964) im Jahre 1910 zum Thema „Fabrikarbeit und Frauenleben“ vortrug, verzichtete der ESK auf ein Korreferat.⁹⁴

⁹⁰ Adolf Stoecker war Theologe und seit 1874 Hofprediger in Berlin. Seine antiliberalen und gegen die Sozialdemokratie gerichteten Ideen vertrat er in der „Christlich-Sozialen Partei“. Er war ein radikaler antisemitischer Propagandist. Aus dem ESK schied er aufgrund zunehmender Differenzen 1896 aus (Christophersen 2013; Baumann 1992, S. 119).

⁹¹ Die Namen der Referentinnen und Korreferenten und die Titel der Vorträge sind Schneider-Ludorff (1995) entnommen.

⁹² Wilbrandt und seine Frau Lisbeth hatten die Beiträge zu einem Band über „Die deutsche Frau im Beruf“ verfasst, der 1902 als vierter Band des fünfbändigen *Handbuch der Frauenbewegung*, herausgegeben von Helene Lange und Gertrud Bäumer, erschien. Es ist der einzige Band des Handbuchs, an dem ein Mann mitarbeitete.

⁹³ Gertrud Bäumer hatte, wie viele ihrer Zeitgenossinnen, ein Lehrerinnenseminar besucht. Von 1900 bis 1904 studierte sie an der Berliner Universität Deutsche Philosophie, Philosophie und Nationalökonomie. 1904 wurde sie dort mit ihrer Arbeit *Goethes Satyros oder der vergötterte Waldteufel* bei Erich Schmidt promoviert. Zweitgutachter war Andreas Heusler. Max Sering wirkte in der Promotionsprüfung mit (Schaser 2010, S. 101–10). 1919 wurde sie als eine von zwei Frauen in den Hauptausschuss des VfS kooptiert.

⁹⁴ Baum hatte in Zürich ab 1893 Chemie studiert und das Studium 1897 mit dem Diplom als Fachlehrerin für Naturwissenschaften abgeschlossen. 1899 folgte die Promotion zum Dr. rer. nat. Von 1899 bis 1902 arbeitete sie als Chemikerin bei AGFA in Berlin. Von 1902 bis 1907, also auch zum Zeitpunkt des Vortrags, war sie Fabrikinspektorkin in Karlsruhe, als Nachfolgerin von Elisabeth von Richthofen/Else Jaffé. Zur Biographie siehe Bocks 1994. Die 1906 von Baum vorgelegte Studie „Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen“ wurde als wegbereitend für die Auslese- und Anpassungsstudie bereits erwähnt, s. o. Fußnote 78.

Diese Aufzählung macht deutlich, dass die Frauen als Rednerinnen im ESK sichtbar und ihre Anliegen im Verein anerkannt wurden. Alle Vorträge hatten die soziale Lage von Frauen zum Gegenstand. Alle Rednerinnen waren durch eigene Forschung wissenschaftlich ausgewiesen, und ihre Kompetenz in den entsprechenden Themenfeldern war durch Publikationen belegt. Das entsprach der oben beschriebenen wissenschaftlichen Arbeitsteilung, die sich aus der Betonung der Geschlechterdifferenz ergab.

Im VfS bildete sich dies, wie oben ausführlich gezeigt, in der Enquête zur Hausindustrie ab. Frauen mussten sich das Recht der Mitgliedschaft im VfS offenbar nicht erkämpfen, zu Wort kamen sie auf den Tagungen des Vereins jedoch nicht. Möglicherweise bemühten sie sich nicht aktiv darum, und den Organisatoren der Tagungen kam es nicht in den Sinn, die Neuankömmlinge in der Welt der Wissenschaft zu einem Vortrag einzuladen. Die Enquête über die Hausindustrien, an der mehrere Frauen mitgewirkt hatten, wurde auf der Jahrestagung 1899 vorgestellt. Für das Hauptreferat war „Geheimer Oberregierungsrat Dr. Wilhelmi (Berlin) aus dem Reichsamt des Innern“ vorgesehen. Da er „durch Dienstgeschäfte an seinem Auftreten gehindert war“, wurde die Tagung mit dem Referat von Alfred Weber eröffnet (*Boese 1939, S. 88f.*), das vermutlich ursprünglich als zweites Referat vorgesehen war. Als Korreferent war Eugen von Philippovich (1858–1917), Professor an der Universität Wien, „eingesprungen“ (*ebd., S. 89*). Helene Simon, die an der Studie mitgewirkt hatte, oder Gertrud Dyhrenfurth, die als ausgewiesene Expertin auf dem Gebiet galt, hätten als durch ihre Forschung ausgewiesene Frauen sicher fundierte Referate auch bei einer kurzfristigen Einladung halten können.⁹⁵ Tatsächlich nahmen sie an der Jahrestagung des VfS nicht einmal teil.

Wie oben ausgeführt, verzichtete der VfS seit 1880 auf die Verabschiedung von Stellungnahmen und Thesenpapieren und hatte sich damit als primär wissenschaftliche Vereinigung positioniert. Den Frauen, die sozialwissenschaftliche Forschung aus einer sozialreformerischen Motivation heraus betrieben, stellte sich der ESK vielleicht als das für ihre Ziele besser geeignete Forum dar. Wenn es ihnen vor allem darum ging, die aus ihren Studien abgeleiteten sozialpolitischen Überlegungen zu präsentieren, verlieh eine Organisation wie der ESK diesen Nachdruck.⁹⁶ Sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte in Form von Enqueten bzw. empirischen Untersuchungen plante der

⁹⁵ Simon behandelte das Thema 1902 bei der Tagung der GfSR, Gertrud Dyhrenfurth, wie bereits erwähnt, 1904 beim ESK.

⁹⁶ Gnauck-Kühne und Dyhrenfurth verfolgten ihre sozialpolitischen Ziele mit großem Engagement und bis zum Lebensende, wobei für Gnauck-Kühne das Thema der Bildung von Frauen, die sie als Schlüssel zu deren Besserstellung ansah, im Vordergrund stand (*Allgoewer/Schaser 2018, S. 72–89*), während Dyhrenfurth sich für die Interessen der Arbeiterinnen einsetzte (*Keller 2018, S. 139–45*).

ESK, aber auch die GfSR und andere Organisationen taten dies, in ähnlichen Formen wie der VfS. Der Kongress bzw. die Vereine boten dann auch ein Forum für die Vorstellung der Ergebnisse und deren publizistische Verbreitung. Stellvertretend sei hier auf die Enquête „Die Frauen in der Landwirtschaft“ hingewiesen, die als großangelegtes empirisches Forschungsprojekt im Herbst 1910 durch den Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen beschlossen wurde. Unterstützt von Max Sering, lag die wissenschaftliche Leitung bei Gertrud Dyhrenfurth und Otto Auhagen (1869–1945), der schon in der Landarbeiter-Enquête des VfS mitgearbeitet hatte.⁹⁷ Wie oben bereits erwähnt, wird hier noch einmal deutlich, dass es große Schnittmengen zwischen den Mitgliedern im VfS, ESK, GfSR und anderen sozialreformerischen Vereinen gab.

Diese Beispiele zeigen, dass die frühen Nationalökonominnen in den sozialreformerischen Vereinigungen Foren für die Präsentation ihrer Forschungsergebnisse und die Durchführung weiterer Forschungsarbeiten fanden. Auch diese Vereine öffneten sich den Frauen nicht von selbst: Sie erkämpften sich Mitspracherechte und Mitwirkung. Weshalb das im VfS nicht geschah, könnte daran gelegen haben, dass die Frauen sich nicht zutrauten, solche Forderungen zu stellen, oder dass sie sich weniger Erfolgsschancen ausrechneten. Beide Gedanken werden hier noch etwas weiterverfolgt, wobei natürlich nur Anhaltspunkte und keine abschließenden Antworten gegeben werden können.

Zunächst wird ein Blick auf die 1916 gegründete Vereinigung der Nationalökonominnen Deutschlands geworfen.⁹⁸ Vergleichbare Organisationen gab es z. B. mit dem Deutschen Philologinnenverband, der 1905 gegründet wurde, oder dem Deutschen Juristinnenverein, gegründet 1914, die genauso wie die Vereinigung der Nationalökonominnen ab 1926 dem Dachverband „Deutscher Akademikerinnenbund“ angehörten (Digitales Deutsches Frauenarchiv o.J.). *Vogt* (2007, S. 135) weist darauf hin, dass Naturwissenschaftlerinnen früh als gleichberechtigte Mitglieder in die jeweiligen Fachgesellschaften aufgenommen worden waren und deshalb keine spezifisch an Frauen gerichtete Organisationen entstanden.⁹⁹

Vor dem Hintergrund dieser Interpretation kann die Gründung der Vereinigung der Nationalökonominnen als ein weiterer Hinweis auf die begrenzten Mitwirkungsmöglichkeiten der Frauen im VfS gedeutet werden. In den

⁹⁷ Ausführlich dazu *Keller* (2018, S. 198–219), die Dyhrenfurths zentrale Rolle in diesem Projekt herausarbeitet. Auch Rosa Kempf ging nach ihrer Promotion sozialwissenschaftlicher Forschung nach, und auch sie war an der Enquête des Ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen beteiligt (*ebd.*, S. 279).

⁹⁸ Zur Tätigkeit des Vereins siehe *Förder-Hoff* (1992, S. 159 f.).

⁹⁹ Sie nennt als Ausnahme die 1918 gegründete Organisation der Chemikerinnen.

1920er Jahren nahm die Vereinigung primär die praktischen Aufgaben eines Berufsverbandes wahr und informierte die Mitglieder zum Beispiel über Beschäftigungsmöglichkeiten. Bei der Gründung wurde jedoch auch die akademische Ausrichtung der Vereinigung bedacht, wie folgende Episode verdeutlicht. Gemäß Statuten war Voraussetzung für die Mitgliedschaft ein abgeschlossenes Studium der Nationalökonomie, was damals die Promotion umfasste. *Helene Simon* (1929, S. 129 f.) berichtet, dass mit dieser Vorgabe „die drei ältesten, damals wohl angesehensten Nationalökonominnen“ ausgeschlossen worden seien, nämlich Gertrud Dyhrenfurth, Elisabeth Gnauck-Kühne und sie selbst. Elisabeth Altmann-Gottheiner, die eine der Initiantinnen des Vereins war, bot ihnen die Ehrenmitgliedschaft an, die sie schließlich auch annahmen. Vorher fand ein Austausch zwischen den dreien statt, der hier nur deshalb aufgegriffen wird, weil die Anrede, die Dyhrenfurth für ihre Freundinnen wählt, ein Schlaglicht auf die Wahrnehmung und die Selbstwahrnehmung der drei Wissenschaftlerinnen wirft. Dyhrenfurth überschrieb ihren Brief an Gnauck-Kühne und Simon mit „Sehr liebe und verehrte Bönhasen“.¹⁰⁰ Als Bönhasen wurden vor der Aufhebung der Zunftordnungen jene Handwerker bezeichnet, die nicht „zünftig“ ausgebildet waren. Bönhasen betrieben ihr Handwerk versteckt. Wenn nicht schon auf dem Dachboden (Bön) gearbeitet wurde, dann war es der Ort, wohin die Bön-, „Hasen“ flüchteten, wenn sie gejagt wurden.

Die vielschichtigen Andeutungen, die in dieser Anrede mitschwingen, geben Anhaltspunkte dafür, was diese selbstbewussten und durchsetzungsstarken Frauen möglicherweise davon abhielt, im VfS Sichtbarkeit und Einfluss einzufordern. *Gnauck-Kühne* (1891, S. 17) hatte in ihrem Plädoyer für „Das Universitätsstudium der Frauen“ formuliert: „Der Kampf der Frauen um erweiterte Daseinsbedingungen, um das gleiche Recht auf Arbeit und Bildung, wie der Mann, entbrennt naturgemäß am heftigsten um das Durchgangsthör zur Citadelle der männlichen Vorrechte: Um die Universität.“ Der Zugang zum Wissenschaftsbetrieb, als Teil der von Gnauck-Kühne so genannten Citadelle, war mit dem Zugang zur Universität (in Preußen ab 1908) noch längst nicht erobert.

Während Gnauck-Kühne, Dyhrenfurth und Simon keine formalen Universitätsabschlüsse erlangt hatten und somit keine „regelrechten“ Mitglieder der wissenschaftlichen Zunft sein konnten, galten diese Vorbehalte für Marie Bernays und ihre Generation der Forscherinnen nicht mehr. Sie hatten Studium und Promotion als reguläre Studentinnen abgeschlossen, und sie beanspruchten die Aufnahme in die „zünftige“ Wissenschaft, im Falle Bernays‘ in Form eines Redebeitrags an der Tagung des VfS und mit dem Ziel der Habi-

¹⁰⁰ Gnauck-Kühne beginnt ihren Antwortbrief mit „Meine lieben Leidensgefährinnen“ (ebd.).

litation. Wie schon anhand der wenigen oben skizzierten Biographien erkennbar wurde, war aber auch dieser zweiten Generation von Wissenschaftlerinnen sehr unterschiedlicher Erfolg beschieden.

Gnauck-Kühne und Dyhrenfurth waren, trotz aller Vorbehalte, seit ihrem Beitritt 1895 ununterbrochen Mitglieder des VfS, während die meisten anderen in den Mitgliederverzeichnissen genannten Frauen jeweils nur für kürzere Zeitabschnitte dabei waren. Dies mag einen einfachen, ökonomischen Grund gehabt haben. Mit der Mitgliedschaft verbunden war der Bezug der Vereinschriften (Gorges 1980, S. 417). Für Gnauck-Kühne und Dyhrenfurth war dies sicher ein zentraler Grund, an der Mitgliedschaft festzuhalten, denn beide verließen Berlin um die Jahrhundertwende. Dyhrenfurth kehrte 1899 nach Jakobsdorf in Niederschlesien zurück, Gnauck-Kühne zog nach ihrer Konversion 1900 in ihre Heimat nach Blankenburg im Harz. Gemäß der in Boese (1939, S. 305–22) enthaltenen Listen der Vereinsschriften inkl. der jeweiligen Einzelpreise lag die Summe der Einzelpreise der in einem Jahr ausgelieferten Schriften meist deutlich über dem Mitgliedsbeitrag von 16 Mark.¹⁰¹ Gnauck-Kühne und Dyhrenfurth setzten ihre Studien und ihre Publikationstätigkeit von ihren Heimatorten aus fort, wissenschaftliche Bibliotheken gab es dort jedoch nicht. Der Bezug der Schriften für ihre Privatbibliotheken unterstreicht, dass sie die Arbeiten, die im Rahmen der Enquêtes des VfS durchgeführt wurden, als Quellen und Referenzen für ihre eigene Forschung nutzten. Dass sie Privatbibliotheken aufbauten, unterstreicht aber auch ihr Selbstverständnis als Wissenschaftlerinnen.

Dass sich Gnauck-Kühne und Dyhrenfurth die Forderung nach einer gleichwertigen Mitwirkung im „zünftigen“ VfS als „Böhnasen“ nicht anmaßten, wäre eine mögliche Erklärung dafür, dass sie diese Forderung nicht erhoben. Ein anderer Grund könnte sein, dass sie die Erfolgschancen einer solchen Forderung als gering einschätzten, da sich der VfS als eine bezüglich der Beteiligung von Frauen besonders konservative Organisation darstellte. Einige Anhaltspunkte dazu wurden bereits oben erwähnt. Hier soll noch das gesellschaftliche Umfeld, das die Wahrnehmung der Nationalökonominnen sicher beeinflusste, kurz angesprochen werden.

Die Auswertungen im Hauptteil dieses Beitrags widmeten sich den Frauen, die aus eigener Initiative bzw. aufgrund ihrer eigenen Interessen am Vereinsleben teilnahmen. Bei der Recherche wurde deutlich, dass Frauen aber auch als Ehefrauen und Familienangehörige für den Verein bzw. für die im Verein

¹⁰¹ Die Summen betrugen z. B. für 1901 über 35 Mark, für 1902 über 20 Mark, für 1903 (mit außergewöhnlich vielen Publikationen) ist eine Rekordsumme von fast 100 Mark festzustellen. Es folgen für 1904 (8 Mark) und 1905 (11 Mark) Werte, die unter dem Mitgliedsbeitrag lagen, für 1906 lag er mit über 35 Mark wieder deutlich darüber.

aktiven Männer wichtig waren. Sie sorgten für das Ambiente, wenn sich Vertreter des Vereins in privaten Räumlichkeiten trafen. *Boese* (1939, S. 228) erwähnt zum Beispiel, dass ein Treffen des Vorstandes im Jahre 1932 in der Wohnung von Werner Sombart (1863–1941) stattfand. Auch die Privatseminare, die die studierenden Frauen, z.B. Elisabeth Gnauck-Kühne oder Marie Bernays, bei ihren Mentoren besuchten, fanden in den Wohnungen der Professoren statt. Die Ehefrauen hatten nicht nur diese Räume (mit-)gestaltet, häufig begrüßten sie die Gäste, bewirteten sie oder beteiligten sich am Gespräch. In einigen Fällen waren die Ehefrauen wichtige Gesprächspartnerinnen ihrer gelehrten Männer. Manche wirkten als Mitarbeiterinnen am Zustandekommen der wissenschaftlichen Werke ihrer Ehemänner mit. Else Kesten-Conrad unterstützte ihren Vater über viele Jahre als „Sekretärin“ (Conrad 1917, S. 229). Dass diese in den Veröffentlichungen und Quellen oft unsichtbaren Frauen zu Werk und Wirken ihrer Ehemänner, Väter oder Brüder beitragen bzw. dies in mancher Hinsicht erst ermöglichte, wird inzwischen in der Literatur thematisiert. Einzelne prominente Beispiele sind gut erforscht.¹⁰² Diese Form der (Mit-)Wirkung von Frauen konnte in der vorliegenden Arbeit nur am Rande erwähnt werden.

Die hier vorgestellten Nationalökonominnen orientierten sich mit ihrer Forschung und mit ihren Publikationen an den (vorgefundenen) zeitgenössischen wissenschaftlichen Gepflogenheiten. Gesellschaftliche Gepflogenheiten für einen Umgang „auf Augenhöhe“ mit den Wissenschaftlerinnen fehlten jedoch. Der Anspruch der Ökonominnen, als Forscherinnen in der Welt der Wissenschaft akzeptiert zu werden, verlangte ihnen ab, neue Formen des Umgangs zu erzwingen. Die „Männerwelt“ tat sich teilweise schwer mit den Neuankömmlingen und behandelte sie wie Eindringlinge. An der Berliner Universität war es auch nach der Öffnung der Universität für die reguläre Immatrikulation der Frauen üblich, dass die Studenten mit „Getrampel“ und „Scharren“ in den Hörsälen und Seminaren ihr Missfallen darüber zum Ausdruck brachten.¹⁰³

Auch viele Professoren machten weiterhin keinen Hehl aus ihrer Ablehnung des Frauenstudiums. Marie-Elisabeth Lüders (1878–1966) berichtet zum Beispiel, dass der Dekan sie und ihre ebenfalls frisch zum Wintersemester 1909 immatrikulierte Studienkollegin Agnes von Harnack „absichtlich lange hatte warten lassen“, bevor er ihre Immatrikulationshefte entgegen-

¹⁰² Dies gilt zum Beispiel für Harriet Taylor Mill (1807–58) und für Mary Paley Marshall (1850–1944), siehe *Pujol* (2000) zu Taylor Mill und *McWilliams Tullberg* (2000) zu Paley Marshall.

¹⁰³ *Simon* (1914, S. 124) berichtete davon aus ihrer Studienzeit vor der Jahrhundertwende, s.o. Fußnote 19. *Lüders* (1963, S. 49) beschreibt ihre ganz ähnlichen Erfahrungen 10 Jahre später, als sie 1909 bis 1912 an der Berliner Universität studierte.

nahm (*Lüders* 1963, S. 49). Andererseits hebt sie die vielen „stets hilfsbereiten Lehrer“ an der Berliner Universität hervor. Lüders nennt Adolph Wagner (1835–1917), Ignaz Jastrow (1856–1937) und einige weitere Mitglieder der Philosophischen Fakultät neben den bereits mehrfach erwähnten Schmoller und Sering (ebd., S. 50).

An die oben aus den Verhandlungen des VfS zitierte Einladung zum „Festmahl“ am Abend der Vereinstagung 1905 ist in diesem Kontext zu erinnern. Offensichtlich entsprach es den Gepflogenheiten im Verein, dass die Ehefrauen die Tagungsteilnehmer zum Abendessen begleiteten. Die eigenständig an der Tagung teilnehmenden Frauen wurden jedoch mit der für die Einladung gewählten Formulierung nicht angesprochen. Ob dies ein Versehen war oder eine implizite Zurückweisung dieser Teilnehmerinnen bedeutete, wissen wir nicht. Das Beispiel lässt jedoch vermuten, dass der Verein bzw. seine Repräsentanten noch gute Formen des Umgangs mit den im Verein selbstständig auftretenden Frauen entbehrten.

Die studierenden und forschenden Frauen begegneten einigen der Professorengattinnen auch in den Organisationen der Frauenbewegung und arbeiteten teilweise eng und vertrauensvoll mit ihnen zusammen. Gnauck-Kühne konnte als Vorsitzende der Frauengruppe im ESK zum Beispiel die ungefähr gleichaltrige Ehefrau Schmollers und die um fast 20 Jahre jüngere Ehefrau Max Webers offenbar für ihre Anliegen gewinnen. Dass solche Konstellationen aber auch ambivalent sein konnten, wurde oben am Beispiel der Professorengattin Marianne Weber und der um 13 Jahre jüngeren Wissenschaftlerin Marie Bernays angedeutet. In den bürgerlichen Kreisen, die sich im beruflichen und privaten Rahmen, bei sozialreformerischen oder kulturellen Aktivitäten begegneten, konnten familiäre und freundschaftliche Beziehungen entscheidend für das Fortkommen sein. Für diejenigen, die neue Wege beschritten wollten, mögen gerade diese Konstellationen eine Herausforderung gewesen sein, da sie immer wieder mit den konventionellen Rollenbildern und den daraus abgeleiteten Erwartungen konfrontiert wurden.

Die vorliegende Arbeit deckt mit den knapp zwei Jahrzehnten bis zum Ersten Weltkrieg nur einen ersten Zeitabschnitt des Engagements von Frauen im VfS ab. Die gesellschaftlichen Veränderungen, die der Krieg mit sich gebracht hatte, und die republikanische Reichsgründung 1919 veranlassten auch den VfS mit Blick auf den Einbezug von Frauen zu Neuerungen. Boese (1939, S. 163) kommentiert das knapp: „Das bei den Wahlen zur Nationalversammlung neu eingeführte Frauenwahlrecht bewog übrigens den Ausschuss auch, drei Frauen aufzunehmen, von denen nur Hertha Siemering bereits dem Verein angehörte.“ Auf der ersten Nachkriegstagung am 15. und 16. September 1919 in Regensburg wurden Hertha Siemering (1883–1966) und Gertrud Bäumer (1873–1954) in den Hauptausschuss des VfS ko-

optiert.¹⁰⁴ 1922 wurde Charlotte Leubuscher (1888–1961) kooptiert, während Bäumer nicht mehr als Mitglied des Hauptausschusses geführt wird (Verein für Sozialpolitik 1923, S. 264f.). Bis zur Auflösung des Vereins 1936 wurden keine weiteren Frauen in den Hauptausschuss aufgenommen.

Wie sich die Mitgliederzahlen und das Engagement von Frauen im Verein weiterentwickelte, ist in der Sekundärliteratur bisher nur punktuell beleuchtet worden. Eine systematische Untersuchung der Mitwirkung von Frauen an der Vereinsarbeit nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg steht noch aus. Neben dem bereits angesprochenem Desiderat einer international vergleichenden Betrachtung zur Rolle der Frauen in der Nationalökonomie und in den entsprechenden wissenschaftlichen Organisationen könnte auch die Analyse der Veränderungen im gesamten Zeitraum neues Licht auf den in diesem Beitrag betrachteten Zeitabschnitt werfen und zur Klärung offen gebliebener Fragen beitragen.

VII. Zusammenfassung

In den Veröffentlichungen zur Geschichte des VfS werden Frauen nur an wenigen Stellen erwähnt. Der vorliegende Beitrag liefert anhand der systematischen Auswertung der Quellen einen Überblick über die verschiedenen Rollen, in denen Frauen in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg mit dem Verein verbunden waren, nämlich über Mitgliedschaft, Tagungsteilnahme und die Mitarbeit an vom Verein durchgeführten Untersuchungen. Erstmals 1895 erscheinen Frauen in den Mitgliederverzeichnissen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Mitglieder bleibt bis zum Ersten Weltkrieg verschwindend gering. Informationen über die Tagungsteilnahme sind nur bis 1907 verfügbar. Nur wenige Frauen waren auf einzelnen Tagungen zwischen 1901 und 1907 anwesend. Die meisten von ihnen waren in der Frauenbewegung engagiert, nur wenige der Tagungsteilnehmerinnen waren auch Mitglieder im Verein und/oder wissenschaftlich tätig.

Umgekehrt besuchten ebenfalls nur wenige der damals in der Forschung aktiven Frauen die Tagungen des Vereins. Beiträge von Frauen zu den großangelegten Untersuchungen des VfS wurden 1899, 1908 und 1910 bis 1912 in den Vereinsschriften publiziert. Die anfänglichen Beiträge untersuchen die Lebens- und Arbeitsbedingung von Frauen in der Hausindustrie und spiegeln

¹⁰⁴ Boese erwähnt nur Siemering. Im „Verzeichnis der Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik nach dem Stand vom 1. Dezember 1919“ ist unter „2. Ausschuß“ einerseits „Bäumer, Fräulein Dr. Gertrud, Berlin“, andererseits „Siemering, Fräulein Dr. rer. pol. Hertha, Charlottenburg-Westend“ verzeichnet (Verein für Sozialpolitik 1920, S. 265f.). Ob in den Vereinsakten noch ein Hinweis darauf zu finden ist, wer als drittes weibliches Mitglied vorgesehen war, konnte noch nicht geklärt werden.

damit eine geschlechterspezifische Arbeitsteilung in der damaligen Forschung wider. Dies gilt für die späteren Beiträge nicht mehr. Marie Bernays, die als Autorin 1910 und 1912 an der Studie über die Arbeiterschaft in der Großindustrie mitgewirkt hatte, war 1911 die erste Frau, die mit einem Redebeitrag im Protokoll der Sitzungen des VfS verzeichnet ist. Ihr Vortrag war zwar eingeplant, wurde jedoch nicht als Referat oder Korreferat geführt, sondern (nur) als Diskussionsbeitrag.

Die Auswertung der Quellen führt damit insgesamt zu dem Ergebnis, dass die Mitwirkung der Frauen am Vereinsgeschehen vor dem Ersten Weltkrieg gering war und dass das große Interesse, das Frauen der Nationalökonomie entgegenbrachten, im Verein nur einen geringen Widerschein fand. Im letzten Abschnitt des Beitrags werden einige mögliche Gründe dafür erörtert. Anhand der Beteiligung der Nationalökonominnen am Evangelisch-Sozialen Kongress ist zu erkennen, dass sich Frauen dort durchsetzten, das heißt, sich aktiv und erkennbar beteiligen konnten. Mehr Aufschluss über die Ursachen der geringen Sichtbarkeit von Frauen im VfS könnte ein Vergleich mit der Rolle, die Frauen in den Fachgesellschaften anderer Länder spielten (USA, Frankreich etc.) geben. Zudem wäre die fortlaufende Entwicklung des Wirkens von Frauen im VfS zu untersuchen, um die in diesem Beitrag gewonnenen Erkenntnisse noch systematischer einordnen zu können.

Literatur

Unveröffentlichte Quellen

Archiv des Katholischen Deutschen Frauenbunds, Nachlass Gnauck-Kühne, 1–105–2
Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin

I. HA Rep. 196 Bestand Verein für Sozialpolitik:

Nr. 15: Mitgliederlisten 1890–1893

Nr. 16: Mitgliederlisten 1901–1902 (bzw. 1898–1902)

Nr. 17: Mitgliederlisten 1902–1903 (bzw. 1902–1905)

Nr. 18: Mitgliederlisten 1906–1915

Nr. 25: Mitgliederlisten 1893–1898

Nr. 26: Mitgliederlisten 1897–1898

Nr. 27: Mitgliederlisten 1911–1915

Nr. 28: Mitgliederlisten 1915–1916

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Findmittel 450.569.2, Bestände RW 0587 Nr. 119, 120 und 121.

Veröffentlichte Quellen

- Albrecht, Gerhard* (1949): Berichte: Verein für Sozialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 69 (3), S. 117–24.
- Allgoewer, Elisabeth* (2022): Women economists and the changes in the discipline of economics in Germany (1895–1961), in: Manuela Mosca/Magdalena Malecka/Astrid Agenjo Calderòn (Hrsg.), *Women, Economics and History, Œconomia, Special Issue, 12 (3)*, S. 625–61, <https://doi.org/10.4000/oeconomia.12734>.
- Allgoewer, Elisabeth/Lampalzer, Ute* (2018): Von der Gasthörerin zur ordentlichen Professorin. Zur Einordnung der Beiträge dieses Bandes, in: Elisabeth Allgoewer (Hrsg.), *Frühe deutsche Nationalökominnen. Eine Spurensuche*, Marburg: Metropolis, S. 15–50.
- Allgoewer, Elisabeth/Schaser, Angelika* (2018): Bildung als Schlüssel zur Lösung der Frauenfrage. Die Pädagogin, Frauenrechtlerin und Sozialwissenschaftlerin Elisabeth Gnauck-Kühne (1850–1917), in: Elisabeth Allgoewer (Hrsg.), *Frühe deutsche Nationalökominnen. Eine Spurensuche*, Marburg: Metropolis, S. 51–103.
- Altensträßer, Christina* (2010): Umstrittene Anerkennung – Habilitation und Geschlecht. Das Beispiel der Berliner Staatswissenschaften 1920–1933, in: Ulrike Auga/Claudia Bruns/Levke Harders/Gabriele Jähnert (Hrsg.), *Das Geschlecht der Wissenschaften. Zur Geschichte von Akademikerinnen im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main: Campus, S. 237–57.
- Altmann-Gotheiner, Elisabeth* (1931): Frauen in der Nationalökonomie, in: Ada Schmidt-Beil (Hrsg.), *Die Kultur der Frau. Eine Lebenssymphonie der Frau des XX. Jahrhunderts*, Berlin-Frohnau: Verlag für Kultur und Wissenschaft, S. 211–18.
- Baumann, Ursula* (1992): Protestantismus und Frauenemanzipation in Deutschland, 1850 bis 1920, Frankfurt am Main etc.: Campus.
- Bäumer, Gertrud* (1939): Gestalt und Wandel – Frauenbildnisse, Berlin: Herbig.
- Bergmeier, Monika* (1997): „Vom Lebenswunsch, sozial zu arbeiten“. Nationalökominnen in München bis 1933, in: Hiltrud Häntzschel/Hadumod Bußmann (Hrsg.), *Bedrohlich gescheit. Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern*, München: Beck, S. 178–93.
- Bernays, Marie* (1910): Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen der „Gladbacher Spinnerei und Weberei“ A.-G. in Mönchen-Gladbach im Rheinland, in: Verein für Socialpolitik (Hrsg.), *Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Großindustrie*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 133/I, Berlin: Duncker & Humblot.
- Bernays, Marie* (1912): Untersuchungen über die Schwankungen der Arbeitsintensität während der Arbeitswoche und während des Arbeitstages. Ein Beitrag zur Psychophysik der Textilarbeit, in: Verein für Socialpolitik (Hrsg.), *Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Lederwaren-, Steinzeug- und Textilindustrie. Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal)* der

- Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Großindustrie, Schriften des Vereins für Socialpolitik Bd. 133/III, Berlin: Duncker & Humblot, S. 189–389.
- Bertram, Sabine (2008): Frauen promovieren. Doktorandinnen der Nationalökonomie an der Berliner Universität 1906–1936, in: Frank E.W. Zschaler (Hrsg.), Katholische Universitäten. Jahrbuch für Universitätsgeschichte, Bd. 11, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 111–33.
- Bocks, Wolfgang (1987): Jaffe, Elisabeth, in: Badische Biographien, NF 2, S. 149–50, https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl_biographien/11871144X/biografie
- Bocks, Wolfgang (1994): Baum, Marie, in Baden-Württembergische Biographien Bd. 1, S. 9–11, https://www.leo-bw.de/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl_biographien/116087749/Baum+Marie.
- Boedeker, Elisabeth, unter Mitarbeit von Maria Röller und Ingeborg Colshorn (1937): 25 Jahre Frauenstudium in Deutschland. Verzeichnis der Doktorarbeiten von Frauen 1908–1933, Hannover: Trute, Vier Hefte.
- Boese, Franz (1939): Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932. Im Auftrag des Liquidationsausschusses verfaßt vom Schriftführer Dr. Franz Boese, Berlin: Duncker & Humblot.
- Bruch, Rüdiger vom (1980): Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890–1914), Husum: Matthiesen (Historische Studien, Heft 435).
- Bruch, Rüdiger vom (1985): Bürgerliche Sozialreform im deutschen Kaiserreich, in: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.), Weder Kommunismus noch Kapitalismus. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer, München: Beck, S. 61–179.
- Bücher, Karl (1912): Hochschulfragen. Vorträge und Aufsätze, Leipzig: Johannes Wörner's Verlag.
- Christophersen, Alf (2013): Stoecker, Adolf, in: Neue Deutsche Biographie 25, S. 377–78, <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118618393.html#ndbcontent>.
- Conrad, Johannes (1917): Lebenserinnerungen, aus seinem Nachlaß herausgegeben von Else Kesten-Conrad und Herbert Conrad, Naumburg a.d.S.: Lippert.
- Deutsche Gesellschaft für Soziologie: Verhandlungen des Deutschen Soziologentages, mehrere Jahrgänge.
- Digitales Deutsches Frauenarchiv (o.J.): Deutscher Akademikerinnenbund, <https://www. digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/deutscher-akademikerinnen-bund-dab#actor-content-about>.
- Dimand, Robert W./Black, Geoffrey/Forget, Evelyn L. (2011): Women's Participation in the ASSA Meetings, in: *Economia*, 1 (1), S. 33–49.
- Dyhrenfurth, Gertrud (1894): Die gewerkschaftliche Bewegung unter den englischen Arbeiterinnen, in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik. Vierteljahrsschrift zur Erforschung der gesellschaftlichen Zustände aller Länder (Braun's Archiv), VII, S. 166–14.

Dyhrenfurth, Gertrud (1895a): Ein Blick in die gewerkschaftliche Bewegung der englischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Eine Reisestudie, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*, XIX (3), S. 219–43 (916–41).

Dyhrenfurth, Gertrud (1895b): Die Berichte der weiblichen Fabrikinspektoren in England, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (Conrad'sche Jahrbücher)*, IX, S. 594–603.

Dyhrenfurth, Gertrud (1896): Bericht von Miss Collet über gewerbliche Frauenarbeit, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (Conrad'sche Jahrbücher)*, XII, S. 867–78.

Dyhrenfurth, Gertrud (1898): Die hausindustriellen Arbeiterinnen der Berliner Blusen-, Unterrock-, Schürzen- und Tricotkonfektion, Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Band 15, Heft 4, Leipzig/München: Duncker & Humblot.

Dyhrenfurth, Gertrud (1906): Ein schlesisches Dorf und Rittergut. Geschichte und soziale Verfassung, Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Band 25, Heft 2, Leipzig/München: Duncker & Humblot.

Eberl, Immo/Marcon, Helmut (Hrsg.) (1984): 150 Jahre Promotion an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen. Biographien der Doktoren, Ehrendoktoren und Habilitierten 1830–1980, Stuttgart: Theiss.

Förder-Hoff, Gabi (1992): Marginalisierte Selbstbehauptung. Studium und Berufstätigkeit von Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerinnen zwischen 1890 und 1934, in: Anne Schlüter (Hrsg.), *Pionierinnen – Feministinnen – Karrierefrauen? Zur Geschichte des Frauenstudiums in Deutschland*, Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft (Frauen in Geschichte und Gesellschaft 22), S. 147–67.

Forget, Evelyn L. (2011): American Women and the Economics Profession in the Twentieth Century, in: *Œconomia*, 1 (1), S. 19–30.

Friedländer, Walter (1962): Helene Simon. Ein Leben für soziale Gerechtigkeit, *Schriften der Arbeiterwohlfahrt* 15, Bonn: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband.

Fuchs, Carl Johannes (1908): Vorwort, in: Carl Johannes Fuchs (Hrsg.), *Gemeindebetriebe. Neuere Versuche und Erfahrungen über die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit in Deutschland und im Ausland*, Erster Band, *Schriften des Vereins für Socialpolitik*, Bd. 128/I, Leipzig: Duncker & Humblot, S. ix–xii.

Gnauck-Kühne, Elisabeth (1891): Das Universitätsstudium der Frauen. Ein Beitrag zur Frauenfrage, Oldenburg/Leipzig: Schulzesche Hof-Buchhandlung und Hof-Buchdruckerei.

Gnauck-Kühne, Elisabeth (1896): Die Lage der Arbeiterinnen in der Berliner Papierwarenindustrie. Eine soziale Studie, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*, 20 (2), S. 407–10.

Gnauck-Kühne, Elisabeth (1908): Frauenbewegung und Frauenfrage, in: Salomon Paul Altmann u. a. (Hrsg.), *Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert. Gustav Schmoller zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages*, 24. Juni 1908, in Verehrung dargebracht, Leipzig: Duncker & Humblot, Bd. 2, XXXII, S. 1–17.

- Gorges, Irmela (1980): Sozialforschung in Deutschland, Königstein/Ts.: Verlag Anton Hain (Schriften des Wissenschaftszentrums Berlin).
- Grimmer-Solem, Erik (2003): The Rise of Historical Economics and Social Reform in Germany, 1864–1894, Oxford: Oxford University Press.
- Günther, Rosemarie (2010): Eine vorbildliche Netzwerkerin. Elisabeth Altmann-Gottheiner (1874–1930), in: Mannheimer Geschichtsblätter, 20, S. 21–34.
- Hagemann, Harald (2001): The Verein für Sozialpolitik from Its Foundation (1872) until World War I, in: Massimo M. Augello/Marco E. L. Guidi (Hrsg.), The Spread of Political Economy and the Professionalisation of Economists. Economic Societies in Europe, America and Japan in the Nineteenth Century, London: Routledge, S. 152–75.
- Hagemann, Harald (2002): Louise Sommer, in: Brigitte Keintzel/Ilse Korotin (Hrsg.), Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben – Werk – Wirken, Wien u.a.: Böhlau, S. 688–95.
- Häntzschel, Hiltrud/Bußmann, Hadumod (Hrsg.) (1997): Bedrohlich gescheit. Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern. München: Beck.
- Heinsohn, Kirsten (1997): Politik und Geschlecht. Zur politischen Kultur bürgerlicher Frauenvereine in Hamburg, Hamburg: Verein für Hamburgische Geschichte (Beiträge zur Geschichte Hamburgs, 52).
- Heinsohn, Kirsten (2012): Engel-Reimers, Charlotte, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hrsg.), Hamburgische Biografie, Bd. 6, Göttingen: Wallstein, S. 88–90.
- Henderson, James P. (2000): Beatrice Potter Webb (1858–1943), in: Robert Dimand/Ann Dimand/Evelyn Forget (Hrsg.), A Biographical Dictionary of Women Economists, Cheltenham: Edward Elgar, S. 464–70.
- Herkner, Heinrich (1899): Das Frauenstudium in der Nationalökonomie (Antrittsvorlesung gehalten an der Universität Zürich am 29. Oktober 1899), in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 13, Berlin: Heymanns, S. 227–54.
- Herkner, Heinrich (1912): Probleme der Arbeiterpsychologie unter besonderer Rücksichtnahme auf Methode und Ergebnisse der Vereinserhebungen. Bericht, in: Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik I. Fragen der Gemeindebesteuerung – II. Probleme der Arbeiterpsychologie. Verhandlungen der Generalversammlung in Nürnberg, 9. und 10. Oktober 1911, Leipzig: Duncker & Humblot, S. 117–38.
- Herkner, Heinrich (1924): Der Lebenslauf eines ‚Kathedersozialisten‘, in: Meiner, Felix (Hrsg.), Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Bd. 1, Leipzig: Verlag von Felix Meiner, S. 77–116.
- Herkner, Heinrich/Schmoller, Gustav/Weber, Alfred (1910): Vorwort der Herausgeber, in: Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Großindustrie. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 133, Berlin: Duncker & Humblot, S. vii–xv.
- Hermann, Elise (1912): Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen einer Luckenwalder Wollhutfabrik,

- in: Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Großindustrie, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 135/IV, Berlin: Duncker & Humblot, S. 133–35.
- Hoepke, Klaus-Peter* (2007): Geschichte der Fridericiana. Stationen in der Geschichte der Universität Karlsruhe (TH) von der Gründung 1825 bis zum Jahr 2000, Karlsruhe: KIT Scientific Publishing.
- Keller, Marion* (2018): Pionierinnen der empirischen Sozialforschung im Wilhelminischen Kaiserreich (Dissertation), Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, Bd. 8, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Kempf, Rosa* (1911): Das Leben der jungen Fabrikmädchen in München, in: Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Großindustrie, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 135/IV, Berlin: Duncker & Humblot.
- Kesten-Conrad, Else* (1911): Verein für Sozialpolitik, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Dritte gänzlich überarbeitete Auflage, Bd. 8. Jena: Verlag Gustav Fischer, S. 144–52.
- Kirchhoff, Arthur* (Hrsg.) (1897): Die Akademische Frau. Gutachten hervorragender Universitätsprofessoren, Frauenlehrer und Schriftsteller über die Befähigung der Frau zum wissenschaftlichen Studium und Berufe, Berlin: Hugo Steinitz Verlag.
- Landé, Dora* (1910): Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Verein für Socialpolitik (Hrsg.) Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Großindustrie, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 134/II, Berlin: Duncker & Humblot, S. 303–498.
- Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen, „Freudenberg, Ika“, in: Hessische Biografie, <https://www.lagis-hessen.de/pnd/118953400> (Stand: 9.1.2023).
- Lindenlaub, Dieter* (1967): Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich vornehmlich vom Beginn des „Neuen Kurses“ bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1890–1914), Wiesbaden: Steiner.
- Loening, Edgar* (1911): Vereins- und Versammlungsfreiheit, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Dritte gänzlich überarbeitete Auflage, Bd. 8. Jena: Verlag Gustav Fischer, S. 152–71.
- Lüders, Marie-Elisabeth* (1963): Fürchte Dich nicht. Persönliches und Politisches aus mehr als 80 Jahren, 1878–1962, Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag.
- May, Mari Ann/Dimand, Robert W.* (2019): Women in the Early Years of the American Economic Association. A Membership beyond the Professoriate Per Se, in: History of Political Economy, 51 (4), S. 671–702.
- McWilliams Tullberg, Rita* (2000): Paley Marshall, in: Robert Dimand/Ann Dimand/Evelyn Forget (Hrsg.), A Biographical Dictionary of Women Economists, Cheltenham: Edward Elgar, S. 285–93.

- Mosca, Manuela/Malecka, Magdalena/Agenjo Calderòn, Astrid (Hrsg.) (2022): Women, Economics and History, *Economia*, Special Issue, 12 (3), <https://doi.org/10.4000/economia.12734>.*
- Nasse, Erwin (1889): Vorrede, in: Die deutsche Hausindustrie. Zweiter Band. Die Hausindustrie im nördlichen Thüringen. Berichte. Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 40, S. v–ix.*
- Nau, Heino Heinrich (1996): „Zwei Ökonomien.“ Die Vorgeschichte des Werturteilstreits in der deutschsprachigen Ökonomie, in: Heino Heinrich Nau (Hrsg.), Der Werturteilstreit. Die Äußerungen zur Werturteildiskussion im Ausschuss des Vereins für Sozialpolitik (1913), Marburg: Metropolis, S. 9–64.*
- o. V.: Steinberg & Co. Hutfabrik, Luckenwalde. Publiziert am 14.03.2022. In Industriegeschichte Brandenburgs, <http://www.brandenburgikon.de>.
- Pujol, Michèle A. (2000): Harriet Hardy Taylor Mill, in: Robert Dimand/Ann Dimand/Evelyn Forget (Hrsg.), A Biographical Dictionary of Women Economists, Cheltenham: Edward Elgar, S. 307–11.*
- Ratz, Ursula (1980): Sozialreform und Arbeiterschaft. Die „Gesellschaft für Soziale Reform“ und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Berlin: Colloquium-Verlag.*
- Rieter, Heinz (1998): Der deutsche Volkswirt 1926 bis 1933. Eine Fallstudie zur publizistischen Umsetzung wirtschaftspolitischer Konzeptionen, in: Erich Streissler (Hrsg.), Die Umsetzung wirtschaftspolitischer Grundkonzeptionen in die kontinentaleuropäische Praxis des 19. und 20. Jahrhunderts. Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, Bd. XVII, Berlin: Duncker und Humblot, S. 95–153.*
- Rieter, Heinz (2002): Historische Schulen, in: Otmar Issing (Hrsg.), Geschichte der Nationalökonomie, 4. Aufl. München: Vahlen, S. 131–68.*
- Rieter, Heinz (2009): Autobiographien und Memoiren von Ökonomen, in: Christian Scheer (Hrsg.), Ideen, Methoden und Entwicklungen der Geschichte des ökonomischen Denkens. Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, Bd. XXII, Berlin: Duncker und Humblot. S. 117–361.*
- Ryan, Marynel (2006): Between Essence and Expertise. German Women Economists, 1890–1933, and the Shifting Ground of Social Reform (Dissertation Submitted to the Faculty of the Graduate School of the University of Minnesota), Mimeo.*
- Ryan van Zee, Marynel (2009): Shifting Foundations. Women Economists in the Weimar Republic, in: Women's History Review, 18 (1), S. 97–119.*
- Schaser, Angelika (2006): Frauenbewegung in Deutschland. 1848–1933, Darmstadt: WBG.*
- Schaser, Angelika (2010): Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft, 2. Aufl. Köln: Böhlau (L'Homme Schriften: Reihe zur feministischen Geschichtswissenschaft, Bd. 6).*
- Schmoller, Gustav von (1897): Wechselnde Theorien und feststehende Wahrheiten im Gebiete der Staats- und Socialwissenschaften und die heutige Volkswirtschaftslehre, Rede bei Antritt des Rectorats gehalten in der Aula der Königlichen Fried-*

rich-Wilhelms-Universität am 15. October 1897 von Gustav Schmoller, in: Heino Heinrich Nau (Hrsg.), *Historisch-ethische Nationalökonomie als Kulturwissenschaft. Ausgewählte methodologische Schriften*, Marburg: Metropolis 1998, S. 185–207.

Schneider-Ludorff, Gury (1995): „Zu gleichwertigen, aber andersartigen Aufgaben geschickt.“ Die Frauenfrage auf dem Evangelisch-Sozialen Kongreß 1895–1910, in: Theodor Strohm/Jörg Thierfelder (Hrsg.): *Diakonie im Deutschen Kaiserreich (1871–1918). Neuere Beiträge aus der diakoniegeschichtlichen Forschung*, Heidelberg: Universitätsverlag C. Winter, Programm „Heidelberger Verlagsanstalt“ (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg, Bd. 7), S. 379–95.

Schöck-Quinteros, Eva (1996): „Sie waren schon in reiferen Jahren“. Nationalökonominnen im wilhelminischen Deutschland, in: Elisabeth Dickmann/Eva Schöck-Quinteros (Hrsg.), *Politik und Profession. Frauen in Arbeitswelt und Wissenschaft um 1900*, Ringvorlesung „Bremer Historikerinnen stellen sich vor“ an der Universität Bremen 1994, Bremen: AK Historische Frauenforschung, S. 83–120.

Simon, Helene (1914): Schmoller als Lehrer, in: *Die Zukunft*, Bd. 86, S. 122–25.

Simon, Helene (1928): Elisabeth Gnauck-Kühne. Band 1. Eine Pilgerfahrt, Mönchen-Gladbach: Volksvereins-Verlag.

Simon, Helene (1929): Elisabeth Gnauck-Kühne. Band 2. Heimat, Mönchen-Gladbach: Volksvereins-Verlag.

Verein für Socialpolitik (1899a): Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich. Zweiter Band. Die Hausindustrie der Frauen in Berlin. Mit einer Vorbemerkung von Alfred Weber, *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, Bd. 84, Berlin: Duncker & Humblot.

Verein für Socialpolitik (1899b): Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich. Dritter Band. Mittel- und Westdeutschland, Österreich, *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, Bd. 86, Berlin: Duncker & Humblot.

Verein für Socialpolitik (1902): Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik über die Wohnungsfrage und die Handelspolitik. Verhandlungen der Generalversammlung in München, 23., 24. und 25. September 1901, Leipzig: Duncker & Humblot.

Verein für Socialpolitik (1904): Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik über die Lage der in der Seeschiffahrt beschäftigten Arbeiter und über die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff. Verhandlungen der Generalversammlung in Hamburg, 14., 15. und 16. September 1903, Leipzig: Duncker & Humblot.

Verein für Socialpolitik (1906): Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik über die finanzielle Behandlung der Binnenwasserstraßen, das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben und das Verhältnis der Kartelle zum Staate. Verhandlungen der Generalversammlung in Mannheim, 25., 26., 27. und 28. September 1905, Leipzig: Duncker & Humblot.

Verein für Socialpolitik (1908): Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik über die berufsmäßige Vorbildung der volkswirtschaftlichen Beamten und über die Verfas-

sung und Verwaltungsorganisation der Städte. Verhandlungen der Generalversammlung in Magdeburg, 30. September, 1. und 2. Oktober 1907, Leipzig: Duncker & Humblot.

Verein für Socialpolitik (1910): Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik. I. zum Gedächtnis an Georg Hanssen – II. die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden – III. die Produktivität der Volkswirtschaft. Verhandlungen der Generalversammlung in Wien, 27., 28. und 29. September 1909, Leipzig: Duncker & Humblot.

Verein für Sozialpolitik (1912): Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik. I. Fragen der Gemeindebesteuerung – II. Probleme der Arbeiterpsychologie. Verhandlungen der Generalversammlung in Nürnberg, 9. und 10. Oktober 1911, Leipzig: Duncker & Humblot.

Verein für Sozialpolitik (1920): Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik. I. Gedächtnisrede auf Gustav von Schmoller – II. Erinnerung an Eugen von Philippovich – III. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Deutsch-Österreich – IV. Probleme der Sozialisierung. Verhandlungen der Generalversammlung in Regensburg, 15. und 16. September 1919, München/Leipzig: Duncker & Humblot.

Verein für Sozialpolitik (1921): Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik über die Reform der staatswissenschaftlichen Studien. Verhandlungen der außerordentlichen Generalversammlung in Kiel, 21. bis 23. September 1920, München/Leipzig: Duncker & Humblot.

Verein für Sozialpolitik (1923): Die Zukunft der Sozialpolitik. Die Not der geistigen Arbeiter. Verhandlungen der Generalversammlung in Eisenach, 20. und 21. September 1922, München/Leipzig: Duncker & Humblot.

Verein für Socialpolitik (2000): Mitgliederverzeichnis. Stand: 1. Mai 2000, München: Verein für Socialpolitik.

Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer (1929): Werdegang und Schriften der Mitglieder, Köln: Kölner Verlags-Anstalt.

Vogt, Annette (2007): Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Walther, Bianca (2022): Margarete Friedenthal. Eine bürgerliche Frauenrechtlerin und die Arbeiterinnen, <https://biancawalther.de/tag/margarete-friedenthal/>.

Watzinger, Karl Otto (1990): Bensheimer, Alice, in: Badische Biographien, NF 3, S. 38–39. https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl_biographien/1012407098/biografie.

Weber, Max (1908): Erhebung über Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie, als Manuskript gedruckt, Altenburg: Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co.

Weber, Max (1993): Max Weber-Gesamtausgabe (MWG). Abteilung I, Band 4. Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. Schriften und Reden 1892–1899. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Rita Alden-

- hoff, im Auftrag der Bayerische Akademie der Wissenschaften/Kommission für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Digital: <https://mwg-digital.badw.de/>.
- Wobbe*, Theresa (1997): Wahlverwandtschaften. Die Soziologie und die Frauen auf dem Weg zur Wissenschaft, Frankfurt, New York: Campus.
- Wobbe*, Theresa (1999): Leubuscher, Charlotte Anna Pauline, in: Harald Hagemann/Claus-Dieter Krohn/Hans Ulrich Esslinger (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Bd. 2, München: K. G. Saur, S. 276–79.
- Wormser*, Lea (1908): Die kommunale Schweinemast in Karlsruhe, in: Carl Johannes Fuchs (Hrsg.), Gemeindebetriebe. Neuere Versuche und Erfahrungen über die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit in Deutschland und im Ausland, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 128/I, Leipzig: Duncker & Humblot, S. 283–304.

Zwischen Gleichschaltung und Widerstand: Die Geschichte des Vereins für Sozialpolitik von 1933 bis zur seiner Auflösung 1936

Von *Hauke Janssen*, Hamburg*

„Der Verein für Sozialpolitik bezweckt die Erörterung und Klärung sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Probleme.“

§ 1 der 1936 erarbeiteten Satzung¹

I. Vorrede

Die Geschichte von der Auflösung des alten Vereins für Sozialpolitik, wie sie seit der Neubegründung nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute immer wieder erzählt wurde,² beruht im Wesentlichen auf der Quellenbasis, die uns Franz Boeses 1939 erschienene *Geschichte des Vereins für Sozialpolitik* mit ihren angehängten „Vereinsdrucksachen aus letzter Zeit“ überliefert hat (ebd., S. 270–95). Bei diesen handelt es sich um die vom langjährigen (seit 1910) Vereinsschriftführer und Vorstandsmitglied gefertigten Protokolle der Hauptausschusssitzungen und Mitgliederversammlungen der Jahre 1933 bis 1936 sowie um einige zugehörige Dokumente. Das uns vertraute Narrativ von der „Selbstauflösung des Vereins“ (Helmstädtler 1987; Harada 2022) röhrt aus der Perspektive dieser Quellenkomilation her. Mehr als 80 Jahre danach ist

* Mein Dank gilt Tetsushi Harada, der sich zur Jenaer Tagung 2022 im Ausschuss für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften mit den dogmengeschichtlichen Zusammenhängen hinter der „Selbstauflösung des Vereins für Socialpolitik“ beschäftigte, Jan Greitens, Harald Hagemann, Heinz Rieter und Bertram Schefold für ihre Kommentare und Hinweise sowie der Geschäftsführerin des Vereins für Sozialpolitik Dr. Karolin v. Normann für die Genehmigung zur Nutzung des Vereinsarchivs in Duisburg und der Ebnung des Weges dorthin.

¹ Boese (1939, S. 286). Von 1910 bis 1956, also im Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit, schrieb sich der Verein für Sozialpolitik in der Regel mit „z“, davor und danach mit „c“. Hier bleibt es beim „z“, außer es handelt sich um Zitate mit der „c“-Schreibweise.

² Vgl. Harada (2022), Rieter (2020), Janssen (2012, S. 197–205), Oschina (2010, S. 21–24), Hagemann (2001, S. 169 f.), Horn (1998), Helmstädtler (1987), Gorges (1986, S. 459–61), Krause (1969, S. 63–65), Albrecht (1961, S. 15 f.), o. V. (1949b, S. 105 f.).

es an der Zeit, einen ungefilterten Blick auf die Dokumente dahinter zu werfen, auf die stenographischen Berichte, aus denen Boese seine gedruckten Protokolle destilliert hat, auf die Korrespondenzen und Notizen der handelnden Personen, eben auf all das, was im Archiv³ über die Auflösung des Vereins für Sozialpolitik erhalten ist.⁴

Nicht, dass sich dort eine ganz andere Wahrheit verbirgt: Zwar berichten Boeses Protokolle nicht alles und waren – insbesondere an Stellen, wo er selbst nicht nur als Schriftführer, sondern auch als Partei unterwegs war und, zwischen den Zeilen, auch Partei ergriff – nicht unangefochten,⁵ doch Boese erweist sich im Ganzen als ein verlässlicher, wenn auch, wie sollte es 1939 anders möglich gewesen sein, diskreter Erzähler. Manch interner Konflikt wird verdeckt, manch zeitliche Lücke blieb unerklärt, manch Name und Vorfall ist in den damals gedruckten und an alle Mitglieder verschickten Protokollen weggelassen worden, manch Hintergrund, der den damaligen Adressaten noch geläufig war, ist dem heutigen Leser dunkel, anderes fiel aus Gründen der Vorsicht schon während der Sitzungen der zwischen 1933 und 1936 stets präsenten Zensurschere im Kopf zum Opfer.⁶ Zum 150. Geburtstag des Vereins nun ist es an der Zeit, die Geschichte seiner Auflösung einz-

³ Gemeint sind in erster Linie die vom langjährigen Schriftführer Franz Boese verwahrten Vereinsakten, die dieser nach der Auflösung des Vereins dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem zugewiesen hat (Boese 1939, S. VIII). Nach längeren, dem Krieg und den weiteren Zeitläufen geschuldeten Zwischenaufenthalten, zuletzt bis 1990 im ZStA der DDR in Merseburg, befinden diese Akten sich nun im GStA Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem (nachfolgend: GStA), und zwar unter I. HA Rep. 196: Verein für Sozialpolitik, Laufzeit 1872–1939 (im Weiteren zitiert als Rep. ...). Der 1948 im Westen neu gegründete Verein verwahrt seine Akten allerdings im Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Duisburg (nachfolgend: Lav NRW), und zwar unter Akten der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Sozialpolitik; Bestand RW 189 (im Weiteren zitiert als RW ...). Darunter (vgl. insb. RW 189/464–472), befindet sich auch eine Reihe von Dokumenten der Jahre 1933 bis 1936, die sich nicht in Dahlem wiederfinden. Sie stammen aus dem Besitz einiger an den damaligen Vorgängen Beteiligter, insbesondere von Gerhard Albrecht, Constantin v. Dietze und Otto v. Zwiedineck-Südenhorst.

⁴ *Oschina* (2010, S. 21 ff.) hat zwar im Lav NRW recherchiert, in Sachen Auflösung des Vereins aber nichts Neues zutage gefördert. Ungleich bedeutender und wichtiger für das Verständnis des Vereins ist die auf dem Studium vieler Primärquellen beruhende, große Arbeit *Lindenlaubs* (1967), die allerdings nur die Zeitspanne von der Gründung des Vereins bis zum Ende des Ersten Weltkrieges behandelt.

⁵ Vgl. z. B. den Briefwechsel Boeses mit Schatzmeister Saenger um das Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 13. April 1935, und die Antwort Boese an Saenger vom 11. Mai 1935 (Rep. 196/90, Bl. 162 f.).

⁶ Vgl. nochmals den Brief Boeses an Saenger vom 11. Mai 1935, aus dem hervorgeht, dass Mit-Vorstand Bernhard Harms seinen Vorsitzenden und Freund Werner Sombart im Vorfeld der Sitzung energisch gewarnt hatte, die Gründe des Auflösungsantrages des Vorstands im Hauptausschuss ausführlicher zu benennen.

mal ausführlicher als üblich und im Lichte der genannten Archivquellen eben mit ihren bisher nur undeutlich erkennbaren Facetten und Wendungen zu erzählen.⁷

II. Der Verein für Sozialpolitik

Der Verein war 1872/73,⁸ bald nach der Reichsgründung, in Reaktion auf die damals brennende Arbeiterfrage von einer Reihe besorgter Akademiker und Praktiker der Wirtschaft, später spöttisch Kathedersozialisten genannt, ins Leben gerufen worden. Das erklärte Ziel blieb bis zuletzt die Erörterung und Klärung sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Probleme, und zwar, so hatten es die Gründerväter im Sinn gehabt, in spezifisch anderer Weise als die Wirtschaftsliberalen es (wenn überhaupt) taten. In den Mittelpunkt trat die Forderung nach „Gerechtigkeit in der Volkswirtschaft“ (*Schmoller* 1881) oder, wie Gustav Schmoller (1838–1917) den hehren Grundsatz in seiner Eisenacher Eröffnungsrede 1872 herunterbrach, nach weniger „Ungleichheit in der Vermögens- und Einkommensverteilung“ (*Boese* 1939, S. 10), zum Wohle aller, zur Stärkung des Reichs und nicht zuletzt verbunden mit der Hoffnung, mittels sozialer Reformen dem auf Klassenkampf und Umsturz der bürgerlichen Ordnung geeichten Teil der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Bald entwickelte sich der Verein zur größten und wichtigsten Gesellschaft deutschsprachiger Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, zu einem Organ der Politikberatung, zu einem Impulsgeber der Forschung und einem Forum der freien Diskussion gleichwie ob praktischer oder theoretischer Natur, zu

⁷ „It's a story, that hasn't been told in English before, and only incompletely in German“ (*McClellan* 2022, S. 330). Während meiner Recherche im GStA stellte ich fest, dass sich zuvor der Historiker Steven McClellan, Toronto, die Mühe dieser Kärrnerarbeit unterzogen hatte. Herausgekommen ist die erste Geschichte des Vereins auf Basis eines systematischen Primärquellenstudiums, die eben auch ein Kapitel zur Auflösung des Vereins (S. 328–73) enthält. Die Arbeit ist als PhD-Thesis verteidigt, aber noch nicht veröffentlicht (Stand 31. August 2022). Dankenswerterweise überließ McClellan mir vorab eine Kopie. Diese gelangte mir zwar zu spät zur Kenntnis, um hier insgesamt gebührend gewürdigt werden zu können, gleichwohl profitierte ich von einer ganzen Reihe wertvoller Hinweise, sodass ich McClellans Thesis *German Economists and the Intersection of Science and Politics* jedem an der Geschichte des Vereins Interessierten als ein *must-read* nur wärmstens ans Herz legen kann.

⁸ Eine erste Versammlung (mit über 150 Teilnehmern) fand im Oktober 1872 in Eisenach statt, die eigentliche Gründung erfolgte 1873 (*Boese* 1939, S. 1–18, 241–49). Dennoch feierte der Verein seinen 25. Geburtstag 1897 in Köln, den 50. in Eisenach 1922 und sein hundertstes Bestehen 1972 in Bonn. Im Gedenken des 150. Jahrestages tagte im Juni 2022 in Jena der Vereinsausschuss für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften. Der Verein wird sich des Themas wohl auf der Kerntagung 2023 in Regensburg annehmen.

einem Herausgeber bedeutender wissenschaftlicher Schriften und nicht zuletzt zu einem Hort der Geselligkeit und des allgemeinen Austausches untereinander.

Angesichts dieser ins allgemein Wissenschaftliche und Wertfreie strebenden Entwicklung besaß der Name des ehrwürdigen Vereins schon in Zeiten der Weimarer Republik einen antiquierten Klang und nicht wenige wollten ihn ändern, sogar der damalige Vorsitzende Heinrich Herkner (1863–1932) wandte sich von der alten Zielsetzung ab,⁹ doch nach der nationalsozialistischen Machtergreifung galt „das Wort ‚Sozialpolitik‘“, wie der 1933 aus dem Amt gedrängte Frankfurter Universitätsrektor Wilhelm Gerloff (1880–1954) auf der Hauptausschusssitzung des Vereins im April 1935 bitter bemerkte, geradezu als ein „Affront“.¹⁰ Schließlich reklamierten die Nazis für sich, dass mit ihrer Regierung die soziale Frage ihre Lösung gefunden habe – die trennenden Klassenschränken in der Volksgemeinschaft (und in der Deutschen Arbeitsfront) überwunden seien. Ein ‚Argument‘, an dem auch der Vereinsvorsitzende Werner Sombart (1863–1941) im Hauptausschuss am 13. April 1935 bei der Begründung seines Auflösungsbegehrens nicht vorbeikam. Sozialpolitik, so der ehemalige Marxist Sombart, sei immer von der Voraussetzung ausgegangen, dass sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber als zwei Gruppen gegenüberstehen. „Im Sprachgebrauch heutigen Denkens und Fühlens“ aber gebe „es nur eine Volksgemeinschaft“ (Rep. 196/90, Bl. 213 f.). Man möchte vor Ort dabei gewesen sein, um nachempfinden zu können, ob in Sombarts Rede ein Gran Ironie mitschwang. Wie dem auch sei, noch im bitteren Nachruf zur Weihnachtszeit 1936 stand zu lesen, dass, da die soziale Frage nunmehr gelöst und die Aufgabe des Vereins erfüllt sei, dieser nun ohne weitere Begründung das Feld räumen könne (vgl. o. V. 1936b, S. 629).

Die Frage nach der Rolle des Vereins für Sozialpolitik war mit der nationalsozialistischen Machtübernahme neu gestellt. Konnte und sollte er fortbestehen – und wenn ja, in welcher Form und mit welchen Aufgaben? Wer

⁹ Der Brentano-Schüler folgte 1917 Schmoller im Amte und stand dem Verein bis 1930 vor – ihm folgte Eckert (s. u.). Herknerns Abkehr von der Sozialpolitik alten Stils führte dazu, dass sein Doktorvater und Gründungsmitglied Lujo Brentano (1844–1931) aus Protest den Verein verließ (vgl. Hagemann 2012; Janssen 2012, S. 240 ff.).

¹⁰ Vgl. Gerloffs Wortbeitrag auf der Hauptausschusssitzung des Vereins am 13.4.1935 (stenographisches Protokoll, Rep. 196/90, Bl. 224). Auf einen kritischen Zwischenruf H. Schumachers hin bekräftigte Gerloff seine Einsicht: Bei einer Veranstaltung zur Studienreform in den Wirtschaftswissenschaften habe der Referent aus dem Ministerium, Prof. Eckhardt, gesagt: „Es wird Ihnen auffallen, daß das Wort ‚Sozialpolitik‘ in der ganzen Studienreform [...] überhaupt nicht vorkommt, und das ist bewußt geschehen. Eine Sozialpolitik gibt es in dem nationalsozialistischen Staat nicht mehr.“

sollte ihn führen, und wie könnte es gelingen, die zum Überleben wichtige Mitarbeit der ‚jüngeren Generation‘¹¹ zu gewinnen?

Letzteres gelang nicht: Zählte Schatzmeister Konrad Saenger (1869–1945) im Dezember 1932 noch 756 Mitglieder (Rep. 196/62, Bl. 145), waren es Mitte 1935 nur um 400 (*Boese* 1939, S. 280) und im Jahr der Auflösung 1936 verblieben mit 350 Mitgliedern¹² (RW 189/465, Bl. 10–20) weniger als die Hälfte als vor der NS-Machtergreifung. Zwar galt: Wer nicht zahlt, fliegt raus.¹³ Dennoch verhielt die große Mehrheit sich passiv: Zu den drei für das Schicksal des Vereins entscheidenden Berliner Zusammenkünften – am 30. Juni 1935, am 25. April 1936 und am 19. Dezember 1936 – erschienen jeweils nur um die 20 Mitglieder (*Boese* 1939, S. 280, 288, 292).

Die anderen scheut die Mühen und auch die Kosten einer Reise nach Berlin. Die wirtschaftliche Not war allenthalten spürbar.¹⁴ Das galt umso mehr für die Mitglieder, die nach der Machtübernahme um ihre berufliche Existenz fürchten mussten, für die rassistisch und politisch Verfolgten. So bat der (zunächst nur) für das Sommersemester an der TH München beurlaubte a.o. Professor Arthur Cohen (1864–1940), „Mitglied seit 1897“, im April 1933 bei Saenger um Stundung seines Beitrags von 20 Mark, da ihm einstweilen die „wichtigsten Einnahmen“ wegfielen (Rep. 196/62, Bl. 141). Doch Cohens Hoffnung auf Wiedereinstellung erfüllten sich nicht. Neben den Verfolgten fehlten bei den Tagungen (natürlich) die Emigranten. Zusammengenommen nicht wenige, wie wir sehen werden. Aber auch andere blieben vermutlich abwartend zuhause, weil sie in diesen unsicheren Zeiten einer öffentlichen Positionierung lieber aus dem Wege gingen. Fern blieb zudem die ‚junge Generation‘, bzw. viele derer, die sich (mittlerweile) zum Nationalsozialismus bekannt hatten und die sich lieber an anderer Stelle engagierten, etwa bei dem 1928 vom späteren Reichsminister Hans Frank (1900–46) gegründeten Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ), der sich nach dem 30. Januar 1933 wie eine berufsständige Vereinigung für

¹¹ Eine viel gebrauchte Formel zur Umschreibung der häufig der NS-Bewegung nahestehenden jüngeren Dozenten in Abgrenzung zu den meist lange vor 1933 etablierten Ordinarien und Geheimräten.

¹² Und zwar: 125 korporative und 225 persönliche Mitglieder. *Gorges* (1986, S. 174) klagt, dass der Verein in der Weimarer Zeit kaum Mitgliederzahlen veröffentlicht habe. Man findet die Listen in den Archiven (für unseren Untersuchungszeitraum vgl. RW 189/464, RW 189/468, Bl. 17–41, und Rep. 196/31).

¹³ Vgl. § 13, Abs. 1, der bis zum Ende gültigen Königsberger Satzung von 1930 (RW 189/464, Bl. 3).

¹⁴ Der Bonner Professor Wilhelm Vleugels (1893–1942) schlug deshalb („Wie-viele können sich die teure Reise zu einer bloßen Abstimmung leisten?“) für die Versammlung Ende Juni 1935 eine schriftliche Beschlussfassung, sozusagen aus dem Homeoffice, vor (Rep. 196/90, Bl. 126). Ohne Erfolg.

Hochschullehrer der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften gebärdete.¹⁵ Offenbar setzte die Majorität unter den gegebenen Umständen nicht mehr auf den Verein und seine Traditionen.

III. Die Ägide Sombart

Als die Nationalsozialisten 1933 neben den Universitäten auch die wissenschaftlichen Institutionen und Vereine gleichzuschalten begannen, amtierte Werner Sombart als Vorsitzender des Vereins, national wie international der wohl bekannteste (lebende) deutsche Sozialökonom und zugleich einer der persönlich umstrittensten.¹⁶ Moritz J. Bonn (1873–1965), bis 1933 Rektor der Berliner Handelshochschule, beschrieb den Kollegen Sombart als einen politisch wandlungsfähigen Charakter: „Mit dem Temperament einer Prima-donna begabt“, habe Sombart „die Rolle des sozialistischen Ketzers gespielt, als Monarchie und Religion in Mode waren; als aber die Republik zur Macht gelangt war, wurde er Monarchist und kehrte zu Gott zurück“. Mit dem Ende der Republik aber begann er sich für „die Rolle eines Inspirators der Nationalsozialisten vorzubereiten“ (Bonn 1953, S. 332).

Sombart übte das Amt des Vereinsvorsitzenden seit dem 5. Januar 1932, seit dem Rücktritt des Kölner Professors Christian Eckert (1874–1952) aus – erst vorläufig, dann seit dem 27. September 1932 vom Hauptausschuss des Vereins gewählt (Boese 1939, S. 228, 237).¹⁷ Sombart blieb bei der Wahl

¹⁵ Vgl. das Rundschreiben des Leiters der „Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer“, Kurt Wiedenfeld, v. 29.4.1935, das den Antrag zur Auflösung der Vereinigung eben damit begründete, dass deren Aufgaben vom BNSDJ übernommen worden seien: „Besonders weise ich darauf hin, dass die Fachgruppe des BNSDJ die augenblicklich wichtigste Aufgabe, die Reform des Wirtschaftsstudiums, unter Beteiligung zahlreicher Mitglieder der Vereinigung zu einem gewissen Abschluss und zur Wirksamkeit bereits gebracht hat“ (RW 189/466, Bl. 3 f.).

¹⁶ Zu Sombart vgl. Lenger (1994). Zu den vielen im fortlaufenden Text erwähnten Personen, zu denen wir keine besondere Literatur nachweisen, vgl. die jeweiligen Einträge in Janssen (2012, Biobibliographischer Anhang, S. 533–640), Mantel (2009), Klee (2003), Grüttner (2004), Weiß (2003), Hagemann/Krohn (1999), Historische Kommission (1953 ff.), sowie Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaften (1938).

¹⁷ Die Mitgliederversammlung, so bestimmte es die Königsberger Satzung von 1930 (RW 189/464, Bl. 2 ff.), wählte 51 Mitglieder in den Hauptausschuss, von denen jeweils ein Drittel bei jeder ordentlichen Mitgliederversammlung (alle zwei Jahre) neu zu wählen war. Der Ausschuss konnte zudem weitere 51 Mitglieder kooperieren, in besonderen Fällen auch mehr. Die Mitglieder des Hauptausschusses, ob gewählt oder kooperiert, wählten dann den Vorstand, i. e. S. bestehend aus jeweils einem Vorsitzenden, Stellvertreter, Schriftführer und Schatzmeister sowie i. w. S. zusätzlich aus den Vorsitzenden der Fachausschüsse und weiteren Beisitzern. Insgesamt konnten dem Vorstand bis zu maximal 12 Personen angehören.

ohne Gegenstimme, dennoch war es kein einmütiges Votum. Mancher hätte lieber den Leiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft Bernhard Harms (1876–1939)¹⁸ im Amt gesehen. Doch der wollte gegen seinen Freund nicht antreten (Janssen 2012, S. 198).

Neben Sombart gehörten, Stand Dezember 1932, dem Vorstand i. e. S. an: sein Stellvertreter Carl J. Fuchs (1865–1934), Schriftführer Franz Boese (gest. 1939) und Schatzmeister Saenger, i. w. S. kamen hinzu: Karl Bräuer (1881–1964), Christian Eckert, Wilhelm Gerloff, Bernhard Harms, Emil Lederer (1882–1939), Ludwig Mises (1881–1973), Arthur Spiethoff (1873–1957) und Adolf Weber (1876–1963) (RW 189/464, Bl. 70).

In der Ägide Sombart fand nur eine der für gewöhnlich alle zwei Jahre abgehaltenen großen Generalversammlungen statt, und zwar jene Ende September 1932 in Dresden, die zugleich die letzte bleiben sollte. Sombart sprach hinterher (etwa bei der Mitgliederversammlung Ende Juni 1935) von der „furchtbaren Katastrophe von Dresden“, da die Versammlung seiner Meinung nach in eine „rein liberalistisch-sozialdemokratische[n] Parteikundgebung“ ausgewartet sei (Boese 1939, S. 282 f.).

Sombart störte sich vor allem am Verlauf des zweiten Dresdner Tages.¹⁹ Da verhandelte der Verein das Thema Autarkie, welches auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, also in Zeiten des Abwertungswettlaufs und kollabierenden Welthandels, in der deutschen Öffentlichkeit scharf und kontrovers diskutiert wurde – nicht zuletzt unter dem Einfluss der mächtig an Kraft gewinnenden Nationalsozialisten und, wie Schriftführer Boese (1939, S. 235) betonte, des (rechtsaktivistischen) *Tat*-Kreises.²⁰ Die sozialökonomischen Ideen des *Tat*-Kreises aber, so haben andere angemerkt, waren von Sombart höchstselbst beeinflusst.²¹

¹⁸ Harms stand zudem der Friedrich-List-Gesellschaft vor. Zum Kieler Institut unter Harms (bis 1933), Jessen (1933–34) und Predöhl (1934–45) vgl. Take (2019).

¹⁹ Vom ersten Verhandlungstag blieb bis heute Alexander Rüstows (1885–1963) Wortbeitrag in Erinnerung – als frühes Manifest des deutschen Neoliberalismus (vgl. Meier-Rust 1993, S. 49 ff.). Boese (1939, S. 232) erwähnte die Rede des wirtschaftsliberalen Sombart-Gegenspielers und späteren Emigranten Rüstow allerdings nur als eines der vielen „politischen Bekenntnisse“ der Tagung, ohne weiter auf ihren Inhalt einzugehen.

²⁰ Benannt nach der Monatsschrift *Die Tat*, gemeint waren v. a. Hans Zehrer, Giselher Wirsing, Ferdinand Fried. Einer der schärfsten Kritiker des *Tat*-Kreises war Wilhelm Röpke, der damals zuweilen unter dem Pseudonym Ulrich Unfried schrieb (vgl. die Röpke-Biographie Henneckes 2005, S. 79 ff.).

²¹ Brocke (1987, S. 50 f.) nannte Frieds Buch vom Ende des Kapitalismus (1931) eine „Ausarbeitung und Popularisierung der von Sombart [...] entworfenen Theorie des Spätkapitalismus“. Der Agrarökonom Constantin von Dietze (1967, S. 117 f.) schrieb: „Hitlers Gefolgsleuten lag nicht an einer im überkommenen Sinne wissenschaftlichen Disziplin. [...] Für ihre Programmforderung der Nahrungsfreiheit war

Im Verlaufe der Dresdner Verhandlungen mochte sich die von Sombart offenbar beabsichtigte Tendenz nicht recht einstellen. Niemand sprang mit *verve* auf den abfahrbereiten Autarkie-Zug auf. Weder der Hauptreferent, der Jenenser Agrarökonom Constantin von Dietze (1891–1973),²² schon gar nicht sein Ko-Referent, der Berliner Konjunkturtheoretiker Emil Lederer, wussten in Dresden viel Gutes über die angeblich so segenreichen Wirkungen einer außenwirtschaftlichen Abschottung Deutschlands zu sagen (*Boese* 1939, S. 232 f.). Zwei Professoren, die sich im Frühjahr 1933 im Berliner Seminar für kurze Zeit²³ ein Zimmer teilen mussten, was der von antisemitischen, wie antisozialdemokratischen Vorurteilen nicht freie Dietze als Provokation und Zumutung empfand (vgl. *Blesgen* 2005, S. 70, 81–87).

Sombarts Eindruck einer unausgewogenen Vereinsdebatte im Herbst 1932 verstärkte sich durch die den Referaten folgende Diskussion, in der auf ‚frei-händlerischer‘ Seite u. a. Wilhelm Röpke (1899–1966) aus Marburg und der Freiburger Walter Eucken (1891–1950)²⁴ das Wort ergriffen. Die Dresdner Tagung, so meinte *Günter Schmölders* (1949, S. 7) in der Rückschau, zeigte nur allzu deutlich, dass die im Verein damals tonangebenden Ökonomen dem Nationalsozialismus „sehr ablehnend gegenüber“ gestanden hätten. Bräuer, der am 1. Mai 1933 in die Partei eintrat, beklagte gar eine „untragbare jüdisch-marxistische“ Vorherrschaft im Verein, die es seiner Meinung nach zu brechen galt.²⁵

ihnen alles willkommen, was zugunsten einer Autarkie vorgebracht wurde. [...] Ihnen kam dabei zugute, dass auch bedeutende Männer [...] Autarkie für geboten hielten, und daß der viel Beachtung findende ‚Tat-Kreis‘ lebhaft Autarkie verfocht, so in dem Buch von *Ferdinand Fried* [...]: Autarkie [1932; HJ]. Mit diesen Gedanken sympathisierte zeitweilig auch Sombart in seinen Schriften *Die Zukunft des Kapitalismus*, Berlin 1932, und *Deutscher Sozialismus*, Berlin 1934.“

²² Mit Blick auf die aktuelle Lage der deutschen Landwirtschaft stand Dietze damals dem Protektionismus zwar näher als seine späteren Freiburger wirtschaftsliberalen Mitstreiter, doch war er, wie er bei seiner Anwerbung als Referent für Dresden zu Sombart sagte, „nur bedingt ein Freund der Autarkie“ (*Boese* 1939, S. 229); zur Position Dietzes vgl. auch seinen Brief an Lederer v. 4.3.1932 (Rep. 196/58, Bl. 196) sowie *Ringer* (2003).

²³ Dietze trat in Berlin offiziell zum 1. April 1933 an, um das Erbe des in den Ruhestand geschickten Sering fortzuführen. Der Ruf an Dietze erging noch zu Wilhelm Kählers Zeiten, nach dem Preußenschlag, aber bevor die Nazis, also bevor Bernhard Rust (1883–1945) im Ministerium das Ruder übernahm (*Blesgen* 2005, S. 70). Lederer verließ in dieser Zeit Berlin und fuhr über Paris und London nach New York und kehrte nicht mehr zurück (*Speier* 1979, S. 268).

²⁴ Zu Eucksens Positionierung im Nationalsozialismus und zu dessen Beziehungen zum Widerstand vgl. *Goldschmidt* (2005).

²⁵ Brief Bräuer an Boese v. 10.8.1933. Zwischen „liberalistisch-sozialdemokratisch“ und „jüdisch-marxistisch“ im NS-Jargon lag kaum ein Unterschied. Bräuer lehrte 1923–32 als o. Professor in Breslau und wechselte dann über Würzburg 1935

Der Vorsitzende Sombart zog seine Schlüsse: Der Verein, so brachte er auf der Versammlung im Juni 1935 den Mitgliedern die Malaise von Dresden in Erinnerung, sei ein „alter kranker Mann, der schon lange hätte sterben müssen“ (Boese 1939, S. 282). Ungefähr das Gleiche, „nur mit ein bißchen andern Worten“²⁶ hatte es 1933 „als hervorragender Vertreter der jungen Generation“²⁷ der Marburger Professor Erwin Wiskemann (1896–1941)²⁸ in sei-

nach Leipzig. 1935 trat er zudem in die SS ein (Untersturmführer). Nach dem Krieg zählte er zu den Begründern des Bundes der Steuerzahler (zur Person vgl. Janssen 2012, S. 541, und Koop 2013). Bräuer und Boese konspirierten Ende der zwanziger Jahre gegen den sog. linken Flügel (Alfred Weber, Lederer, Löwe etc.) im Verein. Mit Bräuers Hinwendung zur NSDAP erkannte Boese in ihm mehr und mehr den Gegner (vgl. McClellan 2022, S. 330–36): „Karl Bräuer and the Nazi Revolution“, von dort, S. 335, habe ich auch aus dem Brief vom 10.8.1933 zitiert.

²⁶ Mit diesem Spruch hatte Sombart (1934b, S. 2009) einst *Wiskemanns* auf etwas Neues zielsehende programmatische Ausführungen über „Wissenschaft und Praxis in der Volkswirtschaftslehre“ (1933b) auffangen wollen. So einfach aber ließen sich die Nationalsozialisten nicht unterhaken. Ein deutlicher sich abgrenzendes, wenn auch wohlweislich nicht öffentlich gesprochenes Wort zu *Wiskemann* (1933b) kam von dem in Basel lehrenden Edgar Salin (1892–1972) – Stand Dezember 1932 noch Mitglied im Hauptausschuss des Vereins –, der in einem persönlichen Brief am 10. August 1933 seine Beziehung zu dem einst geförderten *Wiskemann* abbrach. Die Kenntnis dieses Briefes aus dem Nachlass Salins im Universitätsarchiv Basel (NL 114, Fb 3091) verdanke ich Professor Harada (vgl. dazu seinen Beitrag im vorliegenden Band).

²⁷ Vgl. den redaktionellen Vorspann im Deutschen Volkswirt zu *Wiskemann* (1933b, S. 1163). Aus Sicht der Geheimräte wie Sombart (*1863) gehörte *Wiskemann* (*1896) zweifellos dazu. Als *Wiskemann* dann über 40 Jahre alt war und Rektor an der ehemaligen Berliner Handelshochschule und im Präsidium der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft saß, waren deren „Kundgebungen der jungen Generation“ (Bräuer 1939, S. 293–310) Leuten im Alter des HJ-Gebietsführers Dr. Ottokar Lorenz (*1905) oder dem *Wiskemann*-Assistenten Dr. Heinz Lütke vorbehalten. So verschoben sich die Begriffe.

²⁸ *Wiskemann* war zum 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten und im Sommer 1933 mit einer Reihe von bekenneraften Schriften zu einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre aufgeflogen (*Wiskemann* 1933a,b). 1933 vertrat er zunächst den Lehrstuhl seines im Februar verstorbenen Doktorvaters Walther Troeltsch in Marburg, während sein einstiger Kommilitone Röpke, der noch in seiner Grabrede auf Troeltsch die Kritik am Nationalsozialismus nicht lassen konnte, dort alsbald sein Ordinariat verlor und noch im Herbst 1933 emigrierte (Hennecke 2005, S. 91 ff.). *Wiskemann* wechselte zu dieser Zeit auf ein Ordinariat in Königsberg und ein Jahr darauf, zum WS 1934/35 an die Handelshochschule Berlin (1935 umbenannt in Wirtschaftshochschule Berlin), wo er 1935 zum Prorektor und 1937 zum Rektor bestellt wurde. Ab Juli 1936 lehrte er zugleich als o. Professor an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin (zur Person: Janssen 2023; vom gleichen Autor ist eine Biographie *Wiskemanns* in Vorbereitung). Die politische Nähe *Wiskemanns* zum Nationalsozialismus bereits vor der Machtergreifung betonen ein den Berliner Universitätsakten beiliegender Lebenslauf aus dem Januar 1935 sowie ein Gutachten der Marburger Dozentenschaft aus dem Juli 1934 (vgl. Universitätsarchiv der Humboldt-Universität Berlin,

nem Bekener-Aufsatz „Nationalsozialistische Volkswirtschaftslehre“ gesagt: Der Verein für Sozialpolitik lebe „eigentlich über seinen eigenen Tod hinaus“. Die Kräfte, die ihn geformt hatten, „der sogenannte Kathedersozialismus“, seien „längst schon im 19. Jahrhundert verblichen“ (*Wiskemann* 1933a, S. 39).

Die erste Hauptausschusssitzung des Vereins nach der Machtergreifung fand am 3. März 1933 statt (*Boese* 1939, S. 270–73; Rep. 196/62, Bl. 142–79) – keine Woche nach dem schicksalsträchtigen Reichstagsbrand. Sombart konzentrierte sich angesichts der in Bewegung geratenen politischen Rahmenbedingungen darauf, eine neue organisatorische Grundlage für den Verein schaffen zu wollen, die dessen Überleben sichern (und ein zweites Dresden verhindern) sollte. Seine Vorschläge hatte Sombart formuliert und wollte diese rechtzeitig vor der nächsten Hauptausschusssitzung, die im Herbst 1933 stattfinden sollte, an dessen Mitglieder mit der Bitte um Stellungnahme verschicken. Doch bevor er dieses tat, wollte Sombart die „vielleicht noch nicht abgeschlossenen Veränderungen in den politischen Verhältnissen“ (*Boese* 1939, S. 272, Fn. 1) abwarten. Dieses Abwarten auf eine Stabilisierung der Lage und Klärung der Zuständigkeiten, das Hoffen auf eine Rückkehr von Verhältnissen, die freie wissenschaftliche Institutionen und Forschung wieder erlauben – wenn auch unter gewissen Zugeständnissen an die neue Zeit – bestimmte die Strategie der für den Verein Verantwortlichen bis Ende 1936. Diese – wie wir heute wissen – vergebliche Strategie des „Playing for time“ (*McClellan* 2022, S. 347 ff.) war der Grund dafür, weshalb es bis April 1935 dauern sollte, bis eine nächste Hauptausschusssitzung zu stande kam.

Sombarts Reformmeifer kam jedenfalls dem Tempo der Verabschiedung neuer ministerieller Vorgaben nach dem NSDAP-Wahlsieg am 5. März und dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 nicht hinterher: Im April 1933 wurde das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamteniums mit seinem Arierparagraphen (§ 3) erlassen, das sich auch an den Universitäten schnell als ein wirksamer Hebel zur Ausbootung aller rassistisch und auch politisch (§ 4) unliebsamen Kräfte erwies.²⁹ Im Oktober 1933 führte Preußen das Führerprinzip an den Hochschulen ein, ab Mai 1934 galt es mit Erlass des neu geschaffenen Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung reichsweit (*Nagel* 2012). Über die Auswirkungen für den Verein mussten nun Sombart und der Vorstand Sorge tragen.

UA HUB, Sig.: UK Personalia: W 235, Blatt 16/17 und NS-Doz 2: Z/B 2 1845 A. 14, Blatt 14).

²⁹ Im Schnitt der reichsdeutschen Universitäten mussten gut 20 Prozent des (mindestens habilitierten) Lehrpersonals aus den genannten Gründen gehen (vgl. *Grüttner/Kinas* 2007, bes. S. 140).

Dazu gab es verschiedene Positionen. Schriftführer Boese hatte nur wenig für die Nazis übrig. Er fürchtete aber, wie er am 4. Oktober 1933 vertraulich an Sombart schrieb, dass der Finanzwissenschaftler Karl Bräuer, ein Verbündeter alter Tage, der nach Gerloffs Rücktritt im März 1933 zum Vorsitzenden des Finanzausschusses aufgerückt war,³⁰ nun als Exponent einer nationalsozialistischen Oppositionsgruppe mit eigenen „Reformideen“ eine „Ueberrumpelung“ des zögernden Vorstands vorbereite und in Sachen Gleichschaltung Druck mache.³¹ Es passte ins Bild, dass Bräuer allerlei Gründe fand, um nicht zu der für den November anvisierten Vorstandssitzung bei Sombart im Grunewald erscheinen zu müssen. Boese wollte Bräuer stellen und ihn zwingen, Farbe zu bekennen, doch erschien dieser am 4. November 1933 ebenso wenig wie zu den folgenden Hauptausschusssitzungen und Mitgliederversammlungen der Jahre 1933 bis 1936.

Immerhin hatte Bräuer Boese am 30. September seine „Reformideen“ „streng vertraulich“ zukommen lassen, die Boese nun am 4. Oktober ebenso vertraulich in Auszügen an Sombart weiterleitete, mit der Bemerkung, dass die Pläne Bräuers Gefahr liefern, den Verein zu einem „demütigen und abhängigen Sprachrohr der jeweiligen Inhaber der höheren Regierungs- und Parteiamter“ zu machen und dass unter solchen Umständen eine „Auflösung des Vereins“ wohl die „würdigere Lösung“ sei (Rep. 196/62, Bl. 83).

Nach Meinung Bräuers war der Verein durch den Vorstoß „jüdischer Marxisten, die gerne Theorien in den luftleeren Raum konstruieren“, ins falsche Fahrwasser gedrängt worden; der Verein sollte nun wieder zu den sozialpolitischen Wurzeln zurückkehren und sich dabei „voll und ganz“ „auf den Boden der nationalen Regierung und ihres Programms“ stellen. Folgende „Reform an Haupt und Gliedern“ sah er als unumgänglich an:

1. „Gleichschaltung des Vereins“, d.h. „Ausschaltung“ aller Mitglieder – nicht nur derjenigen in Vorstand und Hauptausschuss –, die nicht die „Erfordernisse des Berufsbeamten gesetzes“ erfüllen – gemeint war insbesondere der Arierparagraph. Zum Auffüllen der Reihen gelte es, neue (nationalsozialistische) Mitglieder zu werben.
2. Einfügen in die „Akademie für Deutsches Recht“ (AkfDR) unter Minister Hans Frank.
3. „Anerkennung des Führerprinzips“.

³⁰ Vgl. Boese (1939, S. 272); zu den Akten des Ausschusses der Jahre 1929–34 vgl. Rep. 196, Nr. 93.

³¹ Vgl. Briefe Boese an Sombart vom 11.9. und 4.10.1933 (Rep. 196/62, Bl. 104, 83). Lehnich hatte Saenger in Bezug auf eine solche Gruppierung neben Bräuer auch den Namen Spiethoff genannt (Bl. 104).

4. „Zurückdrängung der rein theoretischen Verhandlungen“. „Inangriffnahme von Fragen, die im Mittelpunkt des nationalsozialistischen Programms stehen“.
5. Veranstaltung öffentlicher Kundgebungen mit „namhaften Führerpersönlichkeiten“, er nennt z. B. Frank, Darré, Frick und Ley.
6. Neubildung des Vorstands. Bräuer schlug als neuen Vorsitzenden Jens Jessen aus Kiel vor, von dem er wisse, dass er der „Vertrauensmann von Rust ist“.³²

Damit ist neben Wiskemann der zweite Vertreter der „jungen Generation“ (wozu der über 50-jährige PG Bräuer nicht mehr gehörte) genannt, der hinsichtlich der Frage nach einem möglichen, der Partei genehmen Führer des Vereins eine hervorgehobene Rolle spielen sollte, nämlich der Volkswirt Jens Jessen (1895–1944).³³ Rust hatte auf Empfehlung des preußischen Finanzministers Johannes Popitz (1884–1945) Jessen 1933 erst zum Ordinarius in Kiel und dann in der Nachfolge des verdrängten Harms als Leiter des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft und damit auch zum Herausgeber des Weltwirtschaftlichen Archivs berufen. Jessen sollte in Kiel eine Stätte schaffen, an der die „Sozial- und Wirtschaftslehre des Nationalsozialismus ein zentrales Studium“ fände.³⁴

Im Herbst 1933 schien Jessen der strahlende Stern am nationalsozialistischen Ökonomenhimmel zu sein. Deshalb empfahl der renommierte Leiter des Theoretischen Ausschusses im Verein und Herausgeber von Schmollers

³² Zitiert aus der auszugsweisen Abschrift des Briefes von Bräuer an Boese v. 30.9.1933, die Boese dann am 4.10.1933 an Sombart weiterleitete (Rep. 196/62, Bl. 84 f.).

³³ Jessen behauptete von sich, bereits Ende 1930 und damit „wohl als erster Hochschullehrer für Wirtschaftswissenschaften“ der NSDAP beigetreten zu sein (o. V. 1934, S. 214). Später entpuppte sich diese Aussage als zweifelhaft (*Schlüter-Ahrens* 2001, S. 60 ff.). Zudem nahm Jessen vor Minister Rust für sich in Anspruch, derjenige gewesen zu sein, der „den Nationalsozialismus wissenschaftlich an den deutschen Hochschulen eingeführt“ habe. Er meinte damit seinen Beitrag „Nationalsozialismus“ (1933) in dem von Ludwig Elster und Gerhard Albrecht herausgegebenen Fachkompendium *Wörterbuch der Volkswirtschaft*.

³⁴ Brief Jessen an Rust v. 14.4.1933, zit. n. *Schlüter-Ahrens* (2001, S. 36, zu Popitz' Hilfe dabei S. 38 f.). Jessen scheiterte schnell an innerparteilichen Ränken. Nach einer Beurlaubung und anschließenden Strafversetzung nach Marburg zum Sommer 1934 wurde Jessen im Sommer 1935 nach Berlin berufen (erst an die Handelshochschule, dann 1936 an die Universität), was einer Rehabilitation gleichkam. Nun sollte in Berlin mit der neuen Wirtschaftshochschule (WH) eine zentrale Stätte der NS-Wirtschaftslehre geschaffen werden. Nach erneuten Querelen um Jessen zog das Ministerium allerdings Wiskemann als Rektor der WH vor. Jessen schloss sich Ende der dreißiger Jahre dem Widerstand an (zur Person vgl. *Schlüter-Ahrens* 2001, insb. S. 21–90).

Jahrbuch, Arthur Spiethoff,³⁵ seinem Vorsitzenden Sombart am 29. Oktober 1933, Kontakt zu Jessen herzustellen: Die „Gleichschaltung“ sei „mit einem Schlag in totaler Weise gelöst“, wenn es gelinge, Jessen zu bewegen, „in den Vorstand einzutreten“. Er riet deshalb, Jessen zu der geplanten, erweiterten Vorstandssitzung am 4. November bei Sombart privat in Berlin-Grunewald einzuladen, was dieser dann auch mit Erfolg tat.³⁶ Nicht dabei aber war BNSDJ-Präsident und Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985), den Spiethoff gern als „Berater“ gewonnen hätte (Rep. 196/62, Bl. 55).

Von den weitreichenden Beschlüssen dieser Vorstandssitzung vom 4. November 1933, die man, so schrieb der eher skeptische Boese am 10. November an Saenger und in Kopie an Sombart, vorerst „möglichst wenig bekannt werden“ lassen solle, berichten wir unten mehr. Hier nur so viel: „Die beiden Eingeweihten, Spiethoff und Jessen“ – so Boese – „trauten der gegenwärtigen Lage und ihrer zukünftigen Entwicklung selber nicht recht“. Deshalb der Rat, bis Frühjahr (1934) noch abwarten. Für Boese „klang es immer so, als ob beide bis dahin die Wiederherstellung einer größeren geistigen und sonstigen Freiheit erwarteten“. Dann aber wären solch weitreichende Beschlüsse vielleicht gar nicht nötig, meinte Boese, ließen sich „Gleichschaltung“ und „Reform der Vereinstätigkeit“ „in den Grenzen“ halten, die man sich immer vorgestellt habe.³⁷ Der „ungestüme Bräuer“ aber habe eine „Beruhigungspille“ bekommen.³⁸ Wenn der wüsste, freute sich Boese, „für welche quantité négligeable ihn seine eigenen Parteigenossen halten. (Spiethoff: ‚Bräuer habe doch unser Fach doch schon oft erheblich kompromittiert‘)“. Er nehme „Bräuers Angstmachen“ nach erfolgter Stellungnahme von Spiethoff und Jessen nicht mehr ernst (Rep. 196/62, Bl. 42 f.).

Hatte man sich auch den Ausschluss der vom Arierparagraphen des Berufsbeamten gesetztes betroffenen Personen (zumindest) aus dem Vorstand,

³⁵ Spiethoff war damit der einzige Herausgeber einer der großen in Deutschland erscheinenden Fachzeitschriften, der nach der NS-Machtergreifung 1933 im Amt blieb. Er hatte zu dieser Zeit Sympathien für den Nationalsozialismus gezeigt und war z. B. Mitglied des BNSDJ geworden. Den Briefen Boeses (s. u.) ist zu entnehmen, dass er in Spiethoff ein Parteimitglied sah, was dieser allerdings nicht war (zur Person Spiethoffs vgl. Scheffold 2010 und auch Borchardt 1988).

³⁶ Brief Spiethoff an Sombart v. 29.10.1933; Brief Jessen an Sombart v. 2.11.1933 (Rep. 196/62, Bl. 55, 48).

³⁷ Damit dürften u. a. die von Sombart im März 1933 vorgestellten und im Oktober verschickten – von uns weiter unter diskutierten – Vorschläge zu einer Neugestaltung des Vereins gemeint sein, die bei Boese (1939, S. 273–77) abgedruckt sind – und die Anfang November 1933 vielen bereits obsolet schienen.

³⁸ Boese hat Bräuer, der am 4.11.1933, wie erwartet, nicht gekommen war, später grob über den Verlauf der Vorstandssitzung im Beisein von Jessen kurz unterrichtet, wie er Saenger und Sombart zu Beginn des oben zitierten Briefes mitteilte.

sprich: Lederer und Mises, schon immer vorgestellt? Harms empfand, wie er am 27. April 1933 an Johannes Popitz schrieb, den Arierparagraphen als eine „Schande“ (zit. nach *McClellan* 2022, S. 341). Dennoch schritt der Vorstand im Frühjahr 1933 zur Tat – wobei man sich im Vorstand die unangenehme Aufgabe, wer denn nun die Betroffenen anschreiben solle, gegenseitig zuschob, bis sie beim Schriftführer hängen blieb.³⁹ Also schrieb Boese am 16. Mai 1933 an Lederer: „Gestützt auf unsere alten freundschaftlichen Beziehungen, erlaube ich mir, Ihnen eine große inhaltsschwere Bitte zu unterbreiten“ – nämlich die Niederlegung seines Vorstandsamtes, um dadurch zu helfen, den „Verein zu erhalten“. Das, so Boese, sei nur bei einer „Anpassung“ an die neuen Verhältnisse möglich, „ganz gleich, wie man diese selbst nun auch beurteilen möge“. Vertraulich sicherte Boese Lederer zu, er könne erst einmal im Hauptausschuss verweilen (Rep. 196/6, Bl. 255).

Von dieser „Anpassung“ im Vorstand erhoffte man sich Luft und Aufschub. Doch nahm der Druck eher zu: Am 8. Juli 1933 erkundigte sich der Württembergische Wirtschaftsminister Oswald Lehnich (1895–1961) bei dem ihm bekannten („Lieber Bundesbruder“) Präsidenten des Preußischen Statistischen Landesamtes und Vereinsschatzmeisters Saenger nach dem Stand der Gleichschaltungsmaßnahmen im Verein;⁴⁰ am 28. September hörte Sombart aus dem „Amt für Sozialpolitik“ der Deutschen Arbeitsfront (DAF), wo er um einen Termin mit Ley nachgesucht hatte, dass man dort glaube, dass der Verein durchaus noch „fruchtbringende Arbeit“ leisten könne, wenn der er sich den Zielen der nationalsozialistischen Regierung verpflichte, und der „Mitarbeiterstab“ politisch die Gewähr dafür böte. Insbesondere wolle man dort keine Leute sehen, die schon aufgrund ihrer „Artfremdheit“ der deutschen Sache niemals dienlich sein könnten.⁴¹ Am 14. November 1933 erklärte ein Dr. Menge vom „Magistrat der Hauptstadt“ Hannover, dass die Stadt Hannover nur dann Mitglied des Verein für Sozialpolitik bleiben könne, wenn der Verein zuvor versicherte, dass sich keine „Juden oder jüdisch Versippten“ in seinen Reihen befänden (Rep. 11, Bl. 91f.), und am 2. Februar 1934 fragte BNSDJ-Präsident Carl Schmitt mit einem Fragebogen die Fortschritte diverser Institutionen auf dem Wege zur Gleichschaltung ab, auch beim Verein für Sozialpolitik – darunter die Frage, „ob die

³⁹ Vgl. Brief Boese an Sombart v. 20.7.1933 (Rep. 196/62, Bl. 117).

⁴⁰ Vgl. die ausweichende Antwort Saengers v. 19. Juli 1933: „Die Ausschaltung der nichtarischen Mitglieder des Vorstands haben wir alsbald in Aussicht genommen. Sie konnte aber noch nicht durchgeführt werden, weil die Ermittlung der Anschrift des einen nichtarischen Mitgliedes auf Schwierigkeiten stieß. [...] Wegen der weiten Umstellung hat [...] Herr Geheimrat Professor Dr. Sombart Herrn Reichsminister Dr. Goebbels gebeten, ihm eine Unterredung zu gewähren“ (Rep. 196/62, Bl. 119).

⁴¹ Brief an Sombart v. 28.9.1933 (Rep. 196/62, Bl. 92). Ley hatte den Brief an Léon Daschner delegiert, in dessen Auftrag dann Daenburg unterschrieb.

Satzung Bestimmungen über die Aufnahme von nichtarischen Mitgliedern“ enthält und ob der „Vorstand in letzter Zeit gewechselt“ habe (Rep. 196/6, Bl. 125).

So traf der Vorstand Vorbereitungen, die Nichtarier und politisch Unzuverlässigen falls notwendig auch im Hauptausschuss und in den Fachausschüssen *auszuschalten*.⁴² Am 22. September hatte man entsprechende Listen fertig. Doch beließ man es erst einmal bei der „Gleichschaltung“ im Vorstand. Die Mitglieder des Hauptausschusses und der Fachausschüsse erfuhren letzteres mittels einer „im Oktober 1933“ verschickten Notiz, die ihnen zusammen mit den an alle Mitglieder versandten Vorschlägen Sombarts zur Neugestaltung des Vereins zugingen. Sombarts Rundschreiben verlautbarte lapidar, dass „die Herren Lederer und v. Mises“ auf sein „Ersuchen im Hinblick auf das Gleichschaltungsgesetz ihre Ämter im Vorstand des Vereins bzw. des Fachausschusses für Theorie niedergelegt haben“. Mises sei aus dem Verein ausgetreten (Boese 1939, S. 273).⁴³

Was der Leser von Boeses Geschichte des Vereins für Sozialpolitik wohl ahnt, dort aber nur in Andeutung erfährt: Freiwillig geschahen beide Rücktritte nicht. Lederer wehrte sich vor allem gegen das Argument, es sei besser, den „Einflüssen von außen her“ entgegenzukommen“. Seines Erachtens ließen sich „gute Gründe auch für den entgegengesetzten Standpunkt anführen“. Deshalb schlug er Boese am 1. August 1933 vor, Sombart möge den Mitgliedern schreiben, sein, also Lederers, Rücktritt geschehe auf den „ausdrücklichen Wunsch“ des Vorsitzenden (Rep. 196/62, Bl. 112).

Mit Mises und Lederer waren Sombart und der Verein die „nichtarischen“ Vertreter im (erweiterten) Vorstand los, zudem zwei Theoretiker, einen Erzliberalen und einen Sozialisten. Falls das nicht reichen sollte, um den „Einflüssen von außen her entgegenzukommen“, hatte man sich am 16. September schon mal über die Liste der dem Hauptausschuss angehörigen Personen gebeugt und all jene, die ihrer Auffassung nach im Sinne der §§ 3 und 4 des Gesetzes zum Berufsbeamtentum als nichtarisch oder als politisch unzuver-

⁴² Brief Boese an Sombart v. 11.9.1933; Rep. 196/62, Bl. 104.

⁴³ Lederer hatte sich zuletzt am 16. September 1933 von Bord der Cunard-Line gemeldet, auf dem Weg über den Ozean nach New York, an die New School for Social Research – die University of Exile (Rep. 196/62, Bl. 64). Doch erst am 6. Juni 1934 erklärte er – dann aus New York und auf Englisch –, er könne sich unter den gegebenen Umständen nicht mehr als Mitglied des Vereins betrachten. Boese hatte Lederer zuvor gefragt, ob er in den USA etwas für Fritz Redlich (1892–1972) tun könne, der in Berlin Probleme hatte (Redlich emigrierte dann 1936). Lederer antwortete, dass dies schwer werden würde, weil jetzt, wo die Situation an den deutschen Universitäten für jeden echten Gelehrten („real scholar“) untragbar sei, so viele Gelehrte aus Deutschland heraus drängten (Rep. 196/24, Bl. 49, 34).

lässig galten, markiert.⁴⁴ Diese Liste mit vielen roten Kreuzen und durchgestrichenen Namen liegt im Dahlemer Archiv vor (Rep. 196/90, Bl. 14–18). Die kooptierten ‚Problemfälle‘⁴⁵ glaubte Boese per Federstrich loswerden zu können. Das waren: Julius Bunzel, Arthur Cohen, Gerhard Colm, Arthur Feiler, Ernst Grünfeld, Ludwig A. Hahn, Eduard Heimann, Adolf Löwe, Paul Mombert, Theodor Plaut, Edgar Salin, Paul Silverberg, Kurt Singer und Felix Somary, dazu notierte man als Zweifelsfälle: Friedrich A. Hayek, Charlotte Leubuscher, Fritz Pfirrmann, Fritz Tarnow. Insgesamt also 18 Personen (Rep. 196/62, Bl. 97). Unter den 51 Gewählten traute man sich das Führerprinzip *ad hoc* anzuwenden offenbar nicht zu, man wollte die alle zwei Jahre anfallenden Neuwahlen von jeweils einem Drittel (also 17 Personen) dazu nutzen. Hier stachen nach Ansicht Boeses und Sombarts ohnehin weniger ‚Problemfälle‘ hervor, nämlich nur elf, und zwar: Moritz J. Bonn, Werner F. Bruck, Franz Eulenburg, Ludwig Feuchtwanger, Franz Gutmann, Emil Lederer, Fritz Karl Mann, Ludwig Mises, Karl Pribram, Manual Saitzew und – warum auch immer – Joseph A. Schumpeter. Dazu kamen, im Brief genannt oder auf der Liste markiert, die bereits im Ausland weilenden Röpke und Rüstow, sowie vermerkt als weitere unsichere Kandidaten: Hans Gehrig, Bernhard Harms, Herbert Schack, Alfred Weber, Robert Wilbrandt und Franz Zizek. Insgesamt 37 von 106. Am Ende sollten es erheblich mehr sein. Schon zur nächsten Hauptausschusssitzung am 13. April 1935 lud Sombart nur noch 72 Person ein (RW 189/464, Bl. 61).

Antisemitische Ressentiments spielten im Verein (wie in Deutschland, Österreich und in der Schweiz überhaupt) auch schon vor der NS-Machtgreifung eine unrühmliche Rolle. Von solchen Motiven war Sombart ebenso wenig frei wie sein Schriftführer und Vorstandskollege Boese. Der Sozialwissenschaftler *Helmut Schuster* (1987, S. 320–25) hat aus den damals noch Merseburger (heute Dahlemer) Akten des Vereins eine Reihe antisemi-

⁴⁴ Vgl. Brief Boese an Sombart v. 20.9.1933 (Rep. 196/62, Bl. 97). Boese spricht von „unserer Durchsicht der Liste“, ob dies andere aus dem Vorstand i.e.S., beispielsweise den Berliner Saenger einschließt, bleibt unklar. Ich nehme es aber an.

⁴⁵ Weder möchte ich mir mit diesem Wortgebrauch eine Wertung zu eigen machen, noch möchte ich nachprüfen, ob die Kreuze *richtig* gesetzt sind. Was wäre denn auch etwa ein haltbares Kriterium für ‚nichtarisch‘? Wichtig ist im Zusammenhang unserer Untersuchung allein, dass die Nazis bestimmte Personen als auszusondern im Sinne des genannten Gesetzes betrachteten. Offenbar wussten Sombart, Boese u.a. denn auch recht gut, wer gemeint war. Für die Österreicher half der Wiener Professor Hans Mayer aus, der, wie der Parteigenosse Professor Carl August Fischer im Oktober 1934 schrieb, unfehlbar jeden Juden herausroch (zit. n. McClellan 2022, S. 342). Dazu Adorno (1951, S. 183 f.): „Noch die zwingendsten anthropologischen Beweise dafür, dass die Juden keine Rasse seien, werden im Falle des Pogroms kaum etwas daran ändern, daß die Totalitären ganz gut wissen, wen sie umbringen wollen und wen nicht.“

tischer Invektiven und Vorgänge ausgegraben, die wir hier nicht alle wiederholen müssen.⁴⁶ Zu den Leidtragenden zählten auch Mises und Lederer, und zwar schon vor 1933. So hatte Boese den Kollegen Mises am 26. August 1931 in einem Brief an Spiethoff „einen habsburgisch geadelten galizischen Ghetto-Sprössling“ genannt (*Schuster* 1987, S. 324). Spiethoff wiederum hatte sich im Herbst 1928 bei der Wahl des Vorsitzenden im Theorie-Ausschuss gegen den damals in Heidelberg lehrenden Lederer als Vorsitzender durchgesetzt (*Janssen* 2009, S. 109 ff.) – und bei dieser Wahl, so schrieb ihm Boese am 30. Mai 1929, habe auch das Rassische eine Rolle gespielt. Im Oktober 1933, so schreibt *Schuster* im Anschluss weiter, mokierte man sich im Vorstand dann darüber, dass „Lederer u. a. wohl glaubten, ihre Vereinsfunktionen weiter ausüben zu können, ohne noch Professor zu sein“ (1987, S. 322).⁴⁷

Sombarts „Denkschrift“ aus dem Oktober 1933, eine „Vormärz-Schrift“, wie er sagte,⁴⁸ sollte ein „Verjüngungsversuch“ (Boese 1939, S. 274) sein, zu dem er nun schriftliche Stellungnahmen erbat. Er machte dabei im Kern zwei „Hauptübelstände“⁴⁹ als verantwortlich dafür aus, dass mit dem Verein „nichts Rechtes mehr los sei“. Erstens: Der Verein sei „uninteressant“ und „langweilig“ geworden, was seiner Meinung nach häufig aus einer „falsche[n] Themenwahl für die Generalversammlung“ resultiere, wenn etwa „irgendein Verwaltungs- oder Organisationsproblem“ oder „ein wissenschaftliches Thema“ zum Gegenstand gewählt würde. Zweitens: Die „Verquickung prak-

⁴⁶ Vgl. zudem *McClellan* (2022, S. 337–47): „The Purge of the Leftist and Jewish Economists“.

⁴⁷ Anlass wird wohl die Antwort Lederers auf die Bemerkung Sombarts gewesen sein, er habe den Rücktritt Lederers für „selbstverständlich gehalten“, nachdem Lederer „die Qualifikation zum beamteten Hochschullehrer von der vorgesetzten Behörde entzogen worden war“. Lederer antwortete, dass weder die Satzung dies festlege, noch es mit einem Brauch im Verein zu begründen sei, dass nur beamtete Hochschullehrer Ämter im Verein innehaben könnten (Brief Lederer an Boese v. 16.9.1933; Rep. 196/62, Bl. 64).

⁴⁸ Vgl. Boese (1939, S. 274, 278). „Vormärz“ meint hier nicht wie in der Geschichtsschreibung eingebürgert die Zeit vor der Revolution im Juli 1848, sondern die Zeit vor den Wahlen am 5. März 1933. So sprach man von den erst danach in die Partei Eingetretenen als den „Märzgefallenen“. Wenn Sombart zudem sagt, er habe seine Vorschläge gleich nach Dresden verfasst, dann liegt darin m. E. ein Stück Mystifikation. Der Abfassung gingen zumindest längere Diskussionen um die „Neugestaltung“ des Vereins auf der Hauptausschusssitzung am 3. März 1933 voraus (vgl. Rep. 169/62, insb. Bl. 158 ff.). Von Einfluss sind zudem die dazu am 20. Februar 1933 eingesandten „Leitsätze“ Eulenburgs gewesen (Rep. 196/62, Bl. 200–02).

⁴⁹ Sombarts Wortwahl spielt in der für ihn typischen, gern etwas unernsten Weise auf den socialreformerischen Duktus der Gründungsväter an (vgl. etwa Schönberg 1891: „Gewerbe II: Die gewerbliche Arbeiterfrage“, dessen Hauptteil in die Abschnitte „1. Die Übelstände“ und „2. Die Reform“ gegliedert ist).

tisch-politischer und wissenschaftlicher Erörterungen“, wofür ihm die Tagung in Dresden als Beispiel diente (*Boese* 1939, S. 273 ff.). Sombarts Reform schlug im Einzelnen folgendes vor:

(1) Bei den Generalversammlungen sollen nur noch große Probleme von allgemeiner Bedeutung behandelt werden, einerseits (a) in Form von Vorträgen, andererseits (b) in Form von Debatten. Ad (a): Jeder Vortrag solle „ein wissenschaftliches Ereignis“ sein. Eine Aussprache erfolge nicht. Dazu seien künftig (ad b;) Debatten da über „aktuelle praktisch-politische Themata von grundsätzlicher Bedeutung“, über – wie er an anderer Stelle sagte – „brennende Tagesfragen“ (ebd., S. 283). Alle Debattenredner müssen vorausbestimmt, und es müsse garantiert sein „daß Vertreter verschiedener Standpunkte zu Worte kämen“. Die „Debatten“, so Sombart, sollen „wieder ‚be-seelt‘ werden, das heißt eine bestimmte Willensrichtung (im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung) zum Ausdruck bringen“ (ebd., S. 275).⁵⁰

(2) Die Fachausschüsse tagen und diskutieren dagegen in kleinem Kreis von maximal 12 Personen. Dafür müssen diskutable „Themata“ gewählt werden „unter Ausschluss weltanschaulicher Probleme“ – etwa solche der Methode, der Theorie oder der praktischen Technik. Solche, im Zweifel kontrovers geführte, wissenschaftliche Fachgespräche können allerdings nur „unter strengste[r] Abgeschlossenheit“ stattfinden – keine Presse, keine Gäste (ebd., S. 275 f.).⁵¹

(3) Der Verein solle seine ausufernde Publikationstätigkeit sehr stark einschränken; am besten nur noch die „Festvorträge“ veröffentlichen und keine „dickbändige[n] Untersuchungen“ mehr. Die Finanzen des Vereins erführen dadurch eine starke Verbesserung, und der „viel zu hohe Mitgliedsbetrag“ könne herabgesetzt werden (ebd., S. 276 f.).⁵²

⁵⁰ Wie *Oschina* (2010, S. 21) in einer immerhin auf der Webseite des Vereins verlinkten Magisterarbeit zu dem Schluss gelangt, Sombart wolle mit diesem Vorschlag garantieren, „dass Persönlichkeiten mit unterschiedlicher Meinung objektiv zu Tagesfragen im Verein Stellung beziehen können und sich die Generalversammlung nicht mehr und mehr zu einer Plattform von Parteikundgebungen entwickelt“, bleibt mir unerklärlich.

⁵¹ *Gorges* (1986, S. 460) betonte mit Bezug auf den Reformplan 1933, dass Sombart „dem Verein wieder ein rein wissenschaftliches Selbstverständnis geben“ wollte (was der Verein im Übrigen so nie hatte). Die von Sombart ebenfalls vorgeschlagene politische Instrumentalisierung des Vereins über die von ihm vorgesehenen, vom Geiste des Nationalsozialismus beseelten öffentlichen Debatten (s.o. Punkt 1), lässt *Gorges* dabei außer Acht. Brief Spiethoff an Sombart v. 29.10.1933; Brief Jessen an Sombart v. 2.11.1933 (Rep. 196/62, Bl. 55).

⁵² Der Beitrag betrug für das am 1. April 1933 beginnende Vereinsjahr 20 Mark pro Einzelperson (RW 189/464, Bl. 69). Dafür gab es die Schriften umsonst. Die sich 1936 als Nachfolgerin des Vereins empfehlende Deutsche Wirtschaftswissenschaft-

(4) Das Entschlacken der Generalversammlungen von langweiligen Vorträgen, endlosen Sitzungen ließe mehr Zeit für Geselligkeit, für „Besichtigungen, Ausflüge, Garden-parties, Bierabende etc.“ (ebd., S. 275 f.).

Das Echo war für Sombart trotz manch deutlicher Kritik und Gegenpositionen im Einzelnen generell doch recht erfreulich, wenn auch oft recht unverbindlich. Die meisten begrüßten immerhin den Impuls, weitermachen zu wollen.⁵³ In gewisser Weise typisch war das Muster der Reaktion Dietzes, der zunächst seine „volle Zustimmung“ ausdrückte, dann aber zum Ausdruck brachte, dass doch bitte der Punkt, der die Schriften des Vereins betraf, zurück genommen werden möge.⁵⁴ Der nächste nannte dann einen weiteren Punkt der Sombartschen Reform, der ihm nicht behagte. Viele, zum Beispiel der in Basel lehrende Salin, wollten als erstes den Namen ändern (Salins Vorschlag: „Verein für Staatswissenschaft und Staatspolitik“). Zudem bemängelte (nicht nur) Salin die beabsichtigte Verkleinerung der Fachauschüsse. Als ob Salin ahnte, dass auch sein Name auf Sombarts Liste stand, fragte er beim Vorsitzenden indirekt an, ob denn seine Mitarbeit künftig überhaupt noch erwünscht sei und wies darauf hin, dass er als Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg nicht unter den Arierparagraphen des Gesetzes zum Berufsbeamtentum falle.⁵⁵

Aber wie sollte das gehen: In den Debatten des Vereins kämen zwar verschiedene Standpunkte zu Wort, aber die Redner brächten nur eine Willensrichtung im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung zum Ausdruck? (Lenger 1994, S. 360). Zudem äußerte nicht nur Franz Eulenburg (1867–1943),⁵⁶ schwere Bedenken dagegen, sich einer solchen Willensbildung unterwerfen zu sollen (Rep. 196/62, Bl. 6). Der in Prag geborene Österreicher Julius Bunzel (1873–1942) quittierte deshalb seine Mitgliedschaft. Er möchte keinem Verein angehören, der seine wissenschaftlichen Forschungen „innerhalb des Rahmens einer bestimmten Weltanschauung“ zum Aus-

liche Gesellschaft lockte den Volksgenossen mit 18 RM p. a. und bot Sozialschwachen um 50% ermäßigte Tarife an (RW 189/466, Bl. 38). Für eine Einschränkung der Publikationsaktivität hatten sich auch Eulenburgs „Leitsätze“ (s. o.) stark gemacht.

⁵³ Gut 25 Antworten aus den Jahren 1933/34 finden sich im GStA vorgeschnitten unter Rep. 196/62, Bl. 1–31. Außer den im Text genannten Reaktionen vgl. zudem etwa die von Rüstow (Bl. 1), Briefs (2), Dietze (3), Eulenburg (6), Salin (10), Bunzel (15), H. J. Seraphim (16), Gottl-Ottlilienveld (17), Eucken (18), Ad. Weber (23), C. Brinkmann (30) und Alfred Weber (31).

⁵⁴ Vgl. Brief von Dietze an Sombart v. 24.11.1933 (Rep. 196/62, Bl. 3).

⁵⁵ Vgl. Brief von Salin an Sombart v. 19.10.1933 (Rep. 196/62, Bl. 10).

⁵⁶ Eulenburg, den man an der Handelshochschule Berlin aus rassischen wie politischen Gründen schon seit 1933 hatte loswerden wollen, schied zum Sommer 1935 aus Altersgründen aus. Er starb 1943 an den Folgen seiner Gestapo-Haft (Janssen 2012, S. 553).

druck bringen müsse.⁵⁷ Moderater argumentierte Walter Eucken, der angesichts der „Lage unseres Fachs in Deutschland“ die Zeit für eine Reform als noch nicht reif empfand. In einem Jahre, so schrieb er am 24. Oktober 1933, würde man klarer sehen. Sollte dennoch schon jetzt ein Umbau in Angriff genommen werden, müsse der Verein seiner Meinung nach einen „rein wissenschaftlichen Charakter“ erhalten. „Alle Veröffentlichungen, Vorträge und Diskussionen müssten sich jeder politischen Stellungnahme enthalten.“ Der Kampf um die Wirtschaftspolitik würde innerhalb der NSDAP ausgetragen. „In ihn einzugreifen“ sei „für den Verein unmöglich und der Versuch würde nur zu baldigem ruhmlosen Zusammenbruch führen“ (ebd., Bl. 20 f.).

Doch auch Eucksens Plan barg Risiken. Das erfuhr Sombart zur Jahreswende 1933/34, als er für eine Fortführung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) in Form eines kleinen „wissenschaftlichen Klub[s]“ warb. „Dann werden wir“, so meinte der völkische Soziologe Max. H. Boehm (1891–1968), „die Türen mit den Beinen eintreten“ (zit. n. Lenger 1994, S. 363).

Insgesamt erwecken Sombarts Aktivitäten im Herbst 1933 den Verdacht, dass er selbst nicht mehr richtig an die heilsame Wirkung seiner Reformvorschläge glaubte. Noch bevor der Strom der Reaktionen zum Erliegen kam, lud er zu einer erweiterten Vorstandssitzung am 4. November zu sich in den Grunewald ein.⁵⁸ Es kamen: Boese, Fuchs, Saenger und Spiethoff sowie außer der Reihe: der Grandseigneur der deutschen Agrarökonomie Max Sering (1857–1939) und der junge Jens Jessen. Es fehlten (abgesehen von den zurückgetretenen Lederer, Mises und Gerloff): Eckert, Harms,⁵⁹ Weber (München) und Bräuer.

Zuerst beriet man den Fall Eckert. Sombarts Vorgänger im Vorsitz des Vereins war aus dem Staatsdienst entlassen worden. Adolf Weber (1876–1963) hatte deshalb brieflich eine Eingabe zugunsten Eckerts an die Regierung angeregt.⁶⁰ Die Mehrheit der Anwesenden, einschließlich Jessens, glaubte aber, diese sei im Falle Gerloff „aussichtslos“ und für den Verein „gefährlich“. Daraufhin berichtete Sombart von seiner „Fühlungnahme“ bei

⁵⁷ Brief Bunzel an Sombart v. 22.10.1933 (Rep. 196/62, Bl. 15).

⁵⁸ Boese (1939) erwähnt diese Sitzung nicht, in der Literatur jüngst aber McClellan (2022, S. 354 ff.). Ein Protokoll liegt im GStA (Rep. 196/90, Bl. 390–93); vgl. dazu die Briefe von Boeses an Sombart v. 17.11.33 und an Saenger v. 10.11. 1933 (Rep. 196/62, Bl. 39, 42 f.).

⁵⁹ Mir liegen keine Dokumente vor, die besagen, dass Harms (er hatte gerade die Leitung des Kieler Instituts an Jessen verloren) oder Eckert (er hatte gerade seine Kölner Professur eingebüßt) dem Vorstand nicht mehr angehörten – obwohl dem Diskussionsverlauf zufolge Eckert wohl kein Mitglied mehr war.

⁶⁰ Vgl. auch Ad. Weber an Sombart v. 18.10.1933 (Rep. 196/62, Bl. 23).

Regierungs- oder Parteistellen. Alle Versuche seien ergebnislos verlaufen. Er könne nicht sagen, wie man über den Fortbestand des Vereins dächte. Spiethoff riet zum Abwarten. Saenger erklärte sich gegen Bräuers Anregung, den Verein in den NS-Juristenbund zu überführen. Auch Jessen sprach sich gegen Bräuer aus und riet zum Abwarten bis mindestens zum Frühjahr 1934. Die Ministerien seien sich derzeit untereinander noch nicht einig. In der Zwischenzeit solle der Verein erst einmal weitermachen. Die Chance zum Fortbestehen in der einen oder anderen Form sei durchaus gegeben. So kam die Diskussion zurück auf Sombarts Reformplan. Sombart wollte den Teil über die Debatten gestrichen wissen und las Euckens Gutachten vor. Fuchs zog eine Auflösung vor. Saenger dacht ähnlich, meinte aber, eine solche Auflösung solle mit der Schaffung einer Auffangorganisation Hand in Hand gehen. Also schlug Spiethoff die Bildung einer Kommission vor, die einen Satzungsentwurf für eine neue „Deutsche Volkswirtschaftliche Gesellschaft“ – so der Taufname der angedachten Organisation – ausarbeiten sollte. Man einigte sich auf folgende Zusammensetzung: Sombart (Vorsitz), Fuchs, Boese, Saenger, Spiethoff und Sering, sowie aus Kreisen der NS-Bewegung: der Kieler Hermann Bente (1896–1970), Jessen, Lehnich, Gerhard Mackenroth (1903–55), der Röpkes Lehrstuhl in Marburg vertrat, Gieselher Wirsing (1907–75) aus dem *Tat-Kreis* (später SS-Hauptsturmführer) sowie Wiskemann, gerade aus Marburg nach Königsberg berufen. Unberücksichtigt blieb Bräuer, dem man hier wenig das Wasser abgrub.

Nicht alle begrüßten den neuen Plan. Boese ließ in Briefen an Saenger vom 10. und an Sombart vom 17. November 1933 seine „Skepsis“ gehörig durchblicken (Rep. 196/62, Bl. 42, 39). Der Name Wirsing – der Vorschlag kam von Sombart – sei ihm bisher unbekannt. Auch seien Wirsing, Bente und Mackenroth nicht Mitglied des Vereins⁶¹ (ergo: Jessen und Wiskemann schon). Boese riet zu Stillschweigen. Vielleicht würde eine gewisse „geistige Freiheit“ ja bald wiederhergestellt und das Beschlossene dann gar nicht mehr nötig werden.

Als Sombart „Fühlung mit maßgebenden Stellen der Regierung“ und „auch in der Partei“ aufnahm, „um unsere Dienste dem Allgemeinwohl zur Verfügung zu stellen“, musste er erfahren, wie er auf der Mitgliederversammlung Ende Juni 1935 bekannte, dass „das Interesse der maßgebenden Kreise ein außerordentlich geringes war“ (Boese 1939, S. 283). Bereits im November 1933 hatte er im erweiterten Vorstand berichtet, dass er bei Rust, Goebbels, Göring und Ley nicht weiterkam (Rep. 196/90, Bl. 391). Einer Terminabsage bzw. -verschiebung folgte die nächste und dabei wurde Som-

⁶¹ Im Falle Mackenroth irrte er sich (vgl. die Mitgliederliste 1933/34, Rep. 196/31, Bl. 1–16).

bart zuweilen in fast kränkender Weise⁶² innerhalb der Ministerialhierarchie heruntergereicht.

So hatte sich Sombart am 12. Juli 1933 erst an den Preußischen Kultusminister Rust,⁶³ dann an den Preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring (1893–1946) und an Propagandaminister Joseph Goebbels (1897–1945) gewandt. Als man am 20. Juli schon aufgeben wollte, auf Antwort zu hoffen (Rep. 196/62, Bl. 117) und es am 23. Juli bei Göring nochmals versuchte, meldete sich am 4. August das Preußische Staatsministerium dann doch, in Person des Staatssekretärs. Der Ministerpräsident könne ihn leider nicht empfangen, man würde sein Begehren an das Preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und dort an Staatssekretär Claussen weiterreichen (ebd., Bl. 110). Von dort meldete sich dann mit Brief vom 22. August der Abteilungsleiter Haussmann (ebd., Bl. 108). Wenn ich eine handschriftliche Notiz richtig deute, machte man einen Termin für den nächsten Mittwoch, also den 30. September. Ob der zustande kam, bleibt offen. Mehr Glück verhieß der Referent des Reichsarbeitsminister Franz Seldte. Dort stellte ihm der Minister einen Termin für den 4. Oktober 1933 in Aussicht (ebd., Bl. 94). Doch leider musste das Treffen mehrfach verschoben werden, am 25. Oktober kündigte der persönliche Referent des Ministers schließlich an, dass es vor dem 15. November 1933 (und damit vor der Vorstandssitzung am 4. November) nichts werde (ebd., Bl. 59).

Eine Bemerkung Sombarts auf der Hauptausschusssitzung im April 1935, die der stenographische Bericht festgehalten hat, weist darauf, dass Sombart den Misserfolg seiner Fühlungsnahmen zugunsten des Vereins bei Regierung und Partei auch auf Vorbehalte gegen seine Person zurückführte. Ich meine den Moment, als sich das Blatt gegen seinen Auflösungsantrag wendete, und er darauf beharrte, in einem solchen Falle den Vorsitz niederzulegen. Da sagte er: „Ich glaube, daß Sie dadurch auch eine gewisse Erleichterung bekommen [...], wenn ich nicht mehr an der Spitze des Vereins stehe“ (Rep. 196/90, Bl. 252). Sombart, von dem Boese u.a. sich 1932 erhofft hatten, dass er mittels seiner Autorität dem Verein die Richtung weisen könne, war zu einer Belastung geworden (McClellan 2022, S. 331, 353).

In Sachen Gleichschaltung viel zu langsam voran ging es im Vorstand vor allem Bräuer. Der hatte am 10. August 1933 Boese in einem Brief erklärt, dass Sombart „durch die marxistisch-jüdischen Salons emporgetragen wor-

⁶² Saenger in einem Brief an Boese nach der Hauptausschusssitzung v. 13.4.1935 (Rep. 196/90, Bl. 273v): „in einer für ihn nicht immer angenehmen Weise“ und „ohne damit Erfolg zu haben“.

⁶³ Vgl. die Antwort vom „persönliche[n] Adjutant“ v. 13.7.1933: Der Minister sei im Urlaub. Er könne Sombart deshalb leider keinen Termin anbieten (Rep. 196/62, Bl. 120).

den“ und von daher kaum tragbar sei (Rep. 196/93, Bl. 22–24). Später stimmte Bräuer Sombarts Vorschlägen zwar weitgehend zu, bedauerte aber, dass der Vorsitzende diese nicht schon lange umgesetzt habe. Das hätte viele Kritiker innen wie außen verstummen lassen. Er bleibe bei seinem Vorwurf, so Bräuer am 17. Oktober 1933 an Boese, dass er den „jüngeren Sombart für den geistigen Erzieher der Intellektuellen zum Marxismus halte“, auch wenn der ältere Sombart eine Wandlung vollzogen habe (Rep. 196/6, Bl. 185 f., hier 186).

Gegenwind bekam der Vorsitzende auch aus den Reihen der sog. jungen Generation. Als deren Sprecher attackierte *Wiskemann* (1933c) im Oktober 1933 im *Deutschen Volkswirt* namentlich Sombarts Standpunkt einer wertfreien, rein der Erkenntnis dienenden Wissenschaft, wie sie dieser seit 1909, damals noch zusammen mit Max Weber, im Verein vertrat. *Wiskemann* (1933b, S. 1164) hatte schon im Juli 1933 eine totale Politisierung der Wirtschaftswissenschaft gefordert und vor Versuchen gewarnt, sich „in das Gebiet reiner generalisierender Abstraktion“ flüchten zu wollen. Sombart antwortete *Wiskemann* – vom Schriftleiter des *Volkswirts* dazu aufgefordert – im August 1934 und lehnte seinerseits im Ton väterlich konziliant, in der Sache unnachgiebig, die Möglichkeit einer wertenden – und sei es nationalsozialistisch wertenden – Wissenschaft ab: „Politische Ziele lassen sich nicht als richtig oder falsch erweisen“ (Sombart 1934b, S. 2009). Wirtschaftswissenschaft sei entweder eine „naturwissenschaftlich orientierte“ Lehre, im Sinne der abstrakten Theorie oder eine „kulturwissenschaftliche oder verstehende“ Lehre (wie er sie betreibe). „Eine dritte“ Form gebe es nicht. „Auch nicht im Dritten Reich“ (ebd., S. 2011).

Wie in seiner „Antwort an *Wiskemann*“ hatte Sombart auch im Vorwort seines Aufsehen erregenden neuen Buches *Deutscher Sozialismus* (1934a) beteuert, der „Hitlerregierung“ weder „gleichgültig oder gar feindlich“ gegenüberzustehen – „Nichts weniger als dieses!“ (S. XI). Doch trotz solcher Verbeugungen vor dem Zeitgeist bewies Sombarts Buch aus Sicht *Wiskemanns* nur aufs Neue, dass diesen mehr vom Nationalsozialismus trenne als mit ihm verband (*Wiskemann/Lütke* 1937, S. 186). Aus NS-Sicht schwer ins Gewicht fallende Differenzen gab es in der Rassenfrage, die Sombart geistig, d.h. geschichtlich-kulturell und milieubedingt, der Nationalsozialismus als eine Frage des Blutes, also erbbiologisch behandelt wissen wollte.⁶⁴ Hier setzte auch die insgesamt wohlmeinende Kritik Jessens an Sombart ein, der im *Deutschen Sozialismus* neben „viel Schatten“ auch „sehr viel Licht“ er-

⁶⁴ Eine Sammlung von insgesamt 240 Kritiken aus dem In- und Ausland legte der Verlag unter dem Titel *Deutscher Sozialismus im Urteil der Presse* (Sombart 1935) vor; vgl. hier die Diskussionspunkte: „Das Rassenproblem“ und „Die Judenfrage“ (Sombart 1935, S. 73–77).

blickte (*Jessen* 1934). Eine grobe Abfuhr für Sombart aber gab es am 5. Oktober 1934 im Völkischen Beobachter: Es gebe nur einen Weg zum deutschen Sozialismus, „den unseres Führers Adolf Hitler, und keinen zweiten des Herrn Professor Sombart“ (*Nonnenbruch* 1934). Sombart war nicht der Fels, auf dem die Nazis bauen wollten.

Spätestens jetzt musste Sombart begriffen haben, dass seinen Gunstbemühungen bei den Nationalsozialisten kein Erfolg beschieden war. Jessens Sturz in Kiel einige Monate später löste dann, wie *McClellan* (2022, S. 356) schreibt, den Panikmodus aus, zumal Jessens bisherige Bemühungen im Sande verlaufend waren. „Alles schwiebt, weil niemand sich entschließen kann und jeder den anderen fürchtet“, schrieb Jessen am 11. Dezember 1934 (nun schon aus Marburg) an Boese. Er glaube, „dass es bis zum Beginn des Neuen Jahres dauern wird, ehe wir an eine Fortsetzung in neuer Form denken können“ (Rep. 196/6, Bl. 54). Die anschließende Entwicklung ging mit einer weiteren Desillusionierung und wegen einiger Alleingänge Jessens mit einem wachsenden Misstrauen einher. „Mit Jessen möchte ich jetzt nicht in Verbindung treten“, schrieb Boese im Vorfeld des Hauptausschusses am 7. April an Spiethoff. „Zu *Gunsten* des Vereins“ sei von Jessen „nichts mehr zu erwarten“. Ihn mit einzubeziehen, so meinten Sombart und Saegner, könne sich eher „*störend*“ auswirken. Sombart, des Amtes überdrüssig, wollte damals den Vorsitz an Spiethoff loswerden, der, dies ahnend, einer direkten Begegnung mit Sombart auswich.⁶⁵ Boese wiederum fühlte sich wie kein anderer mit dem Verein verbunden und für dessen Fortleben verantwortlich. Er dachte deshalb immer einen Schritt voraus und favorisierte nun Dietze, den er Spiethoff nun „in fast aller Hinsicht für den Posten“ für „sehr geeignet“ anpries. Dietze würde sich gewiss „sehr geehrt fühlen und annehmen“. Zudem sei er in Berlin greifbar (ebd., Bl. 11 f.).

⁶⁵ Am 27. April 1935 sprach sich Boese in einem vertraulichen Brief an Spiethoff, der tatsächlich nicht zum Hauptausschuss nach Berlin gekommen war, nochmals dagegen aus, mit Jessen oder auch mit Wiskemann zu reden. „Bei Jessen“ liege „keine Rettung“. Dieser besitze zwar einen Rest „wissenschaftlichen Verantwortungsbewusstseins“, sei aber politisch „vollkommen gebunden“. Selbst wenn dieser helfen wolle, müsse das Ergebnis am Ende nicht zum Besten des Vereins sein. Man kenne das Schicksal, das drohe, wenn Jessen und Genossen Einfluss gewännen. Man verlöre, so Boese prophetisch, erst das Vermögen und dann die Selbstständigkeit. Ein Schicksal, vor dem auch die Gegner der beantragten Auflösung den Verein bewahren möchten. Die „Oppositionsgruppe“ würde, so Boese, „erst recht“ eine „Gleichschaltung“ ablehnen und vor einer solchen Wahl gestellt, die Auflösung vorziehen. Einstweilen aber glaube man, dass „eine Politik des geduckten Stillhaltens in Erwartung besserer Zeiten möglich wäre“ (Rep. 196/90, Bl. 271). Spiethoff hatte am 24. April bei Boese und auch bei Dietze angefragt, ob er bei Jessen in Sachen eines „Weiterbestehens des Vereins“ vorfühlen sollte (ebd., Bl. 279).

Auf der Hauptausschusssitzung am 13. April 1935 stellte Sombart dann umwunden eine veränderte Lage fest und erklärte seinen Reformplan vom Oktober 1933 für obsolet. Es lohnte nicht mehr, diesen (oder einen anderen) zu diskutieren. Sein neuer Vorschlag lautete daher: Man solle baldigst eine Mitgliederversammlung einberufen, um den Verein aufzulösen. Dass sein Antrag auf Widerstand stoßen würde, wusste Sombart. Denn kurz zuvor war ein am 9. April datiertes Schreiben Max Serings aus Taormina (Sizilien) eingetroffen, das Sering im Ausschuss am 13. April zu verlesen bat. Dass es dann so viele Stimmen waren, die sich Serings Plädoyer für einen Fortbestand anschlossen, überraschte Sombart allerdings.⁶⁶ Die Verlesung des Antrags Sering unternahm dann Schriftführer Boese. Doch zunächst gedachte die Runde dem im Dezember 1934 verstorbenen stellvertretenden Vorsitzenden Fuchs. Dann berichtete Sombart kurz vom Scheitern seiner Bemühungen bei „den Behörden“ und „maßgebenden Persönlichkeiten der NSDAP“ und begründete den Antrag des Vorstands auf Auflösung des Vereins: Die Aufgaben des Vereins seien „nach der tiefgreifenden Umgestaltung des deutschen Lebens“ entweder gegenstandslos oder von anderen Organen übernommen worden. So steht es knapp und nüchtern in *Boeses Protokoll* (1939, S. 278).⁶⁷ Was in Serings Brief zu Lesen stand, erfahren wir nur aus dem Archiv. Sering:

„Der Verein für Sozialpolitik muss bestehen bleiben. Gewiss gilt jetzt der Grundsatz, daß die politische Willensbildung allein Sache der Nationalsozialistischen Partei ist. Will sie daraus die Folgerung ziehen, daß unser Verein aufzulösen sei, so möge sie oder eine Regierungsstelle dafür die Verantwortung tragen; der Verein hat keine Veranlassung, sie ihr abzunehmen. [...] Mit aller Bestimmtheit wird aber auch die Zeit wiederkehren, in der die unabhängige Erforschung der volkswirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse als unentbehrlicher Bestandteil jeder höheren Kultur in Deutschland allgemein anerkannt wird.“⁶⁸

Es war ein Plädoyer für das Überdauern und Warten auf bessere Tage. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, aus der wir hier nur einige Facetten wiedergeben können.⁶⁹ Sombart erklärte, dass er den „Verein zu einem wis-

⁶⁶ So schrieb es Boese am 22.6.1935 an F. K. Mann (Rep. 196/90, Bl. 83).

⁶⁷ Die Antragsbegründung fiel in einem ersten Entwurf Boeses noch kürzer aus, so dass Saenger am 4. und 9. Mai 1935 um Ergänzung bat. Saenger hielt Boese indirekt vor, dass das Protokoll Sombarts Bemühungen um den Fortbestand nicht genügend gewürdigt habe. Boese rechtfertigte sich am 11. Mai mit dem Hinweis, dass schon Harms auf der Sitzung vor einer zu großen Ausführlichkeit bei der Begründung des Auflösungsantrags gewarnt habe. Wohl weil damit – so verstehe ich es – die Gefahr einer als unangemessen empfundenen Kritik der „Behörden“ und „maßgebenden Persönlichkeiten der NSDAP“ einherginge (Rep. 196/90, Bl. 162 f.).

⁶⁸ Hier zitiert nach dem stenographischen Protokoll, Rep. 196/90, Bl. 209 f.; der originale, handschriftliche Brief Serings findet sich ebd., Bl. 304 f.

⁶⁹ In *Boeses Protokoll* (1939, S. 277–79) erfahren die Leser von der Atmosphäre und dem Inhalt der einzelnen Stellungnahmen (verständlicherweise) kaum etwas, da-

senschaftlichen“ habe machen wollen, er mittlerweile aber dafür die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sehe. Auch er habe – wie sein Vorredner, der dem Geiste Schmollers verpflichtete Berliner Professor Hermann Schumacher (1868–1952), der gegen eine Auflösung gesprochen hatte – das Argument der (Nützlichkeit der) internationalen Beziehungen des Vereins stark betont und vorgeschlagen, weiterhin ausländische Gäste zu laden. Nun müsse er aber sagen, dass man die deutsche Nationalökonomie in ihrer derzeitigen Spaltung – Sombart meinte den wissenschaftspolitischen Antagonismus zwischen der jungen und älteren Generation – dem Ausland kaum vorführen könne. Eine Gruppierung würde das Feld räumen müssen und das wäre dann die der Älteren. Eine wirkliche Diskussion mit den Herren der jüngeren Generation (also den Nationalsozialisten) sei aber seiner Erfahrung nach „vollständig ausgeschlossen“. Überließe man diesen Leuten, deren Auffassung im Ausland kaum verstanden werden dürfte, unter dem Rubrum „Verein für Sozialpolitik“ das Wort, liefe der Verein Gefahr im Ausland „der Lächerlichkeit zu verfallen“ (Rep. 196/90, Bl. 220–22). Das seien einige der Gründe, weshalb er heute nicht auf seine „Denkschrift“ (vom Oktober 1933) zurückkomme, sondern den Antrag auf Auflösung stelle.

Von den insgesamt elf anwesenden Personen⁷⁰ sprachen Eulenburg, Gerloff, Harms und Saenger für Sombarts Antrag. Leute, das soll an dieser Stelle betont sein, denen das Jahr 1933 keinen Karrieresprung beschert hatte, sondern die aus jeweils unterschiedlichen Gründen gerade aus ihren Ämtern gedrängt worden waren. Gegen eine Auflösung sprachen (abgesehen von dem abwesenden Sering): Brinkmann, Dietze, Potthoff, Schumacher, Vogt und auch Schriftführer Boese – was Boese hinterher seitens Saengers und Harms' bittere Vorwürfe eintrug (Rep. 196/90, Bl. 80, 162 f.). Sie hielten ein Abwarten und Durchhalten, bis bessere Zeiten kämen, für die angemessene Option und schätzten die Lage hoffnungsvoller und den Wert und die Strahlkraft des Vereins höher ein als Sombart das tat.

Der Heidelberger Carl Brinkmann (1884–1954)⁷¹ wies in einer längeren Rede Sombarts „abgründig pessimistische Auffassung von der gegenwärtigen

ran Interessierte halten sich besser an den gut 60 Seiten starken Bericht des (Reichtags-)Stenographen Ludwig Becker (Rep. 196/90, Bl. 207–69).

⁷⁰ Bräuer hatte am 8.4.1935 Boese mitgeteilt, dass er nicht kommen würde, Sombarts Auflösungsantrag aber unterstützte (Rep. 196/90, Bl. 306); Spiethoff, der trotz Bitten Boeses (zuletzt am 7. April) aus genannten Gründen nicht gekommen war, stand auf der anderen Seite. Aus dem (noch aktiven) Vorstand fehlte weiterhin Ad. Weber, dessen diesbezügliche damalige Meinung mir nicht bekannt ist.

⁷¹ Brinkmann lehrte seit 1923 in Heidelberg und wechselte 1942 nach Berlin. Obgleich kein Parteimitglied, wiesen manche Verhaltensweise und manche Äußerung in dieser Zeit (z. B. Brinkmann 1934) eine bedenkliche Nähe zum Nationalsozialismus auf, später übte er sich eher in kritischer Distanz, weshalb entsprechende Würdigung

Lage“ zurück. Er glaube nicht, dass ein Weitermachen auf eine „restlose Parteitätigkeit“ hinauslaufen müsse und dass der Verein nur „alten Kram“ zu bieten habe. Auch glaubte er sehr wohl, dass man „eine Brücke“ zwischen den jüngeren und den älteren schlagen könne, wenn man auf die Begabteren unter ihnen zuginge und ihnen versichere, dass man sie verstehe.⁷² So hörte er, dass der Kollege Jessen mit Plänen beschäftigt sei, den Verein wieder „flott“ zu machen. Brinkmanns Überzeugung nach – und eben diese Ansicht vereinte ihn mit Dietze, Potthoff, Schumacher, Vogt und Boese – werde man auch im neuen Reich einen Ort für eine „wissenschaftliche neutralisierte Forschung“ benötigen. Die Leute aus dem NS-Juristenbund könnten dieses nicht leisten, selbst wenn sie es wollten, und das wüssten sie ganz genau (Rep. 196/90, Bl. 228–31).

Eulenburg dagegen beurteilte die Möglichkeiten eines solchen Brückenschlags mit großer Skepsis. Trotz Emeritierung unterhielt er noch ein Zimmer zur Doktorandenbetreuung an der Berliner Handelshochschule und hatte dort seinen Nachfolger, Jessen, aber auch Wiskemann persönlich kennengelernt. Als es dann in der Diskussion vage um eine Eingliederung des Vereins unter das Dach einer anderen Institution, etwa den NS-Juristenbund, ging, um so zu überdauern, wandte Eulenburg ein, dass er nicht glaube, „dass Jessen oder Wiskemann den Verein aufnehmen würden“, solange nicht der Partei genehme Leute an der Spitze des Vereins stünden (Rep. 196/90, Bl. 244).

Sombart schritt nun alsbald zur Abstimmung über den Antrag des Vorstandes, den Verein aufzulösen. Es stimmten fünf Personen (Sombart, Saenger, Harms, Gerloff und Eulenburg) dafür, aber sechs (Boese, Brinkmann, Dietze, Potthoff, Schumacher und Vogt) dagegen (Rep. 196/90, Bl. 247). Als sich daraufhin die Diskussion der Bildung einer neuen Kommission zur Klärung verschiedener Alternativen des Fortbestehens zuwandte, deren Vorsitz man auch noch Sombart antrug, riss diesem der Geduldsfaden. Er wolle sein Mandat als Vorsitzender sofort niederlegen, wenn der soeben gefasste „Beschluss aufrechterhalten“ würde. Der Verein, so Sombart, sei tot: „Mit dieser Leiche mich weiter herumzuschlagen, lehne ich ab“ (ebd., Bl. 250, 252). Die Vorstandsmitglieder Harms und Saenger schlossen sich Sombart an (Bl. 253), nicht aber Boese, der dies, wie er am 11. Mai Saenger schrieb, für eine „Zwangsmethode des Vorstandes“ hielt, der Art nach „unangebracht“ und in der Sache für einen „Fehler“ (ebd., Bl. 162 f.).

Da kippte der 1933 entlassene Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium Heinz Potthoff (1875–1945) um. Man einigte sich darauf, dass er und andere

gen Brinkmanns recht unterschiedlich ausfallen (vgl. Janssen 2012, S. 193–97; McClellan 2022, S. 346 f.).

⁷² Zu seinen Assistenten und Doktoranden hatte 1931 der erwähnte Giselher Wirsing gehört.

die Abstimmung missverstanden hätten, es ging (angeblich) nicht um die Frage, ob der Hauptausschuss der Mitgliederversammlung die Auflösung des Vereins empfehlen soll, sondern nur darum, ob ein solcher Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung kommen soll. Es kam zu einer erneuten Abstimmung, die nun mit Mehrheit dem Antrag Sombarts folgte (Rep. 196/90, Bl. 263).⁷³

Nach dem Hauptausschuss gerieten Schatzmeister Saenger und Schriftführer Boese über dessen Stimmverhalten in einen Zwist. In einem langen Brief an Boese (Rep. 196/90, Bl. 272–74) bemühte sich Saenger, seine und Sombarts Rücktrittsdrohung am 13. April 1935 zu verteidigen sowie den Vorsitzenden gegen Boeses Anwurf in Schutz zu nehmen: Sombart habe „jede Gelegenheit“ genutzt, um den Verein schlecht zu machen und als etwas „Untergangswürdiges“ hinzustellen. Sombart habe, so Saenger, wieder und wieder mit Jessen verhandelt. Im November 1933 sei er bereit gewesen, den Vorsitz einer neuen [Deutschen Volkswirtschaftlichen] Gesellschaft zu übernehmen. Erst „nachdem auch diese Möglichkeit geschwunden war“ und sich auch für Jessens „neue Pläne“ keine Lösung fand, habe Sombart sich, nun aber in aller Entschiedenheit, für die Auflösung ausgesprochen. Die Pläne zur Fortführung, das will Saenger sagen, seien nicht an Sombarts mangelndem Einsatz und Willen, sondern am „Totalitätsanspruch“ des Staates gescheitert.

Nach dem 13. April bereiteten sich zwei Fraktionen auf die zeitnah zum 30. Juni 1935 im Berliner Landwehrkasino angesetzte Mitgliederversammlung vor. Die Opposition musste sich allerdings erst einmal organisieren. Während Boese wie gesagt bereits ein Auge auf Dietze als neuen Vorsitzenden geworfen hatte, nahmen die beiden Altmeister des Vereins, Sering und Schumacher, als erstes Zwiedineck-Südenhorst in Aussicht – der Sering-Schüler⁷⁴ sollte als dessen Stellvertreter von Berlin aus die operative Arbeit

⁷³ Laut Boese (1939, S. 279) mit „einer Stimme Mehrheit“. Das dort abgedruckte und damals an die Mitglieder versandte Protokoll spricht von der Opposition als einer „verhältnismäßig stark[en]“ Minderheit und unterschlägt sowohl die vorangegangene Ablehnung des Antrags Sombart wie auch die darauf folgenden Rücktrittsdrohungen Sombarts und Genossen. Richtig berichtet Dietze an Albrecht v. 20.5.1935. Die Gegner einer Auflösung seien eigentlich um eine Stimme in der Mehrheit gewesen. Allerdings drang man nicht durch, da der Vorstand mit sofortigem Rücktritt gedroht habe (RW 189/464, Bl. 58). Boese schrieb dazu am 27.4.1935 an Albrecht: „Es war sehr schade, daß Sie nicht erscheinen und die Phalanx zugunsten einer Aufrechterhaltung des Vereins verstärken konnten. Es hing an wenigen Stimmen, eigentlich an einer. So aber ist beschlossen worden, [...] eine Mitgliederversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: ‚Auflösung des Vereines‘. Wie schmerzlich das für mich war, werden Sie sich vorstellen können“ (ebd., Bl. 60).

⁷⁴ Dietze hatte 1922 bei Sering in Berlin für „Agrar- und Außenhandelswissenschaften“ habilitiert, Zweitgutachter war Sombart (Blesgen 2005, S. 70).

erledigen.⁷⁵ Der Münchener Geheimrat und Professor Otto v. Zwiedineck-Südenhorst (1871–1957)⁷⁶ galt als eine Kapazität auf dem Gebiet der Sozialpolitik und hatte, wie man wusste, einen guten Draht zum Stellvertreter des Führers Rudolf Heß, der einst sein Schüler gewesen war.⁷⁷ Dennoch trat er beherzt für die Freiheit der geistigen Arbeit ein (*Janssen* 2012, S. 640; *Zwiedineck-Südenhorst* 1938, S. 24). So schien er der ideale Mann, aber Zwiedineck lehnte ab. Nun schlug Boese während eines langen Spaziergangs mit Sering, nachdem man Schumacher als nicht geeignet aussortiert hatte, Dietze als Nachfolger Sombarts vor. Sering war einverstanden.⁷⁸

So lief es also, wie von Boese vorgesehen, auf den 44-jährigen Agrarökonomen Constantin von Dietze hinaus. Sering und Dietze waren 1933/34 mit ihren eher marktwirtschaftlichen Auffassungen in Widerspruch zu denen des Reichsernährungsministers und Reichsbauernführers Walther Darré (1895–1953) geraten, was im Verein hinlänglich bekannt gewesen sein dürfte. Ein Vortrag Dietzes war 1934 auf Betreiben Darrés verboten worden, und die unter dem Patronat Himmlers stehende Monatszeitschrift *Pflug und Schwert* hatte beschieden, Dietze möge sich, da er sich offenbar „nicht mit der nationalsozialistischen Weltanschauung abfinden“ könne, „grollend in sein Kämmerlein zurückziehen“. Seine „liberalistischen Auffassungen“ gehörten „im neuen Deutschland zum alten Eisen“. Die Tirade lief in der Frage aus: „Wie lange wird Herr v. Dietze noch den Lehrstuhl der größten deutschen Universität zieren?“ Schließlich wurden Serings Institut für Agrar- und Siedlungswesen erst die Mittel gestrichen und Ende 1934 schloss man es ganz (*Ringer* 2003, S. 377–81, Zitate S. 378).

Dietze war zu Beginn der Sitzung am 13. April 1935 gemeinsam mit dem (abwesenden) Betriebswirtschaftler Willy Prion (1879–1939) zum Rechnungsprüfer gewählt worden (*Boese* 1939, S. 278). Prion, seit 1925 Professor an der TH Berlin (*Schneider* 2001; *Mantel* 2009, S. 799), sollte dann mit Dietze, Zwiedineck-Südenhorst und Boese ab dem 30. Juni 1935 den neuen Vorstand im engeren Sinne bilden. Aber ich greife vor.

⁷⁵ Vgl. Brief Boesse an F. K. Mann v. 22.6.1935. Als weitere Vorstandsmitglieder seien er, Boese, und Staatssekretär Vogt als Schatzmeister vorgesehen. Boese trachtete den lieben „Freund Mann“ als Mitstreiter zu gewinnen (Rep. 196/90, Bl. 83). Mann aber verlor ein paar Monate darauf aus rassischen Gründen seine Lehrbefugnis und emigrierte 1936 in die USA.

⁷⁶ Zwiedineck-Südenhorst übernahm 1921 von Max Weber den Lehrstuhl Brentanos in München. Seit 1933 gab er zusammen mit Albrecht die Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik heraus (bis 1942).

⁷⁷ Vgl. *Heß* (1987, S. 297f.); Brief Boese an Dietze v. 18.7.1935 (RW 189/470, Bl. 330), Zwiedineck-Südenhorst, Redebeitrag auf der Mitgliederversammlung am 19. Dezember 1936, stenografisches Protokoll (RW 189/468, hier Bl. 353).

⁷⁸ Brief Boese an Dietze v. 10.5.1935 (Rep. 196/90, Bl. 164).

Auf der Tagesordnung, die mit der Einladung zur Mitgliederversammlung am 30. Juni 1935, wiederum in Berlin, an noch rund 400 Vereinsmitglieder hinausging, stand nur ein Punkt: „Die Zukunft des Vereins“. Dazu gab es zwei Anträge: 1) Antrag des Vorstands: „Der Verein für Sozialpolitik wird aufgelöst“. Das nach Liquidation verbleibenden Vermögen ist der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft⁷⁹ in Berlin zu überweisen. 2) Antrag von „Sering, v. Dietze und Gen.“: „Der Verein bleibt bestehen“. Ein Ausschuss soll eine neue Satzung erarbeiten (Boese 1939, S. 279 f.).

Damit es aber zu dem neutral formulierten Programmfpunkt „Die Zukunft des Vereins“ kam, bedurfte es eines Anstoßes. Dietze hatte Sombart am 27. Mai 1935 diplomatisch mitgeteilt, dass bei vielen Vereins-Kollegen, die am 13. April nicht zugegen gewesen waren, durch ein Rundschreiben Kurt Wiedenfelds (1871–1955)⁸⁰ der Eindruck entstanden sei, dass auf der anstehenden Versammlung nur noch das *Wie* der Auflösung und nicht auch das *Ob* zur Erörterung stünde. Deshalb wolle er zusammen mit Sering, Schumacher, Albrecht (jetzt Marburg) und C. Brinkmann (Heidelberg)⁸¹ hiermit den Antrag auf Fortbestand stellen und darum bitten, dieses den Mitgliedern fristgemäß zur Kenntnis zu bringen (RW 189/464, Bl. 57). Dass Dietze Sombart hier nicht recht traute, geht aus seinem Brief an Gerhard Albrecht (1899–1971)⁸² vom 20. Mai 1935 hervor (ebd., Bl. 58). Also kam es am 30. Juni

⁷⁹ Nicht zu verwechseln mit der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, die 1936 das Vereinsvermögen gern übernommen hätte. Beide gingen – aus ganz unterschiedlichen Gründen – am Ende leer aus. Zu den Gründen bzgl. der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft vgl. Brief Dietze an [Max] Roscher v. 6. Januar 1937 (RW 189/468, Bl. 315).

⁸⁰ Wiedenfeld war der Vorsitzende der Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer und Mitglied des Hauptausschusses des Vereins für Sozialpolitik. Sein Rundschreiben vom 29.4.1935 (RW 189/466, Bl. 3f.) war an die Mitglieder der einst aus dem Verein heraus entstandenen Hochschullehrervereinigung gerichtet. Es beginnt mit den Worten: „Nach dem Ergebnis der letzten Ausschußsituation ist damit zu rechnen, daß der Verein für Sozialpolitik sich demnächst auflöst“. Mit Bezug darauf beantragte Wiedenfeld die Auflösung auch der Vereinigung.

⁸¹ Zur Diskussion darüber, wer diesen Antrag zeichnen solle – es waren zudem Paul Arndt (Frankfurt), Georg Jahn (Halle) und Spiethoff (Bonn) im Gespräch, vgl. die Briefe von Boese an Dietze und *retour* von Dietze an Boese v. 22. und 24. Mai 1935 (Rep. 196/90, Bl. 136, 133). Dietze wollte die Zahl der Unterschriften aber zunächst begrenzt halten. Nur wer die Ohren dafür habe, solle erkennen „wessen Geistes Kinder“ dahinterstehen.

⁸² Albrecht, der zusammen mit Zwiedineck-Südenhorst die *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* herausgab, hatte 1934 in Jena, wo er seit 1927 lehrte und zuletzt Dekan gewesen war, gehen müssen und wechselte über eine Vertretung in Göttingen zum 1.4.1935 nach Marburg (vgl. Janssen 2012, S. 533). Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte er zu den Neubegründern des Vereins und war dessen erster Vorsitzender.

1935 im Landwehrkasino in Berlin zum *showdown*. Erst Sombart, dann Dietze betraten die Bühne.⁸³ Sombart:

„Wenn jemand der Meinung sein sollte, dass eine Aufgabe gerade vom Verein weiter oder gerade erst jetzt erfüllt werden könnte [...], nämlich die Aufgabe, eine öffentliche Diskussion von weltanschaulich verschiedenen Standpunkten über brennende Tagesfragen zu ermöglichen, so möchte ich dem Betreffenden sagen, daß er über den Geist der Zeit nicht im Bilde ist. Diese Art von Diskussion ist vorüber. Nicht mehr die Diskussion, sondern die Dezision beherrscht die Lage. Die Bildung des politischen Willens erfolgt grundsätzlich heute auf einem anderen Weg, nicht mehr auf dem Umweg einer Beeinflussung der öffentlichen Meinung, sondern auf dem direkten Weg nach dem Führerprinzip.“

Man könne das verschieden bewerten, er für seine Person sage: „Gott sei Dank, dass es so gekommen ist!“ Sombart sah nur noch drei Möglichkeiten: Entweder der Verein „vegetiert dahin“, macht sich „so klein“ und „so belanglos“, „daß man sich nicht um ihn kümmert“. Oder er wird eine „frondierende Vereinigung“, die dann bald der „Tod von fremder Hand“ ereilt. „Die dritte Möglichkeit ist die, daß er freiwillig aus dem Leben scheidet, im Bewußtsein, sein Leben gelebt, seine Aufgaben [...] erfüllt zu haben“ (Boese 1939, S. 283 f.). Also stellte Sombart, dessen Vater einst zu den Teilnehmern der ersten Versammlung 1872 in Eisenach gezählt hatte (ebd., S. 246), den Antrag auf Auflösung. Danach ergriff Dietze das Wort: Auch die, die für ein Fortbestehen des Vereins einträten, wollten keine „frondierende Stelle“ aus ihm machen, aber „ob er sich so klein machen soll, dass er zu einer quantité négligeable im politischen Sinne wird“ sei deshalb noch nicht ausgemacht. Und weiter:

„Nun haben sich seit 1932 ja die Dinge – und auch ich sage: glücklicherweise – geändert. Es fragt sich, ob unter diesen Verhältnissen die Möglichkeit noch besteht, daß der Verein [...] in Anknüpfung an das Große seiner Vergangenheit nun dem heutigen Reiche, [...] wertvolle und – wie ich meine – unersetzliche Dienste zu leisten vermag. Der Verein beschränkt sich ja nicht auf Mitglieder aus den staatlich abgesteckten Grenzen des Deutschen Reiches. [...] Er hat darüber hinaus auch bei den Angehörigen fremder Nationen einen Namen, eine Stellung sich geschaffen, und wir halten es für einen schweren Verlust nicht in erster Linie im Sinne des

⁸³ Vgl. „Um den Fortbestand des Vereins für Sozialpolitik“, in: Boese (1939, S. 282–86). Dieser Text umfasst das Plädoyer Sombarts und die Gegenrede Dietzes. Beider Reden wurden vom Verein hintereinander als ein Text auf einen Extrabogen gesetzt, in einer Auflage von 1000 Stück gedruckt (Rep. 196/7, Bl. 80) und unter dem obigen Titel zusammen mit dem Protokoll an die Mitglieder und einzeln wohl auch an weitere Interessierte versendet. Wir zitieren diesen Text unter Boese (1939). Ein mit Korrekturen versehenes Manuskript findet sich im Lav NRW, unter RW 189/470, Bl. 340. Zum Originalton beider Stellungnahmen vgl. das stenografische Protokoll der Versammlung vom 30.6.1935 (ebd., Bl. 376–98). Dort ist auch die anschließende Diskussion vollständig wiedergegeben, von der Boese (1939, S. 281) nur die Namen der Redner, nicht aber den Inhalt ihrer Wortbeiträge erwähnt.

Vereins, sondern in erster Linie im Sinne einer nationalen Politik, im Sinne auch des heutigen Reiches, wenn die Möglichkeit des Wirkens in dieser Hinsicht preisgegeben werden sollte“ (Dietze zit. n. Boese 1939, S. 284f.).

Auch sie hätten „gewisse Klärungsversuche“ unternommen und hielten es für möglich, „daß der Verein gerade bei den veränderten Wegen, auf denen die politischen Entscheidungen zustande kommen, noch etwas leisten und wirken kann“. Dass dieses nicht mehr über die „Beeinflussung der öffentlichen Meinung“ geschehen könne, sei selbstverständlich.

„Um so dringender scheint es uns notwendig zu sein, daß die maßgebenden Persönlichkeiten die Möglichkeit haben, auf eine Klärung der Meinungsbildung zurückzugreifen, eine Klärung, die unter dem Ziele des Gesamtwohls und in völliger Wahrhaftigkeit erfolgt“ (ebd., S. 285).⁸⁴

Wer nun eine lebhafte und kontrovers geführte Diskussion wie noch zwei Monate zuvor im vertrauteren Hauptausschusskreise erwartet, auch der sieht sich im Geist der Zeit getäuscht. An der Erörterung der beiden Anträge beteiligten sich die Herren „Koch, Potthoff, Jecht und Prion“ teilt Boese (1939, S. 281) im Protokoll lapidar mit. Über Inhalt und Tendenz einzelner Wortmeldungen geht er diskret hinweg. Der Stenographische Bericht bietet kaum mehr. Wiskemanns Berliner Handelshochschulkollege Jecht ordnete sich auf Seiten Sombarts: Ein Fortbestehen, so Jecht, „bringt nichts mehr“. Neben Potthoff und Prion sprach auch Koch gegen eine Auflösung: Man solle sich nicht selbst den „Strick um den Hals legen“ (RW 189/470, Bl. 376–98, hier Bl. 384–88).

Nicht wenige der neunzehn Anwesenden befanden sich in fragiler Position, kämpften um ihren Rang oder mussten sich im neuen Staat aufs Neue beweisen. Das betraf wie erwähnt: Albrecht, Dietze, Eulenburg, Potthoff oder Sering; besonders aber Waldemar Koch (1880–1963), der als Wirtschaftsprüfer die Interessen eines jüdischen Aktionärs in einem Arisierungsverfahren vertreten, einige Wochen in Schutzhaft verbracht und im September 1934 seine Berliner Lehrbefugnis verloren hatte (Mantel 2009, S. 417 ff., 746 f.). Aber auch die beiden Herren aus der jungen Generation standen unter Hab-Acht, gemeint sind: Erich Egner (1901–90), der auf eine Professur in Frankfurt hoffte, oder Parteigenosse Horst Jecht (1901–65), der in Berlin immer noch nicht wirklich fest im Sattel saß (zu beiden vgl. Janssen 2012,

⁸⁴ Dietze hat damals im Wintersemester 1933/34 seine Berliner Vorlesung über „Praktische Nationalökonomie“ (i.e. Volkswirtschaftspolitik) mit folgenden Sätzen eingeleitet: Ich bin davon „durchdrungen, daß der Nationalsozialismus um seiner selbst Willen und um der Zukunft des deutschen Volkes Willen [...] auf die gründliche wirtschaftswissenschaftliche Betrachtung gar nicht verzichten kann und dabei auch die überkommenen Anschauungen und Methoden der Wirtschaftswissenschaft nicht über Bord werfen darf“ (zit. n. Blesgen 2005, S. 70, der nach Brintzinger 1996, S. 106, zitiert).

S. 551, 571 f.). Keiner konnte es sich damals leisten, durch hitzige Wortbeiträge unnötig Angriffsfläche zu bieten. Zudem hatte, wie Dietze ausführte, „der große Teil der Anwesenden an der Sitzung des Hauptausschusses im April teilgenommen“, in der „ausgiebig die Meinungen für und wider dargelegt“ worden waren.⁸⁵

Richtig ist: Die Fronten und Kräfteverhältnisse waren bereits im Vorfeld geklärt. Darauf deuten einige Briefe Dietzes. An Sombart etwa schrieb Dietze am 27. Mai 1935, er würde die nächsten Wochen mit Mitgliedern Kontakt aufnehmen, die im April nicht dabei gewesen waren, und diese bitten, dem Vorsitzenden, also Sombart, unmittelbar mitzuteilen, welchem Antrag sie sich anschließen wollten.⁸⁶ Und schon vor der Sitzung schien klar, wie Boese an Sombart schrieb, die Opposition würde in der Mehrheit sein.⁸⁷ So beherrschte am 30. Juni 1935, um mit Sombart zu sprechen: nicht Diskussion, sondern Dezision die Lage. Und das Ergebnis der Abstimmung lautete 15:4 für Sering, Dietze und Genossen (*Boese* 1939, S. 281).⁸⁸

Nach dieser Niederlage unterbrach Sombart die Sitzung und rief die anwesenden Mitglieder aus dem Hauptausschuss zusammen,⁸⁹ damit sie einen

⁸⁵ *Boese* (1939, S. 285). Was genau besehen nicht stimmt: Nur Boese, Dietze, Eulenburg, Potthoff, Saenger, Schumacher, Sombart, und Sering im Geiste, also bestensfalls 8 von 19, waren schon im April dabei.

⁸⁶ Aus den Briefen, z.B. Brief Dietze an Sombart v. 27.5.1935; Briefe Dietze an Albrecht v. 20. und 29.5.1935 (RW 189/464, Bl. 56–58); Brief Boese an Dietze v. 9.7.1935 (RW 189/470, Bl. 352f.); Brief Boese an F. K. Mann v. 22.6.1935 (Rep. 196/90, Bl. 83). Aus diesen Briefen geht hervor, dass Dietze wohl die Herren Albrecht, Arndt, Boese, Brinkmann, Eckert, Jahn, Mann, Potthoff, Prion, Schumacher, Sering, Spiethoff, Vogt und Zwiedineck auf seiner Seite hatte. Zudem wollte man bis Pfingsten (9./10. Juni 1935) mit Jessen sprechen. Der Frankfurter Betriebswirt Fritz Schmidt (1882–1950) fragte bei Boese an, ob auch Nationalsozialisten willkommen seien, und schlug Heinrich Hunke vor – der im Weiteren noch eine Rolle spielen wird. Boese antwortete ausweichend: Selbstverständlich, doch müsse es ihnen auf die Förderung der sozialwissenschaftlichen Erkenntnis ankommen und nicht nur darauf, den Verein für ihre Zwecke zu nutzen (vgl. Briefe Boese an Dietze v. 20., 22. und 24.5.1935, Rep. 196/90, Bl. 140, 136, 133; zu Schmidt vgl. *Mantel* 2009, S. 819–22).

⁸⁷ Vgl. Brief Boese an Sombart v. 27.6.1935. Boese beichtete Sombart, dass auch sein, Boeses, Name, auf der neuen Vorstandsliste stand, und auch er also gegen die Auflösung stimmen würde, wenn Sombart keinen Einspruch erheben würde – was dieser nicht tat.

⁸⁸ Vgl. dazu den Brief Dietzes an Boese v. 17.7.1935, der das Abstimmungsergebnis anders in Erinnerung hatte und nur 3 Stimmen – Sombart, Saenger, Jecht – für die Auflösung gezählt hat. Boese notierte handschriftlich dazu: Nummer 4 sei Eulenburg gewesen (Rep. 196/7, Bl. 81).

⁸⁹ *Boese* (1939, S. 281) sagt nicht, wer von den 19 anwesenden Mitgliedern zum Hauptausschuss gehörte. Es waren: Albrecht, Boese, v. Dietze, Eulenburg, Passow, Potthoff, Prion, Schumacher, Saenger, Sering, Sombart und W. Zimmermann, also nicht: Bosenick, Böttger, Egner, Hasenkamp, Jecht, Koch und Leitner.

neuen Vorstand wählten, was nun, da gab es keinen Dissens, notwendig war. Sombart trat, wie angekündigt, auch gar nicht mehr an. Der Berliner Professor Hermann Schumacher (1868–1952), der einst mit Spiethoff zusammen Schmollers Jahrbuch herausgegeben hatte, machte einen (vorbereiteten⁹⁰) Vorschlag zur Neuwahl, der „ohne Erörterung“ angenommen wurde. Man wählte: Dietze zum Vorsitzenden, Zwiedineck-Südenhorst zu dessen Stellvertreter (dieser gab telefonisch sein Einverständnis), Prion zum Schatzmeister und Boese – der als einziger aus dem alten Vorstand erneut angetreten war – zum Schriftführer (*Boese* 1939, S. 281).

Die Amtsperiode Sombart wird in der Literatur im Vergleich zu der folgenden unter Dietze meist schlecht bewertet (*Albrecht* 1961; *Krause* 1969; *Helmstädtter* 1987; ausgewogener nun *McClellan* 2022). Daran dürfte Boeses Anschauung der Dinge, wie sie unterschwellig in seine Protokolle einfloss, nicht unschuldig sein. Danach erscheint Sombart grob verkürzt als einer, der den Verein erst gleichschalten und dann auflösen, und Dietze als einer, der den Verein erst erhalten und sich dann den Zumutungen der Nationalsozialisten nicht beugen wollte. Dabei trat *Werner Krause* (1962, S. 161–65; 1969, S. 64) als der härteste Kritiker der Ägide Sombart hervor. Im typischen DDR-Jargon stellte er heraus: Sombart habe sich „den Faschisten nützlich zu machen gesucht“. Davon lege „besonders seine Tätigkeit im Verein für Sozialpolitik“ „beredtes Zeugnis“ ab, dessen „Auflösung“ er „im Auftrage der deutschen Faschisten aktiv“ betrieben habe. Diese These lässt sich im Lichte der herangezogenen Archivunterlagen nur sehr eingeschränkt halten. Zunächst einmal hätte Sombart gern (und zwar im Auftrag der Faschisten) mit dem Verein weitergemacht, wenn auch unter veränderten Bedingungen. Dafür stehen sein Reformplan 1933 und spätere Zugeständnisse. Dass aus seinen Plänen nichts wurde, lag am Desinteresse der Nationalsozialisten, das auch eine gewisse Ablehnung seiner Person und Ambitionen ausdrückte. Sombart gelangte zu der Einsicht, dass alle Reformen, die einen zählbaren Rest von Autonomie und unabhängiger wissenschaftlicher Arbeit im Verein zu bewahren trachteten, am, wie Saenger zu seiner Verteidigung sagte, „Totalitätsanspruch des Staates“ scheitern würden, und zog für sich den Schluss, dass unter diesen Umständen eine Selbstauflösung dem „Tod von fremder Hand“ vorzuziehen sei. Im Auftrag von NS-Regierung und Partei, bzw. im vorausseilenden Gehorsam, handelte Sombart allerdings, als es um die Gleichschaltung des Vereins im Sinne der Anwendung des sog. Arierparagraphen im Vorstand ging.

⁹⁰ Vgl. Brief Dietze an Albrecht v. 20.5.1935: „In der Zwischenzeit muß natürlich eine Liste für die Neuwahl des Vorstands fertig sein. Bemühungen darum sind im Gange.“

IV. Die Ägide Dietze

Dietze übernahm sogleich den Vorsitz der Sitzung vom 30. Juni 1935 und schlug dem Hauptausschuss als weitere Vorstandsmitglieder (also neben den bereits gewählten Herren Dietze, Zwiedineck-Südenhorst, Boese und Prion) die Liste: Albrecht, Brinkmann und Schumacher – alle aus dem inneren Kreis der Opponenten – sowie Staatsminister Lehnich,⁹¹ Professor Albert Hesse (1876–1965), Breslau, und den Herausgeber des Finanzarchivs (seit 1932) Professor Hans Teschemacher (1884–1959), Tübingen, vor.⁹² Die Liste ging glatt durch.

Gegenüber dem alten Vorstand ein Ruck nach rechts und mit der Berücksichtigung Lehnichs – Parteimitglied seit 1931, SS-Oberführer seit 1935 – ein Tribut an den Zeitgeist, wenn es im neuen Vereinsvorstand aus Parteisicht auch an Nationalsozialisten von echtem „Schrot und Korn“⁹³ noch mangelte. Doch auch der zweite Mann im Vorstand, Zwiedineck-Südenhorst, stand der Partei nahe und hatte einen gewissen Einfluss beim Stellvertreter des Führers. Zudem war Dietze ermächtigt, zwei weitere Personen in den Vorstand aufzunehmen, bis die Höchstzahl von 12 erreicht sei (*Boese* 1939, S. 281) und er beabsichtigte, auf diesem Wege die Verbindung zu Partei und Staat weiter zu stärken.

Nach der Neuwahl setzte der Verein die unterbrochene Mitgliederversammlung, nun unter dem Vorsitz Dietzes, fort. Die fälligen Nachwahlen zum Hauptausschuss, die der alte Vorstand noch im Sinne der Gleichschaltung nutzen wollte, wurden ausgesetzt. Es sollte erst einmal eine neue Sat-

⁹¹ Lehnich war noch vom alten Vorstand im November 1933 als Mitglied einer Kommission zur Reform des Vereins vorgesehen gewesen (s.o.). Er hatte 1920 bei Zwiedineck-Südenhorst in Breslau promoviert und ging danach ins Reichswirtschaftsministerium. 1932 bekam er eine a.o. Professur in Tübingen und wurde im Mai 1933 Württembergischer Staatsrat und im Juli Wirtschaftsminister (bis 1936), dann Präsident der Reichsfilmkammer (*Janssen* 2012, S. 581f.).

⁹² Zu den drei bisher nicht genannten Personen vgl. *Janssen* (2012, S. 568f., 624f.). Einem Brief Boeses an Dietze v. 9.7.1935 (RW 189/470, Bl. 352f.) entnehme ich, dass damals offenbar noch nicht klar war, ob Lehnich die Wahl auch annehmen würde; ähnlich stand es um Teschemacher. Boese hätte gerne Spiethoff im Vorstand gehabt und wandte sich gegen Dietzes Vermutung, Spiethoff sei gegen den Fortbestand des Vereins eingestellt.

⁹³ *Wiskemann* (1936, S. 50): „In der Tat ist das Problem der deutschen Universitäten heute, bei Licht betrachtet, ein Problem des Menschenmangels. Das klingt paradox, nachdem vor wenigen Jahren das wesentliche Problem in der Menschenüberfüllung der Universitäten gesehen wurde. Gemeint ist selbstverständlich nur der Mangel an Führer-Menschen, Nationalsozialisten von Schrot und Korn, die zugleich Gelehrte sind und umgekehrt.“ Man möchte einwenden, beides zugleich sein – Nationalsozialist von Schrot und Korn und echter Gelehrter – ist eben nur schwer möglich.

zung erarbeitet werden. Auch beschloss man, bis dahin auf die eigentlich zweijährlich vorgeschriebenen wissenschaftlichen Verhandlungen zu verzichten (ebd., S. 281 f.). Zum Ende der Versammlung dankte Dietze seinem Vorgänger. Sombart zeigte sich übrigens einige Tage später als ein fairer Verlierer. Das belegt ein aufmunternder Urlaubsgruß, den er dem abtrünnigen⁹⁴ Boese sandte:

„Ich wünsche Ihnen nochmals zu ihrem Erfolge alles Gutes. Es muss ein schönes Gefühl für Sie sein, so den ‚ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht‘ zu bilden. Ich bin daher gespannt, wie sich das Schicksal des VfSP weiter entwickeln und wer Recht behalten wird“ (zit. n. Boese v. 9.7.1935; RW 189/470, Bl. 352).

Boese dazu an Dietze am 9. Juli 1935:

„Nicht nur, daß mir seine Zeilen persönlich selbstverständlich gut getan haben, sie sind auch ein Zeichen für den seelisch großen Zug, dessen Vorhandensein mir immer so gut an ihm gefallen hat, sodaß ich ihm vieles gerne nachsehe“ (ebd., Bl. 353).

Nach Verschickung des in einer Auflage von 1000 Stück gedruckten Protokolls, das den Sieg der Opposition dokumentierte, regnete es Glückwünsche und Respektbezeugungen. Diese kamen etwa vom Bonner Spiethoff, von den Freiburgern Eucken und Adolf Lampe (1897–1948),⁹⁵ dem Bankier Georg Solmssen (eigentlich: Salomonsohn) (1869–1957), dem 1934 in der Reichsstelle für den Außenhandel aus rassischen Gründen entlassenen Otto Veit (1898–1984) (vgl. Rieter 2016), vom Mitbegründer des Herrenklubs Heinrich von Gleichen(-Rußwurm) (1882–1952), von Thilo von Wilmowsky (1878–1966), dem Vorsitzenden des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages,⁹⁶ und von einigen Leuten, deren Unterschrift ich nicht entziffern konnte. Der frisch habilitierte Lektor des Gustav-Fischer-Verlags in Jena, Friedrich Lütge (1901–68), trat am 17. Juli sogar eigens in den Verein ein (RW 189/470, Bl. 339). „Ich bewundere den Mut, mit dem Sie den Fortbestand des Vereins vertreten und seine Leitung übernommen haben“, hieß es am 8. August 1935

⁹⁴ Boese hatte Sombart am 27. Juni 1935 erklärt, weshalb er sich der Opposition angeschlossen habe und am 30. Juni mit Dietze stimmen wolle (Rep. 196/90, Bl. 80).

⁹⁵ Lampe schickte Dietze, mit der Widmung: „Die besten Glückwünsche zur gelungenen Erhaltung des V.f.S. ergebenst überreicht vom Verfasser“, seinen Aufsatz „Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis. Dienende und gebundene Wirtschaftswissenschaft“ aus dem *Deutschen Volkswirt* vom 26.4.1935 (RW 189/470, Bl. 275), der sich als ein Kommentar zu der 1933/34 im *Volkswirt* ausgetragenen Kontroverse zwischen Wiskemann und Sombart verstehen lässt (zu Lampe vgl. Janssen 2012, S. 579).

⁹⁶ Vgl. Brief Dietze an Eucken v. 3.7.1935; Boese an Dietze v. 18.7.1935, der ein längeres Zitat Spiethoffs übermittelt (RW 189/470, Bl. 361, 330). In der gleichen Mappe: Brief Georg Solmssen an Dietze v. 8.8.1935, Heinrich von Gleichen an Dietze v. 6.8.1935, Freiherr Tilo v. Wilmowsky an Dietze am 1.8.1935 und Otto Veit an Dietze vom 31.7.1935 (ebd., Bl. 286, 296, 300, 302).

(mit unleserlicher Unterschrift) aus Potsdam. Ein auf dem Familiengut entspannender Bekannter schrieb am 6. August, er begreife, dass „Ihre Haltung [...] auch vom spezifischen Standpunkt der Wissenschaft betrachtet, tapferer und idealer ist als die Ihres Kollegen S[ombart]“ (ebd., Bl. 287, 293).

Besonderen Mut dürfte Dietze der Brief des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht (1877–1970) vom 30. Juli 1935 gemacht haben. Schacht freute sich, dass Dietze sich dazu bereitgefunden hatte, „für einen Fortbestand des Vereins für Sozialpolitik zu wirken“ und wünschte ihm bei seinen Bemühungen „guten Erfolg“:

„Man soll gute geistige Positionen nicht leicht preisgeben und das Neue Deutschland kann schon im Hinblick auf sein Ansehen im Auslande kein Interesse daran haben, daß der Verein für Sozialpolitik – der Träger eines in der Welt bekannten Namens deutscher geistiger Geltung – gerade jetzt die Flagge streicht“ (RW 189/464, Bl. 52).

Auch der Oberst im Generalstab und „Chef des Wehrwirtschafts- und Waffenwesens beim Wehrwirtschaftsamt“, Georg Thomas (1890–1946), versicherte Dietze am 28. Oktober 1935, dass er mit großem Interesse die Arbeit des Vereins für Sozialpolitik verfolge, „um so mehr, als die Tatsache, daß Sie den Vorsitz des Vereins führen, Gewähr dafür bietet, daß der Verein seine Arbeit nach den vom Führer gegebenen Richtlinien aufbaut und führt“ (Rep. 196/7, Bl. 68). Beide Briefe nutzte Dietze später bei seinen Fühlungsnahmen mit „oben“ als Referenzen für sich und den Verein, so noch am 25. Februar 1936 in seinem Schreiben an den Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (RW 189/464, Bl. 50 f.).

Natürlich gab es auch andere Stimmen. August Skalweit (1879–1960), bis 1933 Rektor der Kieler Universität, schrieb am 30. Mai 1935 an Boese: „Jedes Ding hat seine Zeit, selbst wenn es sich um Institutionen handele, die einem einst lieb und teuer waren“ (Rep. 1966/12, Bl. 29). Professor Walter Hoffmann (1891–1972) von der Bergakademie Freiberg⁹⁷ erklärte Dietze am 8. August 1935: Seiner Meinung nach wäre es besser gewesen, den Verein aufzulösen. Er glaube, „dass seitens der jüngeren Kollegen, bzw. der sog. Frontgeneration die Aufrechterhaltung des Vereins für Sozialpolitik kaum verstanden werden wird“ (RW 189/470, Bl. 284). Und Dietzes Berliner Kollege Friedrich v. Gottl-Ottlilienfeld (1868–1958), seit Oktober 1933 hinter Carl Schmitt Vizepräsident des BNSDJ (*McClellan* 2022, S. 356 f., 363), bezeichnete es, wie Boese Dietze am 11. Dezember 1935 aus vertraulicher Quelle weitererzählte, als „Wahnsinn“, den Verein erhalten zu wollen. Boese und Dietze seien, so Gottl, wohl „nicht mehr ganz bei Troste“ (RW 189/470, Bl. 178). Das dürfte Dietze nicht weiter zu Herzen gegangen sein, konnte er

⁹⁷ Nicht zu verwechseln mit Walther G. Hoffmann (1903–71), einem der Nachkriegsvorsitzenden des Vereins.

sich doch mit Gottls „esoterischer und zunehmend politisch gefügigerer Wissenschaftsauffassung“ so gar nicht anfreunden (*Brintzinger* 1996, S. 106).

In seiner Ansprache am 30. Juni 1935 hatte Dietze „gewisse Klärungsversuche“ erwähnt, die vorweg „unternommen“ worden seien, und durchklingen lassen, dass man, anders als Sombart, durchaus ermutigende Signale empfangen habe (*Boese* 1939, S. 285). Wie dem auch sei. Die Archiv-Akten zeigen, dass man schon bald nach dem Abstimmungssieg aus den Blöcken kam und eine Charmeoffensive in Sachen Fortleben des Vereins startete – nicht ohne Erfolge, wie im Falle Schacht und Thomas gesehen. Die „Opposition“, so hatte Boese am 27. Juni 1935 an Sombart geschrieben, erhoffe „oben“ mehr erreichen zu können als Jessen (Rep. 196/90, Bl. 80).

Dietze war in Berlin gut vernetzt. Trotz seiner Reibereien mit Darré verfügte er über Kontakte zu hochrangigen Funktionären und Politikern des Dritten Reichs, etwa zu Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin v. Krosigk (1887–1977), zum preußischen Finanzminister Popitz, dessen Amtskollegen im Justizressort Hans Kerrl (1887–1941) – später Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten – und auch zu Kerrls Justizstaatssekretär Roland Freisler (1893–1945), dessen Todesurteil Dietze später im Widerstand nur knapp entging (*Blesgen* 2005, S. 71).

Als ein Mittelsmann zur NSDAP diente ihm unter anderem Zwiedineck-Südenhorst. Dem hatte Rudolf Heß Mitte 1935 gesagt: „Der Verein für Sozialpolitik könne fortbestehen, das sei ganz zweckmäßig für den Fall, daß vielleicht wieder einmal Bedürfnisse auftauchen, die im Interesse des nationalsozialistischen Staates durch den Verein bearbeitet werden könnten“ (RW 189/468, Bl. 353). Heß stellte seine Zustimmung allerdings, so teilte Spiethoff Dietze am 18. Juli 1935 mit, unter den Vorbehalt, dass auch Ley grünes Licht geben würde (Rep. 196/7, Bl. 80).

Mit Bezug auf die beiden noch freien Plätze im Vorstand hatte Dietze – wohl auch auf Drängen Spiethoffs (s. o.) – dann auch seine beiden Berliner Kollegen Jessen und Wiskemann angesprochen, die damals nach außen hin exponiertesten jungen NS-Wirtschaftsprofessoren, die zudem beide Mitglieder des Vereins geblieben waren (Rep. 196/31, Bl. 42–57). Dass Dietze Jessen frühzeitig auf seine Seite zu ziehen suchte, geht aus einem Brief an Albrecht vom 29. Mai hervor (RW 189/464, Bl. 56). Was genau Dietze mit Jessen oder auch mit Wiskemann zu dieser Zeit besprach, bleibt unklar.

Ein erstes schriftliches Zeugnis liegt mit dem Brief vom 2. Juli 1935 an Jessen vor (Anrede: „Lieber Herr Jessen“ und Grußformel „mit herzlichen Grüßen“, ohne „Heil Hitler“). Darin berichtet Dietze von der Versammlung am 30. Juni in bemerkenswert defensiver Art („Die Folge war nun, daß ich den Vorsitz übernehmen musste“). Dietze ließ einfließen, dass noch zwei „Posten“ im Vorstand frei wären, die zu besetzen, er „ermächtigt“ sei. „Wich-

tiger“ aber sei ein Ausschuss, der eine „Neubearbeitung der Satzung vorzunehmen“ habe. Er würde gerne nach Jessens Rückkehr das weitere Vorgehen zeitnah mit ihm besprechen (RW 189/470, Bl. 362). Jessen blieb der von Dietze bevorzugte Ansprechpartner der beiden.⁹⁸

Dass sich Dietze mündlich aber auch mit Wiskemann in Sachen Zukunft des Vereins ausgetauscht hatte, ist einem Brief Dietzes an Wiskemann vom 19. April 1936 zu entnehmen (RW 189/466, Bl. 10). Es wäre interessant zu wissen, wann genau das war, denn es kam die Zeit, als sich die um die Gunst von „oben“ konkurrierenden Wiskemann und Jessen überwarfen. Mit Wiskemanns Berufung zum Prorektor der Handelshochschule im April 1935⁹⁹ begann sich abzuzeichnen, dass der willfährige Wiskemann und nicht der unbehageme Jessen die Führungsrolle bei der neuen Berliner Wirtschaftshochschule (WH) übernehmen würde. Tatsächlich trug das Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung im Herbst 1935 dann auch Wiskemann das Pro-Rektorat der aus der Handelshochschule heraus neu gegründeten WH an. Diese sollte zu dem Zentrum der NS-Wirtschaftslehre ausgebaut werden.¹⁰⁰ Eine Berufung Jessens an die Spalte der WH sei derzeit eine „Unmöglichkeit“, schrieb Minister Rust am 7. Dezember 1935 an Jessen-Förderer Popitz. Denn Jessen habe „ein grundlegendes Buch über seine Anschauung von Volk und Wirtschaft erscheinen“ lassen, welches „von der NSDAP mit guten Gründen abgelehnt werden“ müsse.¹⁰¹ Gemeint war das Lehrbuch *Volk und Wirtschaft* (1935), welches von HJ-Gebietsführer und Parteiökonom Ottokar Lorenz (*1905 – n. 1943) im Völkischen Beobachter verrissen worden war.¹⁰² Pikanterweise erschien Jessens Buch in den Grundzügen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, deren Reihe B: Wirtschaftswissenschaft von Jessen und Wiskemann gemeinsam verantwortet wurde. Wiskemann aber distanzierte sich nun von Jessen und kündigte seine Mit herausgeberschaft an der Reihe auf (*Schlüter-Ahrens* 2001, S. 59).

⁹⁸ Dietze hielt auch noch aus Freiburg Kontakt zu Jessen, besonders als jener sich zu einem Kritiker des Regimes entwickelt und dem Widerstand angeschlossen hatte (*Blesgen* 2005, S. 70 f.).

⁹⁹ UA der HUB, Sig. WHB. 01: 682/2, Personalia Wiskemann, Bl. 50.

¹⁰⁰ 1937 wurde Wiskemann deren Rektor. Bereits im Sommer 1936 war der volkswirtschaftliche Unterricht von WH und Universität zusammengeführt worden – was 1940 nicht zuletzt unter dem Einfluss Jessens, mittlerweile Professor an der Universität, wieder rückgängig gemacht wurde (vgl. o. V., o. J.).

¹⁰¹ Das „gesamte Werk“ der WH wolle er, Rust, nicht dadurch „gefährden, daß gerade dieser Prof. Jessen allen sichtbar von mir in die Leitung der Wirtschaftshochschule berufen wird“ (zit. nach *Schlüter-Ahrens* 2001, S. 56 ff.).

¹⁰² Ottokar Lorenz, „Ein Intellektueller über Volk und Wirtschaft“, in: Völkischer Beobachter v. 14.11.1935, S. 5. Jessens Verlag zog die erste Auflage stillschweigend ein und brachte 1936 eine korrigierte Neuausgabe auf den Markt, die dann unbeantwortet blieb.

Dietze wird in Berlin von diesen Querelen gehört haben. Vielleicht hat ihm auch Popitz etwas gesagt. Dietze wird auch nicht entgangen sein, dass eben Wiskemann neben Gottl „federführend“ an der fachlichen Ausgestaltung der ministeriellen Reform des Studiums der Wirtschaftswissenschaft vom Mai 1935 beteiligt gewesen war und Jessen nur beratend.¹⁰³ Mit an der Reform beteiligt gewesen war zudem u. a. NS-Multifunktionär Heinrich Hunke (1902–2000),¹⁰⁴ seit Januar 1935 Honorarprofessor für Wehrwirtschaftslehre an der TH Berlin (*Wiskemann* 1935, S. 35, 43)¹⁰⁵ – und Dank Dietze nicht noch mehr. Denn als Gottl-Ottlilienfeld Hunke zu einer ordentlichen Professur in Berlin verhelfen wollte, gehörte Dietze zu den Gegnern dieses politischen Manövers (*McClellan* 2022, S. 367 f.).

Parallel zu Dietze versuchte auch Prion, an Jessen, Wiskemann und andere Nationalsozialisten heranzukommen. Der Königsberger Nationalökonom Carl August Fischer (1895–1966), meldete Prion am 7. Juli 1935 an Dietze, stehe einem Fortleben des Vereins positiv gegenüber und wolle sich zudem bei Jessen und Wiskemann für den Verein verwenden. Prions TH-Kollege Ernst Storm (1894–1980) aber sei voller Ablehnung (RW 189/470, Bl. 354).¹⁰⁶

Sein Bemühen um Jessen und Wiskemann hielt Dietze am 7. Dezember 1935 auch dem zunehmend unwirscher auf Gleichschaltung drängenden Hunke entgegen (RW 189/470, Bl. 181). Dietze sprach Hunke in diesem Brief pikantweise als „College[n]“ und als Stellvertretender Präsident des Werberats der Deutschen Wirtschaft¹⁰⁷ an, während Hunke ihm (und auch dem TH-Kollegen Prion) als „Der Gauwirtschaftsberater, Gauleitung Groß-Berlin“ antwortete.¹⁰⁸ Hunke hätte seit dem 7. Oktober 1935 auch als Ministerialrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zeichnen können. Er hatte viele Gesichter, und Dietze hatte ihn womöglich unterschätzt.

¹⁰³ *Schultes* (2010, S. 252 ff.), vgl. auch *Wiskemann* (1935), *Gottl-Ottlilienfeld* (1935), und zu Gottl Janssen (2012, S. 560).

¹⁰⁴ Zur Person vgl. *Teichert* (1984, S. 339) und *Werner* (2022, S. 54–57, 177 f.).

¹⁰⁵ Die anhaltende Verbundenheit von Gottl, Hunke und Wiskemann dokumentiert die 1939 von Hunke und Wiskemann herausgegebene Gottl-Festschrift *Gegenwartsfragen der Wirtschaftswissenschaft*.

¹⁰⁶ Fischer und Storm waren schon seit 1932 Mitglied der Partei (vgl. *Grüttner* 2004, S. 48, 169 f.).

¹⁰⁷ Der Werberat unterstand der Aufsicht des Ministers für Volksaufklärung und Propaganda. Er diente zur Kontrolle der wirtschaftlichen Werbung und, so Goebbels, als ein Instrument, um „das deutsche Volk von der Richtigkeit und den Zielen der Wirtschaftspolitik“ zu überzeugen (*Rücker* 2000, S. 103–174, Zitat S. 108).

¹⁰⁸ Brief Hunke an Dietze v. 21.4.1936 (RW 189/464, Bl. 40–42); Brief Hunke an Prion v. 2.4.1936 (RW 189/466, Bl. 7).

Als es dann in der Mitgliederversammlung am 25. April 1936 endgültig zum Auflösungsbeschluss kam, spielte der „Gauwirtschaftsberater der NSDAP, Gauleitung Groß-Berlin“ die erste Schurkenrolle. Allerdings erwähnte Boese (1939, S. 289 ff.) in seinem gedruckten Protokoll (anders als Dietze auf der Versammlung selbst¹⁰⁹) nur das Amt, nicht aber die Person, worüber die Tatsache, dass Hunkes es war, der den Bemühungen Dietzes um den Verein schließlich einen tödlichen Stoß versetzt hat, fast in Vergessenheit geriet.¹¹⁰ Aber so weit sind wir noch nicht.

Erst einmal gelang es Dietze und Prion zur Jahreswende 1935/36, Reichsbankdirektor Dr. Karl Nordhoff (1879 – n. 1941)¹¹¹ und aus dem Kriegsministerium Major Dr. Kurt Hesse (1894–1976),¹¹² der seit 1934 nebenher als Dozent für Kriegswirtschaft an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin (ab 1940 als apl. Professor) lehrte, für den Vorstand des Vereins zu gewinnen.¹¹³ Im März 1936 fasste man sogar für das Ministerium aus kriegswirtschaftlicher Perspektive die Bearbeitung des Themas „Umstellung vom Staatsauftrag auf Privatinitiative“ ins Auge – in einem gesonderten Ausschuss und unter Leitung Hesses, allerdings ohne die Teilnahme von Ausländern und wohl ohne anschließende Veröffentlichung.¹¹⁴

Aus dem November 1935 datieren Gespräche im Reichspropagandaministerium. Dietze berichtete Brinkmann am 30. November, der zuständige Referent sei „voll warmen Verständnisses“ gewesen und wollte sogleich dem Wirtschaftsministerium mitteilen, dass das Propagandaministerium „großen Wert auf den Fortbestand des Vereins“ lege, besonders auch auf die Mitgliedschaft der Ausländer. Man habe ihm dort zudem zu einer Besprechung mit

¹⁰⁹ Stenographischer Bericht der Mitgliederversammlung vom 25. April 1936 (Rep. 196/12, hier Bl. 161 ff.).

¹¹⁰ Ausnahme: Teichert (1984, S. 339), Janssen (2012, S. 203) und nun auch McClellan (2022).

¹¹¹ Vgl. die Briefe Schachts an Dietze v. 11.1. und 25.1.1936 (RW 189/470, Bl. 154, 145).

¹¹² Hesse hatte Dietze den Weg zu Thomas gebahnt, der wiederum den Eintritt Hesses in den Vorstand des Vereins guthieß; vgl. Brief Thomas an Dietze v. 28.10.1935 (Rep. 196/7, Bl. 68); Brief Dietze an Thomas v. 16.11.1935; Brief Dietze an Hunke v. 7.12.1935 (RW 189/470, Bl. 200, 181). Zu Hesse: <https://www.lagis-hessen.de/pnd/118704176>.

¹¹³ Die Anwerbungen aus Kreisen des Kriegsministeriums und der Reichsbank gehen offenbar auf eine Anregung Lehnichs zurück; vgl. Brief Boese an Dietze v. 11.12.1935 (RW 189/470, Bl. 178): „Den Rat Lehnichs habe ich so verstanden, daß wir Kr.M und Reichsbank in den Vorstand nehmen sollten. Die Gründe dieses Vorschlags sind leicht zu erraten. Wäre es daher nicht richtig, zunächst alle Kräfte drauf zu konzentrieren, die Reichsbank zu gewinnen, und erst *nach* Erfolg an dieser Stelle mit anderen Instanzen anzuknüpfen?“

¹¹⁴ Vgl. Notiz Dietzes zu einem Treffen mit Oberstleutnant Walter Warlimont (1894–1976) am 7.3.1946 (RW 189/470, Bl. 117).

dem NS-Juristenbund geraten, damit keine „Konkurrenzgefühle“ entstünden. Ein entsprechendes Treffen sei für die nächste Woche vorgesehen. So hoffte Dietze, dass „alles zu einem guten Ende führen werde“ (RW 189/470, Bl. 189). Boese allerdings warnte seinen Vorsitzenden am 2. Dezember vor dem „lebhaften Interesse“ des Propagandaministeriums, das er für sehr „durchsichtig“ hielt: Man wolle das Ansehen des Vereins im Ausland propagandistisch „benutzen“. Solche eine Wirkung könne von der Tätigkeit des Vereins seiner Ansicht nach aber bestenfalls „nebenher und ungewollt“ ausgehen. „Noch brenzlicher“ schätzte Boese die Sache mit dem NS-Juristenbund ein (ebd., Bl. 188).

Am 15. Januar 1936 kam es zu einem Gespräch bei Hans Frank – seit April 1933 Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz und für die Erneuerung der Rechtsordnung, wobei er nicht nur die Justizbehörden, sondern auch die berufsständischen Organisationen gleichschalten sollte. Neben Frank nahm auch der Direktor der Akademie für Deutsches Recht, Dr. Karl Lasch (1904–42),¹¹⁵ daran teil, auf Seiten des Vereins Dietze und Prion.¹¹⁶ Frank hatte 1928 den BNSDJ gegründet und dann im Juni 1933 die Akademie für Deutsches Recht (AKfDR), letztere sollte eine reichseinheitliche Rechtsreform nach NS-Grundsätzen vorbereiten. Sowohl in den Reihen des BNSDJ (ab 1936: NS-Rechtswahrerbund) als auch in denen der AKfDR befanden sich eine ganze Reihe von Mitgliedern des Vereins – Tendenz steigend, da die Studienreform von 1935 eine enge Verzahnung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an den Hochschulen vorsah.

Frank beruhigte Dietze, dass der BNSDJ sich als berufsständische Organisation durch einen Fortbestand des Vereins nicht „tangiert“ fühle und dass er sich „eine enge Zusammenarbeit des Vereins mit der Akademie für Deutsches Recht“ wünsche. Direktor Lasch stimmte zu. Beide Seiten betonten dabei den Wert der organisatorischen Unabhängigkeit des Vereins – schon mit Blick auf die Mitarbeit der Ausländer. Zur weiteren Klärung wurde ein Treffen, diesmal nur mit Lasch vereinbart.¹¹⁷ Am 2. Februar 1936 machte Hunke dann allerdings Prion klar, dass ein Aufgehen des Vereins in Franks Juristorganisation nicht erwünscht sei.¹¹⁸ Wertvoll sei ein formal „freier Verein“,

¹¹⁵ Zu Frank vgl. Weiß (2003, S. 126–28); zu Lasch vgl. Klee (2003, S. 358). Dr. iur. Lasch gehörte seit 1930 dem BNSDJ und seit Gründung 1933 der AKfDR an, deren Direktor er 1934 wurde.

¹¹⁶ Vgl. Brief Dietze an Frank v. 2.1.1936 (RW 189/470, Bl. 152); Gesprächsnachricht Dietze (ebd., Bl. 146).

¹¹⁷ Gesprächsnachricht Dietze (RW 189/470, Bl. 146); sowie Brief Dietze an Böse v. 16.1.1936 (ebd., Bl. 152).

¹¹⁸ Seine und Köhlers Absicht, genau dieses zu verhindern, betonte Hunke in dem Telefongespräch, das Teichert (1984, S. 339) im Juni 1978 mit ihm geführt hatte. Dabei bleibt unklar, ob er den BNSDJ oder die AKfDR oder beide meinte.

der „nur innerlich gebunden ist“. Bernhard Köhler (1882–1939), der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik in der NSDAP, sehe das ähnlich.¹¹⁹ Das Treffen zwischen Prion und Lasch folgte dann am 7. Februar 1936. Man wurde sich schnell einig: Die Akademie wollte einen Vertrauensmann in den Vorstand des Vereins schicken – der Name Geldmacher¹²⁰ wurde gehandelt –, und umgekehrt sollte der Verein Mitglied der Akademie werden. „Hunk[e]“ solle nächste Woche informiert werden (RW 189/470, Bl. 133).

Geplant war zudem für Anfang März noch ein Gespräch mit dem Amtschef Wissenschaft im Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Professor Theodor Vahlen (1869–1945).¹²¹ Vereinsvorstand und Staatsminister Lehnich, dessen Beziehungen Dietze ebenfalls zur Anbahnung von Kontakten nach „oben“ nutzte, wollte bis Mitte April noch Rust, Rosenberg und auch H[unke?]¹²² – „dessen aktive Mitarbeit er als wünschenswert“ empfahl – ansprechen, doch glaubte Dietze schon am 5. März so weit zu sein, um für den 9. März 1936 eine (engere) Vorstandssitzung einberufen zu können (RW 189/470, Bl. 117). Das Gespräch mit Vahlen am 7. März gab dieser Entscheidung im Nachhinein Recht, denn es verlief, den Notizen Dietzes nach zu urteilen, positiv: Wie Frank habe Vahlen die Tätigkeit des Vereins begrüßt und insbesondere auf die „Zusammenarbeit mit Ausländern“ Wert gelegt.¹²³

Indem Dietze sowohl Jessen und Wiskemann, als auch der Akademie für Deutsches Recht einen Platz im Vorstand des Vereins für Sozialpolitik offeriert hatte, geriet er ein wenig ins Schwimmen. Denn die beiden letzten freien Sitze hatte er mit Reichsbankdirektor Nordhoff und Major Hesse ei-

¹¹⁹ Vgl. Gesprächsnachricht Dietze vom 2.2.1936 (RW 189/470, Bl. 137). Dietze fügt hinzu: „Das äußerste Zugeständnis wäre, dass die Akademie einen Vertrauensmann in den Vorstand des Vereins entsendet, aber keinen Juristen, vielleicht sogar Prion?“ Das heißt wohl, dass auch Prion – neben Vereinsmitgliedern wie Jessen, Lehnich, Sombart oder Zwiedineck-Südenhorst (aber wohl nicht Wiskemann) – Mitglied der AfkDR war.

¹²⁰ Gemeint war der Betriebswirt Professor Erwin Geldmacher (1885–1965), seit 1933 Parteimitglied und seit 1934 Rektor der Universität Köln (zur Person: Grütter 2004, S. 57; Mantel 2009, S. 697 f.).

¹²¹ Wenn Boese (1939, S. 289) in seinem Protokoll der Versammlung vom 25.4.1936 vom „Preußischen- und Reichsminister für Wissenschaft“ spricht, dann verbirgt sich dahinter Amtschef Vahlen – das belegt etwa der stenographische Bericht der Versammlung (Rep. 196/12, Bl. 165) (zur Person: Grütter 2004, S. 176 f.).

¹²² Lehnich war bis 1936 Gauwirtschaftsberater in Württemberg-Hohenzollern und dürfte Hunke schon von daher gekannt haben.

¹²³ Gesprächsnachricht Dietze vom 7.3.1936 (RW 189/470, Bl. 117). Ein Wermutstropfen: Vahlen hatte den Brief Dietzes vom 25. Februar, samt Anlage der Referenzen von Reichsbankpräsident Schacht und Oberst Thomas, noch nicht zur Kenntnis genommen.

gentlich schon besetzt. Als Hunke von ihm eine Liste des amtierenden Vorstands einforderte, nannte Dietze am 7. Dezember 1935 über die vom Hauptausschuss am 30. Juni gewählten zehn Vertretern hinaus lediglich Major Hesse (und noch nicht Nordhoff), erwähnte aber, dass man mit Jessen und Wiskemann im Gespräch sei. Die „endgültige Besetzung des Vorstands“, so Dietze weiter, werde erst „auf der nächsten Mitgliederversammlung erfolgen“. Der „jetzige Vorstand“ habe „nur die Aufgabe, die neue Satzung auszuarbeiten und alles vorzubereiten“ (RW 189/470, Bl. 181f.). Allerdings hatte der Ende Dezember 1935 (noch) gültigen Königsberger Satzung zufolge der Hauptausschuss den Vorstand zu wählen (§ 6). Erst mit Annahme der neuen, von Dietze und Genossen bis zum 9. März 1936 erarbeiteten Satzung¹²⁴ sollte die Mitgliederversammlung den Vorsitzenden und seine Stellvertreter¹²⁵ wählen. Der Vorsitzende konnte dann in einem weiteren Schritt auf Vorschlag des Vorstands i. e. S. bis zu zehn weitere Personen in den Vorstand berufen. Er leitete den Verein und bestimmte aus dem Kreis des Vorstands einen Schriftführer und einen Schatzmeister. Der Hauptausschuss entfiel. Stattdessen sollte der Vorstand befugt werden, einen Beirat von maximal 30 Personen zu bilden, der in wichtigen Fragen zu hören war. Mit diesen und anderen Neuregelungen hoffte man, den Forderungen nach Strafung der Strukturen im Sinne des Führerprinzips Genüge zu tun.

Nach „ausgedehnten Verhandlungen mit den hierfür in Betracht kommenden Stellen“, wie das Anschreiben an die Mitglieder sagte, verschickte der Vorstand dann am 20. März 1936 den Vorschlag einer neuen Satzung und die Einladung zur Versammlung am Samstag, den 25. April 1936, im Staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Berlin. Zugleich teilte Dietze die Aufnahme Major Hesses und Nordhoffs in den Vorstand mit: Damit sei „die Höchstzahl von zwölf Mitgliedern“ erreicht. Doch sah die Tagesordnung, die bei Boese (1939) fehlt, neben dem Punkt „Abänderung der Satzung“ eben auch Neuwahlen des Vorstands vor (RW 189/464, Bl. 36). Dabei hatten Hesse (Breslau) und Teschemacher Dietze bereits erklärt, dass sie für eine weitere Periode nicht zur Verfügung ständen.¹²⁶

¹²⁴ Vgl. Brief Dietze an Albrecht v. 10.3.1936 (RW 189/464, Bl. 47). Im Duisburger Archiv finden sich mehrere Entwürfe. Die schließlich vorgelegte Satzung ist bei Boese (1939, S. 286–88) abgedruckt.

¹²⁵ Zunächst war lediglich ein Stellvertreter vorgesehen (RW 189/464, Bl. 9). Als Dietze Wiskemann diesen Posten anbot, führte dies beim amtierenden Stellvertreter Zwiedineck zu Irritationen. Dietze wies Zwiedineck deshalb darauf hin, dass die neue Fassung der Satzung mehrere stellvertretende Vorsitzende zuließ, und nicht die Absicht bestehe, den Münchner zu verdrängen. Vgl. Abschrift des Briefes von Dietze an Wiskemann v. 19.4.1936, mit einer handschriftlichen Notiz am Blattrand für „Herrn Geheimrat v. Zwiedineck“; sowie Brief Dietze an Zwiedineck-Südenhorst v. 24.04.1936 (RW 189/466, Bl. 10, 17).

Am 2. April 1936 meldete sich dann Gauwirtschaftsberater Hunke bei Prion und teilte diesem kurz angebunden mit, dass nach verschiedenen Rücksprachen seinerseits die NS-Dozenten nur einer Kandidatur Wiskemanns zum Vorsitzenden zustimmen könnten. Der Vorschlag Wiskemann zielte gegen Dietze und Genossen, möglicherweise aber auch gegen einen ‚Notnagel‘ Jessen, gegen den erneut parteiinterne Untersuchungen liefen.¹²⁷ Wiskemann dagegen war damals bei Hunke und im Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) weiterhin wohlgelegen. Sein neues Buch *Die neue Wirtschaftswissenschaft* (1936) kam gerade als Heft 1 der von Vahlen verantworteten Reihe „Die neue Hochschule“ heraus und der Amtschef Wissenschaft im REM hatte ein Vorwort beigesteuert.¹²⁸ Wiskemann, so Hunke an Prion barsch, wäre bereit, für den Vorsitz zu kandidieren, wenn sichergestellt würde, dass auch die übrigen NS-Dozenten in den Verein einzträten. Er, Hunke, hoffe, dass auch diese Angelegenheit sich befriedigend löse (RW 189/466, Bl. 7).

Einen Vorsitzenden Wiskemann aber waren Dietze und Genossen nicht bereit zu schlucken. Nach einer Unterredung im Berliner Vorstandskreis privat bei Schumacher¹²⁹ antwortete Dietze auf Hunkes Brief und schrieb parallel an Wiskemann. Das geschah am 19. April 1936, eine Woche vor der Mitgliederversammlung. Dietze glaubte annehmen zu dürfen, dass auch der „Sehr geehrte[r] Herr Kollege“ Wiskemann „in der Erhaltung des Vereins für Sozialpolitik eine wichtige und aussichtsreiche Aufgabe“ erblicke. Er bat ihn deshalb, „als stellvertretender Vorsitzender in den Vorstand unseres Vereins einzutreten“. Dietze selber würde ihn auf der Mitgliederversammlung nächste

¹²⁶ Vgl. Brief Dietze an Boese v. 24.3.1936. Er habe (anders als im Falle Teschemacher) nicht versucht, A. Hesse zu halten (Rep. 196/7, Bl. 34). Hesse hatte am 12.3.1936 sehr freundlich geschrieben, dass er den Namen des Vereins und die sozialpolitische Tradition, für die dieser Name stehe, nicht mehr für zeitgemäß halte, und Dietze gebeten, ihn nicht mehr für den Vorstand zu berücksichtigen (RW 189/470, Bl. 91).

¹²⁷ Jessen hatte sich gegen den Vorwurf zu wehren, er sei in Wahrheit gar nicht, wie von ihm öffentlich behauptet, bereits 1930 Parteimitglied geworden.

¹²⁸ Friedrich Bülow (1936, S. 112 f.) befand dazu im *Weltwirtschaftlichen Archiv*: „Wiskemanns Schrift bietet nicht nur einen Überblick über die hochschulpädagogischen Maßnahmen zum Neuaufbau des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums, sondern sie enthält auch Grundsätzliches über die Volkswirtschaftslehre, wie sie nach nationalsozialistischer Auffassung sein soll [...]. Da es sich bei dieser Schrift um eine mehr oder weniger offizielle Äußerung handelt, und die Persönlichkeit des an zentraler Stelle wirkenden für eine richtunggebende Behandlung der Fragen bürgt, so erscheint es angebracht, die dem sehr eindringlich und anregend geschriebenen Buche zugrunde liegenden Anschauungen über die neue Volkswirtschaftslehre herauszustellen.“

¹²⁹ Vgl. Briefe Dietze an Zwiedineck-Südenhorst v. 14. und 22.4.1935 (RW 189/466, Bl. 17, 8).

Woche vorschlagen und habe „kein[en] Zweifel“, dass Wiskemann auch gewählt werden würde. Er sei überzeugt, dass es zu einer vertrauensvollen und fruchtbaren Zusammenarbeit komme – „Heil Hitler!“. An Hunke aber schrieb Dietze am selben Tage, dass man Wiskemann nur zum stellvertretenden Vorsitzenden machen könne, und er Wiskemann ein entsprechendes Angebot unterbreitet habe (RW 189/468, Bl. 10, 9).

Dann traf ein Schreiben vom 20. April aus dem Ministerium ein, gerichtet an den „Vorsitzenden des Vereins für soziale Politik“ (sic!). Auch Vahlen hatte die Tagesordnung und den Satzungsentwurf zur Kenntnis genommen. Er hielt zwar mit Bezug auf das Schreiben Schachts (und anders als Hunke) ausdrücklich am Gedanken eines Fortbestehens des Vereins fest – was Dietze in seinem Bericht vor der Mitgliederversammlung einige Tage darauf auch erwähnte –, forderte aber einschneidende Änderungen am Satzungsentwurf. Künftig solle die Wahl des Vorsitzenden samt Vertreter der Genehmigung des Ministeriums bedürfen, ebenso die Tagesordnung einer Mitgliederversammlung sowie etwaige Satzungsänderungen. Beschlüsse des Vorstands aber sollten in Zukunft vom Vorsitzenden allein (bei dessen Abwesenheit durch den Stellvertreter) gefasst werden (RW 189/464, Bl. 43).¹³⁰

Einen Tag später erhielt Dietze weitere Post: eine Absage Wiskemanns und einen Brandbrief Hunkes. Wiskemann hatte sich zuvor mit Hunke und mit Karlheinz Seidel,¹³¹ dem Geschäftsführer des Instituts für angewandte Wirtschaftswissenschaft¹³² besprochen. Er war also darüber im Bilde, dass Hunke ihn am 2. April als Vorsitzenden gefordert hatte, was Dietze in seinem Brief vom 19. April verschwieg. Wiskemann erwähnte aber nur, dass er von Hunke und Seidel erfahren habe, dass mittlerweile Planungen und Besprechungen

¹³⁰ Vgl. auch Boese (1939, S. 289). Über das von Boese (1939) Mitgeteilte hinaus forderte Vahlen eine Verkleinerung des Vorstands (i. w. S.) auf 4 Personen. Die im Entwurf vorgesehenen weiteren 8 Personen sollten den Beirat bilden anstatt der im Entwurf vorgeschlagenen 30 Personen.

¹³¹ Dr. Seidel, Mitglied der NSDAP seit 1930, war 1932 Referent in der Wirtschaftspolitischen Abteilung (WPA) der Reichsleitung der NSDAP, dann Reichshauptstellenleiter. Er wirkte ab 1935 als Geschäftsführer am Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaft, ab Sommer 1936 zugleich als Geschäftsführer der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft. Seidel ertrank im Juli 1937 im Alter von kaum 30 Jahren beim Schwimmen in der Ostsee; vgl. das NS-Hago- und DAF-Organ: *Der Aufbau* 5 (1937), Heft 16. Seines Todes gedenkt auch eine Widmung in dem Kompendium *Die wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer* (Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaften 1938).

¹³² Das Institut war 1935 von Minister Rust mit Theodor Adrian von Renteln (1897–1946) an der Spitze gegründet worden. Renteln, Mitglied der Reichsleitung der NSDAP, vereinte auf sich viele Funktionen, so war er seit November 1936 Präsident des Deutschen Genossenschaftsverbandes und von daher Mitglied im Verein für Sozialpolitik, was noch eine Rolle spielen wird (zur Person: Weiß 2003, S. 372).

auf Basis einer „grundätzliche[n] Neuordnung im Sinne der Partei“ stattgefunden hätten. Deshalb sehe er sich nicht in der Lage, das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins für Sozialpolitik zu übernehmen.¹³³ Dennoch hoffe er, dass sich unter der Voraussetzung einer wirklichen Neuordnung eine fruchtbare Zusammenarbeit ermöglichen ließe. Dies sei sein „persönlicher und aufrichtiger Wunsch“, ein Wunsch, den auch Hunke, Bräuer (der Name Jessen fehlt) und andere von Parteiseite her am Fortleben des Vereins Interessierte teilten (RW 189/464, Bl. 39). In Wiskemanns Antwort schwang eine gewisse Enttäuschung mit. Diese betraf den Übertölpelungsversuch durch den Kollegen Dietze und, so ist zu vermuten, auch die eigenen Ambitionen auf die Führung im Verein – hatte doch der Bruder seines Großvaters, Professor Heinrich Wiskemann (1810–75), zu den Teilnehmern der Eisenacher Versammlung im Oktober 1872 gehört (Boese 1939, S. 247). Eine Entschlossenheit aber, gegen alle Widerstände dennoch 1. Vorsitzender werden zu wollen, liest sich aus Wiskemanns Brief nicht heraus.

Die Entschlossenheit sich durchzusetzen und der Ärger darüber, nicht genügend ernst genommen zu werden, bestimmte allerdings den Brief Hunkes an Dietze vom 21. April 1936: Erst habe man ihm, Hunke, die aktuelle Besetzung des Vorstands als eine nur vorläufige verkauft. Dann aber habe Prion am 6. April an das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung geschrieben, dass an Dietze als Vorsitzendem nicht zu rütteln sei, schon weil der *Verein* auf dieser personellen Basis seine Gespräche mit dem Propaganda- und dem Kultusministerium und anderen Institutionen geführt und dafür Zuspruch erhalten habe. Es sei daher, so zitierte Hunke Prion, „kaum noch möglich, einen anderen Vorsitzenden zu bestimmen“ (RW 189/464, Bl. 40). Hunkes Rückfragen beim Propaganda- und beim Kultusministerium hätten im Gegensatz dazu aber ergeben, dass dort „keinerlei Interesse“ an der gegenwärtigen Ordnung im Verein bestehe. Hunke hielt es für schlachtweg „ausgeschlossen“, dass Ministerien sich für eine Leitung einsetzen, „die von der Partei abgelehnt“ werde. Weitere Gespräche mit Prion lehne er deshalb ab.¹³⁴

Ebenso scharf ging Hunke mit dem „unmöglich[e]n Vorgehen“ Dietzes im Falle Wiskemann ins Gericht. Während er, der „Bevollmächtigte der NSDAP“, am 2. April einen Nationalsozialisten als Vorsitzenden verlangt

¹³³ „Ohne eine Neuordnung, die den Führungsanspruch der Partei voll verwirklicht, zugleich aber die am Verein haftende und ehemals ruhmvolle Tradition anerkennt [...], sehe ich selbst keine Möglichkeit, wirklich fruchtbaren Arbeitens. Nur unter dieser Bedingung wird überhaupt die junge Generation zu gewinnen sein, deren Mitwirkung ich für entscheidend halte. Diese meine Auffassung habe ich Ihnen schon früher gegenüber freimütig geäußert“ (Brief Wiskemann an Dietze v. 21.4.1936, RW 189/464, Bl. 39; auch: RW 189/466, Bl. 12 – hier mit Anstreichungen).

¹³⁴ Vgl. dazu die kleinlaute Antwort Prions an Hunke v. 24.4.1936 (Rep. 196/7, Bl. 18).

(und Wiskemann vorgeschlagen) habe, böte Dietze in voller Kenntnis dessen Wiskemann nur den Stellvertreterposten an. Hunke an Dietze: „Ich muss in Ihrem Vorgehen eine starke Brüskierung der Partei und den Versuch erblicken, einen klaren Plan der Partei zu durchkreuzen. Ich darf Ihnen dazu mitteilen, dass die N.S.D.A.P. nicht gewohnt ist, Vorschläge zu machen, die in faulen Kompromissen enden“ (RW 189/464, Bl. 41). Das steht in Boeses gedrucktem Protokoll natürlich nicht. *Boese* (1939, S. 289 f.) protokollierte aber getreulich eine Reihe ultimativer Forderungen des Gauwirtschaftsberaters, die Dietze auf Geheiß Hunkes auf der Mitgliederversammlung am 25. April verlesen musste. Hunke hatte sich dazu, wie er schrieb und wie Dietze es dann auch sagte, von der Hochschulkommission der NSADP (Heß) und der Kommission für Wirtschaftspolitik der N.S.D.A.P (Köhler) bevollmächtigen lassen, nachdem zuvor auch Reichsleiter Alfred Rosenberg grundsätzlich zugestimmt hatte:

1. In Würdigung der „alten Tradition des Vereins für Sozialpolitik“ sei die Partei mit dessen Fortbestehen einverstanden, wenn „eine lebendige Fortführung“ seiner Arbeit „im nationalsozialistischen Sinne gewährleistet“ sei.
2. Die notwendige Umstellung und Verjüngung bedinge, dass vermehrt nationalsozialistische Dozenten in den Verein einträten. Die Partei könne aber „ihren Anhängern nur nahelegen, dem Verein beizutreten, wenn der Verein zweifelsfrei unter nationalsozialistische Führung tritt“.

Am 2. April habe er „Professor Wiskemann als Vorsitzenden, der der Partei genehm ist, genannt“. „Da Herr Wiskemann sich infolge seiner schweren Kriegsverletzung nicht in der Lage glaubt, das verantwortungsvolle Amt zu übernehmen“, schlage er, also Hunke, nun „namens der erwähnten Stellen Herrn Professor Bräuer, Leipzig, für das Amt des Vorsitzenden des Vereins für Sozialpolitik“ vor (RW 189/464, Bl. 41; *Boese* 1939, S. 290).

Tatsächlich hatte Wiskemann als Flugzeugführer im Ersten Weltkrieg bei einem Absturz eine schwerwiegende Verletzung davongetragen. Im Jahr 1936 diagnostizierte die Charité zudem ein „Hirnleiden“ bei ihm, das sich dann als ein bösartiger Tumor entpuppte. Wann genau die Diagnose erfolgte, ob vor oder nach dem 21. April 1936, vermag ich nicht zu sagen. Jedoch sah sich Wiskemann noch 1937 nicht gehindert, das verantwortungsvolle Amt des Rektors der WH Berlin zu übernehmen.¹³⁵ Wiskemanns Rückzug im

¹³⁵ Ab Sommer 1938 übte Wiskemann krankheitsbedingt keine regelmäßige Lehrtätigkeit mehr aus, 1939 legt er das Rektorenamt nieder; vgl. Wiskemanns Personalakten im Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin, hier den Fragebogen v. 5.9.1939 (NS-Doz 2: Z/ B 2 1845, Akte 14, Bl. 2). Er starb im April 1941 kurz vor seinem 45. Geburtstag.

April 1936 könnte sich also auch einem gewissen Beleidigtsein und Unwillen verdanken, womöglich ein zweites Mal durchzufallen. Vermutlich wusste er zudem, dass die maßgeblichen Stellen mittlerweile einen Plan B *in petto* hatten.

In den Unterpunkten (3–5) seines Vorschlags empfahl Hunke eine temporäre Außerkraftsetzung der Satzung; stattdessen solle der neue Vorsitzende bis 31. März 1937 „außerordentliche Vollmachten“ erhalten und den Verein allein leiten und allein über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheiden. Als Ausdruck dafür, dass der Verein weiterhin den „Geist echter Wissenschaft“ pflegen soll (und wohl auch zur Versöhnung), schlug Hunke den auf dem „Gebiete der Sozialpolitik führenden Gelehrten der älteren Generation“, Geheimrat Zwiedineck-Südenhorst, als Ehrenvorsitzenden vor. Hunke erwartete, dass sich Vorstand und Mitgliederversammlung diesen Vorschlag der NSDAP insgesamt zu eigen machen würden und stellte dafür eine Frist bis Donnerstagmittag 18 Uhr, also bis Ultimo (RW 189/464, Bl. 41 f.; Boese 1939, S. 290).

Aber der Vorstand verweigerte sich erneut. Dietze versuchte noch vor der Versammlung, Hunke von dessen Forderungen abzubringen und erklärte ihm am 23. April am Telefon frank und frei, dass er persönlich – mit den anderen habe er sich noch nicht abgestimmt – sich mit Hunkes Vorschlag nicht anfreunden könne. Doch beim Versuch nachzuverhandeln, biss Dietze auf Granit. Hunke erklärte seinen Vorschlag für unabänderlich – eine dieser typischen Nazi-Vokabeln – und veranlasste Dietze, ein den Inhalt ihres Telefongesprächs bestätigendes Protokoll zu verfassen und es ihm zur Kenntnis zurückzuschicken. In Dietzes Protokoll steht auch folgender Satz: „Wenn aber jetzt die gemachten Vorschläge nicht unverändert angenommen würden, werde die Partei alles tun, um den Verein zu beseitigen.“¹³⁶ Derart in die Enge getrieben, fragte Dietze, ob die Partei es als „Affront oder eine Durchkreuzung ihrer Absichten“ erblicken würde, wenn der Vorstand am 25. April für eine „Auflösung des Vereins“ eintreten würde. Hunke verneinte (RW 189/464, Bl. 37). Sodann telefonierte Dietze noch am Vormittag des 25. Aprils mit Vahlen, der sich aber Hunkes Diktum anschloss und etwaige vorherige Abweichungen als nunmehr gegenstandslos erklärte.¹³⁷ Auch der Reichsbankpräsident zeigte kein Interesse mehr, wie Dietze auf der Ver-

¹³⁶ In diesen drastischen Worten trug es Dietze auch der Versammlung am 25. April vor (vgl. stenographisches Protokoll, Rep. 196/12, Bl. 164). Boeses (1939, S. 290) gedrucktes Protokoll milderte: „Die vorstehenden Vorschläge sind nach telephonischer Mitteilung unabänderlich. Sie machen nach der Überzeugung des Vorsitzenden eine Fortführung des Vereins im Sinne des Beschlusses der Mitgliederversammlung vom 30. Juni vorigen Jahres unmöglich.“

¹³⁷ Am 5. Mai 1936 bekam Dietze Vahlens neue Position dann nochmals schriftlich (vgl. RW 189/464, Bl. 45).

sammlung eingestand (Rep. 196/12, Bl. 165). So blieb dem Verein aus Sicht Dietzes und Genossen allein der erneute Antrag auf Selbstauflösung.

Dietze eröffnete die Versammlung am 25. April sodann mit dem Eingeständnis, dass die in der Einladung vorgesehene Tagesordnung obsolet geworden sei (*Boese* 1939, S. 289). Nachdem er den Stand der Dinge und den Inhalt der Schreiben Vahlens vom 20. April und Hunkes Ultimatum vom 21. April referiert hatte, erklärte Dietze:

„Die Mitglieder des gegenwärtigen Vorstands des Vereins für Sozialpolitik haben ihre Aufgabe in der Überzeugung übernommen, durch die Erhaltung des Vereins und seiner wissenschaftlichen Unabhängigkeit dem deutschen Volk nützen zu können. [...] Dabei gingen wir von der Auffassung aus, daß die Arbeit des Vereins [...] vorerst nur von Männern weitergeführt werden sollte, die mit den Grundsätzen dieser Arbeit völlig vertraut sind und hierin allenthalben Vertrauen erwarten dürfen“ (*Boese* 1939, S. 290f.).

Den Entwurf zu dieser Erklärung hatte Zwiedineck-Südenhorst aus München übermittelt und damit indirekt verdeutlicht, was er von Hunkes Vorschlag hielt, ihn zum Ehrenvorsitzenden unter einem von der Partei aufgezwungenen Vereinsführer machen zu wollen.¹³⁸ In Zwiedinecks Entwurf hieß es noch: „Wir können nicht zugeben, dass Herr von Dietze und die übrigen bisher an der Leitung des Vereins beteiligten Herrn zu wenig erfüllt seien von den hohen Zielen des Nationalsozialismus und dass Ihnen abgesprochen werde, das Wohl und Heil des Dritten Reiches restlos zu verfolgen und daher den Verein für Sozialpolitik restlos in den Dienst desselben zu stellen.“ Dietzes tatsächlich abgegebene Erklärung verpflichtete sich dann nur dem „deutschen Volk“ und „unserem Reich“, aber nicht mehr den „hohen Zielen des Nationalsozialismus“ oder dem „Heil des Dritten Reichs“.

Da man das notwendige Vertrauen bei den verantwortlichen Stellen nicht gefunden habe, so endete Dietzes Erklärung, beantrage er als Vorsitzender im Namen des Vorstands, dass die Mitgliederversammlung sich dem Antrag auf Auflösung des Vereins anschließen möge. Wenn es in der Literatur darauf heißt, dass die Mitgliederversammlung bei einer Enthaltung dem Auflösungsantrag des Vorstands einhellig zustimmte¹³⁹ (*Albrecht* 1961, S. 15;

¹³⁸ Zwiedineck selbst war, trotz Bitten Dietzes, am 25. April in Berlin nicht anwesend. Im Duisburger Archiv findet sich Zwiedinecks sehr viel längerer Entwurf dieser „Erklärung“ (RW 189/466, Bl. 21f.). Das Original trägt oben rechts folgende handschriftliche Notiz: „Von mir entworfen telefonisch Freitag abends [also den 24.4., HJ] nach Berlin an Dietze weitergeleitet, worauf ich doch nicht gefahren bin. Ob die Erklärung mit Weglassung von a) u. b) beschlossen wurde, weiß ich noch nicht!“ Zwiedinecks relativ ausgreifende Erklärungen unter a) und b) u.a. zur Wirksamkeit „ökonomischer Kräfte und Gesetzmäßigkeiten“ spiegelten sich in Dietzes vergleichsweise kurzer Formel von der wissenschaftlichen Unabhängigkeit des Vereins wider.

¹³⁹ Vgl. *Boese* (1939), S. 291, und dazu den Brief Boeses an Dietze v. 8.5.1936, das Protokoll vom 24. April betreffend. Es existierten unterschiedliche Angaben da-

Krause 1969, S. 65; Helmstädt 1987, S. 160), dann ist dies eine Verkürzung.

Denn in der sich an Dietzes Erklärung anschließenden Diskussion betonten verschiedene Redner, dass sie nicht der Ansicht seien, dass es unmöglich sei, unter den neuen, von Hunke und Vahlen formulierten Bedingungen wissenschaftlich zu arbeiten. Vorstandsmitglied Prion grenzte sich dabei explizit von seinem Vorsitzenden Dietze ab und empfahl sogar eine Neubildung des Vorstands.¹⁴⁰ Obwohl er, wie Prion sagte, „alle Ursache“ hätte, „gekränkt zu sein“, sah er die „uns gestellten Bedingungen als nicht so unerfüllbar an“. Ihm gegenüber habe keine der Stellen, bei denen er sondiert habe, „die leiseste Andeutung gemacht“, dass „unsere wissenschaftliche Freiheit gefährdet“ sei. Johannes Vogt (1872–1950), einst Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium (1923/34), danach bis Ende 1935 Vorstandsmitglied und Direktor bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, meinte: „Ich kann mir aber nach all dem, was ich von der Partei weiß, nicht denken, dass auch nur die leiseste Absicht besteht, die Unabhängigkeit der Wissenschaft anzutasten.“ Auch Lehnich glaubte an die weitere Möglichkeit wissenschaftlichen Arbeitens in einem neuen Verein, „selbst wenn irgendeinem nicht passen sollte, was hier diskutiert wird“ (Rep. 196/12, Bl. 176–79).

Zudem wurde die Befürchtung nur allzu deutlich, dass eine Auflösung, wie vorgeschlagen, „oben“ als Affront gewertet werden könne. Deshalb änderte der Vorstand nach Einreden Lehnichs, Mitscherlichs,¹⁴¹ Weigmanns¹⁴² und anderer den Wortlaut zur Beschlussfassung noch einmal ab, damit es nicht so klinge, wie Weigmann sagte, „als ob man was gegen die vorgeschla-

rüber, wie viele genau für den Antrag gestimmt hatten. Zudem glaubte Boese, dass Hesse (Breslau) gegen die Auflösung gestimmt habe, während der Stenograph eine Enthaltung notiert hatte (vgl. Rep. 196/12, Bl. 157).

¹⁴⁰ Vgl. Brief Boeses an Dietze v. 8.5.1936 (Rep. 196/12, Bl. 157). In Boeses gedruckten Protokoll steht davon nichts.

¹⁴¹ Der damalige Hallenser Professor für Nationalökonomie Waldemar Mitscherlich (1877–1966), seines Zeichens Mitglied im Hauptausschuss des Vereins und meines Wissens kein Parteimitglied, galt 1933 als liberaler Regimegegner und kam seitens aufgebrachter NS-Studenten in Göttingen arg in die Bredouille. Damals sprang ihm sein alter Bekannter Karl Bräuer verteidigend bei (was Bräuer später in Leipzig nochmals tat). Möglich, dass Mitscherlich im April 1936 mit seiner Unterstützung des besagten Antrags seinerseits dem abwesenden Bräuer einen Gefallen tat. Zum Verhältnis Bräuer–Mitscherlich vgl. Koop (2013, S. 15 f., 22, 25 f.).

¹⁴² SA-Mitglied Hans Weigmann (1897–1944) – nicht zu verwechseln mit dem Betriebswirt Walter Weigmann (1902–45) – war damals Professor für Volkswirtschaftslehre in Rostock. Als Dietze gehen musste, wechselte er 1937 an die Universität Berlin; 1939 wurde er eingezogen und ist im Krieg gefallen (zur Person: [http://cpr.uni-rostock.de// resolve/id/cpr_person_00003426](http://cpr.uni-rostock.de//resolve/id/cpr_person_00003426)).

genen neuen Personen“ – also Wiskemann und Bräuer¹⁴³ – und die „vorgeschlagenen neuen Richtlinien“ hätte, „als ob man der Auffassung“ sei: „Unter diesen Bedingungen ist Wissenschaft nicht mehr zu treiben“ und dass der alte Verein „ein scharfes Mißtrauen gegen eine neue Organisation der Forschung“ hätte (Rep. 196/12, Bl. 188).

In dem von Dietze neu formulierten Kompromiss, der mit der obigen Mehrheit verabschiedet wurde, hieß es nun zusätzlich, dass man „durch Auflösung des Vereins für Sozialpolitik Platz für eine neue Organisation“ schaffen wolle (*Boese* 1939, S. 291; Rep. 196/12, Bl. 192). Daran hatten diejenigen Vereinsmitglieder ein besonderes Interesse, die im Geheimen mit dem Segen Hunkes, Köhlers, Rentelns und des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) bereits die Gründung einer neuen Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft betrieben und mit dieser Formulierung einem Traditionsübergang vom alten Verein zur neuen Gesellschaft begründen wollten.

Mit dieser neuen „Gesellschaft“ war es bereits im Juli 1936 soweit (*Bräuer* 1938b, S. V),¹⁴⁴ und deren Geschäftsführer Seidel, der am 25. September 1936 Zwiedieneck-Südenhorst, „München-Gräfeling“ (sic!), (vergeblich) als Mitglied gewinnen wollte, warb eben mit dem Satz, dass der Verein für Sozialpolitik seine Auflösung beschlossen habe, „um Platz für eine neue Organisation zu schaffen“. Deshalb, so Seidel, sei eine neue „Vertretung der deutschen Wirtschaftswissenschaft“ – die Betonung des *Deutschen* war Teil ihres Programms – die Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft, ins Leben gerufen worden, deren Präsidentschaft Herr Professor Bräuer übernommen habe (RW 189/466, Bl. 30). Ihre Adresse: Berlin-Tiergarten, Rauchstrasse 19, war übrigens dieselbe, unter der auch das Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaft verkehrte.¹⁴⁵

Als Seidel derart trommelte, war der Verein noch gar nicht richtig tot. Ein wirksamer Beschluss zur Auflösung konnte satzungsgemäß erst auf einer nächsten Mitgliederversammlung gefasst werden,¹⁴⁶ und die fand erst im Dezember 1936 statt. Die „Gesellschaft“ versuchte derweil schon mal, das

¹⁴³ Staatsekretär Vogt meinte, vor einer Auflösung solle man doch Kontakt mit Bräuer aufnehmen, um dessen Vorstellungen zu erkunden. Dietze ließ durchblicken, dass er dies für „nicht zweckmäßig“ halte (Rep. 196/12, Bl. 177f., 183).

¹⁴⁴ Die Eintragung ins Vereinsregister erfolgte dann im Oktober 1936 (*Bräuer* 1938a, S. 350).

¹⁴⁵ Das war kein Zufall. Zum einen teilte man sich mit Seidel denselben Geschäftsführer, zum anderen gehörte Institutsleiter Renteln zu den Gründern der Gesellschaft.

¹⁴⁶ Ein Antrag auf Auflösung des Vereins hatte am 25. April gar nicht auf der Tagesordnung gestanden. Man fasste nur den Beschluss, auf der nächsten Sitzung die Auflösung beschließen zu wollen.

Personal des alten Vereins abzuwerben und verbreitete am 10. August 1936 einen „Aufruf“¹⁴⁷ zum Beitritt aller, die im „Geiste kämpferischer deutscher Wissenschaft“ mittun wollten. Die Presse, vorneweg der Völkische Beobachter, berichtete und druckte den Aufruf ab.¹⁴⁸

Den Aufruf unterzeichneten neben Bräuer und seinem Stellvertreter, der Betriebswirt Karl Rößle (1893–1957),¹⁴⁹ von den im vorliegenden Text erwähnten Personen noch REM-Referent Bachér,¹⁵⁰ C. A. Fischer, Hunke, Jeserich,¹⁵¹ Lehnich, Lorenz,¹⁵² v. Renteln, Seidel, Storm und Wiskemann. Alle gehörten auch dem Präsidium an,¹⁵³ dessen Durchschnittsalter deutlich unter dem des Vorstands des Vereins lag. Der mittlerweile emeritierte Gottl-

¹⁴⁷ Genau genommen waren es zwei inhaltlich redundante Teile, beide am 10. August 1936 datiert und beide abgedruckt in *Bräuer* (1938a, hier S. 341–43). Der zweite Teil des Aufrufs findet sich als separat gedrucktes Flugblatt im Duisburger Archiv (RW 189/466, Bl. 31). Es war dem Schreiben Seidel an Zwiedineck beigelegt.

¹⁴⁸ Vgl. „Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft“, in: Völkischer Beobachter vom 27.11.1936 (Berliner Ausgabe); „Gründung einer Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, in: Frankfurter Zeitung v. 22.11.1936.

¹⁴⁹ Rößle hatte eine Professur an der Königsberger Handelshochschule, wo er 1933–37 auch Rektor war. Auf die Integration der Betriebswirte legte die *Gesellschaft* großen Wert. Neben Rößle kamen u. a. Gutenberg, Hasenack, Kalveram, Nicklisch, Sandig und Walb, während an etablierten Volkswirten eher Ebbe herrschte. In dem erwähnten Aufruf hieß es: „Der Umbruch, in dem sich die heutige Wirtschaftswissenschaft befindet, beruht auf der Notwendigkeit, die durch eine geistige Überfremdung verursachte einseitige und wesenswidrige Abstraktion, sowie die unfruchtbare Spaltung in Volks- und Betriebswirtschaftslehre zu überwinden“ (*Bräuer* 1938a, S. 341; vgl. dazu Mantel 2009, S. 335 f.).

¹⁵⁰ Vgl. *Bräuer* (1938a, S. 343). Auf dem separat gedruckten Aufruf aus dem Sommer 1936 fehlt der Name Franz Bachér (1894–1987) noch. Der Chemiker Bachér hatte eine Professur an der TH Berlin und leitete bis April 1937 die Hochschulabteilung im REM (zur Person: Grüttnar 2004, S. 17).

¹⁵¹ Kurt Jeserich (1904–1995) war Präsident des Deutschen Gemeindetags und Dozent an der Universität Berlin.

¹⁵² Gemeint ist Ottokar Lorenz (und nicht die Berliner Professorin Charlotte Lorenz), der in der „Gesellschaft“ (RW 189/468, Bl. 70, 279) als „Vertrauensmann für die Mitglieder in der Ausbildung“ fungierte und in der Partei „Gebietsführer im Stabe des Reichjugendführers“ (d. h. vierthöchster Grad in der Hitlerjugend) war. Es war jener Lorenz, der im Völkischen Beobachter Jessens *Volk und Wirtschaft* (1935) verriessen hatte. Jessen dagegen hatte mit der „Gesellschaft“ nichts zu tun.

¹⁵³ Ebenso wie die restlichen Unterzeichner: Bobermin (Deutscher Gemeindetag), Grünfeld (Professor in Königsberg), Sohns (Institut für angewandte Wirtschaftsforschung), Schwarz (Wirtschaftspraktikanten-Amt) und Wagner (DAF). Die vollständige Liste der Unterzeichner findet sich in *Bräuer* (1938a, S. 342 f.); lt. Satzung, § 17, bildeten die Unterzeichner das erste Präsidium der „Gesellschaft“ (ebd., S. 344–50, hier 347). Wiskemann ließ seine Aufgaben im Präsidium aus gesundheitlichen Gründen ab Frühjahr 1938 durch Bräuer vertreten (UA der HUB, Sig. WHB. 01: 682/2, Personalia Wiskemann, Bl. 168).

Ottlilienfeld wurde im Oktober 1937 von Bräuer feierlich zum Ehrenmitglied ernannt.¹⁵⁴ Aus dem im Juni 1935 gewählten Vorstand des Vereins arbeiteten in der „Gesellschaft“ zunächst nur Lehnich (im Präsidium) und A. Hesse (als Leiter einer Arbeitsgruppe¹⁵⁵) mit, später auch Prion. Die anderen aber blieben nach meiner Kenntnis der neuen „Gesellschaft“ fern. Dass Prion 1938 Mitglied wurde, hatte Boese gegenüber Dietze misstrauisch bemerkt.¹⁵⁶ Er fühlte sich bei Prion, „der immer vorsorglich mit einem Fuße im feindlichen Lager“ stünde, „nicht mehr sicher“, schrieb Boese am 18. Mai 1938 an Dietze nach einem Treffen des Liquidationsausschusses (RW 189/468, Bl. 94). Boese vermittelte damit einen anschaulichen Eindruck vom Lagedenken, das zwischen den Leuten des alten Vereins und denen der neuen „Gesellschaft“ herrschte. Die „auf dem Boden der durch den Nationalsozialismus geschaffenen politischen Tatsachen ruhende Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft“ sei „ihrer Herkunft und ihren Zielen gemäß geradezu der Ausdruck der auch die Wissenschaft und ihre Hochschulvertreter ergreifenden Spaltung in zwei unversöhnlich einander gegenüberstehende Lager“, hieß es noch bei Wiederbegründung des Vereins für Sozialpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (o. V. 1949b, S. 106).

V. Auf die „Tragödie“ folgt das „Satyrspiel“¹⁵⁷

Ort: das Prominentenhotel Esplanade in Berlin-Tiergarten, Zeit: Samstag vor Weihnachten, der 19. Dezember 1936. Auf der Tagesordnung dieser letzten Versammlung des alten Vereins unter Punkt 1: „Der Verein wird aufgelöst.“¹⁵⁸ Punkt 2: Dietze, Boese und Prion (fehlte aus gesundheitlichen

¹⁵⁴ Vgl. „Ernennung Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld zum Ehrenmitglied“ (*Bräuer* 1938a, S. 112 f.).

¹⁵⁵ Thema: „Methoden und Systematik des Hochschulunterrichts“; vgl. „Forderungen an die Wissenschaft“, in: Frankfurter Zeitung v. 1.12.1936. Hesse trat zudem im Herbst 1938 als einer der wissenschaftlichen Hauptreferenten auf dem von der „Gesellschaft“ veranstalteten „Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft“ auf (vgl. *Hesse* 1939).

¹⁵⁶ „Wie hat Ihnen übrigens gefallen, daß Prion bei Bräuer Mitglied geworden ist. Eine Aufforderung zum Eintritt in die Gesellschaft hatte er damals nicht bekommen. Er muss sich also darum bemüht haben. Das spricht Bände [...]“

¹⁵⁷ *Albrecht* (1961, S. 15).

¹⁵⁸ Vgl. die stenographische Niederschrift des Protokolls (RW 189/468, Bl. 351–82). Diese Niederschrift ist deutlich länger und expliziter als das bei *Boese* (1939, S. 292–95) abgedruckte Protokoll. Dort fehlen u.a. Dietzes Begründung der Ablehnung des Vorschlags des Ministeriums einer Vermögensübertragung an die Deutsche Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, weite Teile der Begründung Zwiedineck-Südenhorsts zugunsten einer Überlassung des Vereinsvermögens an die Deutsche Akademie oder auch die Expertise Rechtsanwalt Schiemanns (in Vertretung des gewöhnlich den Verein juristisch beratenden Walther R. Seelmann-Eggebert) zur (Un-)

Gründen) werden zu Liquidatoren bestellt, sollen also den Verein abwickeln. Punkt 3: Nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten soll das Restvermögen an die Deutsche Akademie in München¹⁵⁹ überwiesen werden. Die Mittel des Vereins betragen am Stichtag der Versammlung um die 25.000 RM (RW 189/468, Bl. 363 f.).

Gegen die Aktiva standen anfallende Kosten, so für den Druck des seit langer Zeit ausstehenden Schriftenbandes 149/2 (149/1 erschien 1928!) „Zum Einfluß der Golderzeugung auf die Preisbildung“, Herausgeber Spiethoff, Verfasser Wilhelm Gehlhoff. Zudem war eine die Schriftenreihe des Vereins abschließende „Geschichte des Vereins für Sozialpolitik“ geplant, die Franz Boese verfassen und – wie üblich – jedes Mitglied (Berichtsstand 20.1.1934; Rep. 196/31, Bl.1) erhalten sollte. Hinsichtlich des Gehlhoff-Spiethoff-Bandes aber kam es nicht nur angesichts der auf 7.500 bis 8.000 RM geschätzten Kosten (RW 189/468, Bl. 365) zu Streit. Auslöser waren Einwände Seidels, der zwar kein persönliches Mitglied war, den aber Renteln als Präsident des Deutschen Genossenschaftsverbandes, eines institutionellen Mitglieds des Vereins, ermächtigt hatte, die Stimme der Genossen *de jure* zu vertreten (Boese 1939, S. 292). *De facto* vertrat Seidel die Interessen der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft – und zwar in SA-Uniform (McClellan 2022, S. 370).

Nach Dietzes Vorschlag gehörte die Prüfung des Gehlhoff-Manuskripts und ggf. die Erteilung eines Druckauftrages zu den Aufgaben der Liquidatoren. Seidel aber wollte beides einer Kommission aus Mitgliedern der „Gesellschaft“ überlassen, bestehend aus Bräuer, Lehnich, Walb und Gottl (RW 189/468, Bl. 367). Als daraufhin der langjährige Präsident des Preußischen Statistischen Landesamtes Saenger dem jungen Seidel auseinandersetzte, dass der Band 149/II rein rechtlich – das Licht des Vereins erlosch tatsächlich erst mit Abschluss der Liquidation – Sache des alten Vereins und nicht der neuen „Gesellschaft“ sei, änderte Seidel seinen Antrag dahin ab, dass vor Druck die Genehmigung der Parteiamtlichen Prüfungskommission für das Schrifttum eingeholt werden solle. Doch die anwesenden Mitglieder stimmten bis auf Seidel dagegen (RW 189/468, Bl. 369–74). Seidel ließ nicht lo-

Zulässigkeit der Übertragung von Stimmen abwesender auf anwesende Vereinsmitglieder; vor allem aber fehlt im gedruckten Protokoll die diesmal lebhafte Diskussion mit den Einlassungen Seidels (RW 189/468, Bl. 359 ff.).

¹⁵⁹ Die Akademie zur Wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschstums, kurz Deutsche Akademie, befasste sich seit ihrer Gründung am 5. Mai 1925 in München „mit der Förderung der deutschen Minderheiten in Ost-, Mittel- und Südosteuropa und der Erforschung der deutschen Kultur“. Nach 1930 verschob sich „der Schwerpunkt auf die Förderung der deutschen Sprache im Ausland“ (Michels 2006). Nach dem Krieg lösten die Alliierten die Deutsche Akademie auf. Heute gilt sie als eine Vorläuferin des Goethe-Instituts.

cker. Als nächstes versuchte er, die Zusammensetzung des Liquidationsausschusses zu ändern und schlug die Herren Prion, Boese, Lehnich und den Kölner Betriebswirt Ernst Walb (1880–1946) vor. Darauf Dietze: „Mich also nicht?“ Antwort Seidel: „Nein!“ (ebd., Bl. 380). Auch dieser Antrag Seidels bekam nur eine Stimme.¹⁶⁰

Zwischendurch warf Major Hesse ein grundsätzliches Problem auf. Er wollte wissen, ob die „Gesellschaft“ nun ein „Organ der Partei“ sei oder nicht.¹⁶¹ Seidel: Die „Gesellschaft“ ist „kein der Partei angeschlossener Verband“, „aber unter gegenseitigem Zusammenwirken von Kultusministerium und Partei gegründet worden“. Bei den „bisherigen Tagungen und Veranstaltungen“ seien zudem stets „Vertreter des Ministeriums und der Partei“ zugegen gewesen, und das Programm habe deren Billigung gefunden (RW 189/368, Bl. 376). Man stellte fest: Die „Gesellschaft“ sei kein Organ der Partei. Auch das musste gesagt werden.

Boese versuchte bei Abfassung des Protokolls, wie er am 29.12.1936 an Dietze schrieb, einerseits die „Störungsversuche“ Seidels möglichst „zubatallisieren“, zugleich aber „deren Dreistigkeit sichtbar werden zu lassen“. Er beeile sich, schnell mit dem Druck fertig zu werden, denn die Versendung des Protokolls schaffe ein „fait accompli“, das dann „nicht mehr gut aus der Welt zu schaffen“ sei. Allerdings liege darin auch eine „Gefahr“, denn „dieses Schwarz auf Weiß“ steigere „wahrscheinlich den Zorn und die Rachsucht“ (RW 189/468, Bl. 331). So hatte man es nach Versendung des Protokolls vom 25.4.1936 erlebt, als Hunkes nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst übel nachtrat (vgl. o.V. 1936a, S. 689). Jetzt musste man mit einer Reaktion der hinter Seidel stehenden Mächte rechnen. Dietze an Boese: „Nach meinen Erfahrungen mit Herrn S[eidel] ist ihm gegenüber größte Vorsicht geboten. Unterredung möglichst nicht ohne Zeugen“ (RW 189/468, Bl. 335).

Der zentrale Streit am 19. Dezember 1936 betraf das Vereinsvermögen, ein Streit mit symbolischem Charakter. Zunächst einmal wollte Seidel geltend machen, dass eine Reihe von Mitgliedern des Vereins, die mittlerweile (zudem) der „Gesellschaft“ beigetreten seien, ihn beauftragt hätten, auch deren Stimmen zu vertreten. Entsprechende Vollmachten lägen vor. Es seien zudem weitere 20 Personen an ihn herangetreten, die den Verein bereits früher verlassen hätten und nun ebenfalls wünschen, von ihm vertreten zu werden.

¹⁶⁰ Aus hier nicht zu erörternden Gründen erschien der Band 149/II am Ende nicht; vgl. dazu den Brief Dietzes an den (etwas beleidigten) Spiethoff v. 2.6.1937 (RW 189/468, Bl. 215).

¹⁶¹ RW 189/468, Bl. 375 f. Als Vertreter des Kriegsministeriums könne er schlecht gegen Partei oder das REM stimmen. Letztlich entschied er, sich in brenzligen Fällen besser zu enthalten.

Vollmachten für diese besäße er aber nicht. Dietze – auf dieses Manöver Seidels vorbereitet¹⁶² – entgegnete, dass unter den Ausstellern der vorgelegten Vollmachten einige Personen nicht oder nicht mehr dem Verein angehörten und also auch nicht stimmberechtigt seien. Das betreffe: Berger, Kalveram, Charlotte Lorenz, H. Wagenführ, Wehrle, Weippert und Wollenweber. Bei den übrigen: Bechtel, Gottl, Lehnich, Schmitt,¹⁶³ Schulz-Kiesow, Walb und nicht zu vergessen Bräuer selbst,¹⁶⁴ also 7 von insgesamt 14, sei fraglich, ob solch eine Stimmübertragung im Verein zulässig sei oder nicht. Er, Dietze, glaube nicht. Das brauche aber nicht jetzt, sondern müsse erst dann geklärt werden, wenn offenkundig sei, ob das Ergebnis von der Zulässigkeit oder eben Nichtzulässigkeit der Übertragung dieser 7 Stimmen überhaupt abhänge.

Nachdem Zwiedineck den Antrag des Vorstands begründet hatte, das Restvermögen der Deutschen Akademie zu überweisen,¹⁶⁵ spielte Seidel einen zweiten Trumpf aus und las aus der Kopie eines Briefes vor, den das Ministerium (Vahlen) am 2. Dezember 1936 an Dietze geschrieben hatte. Es handelte sich um die Empfehlung, das restliche Vereinsvermögen an die Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft zu übertragen, der – O-Ton Vahlen – „die Weiterführung der Ziele des Vereins auf veränderter Grundlage“ obliege (RW 189/468, Bl. 360; Boese 1939, S. 294).¹⁶⁶ Seidel beantragte, über Vahlens Vorschlag zu befinden, und hätte damit die Anhänger des alten Vereins in die Verlegenheit gebracht, sich ggf. offen gegen das Ministerium stellen zu müssen, was nicht nur einem Major Hesse „unmöglich“ (RW 189/468, Bl. 376 f.) gewesen wäre.

¹⁶² Vgl. Brief Dietze an Boese v. 18.12.1936: Leider sei Seelmann-Eggebert krank, er schicke dafür seinen Sozius. Dessen Anwesenheit sei wichtig, weil angeblich der Versuch gemacht werden wird, Stimmen zu übertragen (Rep. 196/12, Bl. 87).

¹⁶³ Da Alfons Schmitt (1903–1960), ein ehemaliger Assistent Adolf Webers, nicht mehr dem Verein angehörte, ist vermutlich der Betriebswirt Fritz Schmidt (1882–1950) gemeint, der noch in der Mitgliederliste vom 15. Juli 1935 stand (Rep. 196/31, Bl. 42–57) und sich später nachweislich in der neuen „Gesellschaft“ engagierte.

¹⁶⁴ Die „Gesellschaft“ hatte auf einem von Seidel gezeichneten Formblatt alle Mitglieder, die einmal dem Verein angehört hatten, dazu aufgefordert, ihre Stimme Präsident Bräuer zu übertragen. Bräuer aber übertrug die ihm zugedachten Stimmen wiederum auf Seidel, einige weitere Vollmachten waren anscheinend blanko ausge stellt.

¹⁶⁵ Vgl. verkürzt bei Boese (1939, S. 293); in extenso im stenographischen Protokoll (RW 189/468, Bl. 353–58). Zwiedineck war damals (1936/37) Vizepräsident der Deutschen Akademie. Das störte anscheinend aber nicht.

¹⁶⁶ Bei McClellan (2022, S. 370 f.) lese ich nun, dass Bräuer zuvor um einen entsprechenden Vorstoß des REM nachgesucht hatte. Dietze wiederum bezeichnete ihn daraufhin als „Leichenfledderer“.

Dietze aber umschiffte diese Klippe. Eine Abstimmung über den Antrag und damit über die „Anregung des Kultusministeriums“ (Seidel) sei erst möglich und nötig, sobald man über den zuerst gestellten und mit der Tagesordnung auf dem Tisch liegenden Vorschlag des Vorstands abgestimmt hätte und dieser Antrag ggf. von einer Mehrheit abgelehnt worden sei.¹⁶⁷ Dietze führte weiter aus, dass er im Vorfeld der Versammlung zur Klärung der Standpunkte um eine Unterredung bei Vahlen gebeten hatte. Bisher sei aber eine Antwort ausgeblieben. So bliebe er, Dietze, bei seiner Meinung, dass es sich bei der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft um „eine ganz neue Organisation“ handele und die „Konstruktion eines Traditionsumberganges“ „für beide Teile nicht ratsam“ sei. So stand es am Ende knapp in Boeses (1939, S. 294) Protokoll.¹⁶⁸ Das stenografische Protokoll sagt mehr:

„Der Grund, der uns im Vorstand veranlasst hat, trotzdem den hier mitgeteilten Antrag vorzulegen, ist, daß wir auch entsprechend dem Beschuß, den die Mitglieder-Versammlung des Vereins für Sozialpolitik im April ds. Jahres gefaßt hat, in der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft eine neue Organisation sehen. Es ist von dieser neuen Gesellschaft in ihrem ersten Aufruf¹⁶⁹ und auch von ihrem Präsidenten, der ja früher dem Vorstand des Vereins angehört hat, der Vorwurf erhoben worden, der Verein für Sozialpolitik sei ein Machtinstrument fremder Geistigkeit geworden [...].“

Bräuer hatte Ende November 1936 in der alten Aula der Berliner Universität in einer Rede über die „Ziele und Aufgaben der deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft“ gesagt: „In seiner Blütezeit war der Verein ein Zusammenschluß von Sachverständigen, die alle großen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik [...] in Angriff genommen haben.“ Doch spä-

¹⁶⁷ Ich nehme an, dass der damals anwesende Albrecht diesen Moment im Auge hatte, als er später (1961, S. 15) von einer „geschickten Verhandlungsführung“ Dietzes sprach.

¹⁶⁸ Boese (1939, S. 294). Boese hatte Dietze am 30.12.1936 (RW 189/468, Bl. 330) zuvor eine längere Version angeboten: „[...] weil einmal die neue Gesellschaft Wert darauf lege, etwas ganz Neues darzustellen, sodaß der Anschein einer Kontinuität, der in einer solchen Zuweisung erblickt werden würde, weder im Interesse der neuen Gesellschaft, noch im Interesse des Vereins für Sozialpolitik liege, und weil außerdem in der Gründungsversammlung der neuen Gesellschaft der Verein für Sozialpolitik einer ziemlich abfälligen Kritik unterzogen worden sei, sodaß er auf Wahrung seiner Würde bedacht sein müsse.“

¹⁶⁹ Vgl. Aufruf v. 10.8.1936, Teil 2: „Die deutsche Wirtschafts- und Sozialwissenschaft hat lange Jahre hindurch ihre repräsentative Vertretung in Vereinigungen gefunden, die in Folge des wachsenden art- und volksfremden Einflusses an den deutschen Hochschulen den Geist ihrer Gründer nicht zu bewahren verstanden und aus Pflegestätten deutscher Wissenschaft, deutscher Leistung und deutschen politischen Wollens zu Machtinstrumenten einer fremden Geistigkeit wurden“ (sic!) (Bräuer 1938a, S. 342; RW 189/466, Bl. 31).

testens nach dem Ersten Weltkrieg sei eine verhängnisvolle Entwicklung eingetreten: „Die in Scharen einströmenden Land- und Rassefremden begannen nunmehr auf der Grundlage eines überzüchteten Intellektualismus ihr Zerstörungswerk. An die Stelle eines vorher gepflegten sauberen Tatsachenwissens trat in unserem Schrifttum ganz allmählich eine artfremde Geistigkeit, die Importware eines wirklichkeitsfernen und wesenswidrigen Intellektualismus.“¹⁷⁰

Dietze setzte fort:

„Ich glaube nicht, daß wir für die eine oder andere Stelle bei dieser Lage gut tun, eine Kontinuität, einen Traditionsübergang [...] anzunehmen“ (RW 189/468, Bl. 360).

Nach der Rede wurde der Vorschlag, das Restvermögen an die Deutsche Akademie zu geben, wie alle anderen Anträge des Vorstands an diesem Tage auch, bei jeweils nur einer Gegenstimme angenommen.¹⁷¹ Eine gesonderte Abstimmung über den Alternativantrag Seidels war mithin unnötig. Auch die von Seidel eingeforderte Klärung der Frage nach der Gültigkeit der auf ihn übertragenen Stimmen war nur noch theoretischer Natur.¹⁷² Vom Ergebnis her gesehen, hätte selbst eine wirksame Stimmübertragung keine Auswirkung auf die Beschlussfassung gehabt – aus Sicht Seidels hätte bestenfalls 8:16 gestanden. Der Verein war standhaft geblieben.

VI. Fazit

Die von Hunke herausgegebene Zeitschrift *Die deutsche Volkswirtschaft* rief dem Verein anlässlich seines Auflösungsbeschlusses 1936 nach, dieser sei „jämmerlich“ geendet, weil den Verantwortlichen nicht aufgehen wollte, „dass es in Deutschland nur nationalsozialistische Einrichtungen geben“ könne. Sombart hätte ein Jahr zuvor mehr Weitsicht bewiesen (o. V. 1936a; vgl. dazu RW 189/ 472). Öffentlich solchen Anwürfen etwas entgegenzuhal-

¹⁷⁰ Und weiter: „Gleich einer verheerenden Seuche ergriff marxistisches Denken die Gehirne [...]. Schon im Weltkrieg sah sich die politische Führung jeglicher Stütze beraubt, die sie von einer nationaldeutschen Wirtschaftswissenschaft hätte erwarten dürfen [...]. Weder gegenüber der schimpflichen Tributpolitik, noch zur Steuerung der Währungskatastrophe, noch in der Finanzkrise, geschweige denn gegenüber der wachsenden Flut der Massenarbeitslosigkeit war ein Stab zuverlässiger, wirtschaftswissenschaftlicher Sachverständiger zur Verfügung, der fest in der Urkraft des deutschen Volkes wurzelte“ (*Bräuer* 1938c, S. 9–12).

¹⁷¹ Zur Wirksamkeit des Beschlusses fehlte noch das Einverständnis des Auswärtigen Amtes zur Annahme der Stiftung durch die Deutsche Akademie. Dieses erfolgte am 25. Februar 1937 (RW 189/468, Bl. 116).

¹⁷² Vgl. dazu die verneinenden Ausführungen Rechtsanwalt Schiemanns (RW 189/ 468, Bl. 377–79).

ten, fiel schwer. In dem einst von Gustav Stolper begründeten Deutschen Volkswirt vermochte man am 24. Dezember 1936 immerhin an die große Tradition des Vereins zu erinnern, um im Anschluss die Frage nach dem Wesen der Wissenschaft aufzuwerfen, verbunden mit dem unzeitgemäßen Appell, doch auch zukünftig „dem Erbe der Vergangenheit gerecht zu werden“.¹⁷³ Alles ein wenig verklausuliert, aber wer Ohren hatte zu hören, der hörte (Matthäus 11:15).

Klartext redete man besser unter sich. In einem Brief an Dietze vom 24. Juni 1937 würdigte Spiethoff die „Verdienste während der Rückzugschlacht“. „Sie haben“, schrieb der Herausgeber von Schmollers Jahrbuch, „in den Stunden der Gefahr auf der Schanze gestanden und das danken Ihnen alle alten Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik.“¹⁷⁴ Damit ist der Ton angeschlagen, der nach dem Zweiten Weltkrieg vorherrschend sollte. „Ohne Zweifel“ habe der Verein für Sozialpolitik „zweimal“ – beim „Liquidationsversuch“ und bei der „Gleichschaltung“ – den „Wünschen der Hitlerregierung nicht entsprochen“, gestand selbst der antifaschistische Ökonom Werner Krause (1969, S. 65) Dietze und Genossen zu. Und im Westen meinte *Ernst Helmstädtter* (1987, S. 160) fünfzig Jahre nach der Auflösung: „Es dürfte wenige Beispiele für solch eine Haltung einer wissenschaftlichen Vereinigung gegenüber der etablierten Nazi-Macht geben.“¹⁷⁵

Vor einem selbstgefällig betonten Wort des Widerstands gegen die beabsichtigte Gleichschaltung scheuen wir nach Sichtung der Archivakten in Dahlen und Duisburg allerdings zurück.¹⁷⁶ Der Verein war erst unter Sombart und dann unter Dietze den Forderungen von Regierung und Partei nach Gleich-

¹⁷³ o. V. (1936b). Ein Verfasser ist nicht genannt. In dem Konvolut RW 189/468, Bl. 303–306 findet sich das mit handschriftlichen Korrekturen versehene Manuskript, die im Druck großteils umgesetzt sind. Es ist am oberen Blattrand linksbündig zusätzlich überschrieben mit „Glosse für ‚Deutscher Volkswirt‘“. Ich vermute, dass Dietze der Autor war und dass die vielen Korrekturen in der Passage zur Deutschen Akademie von Zwiedineck stammen.

¹⁷⁴ Brief Spiethoff an Dietze v. 24.6.1937 (RW 189/468, Bl. 197).

¹⁷⁵ Solch Gesamtbewertungen stimmen immer skeptisch. Allerdings ergibt sich im Falle des Vereins ein günstigeres Bild als etwa bei der „Selbstgleichschaltung“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (vgl. Lenger 1994, S. 358–66, Zitat S. 360). Auch die Gesellschaft für soziale Reform löste sich 1936 auf. Sie übertrug ihr Vermögen dem bestehenden Büro für Sozialpolitik, das die Geschäfte der Gesellschaft geführt hatte. Man musste das meines Wissens aber nicht gegen anderslautende Pläne und Begehrlichkeiten seitens des Staates und der Partei durchsetzen. Das Büro konnte auch weiterhin (bis 1943) die Zeitschrift *Soziale Praxis* herausbringen, nicht ohne dem Zeitgeist Tribut zu zollen, versteht sich. Dietze und Boese hatten sich bei einer Besprechung Anfang Februar 1936 im Büro über die Lage dort informiert (RW 189/470, Bl. 133).

¹⁷⁶ Kritisch gegen solch eine Wertung jetzt auch McClellan (2022, S. 372 f.).

schaltung doch ein beträchtliches Stück entgegengekommen – augenfällig bei der Ausschaltung der Nichtarier aus dem Vorstand und diesbezüglich weiterreichender Vorbereitungen. Angesichts der personellen Zusammensetzung des Vorstands unter Dietze schrieb McClellan (2022, S. 365): „Of course the notice of independence had by this point lost all meaning“ und erkennt für die Zeit vom Januar 1933 bis zur Auflösung 1936 eine „schleichende Selbst-Nazifizierung“ („creeping self-Nazification“; ebd., S. 372). Das erste Urteil überzeugt uns im Lichte der unter Dietze verfolgten Politik und gefassten Beschlüsse nicht, das zweite aber ist weitgehend richtig.

Dennoch hinterlässt das vielbenutzte Wort der *Selbstauflösung* einen Nachgeschmack, jedenfalls sofern damit die Vorstellung genährt sein soll, die Nazis hätten ein gesteigertes Interesse am Fortleben des alten Vereins für Sozialpolitik gehabt, dem ein trotziger Akt der Auflösung entgegenstand. Tatsächlich hatten die Partei via Hunke und das Ministerium dem taktierenden Dietze die Pistole auf die Brust gesetzt: Entweder erfülle der Verein ihren Forderungskatalog bis Ultimo, und zwar „unverändert“, oder „die Partei“ werde den Verein „beseitigen“. Unter diesen Umständen bedeutet eine Auflösung des Vereins eben keinen „Affront“ mehr, v.a. nicht aus Sicht derer, die es taten, um Platz für die Schaffung einer neuen, nationalsozialistischen „Gesellschaft“ zu machen. Doch hätte Hunke die Art und Weise der Auflösung und vor allem ihre Begründung gern anders gehabt, als es dann Dietze, Boese, Sering, Zwiedineck-Südenhorst und andere (aber längst nicht alle) taten (vgl. o. V. 1936a). Zudem wäre Hunke und Genossen ein Vermögenstransfer als ein sichtbarer Ausdruck des Traditionsumgangs genehm gewesen. Bei aller Anpassung, bei aller Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den nationalsozialistischen Stellen, hielten Dietze und Genossen zwei rote Linien: das Festhalten an der Notwendigkeit objektiver wissenschaftlicher Arbeit und an das Bestehen auf einen Rest von Unabhängigkeit des Vereins.

Als Dietze am 5. Januar 1937 endlich einen Termin im Ministerium – nun bei Oberregierungsrat Gerhard Kasper (1904–81)¹⁷⁷ – bekam, erklärte dieser: Für das Ministerium sei die Angelegenheit nun „erledigt“ (Gesprächsnachbericht Dietze; RW 189/464, Bl. 25). Dass für das Ministerium aber nicht alles „erledigt“ war, zeigt ein Blick auf das weitere Schicksal Dietzes. Das Ministe-

¹⁷⁷ Dietze hatte vor und nach der Versammlung am 19. Dezember mehrfach vergeblich versucht, jemanden im Ministerium zu erreichen; vgl. Notiz Dietzes über das Telefongespräch mit Kasper am 22.12.1936 (RW 189/468, Bl. 328). Dass Dietze Vahlen nicht erreichte, muss aber nicht in dessen Widerwillen begründet gewesen sein, denn, was Dietze wohl nicht wusste, Vahlen stand im Begriff das Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zu verlassen und räumte seinen Schreibtisch zum Jahresende (vgl. Nagel 2012, S. 125). Deshalb führt nun der Justitiar im Amt Wissenschaft Kasper das Gespräch mit Dietze (zur Person Kasper: Grüttnner 2004, S. 87).

rium wollte ihn an der Hauptstadt-Universität nicht mehr haben und hatte ihm am 5. November 1936 das Berliner Dienstverhältnis gekündigt und ihm eine anschließende Verwendung in Jena offeriert. Eine Begründung dafür nannte man ihm nicht.¹⁷⁸ Es solle keine persönliche Diskriminierung damit verbunden sein, meinte Kasper, weshalb der Vorgang als Berufung nach Jena geführt würde. Man könne sich auch auf Freiburg verständigen.¹⁷⁹ Ob der ausschlaggebende Anlass für die Abschiebung aus Berlin nun in seinem Einsatz für den Verein, seinem agrarpolitischen Zwist mit Darré oder in seinem Engagement für die Bekennende Kirche zu suchen ist: Dietzes Ignoranz gegenüber vielen *Anregungen* des Ministeriums in Sachen des Vereins dürfte seine Widersacher in Regierung und Partei jedenfalls nicht milder gestimmt haben (ähnlich *Blesgen* 2005, S. 72 f.).

Am Ende stimmen wir Ernst Helmstädtter und Gerhard Albrecht, dem ersten Vereinsvorsitzenden nach Wiederbegründung 1948,¹⁸⁰ in einem zu: Zwar mündete auch Dietzes Amtszeit in der schon 1935 von Sombart als unausweichlich gesehenen Auflösung des Vereins (insofern behielt Sombart tatsächlich recht). Sombart aber hatte sich zuvor zum Sprecher „weit über das Ziel hinausschießender Selbstanklagen“ gemacht (*Albrecht* 1961, S. 16; *Helmstädtter* 1987, S. 161) und wollte sich, wie er im Hauptausschuss am 13. April 1935 sagte, mit dieser „Leiche“ nicht weiter herumschlagen. Dietze dagegen handelte unter dem „Zwang unannehmbarer politischer Zumutungen“ (*Albrecht*). Die ebenso standhafte wie wertschätzende Haltung Dietzes und seiner Mitstreiter den Traditionen des Vereins gegenüber lieferte den deutschen Ökonomen nach dem Zweiten Weltkrieg dann die „moralische Basis“ (*Helmstädtter*) oder „innere Berechtigung“ (*Albrecht*), dass es 1948 zu einer Wiederbegründung des Vereins kam.

VII. Postskriptum

Bis zum Ende der Abwicklung des Vereins in Liquidation dauerte es bis 1939. Im Oktober hatte Alt-Schatzmeister Saenger die Schlussrechnung erstellt – Prion war im Januar verschieden. Rund 15.000 RM erhielt die Deutsche Akademie insgesamt (RW 189/465, Bl. 24 f.). Boese – er verstarb im

¹⁷⁸ Vgl. dazu die Antwort Dietzes an das REM vom 7.11.1936 (Rep. 196/7, Bl. 5 f.).

¹⁷⁹ Vgl. den Brief Dietzes an den Minister v. 11.2.1937 (RW 189/464, Bl. 23 f.), in dem Dietze prinzipiell einer Berufung nach Freiburg zustimmte.

¹⁸⁰ o. V. (1949a, S. 83–86, hier S. 84). Auch die bereits vor 1936 im Vorstand des Vereins aktiv gewesenen Brinkmann, Eckert und Gerloff gehörten dem im September 1948 gewählten, ersten Nachkriegsvorstand an (ebd.). Zwiedineck-Südenhorst war als „Ältester“ dabei. Dietze hielt den Zeitpunkt für eine Neubegründung noch nicht für gekommen (o. V. 1949b, S. 110 ff., 107).

August 1939 – hatte seine *Geschichte des Vereins für Sozialpolitik* und damit den letzten Band der Schriften des alten Vereins eben noch fertigstellen können. Diese Geschichte wurde dann zum Abschied im November 1939 (mitsamt der im Anhang versammelten „Vereinsdrucksachen aus letzter Zeit“) an alle Mitglieder verschickt. Dazu legte Dietze einen wirklich „Letzten Bericht“, in dem er – mittlerweile im Heere stehend – insbesondere dem langjährigen Wirken Boeses und dessen Bemühungen um den Erhalt des Vereins gedachte.

Es ist schade, dass dieser Bericht Dietzes im Band Nr. 188 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik fehlt. Dietze erinnerte noch einmal an die prägenden Persönlichkeiten in der Geschichte des Vereins, die bei allen Meinungsverschiedenheiten eines immer geeint hätte, nämlich das Ziel, „der Gerechtigkeit im Leben des Volkes und im Wirken des Staates zum Siege zu verhelfen“. Noch heute, so Dietze im November 1939, gälten die Worte des Kirchenlehrers Augustinus, mit denen Schmoller einst seine Rede zum 25-jährigen Bestehen des Vereins habe ausklingen lassen: „Quid rei publicae, remota justitia, quam magna latrocinia?“ – Was ist der Staat, wo die Gerechtigkeit fehlt, anderes als eine Räuberbande? (RW 189/465, Bl. 27f.).¹⁸¹

Literatur

Archive

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem, HA Rep. 196: Verein für Sozialpolitik, Laufzeit 1872–1939:

- Rep. 196, Nr. 6, 7: Vorstandsangelegenheiten 1932–1936
- Rep. 196, Nr. 11, 13, 14: Allgemeiner Schriftwechsel 1931–1939
- Rep. 196, Nr. 12: Mitgliederversammlungen in Berlin 1935–1936
- Rep. 196, Nr. 24: Schriftwechsel über Mitgliedschaften 1929–1936
- Rep. 196, Nr. 31: Mitgliederlisten 1924–1936
- Rep. 196, Nr. 58, 86, 88: Generalversammlung in Dresden 1931–1933
- Rep. 196, Nr. 62, 89: Allgemeiner Schriftwechsel 1932–1939
- Rep. 196, Nr. 90: Mitgliederversammlung (30. Juni 1935) und Hauptausschusssitzung (13. April 1935) 1930–1935
- Rep. 196, Nr. 93: Ausschuss für Finanzwissenschaft 1929–1934

¹⁸¹ Auch Ringer (2003, S. 384) zitiert diese Stelle, allerdings aus dem Nachlass Dietze im Universitätsarchiv Freiburg. Dem Text von Ringer habe ich dabei die deutsche Augustinus-Übersetzung entnommen.

Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Landesarchiv Duisburg, Akten der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Sozialpolitik; Bestand RW 189; Jg. 1926–39; 1947–74:

- RW 189, Nr. 464. Satzung und Satzungsentwürfe; Protokolle; Auflösung des Vereins; Mitgliederverzeichnis (1924–1936).
- RW 189, Nr. 465. Auflösung des Vereins für Sozialpolitik (1939–1940).
- RW 189, Nr. 466. Schriftwechsel zwischen Geheimrat von Zwiedineck-Südenhorst und Prof. C. von Dietze über Auflösung des Vereins (1936–1936).
- RW 189, Nr. 468. Auflösung des Vereins; Liquidation des Vereinsvermögens: Stenographische Niederschrift der Mitglieder-Versammlung 19.12.1936 (1935–1940).
- RW 189, Nr. 469. Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft. Mitteilungen für die Mitglieder 1 (1938).
- RW 189, Nr. 470/1. Auflösung des Vereins. Letzter Bericht an die Mitglieder Nov. 1939. (1935–1939).
- RW 189, Nr. 472. Die deutsche Volkswirtschaft. Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst 5 Jg. 1936, Aug. „Bericht über die Auflösung des Vereins aus Nationalsozialistischer Sicht“ (1936).

(Die Legenden geben nur einen ungefähren Eindruck vom jeweiligen Mappeninhalt.)

Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin HUB:

- UK Personalia: W 235. Wiskemann, Erwin 1928–1942.
- NS-Doz 2: Z/ B 2 1845 A. 14. Wiskemann, Erwin 1934–1941
- WHB. 01: 682/2, Personalia 1935–1941

Veröffentlichte Schriften

Adorno, Theodor W. (1951): *Minimalia Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Berlin/Frankfurt.

Albrecht, Gerhard (1961): Verein für Socialpolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 11, S. 10–16.

Blesgen, Detlef (2005): „Widerstehet dem Teufel“ – Ökonomie, Protestantismus und politischer Widerstand bei Constantin von Dietze (1891–1973), in: Nils Goldschmidt (Hrsg.), *Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 67–90.

Boese, Franz (1939): Geschichte des Vereins für Sozialpolitik, 1872–1932. Im Auftrag des Liquidationsausschusses verfasst vom Schriftführer, *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, Bd. 188, Berlin: Duncker & Humblot.

Bonn, Moritz Julius (1953): *So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens*, München: List.

Borchardt, Knut (1988): Keynes‘ „Nationale Selbstgenügsamkeit“ von 1933. Ein Fall von kooperativer Selbstzensur, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 108, S. 271–84.

- Bräuer, Karl* (1938a): Bericht über den Gründungstag 1936 und den ‚Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft 1937‘, Schriften der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, hrsg. v. Karl Bräuer, Bd. 1, Stuttgart/Berlin: Kohlhammer.
- Bräuer, Karl* (1938b): Zum Geleit, in: Bericht über den Gründungstag 1936 und den ‚Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft 1937‘ Schriften der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, hrsg. v. Karl Bräuer, Bd. 1, Stuttgart-Berlin: Kohlhammer, S. V–VI.
- Bräuer, Karl* (1938c): Ziele und Aufgaben der deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, in: Bericht über den Gründungstag 1936 und den ‚Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft 1937‘, Schriften der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, hrsg. v. Karl Bräuer, Bd. 1, Stuttgart-Berlin: Kohlhammer, S. 9–21.
- Bräuer, Karl* (1939): Bericht über den Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft 1938 (Leistungssteigerung der Deutschen Wirtschaft), Schriften der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, hrsg. v. Karl Bräuer, Abt. Tagungsberichte, Bd. 2, Stuttgart-Berlin: Kohlhammer.
- Brinkmann, Carl* (1934): Theoretische Bemerkungen zum nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 58, S. 1–4.
- Brintzinger, Klaus-Rainer* (1996): Die Nationalökonomie an den Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen 1918–1945 – Eine institutionenhistorische, vergleichende Studie der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Abteilungen südwestdeutscher Universitäten, Frankfurt u.a.: Peter Lang.
- Brocke, Bernhard vom* (1987): Werner Sombart (1863–1941). Eine Einführung in Leben, Werk und Wirkung, in: Bernhard vom Brocke (Hrsg.), Sombarts ‚Moderner Kapitalismus‘. Materialien zur Kritik und Rezeption, München: dtv, S. 11–67.
- Bülow, Friedrich* (1936): Rezension zu Erwin Wiskemann, Die neue Wirtschaftswissenschaft (1936), in: Weltwirtschaftlichen Archiv, 44, S. 112*–13*.
- Dietze, Constantin von* (1967): Grundzüge der Agrarpolitik, Hamburg/Berlin: Parey.
- Goldschmidt, Nils* (2005): Die Rolle Walter Euckens im Widerstand. Freiheit, Ordnung und Wahrhaftigkeit als Handlungsmaximen, in: Nils Goldschmidt (Hrsg.), Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 289–314.
- Gorges, Irmela* (1986): Sozialforschung in der Weimarer Republik. Gesellschaftliche Einflüsse auf die Themen- und Methodenwahl des Vereins für Socialpolitik, der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und des Kölner Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften, Frankfurt a.M., S. 459–461.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich v.* (1935): Die Neuordnung des volkswirtschaftlichen Studiums. Aus dem Referat gehalten auf der Tagung der Hochschullehrer am 28. März 1935, in: Klaus A. Eckhardt, Das Studium der Wirtschaftswissenschaft, Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 25–34.
- Grützner, Michael* (2004): Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg: Synchron.

- Grüttner, Michael/Kinas, Sven (2007): Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933–1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 55, S. 123–86.*
- Hagemann, Harald (2001): The Verein für Sozialpolitik from its Foundation (1872) until World War I, in: Massimo M. Augello/Marco E. L. Guidi (Hrsg.), The Spread of Political Economy and the Professionalization of Economics. Economic Societies in Europe, America and Japan in the Nineteenth Century, London/New York: Routledge, S. 153–75.*
- Hagemann, Harald (2012): Heinrich Herkner. Inequality of Income distribution, over-capitalization and underconsumption, in: Danile Besomi (Hrsg.), Crises and Cycles in Economic Dictionaries and Encyclopaedias, London/New York: Routledge, S. 361–73.*
- Hagemann, Harald/Krohn, Claus-Dieter (Hrsg.) (1999): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, 2 Bände, München: Saur.*
- Harada, Tetsushi (2022): Die Selbstauflösung des Vereins für Socialpolitik und die Herausgabe der Werke Friedrich Lists im Spannungsfeld zwischen Nationalsozialismus und eigenem Gewissen. Referat für die 42. Jahrestagung des Ausschusses für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaft, 16.–18. Juni 2020 in Jena (unveröffentlichtes Manuskript).*
- Helmstädtter, Ernst (1987): Vor fünfzig Jahren: Selbstauflösung des Vereins für Socialpolitik, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 107, S. 159–61.*
- Hennecke, Hans Jörg (2005): Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.*
- Heß, Rudolf (1997): Briefe 1908–1933, hrsg. v. Wolf Rüdiger Heß. Mit einer Einführung und Kommentaren von Dirk Bavendamm, München/Wien: Langen Müller.*
- Hesse, Albert (1939): Die Voraussetzungen der Volkswirtschaftslehre, in: Karl Bräuer (Hrsg.), Bericht über den Tag der Deutschen Wirtschaftswissenschaft 1938 (Leitungssteigerung der Deutschen Wirtschaft), Schriften der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, Abt. Tagungsberichte, Bd. 2, Stuttgart/Berlin: Kohlhammer, S. 55–72.*
- Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.) (1953–2023): Neue Deutsche Biographie, 28 Bände, Berlin: Duncker & Humblot.*
- Horn, Karen (1998): Vom Agitationsbund zum offenen Diskussionsforum der Ökonomen. Ein Abbild vom Zustand und Wandel der eigenen Zunft. 125 Jahre Verein für Sozialpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 28.9.1998, S. 19.*
- Hunke, Heinrich/Wiskemann, Erwin (Hrsg.) (1939): Gegenwartsfragen der Wirtschaftswissenschaft. Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld, dem großen Lehrer und Forscher, dem Erneuerer der Wirtschaftswissenschaft zum siebzigsten Geburtstag 13. November 1938 in Verehrung zugeeignet, Berlin: Junker und Dünnhaupt.*
- Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaften (Hrsg.) (1938): Die wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer an den reichsdeutschen Universitäten und der TH Danzig, Werdegang und Veröffentlichungen, Stuttgart: Kohlhammer.*

- Janssen, Hauke (2009): Zwischen Historismus und Neoklassik: Alexander Rüstow und die Krise in der deutschen Volkswirtschaftslehre, in: ORDO, 60, S. 101–18.
- Janssen, Hauke (2012): Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den Dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts (1998), Marburg: Metropolis, 4. Auflage.
- Janssen, Hauke (2023): Wiskemann, Erwin, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 28 (i.E.).
- Jessen, Jens (1933): Sozialistische Lehren und Ideen. II. Nationalsozialismus, in: Wörterbuch der Volkswirtschaft, 4. völlig umgearbeitete Auflage, Bd. 3, S. 341–59.
- Jessen, Jens (1934): Deutscher Sozialismus, in: Der deutsche Volkswirt, 9, S. 414–16.
- Jessen, Jens (1935): Volk und Wirtschaft. Zugleich eine Einführung in das deutsche Wirtschaftsleben (Grundzüge der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, Reihe B, hrsg. v. Jens Jessen und Erwin Wiskemann), Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt.
- Klee, Ernst (2003): Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Lizenzausgabe Koblenz: Kramer 2008.
- Koop, Volker (2013): Expertise zu Prof. Dr. Karl Bräuer für die Zeit zwischen 1933 und 1945. (Im Auftrag des Bundes der Steuerzahler; 16.3.2013); https://web.archive.org/web/20131207231541/http://www.steuerzahlerinstitut.de/files/27200/Gutachten_Braeuer_web.pdf.
- Krause, Werner (1962): Werner Sombarts Weg vom Kathedersozialismus zum Faschismus, Berlin (Ost): Rutten & Leoning.
- Krause, Werner (1969): Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz. Die bürgerliche politische Ökonomie in Deutschland während der faschistischen Herrschaft, Berlin (Ost): Akademie-Verlag.
- Lenger, Friedrich (1994): Werner Sombart 1863–1941. Eine Biographie, München: C. H. Beck, 2. Auflage 1995.
- Lindenlaub, Dieter (1967): Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Wirtschafts- und Sozialpolitik im Kaiserreich vornehmlich vom Beginn des ‚Neuen Kurses‘ bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 52–53, Wiesbaden: Franz Steiner.
- Mantel, Peter (2009): Betriebswirtschaftslehre und Nationalsozialismus. Eine institutionen- und personengeschichtliche Studie, Wiesbaden: Gabler.
- McClellan, Steven Leon (2022): German Economists and the Intersection of Science and Politics. A History of the *Verein of Sozialpolitik*, 1872–1972. A Theses submitted in conformity with the requirements for the Degree of Doctor of Philosophy. Department of History University of Toronto, unveröffentlichtes Manuscript, Toronto.
- Meier-Rust, Kathrin (1993): Alexander Rüstow. Geschichtsdeutung und liberales Engagement, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Michels, Eckard (2006): Deutsche Akademie, 1925–1945, publiziert am 31.10.2006; in: Historisches Lexikon Bayerns, Online: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutsche_Akademie,_1925–1945 (Abruf 18.7.2022).

- Nagel, Anne C. (2012): Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945, Frankfurt: Fischer-TB.*
- Nonnenbruch, Fritz (1934): Der Sozialismus des Herrn Professor Sombart, in: Völkischer Beobachter v. 5.10.1934, Berliner Ausgabe.*
- Oschina, Susanne (2010): Die Entwicklung des Vereins für Socialpolitik von seiner Gründung bis 1980, Karl-Franzens-Universität Graz 2010 (verlinkt auf der Webseite des VfS).*
- o. V. (1934): Das Deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin: Stollberg.
- o. V. (1936a): Das Ende des Vereins für Sozialpolitik, in: Die Deutsche Volkswirtschaft, Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst, 5, Nr. 22, August, S. 689.
- o. V. (1936b): Die Auflösung des Vereins für Sozialpolitik, in: Der deutsche Volkswirt, 11, Nr. 13/14, v. 24. Dezember, S. 629.
- o. V. (1949a): Konstituierung des Vereins für Sozialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in: Gerhard Albrecht/Helmut Arndt (Hrsg.), Verhandlungen auf der Tagung der Volks- und Betriebswirte in Marburg/Lahn, 15./16. September 1948, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Bd. 1, Berlin/München: Duncker & Humblot, S. 83–86.
- o. V. (1949b): Zur Vorgeschichte der Gründung des ‚Vereins für Sozialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften‘. Die Rothenburger Tagung der Volkswirte 1947, in: Gerhard Albrecht/Helmut Arndt (Hrsg.), Verhandlungen auf der Tagung der Volks- und Betriebswirte in Marburg/Lahn, 15./16. September 1948, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Bd. 1, Berlin/München: Duncker & Humblot, S. 105–10.
- o. V. (o. J.): Die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1933–1945: Nationalsozialismus. Verwaltungs- und Studienreform 1935, <http://hicks.wiwi.hu-berlin.de/history/start.php?type=studienreform&links=0> Czech; Abruf: 15. Juli 2022.
- Rieter, Heinz (2016): Veit, Otto, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 26, S. 736–38.*
- Rieter, Heinz (2020): Verein für Socialpolitik, in: Staatslexikon, 8. Aufl., Bd. 5, hrsg. v. d. Görries-Gesellschaft, Freiburg i. Br.: Herder, Sp. 1301–04.*
- Ringer, Karlernst (2003): Constantin v. Dietze (1933–1945), in: Heinz Ahrens (Hrsg.), Perspektiven der europäischen Agrar- und Ernährungswirtschaft nach der Ost-erweiterung der Europäischen Union, Münster/Hiltrup: Landwirtschaftsverlag, S. 373–86.*
- Rücker, Matthias (2000): Wirtschaftswerbung unter dem Nationalsozialismus. Rechtliche Ausgestaltung der Werbung und Tätigkeit des Werberats der deutschen Wirtschaft, Frankfurt u. a.: Lang.*
- Schefold, Bertram (2010): Spiethoff, Arthur, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 24, S. 696–97.*
- Schlüter-Ahrens, Regina (2001): Der Volkswirt Jens Jessen. Leben und Werk, Marburg: Metropolis.*
- Schmölders, Günter (1949): In memoriam Jens Jessen (1895–1944), in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 69, S. 3–14.*

- Schmoller, Gustav* (1881): Die Gerechtigkeit in der Volkswirtschaft, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 5, S. 19–54.
- Schneider, Dieter* (2001): Prion, Willi, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 20, S. 731–32.
- Schönberg, Gustav v.* (1891): Gewerbe II: Die gewerbliche Arbeiterfrage. in: Handbuch der Politischen Oekonomie, Bd. 2, hrsg. v. Gustav v. Schönberg u. a., 3. Auflage, S. 631–778.
- Schultes, Kilian Peter* (2010): Die Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Heidelberg 1934–1946, Heidelberg; http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/10618/1/StaWi_Fak_HD_1934_46.pdf.
- Schuster, Helmuth* (1987): Theorien, Utopien und rassistischen Abgründe sozialwissenschaftlicher Bevölkerungsforschung zwischen wilhelminischen Mitteleuropa-Modell und SS-Generalplan-Ost, in: Carsten Klingemann (Hrsg.), Rassenmythos und Sozialwissenschaften in Deutschland. Ein verdrängtes Kapitel sozialwissenschaftlicher Wirkungsgeschichte, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 316–44.
- Sombart, Werner* (1934a): Deutscher Sozialismus, Berlin-Charlottenburg: Buchholz & Beißwange.
- Sombart, Werner* (1934b): Alte und neue Nationalökonomie. Antwort an Wiskemann I, in: Der deutsche Volkswirt, 8, S. 2009–11.
- Sombart, Werner* (1935): Deutscher Sozialismus im Urteil der Presse. Ein Zeitbild, zusammengestellt von den Verlegern Buchholz & Beißwange, Berlin-Charlottenburg.
- Speier, Hans* (1979): Emil Lederer. Leben und Werk, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910–1940, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 253–72.
- Take, Gunnar* (2019): Forschen für den Wirtschaftskrieg. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin: De Gruyter.
- Teichert, Eckart* (1984): Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930–1939. Außenwirtschaftliche Konzeptionen zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg, München: Oldenbourg.
- Weiß, Hermann* (Hrsg.) (2003): Personenlexikon 1933–1945, Lizenzausgabe Wien: Tosa.
- Werner, Oliver* (2022): Wissenschaft in „jedem Gewand“? Von der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ zur „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ 1935–1955, Göttingen: Wallstein.
- Wiskemann, Erwin* (1933a): Nationalsozialistische Volkswirtschaftslehre, in: Volk im Werden. Zeitschrift für Kulturpolitik, 1, Heft 4, Juli/August, S. 35–45.
- Wiskemann, Erwin* (1933b): Wissenschaft und Praxis in der Volkswirtschaftslehre I, in: Der deutsche Volkswirt, 7, S. 1163–65.
- Wiskemann, Erwin* (1933c): Wissenschaft und Praxis in der Volkswirtschaftslehre II, in: Der deutsche Volkswirt, 8, S. 11–16.
- Wiskemann, Erwin* (1935): Die Neuordnung des volkswirtschaftlichen Studiums. Referat II, gehalten auf der Tagung der Hochschullehrer am 28. März 1935, in:

- Klaus A. Eckhardt (Hrsg.), Das Studium der Wirtschaftswissenschaft, Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 34–46.
- Wiskemann*, Erwin (1936): Die neue Wirtschaftswissenschaft (Die neue Hochschule, hrsg. v. Prof. Dr. Vahlen, H. 1) Berlin: Junker und Dünnhaupt.
- Wiskemann*, Erwin/*Lütke*, Heinz (1937): Gegenwärtige Richtungen in der deutschen Volkswirtschaftslehre, in: Erwin Wiskemann/Heinz Lütke (Hrsg.), Der Weg der deutschen Volkswirtschaftslehre. Ihre Schöpfer und Gestalter im 19. Jahrhundert, Berlin: Junker und Dünnhaupt, S. 177–94.
- Zwiedineck-Südenhorst*, Otto von (1938): Von den Grundlagen der sozialen Bewegung und vom Schicksal der deutschen Nationalökonomie. Abschiedsvorlesung bei Ausscheiden aus der Lehrpflicht gehalten am 24. Februar 1938. Als Manuskript gedruckt o.O.

Auseinandersetzungen um Gustav Schmoller hinter der Selbstauflösung des Vereins für Socialpolitik

Von *Tetsushi Harada*, Nishinomiya (Japan)*

I. Die Selbstauflösung des Vereins für Socialpolitik nach der Liquidation der Friedrich List-Gesellschaft

Der Verein für Socialpolitik¹ wurde auf seiner 1873 in Eisenach veranstalteten Tagung gegründet, wobei zwei Punkte zu berücksichtigen sind:

* Eine frühere Fassung dieses Beitrages wurde am 18.6.2022 als Referat auf der 42. Jahrestagung des Ausschusses für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften im Verein für Socialpolitik in Jena online gehalten. „Die Selbstauflösung des Vereins für Socialpolitik und die Herausgabe der Werke Friedrich Lists im Spannungsfeld zwischen Nationalsozialismus und dem eigenen Gewissen, Teil I: Auseinandersetzungen um Schmoller hinter der Selbstauflösung des Vereins für Socialpolitik“ lautete seinerzeit der Titel. Die jetzige Fassung verzichtet auf den einschränkenden Hinweis „Teil I“ und ist als ein unabhängiger und überarbeiteter Aufsatz konzipiert. Bei der anschließenden Diskussion während der Tagung und auch später erhielt der Autor zahlreiche wertvolle Hinweise von Ausschussmitgliedern, insbesondere von Bertram Schefold, Günther Chaloupek, Peter Spahn und nicht zuletzt Hauke Janssen. Bei diesen allen bedankt sich der Autor ganz herzlich, da ihre Hinweise für die Überarbeitung ausgesprochen hilfreich gewesen sind. Auch Elisabeth Allgoewer, Oliver Landmann, Mitsuru Watanabe und Yini Li dankt er für ihre Hinweise und Anregungen. Darüber hinaus sei Bertram Schefold und Oliver Landmann insbesondere auch für die Gelegenheit gedankt, die Thematik im September 2022 an den Universitäten Frankfurt a.M. und in Freiburg i.Br. einem Fachpublikum vorstellen zu dürfen. Für die Einsichtnahme in den Bestand „Nachlass von Edgar Salin (1892–1974)“ dankt der Autor herzlich der Universitätsbibliothek Basel, Abteilung Handschriften und Alte Drucke, insbesondere Maria Benedicta Erny. Mein Dank gilt ebenfalls dem Stadtarchiv im Kulturamt der Stadt Reutlingen, Dr. Roland Deigendesch und Birgit Kayser für die Benutzung von Brügelmanns Manuskript „Geschichte der Friedrich List-Gesellschaft e.V.“ aus dem Jahre 1936 (vgl. *Gemeinhardt* 1996, S. 307–09). Weiterhin sei Martin Siemsen von der Justus-Möser-Gesellschaft im Verein für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück e.V. für die stilistische Korrektur des Manuskriptes herzlich gedankt.

¹ In seiner *Geschichte des Vereins für Sozialpolitik* (1939) schreibt Boese (1939, passim) den Vereinsnamen konsequent mit „z“. In diesem Beitrag wird der Vereinsname durchgängig als „Verein für Socialpolitik“ (mit „c“) geschrieben, wie sich der alte Verein (1873–1936) am Anfang genannt hatte und der 1948 neu begründete Ver-

Erstens: Obwohl er offiziell erst 1873 gegründet wurde, hatte er – wie Franz Boese (1939, S. 1–12) berichtet – tatsächlich bereits ein Jahr zuvor bei der Eisenacher Versammlung mit der Eröffnungsrede von Gustav Schmoller (1838–1917), dem geistigen Vater des Vereins, seinen Anfang genommen. In der Rede, die sich wie das Manifest des Vereins liest, erwähnt er den „Kampf, welcher heute Unternehmer und Arbeiter, besitzende und nichtbesitzende Klassen trennt“, und fordert irenisch „die Reform“ zur Verbesserung der bestehenden Verhältnisse (Schmoller 1872, S. 10). Dieser Standpunkt richtete sich hauptsächlich gegen „die an die englische Manchesterschule sich anlehrende deutsche volkswirtschaftliche Agitationspartei“ (ebd., S. 6) um John Prince-Smith, die trotz der miserablen Lage der Arbeiter an starren liberalistischen Prinzipien festhielt.² Weiterhin macht Schmoller das Publikum noch auf eine Entwicklung in der Volkswirtschaftslehre aufmerksam: „In der Wissenschaft der deutschen Nationalökonomie zeigten sich längst abweichende Richtungen von großer Bedeutung: eine historische, eine philosophische, eine statistische Schule entstand“ (ebd.). Die Staats- und insbesondere Wirtschaftswissenschaftler „auf den deutschen Universitäten“ stellen nämlich „den Staat in den Fluß des historischen Werdens“ und denken, dass die „Aufgaben je nach den Kulturverhältnissen bald engere, bald weitere sind“ (ebd., S. 8).

Zweitens: Der heutige Verein für Socialpolitik wird zwar aus dem eben genannten Verein her weitergeführt – allerdings mit einer etwa 10-jährigen Unterbrechung. Dies geht auf die Selbstauflösung des alten Vereins im Jahr 1936 zurück, zu der die damaligen Mitglieder angesichts der ungerechtfertigten – die wissenschaftliche Unabhängigkeit stark einschränkenden – Ansprüche seitens der Nationalsozialisten nach der sogenannten „Machtergreifung“ gezwungen wurden. Ihre Forderungen beinhalteten, dass „eine lebendige Fortführung seiner Arbeiten im nationalsozialistischen Sinne gewährleistet“

ein sich gegenwärtig wieder nennt. Die unterschiedlichen Schreibweisen des Vereinsnamens spiegeln sich in der differenten Schreibweise der *Schriften des Vereins für Socialpolitik* (mit „c“) oder *Schriften des Vereins für Sozialpolitik* (mit „z“). Die Durchsicht der Titelblätter von Jahr zu Jahr ergibt einen Wechsel der Schreibweise des Reihentitels vom 133. Band mit „c“ (1910) zum 134. Band mit „z“ (1910) innerhalb der 188-bändigen alten Folge (1873–1939) (vgl. Simon 1998, S. 201–18). Während der Vereinsname bei dem nachkriegszeitigen Wiederaufbau von 1948 „Verein für Sozialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ lautete (Albrecht 1949, S. 7; Anonym 1949, S. 84) und daher auch die Schriftenreihe bzw. die 1949 begonnene Neue Folge derselben (mit „z“) geschrieben wurde, erfolgte später mit der Rückbesinnung auf den alten Vereinsnamen noch eine Änderung vom 12. Band mit „z“ (1956) zum 13. Band mit „c“ (1957). Bis heute lautet der Titel *Schriften des Vereins für Socialpolitik* (mit „c“).

² Über John Prince-Smith (1809–74) und „eine Gruppe von Journalisten und Professoren“ um ihn siehe Brandt (1992–93, Bd. 1, S. 214–16).

werde und „Professor [Erwin] Wiskemann als Vorsitzender, der der Partei genehm ist“, gewählt werden müsse (NSDAP 1936, S. 290). Allerdings wurde die letztere Forderung „infolge seiner schweren Kriegsverletzung“ zurückgezogen und statt Erwin Wiskemann (1886–1941) nun Karl Bräuer (1881–1964) vorgeschlagen (*ebd.*). Von diesen beiden NS-Nationalökonomen war der erstere auf ökonomische Dogmengeschichte ausgerichtet und seit 1933 Mitglied der NSDAP; er wechselte 1936 von seiner Königsberger Professur an die Wirtschaftshochschule und Universität Berlin. Bräuer war Steuerexperte und Finanzwissenschaftler an der Universität Leipzig und dort auch Schulungsleiter für Rasse- und Siedlungsfragen eines SS-Sturmbannes; er wurde 1936 Präsident der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft.³

Diskussionen der Vereinsmitglieder über Reformen des Vereins unter dem neu entstandenen Regime erstreckten sich über zwei Mitgliederversammlungen – sowohl im Juni 1935 unter dem Vorsitzenden Werner Sombart als auch im April 1936 unter dem neuen und letzten Vorsitzenden, dem Agrarökonomen Constantin von Dietze (1891–1973). Sie zögerten selbstverständlich, die genannten Forderungen zu akzeptieren, wollten keineswegs von der NSDAP abhängig sein und wählten schließlich lieber die Selbstauflösung (vgl. Boese 1939, S. 273–95). Der Verein wurde dann nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1948 wiedergegründet und besteht bis heute.

Aus der Perspektive eines Historikers der Wirtschaftswissenschaften liegt der Fokus dieses Beitrags auf der Darstellung der Kernpunkte der Schmoller-schen Wirtschaftsauffassung, deren Weiterentwicklung durch Werner Sombart, Edgar Salin und Arthur Spiethoff, und wie sich das von diesen entwickelte wirtschaftswissenschaftliche Konzept von dem nationalsozialistischen, insbesondere Wiskemanns unterscheidet.

Zum Verständnis des nationalsozialistischen Drucks auf die Wirtschaftswissenschaftler, dem sich natürlich alle gesellschaftlichen Organisationen und Vereine ausgesetzt sahen, wollen wir vorher kurz unseren Blick auf einen Fragenkomplex um die damalige „Friedrich List-Gesellschaft“ und ihre Liquidation im Jahr 1934 werfen. Sie wurde im Jahre 1925 in Heidelberg gegründet. Bei der Gründung gehörten dem Geschäftsführenden Vorstand auch zwei der eben genannten Wissenschaftler an: als Vorsitzender Spiethoff und als Schriftführer Salin, der stets eine herausgehobene Stellung in der List-Gesellschaft innehatte.⁴ Die Gesellschaft beschäftigte sich nicht lediglich mit der Herausgabe der Werke Friedrich Lists (1798–1846), der großen

³ Zu Leben und Werk von Wiskemann und Bräuer siehe in Kürze Janssen (2012, S. 541, 637), Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaft (1938, S. 25f., 274f., 325–28, 898f.).

⁴ Vgl. Brügelmann (1936, S. 2; 1956, S. 17), Wendler (2022, S. 199).

List-Ausgabe *Schriften/Reden/Briefe* (1927–35), sondern gab auch die Studienreihe *List-Studien* heraus und organisierte verschiedene wirtschaftswissenschaftliche Veranstaltungen (vgl. Wendler 2022, S. 200–02; Morota 2022, S. 15–47).

Auch die List-Gesellschaft erlegte sich eine ähnliche Selbstauflösung auf, wie sie der Verein für Socialpolitik später vollziehen mußte. Als der der NSDAP skeptisch gegenüberstehende Reichsbankpräsident Hans Luther (1879–1962) dem Geschäftsführenden Vorstand der List-Gesellschaft vorschlug, das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm zum Gegenstand ihrer Tagung zu machen und auch kritische Beiträge zuzulassen, suchte der Geschäftsführende Vorstand vorsichtig nach einer Möglichkeit, dem Lutherschen Vorschlag zu folgen. Nach intensiven Diskussionen unter Vorstandsmitgliedern wurde eine Konferenz über deutsche Agrarpolitik mit verschiedenen Teilnehmern einschließlich der Nationalsozialisten für 1933 geplant. Auf den Einladungsbrief erfolgte eine ablehnende Antwort des nationalsozialistischen Agrarpolitikers Walter Darré (1895–1953). Trotz eines nochmali gen, aber freundlicheren Einladungsbriefes kam eine erneute Absage. Da verstanden die führenden Persönlichkeiten der List-Gesellschaft, dass die Nationalsozialisten keine Diskussionen mit ihnen führen, sondern diese gerade verhindern wollten. Die gespannte Atmosphäre, die die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft vorher aufgrund der jüdischen Abstammung Salins nur unbestimmt empfunden hatten, erschien ihnen nun in der Realität so deutlich, dass sie die Liquidation der Gesellschaft einleiteten und bereits 1934 zur tatsächlichen Selbstauflösung gelangten.⁵

Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass der von der NSDAP dem Verein für Socialpolitik empfohlene Wiskemann als einer der zwei Mitherausgeber der Edition von Band VII (1931) der List-Gesamtausgabe beteiligt war und für den „Kommentar“⁶ verantwortlich zeichnete. Darin schätzt Wiskemann (1931, S. 670) den weltpolitischen Standpunkt des späten List als von „dauernde[r] Geltung“ durchaus hoch ein. Die kommentierten Schriften waren allerdings von List 1845–46 geschrieben und sind von den Herausgebern unter dem nicht von List stammenden, merkwürdigen Titel „Das Vermächtnis“ in dem Band zusammengestellt worden (vgl. Morota 2018, S. 53–64; Harada 2020, S. 212 f.). In diesen Schriften akzentuierte Friedrich List Rivalitäten um den Vorrang unter mehreren Nationen auf dem europäischen Kon-

⁵ Vgl. Brügelmann (1936, S. 325–34, 435–41; 1956, S. 23–25, 120–31, 154–75), Wendler (2022, S. 247–53; 2021, S. 281–83).

⁶ In dem „Vorwort zum siebenden Band“ steht: „Dr. Erwin Wiskemann hat den Kommentar verfaßt“ (Lenz/Wiskemann 1931, S. XIII). Die kursiven Hervorhebungen in Zitaten sind im Original gesperrt oder fett. Dies gilt ebenfalls für alle unten stehenden Zitate.

tinent wie Frankreich und Russland sowie Deutschland, im Unterschied zu seiner im Hauptwerk *Das nationale System der politischen Ökonomie* aufgezeigten „Kontinentalallianz“ (*List* 1841, S. 409), in der sich Deutschland, Frankreich und Russland handelspolitisch vereinigen und kooperativ dem höchst entwickelten Staat England gegenüberstehen (vgl. *List* 1841, S. 336, 408–10, 415 f.; 1845–46, S. 463, 482 f., 484, 495). Wiskemann, der die Alliierten, insbesondere Frankreich, wegen der Deutschland nach dem Versailler Vertrag kompromisslos auferlegten enormen Reparationen scharf kritisierte⁷, empfand die – die Rivalität gegen Frankreich beinhaltende – Stellungnahme des späten List mit innerer Befriedigung und betrachtete sie als „Lists politische Grundkonzeption“, nämlich „das imperialpolitische Zukunftsbild“, und rief aus: „Nirgends ist in ähnlicher Weise der Imperialhorizont ausgespannt wie hier. [...] Alles, was dort beschriebenes Papier ist, [wird nun] in Flamme verwandelt“. Weiter noch deutet er sogar auf eine Notwendigkeit der „Kraft der politischen vorwärtstreibenden großen Persönlichkeit“ hin (*Wiskemann* 1931, S. 670).

Die Ablehnung der Reparationen war allerdings deutschen Intellektuellen damals gemeinsam. Bei Wiskemann sieht es aber so aus, als ob er viel darüber von Edgar Salin gelernt habe, weil Wiskemann Salins Buch *Die deutschen Tribute: Zwölf Reden* von 1930 nicht nur in seinem Beitrag „Die Geschichte der Reparationsfrage“ (1932), sondern auch in seinem Lexikonartikel über „Reparationen“ (1933a) bzw. in dessen Literaturliste aufführt und mit Salins Wortwendung sagt: „Im deutschen Volke werden die R. [Reparationen] vielmehr seit etwa 1924 unmißverständlich als *Tribute* bezeichnet“.⁸

⁷ Vgl. *Wiskemann* (1932, S. 23 f.; 1933a, S. 626–29). Dem Lexikonartikel ist kein Autorname beigefügt; Wiskemanns Verfasserschaft ergibt sich aus einer Auflistung in Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaft (1938, S. 899), in der diese Wiskemann zugeschrieben wird.

⁸ *Wiskemann* (1933a, S. 624), vgl. *Wiskemann* (1932, S. 36), *Salin* (1930a, S. 25, 30). Davor gab Salin einen zweiteiligen Konferenzband über das Reparationsproblem heraus, der als Sammlung von Verhandlungen und Gutachten der zwei in Prymont und in Berlin von der Friedrich List-Gesellschaft veranstalteten Konferenzen und zugleich als erste zwei Bände der Schriftenreihe dieser Gesellschaft erschien (*Salin* 1929a, Teil I, S. VI–VII). Wiskemanns nationalsozialistische Positionierung war aus seinen Schriften von 1933 zu ersehen. Auf lehrtätiger Ebene wird seine Universität Marburg als diejenige „politische Universität“ hervorgehoben, die „unsere Zeit [...] geboren“ hat und an der „die deutsche politische Bildung und Entscheidung überhaupt erwächst“ (*Wiskemann* 1933c, S. 9–10). In seiner Schrift „Nationalsozialistische Volkswirtschaftslehre“ wird eben diese von Wiskemann manifestiert, wobei von erheblicher Bedeutung der Deutschen Historischen Schule die Rede ist und Friedrich Lists „Spätwerke“ im von ihm mitherausgegebenen Band VII der Gesamtausgabe betont werden. Die wertfreie Denkrichtung Max Webers wird dort attackiert und „der liberalistische Jude [Karl] Mannheim“ als der „Vollender dieser Entwicklung“ ebenfalls behandelt. Edith Landmann und Edgar Salin werden erwähnt und – trotz ihrer jüdischen Abstam-

Was das persönliche Verhältnis zwischen Salin und Wiskemann anbelangt, ist doch ihrem Briefwechsel deutlich zu entnehmen, dass Salin sich früher freundlicherweise um den nach einer festen Stelle suchenden jüngeren Privatdozenten Wiskemann gekümmert hatte, diesen aber nach seinem – im Beitrag „Wissenschaft und Praxis in der Volkswirtschaftslehre“ (1933) abgelegten – Bekenntnis zum Nationalsozialismus scharf attackierte (vgl. *Salin* 1930b; 1933a; *Wiskemann* 1933b, S. 1163, 1165).

Zu der weltpolitischen Auffassung des späten List ist noch zu bemerken: Ihre Kernpunkte sind zwei, nämlich erstens das genannte Konzept der Rivalitäten von Deutschland gegen andere Kontinentalländer wie Frankreich, Russland und Italien und dieser untereinander, und zweitens das quasi-expansionistische Vorhaben insbesondere in Richtung der Balkanhalbinsel und der osmanischen Türkei. Dass letzteres entscheidender ist, lässt uns seine Schrift „Die Ackerverfassung, die Zwerkgewirtschaft und die Auswanderung“ von 1842 verstehen. List beabsichtigte seit seiner jüngeren Zeit stets die Rettung verärmer Bauern der „Zwerkgewirtschaft“ in Deutschland, einem der „Repräsentativstaaten“ (*List* 1842, S. 435). In dieser Schrift erklärt List seine eigentliche Motivation zu der späteren weltpolitischen Auffassung, nämlich organisierte Auswanderungen der verarmten Bauern dorthin und durch Rodungen verwirklichten Aufstieg zu Hofbesitzern der „mittleren und kleineren Wirtschaften“ (ebd., S. 436) mit demokratischer Teilhabe an regionalen und oberen politischen Organisationen auf ihrer neuen ökonomischen Basis. Aber diese Auswanderung in die genannte Richtung verursacht, so wusste List, Konflikte mit Frankreich, Russland und Italien, so dass er Vorsorge für unentbehrlich hielt und zu diesem Zweck u.U. auch die Verbindung mit England suchte (vgl. ebd., S. 499 f.; *Harada* 2015, S. 121–29).

Durchaus zu beachten ist, dass Wiskemann die Auffassung des späten List von der Rivalität der Kontinentalländer untereinander so stark betont, dass er andere wichtige Aspekte von Lists Konzept völlig ignoriert, und die ihm und dem Nationalsozialismus günstigen Aussagen Lists missbraucht. Die anderen Aspekte sind: Zum einen hatte List stets seine demokratische Intention insbesondere für verarmte Bauern gezeigt, weshalb er als „ein schwäbischer

mung – nicht rundweg abgelehnt, aber: „Jedoch liegt hier in der Entwicklung doch eine gedankliche Rückwendung zum Politisch-Geschichtlichen vor“ (*Wiskemann* 1933d, S. 38, 40, 43; über Landmann und Salin vgl. *Salin* 1927, S. 325; *Schefold* 1992, S. 318; *Harada* 2009). Wiskemann bedauerte Salins Distanz zur nationalsozialistischen Bewegung offensichtlich, wir verstehen aber, dass Salin sich keineswegs auf eine bloße „Rückwendung“, sondern auf eine Anwendung der alt-deutschen Ideen oder Ideale sogar in universalgültiger Ebene richtete. Beachtenswert ist die Aussage von Salin, dem Bedenken gegen die Einladung der Nationalsozialisten zur Veranstaltung über die Agrarpolitik kamen (vgl. *Brügelmann* 1956, S. 124; 1936, S. 328). Nach *Janssen* (2012, S. 637) war Wiskemann seit 1933 Mitglied der NSDAP.

,Demokrat“⁹ bezeichnet werden kann. Und zum anderen sah List – nicht nur in seinem *Nationalen System*, sondern auch in seiner Spätzeit – die ursprünglichen Gründe der politisch-ökonomischen Überlegenheit der genannten Länder nicht in einer rassischen Überlegenheit, sondern darin, dass sie „große Nationen der gemäßigten Zone“ seien (*List* 1841, S. 53 f.; vgl. *Harada* 2015, S. 121–23), und in jeder sich in der Regel verschiedene Basen für ökonomische Entwicklung wie Rohstoffe, Material- und Humankapitalien, eingerichtete Institutionen sowie auch rechtliche Ordnungen finden. Die beiden Aspekte widersprechen den durch das Ermächtigungsgesetz und die Rassengesetze seitens der Nationalsozialisten durchgeführten Tatbeständen.

Uns erscheint Wiskemanns Interpretation des weltpolitischen Konzepts des späten List, die er dann 1937 mit nackten Worten – „höchste Entfaltung“ der „germanischen Rassenkräfte“ – wiederholen wird (*Wiskemann* 1937a, S. 54), als ein typisches Beispiel seiner eigenartigen Argumentationsweise. Wo Wiskemann nur eine der nationalsozialistischen Politik günstig scheinende Seite in einem Werk bekannter deutscher Nationalökonomen der Vergangenheit fand, versuchte er, die Wirtschaftsidee des betreffenden Ökonomen – ungeachtet ihrer ungünstigen Aspekte – zur Rechtfertigung des Nationalsozialismus zu missbrauchen.

II. Schmollers Konzept von der zur „Welt der Kultur“ gehörenden Volkswirtschaft

In seiner Schrift „Offenes Sendschreiben an Herrn Professor Dr. Heinrich von Treitschke über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft“ attackiert *Schmoller* (1874–75, Bd. 23, S. 243) den Historiker Heinrich von Treitschke, der „die natürliche Ungleichheit der Menschen“ voraussetzt und Schmollers Standpunkt der Sozialpolitik getadelt hatte. Schmoller schlägt hier zugunsten der Arbeiter sozialpolitische Maßnahmen wie „Demokratisierung des Kredites“, „progressive Einkommenssteuern und progressive Erbschaftssteuern“ usw. im Hinblick auf „eine gleichmässigere Einkommensvertheilung“ vor (ebd., S. 323). Er behauptet seine Argumentation gegen Treitschke mit einer eigenen historischen Auffassung von dem seit 1871 deutsche Staaten zum Deutschen Reich zusammenbindenden preußischen Staat mit der Aussage, dass „der grösste preussische König Friedrich II. nie etwas anderes sein wollte, als ein *roi de gueux*, dass derselbe Fürst den Aus-

⁹ *Lenz* (1936, S. 410). Da dieser den demokratischen Aspekt von List betont, so ergibt sich daraus die Frage, inwiefern die Standpunkte der beiden Herausgeber des Bandes VII der List-Ausgabe, d. h. Lenz und Wiskemann, differieren. Eine nähere Untersuchung dieser Frage übersteigt die Grenze dieses Beitrags; aber provisorisch dazu siehe *Morota* (2022, S. 78).

spruch that, die Steuern hätten neben den andern Zwecken namentlich auch den „eine Art Gleichgewicht zwischen den Reichen und den Armen herzustellen“ (ebd., S. 318). Dieser Tradition Preußens entspricht die Sozialpolitik seitens der Regierung bei Schmoller, der damals an der Universität Straßburg, dann aber ab 1882 an der Berliner Universität (heute Humboldt-Universität zu Berlin) lehrte und 1884 Mitglied des preußischen Staatsrates wurde (vgl. *Meitzel* 1926, S. 251).

In der gleichen Schrift äußert *Schmoller* (1874–75, Bd. 23, S. 254) sich wie folgt:

„Die englische, die deutsche Volkswirtschaft, die Volkswirtschaft [...] der Chinesen – das sind Bezeichnungen, die nicht blos oder nicht einmal wesentlich eine Summe von Einzelwirtschaften [...], sondern die ein einheitliches Ganze zusammenfassen wollen, dessen Theile in jeder Beziehung unter sich in anderer Wechselwirkung stehen als dieselben Theile mit den Einzelwirtschaften anderer Staaten oder Völker. Und das gemeinsame, die Einzelwirtschaften eines Volkes oder Staates verbindende, ist nicht blos der Staat [die Staatsgewalt oder das Territorium], sondern ist ein Tieferes: die Gemeinsamkeit der Sprache, der Geschichte, der Erinnerungen, der Sitten und Ideen. Es ist eine gemeinsame Gefühls- und Ideenwelt, es ist eine Herrschaft gemeinsamer Vorstellungen, eine mehr oder weniger übereinstimmende Spannung aller psychologischen Triebe.“

Jede „Volkswirtschaft“ ist keine bloße Zusammenwürfelung der „Einzelwirtschaften“, sondern sie fasst „ein einheitliches Ganze“ zusammen. Denn ein „Volk“ oder ein „Staat“, in dem die Volkswirtschaft steht, ist „ein Tieferes“, das auf der „Gemeinsamkeit der Sprache, der Geschichte, der Erinnerungen, der Sitten und Ideen“ beruht und daher „eine gemeinsame Gefühls- und Ideenwelt“ umfasst. So spiegelt sich diese Gemeinsamkeit in der Volkswirtschaft wider. Anders ausgedrückt, alle Aktivitäten in der Volkswirtschaft sind verflochten mit den Einzelementen der kulturellen, traditionellen, gewohnheitlichen Gemeinsamkeiten, d. h. Sprache, Geschichte, Erinnerungen, Sitten und Ideen, die selbst schon miteinander verflochten sind. Als ein Beispiel nennt Schmoller die Differenz der Elastizitäten der Nachfrage nach der Preisänderung zwischen England und Deutschland. „Ein Sinken der Zuckerpriese in England bewirkt eine steigende Konsumtion, das gleiche Sinken bei uns bewirkt das nicht, weil bei uns die Sitte des Zuckerkonsums eine andere ist“ (ebd., S. 258). *Schmoller* (ebd., S. 255) resümiert zwischenzeitlich:

„So entbehren also schon alle individuellen wirtschaftlichen Handlungen neben [a] ihrer technischen nicht [b] der ethischen Seite. Die Mehrzahl der Handlungen aber, die wir in der Volkswirtschaft untersuchen, gehört nicht dem Gebiete der individuellen technischen Thätigkeit an, die Volkswirtschaftslehre ist nicht Technologie, sie untersucht hauptsächlich die Beziehungen der Einzelwirtschaften unter einander und zum Ganzen; und da handelt es sich um lauter Handlungen, bei denen die technische Seite wenn nicht ganz zurücktritt, so doch unter allen Um-

ständen durch Sitte und Recht, durch das Ethos erst die bestimmte Färbung, die Form oder Richtung erhält.“

Und er fährt fort:

„Jede volkswirtschaftliche Organisation ist beherrscht von zwei Reihen relativ von einander unabhängiger Ursachen. Auf der einen Seite stehen die natürlich-technischen Ursachen, die die ältere Nationalökonomie ausschliesslich ins Auge gefasst; auf der andern stehen die aus dem psychologisch-sittlichen Leben der Völker stammenden Ursachen [...]. Jene erste Reihe von Ursachen bildet den natürlichen Unterbau [...]; die aus der andern Quelle stammenden Ursachen erheben sich als ein viel beweglicherer Zwischenbau auf diesem Fundament“ (ebd., S. 264).

Für die Untersuchung der Volkswirtschaft sind allerdings sowohl [a] ihre „technische“ quantitative als auch [b] ihre „ethische“, nicht quantitative Seite bedeutend. Aber aus der Sicht, dass die Volkswirtschaftslehre sich auf Analyse und Erklärung vom Ganzen der einzelnen unterschiedlichen Wirtschaften, d. h. von ihren „Beziehungen der Einzelwirtschaften unter einander und zum Ganzen“, richtet, ist es oft wichtiger, „die bestimmte Färbung, die Form oder Richtung“ der betreffenden Volkswirtschaft „durch Sitte und Recht, durch das Ethos“ zu verstehen, als ihre technischen quantitativen Konstellationen, d. h. den „natürlichen Unterbau“, zu erkennen.

„Die Sitten sind nicht angeboren und nicht von der Gottheit gelehrt, sie sind geworden, sind der fortwährenden Umbildung und Läuterung unterworfen [...]. Durch die Sitte baut der Mensch in die Natur eine zweite Welt ‚die Welt der Kultur‘ hinein. Und zu dieser zweiten Welt der Kultur gehört auch die Volkswirtschaft“ (ebd., S. 256).

Die Moralvorstellungen, Ordnungen und Verhaltensweisen gesellschaftlicher Lebensverhältnisse, die Menschen lange Zeit historisch gebildet haben, sind „Sitten“. Auf der Basis der Sitten ist die „Kultur“ im weiteren Sinne einer Nation entstanden. Diese Kultur ist das nationale Bewusstsein, das aus Traditionen, Religionen und Schönheiten in ihren Verflechtungen auf der nationalen Ebene besteht, und macht die Sozial- und Lebensordnungen aus. Zu der grösseren Welt der „Kultur“ gehört nach Schmoller die Volkswirtschaft, die hauptsächlich Produktion und Austausch der Güter in gesellschaftlichen Verhältnissen bedeutet.

Weil jede Volkswirtschaft in ihrer Zeit und in ihrem Raum existiert und ihre jeweilige dortige Kultur haben, so darf man keine Volkswirtschaftslehre – wie beispielsweise die „ältere“ britische liberale Lehre – als allgemein gültige betrachten. Die „Adam Smithsche Nationalökonomie“ immerhin „argumentierte von den gebildeten gewerblichen Mittelklassen Englands und Schottlands zu Adam Smiths Zeit aus“ (ebd., S. 269). Deswegen muss man neue Volkswirtschaftslehren unter der Voraussetzung entwickeln, dass unterschiedliche Volkswirtschaften in ihren Kulturen bestehen. Dies ist die von Schmoller propagierte Richtung.

III. Die Bedeutung von Schmollers Konzept für die heutige Zeit

Diese Wirtschaftsanschauung Schmollers wird seit den 1990er Jahren beträchtlich höher als in bisherigen Nachkriegszeiten eingeschätzt. Nachdem zahlreiche sozialistische Staaten Ende der 1980er Jahre zusammenbrachen, entstand die starke politisch-ökonomische Tendenz, dass jedes Volk oder jede Nation – die bisher z. B. ein Teil der Sowjetunion oder deren Sattelitenstaat gewesen war – einen eigenen Staat als eine mit eigener Sprache und eigener Geschichte und eigenen „Sitten“ verbundene kulturelle Einheit aufbaut und dass deswegen dort auch die Volkswirtschaft als Wirtschaft eines kulturell einheitlichen Volkes funktioniert. In diesem Nationalstaat vertraut man kaum auf Marxismus zur Lösung der Arbeiterfragen bzw. der Nivellierung des Unterschieds zwischen Arm und Reich, sondern vertraut mehr auf die eigenen kulturell, traditionell und religiös gefärbten sozialen Politiken und Organisationen, d.h. Institutionen im weiteren Sinne, neben keynesianischen Maßnahmen. In der Zeit ist noch eine andere Tatsache offenkundig geworden, nämlich dass Nationen außerhalb der westlichen Welt wie z.B. Japan mit eigener Kultur und eigenem Moralbewusstsein und eigenen damit verbundenen Organisationen immerhin wirtschaftlich prosperieren können. Zu all diesen neuen Zusammenhängen wird Schmollers Konzept der Volkswirtschaftslehre als ein erklärmungsstärker kulturbbezogener Institutionalismus hoch eingeschätzt. Darüber hinaus behauptet man sogar, dass das Konzept nicht nur für diese neuen Zustände geeignet, sondern das Wesentliche zur Erkenntnis aller wirtschaftlichen Verhältnisse ist, weil kulturell bedingte Institutionen unentbehrliche Elemente für alle wirtschaftlichen Erkenntnisse und Analysen bilden.

Auch schon vor den 1990er Jahren wurde diese These aufgegriffen. Bereits anlässlich der 150-jährigen Wiederkehr des Geburtstags von Schmoller im Jahre 1988 wurde dies insbesondere von *Rudolf Richter* (1988, S. 525) in dem Jubiläumsheft der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft hervorgehoben: „The institutional shell of Schmoller's organizational efforts more or less remained intact to the present“, und auch *Kurt Dopfer* (1988, S. 556) betont in demselben Heft: „What Schmoller ultimately aimed at was nothing less than an explanation of the *entirety of social life on the basis of an evolutionary, interdisciplinary economic theory understood as a theory of culture*“¹⁰; auch *Jürgen Backhaus* (1993, S. 9, vgl. S. 15), der Organisator des Jubiläumssymposiums für Schmoller in dessen Geburtsort Heilbronn, unterstreicht, dass das „Interesse an Schmoller [...] vielmehr inhaltliche Gründe [hat], die mit seiner Theorie und dem heutigen Stande der volkswirt-

¹⁰ Die kursive Hervorhebung folgt dem Original.

schaftlichen Theorie gleichermaßen zu tun haben“. Und darüber hinaus hob im darauffolgenden Jahr *Bertram Schefold* (1989, S. 78) in positivem Sinne die Aktualität von „Schmoller als Theoretiker“ hervor:

„Eine ökonomische Theorie im Stile Schmollers hat die Besonderheiten der historischen Entwicklung und den engen Zusammenhang von ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Faktoren zu berücksichtigen.“

Auf der Basis dieser hier auf knappe Zitate reduzierten Studien und im oben genannten Umfeld kam es dann in den 1990er Jahren geradezu explosionsartig zu einer Flut wertschätzender Aussagen, die hier nur exemplarisch vorgestellt werden:

- „Gustav Schmoller und die Historische Schule [...] haben das ganzheitliche Konzept einer ‚Volkswirtschaftslehre‘ verfolgt, welche die ethischen und kulturellen [Bestimmungsfaktoren] in der ökonomischen Analyse mituntersucht“ (*Koslowski* 1991, S. 115),
- „Schmoller war – aus heutiger Sicht betrachtet – eher ein Ökonom der institutionaltheoretischen Ausrichtung“ (*Priddat* 1995, S. 16; vgl. *Brandt* 1996),
- „Das Potenzial von Schmollers Ansatz [wird] für die moderne institutionelle und evolutorische Ökonomie gesehen“ (*Nau* 1998, S. 39).

Das 21. Jahrhundert begann mit der Rede von der „Schmoller Renaissance“ (*Peukert* 2001, S. 71). Und im Jahre 2006 anlässlich des 125. Gründungsjahres der ehemals von Schmoller redigierten Zeitschrift Schmollers Jahrbuch (vgl. *Goldschmidt* 2006, S. 140) behaupteten Autoren in dessen Jubiläumsheft:

- „His [Schmollers] attempt is nevertheless highly relevant with regard to the analysis of present-day processes of transformation and globalisation“ (*Rieter/Zweynert* 2006, S. 244).

Im Jahre 2018 wurde anlässlich der hundertsten Wiederkehr des Todesjahrs von Schmoller und mit Blick auf den mit ihm gemeinsam im alten Verein tätigen Staatssozialisten Adolph Wagner (1835–1917) die Bedeutung von Schmollers Wirtschaftslehre erneut so hervorgehoben:

- „Especially after the financial crisis of 2008/09 [...], the writings of Schmoller and other authors of the Historical School have gained a new topicality [...] for a more comprehensive approach to economic reality“ (*Backhaus* u. a. 2018, S. 2f.).
- „The new key word ‚Big Data‘ was mentioned, and the term ‚Schmollerism‘ was introduced to refer to new attempts to keep the ‚Schmoller-Program‘ [...], Schmoller is alive again in sciences“ (*Schmidt* 2018, S. 19).

IV. Systematisierende Fortführung von Schmollers Konzept bei Sombart, Salin und Spiethoff

Trotz der damaligen und heutigen hohen Einschätzung dürfen wir doch keineswegs die Tatsache vernachlässigen, dass Schmollers Konzept Schwächen aufwies, deren Überwindung die jüngeren Ökonomen im alten Verein für Socialpolitik wie Sombart, Salin und Spiethoff damals schon anstrebten (vgl. Brandt 1996, S. 117). Eine Reihe dieser Ökonomen nennen wir, nach Schumpeter (1954, S. 808 f., 815), „Jüngste“ Historische Schule im Vergleich zu der „Jüngeren“ mit Schmoller und Lujo Brentano u. a., vor der noch die „Ältere“ mit Wilhelm Roscher und Bruno Hildebrand stand.

Als Schwachpunkte Schmollers sind uns sein Mangel an Theoretisierung einzelner Detailforschungen und seine unbestimmte Einführung der Werturteile in die objektiv durchzuführenden Sozialwissenschaften schon in der Geschichte der Volkswirtschaftslehre und der Soziologie bekannt. Diese beiden verursachten ja den Methodenstreit mit dem Gründer der Österreichischen Schule Carl Menger (1840–1921) einerseits und den Werturteilstreit mit Max Weber (1864–1920) andererseits. Menger kritisierte die erstere Seite Schmollers, der sich stets aus seiner induktiven Sicht hauptsächlich mit Studien der historischen Einzel- und Detailforschungen beschäftigte und Vereinsmitglieder zu dieser Art von Studien – insbesondere in den *Schriften des Vereins* – anregte und vor übereilter Theoriebildung warnte. Dagegen schlug Menger die modern-theoretische Grenznutzenlehre vor.¹¹ Weber (1904, S. 64 f.) stand der zweiten Seite skeptisch gegenüber und schlug die Methode des „Idealtypus“ vor, der selbst logischerweise ohne Widersprüche strukturell vorgestellt sein und wie etwa ein werturteilsloser Maßstab zur Analyse der gesellschaftlichen Erscheinungen benutzt werden sollte.¹²

Webers kritischer Standpunkt ist durchaus bedeutend, um eine gewisse Tendenz Schmollers zur eher einseitigen Einräumung der Überlegenheit eines Forschungsgegenstandes vor anderen gleichartigen zu korrigieren. Schmoller zeigt diese Tendenz trotz seiner induktiven Methode und der damit verbundenen Akzeptanz der Verschiedenartigkeiten, wenngleich wir auch die Tendenz als von unbeabsichtigter Art und daher als unwesentlich betrachten können. Wir dürfen doch die Tendenz – zumindest aus unserer heutigen geschichtswissenschaftlichen Sicht – deshalb keineswegs außer Acht lassen. Schmoller richtet sich auf eine Bevorzugung des preußischen Staates und der

¹¹ Über eine spöttische Kritik Mengers an Schmoller durch ein Gleichnis des „Kärrners“ [...], welcher für den Architekten gelten wollte, weil er einige Karren Steine und Sand zum Bauwerke geführt hatte“, siehe Menger (1884, S. 46).

¹² Vgl. Brandt (1992–93, Bd. 2, S. 235–250), Beckerath u. a. (1965, insbesondere Abschnitt C, S. 294–301).

sozialen Aussage Friedrichs II., mit der er seine Sozialreformen geistig verbindet, im Unterschied zu anderen deutschen Staaten wie Österreich und dem Sozialismus wie Marxismus, und weiter sogar auf eine Akzentuierung der vielseitigen Überlegenheit der „Indogermanen“ als „Rasse“ gegenüber „Semiten“¹³.

Andererseits birgt die Idealtypus-Methode Webers aber die mögliche Schwierigkeit, dass nur etliche Teilerkenntnisse der Volkswirtschaft durch Analyse mit einem Idealtypus erworben werden können und dass daher die von Schmoller verfolgte Gesamterkenntnis der jeweiligen Volkswirtschaft – was den Vorteil seines Konzeptes ausmacht – dabei verloren gehen kann.

1. Werner Sombart

Werner Sombarts (1863–1941) Lösung dieses Problemkomplexes finden wir in seinem kleineren Buch *Die Ordnung des Wirtschaftslebens* aus dem Jahre 1925, wo er insbesondere sein „Wirtschaftssystem“ als Schema für das gesamte „Wirtschaftsleben“ der Volkswirtschaft darzustellen versucht (Tab. 1):

Tabelle 1

Schema von Sombarts „Wirtschaftssystem“ (Sombart 1925, S. 20)

- A. Geist (Wirtschaftsgesinnung):
 - I. Bedarfsdeckungsprinzip – Erwerbsprinzip;
 - II. Traditionalismus – Rationalismus;
 - III. Solidarismus – Individualismus
- B. Form (Regelung und Organisation):
 - I. Gebundenheit – Freiheit;
 - II. Privatwirtschaft – Gemeinwirtschaft;
 - III. Demokratie – Aristokratie;
 - IV. Geschlossenheit – Aufgelöstheit;
 - V. Bedarfsdeckungswirtschaft – Verkehrswirtschaft;
 - VI. Individualbetriebe – gesellschaftliche Betriebe;
- C. Technik (Verfahren):
 - I. Empirisch – wissenschaftlich;
 - II. Stationär – revolutionär;
 - III. Organisch – nichtorganisch (mechanisch – anorganisch)

¹³ Schmoller (1900–04, Teil 1, S. 152). Über diese „Rasse“-Problematik bei Schmoller äußerte sich Spahn (2021) durchaus zutreffend: „Schmoller verstand sich als empirischer Kulturwissenschaftler, der die Erforschung regional unterschiedlicher Populationen und ihrer ebenso unterschiedlichen Eigenschaften gerade als Fortschritt einer erkenntnisorientierten Sozialwissenschaft sah. [...] Es war damals unter Intellektuellen weitgehend Konsens, menschliche Rassen auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen zu sehen [...]. Schmoller hielt schließlich aber auch fest, dass all das

Das Wirtschaftssystem als das Ganze der Volkswirtschaft besteht bei Sombart aus drei Bereichen bzw. Schichten und aus deren Verflechtungen. An der obersten Stelle steht „A. Geist (Wirtschaftsgesinnung)“, unter dessen starken Einfluss der Bereich „B. Form (Regelung und Organisation)“ die zweite Stelle einnimmt. „C. Technik (Verfahren)“ macht die Basis der Volkswirtschaft aus und ist zwar auch von dem Geist beeinflusst, aber nicht besonders stark davon abhängig. In diesem Zusammenhang und auch in den Sekundärkategorien I bis III oder bis VI sind wirtschaftliche Einzelerscheinungen verortet. Deshalb können ökonomische Einzelerscheinungen nicht ungeordnet, sondern müssen systematisch erforscht werden. Die von Schmoller gewünschte Gesamterkenntnis der Volkswirtschaft ist hier in der stärker systematisch strukturierten Form beibehalten. Zu bemerken ist aber, dass die Struktur vom Geist über die Form bis zur Technik bei Sombart keine von oben herab durchgeführte bzw. durchzuführende Machtausübung eines geistig autoritären Organes oder Machtinhabers zu verstehen ist, sondern lediglich als objektive Durchdringung des national kulturellen gewohnheitlichen Bewusstseins in der Volkswirtschaft.

Uns interessiert an den Sekundärkategorien, dass jede Kategorie ein sozusagen paarweise angeordneter Idealtypus ist oder dass selbst eine Seite jeder Unterkategorie schon als ein Idealtypus zu verstehen ist und ein Werturteil im Hinblick auf Über- und Unterlegenheit dabei kaum in Betracht gezogen wird. So findet sich hier der Vorteil des Weberschen wertfreien Idealtypus-Konzeptes nun bei Sombart, der zwar zusammen mit Weber den Werturteilsbejahenden Aspekt Schmollers für korrekturbedürftig hielt (vgl. *Lindenlaub* 1967, S. 433–40), aber in einer fortgeschritteneren Gestalt von mehreren kombinierten Idealtypen beibehält, die auch die genannte mögliche Einseitigkeit des Weberschen Konzeptes vermeiden kann (vgl. *Harada* 1997, S. 386 f.; 2012, S. 92; 2016, S. 80–91).

Bedauerlicherweise hat Sombart, der 1917 als Nachfolger Adolph Wagners an die Universität Berlin berufen wurde (vgl. *Lenger* 2012, S. 256), trotz dieses werturteilsfreien Theorierahmens danach dem Nationalsozialismus in seinem Werk *Deutscher Sozialismus* vom Jahre 1934 sanfte Treue schwören müssen: er habe „auf eine Auseinandersetzung mit dem herrschenden Regime“, d. h. „der Hitlerregierung“, „verzichtet“, um „meinem Lande am besten dienen zu können“ (*Sombart* 1934a, S. XII).

Sombart hielt allerdings seinen mit Max Weber gemeinsamen Standpunkt der wissenschaftlichen Objektivität, und deswegen auch die Trennung von Wissenschaft und Praxis, stets aufrecht. Dies ist zu ersehen aus seiner hefti-

Wissen der Volkskundler noch nicht den [für die Volkswirtschaftslehre ausreichenden] Stand erreicht habe.“

gen Debatte mit Wiskemann in seinen 1934 veröffentlichten beiden kleinen Beiträgen „Alte und neue Nationalökonomie: Antwort an Wiskemann I“ und „Vom praktischen Nutzen des theoretischen Wissens: Antwort an Wiskemann II“. Dieser wagte, die nationalsozialistische Denkweise unmittelbar in die Wirtschaftswissenschaft selbst einzuarbeiten.¹⁴ Andererseits bot Sombart auf der Ebene der Praxis aber durch die Trennung etlichen Freiraum für den Nationalsozialismus bzw. dessen Politik an. Das sicherte damals seine Stellung.

2. Edgar Salin

In seiner Abhandlung „Hochkapitalismus – Eine Studie über Werner Sombart, die deutsche Volkswirtschaftslehre und das Wirtschaftssystem der Gegenwart“ aus dem Jahre 1927, in dem er von Heidelberg nach Basel zog, würdigte Edgar Salin (1892–1974) Sombarts „Weg der Gesamterkenntnis“ (Salin 1927, S. 325). Die Sombartsche Systematisierung der wirtschaftlichen Erscheinungen sollte nach Ansicht Salins schon als eine „Theorie“ (ebd.) – etwa wie Sozialtheorie im heutigen Sinne – betrachtet werden. Auch Salin versucht diese Art von Theorie in seiner Weise aufzubauen, dabei liegt aber sein Hauptanliegen in der Strukturierung der Erkenntnisverhältnisse zwischen den von Schmoller aufgezeigten beiden wirtschaftlichen Aspekten, nämlich der „technischen“ quantitativen und der „ethischen“ kulturellen Seite. Er versucht struktureller und logischer zu klären, was der 1917 verstorbene Nestor Schmoller betont hatte, dass nämlich die beiden Seiten unentbehrlich sind, die Volkswirtschaft aber im Ganzen zur „Welt der Kultur“ gehört.

Dafür wird von Salin die „anschauliche Theorie“ (ebd., S. 327f.) als Theorie des Wirtschaftsverständnisses vorgeschlagen. Diese Theorie ist grundlegend für die Erkenntnis oder Erkenntnisfähigkeit der ethischen und kulturellen Aspekte und steht daher der lediglich auf technische und quantitative Zusammenhänge gerichteten „rationalen“ Theorie skeptisch oder u.U. sogar antagonistisch gegenüber. Aber die „anschauliche Theorie“ auf der höheren Ebene subsumiert unter sich die „rationale Theorie“ als notwendiges „heuristisches Mittel“ (ebd., S. 332) zur Erwerbung der quantitativen Teilerkenntnisse. Hier wirken kulturelle und ethische Elemente umfassender und breiter als technische, wenngleich die beiden auch unentbehrlich sind, wie Schmoller ja betonte.

Diese logisch eingeordnete Erkenntnisstruktur wurde bei Salin inspiriert von der Erkenntnistheorie der Philosophin Edith Landmann (1877–1951), als beide gemeinsam zum Kreis des Dichters Stefan George (1868–1933) gehör-

¹⁴ Vgl. Sombart (1934b; 1934c), Fn. 8, 19, siehe auch Lenger (2012, S. 378).

ten.¹⁵ In diesem Zusammenhang darf noch ein Charakterzug des Salinschen Konzeptes der anschaulichen Theorie keineswegs übersehen werden, nämlich seine Behauptung, dass man normative Ideale wie Menschenwürde oder Naturschutz als oberste Ziele der modernen Industriegesellschaften beibehalten müsse.¹⁶ Diese Ideale stammen meist aus der Literatur deutscher Intellektueller vergangener Zeiten (die bei George und seinen Jüngern beliebt waren). In der genannten Schrift „Hochkapitalismus – Eine Studie über Werner Sombart“ schätzt Salin noch einen Aspekt Sombarts hoch ein: dass dieser eine marxistische Kapitalismuskritik neben der Denkweise der Historischen Schule hat. Dabei behauptet Salin aber seine eigene Kapitalismuskritik belletristisch mit einer Szene: die Gefährdung des idyllisch gemeinschaftlichen Handwerksbetriebs durch die entstehende industrielle Produktion mit der Szene Goethes aus dem Roman *Wilhelm Meisters Wanderjahre* (1829) über den Jammer der vornehmen warmherzigen Frau „Schöne-Gute“. Die Ideale bei Salin sind aber trotz der deutschen Herkunft weder nationalistisch noch feindselig gegen andere Völker, sondern von harmloser und international gültiger Art.¹⁷

Da findet sich allerdings ein leichter Unterschied der Gewichtungen von Salin zu Sombart. Salin bejaht ein bestimmtes Werturteil auf der obersten universal gültigen Ebene in seiner anschaulich-theoretischen Wirtschaftslehre, während Sombart eher dem Weberschen wertfreien Standpunkt treu ist. Zu ersehen ist dies auch daraus, dass Salin in dem Buch *Wirtschaft und Staat: Drei Schriften zur deutschen Weltlage* (1932, S. 183 f.) einen kleinen Abstand zum Sombartschen Konzept des Wirtschaftssystems dann hält, wenn ihm das Konzept u. U. zu rationalistisch aussieht.

Aber dass der Unterschied zwischen den beiden keineswegs groß ist, verstehen wir aus ihren ebenfalls kritischen Stellungnahmen zu dem nationalsozialistischen Standpunkt. Salin äußert seinen Widerspruch gegen den nationalsozialistischen Missbrauch des deutschen Geistes so: „Über den Geist

¹⁵ Vgl. Salin (1927, S. 325, Anm. 1), Harada (2009, S. 197–210), Schefold (1992, S. 318).

¹⁶ Als Beispiel von Georges Appell zum Schutz der von der industriellen Technik geschädigten Umwelt hier ein Gedicht von ihm mit folgenden Phrasen: „Ihr baut verbrechende an maass und grenze“; „Der lacht: zu spät für stillstand und arznei!“; „Zehntausend muss der heilige wahnsinn schlagen“ (George 1928, S. 31). Uns erinnert es an Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke vor dem Unfall des Jahres 2011 in Fukushima. In Japan wurden vor diesem Unfall die Gegner der von der Regierung geförderten Atomkraftwerke als Verrückte oder Wahnsinnige betrachtet und getadelt. Aber in der Tat war dieser von der Minderheit geforderte Anspruch doch „der heilige“ (vgl. Harada 2013, S. 11; Landmann 1974, S. 193 f.).

¹⁷ Vgl. Salin (1927, S. 314 f., 318, 324), Goethe (1829, S. 415–35), Harada (2009, S. 198), Schefold (1992, S. 309); Landmann (1923, S. 5–125).

oder Ungeist einer [nationalsozialistischen] Bewegung kann man nicht diskutieren, sondern hiermit kann nur der abrechnen, der aus tieferer [universal menschlicher] Verwurzelung im deutschen Geist zu sprechen befugt ist.“¹⁸ Bei Sombart wird *Wiskemanns* (1933b, S. 1165) Forderung, „daß die gesamte *Volkswirtschaftslehre* im *nationalsozialistischen Staat* [...] vor allem das Verhältnis von Wissenschaft und [nationalsozialistisch] politischer Praxis völlig neugestaltet werden muß“, mit der Begründung abgelehnt, „daß die Wissenschaft, jedenfalls die Geisteswissenschaft, ihren Zweck [nicht aus einer Parteidoktrin bezieht, sondern] großenteils in sich selber trägt“.¹⁹

Die Erkenntnisstruktur der „anschaulichen Theorie“ bei Salin vollzieht sich also auf drei Ebenen bzw. in einem Dreischritt:

- Zunächst werden anscheinend unrationale – aber eigentlich nicht grundlose – „anschauliche“ gegenüber „rationalen“ Sachverhalten wahrgenommen, die in Opposition zueinander zu stehen scheinen,
- dann gelangt man zu der höheren Erkenntnis, dass Wirtschaftsverhältnisse in ihrem eigenen historisch gewachsenen und institutionellen „überwirtschaftlichen Gehäuse“ stehen (Salin 1929b, S. 55), wobei die „rationale Theorie“ nützlich als „heuristisches Mittel“ für „Teilerkenntnisse“ ist und
- daraus lassen sich universalgültige normative Ideale ableiten, die allerdings oft der jeweils eigenen Kultur entstammen.

Noch zu bemerken ist, dass Salin seit der zweiten Auflage seiner *Geschichte der Volkswirtschaftslehre* von 1929 dogmenhistorisch zwei Sequenzen von der anschaulichen und der rationalen Theorie darstellt. Mit dem Aufzeigen der langen Existenz bis in seine Zeit appellierte er zugleich für Fortführung und -entwicklung der anschaulich-theoretischen Wirtschaftswissenschaft über die Gegenwart hinaus.²⁰

3. Arthur Spiethoff

Arthur Spiethoff (1873–1957), ehemaliger Assistent von Schmoller und nach dessen Tod Herausgeber der Zeitschrift *Schmollers Jahrbuch*, war zwar etwa 20 Jahre älter als Salin, benutzte aber den von Salin initiierten Begriff „anschauliche Theorie“ und entfaltete diese in eigenständiger Weise 1932 in dem Aufsatz „Die Allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie – Die Wirtschaftsstile“.

¹⁸ Brügelmann (1956, S. 124; 1936, S. 328), vgl. obige Fn. 8.

¹⁹ Sombart (1934c, S. 2055); dabei weist er auf Sombart (1930, Kap. 18) hin, vgl. Sombart (1934b), vgl. auch Fn. 8.

²⁰ Vgl. Salin (1929b, S. 53, 102). Zu Salins Wirtschaftsideen siehe auch Schönhärl (2009, S. 248–90).

Dem Begriff „anschauliche Theorie“ steht „reine Theorie“ bei Spiethoff gegenüber, der aber kaum kulturelle Ideale wie Salin fordert. Der „reinen Theorie“ wird – dennoch wie bei Salin – nur die niedrigere Rolle als „heuristisches Mittel“ gegeben (*Spiethoff* 1932, S. 55). Und er äußert: Obwohl sie „nie als Abbild der Wirklichkeit gelten“ kann, „ist die reine Theorie der großen Gefahr ausgesetzt, daß ihre Eigenschaft als heuristisches Mittel vergessen und sie als Abbild der Wirklichkeit angesehen wird“ (ebd., S. 55 f.). *Spiethoff* ist stolz auf seinen langen Artikel „Krisen“ (1925), den *Salin* (1929b, S. 101) als „lebendige Vereinigung von rationaler und geschichtlicher Theorie“ in der zweiten Auflage der *Geschichte der Volkswirtschaftslehre* lobte.

Spiethoff (1932, S. 59) läutet einerseits die Sturmlocke angesichts der rein-theoretischen Vorstellung des Gleichgewichtszustandes zwischen Unternehmern und Geldschöpfung bei Joseph A. Schumpeter (1883–1950), der eine Weile sein Kollege in Bonn war, weil dieser Gleichgewichtszustand eine unreale Vorstellung ist und von daher nur begrenzt Erkenntnis zum Verständnis der Krisen beiträgt. Andererseits übernimmt *Spiethoff* (ebd., S. 78) aber Schumpeters Unterscheidung zwischen der „statische[n] und „dynamische[n] Wirtschaft“, weil letztere als die „Wirklichkeit“ der modernen Volkswirtschaft im Unterschied zu „der mittelalterlichen Bauernwirtschaft“ unübersehbar ist.²¹

Obige Äußerungen demonstrieren Spiethoffs Konzept der Volkswirtschaft als „Wirtschaftsstil“. Es modifiziert Sombarts „Wirtschaftssystem“ leicht und dieses besteht nun aus fünf Schichten: „I. Wirtschaftsgeist“, „II. Natürliche und technische Grundlagen“, „III. Gesellschaftsverfassung“, „IV. Wirtschaftsverfassung“ und „V. Wirtschaftslauf“ (ebd., S. 76 f.). Zwei Hauptpunkte der Modifizierung sind erstens die genauere Trennung der Sombartschen Stufe „B. Form (Regelung und Organisation)“ in zwei Teile, d.h. Gesellschaftsverfassung und Wirtschaftsverfassung, und zweitens die Trennung der Stufe „C. Technik (Verfahren)“ ebenfalls in zwei Teile, d.h. „natürliche und technische Grundlagen“ und „Wirtschaftslauf“. Dieser Wirtschaftslauf markiert den Unterschied zwischen dem statischen und dem dynamischen Zustand.

Spiethoff behält dieses Wirtschaftsstil-Konzept noch nach der Machtergreifung der NSDAP weiter bei, wie sein 1938 veröffentlichter Aufsatz „Gustav von Schmoller und die anschauliche Theorie der Volkswirtschaft“ belegt. Obwohl Salin aufgrund seiner jüdischen Abstammung darin von Spiethoff nicht namentlich genannt wird, ergibt sich Spiethoffs Anlehnung an Salin ganz deutlich aus der Begriffswendung der „anschaulichen Theorie“

²¹ Vgl. Schumpeter (1926, S. 40–45) zu Schmoller und Spiethoff.

(*Spiethoff* 1938, S. 16) und wurde natürlich auch inhaltlich deutlich für diejenigen Nationalökonomen, die Salins Lehre kannten.

Unseren bisherigen Überblick der von Sombart, Salin und Spiethoff geleisteten modifizierenden Fortführungen des Schmollerschen Konzeptes dürfen wir wie folgt zusammenfassen:

- gegliederte Einordnung von ökonomischen Einzelerscheinungen bzw. Detailforschungen (bei Sombart),
- werturteilsfreie Rekonstruktion der einzelnen Bestandteile und dadurch auch des ganzen Konzeptes (bei Sombart),
- Verdeutlichung der Subsumierung der rationalen, reinen und quantitativen unter die kulturellen sittlichen Verhältnisse (bei Salin),
- Einführung der oft national hergeleiteten, aber international gültigen obersten Ideale in das Wirtschaftskonzept (bei Salin),
- Berücksichtigung der Erkenntnisfähigkeit des dynamischen Zustandes der Wirtschaft zu der des statischen (bei Spiethoff).

Wir können dies auch so kommentieren, dass das so modifizierte Schmollersche Konzept geeigneter als das frühere Original ist für die Gegenwart. Heute – insbesondere nach dem Verfall der sozialistischen Staaten (wie bereits oben gesehen)²² – erscheint es wünschenswert, dass jede sprachlich-historisch-kulturell-gemeinsame Vereinigung der Menschen, d.h. Nation, ihre eigene Volkswirtschaft mit jeweils eigenen Charakteristika hat, dass dies unabhängig von ihrer Größe oder Stärke realisiert wird und auch dass mehrere teils nationale aber unfeindselig-friedliche und menschen- und umweltfreundliche Oberziele in wirtschaftlichen Gesellschaften beibehalten werden.

Dieser letzte Punkt bedarf der Erläuterung. Wir erkennen einen klaren Unterschied zwischen dem normative aber universalgültige Ideale bejahenden Salin und dem die Trennung der objektiven Wissenschaft und der praktischen Politik betonenden Sombart, der Max Weber darin zugestimmt hat. Beide wollten zwar in eigener Weise das Eindringen nationalsozialistischen Denkens in die Wirtschaftswissenschaft verhindern. Zu berücksichtigen sind aber erstens, dass eine zu harte Trennung mit einer völligen Übergabe der Praxis an zeitgenössische Machthaber deren extreme insbesondere zu nationalistische Politik wenig hindern kann; und zweitens, dass heute sozio-ökonomische normative Ideale namens „Substainable Development Goals“ (UNDP 2023) als universalgültige aus der Sicht der Menschenwürde und des Umweltschutzes international breit akzeptiert werden, wenngleich diese auch kaum literarisch reflektiert sind wie bei Salin. Aus diesen beiden Gründen

²² Und vor allem angesichts der laufenden Invasion der Ukraine durch die russische Armee.

scheint es uns sinnvoll, die Standpunkte Sombarts und Salins genauer zu vergleichen und Wirkungskräfte des Letzteren vor allem für heutige Fragen in den Blick zu nehmen (vgl. Fn. 16).

Nun kommen wir zu damaligen Zusammenhängen zurück. Da Spiethoffs bereits genannter Aufsatz „Die Allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie“ von 1932 der späteste bedeutende Modifizierungsversuch der drei hier behandelten Nationalökonomien ist, so werden diese Modifizierungen doch vielen Vereinsmitgliedern – zumindest leitenden Mitgliedern – zum Zeitpunkt der sog. „Machtergreifung“ der NSDAP 1933 schon bekannt gewesen sein. Wir wenden uns nun Wiskemanns nationalsozialistischer Interpretation des Schmollerschen Konzeptes zu, deren Rezeption unter den Vereinsmitgliedern sicher zu zwiespältigen Reaktionen geführt haben dürfte.

V. Nationalsozialistische Abweichungen vom Konzept Schmollers bei Wiskemann

In Wiskemanns Interpretation der Lehre Schmollers und seinen Vorschlägen zu deren Weiterentwicklung von seinem nationalsozialistischen Gesichtspunkt aus finden wir mehrere extrem sonderbare Modifizierungen des Schmollerschen Konzeptes in einer zu den obigen Modifizierungen gegenläufigen Richtung.

Der von ihm zusammen mit seinem ehemaligen Schüler Heinz Lütke herausgegebene Sammelband *Der Weg der deutschen Volkswirtschaftslehre – Ihre Schöpfer und Gestalter im 19. Jahrhundert* erschien 1937 in Berlin. Vorangestellt ist Wiskemanns richtungweisender Aufsatz „Der Nationalsozialismus und die Volkswirtschaftslehre“. Darin äußert er über Schmoller:

„Schmoller hat vom nationalsozialistischen Standpunkt aus das Verdienst, zum ersten Male vom ‚preußischen Sozialismus‘ gesprochen und diesen Tatbestand aufgewiesen zu haben. Und in diesem Sozialismus des preußischen Heeres und des preußischen Beamteniums findet ja der Nationalsozialismus auch im Wirtschaftsleben ein Beispiel, wenn er das Ganze unerbittlich vor das Einzelschicksal, die nationalen Interessen vor die sonstigen Interessen und die Pflicht vor den Anspruch stellt“ (Wiskemann 1937b, S. 13).

Hoch eingeschätzt wird hier Schmollers borussophiles Werturteil, dem Weber und ebenfalls Sombart kritisch gegenüberstehen. Hingegen wird bei Wiskemann die positive Würdigung Preußens besonders mit dessen militärischen und dirigistischen Charakterzügen begründet. Aber Schmoller akzentuierte die sozialpolitische Tradition seit Friedrich II. und anerkannte daher die leitende Position des Staates als Träger der Sozialpolitik. Dazu noch betonte Schmoller (1884, S. 16) „eine führende und beherrschende Rolle“ der

„politischen Organe“ als Träger der Wirtschaftspolitik zur Entwicklung von der „Dorfwirtschaft“ über „die Stadtwirtschaft, die Territorialwirtschaft“ bis zur „Staats- und Volkswirtschaft“. Aber das extrem militärisch geprägte, dirigistische Preußenbild Wiskemanns ist nicht identisch mit dem Schmollers. Wiskemann missbraucht bzw. instrumentalisiert das Schmollersche Modell mit nationalsozialistischer Zielsetzung. Das von Sombart interpretierte Schmollersche Staatsbild setzt – wie oben gesehen – weder wirtschaftlichen Dirigismus einer Bürokratie noch Militarismus voraus, sondern bedingt lediglich eine vertikale Struktur der Durchdringung des nationalen kulturellen Bewusstseins der wirtschaftlichen Organisationen in der Volkswirtschaft.

Wiskemann (1937b, S. 13) kritisiert in der Tat den nach wertfreier Forschung suchenden Max Weber „als Antipode[n]“ der Nationalsozialisten in seinem einleitenden Aufsatz, und am Ende des Sammelbandes Sombart gemeinsam mit Lütke in dem Beitrag „Gegenwärtige Richtungen in der deutschen Volkswirtschaftslehre“. Darin wird allerdings Sombarts dreistufiges Schema in *Die Ordnung des Wirtschaftslebens* erwähnt und die bedeutende Rolle des Geistes in seinem Konzept vorgestellt. Wiskemann und Lütke (1937, S. 186) urteilen deshalb einerseits so: „Im Nationalsozialismus ist für die Forschungen eines Sombart durchaus Platz.“ Aber andererseits muss dieser attackiert werden, denn dessen „Veranlagung und sein ganzes Streben gingen daraufhin, objektiv zu verstehen und zu analysieren, nicht aber einen politischen Kampf durchzuführen“.

Der Geist darf, nach Wiskemann (1937b, S. 8), kein bloßer Forschungsgegenstand sein, sondern muss von der Art sein, „Willensziele in die Wirklichkeit“ einzubringen. Konkreter gesagt, bedeutet dies: „Nach der Machtergreifung geht der Nationalsozialismus nun daran, dem deutschen Volk ein neues Haus zu bauen“ (ebd.). Die „Willensziele“ unterschieden sich offensichtlich von den Idealen Salins, die zwar aus der deutschen Kultur stammen, aber universale Gültigkeit beanspruchen können, zumal Wiskemann eine Aufgabe des Nationalsozialismus in der Volkswirtschaftslehre darin sieht, die „deutsche Art“ aufgrund der „moderne[n] rassenbiologische[n] Einsichten“ zu erkennen und den „Kampf deutscher Art um die Selbstbehauptung gegen fremde Art“ durchzuführen (ebd., S. 14 f.). Dies ist selbstverständlich deutlich rassistischer als das, was Schmoller über die Rassenüberlegenheit in seinem *Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre* schrieb (vgl. Fn. 13).

In den zitierten Schriften Wiskemanns findet sich aber der Name des seit 1927 an der Universität Basel in der Schweiz lehrenden Salin gar nicht, der gleich im Jahre 1933 einen kritischen Brief an Wiskemann geschrieben hatte, in dem er dessen Aufsatz „Wissenschaft und Praxis in der Volkswirtschafts-

lehre“ vom selben Jahr als „eine Entgleisung“²³ bezeichnete. Darin hatte Wiskemann – soweit dem Autor dieses Beitrags bekannt – zum ersten Mal in einer wirtschaftlichen Fachzeitschrift sein Bekenntnis zum Nationalsozialismus unmissverständlich so dargelegt: „Die Darstellung sollte erkennen lassen, daß die gesammte *Volkswirtschaftslehre* im *nationalsozialistischen Staat*, daß vor allem das Verhältnis von Wissenschaft und politischer Praxis völlig neugestaltet werden muß“ (*Wiskemann* 1933b, S. 1165).

VI. Gedankliche Motivation der Selbstauflösung und unsere Aufgabe: Schlussbemerkungen

Eben das Konzept Schmollers, das Sombart, Salin und Spiethoff mit vielen Mühen weiterentwickelt und dadurch die internationale Rezeption Schmollers aus pluralistischer Perspektive ermöglicht hatten, wollte Wiskemann nicht lediglich in seiner Art beibehalten; vielmehr modifizierte er dieses Konzept mit nationalsozialistisch-konfrontativer Zielsetzung in einer extremen Weise.

Dies führt uns zurück auf die eingangs nur knapp geschilderte letzte Phase des Vereins für Socialpolitik bis zur Selbstauflösung, die in mehreren Schritten erfolgte.

²³ Brief Salin an Wiskemann vom 1.8.1933. Darin schreibt Salin auch: „Dennoch dürfen Sie [...] am wenigsten vor der Oeffentlichkeit den Eindruck erwecken, als kämen Sie mit völlig neuen Forderungen und Behauptungen. Denn Sie sind klug genug um zu wissen, dass das Richtige Ihres Aufsatzes nicht neu ist, und dass die wenigen neuen Sätze recht fragwürdig sind. [...] Ich erwarte keine Antwort mehr auf diesen Brief.“ Einige Monate zuvor hatte Salin ein Schreiben Wiskemanns vom 25.2.1933 erhalten: zum Tod seines Lehrers Walter Troeltsch am 23.2., zur darauffolgenden „Frage der Nachfolgeschafft“ unter seinen Schülern in Marburg, insbesondere Wiskemann und Wilhelm Röpke (1899–1966), sowie zu Wiskemanns Meinung über Röpke, dass „ich ihm sicher in vieler Beziehung unbequem und geistig und politisch fern bin“ (*Wiskemann* 1933e). Dieser später als Deutschland vertretender liberaler Nationalökonom berühmte Mann hielt eben zwei Tage später, d.h. am 27.2., eine Grabrede für den Verstorbenen, in der er es wagte, seinen Lehrer durch ein Gleichnis vom Gärtner im Kampf gegen Unkraut und Ungeziefer zu verehren und dadurch die Nationalsozialisten zu kritisieren. Deshalb ließ ihn die Regierung aus der Universität und sogar aus Deutschland jagen, so dass er nach Istanbul fliehen musste (vgl. Hennecke 2005, S. 90–93). In diesem Zusammenhang machen diese aus den Briefen zu ersehenden Ereignisse eine durchaus bedeutende Unterscheidung zwischen der nationalsozialistischen und der liberalen sozialmarktwirtschaftlichen Volkswirtschaftslehre in Deutschland aus. An dieser Stelle sei Hauke Janssen herzlich für seine auf Wunsch des Autors angefertigte Transkription des einzigen handschriftlichen Briefs der Korrespondenz zwischen Salin und Wiskemann in der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek Basel (*Wiskemann* 1933e) und für seinen lehrreichen Hinweis dazu gedankt.

Im ersten Schritt: Im Oktober 1933 in Berlin tagte der Hauptausschuss des Vereins unter dem Vorsitzenden Sombart, und dabei wurden von ihm Reformen des Vereins vorgeschlagen. Zur Übersendung seiner „Unterlage“ behauptete er: „Hierdurch beehe ich mich mitzuteilen, daß Herren *Lederer* und *v. Mises* auf mein Ersuchen im Hinblick auf das Gleichschaltungsgesetz ihre Ämter im Vorstand des Vereins bzw. des Fachausschusses für Theorie niedergelegt haben. Herr *v. Mises* ist aus dem Verein ausgetreten“ (*Sombart* 1933a, S. 273). Die beiden jüdisch-stämmigen Vorstandsmitglieder Emil Lederer (1882–39) und Ludwig von Mises (1881–1973) erhielten Gelegenheit zum Rücktritt, um eine Amtsenthebung zu umgehen – Sombart musste beide ausschließen. Die nationalsozialistische Einmischung in wissenschaftliche Tätigkeiten des Vereins wurde in dieser Weise immer wieder versucht. So zeigte *Sombart* (1933b, S. 274) die „Verquickung praktisch-politischer und wissenschaftlicher Erörterungen“ als den ersten der „*Hauptübelstände im Betrieb*“ unter anderen. Hieraus ist zu ersehen, dass Sombart an diese „Verquickung“, d.h. die direkte NS-Einmischung in die Wissenschaft, in erster Linie dachte, wenngleich seine schriftlich aufgezeigten Reformpläne hauptsächlich auf die Verbesserung der finanziellen Lage des Vereins gerichtet waren.²⁴

Im zweiten Schritt: Im Hauptausschuss am 13. April 1935 in Berlin stand Sombart „das Scheitern aller Versuche, an denen dieser [der Vorstand Sombart] es nicht habe fehlen lassen, mit den Behörden oder maßgebenden Persönlichkeiten der NSDAP Fühlung zu nehmen“. Und als Folge davon äußerte *Sombart* (1935, S. 278) weiter, dass er „zuletzt zu der Überzeugung gelangt [ist], daß nur noch die Möglichkeit offen bleibt, den Verein aufzulösen“.

Im dritten Schritt: In der Mitgliederversammlung am 30. Juni 1935 wurde der Vorschlag von Sombart zur Auflösung des Vereins auf die Tagesordnung gesetzt und diskutiert. Dabei erklärte Sombart seinen Vorschlag, „daß er [der Verein] freiwillig aus dem Leben scheidet, im Bewußtsein, sein Leben gelebt, seine Aufgaben, die sehr oft der Größe nicht entbehrten, erfüllt zu haben. Wenn wir Ihnen vom Vorstand aus die Auflösung des Vereins empfehlen, so glauben wir damit am besten im Sinne des Vereins und seiner zum Teil großen Tradition zu handeln“ (*Sombart/Dietze* 1935, S. 284). Das bedeutet, dass die beste Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der „großen Tradition“ des Vereins seine „freiwillig[e]“ Selbstauflösung ist und diese also viel besser ist, um „im Bewußtsein“ lebendig zu bleiben, als der entscheidende Verlust der wissenschaftlichen Unabhängigkeit des Vereins. Gegen diesen Vor-

²⁴ Uns bekannt als Salins letzter Brief an Sombart in der NS-Zeit ist *Salin* (1933b) vom 24.10.1933 mit seiner Zustimmung zu den Reformplänen Sombarts. Der Autor dieses Beitrags dankt Hauke Janssen für eine Kopie dieses Briefes im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin.

schlag führte aber dann Constantin von Dietze (1891–1973)²⁵ von der Universität Berlin „das Wort zur Begründung des anderen Antrags, der auf das Bestehenbleiben des Vereins gerichtet ist“ (*Boese* 1935, S. 281), und argumentierte, „daß der Verein, der es in der Vergangenheit verstanden hat, mit dem Wandel der sozialen Problematik Schritt zu halten, noch heute berechtigt und verpflichtet ist, diesen Kurs weiterzusteuern“ (*Sombart/Dietze* 1935, S. 286). Als Folge der darauffolgenden Abstimmung wurde der Vorschlag der Auflösung abgelehnt und Dietze zum neuen Vorstand berufen.

Im vierten Schritt: Nun strebte der neue Vorstand Dietze danach, mit der NSDAP über die „Erfüllung des im Vorjahr übernommenen Auftrages [...], daß dem Verein eine solche Unabhängigkeit gewahrt würde“, zu verhandeln. Aber dass dies zum Scheitern verurteilt war, ergab sich offensichtlich aus der Tatsache, dass nicht einmal die von ihm vorgesehene Tagesordnung zur nächsten Mitgliederversammlung von seiner Seite festgesetzt werden durfte (vgl. *Boese* 1936, S. 289). Zwar fand die Mitgliederversammlung am 25. April 1936 in Berlin statt, da aber kurz davor die eingangs dargestellten Forderungen der NSDAP an den Verein zur „lebendige[n] Fortführung seiner Arbeit im nationalsozialistischen Sinne“ (NSDAP 1936, S. 290) samt Ernennung von Wiskemann dem Vorstand schriftlich vorgelegt worden waren, standen die Vereinsmitglieder wieder vor der Entscheidung, entweder auf ihre wissenschaftliche Unabhängigkeit zu verzichten oder die Selbstauflösung zu wählen, und entschieden sich nun für die von Sombart bereits im Jahr zuvor empfohlene, letztere Möglichkeit.²⁶

Die führenden Mitglieder des Vereins, die die neuen von Sombart, Salin und Spiethoff erarbeiteten Erkenntnisse schon als gemeinsame Grundlage erachteten, hatten sicherlich ein Bewusstsein für die Gefahr, die in der Annahme der Forderungen der NSDAP liegen würde, hätten sie doch selbst den Erfolg ihrer produktiven Aneignung des Konzepts nun im Namen des Vereins dementieren müssen. Diese geistige Unterwerfung galt es unbedingt zu ver-

²⁵ Dietze, der als Mitglied der Bekennenden Kirche dem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstand, mußte danach von Berlin nach Freiburg i.Br. wechseln. Er hatte auch Kontakte zu Dietrich Bonhoeffer (1906–45) und Carl Friedrich Goerdeler (1884–1945) und wurde aufgrund dieser Kontakte zum Widerstand gegen das NS-Regime im September 1944 verhaftet und wegen Hoch- und Landesverrats angeklagt. An der Universität Freiburg pflegte er Umgang mit Walther Eucken (1891–1950), Adolf Lampe (1897–1948) u.a. und trug auch dadurch zur späteren Bildung der auf Soziale Marktwirtschaft gerichteten Freiburger Schule bei (vgl. *Goldschmidt* 2008, S. 91–95).

²⁶ Vgl. *Boese* (1936, S. 289–91). Tatsächlich fand erst am 19.12.1936 die finale Mitgliederversammlung des Vereins statt. Diese war fast nur auf formelle Sachen wie Liquidation usw. gerichtet, aber insofern auch von Bedeutung, als Boese dabei mit der Abfassung einer Monographie über die Geschichte des Vereins beauftragt wurde (vgl. *Boese* 1939, S. 294).

meiden und den erreichten Erkenntnisstand der Schmoller-Interpretation bis zum Ende des Vereins ehrenhaft beizubehalten und an spätere Generationen weiterzugeben.

Die uns heute gegebene Aufgabe besteht nach Ansicht des Verfassers darin, diese sozusagen verborgenen Botschaften der damaligen Vereinsmitglieder im Zusammenhang mit dem individuell schwer erträglichen Entschluss zur Selbstauflösung des Vereins für Socialpolitik zu verstehen und den darin zum Ausdruck gebrachten Widerstand gegen politische Bevormundung bzw. Unterdrückung geistiger Freiheit weiter in der Gegenwart aufrechtzuerhalten.

Nachtrag in Bezug auf das damalige Japan

Bemerkenswert ist, dass sich auch im Japan der 1930er und frühen 1940er Jahre unterschiedliche Standpunkte bei der Frage bildeten, wie die nationalsozialistische Interpretation der Schmollerschen Lehre und die Selbstauflösung des Vereins für Socialpolitik zu bewerten sei.

Hiroshi Kaneko (1898–1964), der damals der Handelsuniversität Tokio (heute Hitotsubashi University) angehörte und als Übersetzer bekannt war, übersetzte bereits 1938 den gerade erst 1937 von Wiskemann und Lütke herausgegebenen Sammelband *Der Weg der deutschen Volkswirtschaftslehre* ins Japanische (*Anonym* 1965, S. 151–57). Er appellierte an das japanische Publikum, den Inhalt als die vorbildliche Wirtschaftslehre schlechthin aus dem militärisch verbündeten Deutschen Reich zu betrachten und zu übernehmen. Kaneko forderte, ein Äquivalent in Japan auf der Basis der Wiskemannschen Thesen, d. h. der dort NS-politisch neu begründeten Interpretation der deutschen Wirtschaftswissenschaften, auszuarbeiten.²⁷

Übersetzt wurde schon 1935 auch die 2. Auflage von Salins *Geschichte der Volkswirtschaftslehre* von Zenya Takashima (1904–90) von der Handelsuniversität Tokio. Er zeigt 1941 von einem immanent vertretenen linksliberalen Standpunkt aus, dass die „anschauliche Theorie“ im deutschsprachigen Raum rationale englische, klassische Wirtschaftsideen subsumiert. Takashima kritisiert japanische Lobredner der deutschen nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre indirekt, da sie selbst hingegen stets den klassischen Liberalismus ausschließen (vgl. *Harada* 1997; 2012). Dieser Versuch moderaten Widerstands gegen die militaristische Richtung aus der Perspektive des Historikers der Wirtschaftswissenschaften war gerade noch als wissenschaftliche Argumentation im damaligen dirigistischen Japan erlaubt.

²⁷ Vgl. Kaneko (1938, S. 8 f.). Kaneko publizierte auch japanische Übersetzungen von Gottl-Ottlilienfelds Büchern (vgl. *Anonym* 1965, S. 154).

Ein weiterer Historiker der Wirtschaftswissenschaften, Kazuo Okochi (1905–84) von der Kaiserlichen Universität Tokio – heute University of Tokyo, deren Rektor er nach dem Krieg wurde –, leistete impliziten Widerstand auf andere Weise. Nachdem er 1936 sein Buch *Geschichte des deutschen sozialpolitischen Denkens* (in Japanisch) über Entstehung und Entwicklung des Vereins für Socialpolitik und deren sozialpolitische Ideen um Schmoller veröffentlicht hatte, registrierte er die Selbstauflösung des Vereins von 1936 unter dem Druck der NSDAP und veröffentlichte dann im Jahre 1940 einen Aufsatz über „Neueste Materialien in Bezug auf die Geschichte der deutschen Socialpolitik“. Hierin gab er Boeses ausführliche Darstellung von den übergriffigen Forderungen der NSDAP an den Verein und dessen Reaktionen bis zur Selbstauflösung genau wieder, und zwar ohne die Ansprüche der Nationalsozialisten auf die eine oder andere Weise auch nur im Geringsten positiv zu bewerten oder gar zu rechtfertigen.²⁸ Dadurch war es für seine Leser aber sicherlich unschwer zu erkennen, dass Okochi die Selbstauflösung durchaus bedauernswürdig fand und den Nationalsozialisten kritisch gegenüberstand.

In der Nachkriegszeit stiegen sowohl Takashima und Okochi als auch von ihnen beeinflusste Wissenschaftler wie Noboru Kobayashi (1916–2010) und Hiroshi Mizuta (1919–2023) zu bedeutenden Repräsentanten der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Welt im demokratischen Japan auf. Kobayashi, der als „heimlicher König der japanischen wirtschaftswissenschaftlichen Dogmengeschichte“ (Schefold 2016, S. 329) bezeichnet werden darf, erläuterte einerseits James Steuarts Geldlehre in Bezug auf Keynes und andererseits Friedrich Lists demokratische Seite und seine daraus resultierende, quasi-expansionistische Tendenz – hinweisend auf eine Ähnlichkeit der früheren Auswanderung verarmer Bauern aus Japan nach der Mandschurei – sowie die daraus zu gewinnenden, lehrreichen Hinweise für heutige Fragen (vgl. Harada 2015). Mizuta (1975; 1988; 1993) initiierte die Einführung der westlich liberal-demokratischen sozio-ökonomischen Ideen im Nachkriegsjapan durch seine Studien über die europäische, insbesondere schottische Aufklärung und Adam Smith. Zu diesem Zweck vor allem initiierte er darüber hinaus die Gründung der Society for the History of Social Thought in Japan, die dann im Jahre 1976 unter dem Gründungs- und Ersten Vorsitzenden Mizuta entstand.²⁹ Diese Gesellschaft besteht z. Zt. aus ca. 650 Mitgliedern und wirkt zusammen mit The Japanese Society for the History of Economic Thought (JSHET, ca. 500 Mitglieder), deren Vorsitz sowohl Kobayashi als

²⁸ Okochi (1940, S. 96–106). Dieser Aufsatz wird später wieder abgedruckt in der zweiten Auflage seines Buchs *Geschichte des deutschen sozialpolitischen Denkens*, 2 Bände, Tokyo 1949–51.

²⁹ Vgl. The Society for the History of Social Thought 1976, S. 274.

auch Mizuta zeitweise innehatten, für Forschungen zur Geschichte der Wirtschaftswissenschaften insbesondere aus ideengeschichtlicher Perspektive.

Literatur

- Albrecht*, Gerhard (1949): Vorwort, in: Gerhard Albrecht/Helmut Arndt (Hrsg.), Volkswirtschaftliche Probleme des deutschen Außenhandels – Bericht über die erste Mitglieder-Versammlung des Vereins, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Bd. 1, Berlin/München: Duncker & Humblot, S. 7–8.
- Anonym* (1949): Zweiter Tag, Donnerstag, den 16. September 1948 – Mitgliederversammlung, in: Gerhard Albrecht/Helmut Arndt (Hrsg.), Volkswirtschaftliche Probleme des deutschen Außenhandels – Bericht über die erste Mitglieder-Versammlung des Vereins, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Bd. 1, Berlin/München: Duncker & Humblot, S. 83–86.
- Anonym* (1965): Dr. Hiroshi Kanekos Lebenslauf, Familie und Werke (in Japanisch), in: The Journal of Economics of Kwansei Gakuin University, 18 (4), S. 151–57.
- Backhaus*, Jürgen (1993): Einleitung, in: Jürgen Backhaus (Hrsg.), Gustav von Schmoller und die Probleme von heute, Berlin: Duncker & Humblot, S. 7–16.
- Backhaus*, Ursula/*Chaloupek*, Günter/*Frambach*, Hans A. (2018): Introduction, in: Jürgen Backhaus/Günter Chaloupek/Hans A. Frambach (Hrsg.), Gustav von Schmoller and Adolph Wagner – Legacy and Lessons for Civil Society and the State, Cham: Springer, S. 1–5.
- Beckerath*, Erwin von/*Kloten*, Norbert/*Kuhn*, Helmut (1965): Wirtschaftswissenschaft: Methodenlehre, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 12, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht , S. 288–328.
- Boese*, Franz (1935): Protokoll der Mitgliederversammlung und der Sitzung des Hauptausschusses vom 30. Juni 1935 in Berlin im Landwehrkasino, in: Franz Boese, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 188, Berlin: Duncker & Humblot 1939, S. 280–81.
- Boese*, Franz (1936): Protokoll der Mitgliederversammlung vom 25. April 1936 in Berlin, in: Franz Boese, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 188, Berlin: Duncker & Humblot 1939, S. 288–92.
- Boese*, Franz (1939): Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 188, Berlin: Duncker & Humblot.
- Brandt*, Karl (1992–93): Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre, 2 Bände, Freiburg i. Br.: Haufe.
- Brandt*, Karl (1996): Gustav Schmoller und die Neue Institutionenökonomie – Bemerkungen zu Birger P. Priddat: „Die andere Ökonomie“, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 225 (1), S. 114–17.
- Brügelmann*, Hermann (1936 [„versiegelt“ 1937]): Die Geschichte der Friedrich List-Gesellschaft e.V. [Manuskript], Stadtarchiv Reutlingen, Signatur: L 10 Nr. 183 Ms.

- Brügelmann, Hermann (1956): Politische Ökonomie in kritischen Jahren – Die Friedrich List-Gesellschaft e. V. von 1925–1935, mit einer Einleitung von Edgar Salin, Tübingen: Mohr Siebeck.*
- Dopfer, Kurt (1988): How Historical Is Schmoller's Economic Theory, in: Journal of Institutional and Theoretical Economics (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft), 144 (3), S. 552–69.*
- Gemeinhardt, H. A. (1996): Zur Geschichte des List-Archivs in Reutlingen – Ein Blick auf 150 Jahre Traditionspflege in Friedrich Lists Vaterstadt, in: Reutlinger Geschichtsblätter, N. F., Nr. 35, S. 267–329.*
- George, Stefan (1928): Gesamt-Ausgabe der Werke, Bd. 8: Der Stern des Bundes, Berlin: Georg Bondi.*
- Goethe, Johann Wolfgang von (1829): Werke, Hamburger Ausgabe in 14 Bänden, Bd. VIII: Wilhelm Meisters Wanderjahre (1829), Hamburg: Christian Wegner 1950.*
- Goldschmidt, Nils (2006): Schmoller's Legacy for the 21st Century – Editorial Preface, in: Schmollers Jahrbuch, 126 (2), S. 139–40.*
- Goldschmidt, Nils (2008): Zur Einführung – Wirtschafts- und Sozialordnung (1943), in: Nils Goldschmidt/Michael Wohlgemuth (Hrsg.), Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 91–98.*
- Harada, Tetsushi (1997): Two Developments of the Concept of Anschauliche Theorie (Concrete Theory) in Germany and Japan, in: Peter Koslowski (Hrsg.), Methodology of the Social Sciences, Ethics, and Economics in the Newer Historical School – From Max Weber and Rickert to Sombart and Rothacker, Berlin/Heidelberg: Springer, S. 375–412.*
- Harada, Tetsushi (2009): Die Anschauliche Theorie als Fortsetzung der historischen Schule im George-Kreis – Edgar Salin unter dem Einfluss Edith Landmanns, in: Roman Köster/Werner Plumpe/Bertram Scheffold/Korinna Schönhärl (Hrsg.), Das Ideal des schönen Lebens und die Wirklichkeit der Weimarer Republik – Vorstellung von Staat und Gemeinschaft im George-Kreis, Berlin: Akademie Verlag, S.195–210.*
- Harada, Tetsushi (2012): Die modifizierende Aufnahme der „Anschaulichen Theorie“ bei Z. Takashima und ihre Nachwirkungen – Ein Stammbaum der ideengeschichtlichen Wirtschaftsforschungen in Japan, in: Heinz Dieter Kurz (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXVII: Der Einfluss deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Denkens in Japan, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 115/XXVII, Berlin: Duncker & Humblot, S. 91–103.*
- Harada, Tetsushi (2013): Verluste von einem großen Dorf Japan (in Japanisch), in: Econo Forum 21, 19, S. 10–11.*
- Harada, Tetsushi (2015): Über die Beschäftigung Noboru Kobayashis mit Friedrich List – Ein Beitrag zur List-Rezeption in Japan, in: Reutlinger Geschichtsblätter, Jg. 2014 (ersch. 2015), N. F., Nr. 53, S. 115–131.*
- Harada, Tetsushi (2016): Wirtschaftssystem und Entwicklung bei Werner Sombart – Wirtschaft als „Kulturbereich“ in seinem Werk „Die Ordnung des Wirtschaftslebens“. Zum Andenken an Karl Brandt (1923–2010), in: Heinz Dieter Kurz*

- (Hrsg.), *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXXI: Geschichte der Entwicklungstheorien, Schriften des Vereins für Socialpolitik*, Bd. 115/XXXI, Berlin: Duncker & Humblot, S. 77–91.
- Harada*, Tetsushi (2020): Deutsche Wirtschaftsideen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – Deutsche Klassiker, Romantik und Friedrich List (in Japanisch), Kyoto: Minerva Shobo.
- Hennecke*, Hans Jörg (2005): *Wilhelm Röpke – Ein Leben in der Brandung*, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaft (Hrsg.) (1938): *Die wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer an den reichsdeutschen Hochschulen und an der TH Danzig – Werdegang und Veröffentlichungen*, Stuttgart/Berlin: Kohlhammer.
- Janssen*, H. (2012): *Nationalökonomie und Nationalsozialismus – Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts*, 4. Aufl., Marburg: Metropolis.
- Kaneko*, H. (1938): Vorwort (in Japanisch), in: Kanekos japanische Übersetzung von Erwin Wiskemann, Heinz Lütke (Hrsg.), *Der Weg der deutschen Volkswirtschaftslehre – Ihre Schöpfer und Gestalter im 19. Jahrhundert*, Berlin 1937, Tokio: Nippon Hyoron Sha.
- Koslowski*, Peter (1991): Ethische Ökonomie als Synthese von ökonomischer und ethischer Theorie, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 208 (2), S. 113–139.
- Landmann*, Edith (1932): *Die Transzendenz des Erkennens*, Berlin: Georg Bondi.
- Landmann*, Georg Peter (1974): *Vorträge über Stefan George – Eine biographische Einführung in sein Werk*, Düsseldorf/München: Helmut Küpper.
- Lenger*, Friedrich (2012): *Werner Sombart 1863–1941. Eine Biographie*, 3. Aufl., München: Beck.
- Lenz*, Friedrich (1936): *Friedrich List – Der Mann und das Werk*, München/Berlin: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Lenz*, Friedrich/Wiskemann, Erwin (1931): Vorwort zum siebten Band, in: Friedrich List, *Schriften/Reden/Briefe*, hrsg. von Erwin von Beckerath/Karl Goeser/Friedrich Lenz/William Notz/Edgar Salin/Artur Sommer, Bd. VII, Berlin: Hobbing 1931, S. XI–XIII.
- Lindenlaub*, Dieter (1967): *Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik*, 2 Teile, Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 52–53, Wiesbaden: Steiner.
- List*, Friedrich (1927–1935): *Schriften/Reden/Briefe*, hrsg. von Erwin von Beckerath/ Karl Goeser/Friedrich Lenz/William Notz/Edgar Salin/Artur Sommer, 10 bzw. 12 Bände (Band I und Band III bestehen je aus zwei Halbbänden), Berlin: Hobbing.
- List*, Friedrich (1841): *Das nationale System der politischen Ökonomie*, in: Friedrich List, *Schriften/Reden/Briefe*, hrsg. von Erwin von Beckerath/Karl Goeser/Friedrich Lenz/William Notz/Edgar Salin/Artur Sommer, Bd. VI, Berlin: Hobbing 1930 (in diesem Band ist die dritte Aufl. von 1844 wiederabgedruckt).

- List, Friedrich* (1842): Die Ackerverfassung, die Zwergwirtschaft und die Auswanderung, in: Friedrich List, Schriften/Reden/Briefe, hrsg. von Erwin von Beckerath/Karl Goeser/Friedrich Lenz/William Notz/Edgar Salin/Artur Sommer, Bd. V, Berlin: Hobbing 1928, S. 418–547.
- List, Friedrich* (1845–46): Die politisch-ökonomische Nationaleinheit der Deutschen, in: Friedrich List, Schriften/Reden/Briefe, hrsg. von Erwin von Beckerath/Karl Goeser/Friedrich Lenz/William Notz/Edgar Salin/Artur Sommer, Bd. VII, Berlin: Hobbing 1931, S. 441–502.
- Meitzel, Carl* (1926): Schmoller, Gustav von, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Bd. 7, Jena: Gustav Fischer, S. 251–53.
- Menger, Carl* (1884): Die Irrtümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie, Wien: Hölder.
- Mizuta, Hiroshi* (1975): Moral Philosophy and Civil Society, in: Andrew Stewart Skinner/Thomas Wilson (Hrsg.): Essays on Adam Smith (Associated Volume of: The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith), Oxford: Oxford University Press, S. 114–131.
- Mizuta, Hiroshi* (1988): Historical Introduction, in: Chuhei Sugiyama/Hiroshi Mizuta (Hrsg.): Enlightenment and Beyond – Political Economy Comes to Japan, Tokyo: University of Tokyo, S. 3–33.
- Mizuta, Hiroshi* (1993): Conclusion, in: Hiroshi Mizuta/Chuhei Sugiyama (Hrsg.), Adam Smith – International Perspectives, London/New York: Palgrave Macmillan, S. 315–21.
- Morota, Minoru* (2018): Der einzigartige Nationalökonom List (in Japanisch), Yokohama: Shumpusha.
- Morota, Minoru* (2022): Veröffentlichung der Sämtlichen Werke von Friedrich List (in Japanisch), Yokohama: Shumpusha.
- Nau, Heino Heinrich* (1998): Politisches Ethos und sozialökonomisches Telos – Gustav Schmollers Konzept einer historisch-ethischen Nationalökonomie als Kulturwissenschaft, in: Gustav Schmoller – Historische Nationalökonomie als Kulturwissenschaft, Ausgewählte methodologische Schriften, herausgegeben und eingeleitet von Heino Heinrich Nau, Marburg: Metropolis, S. 13–65.
- NSDAP, Gauleitung Groß-Berlin* (1936): Brief an den Verein für Socialpolitik, in: Franz Boese, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 188, Berlin: Duncker & Humblot 1939, S. 290–91.
- Okochi, Kazuo* (1936): Geschichte des deutschen sozialpolitischen Denkens (in Japanisch), Tokio: Nippon Hyoron Sha.
- Okochi, Kazuo* (1940): Neueste Materialien in Bezug auf die Geschichte der deutschen Sozialpolitik (in Japanisch), in: The Journal of Economics, Kaiserliche Universität Tokio, 10 (5), S. 75–106.
- Peukert, Helge* (2001): The Schmoller Renaissance, in: History of Political Economy, 33 (1), S. 71–116.
- Priddat, Birger P.* (1995): Die andere Ökonomie – Eine neue Einschätzung von Gustav Schmollers Versuch einer „ethisch-historischen“ Nationalökonomie im 19. Jahrhundert, Marburg: Metropolis.

- Richter, Rudolf* (1988): Views and Comments on Gustav Schmoller and the Methodenstreit – Editorial Preface, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics* (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft), 144 (3), S. 524–26.
- Rieter, Heinz/Zweynert, Joachim* (2006): Gustav Schmoller and Globalisation, in: *Schmollers Jahrbuch*, 126 (2), S. 225–50.
- Salin, Edgar* (1927): Hochkapitalismus – Eine Studie über Werner Sombart, die deutsche Volkswirtschaftslehre und das Wirtschaftssystem der Gegenwart, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 25 (1), S. 314–44.
- Salin, Edgar* (Hrsg.) (1929a): Das Reparationsproblem, 2 Teile (Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft e.V., Bd. 1–2), Berlin: Hobbing.
- Salin, Edgar* (1929b): Geschichte der Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Berlin: Springer.
- Salin, Edgar* (1930a): Die deutschen Tribute – Zwölf Reden, Berlin: Hobbing.
- Salin, Edgar* (1930b): Brief Salin an Wiskemann vom 15. Sept. 1930, Universitätsbibliothek Basel, Schriftlicher Nachlass Edgar Salin (1892–1974), NL 114: Fb 3090–3091: 2 Briefe an E. Wiskemann 1930–1938.
- Salin, Edgar* (1932): Wirtschaft und Staat – Drei Schriften zur deutschen Weltlage, Berlin: Hobbing.
- Salin, Edgar* (1933a): Brief Salin an Wiskemann vom 1. Aug. 1933, Universitätsbibliothek Basel, Schriftlicher Nachlass Edgar Salin (1892–1974), NL 114: Fb 3090–3091: 2 Briefe an E. Wiskemann 1930–1938.
- Salin, Edgar* (1933b): Brief Salin an Sombart vom 24. Okt. 1933, GStA, Rep 196, Nr. 62, Bl. 10.
- Schefold, Bertram* (1989): Schmoller als Theoretiker, in: Horst Claus Recktenwald/Wolfram Engels/Herbert Hax/Friedrich August von Hayek (Hrsg.), *Vademecum zu einem Klassiker der historischen Methode in der ökonomischen Wissenschaft*, Düsseldorf: Wirtschaft und Finanzen, S. 77–103.
- Schefold, Bertram* (1992): Nationalökonomie als Geisteswissenschaft – Edgar Salins Konzept einer anschaulichen Theorie, in: *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, 18 (4), 303–24.
- Schefold, Bertram* (2016): Nachruf auf Noboru Kobayashi (1916–2010), in: Hans-Michael Trautwein (Hrsg.), *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXX: Die Zeit um den Ersten Weltkrieg als Krisenzeitz der Ökonomen, Schriften des Vereins für Socialpolitik*, Bd. 115/XXX, Berlin: Duncker & Humblot, S. 15–46.
- Schmidt, Karl-Heinz* (2018): Gustav Schmoller's Program and Its Valuation Today and Tomorrow, in: Jürgen Backhaus/Günter Chaloupek/Hans A. Frambach (Hrsg.), *Gustav von Schmoller and Adolph Wagner – Legacy and Lessons for Civil Society and the State*, Berlin/Heidelberg: Springer, S. 7–20.
- Schmoller, Gustav* (1872): Eröffnungsrede, in: Franz Boese, *Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932, Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, Bd. 188, Berlin: Duncker & Humblot 1939, S. 6–11.

- Schmoller, Gustav (1874–75): Offenes Sendschreiben an Herrn Professor Dr. Heinrich von Treitschke über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 23, 1874, S. 225–349; Bd. 24, 1875, S. 81–119 (später separat als Buch unter dem Titel: Ueber einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft. Ein offenes Sendschreiben an Herrn Professor Dr. Heinrich von Treitschke, Jena 1875).*
- Schmoller, Gustav (1884): Studien über die wirthschaftliche Politik Friedrichs des Großen und Preußens überhaupt von 1680 bis 1786, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 8, S. 1–61.*
- Schmoller, Gustav (1900–04): Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 2 Teile, Leipzig: Duncker & Humblot.*
- Schönhärl, Korinna (2009): Wissen und Visionen – Theorie und Politik der Ökonomien im Stefan-George-Kreis, Berlin: Akademie Verlag.*
- Schumpeter, Joseph Alois (1926): Gustav v. Schmoller und die Probleme von Heute, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, 50 (1), S. 337–88.*
- Schumpeter, Joseph Alois (1954): History of Economic Analysis, Oxford: Oxford University Press 1972.*
- Simon, Norbert (Hrsg.) (1998): Duncker & Humblot. Verlagsbibliographie 1798–1945, Berlin: Duncker & Humblot.*
- Sombart, Werner (1925): Die Ordnung des Wirtschaftslebens, München/Leipzig: Duncker & Humblot.*
- Sombart, Werner (1930): Die drei Nationalökonomien – Geschichte und System der Lehre von der Wirtschaft, München/Leipzig: Duncker & Humblot.*
- Sombart, Werner (1933a): An die Mitglieder des Hauptausschusses und der Fachauschüsse, in: Franz Boese, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 188, Berlin: Duncker & Humblot 1939, S. 273.*
- Sombart, Werner (1933b): Unterlagen zu einer Aussprache über eine etwaige Neugestaltung des Vereins für Sozialpolitik, in: Franz Boese, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 188, Berlin: Duncker & Humblot 1939, S. 273–77.*
- Sombart, Werner (1934a): Deutscher Sozialismus, Berlin: Buchholz & Weisswange.*
- Sombart, Werner (1934b): Alte und neue Nationalökonomie – Antwort an Wiskemann I, in: Der deutsche Volkswirt, 45, 10. August, S. 2009–11.*
- Sombart, Werner (1934c): Vom praktischen Nutzen des theoretischen Wissens – Antwort an Wiskemann II, in: Der deutsche Volkswirt, 46, 17. August, S. 2055–57.*
- Sombart, Werner (1935): Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 13. April 1935 in Berlin im Landwehrcasino, in: Franz Boese, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 188, Berlin: Duncker & Humblot 1939, S. 277–79.*

- Sombart, Werner/von Dietze, Constantin* (1935): Um Fortbestand des Vereins für Sozialpolitik. Aus der Mitgliederversammlung am 30. Juni 1935, in: Franz Boese, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 188, Berlin: Duncker & Humblot 1939, S. 282–86.
- Spahn, Peter* (2021): Schmoller und der Rassismus in der VWL, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. April.
- Spiethoff, Arthur* (1925): Krisen, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Bd. 6, Jena, S. 8–91.
- Spiethoff, Arthur* (1932): Die Allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie – Die Wirtschaftsstile, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, 56 (2), S. 891–924.
- Spiethoff, Arthur* (1938): Gustav von Schmoller und die anschauliche Theorie der Volkswirtschaft, in: Arthur Spiethoff (Hrsg.), Gustav von Schmoller und die deutsche geschichtliche Volkswirtschaftslehre. Festgabe zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages 24. Juni 1938, Berlin: Duncker & Humblot, S. 16–35.
- The Society for the History of Social Thought (1976): Zur Gründung der Society for the History of Social Thought (in Japanisch), in: Annals of the Society for the History of Social Thought, 46, 2022 (ursprünglich geschrieben im Jahre 1976, aber in jeder Nummer von diesem Annal wieder aufgezeigt), S. 274.
- UNDP (2023): Sustainable Development Goals, United Nations Development Programme, <https://www.undp.org/sustainable-development-goals> (Stand: 25. Jan. 2023).
- Weber, Max* (1904): Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 19 (1), S. 22–87.
- Wendler, Eugen* (2021): Erinnerung an die ehemalige „Friedrich List-Gesellschaft (FLG)“ – Würdigung ihres Initiatoren Edgar Salin sowie der anderen Herausgeber der Gesamtausgabe von Lists „Schriften/Reden/Briefe“, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 47, S. 237–86 (der größte Teil davon ist abgedruckt in *Wendler* 2022, S. 191–237).
- Wendler, Eugen* (2022): Die Denkart von Friedrich List – „Wider den Herrendünkel“ in Wirtschaft und Gesellschaft, Wiesbaden: Springer.
- Wiskemann, Erwin* (1931): Kommentar, in: Friedrich List, Schriften/Reden/Briefe, hrsg. von Erwin von Beckerath/Karl Goeser/Friedrich Lenz/William Notz/Edgar Salin/Artur Sommer, Bd. VII, Berlin: Hobbing, S. 529–680.
- Wiskemann, Erwin* (1932): Die Geschichte der Reparationsfrage, in: Vergangenheit und Gegenwart: Zeitschrift für den Geschichtsunterricht und staatsbürgerliche Erziehung in allen Schulgattungen, 22, S. 21–46.
- Wiskemann, Erwin* (1933a): Reparationen, in: Der Große Brockhaus – Handbuch des Wissens in zwanzig Bänden, 15. Aufl., Bd. 15, Leipzig: Brockhaus, S. 624–29.
- Wiskemann, Erwin* (1933b): Wissenschaft und Praxis in der Volkswirtschaftslehre, in: Der deutsche Volkswirt: Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, 7 (41), S. 1163–65.
- Wiskemann, Erwin* (1933c): Marburg als politische Universität, in: Marburg, die Universität in der Gegenwart (Sonderausgabe der Mitteilungen des Universitätsbundes Marburg), Marburg: Elwert, S. 9–10.

Wiskemann, Erwin (1933d): Nationalsozialistische Volkswirtschaftslehre, in: Volk im Werden, Zeitschrift für Kulturpolitik, 1 (4), S. 35–45.

Wiskemann, Erwin (1933e): Brief Wiskemann an Salin vom 25. Febr. 1933, Universitätsbibliothek Basel, Schriftlicher Nachlass Edgar Salin (1892–1974), NL 114: Fa 10388: Brief an Edgar Salin von Erwin Wiskemann 1900–1999.

Wiskemann, Erwin (1937a): Friedrich List, in: Erwin Wiskemann/Heinz Lütke (Hrsg.), Der Weg der deutschen Volkswirtschaftslehre – Ihre Schöpfer und Gestalter im 19. Jahrhundert, Berlin: Junker und Dünnhaupt, S. 47–56.

Wiskemann, Erwin (1937b): Der Nationalsozialismus und die Volkswirtschaftslehre, in: Erwin Wiskemann/Heinz Lütke (Hrsg.): Der Weg der deutschen Volkswirtschaftslehre: Ihre Schöpfer und Gestalter im 19. Jahrhundert, Berlin: Junker und Dünnhaupt, S. 7–17.

Wiskemann, Erwin/Lütke, Heinz (1937): Gegenwärtige Richtungen in der deutschen Volkswirtschaftslehre, in: Erwin Wiskemann/Heinz Lütke (Hrsg.), Der Weg der deutschen Volkswirtschaftslehre – Ihre Schöpfer und Gestalter im 19. Jahrhundert, Berlin: Junker und Dünnhaupt, S. 177–94.

Selbstverständnis und wirtschaftspolitische Orientierung des Vereins für Socialpolitik: Die Jahrestagungen 1950–2000

Von *Bertram Schebold*, Frankfurt am Main*

I. Einleitung

Vereine geben sich eine Ordnung, um sich zu einer Gemeinschaft zusammenzuschließen und um auf die Umwelt einzuwirken. Die Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ist wie der alte Verein für Socialpolitik zum einen eine berufliche Organisation von Ökonominnen und Ökonomen aus der Wissenschaft, der Verwaltung und der Wirtschaft, die sich im Verein gegenseitig austauschen und informieren, womit sie ihren Karrieren und privaten Zwecken dienen. Zum anderen entfalten sie als Verband eine öffentliche Wirkung mit dem Ziel, durch ihre Wissenschaft und ihre Empfehlungen eine bessere Wirtschaftspolitik zu ermöglichen. In der Geschichte des Vereins für Socialpolitik greifen die Änderungen seiner Organisation und Selbstdarstellung in Versammlungen und Publikationen, die Geschichte des wirtschaftlichen Denkens und die allgemeine Wirtschaftsgeschichte ineinander; es ergaben sich dabei innerhalb des Vereins Parteiungen, die auf äußere Interessensgegensätze reagierten. Bei einem so großen Verein und einem so weiten Betätigungsfeld verschlingen sich die Tätigkeiten innerhalb des Vereins in diesen drei Dimensionen der Organisation, der Theorieentwicklung und der wirtschaftspolitischen Aktivität in sehr komplexer und vielfältiger Weise. Sie historisch erschöpfend und insofern angemessen darzustellen, würde ein langes Vorstudium erfordern und in einen umfangreichen Band

* Dieser Aufsatz beruht auf einem Vortrag, der am 17.6.2022 auf der Tagung des Ausschusses für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften in Jena gehalten und auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik am 12.9.2022 wiederholt wurde. Ich danke für Kommentare, die ich erhielt, und ganz besonders Frau Johanna Kleensang für ihre Vorarbeiten und Frau Karen Horn für die Redaktion einer ersten Fassung, die 2023 in den *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* erscheint. Der vorliegende Aufsatz stellt eine zweite Fassung dar, die aus der ersten vor allem durch die Hinzufügung des Abschnitts IV „Auseinandersetzungen über Neoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft“ und eine Kürzung des Titels entstanden ist. Ich danke den beteiligten Verlagen und dem Herausgeber dieses Bandes dafür, dass sie dieses Vorgehen gestattet und unterstützt haben.

münden. In diesem Aufsatz kann ich nur versuchen, einige auffällige Hauptlinien nachzuzeichnen. Ich will dabei von Gesichtspunkten ausgehen, die auch andere als wesentlich empfinden und verweise auf ältere Vorarbeiten, die meine Stellungnahme hier mitbestimmt haben.¹

II. Das Selbstverständnis des Vereins in den Reden der Vorsitzenden

Außenstehende kennen die Geschichte des Vereins für Socialpolitik kaum. Sie wissen vielleicht, dass der alte Verein im 19. Jahrhundert politischer war als der gegenwärtige; den fassen sie als politisch neutralen Berufsverband auf. Dabei übersehen sie die Nachwirkungen der alten Struktur in den dazwischen liegenden Jahren und die noch spürbaren Kontinuitäten. Wie bedeutsam es noch in den 1960er Jahren erschien, dass man sich bei der Wiedergründung des Vereins 1948 – also 12 Jahre nach der Selbstauflösung² 1936 – auf den alten Verein für Socialpolitik rückbezogen hatte, möge das folgende Zitat aus der Eröffnungsrede des in Europa berühmten und einflussreichen Vorsitzenden Fritz Neumark auf der Tagung über Konzentration in der Wirtschaft in Bad Kissingen 1960 belegen: Das Konferenzthema entspreche

„in hervorragender Weise den alten und neuen Bestrebungen unserer Vereinigung; denn es ist sowohl einer theoretisch-analytischen als auch einer empirischen Untersuchung zugänglich, es weist volkswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche, soziologische, statistische sowie sozialpolitische Aspekte auf, und es umschließt eine wirtschaftspolitische Problematik von größter Bedeutung und Aktualität.“

Er fuhr fort:

„Nicht nur in der Wahl eines solchen Themas, sondern auch in der *Art und Weise, wie seine mündliche Behandlung auf diesem Kongress sachlich vorbereitet worden* ist, knüpfen wir bewusst wieder an eine alte Tradition des Vereins für Socialpolitik von 1872 an – dieser ältesten wirtschaftswissenschaftlichen Vereinigung überhaupt, wie bei jeder Gelegenheit im In- und Ausland hervorgehoben wird. Drei umfangreiche *Materialbände* mit mehr als fünfzig Einzeluntersuchungen enthalten Unterlagen von einer Breite und Gründlichkeit, wie sie durch den komplexen Charakter der Konzentrationserscheinungen und -probleme erfordert wurden.“ (Neumark 1961, S. 10; Hervorhebungen im Original)

¹ Vgl. Schefold (2000); zur Ordnungspolitik Schefold (1981). Die Geschichte des Vereins in der Nachkriegszeit ist behandelt in Schefold (1998). Die Entwicklung der Ausschüsse des Vereins habe ich vor allem als Mitbegründer und zeitweilig Vorsitzender im dogmenhistorischen Ausschuss verfolgt (Schefold 1994). Ich verweise ferner auf einen Aufsatz zur Geschichte des theoretischen Ausschusses (Schefold 2004) und auf Reflexionen zur Umweltökonomie, die auch auf den umweltökonomischen Ausschuss Bezug nehmen (Schefold 2006).

² Vgl. dazu den Aufsatz von Hauke Janssen in diesem Band.

Neumark meinte, die Gesellschaft sei altmodisch genug, an den hohen wissenschaftlichen und ethisch-politischen Wert einer vollständigen geistigen Unabhängigkeit sowie einer offenen, nicht ferngelenkten Diskussion zu glauben. So kämen diverse Ansichten in den Materialbänden, in den Vorträgen und Diskussionen zur Sprache. Er verwies auf die Ausführungen Otto von Zwiedineck-Südenhorsts 13 Jahre zuvor, als der Verein wiederbegründet wurde. Die Wirkungsmöglichkeiten hätten sich geändert. Der frühe Verein sei eine wichtige Stütze für die Staatsführung gewesen, aber statt der Regierung durch ein über den Parteien stehendes, hochgebildetes Beamtentum existiere nun eine Bürokratie der bewusst klassenmäßig organisierten Verbände. Noch bediene sich aber der Staat des Rates der Wirtschaftswissenschaften, unter der Voraussetzung, dass die Wissenschaftler ihr Instrumentarium beherrschten, eine breite Kenntnis der ökonomischen Wirklichkeit besäßen und in materieller und geistiger Unabhängigkeit von den Stellen stünden, die den Rat des Wissenschaftlers erbitten.

Neumark befürchtete Mängel weniger in der Theorie als in der empirischen Kenntnis. Um sie zu vertiefen und zu stützen, gab es über den Tagungsband mit den Plenarreden und den zugehörigen Diskussionsprotokollen hinaus Materialbände als Unterlagen, drei an der Zahl, mit zusammen bei nahe 2000 Seiten. In der Einleitung dieses Materialwerks berichtete der Herausgeber *Helmut Arndt* (1960, S. V), der Verein wolle eine „alte, 1872 begründete, wenn auch seit Anfang der 30er Jahre unterbrochene Tradition wieder aufnehmen, Tagungen durch Spezialuntersuchungen vorzubereiten“. Recht eindrücklich schildert er, wie dies vor sich ging. Der Vorstand habe im Januar 1959 das Thema für die wissenschaftliche Tagung von 1960 festgelegt. Es war schon aktuell, wurde aber noch dringlicher durch den späteren Beschluss des Bundestags, eine Enquête über die Konzentration in der Bundesrepublik zu veranstalten. Der Vorschlag sei von Neumark ausgegangen; mit ihm wurde der Plan abgestimmt. Man habe sich bemüht, auch den „anderen Teil“ Deutschlands – es war also weder von der „Zone“ noch von der „DDR“ die Rede – sowie Vertreter der „führenden Industrieländer der freien Welt“ einzubeziehen. Die Bezeichnungen „Marktwirtschaft“ und „Kapitalismus“ wurden vermieden.

Die Bibliographie enthielt rund 2200 Titel. Die Themen waren im März 1959 vergeben worden, im Juli und August wurden Richtlinien für die Beiträge erlassen; diese sollten für die im September 1960 geplante Tagung bereit sein. Die Referenten der Tagung wurden durch Vorabsonderdrucke informiert. So lagen die Materialbände der Tagung schon vor. Arndt zitierte in seiner Einleitung noch Schmoller, der 1894 den Band des Vereins zu Kartellen veröffentlichte: „Daß er nichts oder nicht viel wert sei, werden nörgelnde Kritiker ohne Zweifel ebenso behaupten, wie sie das gegenüber anderen Publikationen des Vereins thaten“ (in *Arndt* 1960, S. IX). Auch diese Bände

würden nun wohl kritisiert werden, meinte Arndt, „wenngleich es heute, da im Bereich der Wirtschaftswissenschaften Auseinandersetzungen mit offenem Visier seltener geworden sind, eher angebracht erscheinen könnte, zum Widerspruch herauszufordern“ (ebd.).

Ich beschreibe dieses Vorgehen so ausführlich, weil es belegt, wie sehr der neue Verein für Socialpolitik bemüht war, es dem alten gleichzutun. Man wollte in einer großen gemeinsamen Anstrengung, wohlgerüstet wie dieser, mit einem Programm an die wirtschaftspolitische Öffentlichkeit treten, das offenbar ähnlich dringlich erschien wie das sozialpolitische 90 Jahre zuvor, als man durch klug vermittelte Reformen eine nach breiter Überzeugung drohende Revolution abzuwenden hoffte. Nunmehr, im Jahr 1960, war die Frage, was mit der als Leitbild so wesentlichen ordnungspolitischen Vorstellung möglichst vollkommener Konkurrenz angesichts der Konzentration im Inland, der Herausforderungen durch den Weltmarkt und des Integrationsprozesses in der EWG anzufangen sei.

Durchaus nicht nebensächlich ist der streitbare Geist, mit dem Arndt Entgegnungen herbeizuwünschen schien. Man stellte sich hier in einer Schlachtoordnung auf, in der die einen mit den Mitteln der Empirie kämpften und neue Konzentrationsmaße anboten, während die anderen Konzentrationsphänomene in den verschiedenen Zusammenhängen der europäischen Einigung oder in ihren sozialpolitischen Aspekten erörterten. Und so wie seinerzeit Schmoller Gegnerschaft nicht mied, sondern herausforderte, trat man nun mit einer umfassenden Publikation auf, die neben Beiträgen zu verschiedenen Aspekten auch viele namentlich gekennzeichnete Diskussionsvoten enthielt, mit denen sich, wer im Verein etwas auf sich hielt, mit dem je eigenen Standpunkt profilieren konnte. Damit ist in der Selbstdarstellung des Vereins bis in die Äußerlichkeiten des Druckbilds hinein der Gegensatz zu den späteren Publikationen sichtbar. Aus diesen verschwanden die persönlichen Stellungnahmen allmählich, Diskussionen wurden erst nur zusammengefasst, dann ganz weggelassen, und schließlich nahmen sich die Bände nurmehr wie reine Sammlungen wissenschaftlicher Aufsätze zu einem breiten Oberthema aus. Und heute scheint bei nicht replizierbaren wissenschaftlichen Ergebnissen nur noch selten „mit offenem Visier“ um die Wahrheit gekämpft zu werden.

Erklären und verteidigen lässt sich diese Entwicklung in Richtung Entpersönlichung und Objektivierung durch die kolossale Vermehrung der am Kommunikationsprozess beteiligten Wissenschaftler. Dahinter steht das Wachstum des Wissenschaftssystems in jedem Land, die vereinfachte Kommunikation in einer gemeinsamen Wissenschaftssprache und auch die technische Erleichterung der Kommunikation. All dies rief nach einer prozeduralen Standardisierung und trieb zugleich inhaltlich und methodisch den Pluralis-

mus im Fach voran. Die Fragmentierung der Einzeldisziplinen nahm stetig zu. Zwar wird nach einheitlichen Maßstäben für die Beurteilung der Forschungsergebnisse gesucht, welche unabhängig von den Teildisziplinen gelten und sie übergreifen sollen. Aber die Standards verlagern sich gleichwohl in die Einzeldisziplinen. Damit wächst die Verantwortung der Wissenschaftler in den Einzeldisziplinen, und von einer gemeinsamen Verantwortung der Wissenschaftler insgesamt, etwa einer Universität, kann kaum mehr die Rede sein. Zu speziell sind die Fragen, zu gering die Allgemeinbildung, und was hier von der Universität gesagt wurde, gilt mittlerweile schon fast von einem verzweigten ganzen Fach wie den Wirtschaftswissenschaften.

Aktuell droht das Replikationsproblem der empirisch orientierten Forschung den Boden unter den Füßen wegzuspülen, die eine methodische Klammer der Teildisziplinen darstellt, während der Verein für Socialpolitik sich im vergangenen Jahr mit dem richtigen Benehmen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beschäftigt hat. Beide, der Empirismus und der Kodex korrekten Verhaltens, führen weg von der Orientierung auf die jeweils aktuellen wirtschaftspolitischen Kontroversen, die früher für den Verein wegweisend war. Theorien konnten vielleicht nicht getestet werden, aber sie sollten sich bewähren. Personen sollten an ihrer Verantwortung gemessen werden; Korrektheit wurde weniger formal definiert, sollte sich aber von selbst verstehen.

Wir wollen hier nicht vorläufige Endpunkte der Entwicklung diskutieren, sondern ihre Anfänge. Zu erster, einfacher Illustration schildere ich zunächst, aufgrund der jeweiligen Vorworte und Einleitungen zu den Tagungsbänden, wie sich die Organisation und die Selbstdarstellung des Vereins änderte. Ich folge damit im Wesentlichen den Positionsbestimmungen der jeweiligen Vorsitzenden und der von diesen Eingeladenen. Im Grußwort des Bundespräsidenten Heinrich Lübke zur Tagung in Berlin 1968 heißt es:

„Wie schon so oft in seiner fast 100jährigen Geschichte beweist der Verein für Socialpolitik erneut, dass er sich nicht als Forum eines weltfernen Fachgelehrtenums begreift. Er fühlt sich in erster Linie der Aufgabe verpflichtet, aktiv die praktische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mitzugestalten.“ (in Arndt 1969, S. 11)

Der Vorsitzende, nun Helmut Arndt, erinnerte einleitend daran, dass die Gründer des Vereins für Socialpolitik

„in ihrer Zeit als zornige junge Ökonomen erschienen. Gustav Schmoller war damals 34, Adolph Wagner 37 und Lujo Brentano 28 Jahre. Sie waren junge Ökonomen, die gegen die von der klassischen englischen und französischen Nationalökonomie übernommene Lehre aufbegehrten, nach der unabänderliche Gesetzmäßigkeiten im wirtschaftlichen Bereich eine Verbesserung der Lage der unteren Klassen unmöglich machen sollten. Sie waren Ökonomen und Moralisten zugleich, die sich bekanntlich selbst gern als ‚Kathedersozialisten‘ bezeichneten.“ (ebd., S. 17)

Arndt zeichnet die Geschichte des Vereins als den Kampf zweier Richtungen. Auf der einen Seite stand demnach die Manchesterschule, damals vertreten durch den 1858 gegründeten „Volkswirtschaftlichen Kongreß“, der angesichts gegebener ökonomischer Gesetze keinen Gestaltungsräum für die Politik gesehen habe. Wie Malthus erschien jenen frühen Liberalen die Sozialpolitik als aussichtsloses Bemühen. Die andere Richtung, im Verein vertreten, habe die Wirkung von ökonomischen Gesetzen nicht abgestritten, aber gemeint, es hänge vom Menschen ab, wie weit man sie wirken lasse. Mit Sozialpolitik habe man nicht nur die Einkommensverteilung gemeint, sondern auch Änderungen des wirtschaftlichen Systems selbst, also eine Einkommenspolitik in weiterem Sinn. Wagner beispielsweise habe mit seinem Gesetz der wachsenden Staatsausgaben vor allem die Ausdehnung der Gemeinwirtschaft gemeint. Wenn er vom „communistischen Charakter der ganzen Volkswirtschaft“ gesprochen habe, sei der Wohlfahrtsstaat gemeint gewesen. Den notwendigen sozialen Ausgleich habe man durch Koalitionen der Schwächeren herbeiführen wollen.

Schmoller nannte es 1874 eine Fiktion, dass sich in der Gesellschaft Kontrahenten mit gleicher Bildung und Sachkenntnis sowie gleichen Bedürfnissen gegenüberstünden. In der Regel stehe erst einmal stark gegen schwach, reich gegen arm, Sachverständiger gegen Laie. Auch der liberale Lujo Brentano habe die damals noch verfolgten Gewerkschaften verteidigt, Genossenschaften gefördert und Lohnschlichtungsverfahren als Mittel einer sozialen Einkommenspolitik gefordert. Arndt fasste Brentanos Thesen als Ausdruck der „countervailing power“ im Sinne John Kenneth Galbraiths auf. Er nannte das Steuer-, das Gesellschafts- und das Aktienrecht als Aufgaben der früheren Sozialpolitik. Wagner habe auf die wachsende Sparbereitschaft bei steigenden Einkommen und damit auf einen Spielraum für Umverteilung hingewiesen. Nun aber habe sich der Charakter des Vereins gewandelt. Unter der äußeren Bedingung geringerer materieller Not sei er ein Diskussionsforum für viele wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Richtungen geworden. Bemerkenswert oft tauchen Systemvergleiche in diesem Band auf.

Auch auf der berühmt-berüchtigten Tagung über „Macht und ökonomisches Gesetz“ (Schneider/Watrín 1973) knüpfte der Vorsitzende, nun Hans K. Schneider, an der Vereinstradition an: „Es entspricht der Tradition unserer Gesellschaft, dieser ersten Eisenacher Versammlung, der eigentlichen Geburtsstunde, bei dem runden Geburtstage zu gedenken und nicht des formalen Gründungsakts.“ Hiermit bezog er sich auf den „Kongreß für soziale Reform“, der am 6. und 7. Oktober 1872 in Eisenach stattfand, sodass nun das 100jährige Jubiläum zu feiern war. Schneider wies darauf hin, dass sich unter den 158 Teilnehmern jener Gründungsversammlung nur 24 Hochschullehrer befanden. Es sei eine politisch motivierte Vereinigung überparteilicher Art gewesen, die sich als „Agitations-Verein“ verstand. Erst habe man ver-

sucht, gemeinsame Politikvorschläge vorzutragen, dann habe der Vorsitzende auf späteren Tagungen nur noch Zusammenfassungen gegeben. Aber „weil Vorsitzende dazu neigen, Zensuren zu verteilen“ (ebd., S. 5), sei auch das dann aufgegeben worden, und 1882 habe als Ziel gegolten: „... eine vom Kampf der Parteien und Interessen möglichst unabhängige sachgemäße und gründliche Erörterung sozialpolitischer Fragen in Schrift und Wort zu veranstalten und so die Gesetzgebung auf diesem Gebiet anzuregen und vorzubereiten.“

Allerdings hätten sich die Richtungskämpfe im Verein fortgesetzt. Übereinstimmend habe man unabhängig bleiben wollen und einem Versuch Bismarcks widerstanden, den Verein für die Schutzzollpolitik einzunehmen. Im Jahr 1936, wieder in einer Zwangslage, habe der Verein dann schließlich seine Selbstaflösung beschlossen, sich 1947 wieder zusammengefunden und 1948 in Marburg neu gegründet. Damals sei der Ausdruck „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ dem Titel „Verein für Socialpolitik“ vorangestellt worden, und seitdem gebe es die Tagungen im Zwei-Jahres-Turnus und dazwischen besondere Arbeitstagungen und zahlreiche Ausschusssitzungen.

In seinem Festvortrag zur 100-Jahrfeier erinnerte *Fritz Neumark* (1973) an Brentano, Knapp, Max Weber, Sombart, die er alle noch gekannt hatte, und er gab mit seiner profunden dogmenhistorischen Kenntnis viele Beispiele gelungener und misslungener Politikberatung. Er berichtete von den berühmten Diskussionen über Werturteile im Verein, namentlich 1909, 1913 und dann wieder 1962, und betonte die örtlich-zeitliche Relativität aller Werthierarchien. Er stellte dann die umgekehrte Frage nach dem politischen Einfluss auf die Wissenschaft, der „nicht unbedingt schlecht sei“ (ebd., S. 42). Zuweilen habe die Politik das Verdienst, bei Berufungen Verkrustungen in Fakultäten aufzubrechen. Was die persönliche Beeinflussung der Wissenschaftler durch die Politik anging, verwies er vor allem auf Lujo Brentanos Erinnerungen. Der Verein sei vom verderblichen Einfluss durch das Dritte Reich unabhängig geblieben. Dass man danach den Anschluss an die internationale Wissenschaft wiedergefunden habe, nannte Neumark das deutsche „Wissenschaftswunder“.

Schon auf der Tagung 1973 in Kiel zum Thema „Probleme der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung“ (*Giersch/Haas* 1974) finden sich dann keine langen Einführungen mehr. Die Diskussionen sind knapper gehalten und werden zum Teil nur resümiert. So war es auch auf der Tagung von 1980 (*Issing* 1981) über Zukunftprobleme der sozialen Marktwirtschaft. Ich hielt damals einen Vortrag. Da die Diskussion von keinem geringeren als Kurt Rothschild zusammengefasst wurde, kann ich mich nicht beklagen, aber ich bedaure doch, dass die Verve, mit der Christian Watrin mir entgegentrat und mich sehr zum Nachdenken brachte, nicht wiedergegeben werden konnte.

Zur Tagung 1984 in Travemünde (*Giersch* 1985) heißt es, das Eröffnungsplenum sei von Neumark geleitet gewesen, aber was er sagte, wurde nicht mehr festgehalten. In seiner Begrüßungsansprache kündigte Ernst Helmstädter an, von nun an entfalle die Unterscheidung zwischen Jahrestagungen und Arbeitstagungen; es gebe nur noch Jahrestagungen. In den nachfolgenden Veröffentlichungen von den Tagungen finden sich am Schluss Zusammenfassungen, die angeblich die Diskussionen einschließen.

Auf der Jahrestagung 1988 in Freiburg waren 40 Jahre Währungsreform und soziale Marktwirtschaft zu feiern (*Fischer* 1989). Zu den Rednern zählten Martin Bangemann, Bundesminister für Wirtschaft, und Karl Otto Pöhl, Präsident der Deutschen Bundesbank. Gernot Gutmann erinnerte als Vorsitzender an die Freiburger Schule und, für die Soziale Marktwirtschaft, an Alfred Müller-Armack. Diese sei in „einer geistessoziologisch sehr komplexen Situation entstanden, in der es ein ständiges Ringen zwischen Vertretern verschiedener geistiger Strömungen gab und in der nach seiner Auffassung keine dieser Richtungen eine Chance hatte, sich allein voll durchzusetzen“ (in *Fischer* 1989, S. 16). Der Einfluss der Besatzungsmächte trat hinzu. Und so habe es dazu kommen müssen, dass die Ziele der sozialen Marktwirtschaft – Freiheit und soziale Gerechtigkeit – sehr unterschiedlich verstanden wurden. Die Folge davon seien unterschiedliche Interpretationen der wettbewerblichen Marktwirtschaft gewesen. Die Offenheit des Leitbilds jedoch habe zu einer immer breiteren Popularität des Konzepts geführt, auch international.

Auf der Tagung von Lugano 1991 stellte *Erhard Kantzenbach* (1992) in seinem knappen Vorwort die erstmals erfolgte organisatorische Trennung zwischen einer sogenannten „Kerntagung“ und einer sogenannten „offenen Tagung“ vor. Die Kerntagung sollte nun ausschließlich aus Vorträgen und Diskussionen im Plenum bestehen, unter einem bestimmten Generalthema. Die einzelnen Referenten beziehungsweise Teilnehmer an Podiumsdiskussionen würden dazu von einer Vorbereitungskommission eingeladen. Die Vorträge auf der offenen Tagung dagegen unterlagen keiner Themenbeschränkung. Für sie sei eine öffentliche Ausschreibung vorgesehen, und die Veröffentlichung bleibe den einzelnen Autoren überlassen.

Die offene Tagung erfreute sich dann zunehmender Beliebtheit. Anlässlich des Treffens in Rostock 1998 beispielsweise gingen 417 Beiträge für die offene Tagung ein, von denen aus Zeit- und Raumgründung nur etwa die Hälfte aufgenommen werden konnte (*Hauser* 2000, S. 12). Mit der Jahrtausendwende endete dann auch die Tradition, Tagungsbände zu veröffentlichen. Stattdessen wurden die Zeitschriften *German Economic Review* und *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* gegründet.

III. Das Selbstverständnis des Vereins gemäß den Tagungsinhalten

Es ist hier nicht möglich, alle Tagungen erschöpfend zu behandeln, die während eines halben Jahrhunderts stattgefunden haben. Ich konzentriere mich im Folgenden auf Tagungen, die besonders einprägsam waren. Eine bleibende Erinnerung hinterlassen in der Regel Tagungen, die mit interessanten Kontroversen an die Öffentlichkeit gelangen. Dies ist wohl auf der Berliner Tagung von 1968 zum Thema „Lohnpolitik und Einkommensverteilung“ gelungen, vor allem durch ein „Sozialpartnergespräch“, in dem jeweils ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbunds und der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände einander gegenüberstanden. Die beiden Vorträge trugen analoge Titel: „Wirtschaftliche Bestimmungsgründe und Konsequenzen der Lohnbildung aus Sicht der Arbeitsnehmer“ bzw. „[...] aus Sicht der Arbeitgeber“.

Wolfgang Eichler, der Arbeitgebervertreter, stimmte der vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagenen Konzeption einer „kostenniveau-neutralen Lohnpolitik“ zu (Eichler 1969, S. 745), bei der die gesamten Stückkosten stabilisiert und somit auch Änderungen der Kapitalkosten und der „terms of trade“ berücksichtigt werden sollten, um das Preisniveau zu stabilisieren. Heinz Markmann, der Gewerkschaftsvertreter, lehnte eine Orientierung der Löhne an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität generell ab (Markmann 1969, S. 757). Vier Wissenschaftler diskutierten anschließend über die beiden Vorträge. Hier fällt der Beitrag Herbert Gierschs besonders auf. Er warf Markmann vor, die Gewerkschaften (und nicht nur diese) berücksichtigten die Bedeutung der Geldwertstabilität zu wenig. Mit ihrer Ablehnung des vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen Rahmenpakets hätten sie die Arbeitnehmer um eine mögliche Lohnniveausteigerung von knapp mehr als 2 Prozent gebracht. Allgemein bemängelte er aber auch eine „Renaissance der Konfliktideologie“ und kam recht dramatisch zu dem Schluss, er könne wohl bald bei seiner Aufgabe im Sachverständigenrat resignieren.

Schon im Vorwort des Tagungsbandes wird das große öffentliche Interesse erwähnt, das diese Tagung hervorrief, sicherlich auch den zeitlichen Umständen geschuldet. Kurz nach der Versammlung des Vereins brachte die Frankfurter Allgemeine Zeitung eine ganze Seite heraus, auf der sie Auszüge aus den Vorträgen der Tagung abdruckte, unter anderem den Kommentar von Giersch. Im Hintergrund stand die Erfahrung der ersten Rezession der Bundesrepublik von 1967 und damit die Frage, ob die hohen Wachstumsraten der Nachkriegszeit wieder erreicht würden, und nun kam offenbar viel auf die Lohnpolitik an. Aber war Gierschs Gedankenexperiment, mit dem er zu beweisen suchte, dass sich die Gewerkschaften mit ihren Lohnforderungen ins eigene Fleisch geschnitten hätten, wissenschaftlich richtig? Gottfried Bom-

bach ging zwar in seinem Vortrag auf die Fragwürdigkeit des Produktivitätslohnes ein (in *Arndt* 1969, S. 821) und bezweifelte die Wirksamkeit von Lohnleitlinien, doch er endete, der ursprünglichen Frage ausweichend, mit dem Verweis auf eine wünschenswerte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

Aus den übrigen Jahrestagungen sticht auch das Treffen 1972 unter dem Titel „Macht und ökonomisches Gesetz“ in Bonn hervor. Ein Anlass für die Tagung war das hundertjährige Jubiläum der Gründungsversammlung „Kongreß für soziale Reform“, der 1872 in Eisenach stattgefunden hatte – die formale Gründung des Vereins für Socialpolitik fand ein Jahr später statt. Das Geschichtsbewusstsein des Vereins zeigte sich hier in der Bezugnahme auf den „Kongreß für soziale Reform“, der im Sinne Schmollers das soziale Engagement in den Mittelpunkt stellen sollte, im Gegensatz zum älteren liberalen „Volkswirtschaftlichen Kongress“. Mit dem 1873 gewählten Namen „Verein für Socialpolitik“ wurde das Engagement des Vereins bekräftigt, Reformen auch durchzusetzen. Ebenso hat sich dieses Geschichtsbewusstsein zuweilen in der Themenfindung für eine Tagung gezeigt. So wies Ernst Helmstädtler auf der Travemünder Tagung 1984 („Probleme und Perspektiven der weltwirtschaftlichen Entwicklung“), der genau 20 Jahre zuvor die Tagung „Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart“ vorausgegangen war, mahnen auf die „hohe Vergesslichkeitsrate unseres Faches“ hin. Er bemerkte außerdem, Neumark zitierend, dass der Fortschritt auf dem Gebiet der Ökonomie manchmal auch nur „Produkt unserer kollektiven Vergesslichkeit“ sei (*Helmstädtler* 1985, S. 618).

Die Tagung 1972 fand gemäß ihrem Titel in Anlehnung an – aber auch in Abgrenzung von – *Böhm-Bawerks* berühmtem Artikel „Macht oder ökonomisches Gesetz?“ (1914) statt. Darin lag kein rein liberales Bekenntnis. Bewusst hatte man statt der originalen Formulierung den Wortlaut „Macht und ökonomisches Gesetz“ für die Tagung gewählt, um das ausschließende „oder“ zu vermeiden. Helmut Schmidt, damals Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, betonte in seiner Rede, die Wahl des Themas zeige, dass der Verein nicht nur eine „abstrakte Debatte über Wissenschaftlichkeit und Werturteil“ führe, sondern sich auch politischer Verantwortung stelle.

Es zeigt sich hier die so oft gestellte Forderung, der Verein möge sich wieder auf seine wirtschaftspolitische Orientierung besinnen und sich nicht nur in theoretischen, kleinteiligen Analysen verlieren – eine auch in den Medien häufig geäußerte Kritik an den Tagungen. Trotz dieser anfänglichen Erkenntnis des Problems durch Helmstädtler gelang die Rückkehr zum Primat der wirtschaftspolitischen Verantwortung auf dieser Tagung nicht. In der Frankfurter Allgemeine schrieb *Ernst Günther Vetter* (1972), gerade nach dieser Tagung entstehe der Eindruck, dass „unter Zuhilfenahme der Ökono-

metrie immer kühnere, künstlich abstrakte Gedankengebäude“ entwickelt würden. Besonders zeigte sich das im Vortrag von Wilhelm Krelle unter dem Titel „Macht und ökonomisches Gesetz in der Verteilung“. *Krelle* (1973) machte genau das, wovon Helmut Schmidt abgeraten hatte und was Vetter im Nachhinein kritisierte.³

Er beginnt zunächst mit einer Gegenüberstellung der Thesen Böhm-Bawerks und Tugan-Baranowskis im Hinblick auf den Zusammenhang von Macht und Verteilung. Dabei stellt er sich der These Tugan-Baranowskis entgegen, demzufolge Lohn, Zins und Verteilung nicht Preisphänomene, sondern allein durch soziale Machtverhältnisse bestimmt seien. Dennoch berücksichtige die ökonomische Theorie sehr wohl auch die Machtverhältnisse auf den Märkten. Krelle entwirft ein ökonometrisches Modell, mit dessen Hilfe er die Obergrenze einer Umverteilung berechnet, die durch eine aggressive Lohnpolitik der Gewerkschaften erreicht werden könnte. Demnach wäre eine Machtveränderung nicht, wie Tugan-Baranowski und auch Stolzmann behaupten – „Der Umfang der Nahrungseinheit bestimmt sich [...] durch den Umfang der sozialen Machtverhältnisse zwischen Stadt und Land, zwischen dem Grundherrn und seinen Arbeitern“ (in *Krelle* 1973, S. 80f.) – ein rein soziales Ergebnis, sondern ihre Wirkung ließe sich vollkommen durch ökonomische Theorie analysieren.

An Krelles Vortrag schloss sich eine hitzige Diskussion an, immer wieder von Zwischenrufen unterbrochen. Krelle schlug aber keine Brücke zur Tagung von 1968, auch nicht zu den dort kontrovers erörterten Vorträgen des Sozialpartnergesprächs – obwohl er selbst als Beispiel der Wirkung von Macht auf die Verteilung den Einfluss der Gewerkschaften anführte. Seine Erwähnung der Gewerkschaften steht jedoch in keinem bestimmten institutionellen Kontext und scheint nicht als gesellschaftliches Problem erörtert zu werden, sondern hat eher die Funktion zu zeigen, dass Krelles ökonometrisches Riesenmodell die Bildung von Macht wenigstens als Randbedingung berücksichtigen kann. Man mag dies als ein Beispiel für die von Neumark beklagte „Vergesslichkeit“ ansehen: Zwar finden sich in den Tagungsberichten, gerade in den Eröffnungsansprachen, oft Verweise auf die Geschichte des Vereins (vorzugsweise auf Jubiläumstagungen wie 1972), aber ein inhaltlicher Rückbezug in den Vorträgen auf die zurückliegenden Tagungen findet selten statt. Die Tagungsbände wirken wie Momentaufnahmen der jeweils vorfindlichen geistigen und politischen Lage im Verein. Die Entwicklung über die Jahrzehnte muss dogmenhistorisch rekonstruiert werden.

³ Als Autor dieses Aufsatzes, der seine Karriere in der Wirtschaftswissenschaft als Mathematiker begonnen hat, kann ich mich mit dieser pauschalen Zurückweisung der Abstraktion nicht identifizieren, aber ich muss sie referieren.

Der zweigeteilte Tagungsband dieses Treffens von 1972 bietet eine Vielfalt recht heterogener Versuche zum Teil sehr renommierter internationaler Teilnehmer, die Formen ökonomischer Machtausübung zu bestimmen und in die Analyse einzubinden. Zu einem Eklat, an den man sich noch lange erinnern konnte, kam es, als Winfried Vogt das ökonomische Gesetz selbst als Macht zu sehen vorschlug und Elemente der Marxschen Wertformen- und Ausbeutungslehre recht eigenwillig neu entwickelte, so dass sich Erich Streissler in einer Erwiderung die Pointe erlaubte: „Ich persönlich ziehe die Herrschaft des Kapitalismus der Herrschaft der Vögte vor“ (in Schneider/Watrin 1973, S. 971). Die Studentenbewegung wirkte nach.

Ein Gegenbeispiel für eine Tagung, der es gelang, die vorangegangenen Treffen wieder aufleben zu lassen, inhaltliche Rückbezüge vorzunehmen und dadurch Kontinuitäten in den Diskussionen des Vereins zum Ausdruck zu bringen, war die Arbeitstagung 1961 unter dem Titel „Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme“. Hier diskutierte der Verein über ein Thema, das in der Gründungszeit (vor 1900) nicht erörtert wurde – weder Schmoller noch Wagner und Brentano haben im Verein Methodenfragen erörtern lassen, und auch der Methodenstreit der älteren Nationalökonomie wurde abseits des Vereins ausgetragen (*Lindenlaub* 1967, S. 96f.). An der sich auf Methodenfragen beziehenden Tagung von 1961 ist nun bemerkenswert, dass sich im Tagungsband an die schriftlichen Vorträge ein von Knut Borchardt abgefasster Bericht über die mündlichen Verhandlungen anschließt. Eine so genaue Dokumentation findet sich in anderen Tagungsbänden kaum; hier gibt sie Aufschluss nicht nur über die eigentliche Debatte, sondern auch über die Atmosphäre der Tagung und die Haltungen der beteiligten Wissenschaftler.

Die Ökonomie ist wie die Philosophie in höherem Maße als andere eine dialogische Wissenschaft. Sie taucht als Gegenstand von Kontroversen zuerst in den platonischen und xenophontischen Dialogen auf. Man kann sich auch an den berühmtesten Klassiker des chinesischen Wirtschaftsdenkens Yantielun erinnern, der auf ein historisches Streitgespräch aus dem Jahr 84 v. Chr. zurückgeht.⁴ In einem Dialog stehen Parteien einander gegenüber. Im chinesischen Fall waren dies Konfuzianer und Legalisten, hier die Verfechter der Historischen Schule und der modernen Theorie; es war also eine geradezu klassische Konfrontation. Die methodologischen Fragen der Nationalökonomie wurden 1961 anhand des Konjunkturphänomens untersucht, um nicht nur abstrakt, sondern auch konkret über Methodenfragen sprechen zu können. War die verstehende Methode anzuwenden, um Schwankungen der Investitionsneigung zu erklären? Oder sollte man sich auf Modelle mit zins-

⁴ Vgl. Huan Kuan (2000) sowie außerdem zum chinesischen Wirtschaftsdenken Ameling/Schefold (2021).

abhängigen Investitionsfunktionen verlassen (*Schefold* 1998)? In der mündlichen Verhandlung wurde ferner darüber diskutiert, ob es überhaupt noch einen Konjunkturzyklus – und vor allem, ob es noch einen Spiethoffschen Konjunkturzyklus – gebe, bei dem die verschiedenen Zyklusphasen mit „innerer Notwendigkeit“ aufeinander folgen. Insbesondere Edgar Salin bestreit, dass man die damalige Konjunktur noch im Spiethoffschen Sinne verstehen könne.

In der sich anschließenden Debatte über die Prognostizierbarkeit institutioneller Veränderungen (Salin hielt dies für eine Unmöglichkeit) kam die nicht unberechtigte Zwischenfrage auf, wie sich diese Haltung mit Salins Vortrag zur Konzentration aus dem Jahr 1960 vertrage. Salin hatte damals die These von der „Unentzerrbarkeit der Konzentration“ vertreten. Diese scheint der Überzeugung von einer Nicht-Prognostizierbarkeit institutioneller Veränderungen zu widersprechen. Salin hatte in seinem Vortrag 1960 klar den Fortgang der Konzentration prognostiziert (Salin 1961, S. 22). Er erwiderte nun auf diesen Einwand, die Konzentration sei das Ergebnis einer technischen Entwicklung, die er, weil sie systemindifferent sei, nicht in den Rahmen institutioneller Änderungen einbringen wolle. Dennoch schrieb er aber auch im Hinblick auf die „Re-Konzentration der kurz zuvor entflochtenen Konzerne“, diese sei zu einem großen Teil aufgrund der modernen Großtechnik sowie zu einem kleineren Teil durch spekulative Interessen und durch eine unzeitgemäße Ausgestaltung von Einkommen- und Umsatzsteuer entstanden; diese werden durch rechtliche Institutionen bestimmt. Somit ist Konzentration bei Salin in gewissem Grade institutionell bestimmt – entgegen seiner Behauptung 1961, die Konzentration sei primär „systemindifferent“ und „nur“ ein technisches Phänomen.

Wenn Salin also sagte, Änderungen der Institutionen seien nicht prognostizierbar, dann widersprach er damit formal seinem Vortrag von 1960. Dieser Widerspruch wurde 1961 wieder aufgegriffen, unter anderem von J. Heinz Müller. Dieser hatte der Kritik von Salins Unentzerrbarkeitsthese einen eigenen Aufsatz gewidmet (Müller 1962). Er führte mehrere Einflussfaktoren auf die Konzentration an, die alle durch rechtliche Gegebenheiten bestimmt seien, zum Beispiel das Steuerrecht, das Gesellschaftsrecht, das Patentwesen etc. (ebd., S. 281). Er schlug sich somit auf die Seite der Kritiker von 1961, die Salin Einseitigkeit durch seine Beschränkung des Konzentrationskonzepts auf technische Komponenten vorwarfen. Wie Müller bemerkte, hatte Salin nach der Tagung noch einige inhaltliche Änderungen an seinem Beitrag vorgenommen: Statt wie mündlich in Bad Kissingen von reiner Konzentration zu sprechen, verwendete er für seinen gedruckten Beitrag den Begriff der „optimalen Konzentration“. Von dieser behauptet Müller wiederum, sie sei nicht deutbar, weil Salin sie nicht auf die Betriebsgröße, sondern auf eine undefinierte „rationale Organisation des Konzerns“ bezog (ebd., S. 294). Das

Beispiel zeigt, wie – im Idealfall – auf den Tagungen begonnene Kontroversen fortgeführt und auch auf späteren Vereinstreffen noch aufgegriffen wurden.

Zwar wirkt die Debatte zwischen Müller und Salin, für sich betrachtet, zunächst etwas beckmesserisch. Dahinter stehen aber tiefer gehende methodische Differenzen und gesellschaftliche Visionen. Salin hatte seinen Aufsatz über die Konzentration mit weitgreifenden soziologischen Überlegungen und folglich auch mit einer Zeitdiagnose verbunden. Er war ein Bewunderer Schumpeters und hatte dessen im Krieg entstandenes Spätwerk *Capitalism, Socialism and Democracy* – freilich mit einer Verkürzung – übersetzt herausgegeben.⁵ Salin knüpfte an Schumpeters Vorstellungen von einer im Gange befindlichen Degeneration des Kapitalismus an, was der ordoliberalen Perspektive und dem Optimismus der Wirtschaftswunderjahre zuwiderlief. Er provozierte damit sowohl die konservativen Liberalen, die – zu Unrecht – meinten, Salin halte wie Schumpeter die Tendenz zum Sozialismus in der Form von „Labourism“ für unvermeidlich wie die neuen Technokraten, die – freilich optimistischer als Schumpeter – auf die Berechenbarkeit und Steuerbarkeit der Wirtschaft setzten.

Salins Vortrag erregte 1960 großes gesellschaftliches Aufsehen, weil er bedenklichen Entwicklungen Vorschub zu leisten schien. Aber eigentlich ging es ihm darum, die Großunternehmen zu verteidigen, wenn sie sich durch die zunehmende Konkurrenz im sich integrierenden Europa und durch den sich öffnenden Weltmarkt herausgefordert sahen. Dass die Debatte um Salins Vortrag auch auf der Arbeitstagung 1961 wieder auflebte, war deshalb nicht nur der Tagungsorganisation geschuldet. Wie Neumark in seinem Vorwort sagte, war die Tagung 1961 als Round-table-Gespräch organisiert, das „mit an kein Manuscript gebundener Rede und Gegenrede echte, lebendige Debatten ermöglicht“ (in Borchardt/Giersch, 1962, S. V). Der Dialog wurde zu einem geschichtlichen Dokument, weil Knut Borchardt die mündliche Verhandlung in einer Art dokumentierte, die unter den Tagungsbänden der Nachkriegszeit etwas Besonderes geblieben ist: Da war nun wieder ein Dialog, er wirkt direkt und lebendig; der Leser gewinnt ein Verständnis davon, welche Fragen auf welche Weise die Zeitgenossen bewegten.

Auch die Debatte, die sich an Salins Vortrag 1960 anschloss und die im Tagungsband wiedergegeben wurde, wurde leidenschaftlich geführt. Besonders fällt der Beitrag von Fritz Baade auf, der die Sorge hatte, man könne durch eine Begrenzung der Konzentration von den kommunistischen Staaten wirtschaftlich überrollt werden. Er forderte, man müsse „maximale wirt-

⁵ Heinz Kurz hat das Verdienst, inzwischen für eine vollständige Übersetzung gesorgt zu haben (Schumpeter 1946/2020).

schaftliche Effizienz auch auf anderen als kommunistischen Wegen“ erlangen (in *Neumark* 1961, S. 53), und gab dafür konkrete Prognosen ab: Die Stahlindustrie beispielsweise werde bis zum Ende des 20. Jahrhunderts zu mindestens zwei Dritteln einem kollektiven Eigentümer gehören (ebd., S. 52 f.). Als „beängstigend“ beschrieb *Fritz Ulrich Fack* (1960) in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Zustimmung, die Salin zu seiner These erhielt, und kritisierte gleichzeitig, vieles sei bei der Auseinandersetzung im Unklaren geblieben (nämlich welche konkreten ordnungspolitischen Forderungen sich aus der These Salins und den Prognosen Baades ergäben). Man befindet sich im „Nebel dieser nur allzu vertrauten apokalyptischen Prophezeiungen“. Baades Prognosen zur Entwicklung der Bevölkerung sowie der Stahlindustrie wurden zudem auf methodischer Ebene gleich darauf von Neumark kritisiert, der die Notwendigkeit betonte, man könne Prognosen allenfalls unter einer *Ceteris-paribus*-Annahme abgeben. Das Abgeben zutreffender Prognosen wird auch heute noch als Gütesiegel gesehen, an dem die Ökonomie gemessen wird. Insgesamt sind 1960 und 1961 Beispiele dafür, dass auf den Tagungen Kontroversen aufkamen, die gut dokumentiert wurden, aber auch interessant genug waren, um nicht nur im Verein selbst, sondern auch in der Öffentlichkeit einen bleibenden Eindruck zu hinterlassen.

Die Diskussionsweise hat sich auf späteren Tagungen deutlich geändert. Die Erörterungen werden über die Jahre hinweg technischer, vertiefen sich in immer kleinteiligeren, technischen Details und schlagen auch seltener Brücken zu anderen Themen. Wie sich Ausdruck und Stil geändert haben, zeigt auch wieder das Beispiel der Jahrestagung von 1960, als Walter Jöhr mögliche unterschiedliche historische Beurteilungen der Konzentration anhand zweier literarischer Zitate von Schiller und Jean Paul veranschaulichte⁶ – wer würde dergleichen heute noch wagen?

Aber auch wenn eine breite Diskussion unter Mitgliedern später nicht mehr aufgezeichnet wurde, blieben Podiumsdiskussionen Bestandteile des Programms. Die Unsicherheit über den Wirtschaftslauf hat dann dafür gesorgt, dass sich schon in der Zusammenstellung der Beiträge in Aufsatzform eine Dramatik abzeichnen konnte. Ein Beispiel aus den neunziger Jahren bietet der Band zur Tagung von 1991, der in Lugano zum Thema „Die wirtschaftliche Neuordnung Europas – Erfahrungen und Perspektiven“ stattfand.

⁶ Jean Paul weist darauf hin, dass der Städter mit „größeren kalten und Eiszonen der ungeliebten Menschen“ konfrontiert sei, während Schiller als Wirkung der Urbanisierung bemerkt: „Sieh, da entbrennen in feurigem Kampf die eifernden Kräfte./ Großes wirket ihr Streit, größeres wirket ihr Bund“ (Friedrich Schiller: „Der Spaziergang“). Allerdings geht es in dieser literarischen Gegenüberstellung nicht direkt um eine Einkommens-, Vermögens- oder Unternehmenskonzentration als solche, sondern um eine räumliche Urbanisierung, von Salin in seinem Vortrag mit dem Begriff der „Agglomeration“ zu den von ihm thematisierten Konzentrationsformen abgegrenzt.

Gerade war „mit der unerwarteten Aufgabe der imperialen Ansprüche der Sowjetunion in der von ihr seit dem 2. Weltkrieg beherrschten und ihr auch zugestandenen Einflußsphäre [...] die politische und die wirtschaftliche Nachkriegsordnung auf unserem Kontinent zusammengebrochen“ (*Kantzenbach* 1992, S. 11). Vor dem Hintergrund der Systemunterschiede im Westeuropa der Nachkriegszeit schilderte Gernot Gutmann die unterschiedlichen Strategien der Transformation in Osteuropa, während Márton Tardos westeuropäischem Optimismus widersprach und „die Schwierigkeiten in der radikalen Transformation der Eigentumsverhältnisse“ darlegte. Horst Siebert plädierte für eine europäische Integration des Ostens durch Öffnung der Europäischen Gemeinschaft, durch Kapitaltransfers, Managementtransfers, Joint Ventures und Direktinvestitionen. Einzelbeiträge waren unter verschiedenen Titeln der Schwierigkeit gewidmet, dass sich Staatsform und Wirtschaftsform zugleich zu ändern hatten.

Wenn ich hier ältere Ansätze des Wirtschaftsdenkens und mittlerweile aufgegebene Formen der Selbstdarstellung des Vereins heraushebe, geschieht dies nicht in nostalgischer und restaurativer Absicht, sondern um der Pflicht des Historikers zu genügen und darzustellen, was einmal anders war. Was geblieben ist, kennt man. Ich verzichte darauf, hier weitere Bände einzeln aufzuführen, die, einem Mainstream folgend, zentrale Themen wie die Beschäftigung oder spezielle Themen wie die Gesundheitsökonomie in eindrücklicher Zusammenstellung kompetenter Beiträge behandeln, sondern wende mich einem speziellen, für den Verein besonders bedeutungsvollem Thema zu, das ich diachronisch verfolgen möchte: dem Ordoliberalismus. Zwischen der Veränderung im Selbstverständnis des Vereins und den Verschiebungen der wirtschaftspolitischen Positionen besteht eine Parallelie.

IV. Auseinandersetzungen über Neoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft

Unter allen wirtschaftspolitischen Orientierungen, die nach 1945 in den drei westlichen Besatzungszonen für Volkswirte möglich waren, erwies sich der Neoliberalismus als die erfolgreichste Option. Er schloss am ehesten an die Tradition des Vereins für Socialpolitik an, aber er war nicht unangefochten. Sollte man sich angesichts der Arbeitslosigkeit und des Flüchtlingsproblems nicht lieber Keynes zuwenden? Oder einem sozialdemokratisch interpretierten Marxismus? Die Politik der Besatzungsbehörden jedenfalls war von Interventionismus geprägt. Es ist bekannt, wie die neoliberalen Positionen im Freiburger Kreis um Walter Eucken in der nationalsozialistischen Zeit entwickelt wurden und wie Alfred Müller-Armack während des Krieges die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft entwarf. Zu zeigen ist, wie dieses veränderte liberale Denken den Verein von der Neugründung an beschäftigte

und eine Diskussion anregte, die bis in die Gegenwart reicht. Der Neoliberalismus war nie unangefochten, kann aber doch wahrscheinlich als die im Verein am ehesten dominante Strömung angesehen werden und mit Sicherheit als eine sehr charakteristische, denn im Ausland werden Begriffe und Inhalt des Neoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft in der europäischen Diskussion nicht zu Unrecht mit Deutschland und den deutschen Ökonomen assoziiert. An den Tagungsbänden lässt sich ablesen, wie sich diese Strömung allmählich unter dem Einfluss der äußeren Ereignisse und theoretischer Entwicklungen veränderte. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und eine komplette Systematik seien einige Aspekte herausgegriffen.

Mit der Neugründung des Vereins am 15. und 16. September 1948 an der Marburger Tagung über *Volkswirtschaftliche Probleme des deutschen Außenhandels* wurde auch die Publikation der Schriften des Vereins für Socialpolitik wieder aufgenommen; unter dem Titel „Neue Folge“ erschienen die Verhandlungen als Band 1 im Verlag von Duncker und Humblot (*Albrecht/Arndt* 1949). An der ersten Mitgliederversammlung wurde festgehalten, dass die Gründung einer wirtschaftswissenschaftlichen Vereinigung schon im Jahr zuvor in Rothenburg beschlossen worden sei, und diese „Rothenburger Tagung der Volkswirte“ von 1947 wurde in einem Anhang besonders dargestellt (ebd., S. 105–34).

An dieser wurde zuallererst der seit der Selbstauflösung des Vereins verstorbenen Mitglieder gedacht und besonders Jens Jessens, der im Widerstand gefallen war. Die Selbstauflösung habe bedeutet, dass man sich nur noch in kleinen Kreisen treffen konnte, sofern man sich von der nationalsozialistischen „Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft“ fernhielt. Nach Vorbereitungen durch kleinere Versammlungen kam es zum Treffen in Rothenburg im Herbst 1947. Etwa 60 Fachvertreter waren aus den verschiedenen Zonen zusammengekommen. Die Tagung wurde von Otto von Zwiedineck-Südenhorst eröffnet, dem Nachfolger von Max Weber auf dessen Münchener Lehrstuhl. Seine Charakterisierung des 75 Jahre früher gegründeten Vereins für Socialpolitik war die Grundlage für die Charakterisierung, die Fritz Neumark an der Tagung über die Konzentration in der Wirtschaft in Bad Kissingen 1960 als Vorsitzender vorgetragen hatte und aus der wir oben schon zitierten. *Von Zwiedineck-Südenhorst* (1948, S. 111) führte nun aus:

„Galt es damals, der Öffentlichkeit klarzumachen, dass der Staat wirklich nicht ein Klassenstaat im Sinne von Marx, ein Staat ausschließlich zugunsten der Besitzenden sei, so galt es ebenso, ein größeres Ausmaß an positiver Staatsintervention aus einer Reaktion gegen das Bastiatsche laissez-faire überhaupt, aber ganz besonders für Fragen der Sozialpolitik als berechtigt und notwendig zu erweisen.“

Es sei nicht nur um die wirtschaftspolitischen Stellungnahmen zu aktuellen Problemen gegangen, sondern auch um die systematischen Darstellungen vieler Gebiete der speziellen Volkswirtschaftslehre:

„Der Gewerbe- und Agrarverfassung, der Währungs-, Steuer-, Kredit-, der Wandlungspolitik, des Kartellwesens; und das alles außer den spezifisch sozialpolitischen Problemen wie Koalitionsrecht, Wohlfahrteinrichtungen, Landarbeiter-, Haus- und Industriefragen, Sozialversicherung ...“ (ebd., S. 112 f.)

Der Rede, die noch auf Besonderheiten des alten Vereins einging, folgte eine Aussprache über die Frage der Neuordnung der deutschen Währung. Man ging von Vorarbeiten des Beckerath-Ausschusses aus, der sich, meist in Freiburg, seit 1942 mit Richtlinien für die deutsche Wirtschaftsführung nach Kriegsende beschäftigt hatte.

„In den Erörterungen rückte immer stärker der Zusammenhang von Währungs- und allgemeiner Wirtschaftsordnung in den Vordergrund, und es ergaben sich recht tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Anhängern der Auffassung, dass nur eine mit dem entschlossenen Übergang zur Marktwirtschaft gekoppelte Geldneuordnung den erstrebten Erfolg einer allseitigen Wirtschaftsbelebung zu gewährleisten vermöge, und denen, die in einer maßvoll, vornehmlich unter sozialen Gesichtspunkten staatlich gelenkten Wirtschaft die einzige Möglichkeit der künftigen Wirtschaftsgestaltung erblickten.“ (Albrecht/Arndt 1949, S. 119)

Aber man trat zuletzt mit einer Entschließung an die Öffentlichkeit als Ergebnis der „Ersten fachwissenschaftlichen Tagung nach dem Zusammenbruch in Rothenburg ob der Tauber“, die an alle „maßgebenden deutschen Instanzen und diejenigen der Besatzungsmächte“ gesandt wurde (ebd., S. 122). Man wies hin auf die Notwendigkeit zur Einheit der Verwaltung der Volkswirtschaft, lehnte Produktionsverbote (abgesehen von Rüstungsproduktion) ab, wandte sich gegen die Demontagen und verlangte Kredite, um normale Handelsbeziehungen wiederherzustellen und die Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu ermöglichen. „Die Wiederherstellung eines geordneten Geldwesens ist für alle Wirtschaftsordnungen gleich bedeutsam und dringend erforderlich“ (ebd., S. 123).

Der Entschließung fehlt ein klares liberales Bekenntnis. An der Marburger Tagung ein Jahr später hielt der designierte Vorsitzende des in der Gründung befindlichen Vereins eine einführende Rede, in der er von der Rothenburger Tagung berichtete, es sei „nach recht temperamentvollen Auseinandersetzungen [...] damals gelungen, die bei allen Meinungsverschiedenheiten [...] fruchtbare Aussprache in der Abfassung eines Memorandums über die Sanierung der deutschen Wirtschaft auszuwerten, das von 48 Kollegen unterzeichnet wurde“ (ebd., S. 125–32). Das Memorandum ist datiert „Marburg, Ende Dezember 1947“. Von diesem stellt Albrecht fest, dass es die Grundgedanken der kurz zuvor durchgeföhrten Währungsreform enthält, die schon an der Marburger Tagung als Erfolg gewertet wurde. Das Memorandum hielt fest:

„An eine Rückkehr zur staatsfreien Wirtschaft des 19. Jahrhunderts ist keinesfalls zu denken. Sie hat den angestrebten Leistungswettbewerb nicht zu erhalten und eine befriedigende Sozialordnung nicht zu verwirklichen vermocht, vielmehr hat sie auf zahlreichen Gebieten zur Entstehung wirtschaftlicher und sozialer Machtpositionen geführt.“ (ebd., S. 127)

Dann heißt es:

„Der erste Schritt auf dem Wege zu geordneten Marktbedingungen ist in der Wiederherstellung *normaler* Währungsverhältnisse durch Abschöpfung des sogenannten Geldüberhangs zu sehen. Nachhaltigen Erfolg wird eine solche Neuordnung der Währung selbst bei Anwendung erster Verfahrensweisen nur haben, wenn eine systematische – an den hier entwickelten Grundsätzen ausgerichtete – Umgestaltung der gesamten Wirtschaftspolitik mit ihr verbunden wird.“ (ebd., S. 128f.)

Eucken und Müller-Armack gehörten zu den 48 Unterzeichnern, und es finden sich die meisten Namen, die man in dieser Generation mit dem Neoliberalismus verbindet, aber auch der Keynesianer Erich Schneider hatte unterschrieben. Der Kreis der Unterzeichner bestand also nicht nur aus dem neoliberalen Kern.

Die Marburger Tagung 1948 – die Tagung der formellen Wiedergründung – war Problemen des Außenhandels gewidmet, und auch hierin drängte man auf Liberalisierung. *Adolf Weber* (1948, S. 18 f.) meinte, dass in der Abkehr der Siegerstaaten nach 1918 von der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung der Hauptgrund für das spätere Unheil gelegen habe. Er warf den Vereinigten Staaten vor, in den 1920er Jahren eine Isolierungspolitik betrieben haben, im Glauben, es sich leisten zu können, ein Gläubigerland mit Schuldnerland-Mentalität zu sein. Großbritannien habe sein Heil in seinem Weltreich gesehen, und Frankreich sei stolz darauf gewesen, als Musterland der Autarkie zu gelten. Das zaristische Russland habe vor dem Ersten Weltkrieg so viel Getreide exportiert wie die Vereinigten Staaten, Argentinien und Kanada zusammengenommen, danach aber schnürte es sich ab.

Der Referent ging dann auf Entstehung und Entwicklung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik und schließlich auf den Morgenthau-Plan ein. Die Währungsreform sei wegen Versäumnissen der Alliierten Jahre später gekommen als nötig, und es komme nun darauf an, dass die allgemeine Wirtschaftspolitik dem Erfolg der Währungsreform entspreche. Er behauptete, die Wirtschaftspolitik der Alliierten sei von 1945 bis zur Währungsreform noch schlechter gewesen als die Reparationspolitik nach 1918. Aber er erkannte auch, dass die wirtschaftspolitischen Grundansichten, die von den westeuropäischen Ländern und den Amerikanern vertreten wurden, nun mit denen der deutschen Volkswirte übereinstimmten, und dass in sehr wertvoller Weise geholfen würde, die Übergangsschwierigkeiten zu überwinden. Von deutscher Seite sei man zur Wiedergutmachung bereit. Nach der Diskussion der Außenhandelsfragen wandte man sich der konkreten Vereinsgründung zu,

konstituierte Ausschüsse und befasste sich mit Berufsforschung und den rasch steigenden Studentenzahlen.

Nach diesem Blick auf die neoliberalen Anfänge kehren wir zur Konzentrationsdebatte zurück und fragen jetzt, wie die Ordnungspolitik in den erwähnten Materialbänden *Die Konzentration in der Wirtschaft* reflektiert wurde, wobei wir uns auf die erste Auflage von 1960 stützen und von späteren Bearbeitungen absehen.

Der erste der drei Bände (*Arndt* 1960) suchte den Stand der Konzentration zu erfassen, in erster Linie in Westdeutschland. Ein Aufsatz behandelte die Konzentration im Osten, betonend, dass sie weit über das technisch notwendige hinausging, weil sie als Voraussetzung der zentralen Planung angesehen wurde. Auch das westliche Ausland wurde erfasst.

Der zweite Band zu den „Ursachen der Konzentration“ begann mit der Technik, versammelte verschiedene ökonomische Hypothesen und fragte auch nach der Beeinflussung der Konzentration durch das Recht. Schließlich kam die ordoliberalen Kritik an der Konzentration zur Sprache. *Walter Adolf Jöhr* (1960) behandelte im vierten Teil über die „Beeinflussung der Konzentration durch die Wirtschaftspolitik“ die scharfen Urteile zu ihren Auswirkungen. Roosevelt habe 1938 eine große Untersuchung der Konzentrations-tendenzen in den Vereinigten Staaten veranlasst und dabei ausgeführt, dass die Freiheit in der Demokratie nicht sicher sei, wenn private Macht stärker werde als der Staat; es sei im Grunde Faschismus, wenn ein Individuum oder eine Gruppe auf diesem Wege die Verfügungsgewalt über die staatliche Verwaltung erlange. Und noch schärfer habe sich Wilhelm Röpke über die Konzentration geäußert, die er als die „eigentliche Sozialkrankheit unserer Zeit“ bezeichnete. Sie zerstöre die Mittelschicht, sie erstickt die Eigenverantwortung. Notwendig aber seien Dezentralisation, „Entmassung“ und „Entproletarisierung“ (ebd., S. 1290). Rüstow spreche von einer „megalomanen Gesellschaft“, wenn in ihr Konzentration für unvermeidlich gehalten werde. Die andere Seite sei zuerst von Schumpeter vertreten worden, der den Kapitalismus als einen Prozess schöpferischer Zerstörung auffasste, in dem die größeren Betriebe besser gewappnet seien. Sie verfügten über die Mittel für Forschung und trieben den Fortschritt voran. Da seien Großunternehmen ein notwendiges Übel. Auch Galbraith sehe den Fortschritt mit Konzentration verbunden, glaube aber an die Gegenmacht (*countrervailing power*), der er eine ähnliche Funktion zuspreche wie der Konkurrenz.

Jöhr untersucht sodann den Grad der Konzentration und die Möglichkeiten der Konzentrationsbekämpfung durch Wettbewerbsrecht, Mitbestimmung und andere Eingriffe. Schließlich gelangt er zur „Hauptaufgabe: Lenkung und Assimilierung des Konzentrationsprozesses“ (ebd., S. 1328). Gegen die Vorstellung von kleinen, überschaubaren Lebenskreisen, einer romantischen

Grundhaltung, die kleine Betriebe und Siedlungen, Verbindung mit Natur und sinnerfülltes Schaffen fordert, stellt er andere Möglichkeiten. Er lobt die Lebensform der einigermaßen abgesicherten Unselbständigen, er weist darauf hin, dass es auch in der Großstadt Vereine gibt, dass Arbeitserfüllung nicht nur im Handwerk gefunden werde, und er hält auch das Ziel der reinen Konkurrenz für überzogen, denn mit der Konzentration erweiterten sich auch die Märkte und es bleiben Substitutionsmöglichkeiten. Der Staat kann gegen den Konzentrationsprozess nicht viel unternehmen. Selbst ein Kartellverbot kann konzentrationsfördernd wirken. Jöhr stand damit den neoliberalen Werten nahe, suchte sie aber so zu deuten, dass die Spannung zwischen dem Wunschzustand und der Wirklichkeit erträglich schien.

Andere Aufsätze des Bandes wie der von Helmut Meinholt (1960) über „Westdeutsche Wirtschaftspolitik und Konzentration“ gelangen im Grunde zu ähnlichen Ergebnissen. Der dritte Band über „Wirkungen und Probleme der Konzentration“ enthält eine interessante Zusammenfassung der Ideen von Gardiner C. Means: seiner Theorie der administrierten Preise und der *target rates of return*. Mit deren Hilfe gelingt es, den Unterschied des Verhaltens der Großunternehmen und der Unternehmung bei unvollkommener Konkurrenz schärfer zu beschreiben. Andere Aufsätze des Bandes stellen die Konkurrenz in den Zusammenhang der wirtschaftlichen Entwicklung, der Finanzierung u. a. Für uns relevant ist der zweite Teil, in dem es um Einflüsse der Konzentration auf Staat und Gesellschaft geht.

Oswald von Nell-Breuning behandelt in seinem Aufsatz über „Konzentrationsprobleme im gesellschaftlichen Raum“ die Interdependenz der Ordnungen. In der Gesellschaft bedeutet Konzentration eine Klassenbildung. Den Machtzentren in der Wirtschaft stehen etwa die Kirchen, Organisationen der Wissenschaften und andere gegenüber. Die meisten Verbände verfolgen primär oder auch nebenher wirtschaftliche Zwecke. Als wichtige bezeichnet er die Kammern, den Deutschen Industrie- und Handelstag, Genossenschaften, Aktionärsvereinigungen, während die Organisationen der Verbraucher schwächer seien. Auch an die Organisationen der freien Berufe sei zu denken. Sie alle stellten Forderungen an den Staat. Damit sei der ältere Liberalismus, der die alten *corps intermédiaires* zerschlagen hatte, ersetzt worden durch einen neuen:

„Der Individualismus der Individuen ist abgelöst durch den Individualismus der Verbände, einen regelrechten – so befreindlich das Wort klingen mag – Kollektiv-Individualismus. In der heutigen unorganisch-pluralistischen Gesellschaft wetteifern all diese Kollektivgebilde, als Interessentenorganisationen [...] Ansprüche [...] gegen die durch den Staat repräsentierte Allgemeinheit geltend zu machen.“ (Nell-Breuning 1960, S. 1718)

Gegen die Macht der Apparate und ihre Kontrolle durch die Techniker hilft dann nur noch die Möglichkeit freier Gruppenbildung innerhalb der Organisationen; Nell-Breuning bezeichnet sie als „Lebensfrage einer freien Gesellschaft“ (ebd., S. 1719).

Ebenso skeptisch beurteilte *Eugen Kogon* (1960) die „Wirkungen der Konzentration auf die Demokratie“. Er meint, der Zusammenhang von Wirtschaftsordnung und politischem Herrschaftssystem sei noch nie sowohl umfassend als auch systematisch am historischen Material untersucht worden. Auch nicht von Karl Marx, auch nicht von Max Weber! Nach kritischer Literaturdurchsicht wendet er sich den Antinomien zwischen Kapitalismus und Demokratie zu. Früh schon habe sich der Gegensatz zwischen kapitalistischer Konzentration und föderalistischer Demokratie manifestiert. Die Romantiker hätten dies besser gesehen als die Fortschrittlichen. Schon Adam Smith halte fest, wie sich Berufsverbände gegen das öffentliche Wohl organisieren. Kogon relativiert manche Vorurteile gegen die Monopole und meint, es seien eben Verbände nötig, um sich zu artikulieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Verbände zu kontrollieren sei nicht minder schwierig als in der Wirtschaft. Indessen stellen sich für ihn doch Bedingungen der „Normativität des Interessenausgleichs“ (ebd., S. 1766) heraus.

Er spricht also nicht von der Legitimität (dem rechtlichen Begriff) und auch nicht von Gleichgewicht (dem ökonomischen Analysekonzept), sondern von der soziologischen Norm. Eine hochentwickelte pluralistische Demokratie als „Herrschaftstypus“ bewegt sich auf die für sie bezeichnenden Ziele hin, wie Chancengleichheit, zureichende Versorgung, wirklichkeitsgerechte und wirksame Repräsentation und Institutionalisierung von Opposition (ebd.). Pluralismus ist also nicht eine Verfallserscheinung, wie Carl Schmitt gemeint habe, sondern die Bedingung hochentwickelter demokratischer Freiheit, was wiederum eine politische Klasse voraussetze, die ihr Eigeninteresse loyal mit denen der Allgemeinheit in Einklang setzt. Durch sie erfolge der Interessenausgleich, aber nicht automatisch; der Neoliberalismus fordere ja den starken Staat (ebd., S. 1767).

So wurde der Neoliberalismus in der Konzentrationsdebatte recht verschieden ausgelegt. Wir sahen, wie Edgar Salin gegen die Ordnungspolitiker die Konzentration voranzutreiben für richtig hielt. Eugen Kogon meinte, die moderne Demokratie verwirkliche sich auch wenn der wirtschaftlichen Konzentration die gesellschaftliche entspräche, nämlich unter der Voraussetzung normgemäßen Verhaltens. Walter Adolf Jöhr suchte eine vermittelnde Position einzunehmen. Die spätere Tagung über *Macht und ökonomisches Gesetz* enthielt dann neben den schon angeführten Stellungnahmen für und gegen den Neoliberalismus noch einen ganz besonderen Versuch, den älteren Liberalismus gegen den Neoliberalismus in Schutz zu nehmen.

Mit Verve hielt *Erich Streissler* (1973) das Schlussreferat über „Macht und Freiheit in der Sicht des Liberalismus“ zur Jubiläumstagung *Macht und ökonomisches Gesetz*. Es war die Verteidigung eines älteren Liberalismus‘ britischer Prägung und eine Relativierung der deutschen Form des Neoliberalismus. Macht werde meist als suspekt angesehen, doch die Macht des Eigentums erscheine im echten Liberalismus als legitim. Der klassische Liberalismus gehe von einem skeptischen Menschenbild aus; die Menschen seien weder gut noch klug, und dieser skeptische Liberalismus dürfe mit dem Optimismus der Französischen Revolution nicht verwechselt werden. Wer an die Wirklichkeit der Güte des Menschen glaube, werde Rousseauaner, wer an die Möglichkeit glaube, die Güte durch eine neue Gesellschaft zu realisieren, treibe zum Marxismus. „Wer schließlich der Meinung ist, fast alle Menschen seien gut, bis auf ein paar Monopolisten, der ist aller Wahrscheinlichkeit nach das, was ich mir unter einem Neoliberalen vorstelle“ (ebd., S. 1397). Es sei dieses Menschenbild, was den Neoliberalismus Eucken vom klassischen trenne. Mehr als bei der Betrachtung des Einzelnen dürfe gutes Verhalten nach dem klassischen Liberalismus von Gruppen erwartet werden.

Streissler spielte damit wohl auf die *Theory of Moral Sentiments* mit ihren stoischen Wurzeln an: Die Welt ist so eingerichtet, dass der Einzelne in der Gruppe besser handelt, weil er empathisch empfindet, was Andere über ihn denken, sodass er als besser erscheinen will, als er eigentlich ist. Er kann vom Rivalen lernen, und so bringt er im Wettbewerb innerhalb der Gruppe Besseres hervor, als wenn er unabhängig handeln könnte. Eucken aber habe die Dinge überspitzt, als er „tatsächlich annahm, die Wirtschaftspolitik sei in der Lage, vollständige Konkurrenz, eine abstrakte Modellvorstellung der Theoretiker zu verwirklichen, und sie sei zu dieser Unmöglichkeit auch noch moralisch verpflichtet“ (ebd., S. 1399). Gegenüber Monopolen habe Eucken davon gesprochen, es sei derjenige Zustand herzustellen, „als ob vollständige Konkurrenz bestünde“ (ebd.). Bescheidener meine der klassische Liberalismus mit laissez-faire nur das Subsidiaritätsprinzip, verbunden mit Misstrauen gegenüber dem Staat, sowohl was seine Absichten wie seine Fähigkeiten betrifft.

Streissler vertiefte seine Thesen mit einer Überfülle von historischen Belegen, die im Text und in langen Fußnoten erschienen und an der realen Geschichte Englands im 17., 18. und 19. Jahrhundert veranschaulicht wurden. Er stellte die klassische Schule in England und dann Menger mit den Österreichern als Vollender dieser Tradition dar. Eucken hungere nach einem Ausgleich der Machtbeziehungen, die es nur in der Vorstellung der Romantik geben könne. Die Monopole mit ihrer Macht könne der Staat gar nicht unterbinden. Streissler knüpfte damit an die vergangene Diskussion über die Konzentration an:

„Die typisch neoliberale, aber nicht klassisch liberale Bekämpfung der Selbstfinanzierung auf Kosten der Fremdfinanzierung beruht auf der u. E. informationstheoretisch falschen Idee, dass allein der Fremdkapitalzins eine optimale Allokation des Kapitals bewirke. Die Verbändefeindlichkeit ist Rousseausche Wirklichkeitsfremdheit und Erziehungssucht.“ (ebd., S. 1525)

Er schloss mit der Versicherung, das historische Verdienst des Neoliberalismus beim Wiederaufbau nicht bestreiten zu wollen; was erreicht worden sei, entspräche dem klassisch liberalen Programm. Was beide verbinde, sei der Freiheitsgedanke. Die im Tagungsband dokumentierte Diskussion bewegte sich dann auf zwei Ebenen. Paul Chamley aus Straßburg befasste sich in seinem Koreferat mit Streisslers historischen Begründungen. Mehrere Redner bezogen sich hernach auf Streissler vom sozialdemokratischen, marxistischen oder neoliberalen Standpunkt. Zu den letzteren zählte Hans Willgerodt, der die Konzeptionen Euckens verteidigte und bestritt, dass die Konkurrenzvorstellung Euckens auf die neoklassische Lehrbuchdarstellung der vollkommenen Konkurrenz reduziert werden dürfe. Die machtheoretischen Äußerungen Streisslers nahm er aufs Korn, indem er die Auseinandersetzungen der Verbände in Österreich, die Streissler als Beispiel herangezogen hatte, als „ständestaatlich“ (in Schneider/Watrin 1973, S. 1438) bezeichnete; das könne in einem kleinen Staat, auf den der Außenhandel disziplinierend wirke, vielleicht hingenommen werden.

Acht Jahre später folgte der Band *Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft*, der von Otmar Issing herausgegeben wurde. Dieser leitete im Vorwort den Band ein: „Die Wahl des Tagungsthemas war von der Absicht bestimmt, das allgemein konstatierte Desinteresse an ordnungspolitischen Fragen zu überwinden.“ Es komme darauf an, ob das Konzept noch eine Zukunft habe (Issing 1981, S. V.).

Das erste Eröffnungsreferat wurde von Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, gehalten, der, als er sich 1991 aus dem Amt zurückzog, unter acht Wirtschaftsministern und drei Bundeskanzlern gearbeitet hatte. Dieser Praktiker schickte sich nun an, die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft – gemäßigt modernisiert – aus tiefer Überzeugung vorzutragen.⁷ Schlecht wollte die ordnungspolitischen Probleme wieder zurück in Forschung und Lehre bringen und helfen, das Konzept der Sozialen

⁷ An seiner Stelle hätte Karl Schiller vortragen sollen, und das Koreferat war eigentlich Armin Gutowski zugedacht, der aber im Auftrag des Ministeriums in China weilte, um die Volksrepublik beim Übergang zur Marktwirtschaft zu beraten. Ich wurde 2019 in Peking darauf angesprochen. Die chinesische Regierung habe sich zuerst durch Wolfram Engels als einen Verwandten von Friedrich Engels über die westlichen Entwicklungen informieren lassen, und als man erkannte, in welchem Rückstand man sich infolge des Maoismus befand, habe Engels seinen Fakultätskollegen Gutowski als Berater für die Transformation empfohlen.

Marktwirtschaft an veränderte Gegebenheiten anzupassen. Wie *Helmut Hesse* (1981, S. 4) in seiner Begrüßung betont hatte, ist die Soziale Marktwirtschaft „kein festgeschriebenes Gefüge exakt definierter Regeln und Institutionen“, sie sei vielmehr „ein Stilgedanke“, der ständig anzupassen ist. *Schlecht* (1981, S. 11) ließ es sich nicht nehmen, als Vertreter Schillers, mit der Genesis des Liberalismus zu beginnen, der nach Adam Smith eine Arbeitsteilung zwischen Staat und Wirtschaft vorsah; der Staat war der Hüter der Ordnung. Schon John Stuart Mill ging weiter, indem er für eine „staatliche Sozialpolitik im Sinne der Hilfe für die Benachteiligten“ eintrat. Nach Mill sollte aber auch kein Anreiz gesetzt werden, dass ein „ungebührliches Vertrauen“ in diese Hilfe gesetzt werde (ebd., S. 12).

Er verwies dann auf die Gründung des Vereins für Socialpolitik, der nach Sombart der Arbeiterschaft eine Stimme verliehen habe. Auch Böhm-Bawerk habe das Verteilungsproblem gesehen und deshalb die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer vorbereitet, die erst in den 1890er Jahren in Deutschland und Österreich eingeführt wurde. Sie „bedeutete einen großen Schritt in Richtung größerer Gleichheit und Veränderung der Marktergebnisse“ (ebd., S. 13). In der gleichen Zeit habe die Historische Schule, obwohl von Eucken kritisiert, durch die Beschreibung verschiedener Wirtschaftsstile „den Grundstein für das Denken in Ordnungen und damit für den Vergleich wirtschaftlicher Systeme“ (ebd., S. 13) gelegt.

Freilich habe nach 1918 noch wenig Klarheit über die Grundsätze einer rationalen Wirtschaftspolitik bestanden, aber dieser „systemlose Interventionsismus“ habe dann doch zu einer „schärferen Herausarbeitung der Prinzipien einer freien Wirtschaft“ geführt (ebd., S. 14). Er verwies auf Ludwig von Mises und Wilhelm Röpke. Er kam dann auf die „Untergrundökonomie“ zu sprechen, womit er die Ideen Müller-Armacks und der Freiburger Schule meinte, die sich während des Krieges entwickelten, und charakterisierte die Übereinstimmungen und Gegensätze. Müller-Armack habe einmal behauptet, dass die Soziale Marktwirtschaft geradezu von Konjunkturpolitikern entworfen sei, weil er an seine und Röpkes Beiträge zur Konjunkturforschung dachte. Das bezeichnete Schlecht als „stark übertrieben“ (ebd., S. 20), aber er sagte nun auch:

„Eucken konzentrierte sich ganz auf die Wettbewerbsordnung und die Gestaltung der Ordnungsformen. Seine abgrundtiefen Aversion gegen einseitige ‚Vollbeschäftigungspolitik‘ und damit gegenüber Keynes (dessen makroökonomische Kreislauftheorie er wohl auch missverstand), führte dazu, dass in seiner Ordnungswelt spezielle prozesspolitische Aktivitäten kaum Platz hatten.“

Demgegenüber hatte Müller-Armack Elemente keynesianischer Wirtschaftspolitik vorweggenommen und das habe dazu beigetragen, „dass im Bundesministerium für Wirtschaft der Übergang von Ludwig Erhard zu Karl

Schiller ziemlich friktionslos verlief“ (ebd., S. 21). Nach dem Verweis auf die Unterschiede im Denken über Soziale Marktwirtschaft betont Schlecht die große Gemeinsamkeit: Dass es darum ging, den für rationales Denken zunächst so einleuchtenden Gedanken der Überlegenheit zentraler Planung zu überwinden und durch die Kritik desselben zum Verständnis der marktwirtschaftlichen Ordnung zu führen.

Es folgt der Bericht des teilnehmenden Beobachters über die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in der Praxis. Ich übergehe Schlechts Ausführungen zur Kontrolle des Wettbewerbs und der Anpassung der Renten und gehe nur auf die Bemerkungen zur Konjunkturpolitik ein. Anfang der 1960er Jahre wurden die Überlegungen zur Ausgestaltung der Konjunkturpolitik im Wirtschaftsministerium intensiviert. „Unsere Ministeriellen arbeiten am Entwurf eines ‚Stabilitätsgesetzes‘, kamen aber nicht recht voran. Dies lag auch daran, dass Ludwig Erhard als Bundeskanzler trotz veränderter Landschaft gegenüber seinen goldenen 50ern wenig davon hielt“ (Schlecht 1981, S. 27). Erhard habe dann missmutig zugestimmt mit der Bemerkung: „Wer nicht hören will – nämlich auf seine Maßhalteappelle – muss eben fühlen“ (ebd., S. 27 f.). Mit dem Eintritt Schillers kam es zum Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967, das „Schiller als Kombination des Freiburger Imperativs mit der keynesianischen Botschaft bewertete“ (ebd., S. 28). Schlecht meinte im Rückblick, dass dieses „Konzept einer konjunkturpolitischen Feinstreuierung eher zu anspruchsvoll [...] und einseitig angelegt war“. Seine Grenzen lagen nicht nur in den Schwierigkeiten von Analyse und Prognose, sondern zeigten sich auch bei den veränderten wirtschaftspolitischen Problemen der 1970er Jahre (eine Inflation, die trotz Rezession nicht ausreichend gebremst werden konnte, und die Herausforderung durch die Energiepolitik). Schlecht deutete das Eingehen auf diese neuen Herausforderungen aber nicht als Abgehen von der Sozialen Marktwirtschaft, sondern – mit der notwendigen Verbesserung der Rahmenbedingungen – eher als ein „erst recht!“.

Die übrigen Aufsätze in *Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft* ergeben ein heterogenes Bild mit Fragestellungen und Entwürfen, die sich zum Teil noch an der Terminologie des Ordoliberalismus orientieren, die zum Teil Einzelfragestellungen nachgehen, wie etwa der Mitbestimmung oder der Rolle öffentlicher Unternehmen, oder die zum Teil sich abwenden. Dies werde an Beispielen jeweils kurz illustriert.

Das Referat von Knut Borchardt „Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in heutiger Sicht“ löst sich von den alten Formeln. Er meinte, es sei in der Sozialen Marktwirtschaft doch mehr um Wachstum als um Umverteilung gegangen. Sie habe sich auf eine veraltete Mikroökonomie gestützt, aber es bleibe dabei, dass Marktversagen den Staat ins Amt setzt. Der Wettbewerb sei einzurichten, wo es an Wettbewerbsdruck fehlt. Dabei war freilich nicht

klar, wie weit der Staat gehen kann. Nach dem Referenten beschrieb man ihn aus ordoliberaler Sicht in paternalistischer Funktion und wertete dabei die Verbände ab. Heute komme es darauf an, die Institutionen aufeinander abzustimmen. Am Markt als Ordnungsmodell werde dabei festgehalten. Er werde instrumental verstanden. Der Markt sei nicht unmoralisch, sondern tolerant, nicht so sehr unpersönlich als nicht-diskriminierend, und er lasse auch die schwächere Leistung für diejenigen zu, die sich mit weniger begnügen wollen. Der Vortrag ging insofern auf die Kritik der „jungen Leute“ und der „Sprecher christlicher Kirchen“ an der Marktwirtschaft ein. „Das Ordnungsmodell Markt ist in einer sehr labilen Weltlage ein kollektives Sicherungssystem, auf das die Politiker unter keinen Umständen verzichten dürfen, ja das sie ausbauen sollten“ (*Borchardt* 1981, S. 51). Die Weltlage zeige: ohne Markt keine Freiheit.

Der wissenschaftliche Wirtschaftssystemvergleich wurde durch *Hans Jürgen Wagener* (1981) in einem Vortrag über „Das Spektrum existierender Wirtschaftsordnungen“ vertreten. Das Referat durchläuft die – wir stehen am Anfang der 1980er Jahre – zunehmende Variationsbreite der osteuropäischen Wirtschaftsformen, die allerdings noch nicht so radikal waren, dass man von einer Systemumkehr hätte sprechen können. Das Stichwort war „Konvergenz“ – ob die östlichen und westlichen Systeme sich zueinander hin entwickeln würden. Wagener schloss die Möglichkeit nicht aus, aber fand, sie sei doch nicht absehbar. Die Auflösung der Sowjetunion wurde nicht thematisiert, ja nicht einmal als Möglichkeit gesehen. Den Zentralverwaltungswirtschaften wurde zugestanden, dass sie zumindest bei der Beschäftigung im Vorteil seien.

Guy Kirsch (1981) behandelte die Ordnungspolitik als Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Für Eucken sei der politische Prozess exogen gewesen und die Vorstellung einer einheitlichen staatlichen Willensbildung noch ein möglicher Gedanke. Nun aber gebe es die Artikulation der verschiedenen Interessengruppen und der Staat sei interventionistisch tätig. Ordnungspolitiker „müssen erkennen, dass es keineswegs selbstverständlich, vielleicht nicht einmal wahrscheinlich ist, dass sich der Staat als Hüter der Ordnung versteht“ (ebd., S. 265). Aber wie sich die staatlichen Organe orientieren, könne mittlerweile untersucht werden, indem man die Ordnungspolitik als ein Kollektivgut definiere, das im Idealfall allen einen Nutzen bringt, ob der Einzelne nun dazu beiträgt oder nicht. Dieses Kollektivgut koste freilich etwas, und so seien viele an den Vorteilen einer guten Ordnungspolitik interessiert, aber nicht bereit, zum Angebot beizutragen, weil sie die Kosten nicht tragen wollten und Sondervorteile von Ausnahmen erhofften.

Dieser Gedanke wird im Referat differenziert ausgestaltet. Als Ergebnis wird festgehalten: „Der interventionistische Wohlfahrtsstaat wird immer mehr zum Verbändestaat und vice versa“ (ebd., S. 268) – Wie war es dann

aber in der Gründungsphase der Bundesrepublik möglich, als Verbände doch auch schon existierten, dass die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft durchgesetzt werden konnte? Kirsch schlägt vor, die damalige Lage nach dem Muster von Rawls' *veil of ignorance* zu interpretieren: Kollektive und individuelle Agenten waren in Not und mussten überlegen, unter welchen Bedingungen sie wieder zu Wohlstand gelangen könnten. So sahen sie die Logik der Sozialen Marktwirtschaft ein und waren bereit, ihren Regeln zuzustimmen und sich den Notwendigkeiten einer Ordnungspolitik zu fügen. Könne eine solche Lage sich wiederholen? Kirsch meinte – blieb aber mehr skeptisch als optimistisch –: Wenn der Interventionismus sich totgelaufen habe, ginge es vielleicht ...

In einem besonderen Arbeitskreis wurden theoretische Aspekte der Sozialen Marktwirtschaft abgehandelt. Unter der Leitung von Kurt Rothschild hielten *Philipp Herder-Dorneich* (1981) das Referat „Die Entwicklungsphasen der Sozialen Marktwirtschaft und der Paradigmenwechsel in der Ordnungstheorie“ und *Bertram Schefold* (1981) das Referat „Die Relevanz der Cambridge Theorie für die ordnungspolitische Diskussion“. *Herder-Dorneich* (1981, S. 677) durchlief die Hauptphasen der realen Entwicklung und der Diskussion über die Soziale Marktwirtschaft, die er in vier Etappen einteilte, überschrieben 1. Eucken, ab 1936; 2. Erhard/Müller-Armack 1945–1966; 3. Schiller 1967–1972; und schließlich eine „gegenwärtige Phase“. Dies bezog er einerseits auf die wirtschaftshistorische und wirtschaftspolitische Entwicklung, die er zuvor resümiert hatte, andererseits auf die Ordnungskonzepte. In den Lehrbüchern fände man von alledem meistens nur die Gegenüberstellung von Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft; insofern schiene auf diesem Gebiet eine wissenschaftliche Stagnation zu herrschen.

Indessen sei ein Pluralismus entstanden. Es gebe mit Tradition und Zufall weitere Entscheidungsmechanismen. Und die Tauschvorstellung sei nicht nur auf Güter- und Faktormärkte, sondern auch auf den Tausch zwischen Verbänden zu beziehen. Dies sei ein Paradigmenwechsel im Sinne Kuhns. Die Institutionenökonomie könne diese komplexeren Phänomene erfassen. Man habe früher Markt und Staat als alternative Mechanismen zur Allokation im Sinne eines Entweder-Oder begriffen, und um der Freiheit willen habe man für den Markt plädiert. Die Institutionenökonomie führe zum Verständnis einer Mischung und einer Aufweichung dieser Standpunkte. Das neue Paradigma betone Nicht-Markt-Mechanismen, die nicht so einfach zu mathematisieren seien wie die neoklassische Gleichgewichtstheorie. Das Referat endet freilich ohne die Konsequenzen des neuen Ansatzes zu explizieren.

Das nachfolgende Referat (*Schefold* 1981) untersucht, was sich für den Stilgedanken der Sozialen Marktwirtschaft ergibt, wenn die Logik der neoklassischen Wirtschaftstheorie durch die keynesianische ersetzt wird, und

zwar nicht nur bei konjunkturellen Schieflagen wie in der Schillerschen Begründung des Stabilitätsgesetzes, sondern in der langen Frist im Wachstumsprozess. Dieser wird nach der Cambridge-Theorie nicht wie im Solowschen Wachstumsmodell durch eine regelmäßige Ersparnis aus dem Einkommen, die dann investiert wird, bestimmt, sondern durch die Dynamik autonomer Investitionen und anderer Nachfragekomponenten, insbesondere des Außenhandels. Damit lässt sich nach Kaldor insbesondere die Dynamik eines exportinduzierten Wachstums verstehen, dem die in der Regel schwächere Dynamik eines Wachstums gegenübersteht, das vor allem durch Stimulierung der binnengewirtschaftlichen Nachfrage erzeugt wird. Das Referat beschreibt solche Wachstumsprozesse einerseits mithilfe der kausalen makroökonomischen Theorie, andererseits (weil sich hier Verhaltensweisen reproduzieren) mithilfe der Wirtschaftsstilanalyse, die auf die Mentalitäten abstellt oder, wie es früher hieß, auf den Wirtschaftsgeist.

In der Diskussion wurde eingewendet, Kaldors Analyse ginge nicht auf die ersten Ursachen zurück, wenn das Wachstum durch den Exporterfolg erklärt werde und dieser durch die Nutzung steigender Skalenerträge und kumulativer Effekte. Man müsse vielmehr fragen, wodurch ein Land zuallererst in eine starke Außenhandelsposition gelange, und das sei, was die Neoklassik erkläre und die Ordnungspolitik herbeiführe. Der Referent antwortete, es ständen nicht die Anfangsbedingungen zur Debatte, sondern der Vergleich verschiedenartiger langfristiger Prozesse. Da sei der Vorteil des Landes, das eine exportorientierte Wachstumspolitik aufgrund einer überlegenen Technik und einer damit zusammenstimmenden Investitionsdynamik weitführe, nicht zu leugnen. Es stelle sich ein mit dem Wachstumsmodell korrespondierender Wirtschaftsstil ein, der sich so schnell nicht ändern lasse, und in der umgekehrten Lage sei dies für das exportschwächere Land ein Problem. Wirtschaftsstilvergleiche seien auch für die Analyse langfristiger Umweltstrategien angebracht; damit erfahre der Stilbegriff eine zeitgemäße und mit moderner Theorie unterlegte Anwendung. Kurt Rothschild schloss in der Diskussion salomonisch, man könne „von Theorie und Wirtschaftspolitik nicht ohne weiteres in verschiedenen Ländern und verschiedenen Perioden gleiche Ergebnisse erwarten. Für die Anwendung sind zusätzliche Analysen und Modifikationen unerlässlich“ (in Issing 1981, S. 719).

Die Beiträge des Bandes beweisen, dass der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft und die Vorstellung der Ordnungspolitik trotz der skeptischen Bemerkung in der Einleitung zu Beginn der 1980er Jahre noch recht lebendig waren, auch wenn die Begriffe in der Anwendung durch neue Ansätze diffuser wurden. Deutlich stand die Frage vor Augen, wie der Staat die ihm zugesetzte Verantwortung, herausgefordert durch divergente Interessen, praktisch wahrnehmen könne und welche Rolle die Ökonomen dabei spielen sollten. Es war immer noch eine Verantwortung des Vereins, für die Soziale Markt-

wirtschaft zu werben, auch wenn die Mitglieder sich ihren verschiedenen Forschungen mit unterschiedlichen Orientierungen widmeten.

Nur sieben Jahre nach der Tagung über die *Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft* wurde die Verbindung zwischen Ordnungspolitik und der Mission des Vereins für Socialpolitik noch einmal an einer Tagung über *Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft – Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren* vor Augen geführt; der Band wurde vom Historiker Wolfram Fischer herausgegeben. Man tagte in Freiburg, „dem Ort, in dem wesentliche wissenschaftliche Grundlagen für die neue Marktwirtschaftsordnung gelegt worden sind“, wie es in *Fischers* Vorwort heißt (1989, S. 5). Für die damalige Lage scheint mir der Aufsatz *Norbert Klotens* (1989) repräsentativ: „Das Stabilisierungsproblem: Konzeption und wirtschaftlichen Praxis“. Kloten führte aus, man sei 1967 zum „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ gelangt, auf das die Entwicklung seit 1948 auf gar nicht so verschlungenen Wegen hingeführt habe, doch entfernte man sich in der Folge auch wieder von ihm. „Die griffigen, das Jahrhundertereignis einfangenden Formeln wie Karl Schillers ‚Synthese von Freiburger Imperativ und keynesianischer Botschaft‘ oder Fritz Neumarks ‚Magna Charta der Konjunkturpolitik‘ wurde noch immer fleißig zitiert, als die Norm selbst schon lange zur Hülle ohne Kern geworden war“ (ebd., S. 79). Das Gesetz, Ergebnis eines langen Suchprozesses nach einer mit der marktwirtschaftlichen Ordnung kompatiblen makroökonomischen Politik, sollte dazu dienen, die Schwankungen der Auslastung und die daraus folgenden Wachstumsverluste durch Globalsteuerung zu vermeiden; man trat damit der Neigung der Regierung zu prozyklischem Verhalten entgegen. Die Makroplanung sollte die Selbststeuerung im Mikrobereich nicht antasten. Ein „Sozialer Dialog“ sollte eine „Einkommenspolitik der leichten Hand“ ergänzen, aber die Fiskalpolitik hatte die Hauptlast zu tragen (ebd., S. 82).

Erst allmählich wurde deutlich, was eine solche Konzeption alles voraussetzte und was alles hätte erfüllt sein müssen, um dem Gesetz einen dauerhaften Erfolg zu sichern. Zwar hatte schon früher die Ökonometrie versprochen, der Konjunkturzyklus werde bald nur noch ein „historisch interessantes Phänomen“ sein. Auch der Sachverständigenrat war überoptimistisch gewesen. Dass daraus nichts wurde, erklärte Kloten mit Schumpeters These, dass der Wachstumspfad selbst aus der Konjunkturbewegung hervorgeht. Des Weiteren machte er das prozyklische Verhalten der Regierung dafür verantwortlich, die den Primat des stabilitätspolitisch Gebotenen nicht anerkenne, noch weniger fügten sich dem die einzelnen Ministerien und die Länder. Regierungen und Legislative waren also überfordert. Die deutschen Neoliberalen hatten die Vereinbarkeit von Freiburger Imperativ und keynesianischer Botschaft von vornherein verneint. Von den Alternativen, die sich dann ent-

wickelten, insbesondere Angebotspolitik und Monetarismus, ist zumindest der letztere Geschichte.

Bei der an der Tagung versuchten Standortbestimmung hatte man sich auch mit einer neuen wirtschaftshistorischen These auseinanderzusetzen. In Rainer Klumps (1989) Aufsatz „Die Währungsreform von 1948. Ihre Bedeutung aus wachstumstheoretischer und ordnungspolitischer Sicht“ wird referiert, wie die Wirtschaftshistoriker – insbesondere Abelshauser – die Bedeutung der Währungsreform für das Wirtschaftswunder viel geringer einschätzten als die Ordnungspolitiker, und das habe sich bei diesen auch noch nicht herumgesprochen. In der Tat erscheint das deutsche Wirtschaftswunder im Rückblick nicht mehr so außergewöhnlich wie Anfang der 1960er Jahre, denn mit geringem Zeitverzug erzielte auch Italien sehr hohe Wachstumsraten in der Nachkriegszeit, und näher der Gegenwart haben Schwellenländer und insbesondere China über Jahrzehnte hohe Wachstumsraten in gleicher Größenordnung wie die des Wirtschaftswunders sogar aufrechterhalten können. Rainer Klump versuchte, hier eine vermittelnde Position einzunehmen, indem er die neoklassische Wachstumstheorie heranzog und die Lage vor und nach der Währungsreform verglich.

Noch deutlicher distanzierte sich Kurt Rothschild von der Vorstellung, es seien vor allem die ordnungspolitischen Weichenstellungen gewesen, die den deutschen Wachstumserfolg ermöglicht hätten. In seinem Aufsatz „Zur Leistungsfähigkeit eines wirtschaftspolitischen Slogans“ kehrte er die Kausalität geradezu um. Auch andere „Wiederaufbaustäaten“ (Rothschild 1989, S. 635) wie Frankreich, Österreich, Japan seien erfolgreich gewesen, mit niedriger Arbeitslosigkeit und entsprechender Inflationsbekämpfung in den 1970er Jahren. Die Soziale Marktwirtschaft sei als Begriff entbehrlich, wenn man das erklären wolle. Es handele sich um einen Slogan, der in Deutschland aufgrund der besonderen Tradition und der wirtschaftlichen Prosperität der Nachkriegszeit Erfolg hatte, aber nicht aufgrund ungewöhnlicher wirtschafts- und finanzpolitischer Rezepte. Der Aufsatz verfolgt die Traditionselemente bis in die Bismarckzeit zurück. Wenn der Slogan sich infolge einer besonderen historischen Verwurzelung durchsetzte, konnte er die Herbeiführung eines prinzipiellen Konsenses erleichtern und Reformen befördern – insofern bleibe er hilfreich. Die Vagheit des Begriffs sei ein Vorzug; vergleichbare Begriffe seien in Österreich die „Sozialpartnerschaft“ und in Schweden der „Wohlfahrtsstaat“. Rothschild hielt einige nationale Spezifika fest und fragte nach einem Kriterium, das eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft zu erkennen gestatten würde. Es war eine mehr rhetorische Frage; er hielt den Begriff für mittlerweile so verwaschen, dass man sich eigentlich immer auf ihn berufen könne.

Diesen Herausforderungen standen mehrere Referate gegenüber, welche die historische Bedeutung und die Aktualität der Sozialen Marktwirtschaft entschieden verteidigten. An erster Stelle ist hier das Referat von *Martin Bangemann* (1989), des Bundesministers der Wirtschaft, zu nennen, der ein- gangs über „Zukunftsperspektiven der Sozialen Marktwirtschaft“ sprach. Die Soziale Marktwirtschaft bedeute die Entscheidung für die Freiheit, für die Marktwirtschaft und zugleich für eine moderne und pluralistische Demokratie. Er hielt am ganzheitlichen Charakter von Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft und an der Interdependenz der Ordnungen fest. Freilich sei es für die Regierung schwierig, gesamtwirtschaftliche Interessen gegen Umverteilung, Subventionswünsche, Regelungsmentalität, Verbandsegoismen und landes- spezifische Partikularinteressen durchzusetzen. Er nannte programmatisch die Rückführung der Staatsquote, Privatisierungen, die Reform der Telekom- munikation und die Überarbeitung des Kartellgesetzes als bevorstehende Aufgaben, um das Wachstum zu erhalten. Wenn die Menschen eine bessere Umwelt wünschten, dann würden sie diese auch erhalten, doch müssten sie dafür durch den Verzicht auf andere Güter bezahlen.

Hans Willgerodt wandte sich gegen die Historiker, die da meinten, der Übergang zur Marktwirtschaft sei weniger gewichtig gewesen als andere Faktoren, die das Wirtschaftswunder beförderten. Er versuchte, anhand konkreter Probleme wie dem Zusammenhang von Verteilung und Erbrecht oder der Separierung des „rationalen Geschäfts“ (z.B. Altersversicherung) von der Umverteilung zu zeigen, wie die Kriterien der Sozialen Marktwirtschaft auch in der Gegenwart anzuwenden seien. Die Soziale Marktwirtschaft entstünde nicht aus darwinistischer Konkurrenz, sondern sei eine kulturelle Errun- genschaft und von Werten geleitet. Diese blieben wichtig für die Politik und seien aktuell auch für die Transformationsforschung. Franz Böhm habe die sich anbahnende Transformation der sowjetischen Zentralverwaltungswirt- schaft schon 1950 begründet und vorausgesagt. Bezogen auf Streisslers Re- ferat, das ja sieben Jahre zurücklag, verteidigte er die Soziale Marktwirtschaft gegen den Vorwurf der Theorielosigkeit oder des Klebens an der Neoklassik, freilich ohne sich auf alternative Theorieansätze festzulegen. Das Wichtigste sei doch zu erklären, dass liberale Ordnungspolitik im liberalen Staat keinen Selbstwiderspruch bedeute.

So wurde also zu Beginn der Transformationsperiode in Osteuropa die Soziale Marktwirtschaft noch einmal zum zentralen Thema des Vereins. Sie war wenig später ein Hintergrund für die Tagung in Lugano 1991 über *Die wirtschaftliche Neuordnung Europas: Erfahrungen und Perspektiven*, die wir schon in Abschnitt III erwähnten, und, gegen Ende der von uns betrachteten Periode, für die Tagung 1998 in Rostock über *Die Zukunft des Sozialstaats*. Das Gewicht Deutschlands in Europa und der Vertrag von Maastricht machten die Soziale Marktwirtschaft zum Thema internationaler Debatten auf

neuen Foren (*Commun* 2003, *Brunnermeier* u. a. 2016). Aber der Verein mit seinen nun so heterogenen Forschungsansätzen versammelte sich nicht mehr hinter dieser Fahne; er ließ viele Flaggen wehen. Wie die Öffentlichkeit diesen Wandel über die Jahrzehnte hinweg wahrnahm, soll im nächsten Abschnitt dargestellt werden.

V. Die Berichterstattung über den Verein

Das Selbstverständnis des Vereins kommt, wie geschildert, in den Selbstdarstellungen wie den Tagungsbänden und den Veröffentlichungen der Ausschüsse zum Ausdruck. Sie bestimmen – oder bestimmten jedenfalls wesentlich in früheren Jahren –, wie der Verein sich selbst sah oder sieht. Aber auch die weitere Öffentlichkeitswirkung der Tagungen ist von Interesse. Im Archiv der Frankfurter Allgemeinen Zeitung findet sich eine umfangreiche Berichterstattung über den Verein. Die Zeitung hat die Tradition aufrechterhalten, zu jeder Jahrestagung mindestens einen Artikel zu veröffentlichen. Die Berichte waren in früheren Jahren zuweilen sehr kritisch – man denke an die genannten bissigen Titel wie „Glasperlenspiele helfen nicht“ von *Vetter* (1972) oder „Konzentrations-Uebungen“ von *Fack* (1960). Die Journalisten setzten sich damals noch ausführlich mit einzelnen Vorträgen auseinander. Wiederholt wird der Verein dafür getadelt, sich in theoretisch abstrakten Erörterungen zu verlieren, in „geistigen Turnübungen an alten Geräten“, wie *Fack* (1960) es formuliert, statt sich auf seine Wurzeln zurückzubesinnen und sich der gesellschaftlichen und politischen Verantwortung zu stellen. Er vernachlässige seine wirtschaftspolitischen Leitgedanken. Dies wird auch der Jahrestagung von 1976 in Augsburg zum Thema „Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft“ vorgeworfen: *Jeske* (1976) kommentiert, die Wissenschaftler hätten ihre „ordnungspolitischen Grundsatzfragen“ aus den Augen verloren und seien zu sehr auf Einzelprobleme fixiert.

Auch zur Tagung 1983 in Basel zum Thema „Ansprüche, Eigentums- und Verfügungsrechte“ melden sich wieder ähnliche Stimmen: Zwar hatte sich der damalige Vorsitzende Ernst Helmstädter von der Tagung „wichtige ordnungspolitische Schlussfolgerungen“ versprochen, doch dies gelang wieder einmal nicht, wenn wir das Presseecho zum Maßstab nehmen. „Schwer oder gar nicht vermittelbar“, schrieb *Krause* (1983), sei die Tagung gewesen. Auch 1987 trat der Einwand wieder auf: Bei einer Tagung zum Thema Arbeitslosigkeit in Berlin hätten die Vereinsmitglieder es nicht geschafft, Ergebnisse zu erreichen, die sich in wirtschaftspolitische Folgerungen umsetzen ließen, moniert *Krause* (1987), der Verein und dessen Wissenschaftler seien „einflusslos“ geblieben. Das ist nur eine Auswahl an Tagungen, zu denen diese Kritik geäußert wird – eine Kritik, die freilich nicht nur den Verein, sondern auch die Wirtschaftswissenschaft als solche betrifft. Der Konflikt

zwischen dem Bedürfnis der Tagungsteilnehmer, mit soliden wissenschaftlichen Arbeiten im Kollegenkreis Ansehen zu gewinnen, und dem Interesse der Zeitung, ein breites Publikum über das jeweilige wirtschaftspolitische Fazit zu informieren, steigerte sich von Jahr zu Jahr.

Schon vor Gründung des Vereins hatte Schmoller in den Auseinandersetzungen der Kathedersozialisten untereinander den Mittelweg zwischen dem innerwissenschaftlichen und dem öffentlichen Interesse zu finden gesucht, also zwischen Wagners Tendenz, der es als Aufgabe der Gesellschaft gesehen hatte, dem Staat Sozialreformen abzuverlangen, und der daher praktische Agitation anstrebte, und Brentanos Richtung, dem an einem möglichst wissenschaftlichen Charakter der Zusammenkunft gelegen war (*Wittrock* 1939, S. 183 f.). Schmoller selbst hatte angestrebt, einen Kongress zu gründen, der sich zur Besprechung praktischer Sozialreformen zusammenfände, die wissenschaftlich fundiert sein sollten (*Grimmer-Solem* 2003, S. 176). Die Verantwortung für die Gesellschaft war also ein Hauptcharakteristikum des Vereins seit seiner Gründung, was es nicht verwunderlich macht, dass sich auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung auf diese Tradition berief. Deshalb haben wir schon auf Neumarks Hinweis in seiner Eröffnungsansprache von 1960 verwiesen, die Gründer des Vereins seien keine großen Theoretiker gewesen (vgl. *Schefold* 1989). Sie hätten stattdessen großes empirisches Wissen gehabt, aber heute habe man das Gefühl, „dass das Pendel nun etwas zu stark in die andere Richtung auszuschlagen neigt“ (Neumark 1961, S. 14).

Aber mit dieser Bemängelung der Abwendung von ordnungspolitischen Fragen und der zu starken Hinwendung zu reiner Theorie, die ohne Kontextualisierung „einflusslos“ bleibt, hört die hier durch die Frankfurter Allgemeine Zeitung vertretene öffentliche Kritik nicht auf. Der „enge Bereich reiner Theorie“ müsse durch eine Erweiterung, die man durch stärkere Interdisziplinarität und Praxisbezug zu erlangen suche, auch zu neuen theoretischen Ansätzen führen, schreibt *Vetter* (1972). Es gibt in der umfangreichen kritischen Rezeption der Tagungen also einen Dualismus: Zum einen wird die Zielrichtung des Vereins kritisiert, der sich zu sehr von seiner ordnungspolitischen Weisung lossagt, zum anderen wird kritisiert, dass der Verein zu wenig Wert darauf lege, ein Forum zu bieten, in dem die reine ökonomische Theorie über ihre eng gesteckten Grenzen hinaus wachsen könne. Da lässt sich aus heutiger Sicht entgegnen, dass der Pluralismus zu neuen Formen der Interdisziplinarität geführt hat, die der Verein nicht nur als Marginalien behandelt; als Beispiel erwähnte ich bereits die Gesundheitsökonomie.

Die Frage, welcher Berufung der Verein zwischen Theorie und Politik, Forschung und Praxis schließlich folgen solle, hat – jenseits des Zeithorizonts dieses Aufsatzes – im Jahr 2009 zu einer Debatte über Ausrichtung und Methoden des Fachs geführt, als die Kölner Universität ihre Lehrstühle für

Wirtschaftspolitik umzuwidmen beschloss, um Raum für einen Forschungsschwerpunkt Makroökonomik zu schaffen. Es formierte sich eine Opposition, deren öffentliche Wirkung in einem von 83 Professoren unterzeichneten Aufruf in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5. Mai 2009 gipfelte. Er wurde durch einen Gegenauftrag im Handelsblatt (8. Juni 2009) beantwortet, der für eine Ausbildung mit den Schwerpunkten Mikroökonomik, Makroökonomik und Ökonometrie eintrat. Es war im Grunde ein neuer Methodenstreit, der unter anderem auf der – vom Verein für Socialpolitik unabhängigen – Tagung „Normen der Volkswirtschaftslehre – Normung des volkswirtschaftlichen Curriculums“ 2010 in der Goethe-Universität in Frankfurt ausgetragen wurde (vgl. Caspari/Schefold 2011).

Als Herausgeber des im Nachgang veröffentlichten Tagungsbandes meinten wir, es gehe nicht um eine gänzliche Vernachlässigung von Politik und Empirie, denn die empirischen Arbeiten haben zu Lasten der rein theoretischen stark zugenommen und die Themen richten sich in der Regel nach wirtschaftspolitisch relevanten Fragestellungen. Was aber untergeht, sind die Fragen nach der Wirtschaftsordnung, dem Wirtschaftssystem oder dem Stil, der den Verein in den fünfziger und noch in den frühen sechziger Jahren so sehr beschäftigte, wie wir gesehen haben, und diese Fragen verweisen auf soziologische Gesichtspunkte, politikwissenschaftliche und juristische Begriffe und geisteswissenschaftliche Methoden, die für viele Ökonomen in einen blinden Fleck geraten zu sein scheinen, aufgrund von Umbrüchen in der akademischen Kultur, die ihrerseits mit Erkenntnisgewinnen und Erkenntnisverlusten der modernen Wissensgesellschaft zusammenhängen.

Selbstverständlich werden einzelne Stimmen von Ökonomen in der Öffentlichkeit weiterhin gehört, aber der Chorus des Vereins für Socialpolitik dringt immer weniger durch. In neueren Zeitungsartikeln über den Verein beziehen die Journalisten häufig nicht mehr Stellung – so beispielsweise *Svea Junge* (2021) im Artikel zur Tagung „Climate Economics“, die sich damit begnügt, vor der Vereinstagung kurz die eingeladenen Hauptredner vorzustellen. Eine ausführliche, gar kritische Besprechung hat es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung weder zur Tagung 2020 noch zur Tagung 2021 gegeben. Es gab auch keinen Tagungsband. Ein Grund für das Ausbleiben eines Echos könnte die in den vergangenen Jahren immer stärker gewordene Fragmentierung der Tagungen gewesen sein: So gab es 2017 im offenen Teil der Tagung „Alternative Geld- und Finanzarchitekturen“ insgesamt nicht weniger als 400 Kurzvorträge. Im Vergleich dazu hatte die durchaus sehr umfangreich zu nennende (sie wird in zwei Tagungsbänden festgehalten) Tagung „Macht und ökonomisches Gesetz“ von 1972 nur 28 Vorträge im offenen Teil. Der Schluss liegt nahe, dass es dem Verein durch diese Zersplitterung seiner Jahrestagungen nicht mehr gelingt, eine in sich geschlossene, für die Gesellschaft nachvollziehbarere Diskussion zu führen, und der Ein-

druck entsteht, er habe in früheren Jahren mehr zur gesellschaftlichen Meinungsbildung beigetragen.

VI. Anschluss an die Gegenwart

Politische Vereine waren vor 1848 in den meisten deutschen Gliedstaaten untersagt. Als der Verein für Socialpolitik nur eine Generation später im Deutschen Reich gegründet wurde, war das Ziel, eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik zu unterstützen; die Agrarpolitik und die soziale Frage schienen vordringlich zu sein. Aber auch über zahlreiche andere Probleme wie die Strukturen im Handel und im Handwerk, die Besteuerung und die Außenwirtschaft wurde diskutiert, stets mit dem Ziel, Regierung und Beamenschaft mit sinnvollen Reformvorschlägen beizustehen. Wie der Werturteilsstreit bewies, war man zu großen Teilen der Überzeugung, dies wissenschaftlich, also unter Hinterfragten Fortschritt diente. Er überstand den ersten Weltkrieg und erlebte nach dem zweiten eine Wiedergeburt, obwohl sich die Voraussetzungen nun rasch änderten. Ich habe hier die Kontinuität betont, weil sie nicht allgemein bekannt ist. Die meisten Leser werden vermutlich vom Verein nur in seiner gegenwärtigen Gestalt wissen und sich in dieser erkennen.

Um das Geschichtsbild zu erweitern, habe ich die Transformation, die sich in der betrachteten Periode schrittweise vollzog, vorerst als Verlust der älteren Identität beschrieben. Es fehlt der Raum, um nun die Gewinnung einer neuen Identität ausführlich und im Einzelnen nachzuzeichnen und zu begründen, doch ist dies wohl weniger nötig, weil sie bekannt ist und dazu aktuelle Texte vorliegen.⁸ Die Transformation vollzog sich demokratisch durch Beschlüsse der Mitgliederversammlung und ihrer Organe. Dem alten Verein haben vor allem jüngere Mitglieder oft vorgehalten, dass der Vorsitzende und der Engere Vorstand über zu viel Macht verfügten und dass sie die Aufnahme neuer Mitglieder wie auch die Planung der Tagungen nach Gutdünken beeinflussten. So sei der konservative Liberalismus des Vereins verstetigt worden.

Mit der Erweiterung der Universitäten, der wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und der staatlichen Verwaltung sowie dank der Partizipation einer weiteren Öffentlichkeit wuchs die Mitgliederzahl und damit auch das Bedürfnis der Tagungsteilnehmer, in die Diskussionen einbezogen zu werden. Indem sich der Verein vor allem für jüngere Mitglieder öffnete, wurde er zu einer wichtigen Station der wissenschaftlichen Karriere für junge

⁸ Ich verweise insbesondere auf den Beitrag von *Friedrich Schneider u. a. (2023)*.

Volkswirte – auch von Frauen, wofür sich besonders Fritz Neumark schon in der Nachkriegszeit eingesetzt hatte (vgl. *Grossekettr* 2013). Infolge der verfeinerten wissenschaftlichen Arbeitsteilung wurde die Spezialisierung zur Tugend; die Vorträge richteten sich nun an die die relativ kleine Zahl der engeren Fachgenossen. Das schloss nicht aus, dass jeder Tagung weiterhin ein Thema von allgemeinerem Interesse zugeordnet werden konnte, das bekannte Fachvertreter vor einem größeren Publikum abhandelten.

Diese Entwicklungen ergaben sich folgerichtig aus dem Wachstum des Fachs; sie wurden meist im Zusammenhang mit einer Anpassung an internationale, insbesondere angelsächsische Vorbilder gesehen. Die deutsche Nationalökonomie hat das internationale Prestige, das sie im späten 19. Jahrhundert als Teil der gesamten damals so hoch eingeschätzten deutschen Wissenschaft besaß, nie wieder erreicht, und so lag es nahe, die Reformen im Verein für Socialpolitik auch später noch als Teil eines Aufholprozesses zu propagieren, der jedenfalls in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg real und dringend erschien. Aber es lag eine verwirrende und hemmende Paradoxie vor. Die zu überwindenden altmodischen Institutionen wie (im 19. Jahrhundert) die humanistische Bildung als Voraussetzung des Zugangs; die Beschränkung auf die deutsche Sprache in den eigenen ökonomischen Schriften; die Nichtanerkennung des Englischen als beherrschender Wissenschaftssprache, also die Rücksicht insbesondere auf Frankreich; der Stolz auf die alten nationalen Zeitschriften; die überkommene Tagungsstruktur; der Habitus der Ordinarienuniversität: Alle diese abzuschneidenden alten Zöpfe erschienen zugleich als ehrwürdige Charakteristika der glorreichen Zeit der deutschen Wissenschaft vor dem ersten Weltkrieg, die es zu bewahren galt (*Schefold* 1998). Waren sie in ihrem rätselhaften Zusammenhang der Mehrung und dem Ruhm der Wissenschaft nicht doch förderlich gewesen?

In dem Umbruch, in dem die Universitätsreformen möglich wurden, ergaben sich dann auch inhaltliche Verschiebungen vom Vorrang theoretischer Untersuchungen zu den quantitativ empirisch abgestützten Studien. Es stieg der Druck, in internationalen Zeitschriften möglichst hohen Ranges auf Englisch zu veröffentlichen, während noch zu Beginn unserer Periode die von Edgar Salin begründete Zeitschrift *Kyklos* einen griechischen Namen trug; sie war versehen mit redaktionellen Bemerkungen auf Latein, und ihre Beiträge waren in deutscher, französischer, englischer und italienischer Sprache abgefasst, entsprechend dem kulturellen Raum, in dem sich einst die deutsche Klassik bewegte, und passend zu einem Europa-Konzept, wie es sich in der EWG verkörperte.

Was ist geblieben, wenn sich der Verein und sein Umfeld in dem halben Jahrhundert, das wir betrachteten, so drastisch veränderten? Ich meine, es ist, wie überall im Leben, zumindest die Tatsache der eigenen Geschichtlichkeit,

die sich durch lange Teilnahme allmählich erschließt. Je länger das eigene Miterleben währt, desto größer ist die Neugierde, eine noch fernere Vergangenheit kennenzulernen. Wenn man so will: Es ist der Wunsch, das „c“ von „Socialpolitik“ zu verstehen.

Literatur

- Albrecht, Gerhard/Arndt, Helmut* (Hrsg.) (1949): Volkswirtschaftliche Probleme des deutschen Außenhandels, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 1, Berlin: Duncker & Humblot.
- Amelung, Iwo/Schefold, Bertram* (Hrsg.) (2021): Chinese and European Histories of Economic Thought, Theories and Images of Good Governance, London: Routledge.
- Arndt, Helmut* (Hrsg.) (1960): Die Konzentration in der Wirtschaft, Bd. 1, Stand der Konzentration, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 20/I, Berlin: Duncker & Humblot.
- Arndt, Helmut* (Hrsg.) (1969): Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 51, Berlin: Duncker & Humblot.
- Bangemann, Martin* (1989): Zukunftsperspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, in: Wolfram Fischer (Hrsg.), Währungsreform und soziale Marktwirtschaft, Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 190, Berlin: Duncker & Humblot, S. 19–31.
- Böhm-Bawerk, Eugen von* (1914): Macht oder ökonomisches Gesetz? in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 23, S. 205–71.
- Borchardt, Knut* (1981): Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in heutiger Sicht, in: Otmar Issing (Hrsg.), Zukunftsprobleme der sozialen Marktwirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 116, Berlin: Duncker & Humblot, S. 33–57.
- Borchardt, Knut/Giersch, Herbert* (Hrsg.) (1962): Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 25, Berlin: Duncker & Humblot.
- Brunnermeier, Markus K./James, Harold/Landau, Jean-Pierre* (2016): The Euro and the Battle of Ideas, Princeton: Princeton University Press.
- Caspari, Volker/Schefold, Bertram* (Hrsg.) (2011): Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft? Ein Methodenstreit in der Volkswirtschaftslehre, Frankfurt: Campus.
- Commun, Patricia* (Hrsg.) (2003): L'Ordolibéralisme Allemand, Cergy-Pontoise: Civac.
- Eichler, Wolfgang* (1969): Wirtschaftliche Bestimmungsgründe und Konsequenzen der Lohnbildung aus der Sicht der Arbeitgeber, in: Helmut Arndt (Hrsg.), Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 51, Berlin: Duncker & Humblot, S. 742–56.

- Fack, Fritz Ulrich (1960): Konzentrations-Übungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. September.
- Fischer, Wolfram (Hrsg.) (1989): Währungsreform und soziale Marktwirtschaft, Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 190, Berlin: Duncker & Humblot.
- Giersch, Herbert (Hrsg.) (1985): Probleme und Perspektiven der weltwirtschaftlichen Entwicklung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 148, Berlin: Duncker & Humblot.
- Giersch, Herbert/Haas, Heinz-Dieter (Hrsg.) (1974): Probleme der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 78, Berlin: Duncker & Humblot.
- Grimmer-Solem, Erik (2003): The Rise of Historical Economics and Social Reform in Germany 1864–1894, Oxford: Clarendon Press.
- Grossekettler, Heinz (2013): Fritz Neumark. Finanzwissenschaftler und Politikberater, Frankfurt: Societäts-Verlag.
- Hauser, Richard (Hrsg.) (2000): Die Zukunft des Sozialstaats, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 271, Berlin: Duncker & Humblot.
- Helmstädtter, Ernst (1985): Schlussansprache, in: Herbert Giersch (Hrsg.), Probleme und Perspektiven der weltwirtschaftlichen Entwicklung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 148, Berlin: Duncker & Humblot, S. 617–19.
- Herder-Dorneich, Philipp (1981): Die Entwicklungsphasen der Sozialen Marktwirtschaft und der Paradigmenwechsel in der Ordnungstheorie, in: Otmar Issing (Hrsg.), Zukunftsprobleme der sozialen Marktwirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 116, Berlin: Duncker & Humblot, S. 671–89.
- Hesse, Helmut (1981): Begrüßungsansprache, in: Otmar Issing (Hrsg.), Zukunftsprobleme der sozialen Marktwirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 116, Berlin: Duncker & Humblot, S. 3–9.
- Huan Kuan (2002): Yantie lun, in: Bertram Schefold (Hrsg.), Vademeum zu dem Klassiker der chinesischen Wirtschaftsdebatten, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen.
- Issing, Otmar (Hrsg.) (1981): Zukunftsprobleme der sozialen Marktwirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 116, Berlin: Duncker & Humblot.
- Jeske, Jürgen J. (1976): Krankheitsbilder der Industriegesellschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. September.
- Jöhr, Walter Adolf (1960): Die Konzentration als Problem der Theorie der Wirtschaftspolitik, in: Helmut Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, Bd. 2, Ursachen der Konzentration, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 20/II, Berlin: Duncker & Humblot, S. 1289–33.
- Junge, Svea (2021): Ökonomik als Klimaretter, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. September.
- Kantzenbach, Erhard (Hrsg.) (1992): Die wirtschaftliche Neuordnung Europas – Erfahrungen und Perspektiven, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 218, Berlin: Duncker & Humblot.

- Kirsch, Guy (1981): Ordnungspolitik als Gegenstand der politischen Auseinandersetzung, in: Otmar Issing (Hrsg.), Zukunftsprobleme der sozialen Marktwirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 116, Berlin: Duncker & Humblot, S. 255–77.*
- Kloten, Norbert (1989): Das Stabilisierungsproblem – Konzeption und wirtschaftliche Praxis, in: Wolfram Fischer (Hrsg.), Währungsreform und soziale Marktwirtschaft, Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren, Schriften des Vereins für Socialpolitik. N. F. Bd. 190, Berlin: Duncker & Humblot, S. 79–113.*
- Klump, Rainer (1989): Die Währungsreform von 1989. Ihre Bedeutung aus wachstumstheoretischer und ordnungspolitischer Sicht, in: Wolfram Fischer (Hrsg.), Währungsreform und soziale Marktwirtschaft, Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 190, Berlin: Duncker & Humblot, S. 403–23.*
- Kogon, Eugen (1960): Wirkungen der Konzentration auf die Demokratie, in: Helmut Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, Bd. 3, Wirkungen und Probleme der Konzentration, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 20/III, Berlin: Duncker & Humblot, S. 1721–85.*
- Krause, K. P. (1983): Nationalökonomien bauen an einem neuen Lehrgebäude, Die Denkweise in Eigentumsrechten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. September.*
- Krause, K. P. (1987): Eine ratlose Gesellschaft, Eindrücke von einer Ökonomentagung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. September.*
- Krelle, Wilhelm (1973): Macht und ökonomisches Gesetz in der Verteilung, in: Hans Karl Schneider/Christian Watrin (Hrsg.), Macht und ökonomisches Gesetz, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 74/I, Berlin: Duncker & Humblot, S. 77–129.*
- Lindenlaub, Dieter (1967): Richtungskämpfe im Verein für Socialpolitik, Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich vornehmlich vom Beginn des „Neuen Kurses“ bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1890–1914), Teil I, Wiesbaden: Franz Steiner Verlag.*
- Markmann, Heinz (1969): Wirtschaftliche Bestimmungsgründe der Lohnbildung aus der Sicht der Gewerkschaften, in: Helmut Arndt (Hrsg.), Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 51, Berlin: Duncker & Humblot, S. 756–77.*
- Meinholt, Helmut (1960): Westdeutsche Wirtschaftspolitik und Konzentration, in: Helmut Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, Bd. 2, Ursachen der Konzentration, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 20/II, Berlin: Duncker & Humblot, S. 1333–53.*
- Müller, Jürgen Heinz (1962): Zu Salins These von der Unentrinnbarkeit der Konzentration, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 118 (2), S. 278–95.*
- Nell-Breuning, Oswald von (1960): Konzentrationsprobleme im gesellschaftlichen Raum, in: Helmut Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, Bd. 3, Wirkungen und Probleme der Konzentration, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 20/III, Berlin: Duncker & Humblot, S. 1703–21.*

Neumark, Fritz (Hrsg.) (1961): Die Konzentration in der Wirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 22, Berlin: Duncker & Humblot.

Neumark, Fritz (1973): Wissenschaft und Politik. Festvortrag auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik 1972, in: Hans Karl Schneider/Christian Watrin (Hrsg.), Macht und ökonomisches Gesetz, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 74/I, Berlin: Duncker & Humblot, S. 25–49.

Rothschild, Kurt (1989): Zur Leistungsfähigkeit eines wirtschaftspolitischen Slogans, in: Wolfram Fischer (Hrsg.), Währungsreform und soziale Marktwirtschaft, Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 190, Berlin: Duncker & Humblot, S. 635–39.

Salin, Edgar (1961): Soziologische Aspekte der Konzentration, in: Fritz Neumark (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 22, Berlin: Duncker & Humblot, S. 16–44.

Schefold, Bertram (1981): Die Relevanz der Cambridge-Theorie für die ordnungspolitische Diskussion, in: Otmar Issing (Hrsg.), Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 116, Berlin: Duncker & Humblot, S. 689–715.

Schefold, Bertram (1989): Schmoller als Theoretiker, in: Bertram Schefold (Hrsg.), Vademeum zu einem Klassiker der historischen Methode in der ökonomischen Wissenschaft, Reihe Klassiker der Nationalökonomie, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, S. 77–103.

Schefold, Bertram (1994): The Revival of Economic Thought in Germany. The Dogmenhistorischer Ausschuss, in: History of Political Economy, 26 (2), S.327–35.

Schefold, Bertram (1998): Der Nachklang der historischen Schule in Deutschland zwischen dem Ende des zweiten Weltkriegs und dem Anfang der sechziger Jahre, in: Karl Acham/Knut W. Nörr/Bertram Schefold (Hrsg.), Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren, Stuttgart: Steiner, S. 31–70.

Schefold, Bertram (2000): Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland im Spiegel der Jahrestagungen des Vereins für Socialpolitik, in: Richard Hauser (Hrsg.), Die Zukunft des Sozialstaats, Jahrestagung 1998, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 271, Berlin: Duncker & Humblot, zugleich: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Beiheft 8.

Schefold, Bertram (2004): Wissenschaft als Gegengabe. Neugründung und Aktivitäten des Theoretischen Ausschusses im Verein für Socialpolitik von 1949–1973, in: Schmollers Jahrbuch, 124 (4), S. 579–608.

Schefold, Bertram (2006): Umweltökonomie – Die Entstehung einer Fachdisziplin vor dem Hintergrund von Weltuntergangsängsten, Kapitalismuskritik und Methodencontroversen zur neoklassischen Theorie, in: Karl Acham/Knut W. Nörr/Bertram Schefold (Hrsg.), Der Gestaltungsanspruch der Wissenschaft, Aufbruch und Ernüchterung in den Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften auf dem Weg von den 1960er zu den 1980er Jahren, Aus den Arbeitskreisen „Methoden der Geisteswissenschaften“ der Fritz Thyssen Stiftung, Stuttgart: Steiner, S. 504–38.

- Schlecht, Otto (1981): Die Genesis des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, in: Otmar Issing (Hrsg.), Zukunftsprobleme der sozialen Marktwirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 116, Berlin: Duncker & Humblot, S. 9–33.*
- Schneider, Friedrich/Schöb, Ronnie/Sinn, Hans-Werner/Thum, Marcel (2023): Reformen und Aufbruch – Der Verein für Socialpolitik von 1990 bis 2010, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 24(1), S. 53–62.*
- Schneider, Hans Karl/Watrin, Christian (Hrsg.) (1973): Macht und ökonomisches Gesetz, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 74/I, Berlin: Duncker & Humblot.*
- Schumpeter, Joseph A. (1946): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 10., vervollständigte Auflage, mit einer Einführung von Heinz Kurz, Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag 2020.*
- Streissler, Erich (1973): Macht und Freiheit in der Sicht des Liberalismus, in: Hans Karl Schneider/Christian Watrin (Hrsg.), Macht und ökonomisches Gesetz, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 74/II, Berlin: Duncker & Humblot, S. 1391–27.*
- Vetter, Ernst Günther (1972): Glasperlenspiele helfen nicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. September.*
- Wagener, Hans-Jürgen (1981): Das Spektrum existierender Wirtschaftsordnungen, in: Otmar Issing (Hrsg.), Zukunftsprobleme der sozialen Marktwirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 116, Berlin: Duncker & Humblot, S. 391–415.*
- Weber, Adolf (1948): Ansprache, in: Gerhard Albrecht/Helmut Arndt (Hrsg.), Volkswirtschaftliche Probleme des deutschen Außenhandels, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 1, Berlin: Duncker & Humblot, S. 17–25.*
- Wittrock, Gerhard (1939): Die Kathedersozialisten bis zur Eisenacher Versammlung 1872, Berlin: Verlag Dr. Emil Eberling.*
- Zwiedineck-Südenhorst, Otto von (1948): Ansprache, in: Gerhard Albrecht/Helmut Arndt (Hrsg.), Volkswirtschaftliche Probleme des deutschen Außenhandels, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 1, Berlin: Duncker & Humblot, S. 110–18.*

Evidenz, „evidence“ und evidenzbasierte Wirtschaftspolitik: der „empirical turn“ in der Volkswirtschaftslehre

Von *Volker Caspari*, Darmstadt/Frankfurt am Main*

I. Einleitung

Wir beobachten, dass sich seit rund zwei Dekaden ein grundlegender Wandel in der akademischen Volkswirtschaftslehre vollzieht. Ein Wandel, der mit der Gründung der Econometric Society im Jahr 1930 und der Gründung der Cowles-Commission zwei Jahre später begann und sich langsam aber stetig vollzog. Das Ziel oder Motto beider Gesellschaften war und ist sehr ähnlich. Die Econometric Society schreibt auf ihrer Homepage:

„The Econometric Society is an international society for the advancement of economic theory in its relation to statistics and mathematics.“¹

Bei der Cowles-Commission finden wir ebenfalls auf ihrer Homepage:

„The motto ‚Theory and Measurement‘, first adopted in 1952, succinctly captures the mission of the Cowles Foundation: development and application of rigorous logical, mathematical, and statistical methods of analysis in economics and related fields. This motto replaced the original Cowles Commission motto ‚Science is Measurement‘, reflecting the importance of theory that became clear early in the history of Cowles.“²

Es findet sich bei den ersten Mitgliedern beider Gesellschaften keine große Zahl namentlicher Überschneidungen. Einige Jahre später hingegen schon.

Ein quantitativ sichtbarer Aufschwung – besser Durchbruch – der quantitativen und ökonometrischen Forschung und damit der Ausrichtung in der Volkswirtschaftslehre ergab sich mit der Verbreitung des PCs und der Steigerung der Rechenleistung der Computer in den 1980er Jahren. Gegenwärtig wird gerade in der jüngeren Generation von Ökonominnen und Ökonomen datenbasierte Forschung mit empirischer Forschung gleichgesetzt. Parallel zu

* Ich danke nahezu allen Teilnehmern an der Jenenser Tagung für die lebhafte Diskussion und für ihre Kommentare und Anregungen, von denen ich viele berücksichtigt habe.

¹ <https://www.econometricsociety.org>.

² <https://cowles.yale.edu/about-us>.

diesem „empirical turn“ nimmt auch die anwendungsorientierte Forschung zu. Es gibt also neben dem „empirical“ auch einen „practical turn“. Das wird mit der Hinwendung des Vereins für Socialpolitik (VfS) zu einer „evidenzbasierten Wirtschaftspolitik“ hervorgehoben, was das Generalthema der Hamburger Jahrestagung des Vereins im Jahr 2014 bildete. Die Verwendung des Begriffs der Evidenz mag hier auf den ersten Blick irritierend sein, denn in der Phänomenologie versteht man darunter „eine Bewusstseinsform, in der Sachen unmittelbar anschaulich gegeben sind“ (Husserl 1929, S. 57 ff.). Und genau das meint evidenzbasierte Wirtschaftspolitik nicht. Vielmehr handelt es sich bei dem in diesem Zusammenhang benutzten Evidenzbegriff um einen Anglizismus, nämlich um den der „evidence“ und der wird in der englischen Sprache, mit „Beweis“, „Nachweis“ oder „Beleg“ übersetzt. Der „evidence room“ ist im Deutschen die „Asservatenkammer“, in der Asservaten, also die Beweismittel längst vergangener Ermittlungen gesichert aufbewahrt werden.

Im Thesenpapier zur Kerntagung des VfS schreiben die Autoren *Michael Burda, Monika Schnitzer, Bernd Fitzenberger und Christoph Schmidt*: „Evidenz, nicht Ideologie, sollte die Grundlage für wirtschaftspolitische Beratung sein“ (2014). Der unvoreingenommene Beobachter fragt sich unmittelbar, ob das bis zu dieser Tagung anders war und ob davor etwa wirtschaftspolitische Ideologien Beratungsgrundlagen bildeten und wenn ja welche? Ein Schelm, der an den Ordoliberalismus denkt. Im Fortgang des Thesenpapiers wird gefordert, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen immer evaluiert, d. h. auf ihre Zielgenauigkeit und Wirksamkeit hin überprüft werden sollten. Das erinnert an die von der evidenzbasierten Medizin geforderten Vorgehensweise und sie hat wohl hier eine gewisse Vorbildfunktion gespielt, obwohl auch in der Medizin nicht immer evidenzbasiert therapiert wird. Nahezu „evident“ ist das, wenn man an Homöopathie und einige andere alternativmedizinische Therapien denkt. Aber auch in der sogenannten Schulmedizin werden gerne „empirische“ Therapien verordnet, wobei „empirisch“ hier das Erfahrungswissen des Therapeuten bezeichnet – man könnte auch von anekdotischer Evidenz sprechen.

Der Fortgang des Beitrages ist wie folgt. Im nächsten Kapitel wird die Vielschichtigkeit des Evidenzbegriffs dargestellt. Danach wird ein Überblick über die Veränderung des Forschungs- und Publikationsoutputs der letzten 50 Jahre gegeben. Dabei wird auf bestehende bibliometrische Forschungen zurückgegriffen. Danach wird das Verhältnis von Empirie und Wissen reflektiert, bevor dann die Auswirkungen des „empirical turn“ auf die Gestaltung der Curricula und der Lehre behandelt werden. Das letzte Kapitel diskutiert neue durch die KI initiierte Entwicklungen und es wird ein Fazit gezogen.

II. Überlegungen zum Evidenzbegriff

Der Evidenzbegriff ist vielschichtig und wird in Philosophie und Wissenschaftstheorie sehr unterschiedlich verwendet. Der Wissenschaftstheoretiker und Philosoph Wolfgang Stegmüller definiert Evidenz als „eine Einsicht ohne methodische Vermittlungen“ (1969, S. 168). Das entspricht einem Evidenzbegriff, der im deutschsprachigen Raum verbreitet ist, nämlich als die anschauliche Erkenntnis von Tatsachen, die als unbestreitbar gelten. Etymologisch beruht *Evidenz* auf dem lateinischen Begriff *evidentia*, der mit „Eindeutigkeit“ oder „Klarheit“ übersetzt wird. Das Adjektiv *evidens* („ersichtlich“, „augenscheinlich“) wurde im Deutschen zu *evident*, das der Duden mit „offenkundig“ aber auch mit „überzeugend“ übersetzt. Diesem Adjektiv *evidens* liegt das Verb *videre*, zu Deutsch „sehen“, aber auch „erkennen“ zu Grunde.

Das in der deutschen Sprache vorherrschende Verständnis von „evident“ kommt wahrscheinlich auch aus der phänomenologischen Tradition Husserls (2012, S. 57 ff.), der Evidenz in seinen Cartesianischen Meditationen wie folgt begreift:

„Im weitesten Sinne bezeichnet Evidenz ein allgemeines Urphänomen des intentionalen Lebens (gegenüber sonstigem Bewußthaben, das a priori *leer*, vormeinend, indirekt, uneigentlich sein kann), die ganz ausgezeichnete Bewußtseinsweise der Selbsterscheinung, des Sich-selbst-Darstellens, des Sich-selbst-Gebens einer Sache, eines Sachverhaltes, einer Allgemeinheit, eines Wertes usw. im Endmodus des *Selbst da, unmittelbar anschaulich, originaliter gegeben*. Für das Ich besagt das: nicht verworren, leer vormeinend auf etwas hinmeinen, sondern bei ihm selbst sein, es selbst schauen, sehen, einsehen. Erfahrung im gemeinen Sinne ist eine besondere Evidenz, Evidenz überhaupt, können wir sagen, ist Erfahrung in einem weitesten, und doch wesensmäßig einheitlichen Sinne. Evidenz ist zwar hinsichtlich irgendwelcher Gegenstände nur ein gelegentliches Vorkommen des Bewußtseinslebens, aber es bezeichnet doch eine Möglichkeit, und zwar als Ziel einer strebenden und verwirklichenden Intention für jedes irgend schon Vermeinte und zu Vermeinende, und somit einen wesensmäßigen *Grundzug des intentionalen Lebens überhaupt*.³

Dagegen hat sich z. B. in der Medizin und Pharmazie ein Begriff von *Evidenz* durchgesetzt, der darunter „empirischer Nachweis“, zum Beispiel der Nachweise für die Wirksamkeit eines Arzneimittels oder die nachgewiesene Wirksamkeit einer Therapie versteht. Damit ergibt sich ein Gegensatz zur philosophischen Bedeutung von *Evidenz* im Sinne von selbstverständlicher Einsicht. Diese, eher neuere Wortbedeutung beruht auf dem Einfluss des englischen Wortes *evidence*, das zumeist mit „Beweis“ oder „Beleg“, im juristischen Bereich auch mit „Beweismaterial“ oder als „Zeugenaussage“

³ Unterstreichung statt Kursivsetzung der letzten Worte im Original.

(*testimony*) übersetzt wird. Dass dieser Evidenzbegriff nun in Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik auftaucht, lässt vermuten, dass die Rolle der akademischen Wirtschaftspolitik analog zu der der Medizin gesehen werden soll: Wirtschaftspolitik soll, wie medizinische Therapien, evidenzbasiert, d.h. mit Wirksamkeitsnachweis versehen sein. Ob dieser Anspruch erfüllt werden kann, ist eine Frage, die wohl erst mit der Zeit beantwortet werden kann.

III. Die empirische Wende: eine Bestandsaufnahme

„The twenty-first century is the age of the applied economist. Applied work dominates the top economics journals. Citations of ten out of the last twelve John Bates Clark Medal winners describe the recipients as being ‚applied‘ or ‚empirical‘, or as doing work of practical relevance.“

So jedenfalls lautet die These von *Roger Backhouse* und *Béatrice Cherrier* (2017, S. 1), die sie mit reichlich Material belegen. Auch der Aufsatz von *Liran Einav* und *Jonathan Levin* über „Economics in the Age of Big Data“ (2014) in der Zeitschrift *Science* weist auf diese Tendenz hin. *David Hamermesh* (2013) zeigte, dass die sogenannten TOP-Zeitschriften im Fach immer weniger Aufsätze aus dem Bereich der reinen Theorie publizieren. Und selbst in der Makroökonomie, in einem Bereich, in dem experimentelle Methoden nicht anwendbar sind, hat die Tendenz, empirisch-ökonometrisch zu arbeiten, zugenommen. Vor allem versucht man hier, wie *Nicola Fuchs-Schündeln* und *Tarek Hassan* (2016) zeigen, neben der Zeitreihenanalyse verstärkt mit der Methode der „natürlichen Experimente“ zu arbeiten. Hierbei werden die zu untersuchenden Wirtschaftssubjekte nicht von den Forschenden in zwei unterschiedliche Gruppen eingeteilt, sondern von einem „natürlichen Vorfall“. Zum Beispiel wurde die deutsche Bevölkerung nach dem zweiten Weltkrieg in zwei unterschiedliche Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme aufgeteilt. Davor lebten alle im gleichen System. Diese Trennung nennt man ein natürliches Experiment und es erlaubt zu untersuchen, wie sich das z.B. auf das Sparverhalten der Menschen über die Zeit ausgewirkt hat. In der Zwillingsforschung liegt ein natürliches Experiment vor, wenn z.B. eineiige Zwillinge direkt nach der Geburt getrennt aufwachsen, während die Kontrollgruppe aus Zwillingen besteht, die gemeinsam aufwachsen.

Eine andere Methode, die vor allem in der Makroökonomie verbreitet ist, kann mit dem Begriff „Quantitative Theorie“ beschreiben. Bekannt unter dem Label „Dynamische stochastische allgemeine Gleichgewichtstheorie“ (DSGE) hat sich diese Methode gerade in der makroökonomischen Forschung und inzwischen auch in der Beratung und Prognostik, z.B. bei den Zentralbanken, weitgehend durchgesetzt. Neben der Kalibrierung werden seit mindestens 15 Jahren solche Modelle, d.h. deren Parameter auch ökonometrisch geschätzt (vgl. *Smets/Wouters* 2003). Sie erlauben einerseits zukünftige

Szenarien abzuschätzen und andererseits ermöglichen sie, Wirkungszusammenhänge zwischen einer etwas größeren Zahl von Variablen und mögliche Wechselwirkungen zwischen diesen einzuschätzen. Während die Szenarien-Betrachtung wohl zum erweiterten Bereich der Prognostik gezählt werden darf, gehört die Analyse von Wirkungszusammenhängen zur theoretischen Analyse und dient dem Verstehen komplexer ökonomischer Mechanismen und Zusammenhänge.

Auch wenn ich hier keinen kompletten Überblick zur Literatur darüber geben kann, so sollte deutlich geworden sein, dass von vielen Autoren eine starke Tendenz zur anwendungsorientierten und empirischen Forschung festgestellt wird. Im Folgenden soll das etwas ausführlicher belegt werden.

Eine wichtige Arbeit stellt die *Daniel Hamermeshs* dar. Seine Datengrundlage bildet eine Sammlung von 748 referierten Aufsätzen, die in den drei als wichtig angesehenen amerikanischen Zeitschriften *American Economic Review*, *Journal of Political Economy* und *Quarterly Journal of Economics* im Dekaden-Rhythmus von 1963 bis 2003 und im Jahr 2011 erschienen sind (Tab. 1). Dabei ist beachtlich, dass der Anteil rein theoretisch ausgerichteter Aufsätze im besagten Zeitraum von knapp 51% auf 19% gesunken ist, während der Anteil rein empirischer Aufsätze im gleichen Zeitraum von rund 48% auf 64% gestiegen ist. Ebenfalls leicht zugenommen hat der Anteil der Aufsätze im experimentellen Bereich und der Aufsätze mit Simulationen.

Tabelle 1

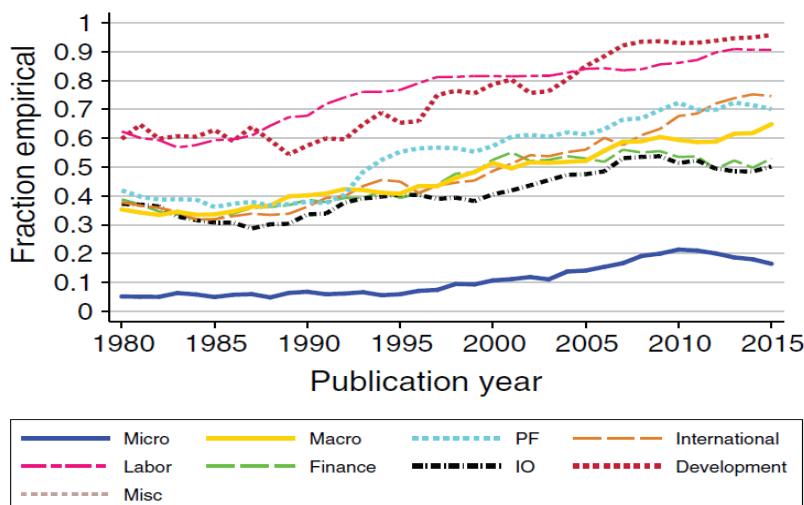
Prozentuale Verteilung der Methodologie in veröffentlichten Artikeln, 1963–2011 (bei 17 Artikeln des Jahres 1963 war keine Zuordnung möglich)

Year	Type of Study				
	Theory	Theory with Simulation	Empirical: Borrowed Data	Empirical: Own Data	Experiment
1963	50.7	1.5	39.1	8.7	0
1973	54.6	4.2	37.0	4.2	0
1983	57.6	4.0	35.2	2.4	0.8
1993	32.4	7.3	47.8	8.8	3.7
2003	28.9	11.1	38.5	17.8	3.7
2011	19.1	8.8	29.9	34.0	8.2

(Quelle: Hamermesh 2013, S. 168)

Eine neuere und wesentlich umfassendere Studie wurde von Joshua Angrist u.a. im Jahr 2017 publiziert. Die Studie umfasst 134.892 in 80 verschiedenen Journals publizierte Aufsätze. Der Erhebungszeitraum geht von 1980 bis 2015. Mit Hilfe eines maschinellen Algorithmus wurden die Aufsätze verschiedenen Teilbereichen der Volkswirtschaftslehre zugeordnet. Es handelt sich um die Gebiete Mikroökonomie, Makroökonomie, Ökonometrie, Öffentliche Wirtschaft, Arbeitsmarktökonomie, Internationale Wirtschaft, Industrieökonomie, Entwicklungsökonomie und Verschiedenes, wobei hierunter Wirtschaftsgeschichte, Umweltökonomie, experimentelle Ökonomie, Ökonomie des Rechts, politische Ökonomie und Regionalökonomie subsumiert wurde. In einem zweiten Schritt wurde der „Stil“ des Aufsatzes identifiziert. Dabei wurden drei Kategorien gebildet: „theoretisch“, „empirisch“ und „ökonometrisch“, wobei Aufsätze als „empirisch“ eingeordnet wurden, wenn ökonomische Größen oder Modellparameter auf der Grundlage eines Datensatzes geschätzt wurden, wohingegen die Kategorie „ökonometrisch“, gewählt wurde, wenn ökonometrische Theorie im Aufsatz behandelt wurde. Auch hier kam ein maschinellem Algorithmus zur Anwendung, um die große Zahl der Aufsätze einzuordnen.

Eines der uns interessierenden Ergebnisse ist, dass in allen hier unterschiedenen Teilgebieten der Volkswirtschaftslehre der Anteil „empirischer“ Aufsätze deutlich gestiegen ist (Abb. 1). Selbst in der Mikroökonomie hat sich der Anteil empirischer Aufsätze bis 2010 erhöht und stagniert seitdem. Insgesamt



(Quelle: Angrist u.a. 2017, S. 296)

Abbildung 1: Gleitende Fünfjahresdurchschnitte des gewichteten Anteils der empirischen Veröffentlichungen in jedem jeweiligen Bereich

samt hat sich der Anteil empirischer Aufsätze seit 1980 von ursprünglich 50% auf 60% im Jahr 2015 erhöht. Selbst in den Teilgebieten, die als eher „theoriefern“ gelten, wie Entwicklungsökonomie und Arbeitsmarktkökonomie sind die Anteile von ehemals 60% auf über 90% gestiegen. Sogar in der Makroökonomie ist der Anteil „empirischer“ Aufsätze von ursprünglich rund 35% auf inzwischen 65% gestiegen. Da insgesamt der Anteil rein „ökonometrischer“ Aufsätze weitgehend konstant geblieben ist, ging der Anstieg der „empirischen“ Aufsätze klar zu Lasten der „theoretischen“ Beiträge.

Auffällig ist, dass gerade in den ausdifferenzierten Spezialgebieten des Fachs, wie Entwicklungsökonomie und Arbeitsmarktkökonomie, empirische Forschungen und Publikationen komplett dominant sind, d.h. über 90% der Publikationen ausmachen. Das verdeutlicht auch, dass die Orientierung an Anwendungsfragen mit empirischen Untersuchungen korreliert, was hinreichend plausibel ist, weil man ohne die empirischen Kenntnisse bestenfalls allgemein gehaltene Musteraussagen machen könnte.

Es gibt darüber hinaus auch Ansprüche, die aus der Öffentlichkeit und anderen gesellschaftlichen Bereichen, an das Fach herangetragen werden, die empirische Forschung und Quantifizierung erfordern. Da sind vor allem die zunehmenden Ansprüche an die Prognostik, bei denen es nicht nur um Konjunkturprognosen, sondern auch um Steuereinnahmeprognosen, Schadensprognosen, Inflationsprognosen geht. Jüngst ging es um Prognosen zu einem Gas- und Ölembargo oder Lastprognosen von Energieunternehmen in Abhängigkeit von Jahreszeiten und Wetterdaten, um die Netzstabilität durch die dazu notwendige Regelenergie sicher zu stellen. Qualitative Einschätzungen werden nicht als ausreichend angesehen. Man will nicht hören, dass „die Inflation steigen wird“, sondern man möchte eine Zahl genannt bekommen.

Das alles erfordert quantitative Modelle und empirische Methoden. Am liebsten hört die Öffentlichkeit Punktprognosen, denn schon Prognosen mit angegebenem Konfidenzintervall wirkt auf sie irritierend. Seit mindestens zwei Dekaden hat sich zudem die Evaluationsforschung entfaltet. Hierbei handelt es sich um einen wesentlichen Teil der evidenzbasierten Wirtschaftspolitik. Es geht dabei um bestimmte wirtschaftspolitische Zielsetzungen, die mit verschiedenen Instrumenten umgesetzt werden können. Zunächst werden die Effekte bestimmter wirtschaftspolitischer Instrumente prognostiziert. Entsprechen die Prognosen den gewollten Zielen, dann beschließt man sie durchzuführen. Nach einiger Zeit beginnt die Evaluation, bei der die Frage gestellt wird, ob die erwarteten und prognostizierten Effekte der wirtschaftspolitischen Maßnahmen eingetreten sind, ob der quantitative Effekt richtig eingeschätzt wurde oder nicht und ob gegebenenfalls Nebeneffekte oder etwa ganz unerwartete Effekte eingetreten sind. Auch wenn ich mich wiederhole: Mit bloßen Hayekschen Mustervorhersagen kommt man nicht weit. Also

benötigt man quantitative Modelle und empirische Methoden, um die entsprechenden Evaluationen durchzuführen.

Die Ausrichtung auf empirische Forschung hat im anglo-amerikanischen Sprachraum auch die Wirtschaftsgeschichte unter dem Begriff „New Economic History“ ergriffen. Im deutschsprachigen Raum hat sich diese Entwicklung in der letzten Dekade verstärkt (vgl. Baten 2004). Sogenannte kliometrische Analysen sind inzwischen weit verbreitet und haben die Sicht auf bisherige „historische Wahrheiten“ stark verändert. Ich denke vor allem an die Arbeiten von *Nicholas Crafts* und *Knick Harley* (1992) zur Industriellen Revolution, wodurch die lange vorherrschende Vorstellung einer stürmischen Wachstumsentwicklung revidiert wurde und inzwischen von BIP-Wachstumsraten von 1,5–2,5% p.a. ausgegangen wird, was allerdings gegenüber dem davor liegenden „malthusianischen Zeitalter“ eine „Revolution“ darstellte, weil trotz steigender Bevölkerung das BIP pro Kopf zunahm.

Auch die Debatte über die „Great Divergence“ – das Auseinanderdriften Europas und Chinas im 17. Jahrhundert – hat sehr von kliometrischen Untersuchungen profitiert. Auf der Grundlage eines sehr umfangreichen Forschungsprojektes konnte die Forschergruppe um *Stephen Broadberry* (2020) datenbasiert zeigen, dass die Divergenz zwischen Nordwest-Europa, insbesondere England, und China früher begann als die Vertreter der California School behaupteten.

IV. Empirie und Wissen

Die untrügliche Tendenz zu vermehrter empirischer Forschung zum Verständnis und zur Lösung praktischer Probleme, die Evaluation wirtschaftspolitischer Maßnahmen und Instrumente, das alles sind berechtigte Interessen einer Wissenschaft, die im Schillerschen Sinne zweifellos eine Brotwissenschaft mit praktischem Anspruch ist. Kann man sich auf die Erkenntnisse dieser Wissenschaft wirklich verlassen? Empirische Untersuchung können – und das wusste schon Hume – nichts beweisen, denn Induktion als Beweistechnik ist nur möglich, wenn sie vollständig ist und das ist sie nur in einzelnen Fällen in der Mathematik, aber eben nicht in den Realwissenschaften, weil dort die Menge der möglichen Ereignisse selten endlich ist und somit der „Schwarze Schwan“ doch noch in Erscheinung treten kann.

Aus diesem Grund hat Popper die Falsifikation von All-Sätzen als einzige Möglichkeit der empirischen Überprüfung von Hypothesen in den Vordergrund gerückt. Damit bleibt alles Wissen grundsätzlich fallibel, wie oft auch immer empirische Untersuchungen zu einer bestimmten Hypothese wiederholt werden. Natürlich würde man sich bei häufig wiederholten und nicht falsifizierten Ergebnissen sicherer fühlen, eine bestimmte wirtschaftspoli-

sche Maßnahme zu empfehlen, obwohl keine Erfolgsgarantie gegeben werden kann. Genau in diesem Zusammenhang muss der Replikationen empirischer Untersuchungen Bedeutung beigemessen werden. Also solche Untersuchungen, die auf dem gleichen Datensatz bzw. einem um weitere Datenpunkte erweiterten Datensatz beruhen. Erstaunlicherweise lassen sich zahllose empirische Untersuchungen nicht replizieren und das gilt nicht nur in unserem Fach, der Volkswirtschaftslehre, sondern auch für viele andere Bereiche aus den Natur- und Lebenswissenschaften: ein Befund, der irritiert.

Bleiben wir bei unserem Fach. Metastudien zur Replizierbarkeit rein empirischer Untersuchungen in der Ökonomik kommen zu ernüchternden Ergebnissen. In einer Untersuchung von *Bruce McCullough* u.a. (2006) wurde versucht, 62 Ergebnisse aus Artikeln des Journal of Money, Credit and Banking zu replizieren. Nur in 14 Fällen war dies möglich. Fast 77% waren nicht wiederholbar. In einer Studie vom gleichen Autorenteam wurden 133 Artikel aus dem Federal Reserve Bank of St. Louis Review zu replizieren versucht, wovon in 29 Fällen dies gelang, also eine Erfolgsquote von 21,8%, d.h. aber: 78,2% waren nicht replizierbar und das, obwohl die Daten und der Code in einer eingerichteten Datenbank zur Verfügung standen (*McCullough* u.a. 2008).

Diese Publikationspolitik, Daten und Codes zur Verfügung zu stellen, ist von vielen wissenschaftlichen Zeitschriften unter dem Druck der Sachlage inzwischen weit verbreitet und ermöglicht somit prinzipiell entsprechende Replikationen. Der Anreiz solche durchzuführen ist allerdings gering, weil man damit kaum Zitationen erzielen kann, was gerade für junge Nachwuchsforscherinnen und -forscher ungünstig ist. Auch aus Sicht der Herausgeber ist aus den gleichen Gründen eine Replikation eines im eigenen Journal veröffentlichten Artikels im ungünstigen Fall sogar ein Desaster, weil es Zweifel am Qualitätsmanagement des Journals wecken würde. Insofern wundert man sich über das bibliometrisch erhärtete Resultat der Untersuchung von *Müller-Langer* u.a. (2019) nicht, dass Aufsätze, die in den bekannten Top-5-Zeitschriften⁴ publiziert wurden, bisher selten einer Replikation unterzogen wurden.

Replikationsstudien wären in einem größeren Umfang gar nicht so dringend geboten, wenn es umgekehrt den „Publikationsbias“ nicht gäbe. Der besteht darin, dass empirische Untersuchungen, die zu insignifikanten Ergebnissen kommen, gar nicht erst publiziert werden. Eine Ursache dafür ist, dass in nahezu allen empirisch orientierten Wissenschaftsbereichen, die „Graduates“ und Post-Docs angehalten werden, in ihrem Paper mindestens in einem

⁴ American Economic Review, Quarterly Journal of Economics, Journal of Political Economy, Econometrica und Review of Economic Studies.

ihrer Ergebnisse ein Resultat mit $p < 0,05$ zu präsentieren. Gäbe es diesen Druck nicht, würden auch zahlreiche Untersuchungen publiziert, in denen vermutete Zusammenhänge nicht nachgewiesen werden konnten oder insignifikant waren. Das führt direkt zum nächsten Problem: den positiv-falschen Untersuchungen, von denen viele auch in den Lebenswissenschaften, der Psychologie und der Medizin vorkommen. Das zeigt der Biostatistiker und Wissenschaftsforscher Barker Bausell in seinem jüngst erschienen Buch *The Problem with Science* (2021). Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Untersuchung des in der Corona-Pandemie auch einem breiteren Publikum bekannt gewordenem Epidemiologen und Statistiker John Ioannidis. Er konstatiert (2005, S. 696):

„Several methodologists have pointed out that the high rate of nonreplication (lack of confirmation) of research discoveries is a consequence of the convenient, yet ill-founded strategy of claiming conclusive research findings solely on the basis of a single study assessed by formal statistical significance, typically for a p-value less than 0.05.“

Dann nimmt er als Beispiel einen Fall aus der Genetik, um die Kernproblematik aufzuzeigen (ebd., S. 699):

„Let us assume that a team of investigators performs a whole genome association study to test whether any of 100,000 gene polymorphisms are associated with susceptibility to schizophrenia. Based on what we know about the extent of heritability of the disease, it is reasonable to expect that probably around ten gene polymorphisms among those tested would be truly associated with schizophrenia, with relatively similar odds ratios around 1.3 for the ten or so polymorphisms and with a fairly similar power to identify any of them. Then $R = 10/100,000 = 10^{-4}$, and the pre-study probability for any polymorphism to be associated with schizophrenia is also $R/(R + 1) = 10^{-4}$. Let us also suppose that the study has 60% power to find an association with an odds ratio of 1.3 at $\alpha = 0.05$. Then it can be estimated that if a statistically significant association is found with the p-value barely crossing the 0.05 threshold, the post-study probability that this is true increases about 12-fold compared with the pre-study probability, but it is still only 12×10^{-4} .⁵“

⁵ Erläuterung: Die statistische Trennschärfe (oder Macht) R ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Effekt entdeckt wird, wenn der Effekt auch tatsächlich existiert. Die statistische Trennschärfe wird definiert als die Wahrscheinlichkeit, korrekterweise eine falsche Nullhypothese zurückzuweisen. Ist die statistische Trennschärfe (oder Macht) hoch, sinkt die Wahrscheinlichkeit, einen Typ-2-Fehler zu begehen oder festzustellen, dass es keinen Effekt gibt, obwohl es tatsächlich einen gibt. Damit ist sie gleich $1 - \beta$, wobei β die Wahrscheinlichkeit bezeichnet, einen Fehler 2. Art zu begehen. Die statistische Trennschärfe (oder Macht) hängt somit vom Stichprobenumfang, der Effektstärke, vom verwendeten Verfahren und von der Wahrscheinlichkeit, einen Fehler 1. Art zu begehen, ab.

V. Auswirkungen auf Curricula und Lehre

Diese fast schon säkulare Entwicklung zu einer anwendungsorientierten und empirischen Forschung bleibt nicht ohne Konsequenzen für die Lehre in der Volkswirtschaftslehre. Mit der Dominanz und dem weiteren Vordringen der empirischen Forschung musste die Lehre angepasst werden, was zu einer Ausweitung der methodischen Fächer Statistik und Ökonometrie führte. Zumindest in den forschungsorientierten Master- und PhD Programmen, die sich inzwischen an den forschungsorientierten Fakultäten im deutschsprachigen Raum etabliert haben, kann das beobachtet werden. Der 2009 im sogenannten „zweiten Methodenstreit“ von der „Internationalisierungs-Fraktion“ geforderte Dreiklang von Mikro-Makro-Ökonometrie hat sich inzwischen weitgehend etabliert. Das strahlt natürlich auch auf die Bachelorstudiengänge aus. Die Zunahme methodischer Fächer in der Lehre aller Studiengänge der Volkswirtschaftslehre führt bei einer vorgegebenen Zahl von Leistungspunkten zu einer Reduktion im Bereich der sogenannten Randgebiete und zu einem massiven Druck sich zu spezialisieren, was im Extremfall bedeuten kann, dass man sich in einem theoriefernen Fachgebiet spezialisiert und zunächst empirische Untersuchungen kennlernt, um später selbst solche zu produzieren.

Das umgekehrte Phänomen – Modellplatonismus genannt – konnte man in einer früheren Epoche der Fachentwicklung beobachten, in der auf empirische Überprüfung oder Validierung kaum Wert gelegt wurde. Die theorieferne Spezialisierung ist aber nur eine extreme Variante im Spektrum der möglichen Verästelungen, die gleich mehrere Phänomene hervorbringt. So führt die Spezialisierung in der Wissenschaft ähnlich der im Handwerk oder in der Serienproduktion zu Einseitigkeiten und der Gefahr von „Fachidiotentum“ auf hohem Niveau, was nicht auffällt, solange die Kommunikation im inneren Zirkel der Spezialisten verbleibt. Kommt es im Laufe zunehmender Spezialisierung zu einer größeren Anzahl solcher Zirkel aus hoch spezialisierten forschungsorientierten Ökonomen, kann das innerhalb der Volkswirtschaftslehre zu einer erschwerten Kommunikation über Problemstellungen und Kernfragen des Fachs und der Curricula führen. Auch für die beratende Wirtschaftspolitik kann das fatale Konsequenzen haben und es würde die schon oft beklagte Polyphonie der Diagnosen und Therapien endgültig in eine Kakophonie verwandeln. Die Deutung ökonomischer Prozesse und die entsprechenden Narrative würden dann nicht mehr von der Zunft der Ökonomen getragen werden. Ein Problem, das im Kleinen an den weiterführenden Schulen beobachtet werden kann, weil dort der Wirtschaftsunterricht oft von Lehrpersonal durchgeführt wird, das kein ökonomisches Studium absolviert hat.

Diesem Trend der extremen Spezialisierung kann man natürlich langfristig nicht entgehen, weil Forschung in zunehmend differenzierten Feldern voranschreitet. Dem kann man aber durch Fächer entgegenwirken, welche die Anschauung, also die Evidenz im phänomenologischen Sinne, stärken, wie etwa die Wirtschaftsgeschichte und die Geschichte des ökonomischen Denkens. Gerade die Theoriegeschichte würde das tiefere Verständnis für die herrschende ökonomische Theorie stärken. Es wäre viel für das Fach gewonnen, wenn es zu einem gleichgewichtigeren Verhältnis von ökonomischer Theorie und empirischer Forschung käme; wenn wieder das Testen von aus ökonomischen Theorien hergeleiteten Hypothesen in den Vordergrund gerückt werden würde und die Replikationsraten sich verbessern ließen. Empirische Forschung, zu der m. E. auch die wirtschaftshistorische Forschung zählt, ist unabdingbar, sollte aber theoriefundiert sein. Die Tendenz, dass es in eine andere Richtung geht und Data Mining sowie maschinelles Lernen eine neue Richtung der Forschung und dann auch der Lehre schaffen, ist offensichtlich und aus den angeführten Gründen aus meiner Sicht mehr als problematisch.

VI. Diskussion und Fazit

Wahrscheinlich wird die Gleichsetzung von Forschung mit empirischer Forschung gegenwärtig kaum problematisiert, sondern als völlig normal und folgerichtig eingeschätzt. Man hat vermehrt Datensätze, die nach ihrer Auswertung rufen und wenn man sie nicht hat, erzeugt man sie über Befragungen; das Internet ist da hilfreich. Hinzu treten die Möglichkeiten der KI, wie z. B. maschinelles Lernen oder auch Data Mining, wobei bei Letzterem die Hoffnung genannt wird, dass neue und interessante Muster aus den Daten herausgefiltert werden könnten. Es kam bereits auf der 1994er Tagung des Dogmenhistorischen Ausschusses im Verein für Socialpolitik in Weimar im Rahmen eines Vortrags von *Jürg Niehans* (1996) der Verdacht auf, das Erkenntnisprogramm der Historischen Schule sei auf einer methodisch raffinierteren Grundlage zurückgekehrt.

Ich würde diesen Verdacht nicht vollständig stützen wollen. Warum, möchte ich kurz erläutern. Die historische Schule war zwar an der Gewinnung von Tatsachenerkenntnissen interessiert, aber weniger um empirische Regelmäßigkeiten oder gar gesetzartige Zusammenhänge aufzudecken, sondern es ging ihr um die kulturellen Unterschiede in den verschiedenen Wirtschaftsräumen und -stufen. Die Vertreter der historischen Schule wollten diese Unterschiede verstehen, d. h. das wirtschaftliche Handeln der „unterschiedlichen Kulturmenschen“ im Wirtschaftsbereich nachvollziehen können. Und das gelang natürlich am besten beim historischen Vergleich der handelnden Menschen in der Abfolge von Wirtschaftsstufen. Wirtschaftswissenschaft

war eher Kultur- und damit Geisteswissenschaft, und die Geschichte sowie die deskriptive Statistik waren die Hilfswissenschaften.

Heute denkt man, die Wirtschaftswissenschaft sei eine nomothetische Wissenschaft und die empirischen Methoden sollen helfen, die vermeintlichen Gesetzmäßigkeiten zu entdecken. Geschichte und Statistik sind heute wieder mit von der Partie, dienen aber einem anderen Erkenntnisinteresse. So ist es weit verbreitet, nach allgemeinen Regelmäßigkeiten zu suchen, von denen man sogar annimmt, sie seien überhistorisch gültig. Wenn man aber von der Hypothese ausgeht, dass viele Ereignisse in den Wirtschaftswissenschaften eher singulären Charakter haben, versagen Methoden, die auf Gausschen Normalverteilungsannahmen beruhen. Möchte man solche eher singulären Ereignisse einschätzen, dann bleibt nur ein Rückgriff auf die ökonomische Theorie und die Wirtschaftsgeschichte, denn die Geschichte wiederholt sich zwar nicht, aber sie reimt sich, wie Mark Twain gesagt haben soll. Eines der Beispiele erleben wir gerade wieder: Die gegenwärtigen Inflationsentwicklung hat Ähnlichkeiten zu der vor rund 50 Jahren, als zwei Ölpreisschocks die Industrieländer trafen und eine ebenfalls angebotsseitig induzierte Inflationsentwicklung folgte.

Literatur

- Angrist, Joshua/Azoulay, Pierre/Ellison, Glenn/Hill, Ryan/Feng Lu, Susan (2017): Economic Research Evolves – Fields and Styles, in: American Economic Review, Papers & Proceedings, 107 (5), S. 293–97.
- Backhouse, Roger/Cherrier, Béatrice (2017): The Age of the Applied Economist – The Transformation of Economics since the 1970s, in: History of Political Economy, 49 (annual supplement), S. 1–33.
- Baten, Jörg (2004): Die Zukunft der kliometrischen Wirtschaftsgeschichte im deutschsprachigen Raum, in: Günther Schulz u.a. (Hrsg.), Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. 100 Jahre Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart: Steiner, S. 639–53.
- Bausell, Barker R. (2021): The Problem with Science, Oxford: University Press.
- Broadberry, Stephen (2020): The Industrial Revolution and the Great Divergence – Recent Findings from Historical National Accounting, CEPR Discussion Paper 15207.
- Burda, Michael/Schnitzer, Monika/Fitzenberger, Bernd/Schmidt, Christoph (2014): Evidenzbasierte Wirtschaftspolitik – Thesenpapier zur Kerntagung des Vereins für Socialpolitik in Hamburg 2014, <https://www.socialpolitik.de/sites/default/files/2020-12/Thesenpapier%20evidenzbasierte%20Wirtschaftspolitik.pdf>.
- Crafts, Nicholas/Harley, C. Knick (1992): Output Growth and the British Industrial Revolution – A Restatement of the Crafts-Harley View, in: Economic History Review, 45 (4), S. 703–30.

- Einav, Liran/Levin, Jonathan* (2014): Economics in the Age of Big Data, in: *Science*, 346 (6210), S. 1243089-1–12403089-6.
- Fuchs-Schündeln, Nicola/Hassan, Tarek A.* (2016): Natural Experiments in Macroeconomics, in: John B. Taylor/Harald Uhlig (Hrsg.), *Handbook of Macroeconomics*, Bd. 2a, Amsterdam: Elsevier, S. 923–1012.
- Hamermesh, Daniel S.* (2013): Six Decades of Top Economics Publishing – Who and How? in: *Journal of Economic Literature*, 51 (1), S. 162–72.
- Husserl, Edmund* (1929): *Cartesianische Meditationen, § 24. Evidenz als Selbstgegebenheit und ihre Abwandlungen*, Hamburg: Felix Meiner 2012.
- Ioannidis, John P. A.* (2005): Why Most Published Research Findings Are False, in: *PLOS Medicine*, 2 (8), e124.
- McCullough, Bruce D./McGeary, Kerry A./Harrison, Teresa D.* (2006): Lessons from the JMCB Archive, in: *Journal of Money, Credit, and Banking*, 38 (4), S. 1093–07.
- McCullough, Bruce D./McGeary, Kerry A./Harrison, Teresa D.* (2008): Do Economics Journal Archives Promote Replicable Research? in: *Canadian Journal of Economics*, 41 (4), S. 1406–20.
- Müller-Langer, Frank/Fecher, Benedikt/Harhoff, Dietmar/Wagner, Gert* (2019): Replication Studies in Economics – How Many and Which Papers Are Chosen for Replication, and Why? in: *Research Policy*, 48 (1), S. 62–83.
- Niehans, Jürg* (1996): Revolution und Evolution in der Wirtschaftstheorie, in: Heinz Ritter (Hrsg.), *Wege und Ziele der Forschung. Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie*, Bd. XV, Berlin: Duncker & Humblot, S. 13–46.
- Smets, Frank/Wouters, Raf* (2003): An Estimated Stochastic Dynamic General Equilibrium Model of the Euro Area, Working Paper 171, European Central Bank.
- Stegmüller, Wolfgang* (1969): *Metaphysik, Skepsis, Wissenschaft*, Berlin: Springer.

Der Verein für Socialpolitik und die Wirtschaftsgeschichte

Von *Jan-Otmar Hesse*, Bayreuth

I. Einleitung

Wirtschaftshistoriker seien wie Maultiere – so hat der russisch-englische Mediävist und Wirtschaftshistoriker Michael Postan einmal eine Konferenz der englischen Economic History Society eröffnet – Abkömmlinge von zwei ganz unterschiedlichen disziplinären Eltern, Geschichte und Ökonomie nämlich, wobei er sich nicht anmaßen wolle festzulegen, welches der Elterntiere die Pferde und welches die Esel seien. *Sidney Pollard* (2008, S. 129), der Postans launige Bemerkung überlieferte, fügte dem Vergleich noch eine Implikation hinzu. Maultiere seien nämlich Hybride und folglich könne auch die so beschriebene Disziplin sich nicht selbst reproduzieren. Ganz unabhängig, welche Zuschreibungen aus diesem tierischen Vergleich abgeleitet werden und schon zahlreich abgeleitet worden sind, die interdisziplinäre Problematik der Wirtschaftsgeschichte trifft er ziemlich gut: Die Disziplin ist von den „Elterndisziplinen“ abhängig, für die Schaffung wissenschaftlichen Nachwuchses, aber auch bei der Entwicklung des akademischen Programms. Sie ist abhängig von der „Paarungsbereitschaft“ zwischen Wirtschafts- und Geschichtswissenschaften.

Im Rahmen dieses Aufsatzes interessiert in erster Linie der eine „Elternteil“, die Volkswirtschaftslehre bzw. Nationalökonomie. Es soll das Verhältnis der Volkswirtschaftslehre zur Wirtschaftsgeschichte in den letzten ca. 150 Jahren beschrieben werden und damit auch zur Geschichtswissenschaft. Dabei ist stets im Hinterkopf zu behalten, dass die „Disziplingrenzen“, die von der Gegenwart aus betrachtet einleuchtend und plausibel erscheinen, selbst historische Produkte sind. Gelehrte wie Werner Sombart und Max Weber haben sich selbst als Nationalökonomen verstanden und nicht etwa als Wirtschaftshistoriker oder Soziologen, als die sie heute wohl eher wahrgenommen werden. Die neuere Wissenschaftsforschung denkt daher nicht mehr in den Kategorien fester, thematisch und methodisch definierbarer Grenzen, sondern fragt danach, wie Disziplingrenzen entstanden sind und welche Bedeutung hierbei die „Disziplinierung“ des Denkens hatte. Die Disziplingeschichte selbst wird dabei zu einem wichtigen Instrument der Disziplinierung und der Abgrenzung (vgl. *Krauth* 1978). Die in solchen „Disziplinen“ zu-

sammengefügten Gelehrtengemeinschaften sind vielfältig in die sie umgebenden Gesellschaften verflochten, so dass sich ein- und dieselbe Disziplin mitunter stark unterscheidet, je nachdem, in welchem Land sie verortet ist (vgl. *Fourcade 2009; Kapeller u.a. 2016*).

Gleichwohl gibt es im historischen Prozess der funktionalen Ausdifferenzierung des Wissenschaftssystems objektivierbare Errungenschaften, die Gruppen von Gelehrten verwendeten, um ihrem thematischen Interesse größere Aufmerksamkeit zu verschaffen oder sich von ihrem akademischen Umfeld abzugrenzen, die Gründung von wissenschaftlichen Gesellschaften oder die Gründung von spezialisierten Fachzeitschriften beispielsweise, die von der Professionssoziologie untersucht werden.¹

Solche Vorbehalte müssen berücksichtigt werden, wenn im Folgenden Prozesse der Abgrenzung und Annäherung zwischen Nationalökonomie, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte beschrieben werden, wissenschaftliche Felder, die sich erst im Verlauf des Untersuchungszeitraums selbst als Disziplin herausbildeten oder festigten. Nicht zuletzt die eingangs verwendete launige Bemerkung von Michael Postan soll daran erinnern, dass disziplinäre Zuschreibungen und Abgrenzungen immer nur mit einem Augenzwinkern verwendet werden können, weil es das Wesen der Wissenschaft ist, sich ständig zu verändern und Grenzen (auch disziplinäre) zu überschreiten.

Für die Geschichte der Wirtschaftsgeschichte ist diese Haltung zentral. Denn das Fach bewegte sich, wie im Folgenden gezeigt werden soll, zunächst innerhalb der „Elterndisziplinen“, ohne dass es aber vollständig in diesen aufgegangen wäre. Im folgenden Abschnitt (II) ist zunächst daher das Missverständnis auszuräumen, dass die Wirtschaftsgeschichte auf die Historische Schule der Nationalökonomie zurückgehe, die Wirtschaftsgeschichte also so etwas wie der letzte Überlebende eines untergegangenen Schiffes sei. Tatsächlich entsteht das Fach aus der äußerst produktiven Auseinandersetzung zwischen Ökonomen und Historikern am Ende des 19. Jahrhunderts. Postans Maultier-Vergleich beschreibt also nicht zuletzt die Gründungsgeschichte der Wirtschaftsgeschichte überaus zutreffend, inklusive der „Brautwerbung“ von Gustav von Schmoller auf dem Historikertag 1894 in Leipzig und von Lujo Brentano ein Jahr später in Frankfurt. Die Gründung der ersten Spezialzeitschrift fällt in diese erste Professionalisierungsphase des Faches.

In einer zweiten Phase, der Zwischenkriegszeit (Abschnitt III), geriet die Wirtschaftsgeschichte innerhalb der Nationalökonomie ins Hintertreffen, was aber nicht allein am vermeintlichen Niedergang der Historischen Schule lag, sondern am Tagesbezug der Wirtschaftswissenschaft bei gleichzeitiger Konzentration der Wirtschaftsgeschichte auf die Vormoderne. Aus professionsso-

¹ Am Beispiel der BWL: *Franz* (1998).

ziologischer Sicht ist die Einrichtung von ersten Speziallehrstühlen in dieser Phase hervorzuheben.

Die dritte Phase der Fachgeschichte (Abschnitt IV) brachte nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich die Schaffung einer Disziplin, durch die Einrichtung weiterer Speziallehrstühle, die Gründung wissenschaftlicher Gesellschaften innerhalb und außerhalb des Vereins für Socialpolitik und die Herausbildung eines eigenständigen methodischen Gerüsts, die nicht zuletzt durch die „Einwanderung“ von Volkswirten in die Wirtschaftsgeschichte getragen wurde. Es folgte eine akademische und personelle Blütezeit der Wirtschaftsgeschichte als akademischer Disziplin in den 1970er und 1980er Jahren, die sich aber als ein zweischneidiges Schwert entpuppte, denn die Disziplin isolierte sich von ihren „Elterndisziplinen“, deren fehlende Sorge und Pflege sie in danach grausam zu spüren bekam (Abschnitt V).

Seit den 1990er Jahren löste sich die produktive Beziehung zur Volkswirtschaftslehre weitgehend auf und erst in den letzten 10–15 Jahren gibt es wieder eine sehr erfolgreiche Wirtschaftsgeschichte innerhalb der VWL, die als „Historical Economics“ aber die Verbindungen zur Geschichtswissenschaft weitgehend abgebrochen hat – was allerdings auch am Zustand der Braut liegt. Ob es sich bei den Wirtschaftshistorikern und Wirtschaftshistorikerinnen der jüngeren Geschichte wirklich noch um Maultiere handelt, kann bezweifelt werden.

II. Die Historische Schule der Nationalökonomie und die Wirtschaftsgeschichte

Von einer „Historischen Schule der Nationalökonomie“ wird in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaft vor allem im Zusammenhang mit dem Methodenstreit gesprochen. Im Vergleich zu den österreichischen Marginalisten wies die deutsche Nationalökonomie zweifellos theoretische Unterschiede auf, die sich unter anderem im Verhältnis zur Geschichtswissenschaft festmachen lassen. So waren viele deutsche Sozialwissenschaftler der Meinung, dass wirtschaftliches Handeln nicht durch grundlegende, für alle Zeiten gültige ökonomische Gesetze erklärt werden kann, sondern sich historische Wirtschaftssysteme in ihrem „Wesen“ und ihrer Struktur verändern und damit auch die „ökonomischen Gesetze“ nur zeitbedingt Gültigkeit haben können.

Unter dieser Grundannahme haben sich sehr unterschiedliche Richtungen der Nationalökonomie herausgebildet, weshalb die Vorstellung von einer einheitlichen Historischen Schule, innerhalb derer sogar klar abgrenzbare „Generationen“ identifiziert werden können, häufig kritisiert wurde.² Hinzu

² Hierzu einschlägig *Plumpe* (2008); siehe auch allgemein *Hesse* (2016a).

kommt, dass die „historischen Schulen“ keineswegs auf Deutschland beschränkt waren, sondern sich „Historisten“ und „Institutionalisten“ auch in England und vor allem in den USA finden lassen (vgl. *Tribe* 2003). Es ist daher kaum vertretbar, dass es mit dem Methodenstreit in den 1880er Jahren eine „Bifurkation“ der wirtschaftswissenschaftlichen Traditionslinien gegeben habe, durch die die Historische Schule in Deutschland dominierte, während die Neoklassik sich im Ausland vollständig etabliert habe. Für die Wirtschaftsgeschichte ist diese Erkenntnis der jüngeren Wissenschaftsgeschichte wichtig, denn im „neoklassischen Paradigma“ beispielsweise in den USA kam ihr eher die Rolle einer separierten und autonomen Subdisziplin zu,³ während sie im „historistischen Paradigma“ Teil des akademischen Hauptprogramms bleiben durfte – mit allen negativen Folgen, die das langfristig hatte.

Wenn man neben der zeitlichen Wandelbarkeit der wirtschaftlichen Institutionen und des wirtschaftlichen Handelns einen methodischen Kern in den deutschen historischen Schulen der Nationalökonomie ausmachen möchte, so findet sich dieser am ehesten in den unterschiedlichen „Stufentheorien“, also der Vorstellung, dass wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum wirtschaftlichen Wohlstands notwendig verschiedene Entwicklungsstufen durchlaufen. Die Diskussion über die Wirtschaftsstufen war der Beitrag der Historischen Schule zur Theorie der Volkswirtschaftslehre.

Die im späten 19. Jahrhundert vielleicht einflussreichste „Stufentheorie“ von *Karl Bücher* (1893) ging von drei Entwicklungsphasen aus, in denen die Wirtschaft unterschiedliche „Gesetze“ des Umgangs mit Knappheit aufweise. Bücher unterschied die antike „Hauswirtschaft“ von der mittelalterlichen „Städtewirtschaft“ und der „modernen Volkswirtschaft“, für die allein die von der Neoklassik behaupteten Gesetzmäßigkeiten Gültigkeit hätten. *Bernhard Harms* (1914) fügte diesem Modell noch die Phase der Weltwirtschaft als Entwicklungsphase hinzu. Die Theorie der Wirtschaftsstufen, in der jede Stufe als eine völlig autonome, nach bestimmten wirtschaftlichen Prinzipien organisierte Wirtschaftsordnung beschrieben wurde, war von der Theorie der Produktionsweisen von Karl Marx beeinflusst. Es handelte sich jedoch um einen nicht-marxschen Ansatz, da nicht der Klassenkampf als treibende Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung angenommen wurde, sondern etwa eine Kraft, die später von *Max Weber* (1904/05) als „Geist des Kapitalismus“ bezeichnet wurde. Spätere Nationalökonomen wie Arthur Spiethoff oder Edgar Salin sprachen von verschiedenen historischen „Wirtschaftsstilen“ (*Schefold* 1995). Andere Stufentheoretiker waren stärker von der deutschen Ro-

³ *Temin* (2014, S. 342) beschreibt eine Begebenheit beim Mittagessen, bei der Paul Samuelson Walt Rostow wissen ließ: „You might be considered an economist among historians, but among us economists, you are the historian.“

mantik beeinflusst und sahen die Entwicklung der Rassen als die wesentliche Triebkraft der Geschichte an – hierzu gehörte wohl auch Gustav von Schmoller (vgl. Köster 2011). Joseph Schumpeters *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* (1912) kann vor diesem Hintergrund als eine Weiterentwicklung der evolutionären Ansätze des 19. Jahrhunderts angesehen werden, die allerdings weder ganz deutsch noch ganz österreichisch war.

Das Hauptinteresse der Stufentheoretiker galt jedenfalls der Entwicklung einer Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung (oder des Wandels), nicht aber der historischen Forschung. Deshalb kam es auch zu heftigen zeitgenössischen Debatten mit Historikern, die die Überlegungen der Nationalökonomien regelmäßig mit den historischen Quellen konfrontierten. Gustav von Schmoller wurde für seine Unterscheidung der antiken von der modernen Wirtschaft auf dem Historikertag in Leipzig 1894 kritisiert; Karl Bücher wurde ein Jahr später noch sehr viel schärfer von den Althistorikern Eduard Meyer und Julius Beloch angegriffen, die die Meinung vertraten, dass es schon in der griechischen Antike eine „exportorientierte Industriewirtschaft“ gab und die Vorstellung einer geschlossenen Hauswirtschaft daher nicht angemessen sei.

Die Bücher–Meyer–Kontroverse wurde später in unterschiedlichen Zeitschriftenaufsätzen fortgesetzt, u. a. wurde dabei von den „Nationalökonomien“ bestritten, dass die „ergasteria“ – Werkstätten vorwiegend zur Waffenproduktion im antiken Griechenland – tatsächlich mit den modernen Unternehmen vergleichbare Formen der Organisation der Produktion seien (vgl. Wagner–Hasel 2011). Max Weber schloss in der zweiten Auflage der *Protestantischen Ethik* an diese Debatte an und versuchte sich auch hier als Vermittler, indem er zugestand, dass es auch in der Antike Unternehmen gab, „moderne Unternehmen“ aber erst im Zusammenspiel mit dem „kapitalistischen Geist“ denkbar sind. Das schützte seine „Römische Agrargeschichte“ 1909 aber nicht vor einer ganz ähnlichen Kritik, die wiederum aus den Reihen der deutschen Geschichtswissenschaft kam.

Weder für die Nationalökonomie, noch für die Wirtschaftsgeschichte spielten diese in der Sache sehr kompetent geführten Auseinandersetzungen später eine prominente Rolle. Es ist regelrecht bezeichnend, dass sie über Karl Polanyi in die Anthropologie einwanderten, wo Moses Finley sie in den 1960er Jahren zur Debatte zwischen „Primitivisten“ und „Modernisten“ ausweitete.⁴ Erst in der jüngsten Zeit wurden diese Themen wieder aufgenommen und zwar durch formal quantifizierend arbeitende Wirtschaftshistoriker wie den MIT-Wirtschaftshistoriker Peter Temin, der eigentlich Spezialist für die Weltwirtschaftskrise ist. Die zeitgenössische Kritik an Schmoller und

⁴ Finley (1965); zu den neueren Debatten siehe auch Manning und Morris (2005).

Bücher macht aber immerhin deutlich, dass diese nicht nur von österreichischen Marginalisten wegen ihrer induktiven Methode und ihrem fehlenden Theoriebezug kritisiert wurden, sondern zugleich von deutschen Historikern. Diese ärgerte nicht nur die Unterschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit antiker Gesellschaften durch die Stufentheoretiker; sie sahen im Programm der Nationalökonomen letztlich auch eine übertriebene Theoretisierung letztlich kontingenter historischer Entwicklungen.

Es war letztlich diese Frontstellung zwischen zu stark systematisierender historischer Nationalökonomie und zu detailversessener Geschichtswissenschaft, aus der am Ende des 19. Jahrhunderts die Wirtschaftsgeschichte als akademische Disziplin hervorgegangen ist. Die Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG) – die älteste wirtschaftshistorische Zeitschrift der Welt – wurde 1904 von dem Freiburger Historiker Georg von Below (1858–1927) gegründet und nicht etwa von Anhängern der Historischen Schule, auch wenn diese hier genauso publizierten, wie die Historiker.⁵ Auch Below war als Kritiker von Schmoller aufgetreten, allerdings zielte seine Kritik nicht auf die Interpretation der antiken Wirtschaft, sondern auf die der Wirtschaftsordnungen des 16. und 17. Jahrhunderts (vgl. *Plumpe* 2009).

Das Studium der Arbeiten Belows zeigt im Übrigen, dass die insbesondere von Hans-Ulrich Wehler und der Bielefelder Schule vorgetragene Interpretation – die deutsche Geschichtswissenschaft sei personenzentriert und elitenorientiert gewesen, im „dogmatisierten Individualitätsprinzip der idealistischen Geschichtsphilosophie“ gefangen, so dass der Untersuchung der „Gesellschaft“ und insbesondere der „unteren Schichten“ keine Aufmerksamkeit geschenkt worden sei, eine theoriebasierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte sich daher erst spät (nämlich in den 1960er Jahren in Bielefeld) habe entwickeln können (*Wehler* 1970, S. 179 f.) – nicht den Tatsachen entsprach. Die Behinderung der akademischen Karriere des Leipziger Wirtschafts- und Sozialhistorikers Karl Lamprecht (1856–1915), auf die sich Wehler bezog, folgte wohl in erster Linie politischen Vorbehalten, während die von ihm erforschten Themen durchaus auch andernorts behandelt wurden, u. a. von seinem Gegenspieler Georg Below.

Die Gründung der VSWG, in der von Beginn an prominente Historiker u. a. aus der französischen Annales-Schule zu Wort kamen, aber auch bekannte Nationalökonomen, kann als eine Art Stiftungsakt für die gesamte akademische Disziplin gewertet werden, der zwar bezeichnenderweise außerhalb der Nationalökonomie, aber in enger Verbindung mit der nationalökono-

⁵ Schon 1893 war in Leipzig u. a. von Carl Grünberg die *Zeitschrift für Social- und Wirtschaftsgeschichte* gegründet worden, die zwar nicht regelmäßig erschien, aber als Vorgeschichte der VSWG angesehen werden kann (vgl. *Schulz* 2004).

mischen Kontroverse erfolgte (vgl. *Berghahn* 2004). Es war ein Akt der gegenseitigen Anerkennung zwischen Geschichtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften, die das Fach hervorgebracht hat, ein Begegnen „auf Augenhöhe“, weil in beiden „Elterndisziplinen“ der Wirtschaftsgeschichte das Bewusstsein vorhanden war, dass man von der jeweils anderen Disziplin lernen konnte: Die Geschichtswissenschaft versprach, das empirische Material für die Substantiierung der unterschiedlichen „Stufentheorien“ zu liefern und die Nationalökonomie versprach, eine Theorie des gesellschaftlichen Fortschritts zu liefern, die wirtschaftliche und soziale Aspekte mit einbezog.

III. Die Wirtschaftsgeschichte in der Zwischenkriegszeit

Mit der Einrichtung des ersten Lehrstuhls für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Köln im Jahr 1919 wurde das Fach erstmals institutionell verankert – und zwar im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der ehemaligen Handelshochschule (und nicht etwa in den Geschichtswissenschaften in der 1920 eingerichteten Philosophischen Fakultät). Bekanntlich war die Nationalökonomie der Weimarer Republik von Beginn an in einer methodisch-theoretischen Dauerkrise gefangen. Der „Niedergang“ der Historischen Schule führte die Disziplin in eine quälende theoretische Zerrissenheit bzw. in einen „Pluralismus“, wenn man es positiv ausdrücken möchte.⁶

Zugleich stand die Nationalökonomie vor der schlichtweg unerfüllbaren Aufgabe, für die ökonomischen Krisen der Weimarer Republik (von der Zahlungsbilanzkrise über die Reparationsproblematik bis zur Hyperinflation) Lösungsansätze zu entwickeln.⁷ Innerhalb dieser stark unter dem Eindruck der Tagespolitik stehenden Nationalökonomie hatte die Wirtschaftsgeschichte von Beginn an einen schweren Stand. Die für beide „Elterndisziplinen“ gleichermaßen produktiven Debatten zwischen Stufentheorie und historischer Kontingenz spielten für die Volkswirtschaftslehre letztlich keine Rolle mehr. Auch wenn das nicht für jeden Einzelfall zutrifft und schon gar nicht im Rahmen dieses Aufsatzes ausgeführt werden kann, waren es vor allem klassisch geschulte Historiker, die die frühen Lehrstühle im Fach besetzten.⁸

⁶ Siehe hierzu einschlägig Köster (2011). Der Begriff des „interwar pluralism“ in Anlehnung an Morgan und Rutherford (1998).

⁷ Die Krisenlage der Weimarer Republik haben wir an anderer Stelle als „überforderte Wirtschaft“ charakterisiert (Hesse/Marx 2021; siehe auch die dort verwendete Literatur).

⁸ In der Jenaer Sitzung des Ausschusses für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaft wurde ich auf einige Gegenbeispiele hingewiesen, denen ich aber nicht allen ausführlich nachspüren konnte. Friedrich Lütge war beispielsweise in Jena als Assistent von Ludwig Elster beschäftigt und habilitierte sich 1937 für „Nationalökonomie“

Bruno Kuske (1876–1964) kam aus Leipzig, wo er bei Karl Lamprecht und dem Wirtschaftsgeographen Friedrich Ratzel studiert hatte und promoviert worden war. Karl Bücher und seiner Stufentheorie stand Kuske skeptisch gegenüber. Seine politische Haltung lag auf der Linie von Ratzel, er war Mitglied von Friedrich Naumanns „Nationalsozialem Verein“, was ihn aber nicht hinderte, 1919 in die SPD einzutreten. Nach Köln kam er noch auf Vermittlung von Lamprecht, der Kuske für den Aufbau des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs an die Kölner Industrie- und Handelskammer empfohlen hatte. Über wirtschaftshistorische Lehraufträge an der Kölner Handelshochschule gelangte er schließlich 1919 auf die Professur und wurde damit der erste Inhaber eines Lehrstuhls für Wirtschaftsgeschichte in Deutschland (vgl. Engels 2007).

Auf Lamprechts Lehrstuhl an der Leipziger Handelshochschule wurde nach dessen Tod 1915 der Frühneuzehistoriker Walter Goetz (1867–1958) berufen, der vorher schon Nachfolger von Below in Tübingen war und sich bei Lamprecht habilitiert hatte. Auch er repräsentierte die geschichtswissenschaftliche Seite der sich institutionalisierenden Disziplin. Die Lamprecht-Schule wurde unter ihm fortgesetzt und auch verbreitet, wie ein Blick in die ihm gewidmete Festschrift aus dem Jahr 1927 zeigt. Dort findet sich unter anderem ein Beitrag des national-konservativen österreichischen Historikers Alfons Dopsch (1868–1953), der 1922 in Wien das „Institut für Wirtschafts- und Kulturgeschichte“ gegründet hatte, das explizit in die Tradition des Leipziger Instituts gestellt wurde. In seinem Festschriftenbeitrag lobte *Dopsch* (1927) „die juristische Schärfe begrifflicher Scheidung der verschiedenen dynamischen Kräfte der Wirtschaft“ als „Vorzug der deutschen Wirtschaftsgeschichte“, lehnte aber zugleich die Stufentheorien der „Historischen Schule der Nationalökonomie“ ab, weil diese die Eigentümlichkeit des wirtschaftlichen Verhaltens nicht erfassen würden. Lediglich auf der Ebene individueller Handlungen und der Regelhaftigkeit des individuellen Verhaltens könne ökonomische Theorie nutzbringend angewendet werden.

Dopschs wichtigster deutschsprachiger Schüler war Otto Brunner (1898–1982),⁹ der die Methodendiskussion zwischen Geschichts- und Wirtschaftswissenschaften in den 1930er Jahren fortsetzte. Aufgrund seiner Nähe zur NS-Ideologie wird er heute überwiegend kritisch gesehen (vgl. Etzemüller 2001). Die Kritik der Geschichtswissenschaft an einer nationalökonomischen

und Wirtschaftsgeschichte“. Zur Bedeutung von Alfred Weber in Heidelberg siehe Blomert u. a. (1997).

⁹ International am wichtigsten war der in Princeton tätige Wirtschaftshistoriker Frederick Lane, der in den 1940er und 1950er Jahren das gesamte sozialwissenschaftliche Förderprogramm der Rockefeller-Foundation organisiert hat. Siehe hierzu Gennelli (2003).

Theoretisierung wirtschaftlicher Entwicklung hat aber niemand so gut auf den Punkt gebracht wie *Brunner* (1936, S. 678) in einer Rezension für die Zeitschrift für Nationalökonomie:

„Dem Historiker handelt es sich um die Beschreibung der wirtschaftlichen Struktur konkreter geschichtlicher Einheiten und höchstens in zweiter Linie um die Frage nach dem Verhältnis dieser Wirtschaftsform zum modernen Wirtschaftsleben. Ihm kommt es darauf an, das innere Funktionieren dieses vergangenen Gebildes auch nach seiner wirtschaftlichen Seite hin darzulegen. Ob er hierbei überhaupt ‚die‘ Wirtschaft als relativ autonomen Bereich wird darstellen können, wie weit die Frage der Marktwirtschaft und der Rationalität für ihn Bedeutung hat, wird ganz von der jeweiligen Struktur des zu beschreibenden Gebildes abhängen. Erfordert es die Lage, wird sich der Historiker nicht scheuen, überhaupt auf die Beschreibung eines für sich stehenden Bereiches ‚Wirtschaft‘ zu verzichten. Er ist dann gezwungen, die einzelnen konkreten Gebilde zu beschreiben, die auch Wirtschaft (sind), gleichzeitig aber auch andere Funktionen erfüllen, ohne deren Darlegung sie nicht verstanden werden können.“

Die Nationalökonomie war indes im Verlauf der 1920er Jahre längst über diese letztlich in den Methodenstreit zurückreichende Grundsatzkontroverse hinweggegangen, selbst in der deutschsprachigen Fachdiskussion. Stufentheoretische Großerzählungen im Stil der Gallionsfiguren der Historischen Schule waren zu diesem Zeitpunkt kaum noch populär. Die mit „Strukturen“ oder anderen tiefgründigen inneren Zusammenhängen argumentierenden Theorien waren innerhalb der Volkswirtschaftslehre als „soziologische Theorie“ oder (wie Walter Eucken es nannte) „Verbalökonomie“ marginalisiert, sofern sie nicht, wie Friedrich Gottl-Ottlilienfeld, vollständig in die Esoterik abgerutscht waren. Werner Sombarts Neuauflage des *Modernen Kapitalismus*, die 1927 als ein von früheren sozialistischen Ideen vollständig gereinigtes, sechsbändiges Mammutwerk erschienen war, stellte eine Ausnahme dar, die von Historikern wie *Otto Hintze* (1929) heftig kritisiert wurde.

Die Wirtschaftsgeschichte hatte zur gleichen Zeit (übrigens auch im Ausland) so große Fortschritte gemacht, dass Sombarts „opus magnum“ – wenn auch im Detail nach wie vor lesenswert – in hohem Maße unmodern daherkam. Während die quellenorientierte Detailarbeit der Geschichtswissenschaft zwischenzeitlich reichhaltiges Material zutage gefördert hatte, das undifferenzierten Fortschrittsgeschichten der Stufentheorien den empirischen Boden entzog, war innerhalb der Nationalökonomie mit dem Aufbau einer systematischen nationalen Wirtschaftsstatistik eine ganz andere Form der Empirie möglich geworden.¹⁰

¹⁰ Die Wirtschaftsstatistik und die Arbeiten von Ernst Engel als Leiter des statistischen Büros setzen natürlich viel früher, schon vor der Reichsgründung ein. Erst in den 1920er Jahren entstand hieraus aber die Möglichkeit der Untersuchung langerer Zeiträume. Eine gute Darstellung der Geschichte der Wirtschaftsstatistik und ihrer

Allerdings wurden die historischen Arbeiten im Rahmen der empirischen Konjunkturforschung, dem mit Abstand wichtigsten Feld der damaligen Nationalökonomie, nicht der Wirtschaftsgeschichte zugeordnet und konnten auch keine eigene Schule herausbilden, wie Wesley C. Mitchell in den USA. Innerhalb der deutschen akademischen Nationalökonomie wird dieser Zweig am besten durch Walther G. Hoffmann (1903–71) repräsentiert, der in den 1920er Jahren in Kiel studiert hatte und bei Adolph Lowe mit einer Arbeit über *Stadien und Typen der Industrialisierung* (1931) promoviert wurde. Für eine Teilnahme an den gewalttätigen Vertreibungen der jüdischen und sozialdemokratischen Wissenschaftler am Institut für Weltwirtschaft, wo er zwischen 1926 und 1929 und dann wieder ab 1932 tätig war, gibt es widersprüchliche Hinweise.¹¹

Hoffmann (1965) veröffentlichte zusammen mit seinen Mitarbeitern in den 1960er Jahren das bis heute wichtigste Datenwerk zur deutschen Wirtschaftsgeschichte. In den 1930er Jahren war er mit einem Rockefeller-Stipendium nach Großbritannien gereist und hatte dort einen wichtigen Datensatz zur englischen Industrialisierung zusammengetragen, den er 1940 in seiner Habilitationsschrift über die englische Industrialisierung ausgewertet hat. Der Hoffmann-Datensatz diente englischen Wirtschaftshistorikern noch in den 1980er Jahren zur Neuberechnung des Wirtschaftswachstums in England zwischen 1760 und 1840.¹²

Ausgerechnet dieser Walter G. Hoffmann, der kurz nach dem Krieg nach Münster berufen wurde, dort die Dortmunder Sozialforschungsstelle neu aufbaute und von 1954–58 auch Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik war, sah sich selbst nicht als Wirtschaftshistoriker, sondern als Ökonom. In den 1949 gebildeten „Wirtschaftshistorischen Ausschuss“ des Vereins für Socialpolitik trat er nicht ein, was dessen ersten Vorsitzenden Friedrich Lütge (1901–68) zu fortgesetzten Klagen über das fehlende Interesse der Volkswirte an der Wirtschaftsgeschichte veranlasste.¹³ In den wenigen methodologischen Schriften, die von Hoffmann überliefert sind, zeigt sich eine ver-

Verwendung innerhalb der Nationalökonomie fehlt weiterhin, weil sich viele Darstellungen auf die Entstehung des Bruttosozialprodukts als Maßstab konzentriert haben. Eine Ausnahme sind die Arbeiten von Michael Schneider (2013; 2021).

¹¹ Gunnar Take (2019, S. 48f.) erwähnt keine Beteiligung Hoffmanns, die von Adolph Lowe behauptet wurde, der allerdings schon 1931 an die Frankfurter Universität gewechselt war. Auch ist Take der Meinung, dass Hoffmann SPD Mitglied gewesen sei, was dieser in seinem eigenen Lebenslauf aber nicht erwähnt.

¹² Hoffmann (1940). Die Arbeit wurde 1955 von O. W. Henderson im Rahmen seiner „British Industry“ ins Englische übersetzt und später von Harley (1982) aufgenommen.

¹³ Protokoll des erweiterten Vorstandes des VfS, Sitzung v. 24.1.1959 (Landesarchiv NRW, RW 189, Nr. 295, Bl. 60 – im Folgenden zitiert als RW ...).

gleichsweise „moderne“ Perspektive auf die Wirtschaftsgeschichte, die Hoffmann offenbar als eine Art empirisches Labor für die ökonomische Theoriebildung ansah. Nur durch eine gute Kenntnis der ökonomischen Theorie könne auch eine gute wirtschaftshistorische Forschung möglich sein, so Hoffmann, der nach Meinung von *Wolfram Fischer* (1984, S. 27), der in den 1970er Jahren selbst das Fach in Deutschland maßgeblich prägte, diesen eigenen Anspruch nie erfüllt hat und sich ausschließlich auf die Empirie konzentrierte.¹⁴

IV. Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftshistorischer Ausschuss in der frühen Bundesrepublik

Erst in der frühen Bundesrepublik kam es zu einer nachhaltigen Institutionalisierung des Faches Wirtschaftsgeschichte und zwar auf zweifache Weise: Zum einen wurden in rascher Folge zusätzliche Speziallehrstühle im Fach Wirtschaftsgeschichte eingerichtet, während es in der Weimarer Republik nach vielversprechendem Anfang nur eine Handvoll weiterer Lehrstühle gab.¹⁵ Zum anderen wurden die ersten wissenschaftlichen Gesellschaften im Fach gegründet, zuerst der „Ausschuss für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ innerhalb des Vereins für Sozialpolitik im Jahr 1949 und dann 1961 die „Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“.¹⁶

Die Einrichtung von Speziallehrstühlen begann dabei noch vor der Welle des Hochschulausbau in den 1960er Jahren und diese Tatsache ist durchaus von großer Bedeutung. Denn zumindest in einigen Fällen handelte es sich um ad-personam-Professuren, die im Rahmen der Restitutionsgesetzgebung von den Universitäten mit Bundesmitteln geschaffen wurden, zur Wiedereingliederung von durch die Alliierten entlassenen oder aus dem Osten geflohenen Hochschullehrern. Dieser Aspekt der Disziplingeschichte wäre eine eigene Untersuchung wert. Im Ergebnis zogen jedenfalls in den 1950er Jahren Wissenschaftler in die Wirtschaftsgeschichte ein, die während der NS-Zeit in der „Volkstumsforschung“ oder der „Ostforschung“ zum Teil bis zur Grenze des Erträglichen aktiv gewesen waren: Hierzu gehören Figuren wie Hermann Aubin (1885–1969), der von Georg von Below promoviert worden war, während der NS-Zeit Professor in Breslau war und sich dort für die deutsche Kultur als Bollwerk gegen eine vermeintliche Bedrohung aus Asien einsetzte. 1947 erhielt er einen wirtschaftshistorischen Lehrstuhl in Hamburg und gab

¹⁴ Diese Angaben nach den unterschiedlichen Beiträgen in einer posthumen Festschrift, die auch einen autobiographischen Text enthält (*Hoffmann* 1970).

¹⁵ Hierzu gehörten neben Bruno Kuske in Köln Jakob Strieder 1920 in München und Georg Brodnitz 1927 in Halle.

¹⁶ Hierzu und zum Folgenden *Hesse* (2020).

das lange Zeit als Standardwerk geltende *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte* heraus (Aubin/Zorn 1971; vgl. Mühle 2005). Sein Nachfolger wurde 1954 der in Wien wegen seiner NS-Belastung entlassene Otto Brunner.

In Köln folgte auf den während der NS-Zeit durch seine Beiträge zur völkischen „Westforschung“ aufgefallenen, aber nicht entlassenen Bruno Kuske 1960 Hermann Kellenbenz (1913–90), der von 1939 bis 1945 am nationalsozialistischen „Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands“ in München beschäftigt war und dort zur Vertreibung der sephardischen Juden im 16. Jahrhundert geforscht hatte. Kellenbenz wurde 1970 nach Nürnberg zurückberufen, wo er schon von 1957–60 gelehrt hatte. Nicht zuletzt durch die Vielzahl wissenschaftlicher Schüler avancierte er zu einem der einflussreichsten westdeutschen Wirtschaftshistoriker, dessen rassistische Schriften aus der Zeit des Dritten Reichs erst spät diskutiert wurden (vgl. Granda 2017).

An der Universität Heidelberg wurde 1956 eine Professur für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte für den über eine steile Parteikarriere in der NSDAP 1937 an die Universität Jena berufenen Erich Maschke (1900–82) eingerichtet, der zwischenzeitlich für das „Amt Rosenberg“ an den Plänen für die deutsche Kolonisation des Ostens mitgearbeitet hatte. Maschke war an der Universität in Königsberg ausgebildet worden und gehörte zu einer größeren Gruppe völkisch-radikaler Historiker im Umfeld des Politologen Hans Rothfels, die an unterschiedlichen Stellen zur wissenschaftlichen Vorbereitung der nationalsozialistischen „Umwirkungspolitik“ im Osten beitrugen. Dazu gehörte auch der Sozialhistoriker Werner Conze, mit dem Maschke später in Heidelberg das Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte aufbaute, von wo aus mit dem „Arbeitskreis moderne Sozialgeschichte“ die methodische Erneuerung der deutschen Geschichtswissenschaft angestoßen wurde. Die völkische Vergangenheit der deutschen Sozialgeschichte wurde erst spät, auf dem Frankfurter Historikertag 1998, zum Gegenstand einer größeren öffentlichen Diskussion. Neben anderen prominenten Figuren der jüngeren deutschen Wissenschaftsgeschichte ging auch Helmut Schelsky aus dem Königsberger Zirkel hervor. Über ihn sammeln sich einige der früheren Königsberger in der „Sozialforschungsstelle der Universität Münster“ in Dortmund, u. a. Carl Jantke (1909–82), der 1957 auf einen weiteren neu eingerichteten Lehrstuhl für „Wirtschafts- und Sozialgeschichte unter Einschluss der Soziologie“ an der Universität Hamburg berufen wurde (vgl. Etzemüller 2001).

Die Vorgänge ohne genauere Quellenkenntnis zu bewerten, verbietet sich. Allerdings drängt sich die Vermutung auf, dass hier andere Gesichtspunkte als der systematische Aufbau einer jungen wissenschaftlichen Disziplin im Vordergrund standen, zumal hierzu eine stärkere personelle Verknüpfung mit

der Nationalökonomie hätte gesucht werden müssen. Die stark in den Geschichtswissenschaften nach 1945 verankerte „Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ stellte jedenfalls ein äußerst heterogenes Feld von Einzelforschern mit sehr unterschiedlichen Interessen und Kompetenzen dar.

In der Nationalökonomie findet sich ein analoges Vorgehen nicht (auch wenn es hier ebenfalls zu überraschenden Berufungen kam¹⁷⁾). Dort entstand aber eine andere Tendenz, die für das Fach mittelfristig eine ähnlich fatale Wirkung hatte, wie die politische Instrumentalisierung in den Geschichtswissenschaften: Hier wendeten sich Nationalökonomen, die im Geist der Historischen Schule ausgebildet worden waren und zunächst auf wirtschaftswissenschaftliche Lehrstühle berufen worden waren, der Wirtschaftsgeschichte zu. So wechselte der von der Universität Leipzig stammende Friedrich Lütge (1901–68) ein Jahr nach seiner Berufung auf eine Professur für Volkswirtschaftslehre in München in die Wirtschaftsgeschichte, die er zunächst zusätzlich vertrat, weil der Lehrstuhl vakant war, dann aber vollständig übernahm. Wilhelm Abel (1904–85), der in Frankfurt eine *venia* für Volkswirtschaftslehre erhalten hatte und im Krieg nach Königsberg berufen worden war, kam 1947 als Inhaber des Lehrstuhls für Agrarpolitik an die Universität Göttingen und wechselte dort 1964 auf die neu geschaffene Professur für Wirtschaftsgeschichte. In der Volkswirtschaftslehre entwickelten sich die Lehrstühle für Wirtschaftsgeschichte in den 1950er Jahren zu einer Art Auffangbecken für die Altlasten der Historischen Schule (vgl. Hesse 2010). Höchstens in Ausnahmefällen wurden hier Positionen für Vertreter einer modernen anglo-amerikanischen Wirtschaftsgeschichte geschaffen. Die Regel war die strategische „Entsorgung“ der Altordinarien, um auf den Lehrstühlen für Nationalökonomie moderne, mathematisch gebildete Theoretiker einzustellen.

Angesichts dieser institutionellen Rahmenbedingungen überrascht es wenig, dass die 10 Personen, die am 25. September 1949 in Mainz – am Rande der Tagung der Hochschullehrer der Volks- und Betriebswirtschaftslehrer – zur formalen Gründung des „Ausschusses für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ im Verein für Sozialpolitik zusammenkamen, ein bunt zusammengewürfelter, aber sicher nicht zukunftsweisender Haufen waren. Der in der NS-Zeit an die Universität Berlin berufene und im Krieg nach Heidelberg gewechselte Horst Jecht, der vom Vereinsvorstand mit der Ausschussgründung beauftragt worden war, hatte sich längst vollständig der Finanzwissenschaft verschrieben und schien nur durch seine akademische Sozialisation zwischen Werner Sombart und Friedrich Gottl-Ottlilienfeld für die Ausschussgründung prädestiniert. Die konstituierende Sitzung war die einzige

¹⁷ Beispielsweise die Berufung von Ernst Fraenkel (das ist nicht der bekannte Politologe) auf eine Professur in Frankfurt und später den vollkommen unbekannten Jakob von Klaveren bzw. die Berufung von Ingomar Bog in Marburg (Hesse 2010).

Ausschusssitzung, an der er teilnahm. Lediglich Friedrich Lütge, der zum Ausschussvorsitzenden gewählt wurde, und Wilhelm Abel nahmen auch an späteren Ausschusssitzungen teil. Den Mainzer Verkehrswissenschaftler Anton Felix Napp-Zinn qualifizierte neben der Tatsache, dass die Sitzung an seinem Wohnort stattfand, lediglich seine Nähe zur Historischen Schule (vgl. Hesse 2020). Regelrecht skurril war der Bericht des späteren Bundestagsabgeordneten Fritz Hellwig (Vater des bekannten Ökonomen Martin Hellwig), den Lütge von einer Veranstaltung des NS-Dozentenbundes kannte und der offenbar aus Gefälligkeit gegenüber Lütge zum Gründungsmitglied des Wirtschaftshistorischen Ausschusses wurde.¹⁸

Bei diesem konstituierenden Treffen scheint es zunächst geblieben zu sein. Die geplanten wirtschaftshistorischen Forschungen zum Thema „Wiederaufbau nach großen Kriegen“ konnte wegen der vielfältigen anderweitigen Belastungen der Ausschussmitglieder nicht begonnen werden – so schrieb Lütge an den Vereinsvorsitzenden.¹⁹ Andere Ausschüsse waren in den 1950er Jahren produktiver – allen voran der Ausschuss für Wirtschaftstheorie (vgl. Schefold 2004). Weitere Aktivitäten des Wirtschaftshistorischen Ausschusses sind erst wieder für die Jahre 1956 bis 1958 überliefert, als der Ausschuss „neu ins Leben gerufen“ wurde.²⁰ Inhaltlich wollten sich die Ausschussmitglieder damals mit dem Merkantilismus und dem frühneuzeitlichen Gewerbe befassen, so hält eine kurze Notiz von Friedrich Lütge fest.²¹ Offenbar standen die aufgeflammteten Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Beginn der Forschungsförderung durch die DFG, deren geplante Inanspruchnahme durch den Ausschuss in den Protokollen mehrfach erwähnt wird (vgl. Hesse 2010, S. 118).

Die Initiative zur Belebung des Wirtschaftshistorischen Ausschusses hielt nur wenige Jahre. Neben der Lehrbelastung seiner Mitglieder, ging der Dämmerzustand des Ausschusses wohl auf das mangelnde Interesse der Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsgeschichte zurück, wie Friedrich Lütge immer häufiger und immer lauter klagte. Weil Volkswirte immer seltener zu den Sitzungen des Ausschusses gekommen seien, hätten immer häufiger Historiker als Gäste eingeladen werden müssen, so Lütge 1961 auf einer Vorstandssitzung des Vereins für Socialpolitik.²² Nach einem längeren und offenbar persönlich quälenden Kampf, die Volkswirtschaftslehre mehr für die

¹⁸ Fritz Hellwig an Gernot Guttmann, 29.7.1988 (RW 587–121).

¹⁹ „Ausschnitt aus einem Schreiben vom Prof. Lütge“ v. 9.10.1950 (RW 189, Nr. 43, Bl. 46).

²⁰ Lütge an Hoffmann, 22.7.1956 (RW 189, Nr. 43, Bl. 13).

²¹ Sitzung v. 11.1.1958 in Mannheim (RW 515, Nr. 420, Bl. 48).

²² Protokoll des erweiterten Vorstandes, Sitzung v. 24.9.1961 (RW 189, Nr. 295, Bl. 33).

Wirtschaftsgeschichte zu interessieren, zog es Lütge selbst schließlich in die Geschichtswissenschaft.

Im Anschluss an den Stockholmer Internationalen Historikertag gründete sich aus der Geschichtswissenschaft heraus in Frankfurt 1961 die „Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ (GSWG), die Friedrich Lütge, der an dieser Gründung maßgeblich beteiligt war, zu ihrem ersten Vorsitzenden wählte. Die Gesellschaft entsprach sowohl stärker dem Interessenprofil der aus der Volkstumsforschung kommenden deutschen Wirtschafts- und Sozialhistoriker und beschäftigte sich insbesondere mit der Frühneuzeitgeschichte. Zugleich sollte die Gründung der Internationalisierung des Faches dienen (vgl. Rode 1998, S. 13–15). Hermann Kellenbenz, von einer Schülerin etwas apologetisch biographiert (*Granda* 2017), scheint in diesem Zusammenhang aktiv gewesen zu sein, wobei seine offenbar guten Kenntnisse skandinavischer und romanischer Sprachen sehr geholfen hätten.

Folgerichtig und (soweit sich das sagen lässt) einigermaßen enttäuscht trat Friedrich Lütge 1962 als Vorsitzender des Wirtschaftshistorischen Ausschusses zurück und der Göttinger Agrarhistoriker Wilhelm Abel wurde offiziell zu seinem Nachfolger auserkoren. Weitere Sitzungsprotokolle sind bis 1968 aber nicht überliefert und es ist wahrscheinlich, dass einem Vorschlag von Rudolf Richter auf der Vorstandssitzung des VfS folgend der Ausschuss ab 1962 gleichsam in die GSWG-Tagungen überführt worden war.

V. Die Wirtschaftsgeschichte im Hochschulausbau: Neuanfang und Blütezeit

Mit dem Hochschulausbau stieß die Wirtschaftsgeschichte in den 1960er Jahren in eine neue Phase und vor allem in ganz neue Dimensionen vor: Erstmals in der Fachgeschichte konnte über eine gezielte, weitgehend an inhaltlichen Kriterien orientierte Berufungspolitik ein systematischer Aufbau des Faches erfolgen. Die sich auftuenden Handlungsspielräume verdankte das Fach dabei auch dem Zufall, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft bei der Vorbereitung des Hochschulausbaus diverse Gutachten angefordert hatte und der in zahlreichen Kommissionen der Hochschulreform tätige Friedrich Lütge seinen Assistenten Knut Borchardt (1929–2023) für die Ausarbeitung dieses Gutachtens erfolgreich vorgeschlagen hatte. Borchardt brachte dies in die sehr komfortable Lage, dass er Ende der 1950er Jahre sämtliche wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten des Landes bereisen konnte und sich hierdurch eine ganz erstaunliche Bekanntheit verschaffte, so dass er 1963 (mit 34 Jahren) im Bundeswirtschaftsministerium sogar als Kandidat für den ersten Sachverständigenrat gehandelt wurde (vgl. Hesse 2016b, S. 391–481).

Er selbst sah sich in diesen Jahren nicht als Wirtschaftshistoriker, sondern als Wirtschaftstheoretiker und zog 1962 eine Berufung auf ein volkswirtschaftliches Ordinariat an der Universität Mannheim der Berufung auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Tübingen vor. In seinem Gutachten über „Die Lage der Wirtschaftswissenschaft in Deutschland“ machte er 1960 die Wirtschaftsgeschichte aber praktisch gleichwertig mit der Statistik und Ökonometrie als eines der „Nebenfächer“ der VWL aus, in der dringend Stellen geschaffen werden müssten. Diesen Befund machte sich später der Wissenschaftsrat in seinem Gutachten zum Hochschulausbau zu eigen (vgl. Hesse 2010, S. 66 ff.). In rascher Folge wurden mit dem Hochschulausbau Lehrstühle für Wirtschafts- und Sozialgeschichte geschaffen bzw. die über die Restitutionsgesetzgebung geschaffenen ad-personam-Lehrstühle in dauerhafte Stellen umgewandelt. Die vorhandenen Standorte des Faches (u. a. München, Köln, Hamburg) konnten so ausgebaut werden und neue Standorte kamen hinzu (Marburg, Bonn, Bochum und Münster). Ein echter Coup gelang der Universität Münster 1966 mit der Berufung des amerikanischen Wirtschaftshistorikers Richard Tilly (1932–2023).

Die personelle Expansion des Faches hatte weitreichende Folgen für den Gegenstand, denn jetzt erst begann sich das Fach ernsthaft für die „moderne Industriegesellschaft“ zu interessieren und für die Methoden der zeitgleich in den USA reüssierenden „New Economic History“ (oder „Cliometrie“). Sie benutzte erstmals einfache ökonometrische Korrelationsanalysen, um mit historischen Daten die Effekte wirtschaftlichen Wandels genauer zu bestimmen. Dabei bediente sie sich der „kontrafaktischen Methode“. Am bekanntesten waren die Pionierarbeiten Robert Fogels zur Frage, welchen Wachstumsbeitrag der Eisenbahnbau in den USA zur wirtschaftlichen Entwicklung geleistet habe. John Meyer und Alfred Conrad publizierten 1958 ihre Berechnungen der Kosten des Einsatzes von Sklavenarbeit in den Plantagenökonomien der amerikanischen Südstaaten.

Mit der Cliometrie, die durch die Übernahme der Redaktion des Journals of Economic History durch Douglass North 1961 zum vorherrschenden Paradigma in den USA wurde, hatte sich die Wirtschaftsgeschichte erstmals von den theoretischen Grundsatzdebatten in der Geschichtswissenschaft abgelöst und war zu einem äußerst attraktiven Partner für die Volkswirtschaftslehre geworden, wo zur gleichen Zeit die Entwicklungsökonomie und die Ökonometrie an Bedeutung gewannen.²³ Insbesondere unter den wirtschaftshistorischen Lehrstühlen in wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und dort bei Nachwuchswissenschaftlern scheint die New Economic History Anerkennung gefunden zu haben. Richard Tilly stand für dieses Programm; der Lütge-

²³ Siehe dazu Conrad/Meyer (1958), Meyer (2007), Meyer/Conrad (1957), Fogel (1964), Diebold/Haupert (2017).

sistent Eckehard Schremmer warf in einer Initiative im Rahmen der Reform des volkswirtschaftlichen Diplomstudiengangs das neue Paradigma in die Waagschale.²⁴ Auch *Hans-Ulrich Wehler* (1970) setzte seine Hoffnung für die Erneuerung der deutschen Geschichtswissenschaft in das neue Forschungsprogramm.

Die Wirtschaftsgeschichte war jedenfalls in den 1960er Jahren zurück im Spiel und weckte die Aufmerksamkeit beider „Elterndisziplinen“, der Volkswirtschaftslehre und der Geschichtswissenschaften. Insofern sind die Diskussionen über die Reaktivierung des Wirtschaftshistorischen Ausschusses, die um 1967 im Verein für Socialpolitik einsetzten, kaum verwunderlich. Der Berliner Volkswirt Helmut Arndt hatte es sich als Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik zur Aufgabe gemacht, die Ausschussarbeit, die in vielen Fächern in den 1950er Jahren zum Erliegen gekommen war, neu zu beleben (vgl. Hesse 2010, S. 120). In Bezug auf die Wirtschaftsgeschichte hatte er sich hierzu offenbar an Knut Borchardt gewandt, der allerdings zwischenzeitlich in Mannheim zum Rektor gewählt worden war und sich für die Wirtschaftsgeschichte ohnehin nicht zuständig fühlte. Weil der Wirtschaftshistorische Ausschuss seit mehreren Jahren nicht mehr zusammengetreten sei, solle der erweiterte Vorstand des Vereins für Socialpolitik diesen als nicht mehr existent erklären und einer Neugründung zustimmen, so riet Borchardt.²⁵ Für die Sondierung und Organisation einer solchen Neugründung wurde der Berliner Ordinarius Wolfram Fischer vorgeschlagen, der sich allerdings in den USA aufhielt, so dass sich die Neukonstituierung um ein weiteres Jahr verzögerte.

Auf der konstituierenden Sitzung des neu gegründeten Wirtschaftshistorischen Ausschusses am 28. September 1968 in Berlin hielt Helmut Arndt ein Grußwort, in dem er die Wirtschaftsgeschichte als „Bindeglied zwischen Wirtschaftstheorie und Geschichtswissenschaft“ bezeichnete, was wohl nicht nur seiner eigenen, durch die historische Schule geprägten Ausbildung entsprach, sondern durchaus den zeitgenössischen Erwartungen an die New Economic History. Wolfram Fischer wurde auf dieser Sitzung zum Vorsitzen-

²⁴ Eckard Schremmer, damals Assistent bei Friedrich Lütge in München, schrieb genau mit diesen Argumenten im Juni 1967 einen Brief an die Dekane der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten. Der Hintergrund hierfür war, dass bei der Reform der Diplom-Prüfungsordnung Volkswirtschaftslehre die Wirtschafts- und Sozialgeschichte als Prüfungsfach ausgeschlossen werden sollte (Hesse 2010, S. 325 f.).

²⁵ Protokollauszug der Sitzung des erweiterten Vorstandes, VfS, 10.4.1967 (RW 189, Nr. 402, Bl. 22). Zuvor war Borchardt ohne sein Wissen und in Abwesenheit von den verbliebenen Ausschussmitgliedern offenbar zum Vorsitzenden gewählt worden, was er aber ablehnte, da er dem Ausschuss nie angehört habe (vgl. Hesse 2010, S. 119).

den des Wirtschaftshistorischen Ausschusses gewählt. Immerhin 20 Wirtschaftshistoriker hatten an der Sitzung teilgenommen, davon fünf Professoren.²⁶ Auf der nächsten Sitzung wurde am 13. und 14. April 1970 mit Francesca Schinzinger erstmals eine Frau in den Ausschuss aufgenommen. Bis 1977 tagte der Ausschuss ausschließlich in Berlin, was die Bedeutung Wolfram Fischers für die Neugründung unterstreicht.

Der Ausschuss entfaltete nun eine rege Tätigkeit. Das Mitgliederverzeichnis aus dem Jahr 1978 listet 26 Mitglieder auf, die meisten davon nun ordentliche Universitätsprofessoren.²⁷ 1994 war die Zahl der Mitglieder auf 44 gewachsen, darunter drei Frauen.²⁸ Einerseits lässt die Entwicklung der Mitgliederzahl erkennen, dass das Fach an den deutschen Universitäten durchaus prosperiert hatte, was sich in der Einrichtung neuer Professuren niederschlug. Andererseits wurde aber eine geringe Teilnahmefrequenz beklagt.

Die Neugründung des Wirtschaftshistorischen Ausschusses im Jahr 1968 stellte gegenüber den früheren Anläufen eine Akzentverschiebung dar. Die Ausschussmitglieder waren überwiegend promovierte Volkswirte und mit der GSWG war eine separate Fachorganisation in den Geschichtswissenschaften entstanden, von der sich der Ausschuss abgrenzte:

„Im Vergleich mit dem breiten Feld der Aufgaben der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte beschränkt sich der Ausschuß auf die Anwendung ökonomischer Fragestellungen und Methoden in der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung. Er empfindet sich als Mittler zwischen Historikern und Nationalökonomien und sieht eine seiner wesentlichen Aufgaben in der sinnvollen Kooperation mit den ökonomischen Wissenschaften, was auch die Integration der Wirtschaftsgeschichte in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang einschließt.“

Diese Schwerpunktsetzung drückte sich auch in der geplanten Rekrutierung aus, die nicht „auf Wirtschaftshistoriker im engeren Sinne beschränkt bleiben“ sollte, sondern „Wirtschaftstheoretiker, Statistiker und Forscher anderer ökonomischer Fachbereiche zur Mitwirkung [...] gewinnen“ wollte, „sofern sie sich mit historischen Untersuchungen befassen.“²⁹ Insofern hatte sich der wiedergegründete Ausschuss deutlich auf die Seite der Volkswirtschaftslehre geschlagen. Gelegentliche Wortmeldungen im Ausschuss wie die Dietmar Petzinas (*1938, 1972 in Bochum berufen), der in der Ausschuss-

²⁶ Wilhelm Abel (Göttingen), Rudolf Braun (Berlin), Ingomar Bog (Marburg), Wolfram Fischer (Berlin), Richard Tilly (Münster). Protokoll der Sitzung des Wirtschaftshistorischen Ausschusses, 28./29.9.1968 (RW 189, Nr. 402, Bl. 18–22).

²⁷ Mitgliederverzeichnis 1978 (RW 515, Nr. 340, Bl. 56).

²⁸ Mitgliederverzeichnis 1994 (RW 587, Nr. 184).

²⁹ Protokoll der Sitzung des Wirtschaftshistorischen Ausschusses, 28./29.9.1968 (RW 189, Nr. 402, Bl. 20f.).

arbeit die „wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Aspekte der Wirtschafts- und Sozialgeschichte stärker betont“ sehen wollte³⁰, deuten aber darauf hin, dass die engere Anbindung an die Volkswirtschaftslehre im Verlauf der 1970er Jahre keineswegs vollständig durchgesetzt werden konnte.

Die thematische Entwicklung des Faches lässt sich aus den Protokollen und Programmen der jährlichen Ausschusstagungen nur unvollständig ableiten. Letztlich sind nur Vortragsthema und Referent überliefert, aber nicht die Diskussion der Vorträge. Der Ausschuss einigte sich auf Rahmenthemen, die bis in die 2000er Jahre regelmäßig in der Schriftenreihe des Vereins für Socialpolitik im Berliner Verlag Duncker & Humblot veröffentlicht wurden. Insgesamt fällt bei einem Überblick über die Tagungsthemen auf, dass sich die Ausschussarbeit auf die Geschichte der modernen Industriegesellschaft verschoben hatte. Unter dem Vorsitz von Friedrich Lütge hatte das frühneuzeitliche Gewerbe im Mittelpunkt des Interesses gestanden. Mit der Neugründung verlagerte sich 1968 die Thematik auf die Industrialisierung, hierin einem Trend der internationalen wirtschaftshistorischen Forschung folgend, auch wenn die Ausschussmitglieder 1975 betonten, dass die thematische Fokussierung der Ausschussarbeit keine „Einschränkung auf die industrielle Zeit bedeuten kann und soll“.³¹ Die Sitzungen der Jahre 1968 und 1969 bezogen sich auf die Frühindustrialisierung, die seit 1964 in einem von Wolfram Fischer in Berlin organisierten DFG-Schwerpunktprogramm untersucht wurde. 1970 wandte sich der Ausschuss für zwei Jahre der Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik zu. Die Referate erschienen in einem von Harald Winkel (1973) herausgegebenen Sammelband zu *Finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen der Zwischenkriegszeit*.³²

Nach der Doppelsitzung zur Weimarer Republik setzte der Ausschuss die Diskussionen zur Geschichte der Industrialisierung in Deutschland fort. Ein weiteres DFG-Schwerpunktprogramm, das ebenfalls von Wolfram Fischer organisiert wurde, hatte die „Historische Wirtschaftsstatistik“ zum Gegenstand. Das Thema fungierte als Generalthema für die Jahrestagung 1974.³³ Auch die Beiträge der Tagung über „Banken- und Versicherungsgeschichte“ im Herbst 1978 bezogen sich überwiegend auf das 19. Jahrhundert und die Industrialisierung,³⁴ genau wie das Thema „Staatsausgaben“ im Jahr 1979,

³⁰ Sitzung v. 3./4.4.1975 (Berlin) (RW 515, Nr. 340, Bl. 96).

³¹ Sitzung v. 3./4.4.1975 (Berlin) (RW 515, Nr. 340, Bl. 90).

³² Protokoll der Sitzung des Wirtschaftshistorischen Ausschusses, 28./29.9.1968 (RW 189, Nr. 402, Bl. 20f.).

³³ Zu den Schwerpunktprogrammen siehe auch die knappen Bemerkungen bei Kaufhold (2004, insbes. S. 113).

³⁴ Protokoll der Tagung des Wirtschaftshistorischen Ausschusses, 31.3. und 1.4.1978 (Köln) (RW 0515, Nr. 340, Bl. 62–65).

dessen Referate ein Jahr später als Sammelband erschienen (*Blaich* 1980). Die Tagungen im Jahr 1980 und 1982 hatten die regionale Industrialisierung als Kernthema; 1981 folgte eine weitere Tagung zum Thema „Die Rolle des Staates für die wirtschaftliche Entwicklung“, die sich inhaltlich wiederum ausschließlich auf das 19. Jahrhundert bezog.

Abgesehen von den beiden Tagungen zur Weimarer Wirtschaft Anfang der 1970er Jahre und gelegentlichen Referaten im Rahmen der thematischen Sitzungen danach, kreiste die Fachdiskussion im Wirtschaftshistorischen Ausschuss zwischen Ende der 1960er und Anfang der 1980er Jahre damit überwiegend um die Frage des Zusammenhangs von staatlicher Wirtschaftspolitik und dem Übergang zur modernen Industriewirtschaft. Hierbei ging es nicht zuletzt um die Herausarbeitung der ordnungspolitischen Unterschiede in den verschiedenen deutschsprachigen Regionen, wobei Österreich-Ungarn durch Joseph Wysocki in die Diskussionen einbezogen war. Inwiefern hierbei auf die wirtschaftstheoretischen Positionen Bezug genommen wurde, die zeitgleich von Douglass North in das Fach eingeführt wurden, lässt sich auf der Grundlage der vorliegenden Quellen nicht ermitteln.³⁵ Die New Economic History hatte sich in Deutschland selbst in der volkswirtschaftlich orientierten Wirtschaftsgeschichte jedenfalls vor der Wiedervereinigung letztlich nicht etabliert. Es gelang dem zwischenzeitlich vergleichsweise gut ausgestattetem Fach, das sich auf großes Interesse unter den kapitalismuskritischen Studierenden der 1970er und 1980er Jahre stützen konnte, letztlich nicht, die eigenen Themen in die Volkswirtschaftslehre einzuspeisen und damit gleichsam „vom Spielfeldrand“ aus die „Elterndisziplin“ zu gestalten.

Öffentlichkeitswirksamen Debatten des Faches, wie die 1979 ausgelöste „Borchardt-Kontroverse“ über die Handlungsspielräume Heinrich Brünings in der Weltwirtschaftskrise, wurden im Wirtschaftshistorischen Ausschuss nicht aufgenommen, obwohl Borchards Position letztlich eine Kritik an der keynesianischen Wirtschaftspolitik der 1960er Jahre darstellte und damit gute Anknüpfungsmöglichkeiten an die gleichzeitigen wirtschaftstheoretischen Debatten über den „Monetarismus“ geboten hätte. Genauso rätselhaft erscheint aus heutiger Perspektive, dass die Krise des globalen Währungssystems, die die wirtschaftspolitischen Debatten der 1970er Jahre umtrieb, den Ausschuss nicht zu einer intensiveren Behandlung von historischen Währungsfragen geführt hat.

Sieht man von den beiden Weimar-Sitzungen 1971 und 1972 sowie den gelegentlichen Einzelbeiträgen ab, so wandten sich die Diskussionen im

³⁵ Der legendäre Aufsatz von *Knut Borchardt* (1977) über die „Property-Rights-Schule“, einem der ersten Hinweise auf die „Neue Institutionenökonomie“ in Deutschland überhaupt, scheint jedenfalls lange Zeit ziemlich isoliert gestanden zu haben.

Wirtschaftshistorischen Ausschuss erst am Ende der 1980er Jahre der Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts zu. Zwei Tagungen zum Rahmenthema „Ausgewählte Probleme der Finanzgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“ umfassten insbesondere Referate zur Staatsverschuldung in Deutschland (Caesar), der Schweiz (Tanner) und Österreich (Wysocki).³⁶ Am 15. und 16. September 1989 veranstaltete der Ausschuss auf Einladung von Carl-Ludwig Holtfrerich eine Sondersitzung in Berlin zu „Ordnungspolitischen Weichenstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg“, auf der unter anderem Werner Abelshauser, Christoph Buchheim, Gerd Hardach, Günther Schulz und Gerold Ambrosius sprachen.³⁷ Es war die einzige Veranstaltung des Wirtschaftshistorischen Ausschusses dieser Art, also eine Sonderveranstaltung, die ganz offensichtlich im Anschluss an eine öffentlichkeitswirksame Fachkontroverse über die Bedeutung des Marshall-Plans und der Währungsreform durchgeführt worden ist. Noch bevor die Beiträge 1991 als Sammelband publiziert wurden (*Petzina* 1991), war die Deutsch-Deutsche Grenze Geschichte und damit letztlich auch die isolierte Betrachtung der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte.

VI. Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaftslehre: Fazit und gegenwärtige Lage

Bilanziert man an dieser historischen Stelle – um die Zeit der Wiedervereinigung und bei Ausklammerung der produktiven Geschichte des Faches in der DDR – die Beziehung zwischen der Volkswirtschaftslehre und der Wirtschaftsgeschichte, die sich in Deutschland innerhalb des Vereins für Socialpolitik abspielte, so zeigt sich als erste wichtige Erkenntnis zunächst, dass die Wirtschaftsgeschichte zu keinem Zeitpunkt als mehr oder weniger großer, aber integrativer Bestandteil der Nationalökonomie existierte. Etwaige Diagnosen über eine spätere Abkopplung der Geschichte von der Wirtschaftswissenschaft oder gar eine Geschichtsvergessenheit gehen implizit von einem disziplinären Zustand aus, den es nicht gegeben hat (vgl. *Hodgson* 2001). Als eine Subdisziplin war die Wirtschaftsgeschichte von Beginn an geprägt von der unentscheidbaren Kontroverse um die historische Veränderlichkeit der Wirtschaft, die es letztlich gleichermaßen inkompatibel mit beiden „Eltern-disziplinen“ macht. Aus der Gegenwart abgeleitete wirtschaftliche Gesetze lassen sich nicht auf die Vergangenheit übertragen – jedenfalls nicht ohne eine genaue Überprüfung ihrer Gültigkeit in dieser Vergangenheit. Gleichermaßen bedeuten in der Vergangenheit aufgesammelte Zahlen unter Umstän-

³⁶ Sitzung v. 26./27.2.1988 (Bochum), (RW 0587, Nr. 184).

³⁷ Sitzung v. 15./16.9.1989 (Berlin) (RW 0515, Nr. 420; RW 0587, Nr. 184).

den etwas ganz anderes als heutige „Daten“ und „Fakten“ – das historische Bruttonsozialprodukt der DDR ist mit heutigen Größen nicht vergleichbar.

Wirtschaftshistorische Forschung nimmt diese Berücksichtigung der Rahmenbedingungen historischer Gesellschaften sehr ernst und genau deshalb erzeugt sie häufig mehr Probleme für die hektische, A-Journal-Artikel produzierende heutige Wirtschaftswissenschaft als sie löst. Sie wohnte schon immer und tut es noch heute in einem disziplinären Zwischenraum zwischen den beiden „Elterndisziplinen“ und erfuhr dort mal größere und mal weniger große Aufmerksamkeit. Die Aufmerksamkeit der Volkswirtschaftslehre war groß während der Hoch- und Glanzzeit der Historischen Schule am Ende des 19. Jahrhunderts, und die akademischen Auseinandersetzungen mit den Geschichtswissenschaften waren produktiv. Eine Institutionalisierung gelang aber vor dem Weltkrieg nicht mehr. Eine vergleichbare Aufmerksamkeit erreng das Fach in ihrem Zwischenraum wohl erst wieder in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts, als sie für beide „Elterndisziplinen“ methodische und empirische Impulse brachte.

Als ein empirisches Fach konnte die Wirtschaftsgeschichte in der jüngsten Zeit in Erscheinung treten. Das ist überraschend, denn das Fach arbeitet von Anfang an und durchgängig vor allem empirisch, sowohl auf der geschichtswissenschaftlichen Seite, wo das Auffinden von Quellenbeständen zu den vornehmsten Aufgaben gehört, als auch auf der wirtschaftswissenschaftlichen Seite, auf der sich frühzeitig ein Interesse an der Kompilation „langer Zeitreihen“ und großer Datensätze herausbildete. Trotz einer langen Tradition der deutschen Wirtschaftsstatistik blieb dieser Zweig in der deutschen wirtschaftshistorischen Forschung unterentwickelt. Man wird dies möglicherweise auf die besondere Theorieorientierung der deutschen Volkswirtschaftslehre zurückzuführen haben, wobei der Begriff hier in einem sehr weiten Sinne verwendet wird, der auch die abstrakten soziologischen „Theorien“ der 1920er Jahre einschließt (von denen wir heute wohl viele als Geschwätz ansehen würden). Für die Entwicklung einer pauschalen, Jahrhunderte überspannenden Konjunkturtheorie stört wirtschaftshistorische Empirie eben eher.

In der jüngeren Vergangenheit – in den Arbeiten von *Carmen Reinhart* und *Ken Rogoff* (2011) oder von *Thomas Piketty* (2013) – ist das allzu offensichtlich, jedenfalls im engeren Bereich des disziplinären Zwischenraums (vgl. *Hesse* 2016c). In der Öffentlichkeit standen dagegen gerade diese beiden Bücher für die unerwartete Wiederbelebung der Wirtschaftsgeschichte. Überhaupt entpuppten sich globale Wirtschaftskrisen als günstige Aufmerksamkeitskonjunkturen für das Fach: „This has been a good crises for economic history“, sagte 2011 Barry Eichengreen, einer der heutigen Gallionsfiguren des Faches (zit n. *Abramitzky* 2015, S. 1241).

In der Tat reitet das Fach gegenwärtig in Deutschland wie in anderen Teilen der Welt auf einer beispiellosen Erfolgswelle, die freilich mit der Historischen Schule und der Annahme einer historischen Veränderlichkeit der Wirtschaft nichts gemein hat. Sie wurde vielmehr erzeugt durch Ökonomen (und ganz selten von Kooperationen), die auf der Suche nach historischen Datensätzen waren. „Historical Economists“, eher als „Economic Historians“ – so hat *Charles Kindleberger* (1990, S. 26) den Unterschied einmal beschrieben. Es hatte sich herausgestellt, dass die historischen Daten, die das Fach über Jahrzehnte angehäuft hatte, sich hervorragend für die Anwendung neuere ökonometrischer Methoden im Rahmen des „empirical turn“ der Volkswirtschaftslehre eigneten (vgl. *Angrist/Pischke* 2010). In der historischen Empirie scheint es viel einfacher, Instrumente und Dummy-Variablen zu finden, mit dem der Nachweis von Kausalität exakt geführt werden kann. Diskontinuität scheint geradezu der Inbegriff der Geschichte, die damit zu einem hervorragenden Labor für die neuen Methoden wurde, jedenfalls wenn man unterstellt, dass die Wirtschaft der Welt von gestern genauso funktioniert wie die der Welt von heute. Nur gelegentlich mag es den Forscherinnen und Forschern dabei zugute kommen, dass das System der Begutachtung ihrer Artikel nicht in die disziplinären Zwischenräume reicht. Um die Paarungsbereitschaft der Volkswirtschaftslehre scheint es daher trotz des allgemein konstatierten Booms der Wirtschaftsgeschichte heute kaum besser bestellt zu sein als noch vor 10 oder 20 Jahren. Das liegt aber zweifellos auch an der Unattraktivität der designierten Braut, die neben nachlassendem Interesse der Studierenden mit endlosen verschnörkelten Theoriedebatten und einer umfassenden Politisierung zu kämpfen hat.

Literatur

- Abramitzky, Ran* (2015): Economics and the Modern Economic Historian, in: *Journal of Economic History*, 75, S. 1240–51.
- Angrist, Joshua/Pischke, Jörn-Steffen* (2010): *The Credibility Revolution in Empirical Economics – How Better Research Design is Taking the Con out of Econometrics*, Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.
- Aubin, Hermann/Zorn, Wolfgang* (Hrsg.) (1971): *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 2 Bände, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Berghahn, Volker R.* (2004): Foreign Influences on German Social and Economic History, in: *Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. 100 Jahre Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, hrsg. von Günther Schulz u. a., S. 447–68, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Blaich, Fritz* (Hrsg.) (1980): *Staatliche Umverteilungspolitik in historischer Perspektive – Beiträge zur Entwicklung des Staatsinterventionismus in Deutschland und Österreich*, Berlin: Duncker & Humblot.

- Blomert, Reinhard/Esslinger, Hans-Ulrich/Giovannini, Norbert (Hrsg.) (1997): Heidelberger Sozial- und Staatswissenschaften – Das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften zwischen 1918 und 1958, Marburg: Metropolis.*
- Borchardt, Knut (1977): Der „Property Rights-Ansatz“ in der Wirtschaftsgeschichte – Zeichen für eine systematische Neuorientierung des Faches? in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 3, S. 140–60.*
- Brunner, Otto (1936): Zum Problem der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 7, S. 671–85.*
- Bücher, Karl (1893): Die Entstehung der Volkswirtschaft – Sechs Vorträge. Tübingen: Laupp-Verlag.*
- Conrad, Alfred H./Meyer, John R. (1958): The Economics of Slavery in the Ante Bellum South, in: Journal of Political Economy, 66 (2), S. 95–130.*
- Diebolt, Claude/Haupert, Michael (2017): A Cliometric Counterfactual – What If There Had Been Neither Fogel Nor North, Association Française de Cliométrie, Working Paper 5.*
- Dopsch, Alfons (1927): Zur Methodologie der Wirtschaftsgeschichte, in: Walter Goetz zu seinem 60. Geburtstage, Leipzig: Teubner, S. 518–38.*
- Engels, Marc (2007): Die „Wirtschaftsgemeinschaft des Westlandes“ – Bruno Kuske und die wirtschaftswissenschaftliche Westforschung zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Aachen: Shaker.*
- Etzemüller, Thomas (2001): Sozialgeschichte als politische Geschichte – Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München: Oldenbourg.*
- Finley, Moses (1965): Technical Innovation and Economic Progress in the Ancient World, in: Economic History Review, 18, S. 29–45.*
- Fischer, Wolfram (1984): Walther G. Hoffmann als Wirtschaftshistoriker, in: Ernst Helmstädt (Hrsg.), Die Bedingungen des Wirtschaftswachstums in Vergangenheit und Zukunft. Gedenkschrift für Walther G. Hoffmann, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 18–30.*
- Fogel, Robert William (1964): Railroads and American Economic Growth, Baltimore: Johns Hopkins Press.*
- Fourcade, Marion (2009): Economists and Societies – Discipline and Profession in the United States, Britain, and France, 1890s to 1990s, Princeton, N. J.: Princeton University Press.*
- Franz, Heike (1998): Zwischen Markt und Profession – Betriebswirte in Deutschland im Spannungsfeld von Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum (1900–1945), Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.*
- Gemelli, Giuliana (2003): „Leadership and Mind“ – Frederic C. Lane as Cultural Entrepreneur and Diplomat, in: Minerva, 41 (2), Special Issue: American Foundations in Europe, S. 115–32.*
- Granda, Jeanette (2017): Hermann Kellenbenz (1913–1990) – Ein internationaler (Wirtschafts-) Historiker im 20. Jahrhundert, Berlin: Wissenschafts-Verlag.*

- Harley, Charles Knick (1982): British Industrialization Before 1841 – Evidence of Slower Growth During the Industrial Revolution, in: Journal of Economic History, 42 (2), S. 267–89.*
- Harms, Bernhard (1914): Volkswirtschaft und Weltwirtschaft – Versuch einer Begründung einer Weltwirtschaftslehre, Jena: Fischer-Verlag.*
- Hesse, Jan-Otmar (2010): Wirtschaft als Wissenschaft: Die Volkswirtschaftslehre in der frühen Bundesrepublik. Frankfurt: Campus Verlag.*
- Hesse, Jan-Otmar (2016a): The Legacy of German Economic History – Archetypes and Global Diffusion, in: Pat Hudson/Francesco Boldizzoni (Hrsg.), Routledge Handbook of Global Economic History, London/New York: Routledge, S. 97–112.*
- Hesse, Jan-Otmar (2016b): Wissenschaftliche Beratung der Wirtschaftspolitik – Das Bundeswirtschaftsministerium und die Volkswirtschaftslehre, in: Werner Abels hauser (Hrsg.), Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft – Der deutsche Weg der Wirtschaftspolitik, Berlin: De Gruyter, S. 391–481.*
- Hesse, Jan-Otmar (2016c): Fact or Fiction? Complexities of Inequality in Twentieth-Century Germany, in: Pat Hudson/Keith Tribe (Hrsg.), Contradictions of Capital in the Twenty-First Century – The Piketty Opportunity, Newcastle: Agenda Publishing, S. 83–103.*
- Hesse, Jan-Otmar (2020): Der Wirtschaftshistorische Ausschuss des Vereins für Socialpolitik – Eine disziplinhistorische Miniatur, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 61 (1), S. 1–18.*
- Hesse, Jan-Otmar/Marx, C. (2021): The Overstretched Economy – Industry and Services, in: Nadine Rossol/Benjamin Ziemann (Hrsg.), The Oxford Handbook of the Weimar Republic, Oxford: Oxford University Press, S. 429–53.*
- Hintze, Otto (1929): Der moderne Kapitalismus als historisches Individuum – Ein kritischer Bericht über Sombarts Werk, in: Historische Zeitschrift, 139, S. 457–509.*
- Hodgson, Geoffrey M. (2001): How Economics Forgot History – The Problem of Historical Specificity in Social Science, London u.a.: Routledge 2002.*
- Hoffmann, Walther G. (1931): Stadien und Typen der Industrialisierung – Ein Beitrag zur quantitativen Analyse historischer Wirtschaftsprozesse, Jena: G. Fischer.*
- Hoffmann, Walther G. (1940): Wachstum und Wachstumsformen der englischen Industriewirtschaft von 1700 bis zur Gegenwart, Jena: G. Fischer.*
- Hoffmann, Walther G. (1965): Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin u.a.: Springer.*
- Hoffmann, Walther G. (1970): Mein Werdegang, in: Ernst Helmstädtter (Hrsg.), Die Bedingungen des Wirtschaftswachstums in Vergangenheit und Zukunft – Gedenkschrift für Walther G. Hoffmann, Tübingen: Mohr Siebeck, 1984, S. 1–9.*
- Kapeller, Jakob/Pühringer, Stephan/Hirte, Katrin/Ötsch, Walter O. (Hrsg.) (2016): Ökonomie! Welche Ökonomie? Stand und Status der Wirtschaftswissenschaften, Kritische Studien zu Markt und Gesellschaft, Bd. 9, Marburg: Metropolis-Verlag.*

- Kaufhold, Karl Heinrich* (2004): Gewerbe, Bergbau und Industrie in der Neuzeit, in: Günter Schulz u. a. (Hrsg.), Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. 100 Jahre Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 95–133.
- Kindleberger, Charles* (1990): Historical Economics – Art or Science? Berkley: University of California Press.
- Köster, Roman* (2011): Die Wissenschaft der Aussenseiter – Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 198, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Krauth, Wolf-Hagen* (1978): Disziplingeschichte als Form wissenschaftlicher Selbstreflexion – Das Beispiel der deutschen Nationalökonomie, in: Geschichte und Gesellschaft, 4 (4), S. 498–519.
- Manning, Joseph Gilbert/Morris, Ian* (2005): The Ancient Economy – Evidence and Models, Stanford: Stanford University Press.
- Meyer, John R.* (2007): The Economics of Slavery – And Other Studies in Econometric History, London/New York: Routledge.
- Meyer, John R./Conrad, Alfred H.* (1957): Economic Theory, Statistical Inference, and Economic History, in: Journal of Economic History, 17 (4), S. 524–44.
- Morgan, Mary S./Rutherford, Malcolm* (Hrsg.) (1998): From Interwar Pluralism to Postwar Neoclassicism, History of Political Economy, 30, Annual Supplement, Durham: Duke University Press.
- Mühle, Eduard* (2005): Für Volk und deutschen Osten – Der Historiker Hermann Aubin um die deutsche Ostforschung, Düsseldorf: Droste Verlag.
- Petzina, Dietmar* (Hrsg.) (1991): Ordnungspolitische Weichenstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin: Duncker & Humblot.
- Piketty, Thomas* (2013): Capital in the Twenty-First Century, Cambridge, MA.: Belknap Press, 2014.
- Plumpe, Werner* (2008): Wirtschaftsgeschichte zwischen Ökonomie und Geschichte – Ein historischer Abriß, in: Werner Plumpe (Hrsg.), Wirtschaftsgeschichte, Basistexte, Bd. 2, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 7–41.
- Plumpe, Werner* (2009): Die Wirtschaftsgeschichte in der Historischen Zeitschrift – Ein Überblick, in: Historische Zeitschrift, 289, S. 223–51.
- Pollard, Sidney* (2008): Economic History – A Science of Society? in: Werner Plumpe (Hrsg.), Wirtschaftsgeschichte, Basistexte, Bd. 2, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 129–45.
- Reinhart, Carmen M./Rogoff, Kenneth S.* (2011): This Time Is Different – Eight Centuries of Financial Folly, Princeton: Princeton University Press.
- Rode, Jörg* (1998): Die Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (1961–1998), Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 84, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 13–15.
- RW: Materialien aus dem Landesarchiv NRW, Bestand der „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft“, i. e. Verein für Socialpolitik, Bestand „RW“ + Nummer.

- Schefold*, Bertram (1995): Wirtschaftsstile, 2 Bände, Frankfurt: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Schneider*, Michael C. (2013): Wissensproduktion im Staat – Das königlich preussische statistische Bureau 1860–1914, Frankfurt: Campus Verlag.
- Schneider*, Michael C. (2021): Alte und neue Fähigkeiten der Selbstbeschreibung – Der Aufbau einer nationalen Statistik, in: Ulrich Pfister/Jan-Otmar Hesse/Mark Spoerer/Nikolaus Wolf (Hrsg.), Deutschland 1871 – Die Nationalstaatsbildung und der Weg in die moderne Wirtschaft, Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften im 21. Jahrhundert, Bd. 6, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 159–79.
- Schulz*, Günther u. a. (Hrsg.) (2004): Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. 100 Jahre Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Schumpeter*, Joseph A. (1912): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Berlin: Duncker & Humblot, 2006.
- Take*, Gunnar (2019): Forschen für den Wirtschaftskrieg – Das Kieler Institut für Weltwirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin: De Gruyter Oldenbourg.
- Temin*, Peter (2014): The Rise and Fall of Economic History at MIT, in: History of Political Economy, 46 (1), Supplement, S. 337–50.
- Tribe*, Keith (2003): Historical Schools of Economics – German and English, in: Warren J. Samuels/Jeff Biddle/John Bryan Davis (Hrsg.), A Companion to the History of Economic Thought, Blackwell Companions to Contemporary Economics, Malden, MA: Blackwell, S. 215–30.
- Wagner-Hasel*, Beate (2011): Die Arbeit des Gelehrten – Der Nationalökonom Karl Bücher (1847–1930), Frankfurt u. a.: Campus.
- Weber*, Max (1904/05): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, Tübingen: Mohr, 1920, S. 17–206.
- Wehler*, Hans-Ulrich (1970): Theorieprobleme der modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte – Prolegomena zu einer kritischen Bestandsaufnahme der Forschung und Diskussion seit 1945, in: Werner Plumpe (Hrsg.), Wirtschaftsgeschichte, Basistexte, Bd. 2, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2008, S. 175–215.
- Winkel*, Harald (Hrsg.) (1973): Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 73, Berlin: Ducker & Humblot.